

26./IV. 1918

2

Die Veröffentlichung des Friedensvertrages mit Rumänien.

Wien, 25. April.

Wie wir erfahren, begibt sich im Laufe des morgigen Tages Minister des Aeußern Baron Burián mit dem in Wien eingetroffenen Staatssekretär von Rühlmann nach Bukarest. Die Schwierigkeiten sind bereits soweit geklärt, daß im Laufe der nächsten Woche die Veröffentlichung des Inhaltes des Friedensvertrages mit Rumänien erfolgen kann.

Die Frage eines Thronverzichts des Königs von Rumänien.

Es haben sich gegen das Verbleiben König Ferdinands auf dem rumänischen Thron eine Reihe ernster Einwendungen ergeben; man ist jedoch in Berlin und Wien schließlich zu einem Einverständnis in bezug auf die Dynastiefrage Rumäniens gelangt. Danach soll eine Aenderung nicht erfolgen. Man stellt sich sowohl in Wien als in Berlin auf den Standpunkt, daß wir beim Friedensschluß es dem rumänischen Volke selbst überlassen, seine innerpolitischen Fragen und also auch seine Dynastiefrage zu lösen. In Rumänien besteht eine starke Gegnerschaft gegen ein Verbleiben König Ferdinands auf dem Throne. Da das Ministerium Brătianu in den Anklagezustand versetzt werden soll, kommt auch König Ferdinand, der sehr aktiven Anteil an der Politik Brătianus nahm und diese sogar bestimmend beeinflusste, in eine kritische Lage. Das soll aber Rumänien mit seinem Könige ausmachen.

26./IV. 1918

• Uebernahme der Verwaltung Besarabiens durch Rumänien.

Bukarest, 25. April.

Am 22. d. haben die Besarabischen Minister ihre Aemter niedergelegt. Zwei Besarabier, Inculeț und Chihureanu, haben am gleichen Tage vor dem König den verfassungsmässigen Eid geleistet. Im Zusammenhang hiemit hat die rumänische Regierung einige Verfügungen getroffen, die den Uebergang aus dem heutigen Zustand in Besarabien in jenen, den die Urkunde über die Vereinigung mit Rumänien in Aussicht nimmt, erleichtern sollen. Für die vorübergehende Verwaltung des Landes wurden Präfekten ernannt, die im Einvernehmen mit einem Direktionsrat zu arbeiten haben werden. Die Direktoren sind Vertreter der Ministerien und werden zurücktreten, sobald die Konstituante die Abänderung der rumänischen Verfassung im Sinne der von Besarabien gestellten Bedingungen durchgeführt haben wird.

Die deutsch-holländische Spannung.

(Telegramm der Neuen Freien Presse)

Berlin, 25. April.

Wie Ihr Korrespondent in informierten Kreisen erzählt, kann man jetzt tatsächlich von einer deutsch-holländischen Spannung sprechen. Hier steht man auf dem Standpunkte, daß Holland durch sein weitherziges Entgegenkommen gegenüber der Entente den Boden der Neutralität verlassen habe. Infolgedessen haben auch die Deutschen die Berechtigung, gewisse Forderungen zu stellen, welche den Vorteilen, welche die Entente erreicht hat, entsprechen. In hiesigen informierten Kreisen ist man der Ansicht, daß die Forderungen, die sich auf den Transportweg zu Wasser und zu Lande beziehen, das Prestige Hollands in keiner Weise bedrohen. Wenn in der holländischen Presse darauf hingewiesen wird, daß sich das Land in einer schwierigen Situation befindet, so darf auch darauf hingewiesen werden, daß Deutschland, das seit fast vier Jahren einer Welt von Feinden gegenübersteht, noch größere Schwierigkeiten zu überwinden hat. Es ist auch unverständlich, warum gewisse Kreise in Holland in einigen Fragen, zum Beispiel in der Frage der Rheinschiffahrt und der Kanäle, Deutschland gegenüber eine Haltung einnehmen, die nur geeignet ist, die Schwierigkeiten zu vermehren. Schon die allernächsten Tage werden zeigen, ob Holland gewillt ist, mit Deutschland auch weiterhin im guten Einvernehmen zu leben. Allgemein erwartet man, daß in Holland die Einsicht den Sieg davontragen werde, zumal Deutschland gerade Holland gegenüber das größtmögliche Entgegenkommen gezeigt hat.

Die deutsch-holländischen Verhandlungen.

Wien, 25. April.

In Wiener politischen Kreisen hält man bezüglich der holländischen Frage dafür, daß die Lage durchaus nicht als kritisch aufzufassen ist und daß die Fragen, die den Anlaß der gegenwärtigen Kontroverse bilden, eine befriedigende Erledigung finden werden. Es handelt sich wesentlich um die Frage, welche Durchfuhrsgüter auf den holländischen Eisenbahnen transportiert werden können. Die holländische Regierung nimmt den Standpunkt ein, daß alles transportiert werden darf, was nicht als Kriegsgut qualifiziert werden kann. Es ist anzunehmen, daß im Laufe der Verhandlungen, die hierüber zwischen Deutschland und Holland eingeleitet sind, die Meinungsverschiedenheiten über die Durchführung dieser Frage beseitigt werden.

Erklärungen des Ministers London.

Haag, 25. April.

Bei der Beratung des Stats des Ministeriums des Auswärtigen teilte Minister London in der Ersten Kammer mit, daß kein Schiff aus Holland ausfahren werde, bevor nicht eine schriftliche Erklärung vorliege, daß kein Schiff in Beschlag genommen würde. Der Minister habe aus einer Aussprache mit dem amerikanischen Gesandten ersehen, dieser sei der Ansicht, daß diese Sicherung bereits schriftlich gegeben worden sei. Es sei beabsichtigt, fortwährend sechs Schiffe in Fahrt zu belassen. Man habe Grund, anzunehmen, daß die Zahl dieser Schiffe noch vermehrt werden und daß Deutschland kein Hindernis in den Weg legen würde. Der Minister glaube annehmen zu können, daß die alliierten Regierungen die Verpflichtungen, betreffend die Rationierung Hollands, einhalten werden.

Die Unterhandlungen über das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland seien bei der anderen Partei auf Schwierigkeiten gestoßen und verzögert worden, die Vorbereitungen seien jedoch ausreichend gewesen. Ueber den Stand der Verhandlungen könne der Minister keine Mitteilungen machen. Sie machen jedoch keine raschen Fortschritte, besonders deswegen, weil Holland nicht mehr viel ausführen könne.

Bezüglich der Schiffsfrage teilte der Minister noch mit, er habe von England die Zusicherung erhalten, daß Schiffe, die nach dem 22. März aus Indien abgefahren seien oder noch abfahren würden, nicht beschlagnahmt werden würden.

Der liberale Unionist Cromer antwortete, er danke dem Minister für seine klare Antwort. Es sei gut, daß die Regierung von dem Ernst der Verhandlungen, die jetzt über die Sand- und Kiesfrage geführt werden, durchdrungen sei. Der Minister möge niemals vergessen, daß er einen Bundesgenossen habe, der stärker sei als die stärkste Nation: das Recht. Wenn aber der Stab breche, auf den der Minister sich stütze, dann müsse er in der Vertretung des Volkes, in den Generalstaaten, eine neue Stütze suchen. Die Generalstaaten würden den Minister gern unterstützen.

Haag, 25. April.

Das Korrespondenzbureau meldet: Heute mittag ist wieder ein Ministerrat abgehalten worden.

26./IV. 1918

5

Der Kampf Irlands gegen die Dienstpflicht.

Bern, 25. April.

Die immer noch anschwellende Diskussion über die Wehrpflicht in Irland ist in der gemäßigten Presse auf einen Ton gestimmt, der am besten durch folgenden Satz aus den „Daily News“ vom 12. d. repräsentiert wird: „Wir können nicht länger vorgeben, für die kleinen Nationen und ihr Selbstbestimmungsrecht zu kämpfen, wenn wir ein unabhängiges Volk in die Arme zerren, dem wir jegliches Recht der Selbstbestimmung verweigert haben.“ Die englische Regierung ist krampfhaft bemüht, die öffentliche Meinung sowohl in den Vereinigten Staaten wie in England über den wahren Stand der irischen Situation zu täuschen. Im Unterhause sind wiederholte Anfragen über die Unterdrückung aller irischen Nachrichten auf dem Wege nach Amerika bisher unbeantwortet geblieben. Die amerikanischen Korrespondenten in London, die sonst gefügig genug sind, protestieren gegen die Verstümmelung und Unterdrückung ihrer Berichte und beklagen sich, daß sie von dem Ausmaß dieser Zensurierung nicht verständigt werden. Andererseits scheinen alle englischen Korrespondenten in Amerika angewiesen zu sein, nur jene amerikanischen Zeitungsstimmen zu zitieren, die sich für die Einführung der Wehrpflicht in Irland äußern. Es ist geradezu komisch, zu sehen, daß alle englischen Korrespondenten ausnahmslos nur die „New York Times“ und die „World“ zitieren, als ob es keine anderen Zeitungen in Amerika gäbe und als ob alle Korrespondenten gerade von diesen zwei Blättern erleuchtet worden wären. In England selbst hält man von den bisher erzielten Kompromissen nicht viel, da ganz Irland heute kein Vertrauen mehr zu den Versprechungen der englischen Regierung an den Tag legt und die Vorbereitungen zu einem organisierten Aufstand weiter betrieben werden. Verschiedene englische Korrespondenten berichten aus einzelnen Teilen Irlands, daß die Revolution so gut wie schon im Gange sei.

Vorbereitungen für den Widerstand.

Rotterdam, 25. April.

Nach dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erfährt „Daily News“ aus Dublin vom 24. d., das irische Volk habe die Arbeit wieder aufgenommen. Die Unterzeichnung der „Uebereinkunft von Magnnoth“, die zum Widerstande gegen die Dienstpflicht mit allen Mitteln verpflichtet, macht schnelle Fortschritte. Es hat sich bereits fast eine Million Männer und Frauen beim nationalen Verteidigungsdienst einschreiben lassen. Auch der Fonds, der vorläufig in den Händen der Gemeindepriester bleiben wird, nimmt schnell zu. Die Kommission für die nationale Verteidigung, die aus Dillon und Devlin für die irische Partei, De Valera und Griffith für die Sinn Feiner, Healy und O'Brien für die unabhängigen Nationalisten sowie fünf Vertretern der Gewerkschaften besteht, hält jeden Tag und fast den ganzen Tag im Mansion House in Dublin Sitzungen ab, nimmt Berichte aus den Wahlbezirken entgegen und berät über die Durchführung des Widerstandes. Die nationalistischen Parlamentsmitglieder, die über das ganze Land verbreitet sind, machen es sich zur Hauptaufgabe, von halben oder überreichten Handlungen abzuraten. Sie warnen, daß die Spionage sehr groß und ihre Aufgabe nicht leicht ist.

Obwohl kein Mitglied der Partei zugegen sein wird, wenn das Homerulegesetz im Unterhause eingebracht wird, wird, sobald der Gesetzesentwurf beschlossen ist, eine Volksversammlung in Dublin abgehalten werden, auf der über die künftige Politik Beschlüsse gefaßt werden wird. Man läßt durchblicken, daß die Abwesenheit von Westminster nur dadurch notwendig geworden sei, daß das irische Volk in der jetzigen Krise dringend der Leitung bedürfe. Das habe aber nichts zu tun mit der Theorie der Sinn Feiner, die sich grundsätzlich dem Unterhause fernhalten.

Die Verhandlungen zwischen Holland und Deutschland.

Beträchtliche Schwierigkeiten.
Telegramm unseres Korrespondenten.

Haag, 21. April.

Die Verhandlungen über ein neues Wirtschaftsübereinkommen werden deutscherseits von Herrn v. Siefert geführt, der nach Berlin abgereist ist. Der holländische Gesandte in Berlin, Baron Gevers, ist nach dem Haag unterwegs. Gestern nachmittag wollte die soz. d. demokratische Kammerfraktion eine Interpellation über die Lage einbringen. Ihr Führer, Troelstra, hörte aber vom Ministerpräsidenten, daß die Regierung die Kammer unter allen Umständen informieren werde, jedoch die Ankunft des holländischen Gesandten aus Berlin abwarte. Es dürfte also Ende dieser Woche die Regierung der Kammer Mitteilungen machen.

Beunruhigung in Holland.

Inzwischen herrscht hier Beunruhigung, die ebenso durch die Nachrichten aus Deutschland wie durch die englischen Presseäußerungen genährt wird. Die Donnerstagssitzung der Zweiten Kammer ward frühzeitig enden, um Gelegenheit für eine gem. insame geheime Sitzung beider Kammern zu geben; vermutlich wird in dieser Sitzung die Regierung Aufklärungen geben.

Die Nachrichten, die überall durchsickern, zeigen, daß nach holländischer Auffassung eigentlich nur kleine Fragen ungeklärt sind, und niemand begreift, warum wegen derartiger verhältnismäßiger Bagatellen ein Konflikt möglich sein sollte. Die Presse spricht ihre sichere Erwartung aus, daß, solange v. Kühlmann Staatssekretär ist, ein glänzender, gewissenhafter deutscher Diplomat, der Holland selbst und seine Absichten in persönlicher Erfahrung kennen gelernt hat, ein erster Konflikt nicht zu erwarten sei. Die Deutschen bestehen aber natürlich darauf, daß ihnen gegenüber die Neutralität nicht anders gehandhabt werde als der Entente gegenüber. Sonderbar ist, daß die holländischen Blätter selbst keine eigenen Informationen bringen, sondern Nachrichten über Einzelheiten der Verhandlungen aus Deutschland und aus London wiedergeben und mit Kommentaren und Ergänzungen versehen. „Nieuwe Courant“ resumiert einzelne Einzelheiten der Verhandlungen und gibt unter anderem die Vorgeschichte der Frage der Durchfuhr auf der Bahnlinie Dalheim-Samont.

Die Bahn Dalheim-Samont.

Von Dalheim an der preußisch-holländischen Grenze (Regierungsbezirk Aachen) führt nach Samont (an der belgisch-holländischen Linie) über holländisches Gebiet eine Bahn, die ein besonders wichtiges Verbindungsstück im Verkehre zwischen Deutschland und Nordbelgien ist. Die Benützung der Linie ist Deutschland durch den Vertrag vom 13. November 1874 gesichert. Holland will die Benützung der Linie nur ohne Schädigung seiner Neutralität gestatten und legt die Pflichten der Neutralität auch dahin aus, daß in Belgien requirierte Güter nicht transportiert werden dürfen. Nach holländischer Behauptung hat Deutschland diese Linie im Kriege immer weniger benützt und sie schließlich durch Wegnahme von Material für andere Linien unbrauchbar gemacht: jetzt sei die Linie wiederhergestellt.

Die dynastische Frage in Rumänien.

Heute trifft der deutsche Staatssekretär v. Kühlmann in Wien ein und begibt sich im Laufe des Abends in Gesellschaft des Ministers v. Burian nach Bukarest. Es ist begründete Hoffnung vorhanden, daß der Friedensvertrag mit Rumänien in Kürze abgeschlossen und unterzeichnet sein wird. Wahrscheinlich wird es unsererseits schon im Laufe der nächsten Woche möglich sein, die abgeschlossenen Verträge zu veröffentlichen.

Von einem Kenner der Verhältnisse in Rumänien erhalten wir folgende Mitteilungen:

Der Friedensvertrag mit Rumänien enthält keine Bestimmung über die Dynastie König Carols I. Aber aus einer kürzlich erst erfolgten diesbezüglichen Erörterung in einem führenden reichsdeutschen Blatte läßt sich ersehen, daß die Entfernung der königlichen Familie und deren Ersatz durch eine andere Dynastie eine Zeitlang in Berlin in Erwägung gestanden sein dürfte und nur ungern aufgegeben worden ist. Man wird dies vom moralischen Standpunkt begreiflich finden. König Ferdinand hat im Jahre 1913 in Berlin anlässlich der geplanten Verlobung des Erbprinzen Carol mit einer der Tarentochter ohne jede Nötigung die feierliche Erklärung abgegeben, unter allen Umständen die Politik seines greisen Oheims fortzusetzen, wenn er einmal zur Regierung gelangen werde. König Ferdinand hat diese Erklärung dann während des Weltkrieges wiederholt, als er bereits entschlossen war, wort- und vertragsbrüchig zu werden. Nur allzu berechtigt war daher die Entrüstung über die an Verrat grenzende Handlungsweise des Königs, von dem man zwar keine Ribelungentreue, so doch Erkenntnis seiner ureigensten realen Interessen erwartet hätte. Die dem rumänischen König angeborene Schwäche des Charakters fand keine Stütze an der Königin Maria, die als großbritannische Prinzessin auch jetzt noch aus ihrer passionierten Vorliebe für die Entente kein Hehl macht. Ebenso hat Kronprinz Carol nicht aufgehört, sein deutschfeindliche Gesinnung zu bekunden. Manche seiner bekanntgewordenen Äußerungen als Protektor des nationalistischen Pfadfinderbundes erinnert an Rede-Ergüsse des Prinzen Georg von Serbien während der Annexionskrisis.

Hat man aber nach allem Vorgefallenen in Wien und Berlin jedes Vertrauen zum rumänischen Königshause verloren, so ist das gleiche anscheinend auch in Rumänien selbst der Fall. Eine dynastische Gesinnung hat es in diesem Lande niemals gegeben. In erregten Zeitläuften nahm die Volksstimmung seit jeher keine Rücksicht auf die Krone. Wenn die Zentralmächte daher die dynastische Frage nicht als Machtfrage und Friedensforderung gestellt haben, so taten sie gut daran. Die dynastische Frage soll eine innere Angelegenheit der Rumänen in Rumänien bleiben. An Politikern im Parlament, in den Vereinen und in der Presse, die sie stellen und leidenschaftlich erörtern werden, dürfte es in der nächsten Zeit kaum fehlen.

Von den Parteien fordert vor allem eine um den 80jährigen Carp und Renitescu geführte konservative Gruppe die Entthronung der königlichen Familie. Diese Forderung ist einigermaßen von dem egoistischen Wunsche beeinflusst, auf diese Weise die Lösung der Agrarfrage, das ist die Aufteilung der Latifundien unter den Bauern für die nächste Zeit zu hinterziehen. Dagegen will das Kabinett Marghiloman, das den Friedensvertrag unterzeichnet hat und das Gros der Konservativen führt, die Schwierigkeiten des besiegten Landes nicht durch Aufwerfen der dynastischen Frage vermehren. Auch der den Zentralmächten freundlich gesinnte liberale Flügel unter Stere, dem Herausgeber der „Lumina“ in Bukarest, will die dynastische Frage nur dann aufröhlen, wenn daraus der Nation Nutzen erwachsen könnte.

II. In dieser Situation wollen daher auch Stere und seine Freunde lieber die schwache Dynastie behalten. Sie erhoffen davon eine Förderung fortschrittlicher Maßnahmen, vor allem auf dem Gebiete der Agrarfrage.

Trotz dieser verhältnismäßig günstigen Haltung der politischen Parteien bleibt die Zukunft der Dynastie doch von vielen unvorherzusehenden Möglichkeiten abhängig. Die aufgelöste Kammer hat in Jassy in ihrer letzten Session eine Wahlreform beschlossen, durch die das Dreiwahlkörpersystem aufgehoben und ein dem allgemeinen Wahlrecht ziemlich nahekommendes eingeführt wurde. Dadurch wird künftighin der Bauer im Parlament der ausschlaggebende Faktor sein. Wohl dürfte die Kammermehrheit, so wie früher, auch diesmal hinter der Regierung stehen. Aber die Einsetzung eines Untersuchungs-

auschusses wird gewiß beschlossen werden, der die Anklagen des rumänischen Verrates, den früheren Ministerpräsidenten Jonell J. Bratiano und Iale Joneanu, in Aufregung setzen wird. An Angriffen gegen den König wird es bei diesen Anlässen kaum fehlen. Das Gespenst der dynastischen Frage wird in Rumänien in der nächsten Zukunft bald hier, bald dort auftauchen und Beunruhigung verbreiten. Die Zukunft der Hohenzollern in Rumänien ist gegenwärtig ein großes Fragezeichen.

Parlamentarisches.

Erklärungen der Minister Graf Toggenburg und v. Czapp im Wehrausschusse.

Der Wehrausschuß hielt heute nachmittag unter Vorsitz des Obmannes Ritter v. Pogacnik eine Sitzung ab.

Vor Eingehen in die Tagesordnung erklärte Minister des Innern Graf Toggenburg: Die Reichsratsabgeordneten Stapinski und Ritter v. Haller haben in der letzten Sitzung des Wehrausschusses auf einen in der „Mittagszeitung“ enthaltenen Artikel mit der Ueberschrift „Rache für Cholm“ hingewiesen, in welchem eine angebliche Aeußerung des Erzherzogs Friedrich wiedergegeben wird, welche gelautet hätte: „Bei Dziejitz beginnt das Feindesland.“ Die beiden Herren haben daran die Anfrage geknüpft, ob die Regierung bereit sei, ihnen für diese Veröffentlichung eine entsprechende Genugthuung zu gewähren. Ich gestatte mir, dem Ausschusse diesbezüglich zu erklären, daß Erzherzog Friedrich den Ausdruck: „Bei Dziejitz beginnt das Feindesland“ niemals getan hat. Die Zulassung dieser Veröffentlichung in der Presse muß ich ohne weiteres als einen bei den Zensurbehörden unterlaufenen Verstoß bezeichnen, da es nach den bestehenden Zensurweisungen vollkommen ausgeschlossen sein sollte, die fragliche Zeitungsnotiz unbeanstandet zu lassen. Wenn es trotzdem geschehen ist, so kann ich hiemit nur mein Bedauern über dieses Versehen zum Ausdruck bringen. Ich glaube, daß durch diese beiden Feststellungen allein schon dem dritten Punkte der Anfrage des Herrn Abgeordneten v. Haller, welcher von der Regierung eine entsprechende Genugthuung für die polnische Nation verlangt, entsprochen ist.

Sodann wird die Debatte über die kaiserliche Verordnung, betreffend die Verlängerung der Landsturmpflicht, fortgesetzt.

Minister für Landesverteidigung Feldmarschalleutnant v. Czapp:

Der Herr Abgeordnete Kalina hat in der Sitzung dieses Ausschusses am 23. April 1918 namens des Cesky Svaz den Antrag auf Verweigerung der Genehmigung für die kaiserliche Verordnung vom 1. Mai 1915, R. G. Bl. Nr. 108, gestellt und daran eine Erklärung des genannten Klubs geknüpft. Was zunächst den Antrag betrifft, habe ich schon mehrmals Gelegenheit gehabt, die Stellungnahme der Regierung zu einer solchen Eventualität zu präzisieren, und kann nur neuerlich betonen, daß dieser Antrag, durch dessen etwaige Annahme ein Vakuum entstehen würde, für die Regierung und für die Militärverwaltung absolut unannehmbar erscheint.

Bezüglich der Erklärung des Cesky Svaz hat mich der Herr Ministerpräsident beauftragt, namens der Regierung dessen Ausführungen, da sie sich im Widerspruche mit dem österreichischen Staatsgedanken befinden und sich daher als gänzlich indiskutabel darstellen — ich verweise namentlich auf den letzten Absatz — auf das schärfste zurückzuweisen.

Der Kriegsminister über die Behandlung von heimkehrenden beschuldigten Gefangenen.

Der Kriegsminister hat an die Abgeordneten Pachner und Hummer als Antwort auf eine Anfrage über die Behandlung der aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Hochverräter und Ueberläufer sowie der Mitglieder der „Druzina“, welche österreichische Staatsbürger sind und sich die schwersten Ausschreitungen gegen deutschösterreichische und ungarische Soldaten zuschulden kommen ließen, ein Schreiben gerichtet, dem wir folgendes entnehmen: „Jeder Angehörige der bewaffneten Macht, der sich bei oder nach der Gefangennahme eine strafbare Handlung hat zuschulden kommen lassen, wird diese nach der Rückkehr in die Monarchie zu verantworten haben. Um die nötigen Daten zur Ermittlung der Schuldigen zu gewinnen, wurde bereits im Jahre 1915 verfügt, daß jeder aus der Kriegsgefangenschaft Heimkehrende über seine Wahrnehmungen bezüglich des Verhaltens der Angehörigen der eigenen Wehrmacht in der Gefangenschaft befragt werde. Diese Vorschrift wird nach wie vor gehandhabt, weshalb die Meinung, daß seit einiger Zeit die protokolllarische Einvernahme der Heimkehrer nicht mehr stattfindet, auf irrtümlicher Information beruhen dürfte. Durch die Einvernahme hat sich im Verlaufe von nahezu drei Jahren ein wertvolles Beweismaterial ergeben, welches für die Prüfung des Verhaltens der Heimkehrenden nunmehr gesammelt zur Verfügung steht. Hinsichtlich der Einleitung des Strafverfahrens wurde die Heimkehr der Beschuldigten nicht abgewartet, sondern, soweit es möglich war, gleich nach Bekanntwerden einer strafbaren Handlung eines in Kriegsgefangenschaft Geratenen das Strafverfahren im Sinne des § 426 M. St. P. O. zur Sicherstellung des Beweismittels veranlaßt, in dessen Zuge die gesetzlichen Bestimmungen über Vermögensbeschlagnahme und Einstellung der Unterhaltsbeiträge zur Anwendung gebracht wurden. Es ist Vorkehrung getroffen, daß die Straffälligen tunlichst gleich bei der ersten Präsentierung gelegentlich der Uebernahme aus der Gefangenschaft festgestellt und dem Strafverfahren sowie der verdienten Strafe zugeführt werden. Das Kriegsministerium als Verwaltungsbehörde muß sich darauf beschränken, das Beweismaterial im weitestmöglichen Umfange sicherzustellen und den zuständigen Militärjustizbehörden zugänglich zu machen, denen die Durchführung des Strafverfahrens obliegt.“

26./IV. 1918

Dankadresse der österreichischen Industrie an den Grafen Czernin.

Vor einigen Tagen hat das Präsidium des Reichsverbandes der österreichischen Industrie beim Grafen Czernin vorgesprochen, um ihm den Dank der österreichischen Industrie für die während seiner Amtstätigkeit den Interessen der industriellen Produktion gewidmete Fürsorge und das Bedauern über sein Scheiden auszusprechen. Gleichzeitig wurde ihm eine Adresse mit folgendem Wortlaut überreicht:

„Mit tiefstem Bedauern sieht die Industrie Oesterreichs Eure Excellenz von dem Amte des k. u. k. Ministers des

Außern scheiden, das Eure Excellenz durch leider nur zu kurze Zeit, aber mit in Oesterreich beispiellosen Erfolgen, in zielbewusstem tatkräftigem Streben nach dem Schutze der Monarchie gegen ihre äußeren und inneren Feinde und nach Herstellung des allgemeinen Friedens, getragen von dem Vertrauen aller staatsstreuen Elemente, versehen haben.

Die Richtung der Politik, die Eure Excellenz mit Energie verfolgt haben, war geeignet, jene Grundlagen zu schaffen, auf denen allein die Industrie Oesterreichs zu gedeihen und zu fortschreitender Entwicklung zu gelangen vermag; sie hat den Frieden mit den Oststaaten herbeigeführt, das Ansehen der Monarchie bei Freund und Feind wesentlich gehoben und auf die Kräftigung des durch unselige Umtriebe erschütterten Staatswesens hingewirkt.

Für diese segensreiche, mit Offenheit, Freimut und Treue geübte Wirksamkeit selbst die Industrie Oesterreichs Eurer Excellenz zu aufrichtigstem, immerwährendem Danke verpflichtet, dessen Ausdruck wir Eure Excellenz gütigst entgegennehmen zu wollen bitten.“

Das Dossier Clemenceaus.

Eine Enthüllung Coghins.
(Telegramm des Pester Lloyd.)

Genf, 25. April.

Coghin veröffentlicht in der Humanité einen Artikel, in dem er die Enthüllung macht, daß die Entente es gewesen sei, die sich zuerst wegen Friedensverhandlungen nach Wien gewandt habe und durch den spanischen Hof bei König Karl anklopfen ließ. Lloyd George habe den General Smuts zweimal nach der Schweiz geschickt, damit er dort mit dem Grafen Mensdorff-Pouilly unterhandle. Clemenceau habe nun durch die Veröffentlichung des Königsbriefes die Möglichkeit weiterer Friedensverhandlungen vereitelt.

Eine Anfrage im englischen Unterhause.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

Lond., 25. April.

Aus London wird gemeldet: Auf die Anfrage des Abgeordneten Holt im Unterhause, ob keine Zweifel bestehen, daß der Brief des Königs Karl echt sei, und ob das Auswärtige Amt von diesem Briefe gewußt habe, antwortete für die Regierung der Blockademinister ausweichend: „Der ehrenwerte Abgeordnete wird mir glauben, daß wenn ich einmal beginne, Fragen hierüber zu beantworten, dies keine Grenzen haben würde.“

26. IV. 1918

11

Die Audienz des Grafen Serenyi.

Wien, 26. April.

Der ungarische Ackerbauminister Graf Bela Serenyi ist heute früh in Begleitung des Sektionsrates v. Moldovanyi in Wien eingetroffen und im Hotel Sacher abgestiegen. Vormittags um 10 Uhr begab sich Graf Serenyi nach dem Aufenthaltsort des Kaisers, wo er in längerer besonderer Audienz empfangen wurde. Graf Serenyi, der, wie aus früheren Erklärungen bekannt ist, auf dem Standpunkt des Konzentrationsgedankens steht, hatte in der Audienz Gelegenheit, in einem längeren Vortrag seine Ansichten über die Möglichkeiten der Entwirrung der ungarischen Krise dem Monarchen darzulegen.

Nachdem Graf Serenyi von der Audienz zurückgekehrt war, machte er über seinen Empfang folgende Mitteilungen: In meiner heutigen Audienz hatte ich Gelegenheit, Sr. Majestät meine Ansicht über die Entwirrungsmöglichkeiten der ungarischen Krise darzulegen, die darin besteht,

daß man den Weg des friedlichen Kompromisses wählen muß, damit die Angelegenheit der Wahlreform je eher erledigt werden könne und wir endlich positive wirtschaftliche Arbeit beginnen können.

Graf Serenyi wird sich heute abend nach Budapest zurückbegeben.

Albrant
26. IV. 1918

12

Der Wiederzusammentritt des Abgeordneten- hauses verschoben.

Bis zum 7. Mai.

Wien, 26. April.

Wenn auch die Schwierigkeiten in der parlamentarischen Situation noch keineswegs völlig überwunden sind, so ist doch seit gestern eine merkliche Entspannung zu verzeichnen. Es bestätigt sich, daß die deutschen Parteien in ihrer überwiegenden Mehrheit für eine Politik der freien Hand gegenüber dem Kabinett Seidler sind. Dies ermöglicht weitere Verhandlungen mit der Regierung und den Parteien. Um für diese Verhandlungen Zeit zu gewinnen, hat heute der Präsident des Abgeordnetenhauses im Einvernehmen mit den Mitgliedern des Präsidiums den Termin für den Wiederzusammentritt des Abgeordnetenhauses auf den 7. Mai verschoben. Der Ministerpräsident beabsichtigt, diese Frist zu Verhandlungen mit den Parteien zu benutzen. Die deutschnationalen Parteien sind für Montag und Dienstag nächster Woche zu Sitzungen einberufen, und auch die übrigen Parteien werden im Laufe der kommenden Woche zu der neuen Situation Stellung nehmen.

Von führender deutschnationaler Seite erhalten wir folgende Mitteilungen: Die Aktion der Mittelpartei und der Verfassungspartei des Herrenhauses hängt mit der Situation im Abgeordnetenhause nicht zusammen. Die beiden Parteien, welche die Mehrheit des Herrenhauses darstellen, haben in ihrer Kundgebung ihre Ansichten über die Verantwortlichkeit der Regierungen dargelegt und, wie aus den mündlichen Erklärungen hervorgeht, verlangt, daß diese Grundsätze von jeder Regierung beachtet werden. Es handelte sich also nicht um ein Mißtrauen gegen die Regierung Seidler, sondern um die Klarlegung der Verantwortlichkeit der Regierungen für politische Handlungen. Die deutschen Parteien gründen ihre jetzige

Stellungnahme auf konkrete Handlungen und Unterlassungen sowie auf die gesamte Haltung des Kabinetts Seidler. Im Verbandsausschusse haben von 25 anwesenden Abgeordneten sich vier für die Beibehaltung des bisherigen Verhältnisses zur Regierung ausgesprochen, und es kann mit Bestimmtheit vorausgesagt werden, daß sämtliche im Verbaude vereinigten Parteien sich für die Politik der freien Hand aussprechen werden. Dies erschwert natürlich die Führung der Geschäfte wesentlich. Die deutschen Parteien werden keine faktische Opposition treiben und den Bedürfnissen des Staates, die sie anerkennen, gerecht zu werden trachten.

Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Ministerpräsident Dr. R. v. Seidler hatte gestern und heute mit mehreren Parteiführern, darunter mit den Vertretern der Christlichsozialen, Polen, Sozialdemokraten, Besprechungen, in welchen ihm mit Rücksicht auf die gegenwärtige parlamentarische Situation die Bedenken auseinandergesetzt wurden, die gegen die Festhaltung an dem bestehenden Kalendarium für die Arbeiten des Abgeordnetenhauses sprechen.

Heute mittag erschien Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler im Abgeordnetenhause und hatte mit dem Präsidenten Dr. Groß eine Konferenz über diesen Gegenstand.

Der Präsident Dr. Groß hatte hierauf mit den im Abgeordnetenhause weilenden Vizepräsidenten Besprechungen, bei denen insbesondere der von tschechisch sozialdemokratischer Seite ausgesprochene Wunsch erörtert wurde, die Sitzung am 30. April nicht abzuhalten, da diese Abgeordneten an den Arbeiterfeiern am 1. Mai in Böhmen teilnehmen wollen. Es wurde schließlich vereinbart, die nächste Sitzung am 7. Mai abzuhalten.

Vom Präsidium des Abgeordnetenhauses wird mittags offiziell mitgeteilt: Die für den 30. d. anberaumte Sitzung des Abgeordnetenhauses wird auf Dienstag den 7. Mai, 11 Uhr vormittags, mit derselben Tagesordnung verschoben.

Die Verhandlungen mit Rumänien.

B. Berlin, 26. April. Staatssekretär des Auswärtigen Dr. v. Kühnmann, der gestern abends nach Wien abgereist ist, um sich mit dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußern Baron Burián nach Bukarest zu begeben, hat sich gestern in einer Besprechung mit den Fraktionsführern im Reichstage eingehend über die Fragen geäußert, die mit dem rumänischen Friedensvertrag zusammenhängen.

An seine Darlegungen, in denen er auch die Dynastiefrage berührte, knüpfte sich eine kurze Erörterung.

Nach der „Bosnischen Zeitung“ verlautet, daß die Teilnehmer an der Besprechung aus den Äußerungen des Staatssekretärs den Eindruck gewonnen haben, daß der formelle Abschluß des Friedensvertrages mit Rumänien nunmehr in kürzester Frist erfolgen wird.

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ aus parlamentarischen Kreisen erfährt, wird unmittelbar nach Abschluß des Friedensvertrages mit Rumänien Reichkanzler Graf Hertling im Reichstag über die politische Lage sprechen und sich dabei eingehend mit dem durch den rumänischen Friedensschluß erreichten Abschluß der gesamten Dürfragen für Deutschland befassen.

26. IV. 1918

Hoffnung in Berlin auf baldigen Abschluß des Abkommens mit Holland.

Kein Anlaß zur Beunruhigung.

Amsterdam, 26. April.

Der Berliner Korrespondent des „Allgemeinen Handels-Blad“ erfährt von gut unterrichteter Seite, daß die in den letzten Tagen zwischen der deutschen und der niederländischen Regierung in Berlin geführten Verhandlungen die Ueberzeugung hervorgerufen haben, daß man zu einer Einigung gelangen wolle und daß keinerlei Anlaß zu Beunruhigung bestehe.

Ohne die Schwierigkeiten zu unterschätzen, die sich bei der Erneuerung des Wirtschaftsabkommens ergeben, erwartet man doch, daß das Abkommen in ein paar Wochen abgeschlossen werden wird.

Die Erklärungen des Ministers London.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Haag, 25. April.

Heute morgen traf der holländische Gesandte aus Berlin ein. Gestern abend sprach der Minister des Aeußern noch mit dem amerikanischen Gesandten. Heute frühzeitig hielt der holländische Gesandte in Berlin Vortrag beim Minister. Um 5 Uhr sprach der Minister des Aeußern London im Oberhause über die schwebenden Probleme. Man wartete mit atemloser Spannung, bis der Minister nach etwas eingehender Schilderung der Nahrungsmittelversorgung Hollands und des Pendelverkehrs mit Amerika auf die deutsch-holländischen Beziehungen zu sprechen kam. Die Tatsache, daß er kurz feststellte, die Lage sei ernst, hat zu neuer Beunruhigung beigetragen. Da die ganze Frage sich angeblich auf Zulassung eines holländischen Kommission zur Kontrolle über die Verwendung von Sand und Kies in Belgien zuspitzt, geben einige Blätter Anregungen, wie weit man entgegenkommen könnte, um Deutschland in dieser Beziehung zu befriedigen.

Minister London über die wirtschaftlichen Verhandlungen.

Haag, 25. April. (Z.-R.)

Herr London sagte in der Ersten Kammer auf eine Anfrage des Abgeordneten Cremer: Die niederländische Regierung ist bereit, den Pendelverkehr zwischen Holland und Amerika aufzunehmen, wenn sie des Erfolges im voraus sicher sein wird. Von England liegt keine schriftliche Erklärung vor, daß Schiffe nach dem 22. März nicht mehr beschlagnahmt werden sollen. Ich habe gestern hierüber mit dem amerikanischen Gesandten konferiert, der eine ausdrückliche Erklärung als unnötig hält, denn aus den bisherigen Dokumenten gehe

noch hervor, daß man darauf rechnen könne, daß holländische Schiffe, die nach dem 22. März in amerikanischen Häfen einlaufen würden, nicht beschlagnahmt werden sollen. Ich bin trotzdem der Ansicht, daß ich eine ausdrückliche Erklärung der beiden Regierungen bezüglich der sicheren Rückkehr der Schiffe haben muß. Falls es dann zu einem Pendelverkehr von sechs Schiffen kommt, kann allmählich die Holland versprochene Menge von 100.000 Tonnen Getreide beschafft werden. Aber ich muß auch von Deutschland die Sicherheit haben, daß dem Verkehr keine Schwierigkeiten bereitet werden. Ich habe mich nach Berlin gewendet und glaube, daß Deutschland keine Einwendungen machen wird. Aber nur wenn absolute Sicherheit vorliegt, kann ich die Schiffe ausfahren lassen. Dadurch, daß die alliierten Regierungen die holländischen Schiffe beschlagnahmten, ist der Wirtschaftsvertrag mit den Alliierten hinsichtlich geworden. Ich glaube aber, daß die Alliierten den Verpflichtungen, die sie Holland gegenüber haben, nachkommen werden. Eine Sicherheit darüber habe ich indessen nicht in Händen. Ueber die holländischen Schiffe in den indischen Häfen weiß ich nichts. Vielleicht sind die Neuter-Berichte zutreffend, vielleicht auch nicht.

Ich bedaure lebhaft die Verzögerung der deutsch-holländischen Wirtschaftsverhandlungen. Das ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß diesmal im Gegensatz zu den früheren Verhandlungen Sachverständige in die Kommissionen berufen wurden, was zu einer eingehenden und zeitraubenden Prüfung geführt hat. Auch muß man sich über die Stellungnahme der Entente zu den einzelnen Punkten vergewissern. Ueber den Gang der Verhandlungen kann ich noch nichts Bestimmtes sagen. Sie kommen auch darum nur langsam vorwärts, weil Holland augenblicklich nur über wenig Ausführungsmittel verfügen kann.

Holländischer Protest gegen englische Minen- legung in der Scheldemündung.

Berlin, 26. April.

Den Blättern zufolge trifft die Meldung, daß in der Scheldemündung Seeminen gelegt waren, zu neun Minen britischer Herkunft sind festgestellt und vernichtet worden. Vier Minen wurden geborgen. Auf Grund dieser Tatsache hat die holländische Regierung in London gegen dieses Verfahren protestiert und darauf hingewiesen, daß hier ein Vorstoß gegen das Haager Abkommen vorliegt. Besonders bemerkenswert ist, daß ein Boot des Regierungslootsendienstes und ein Fischerfahrzeug durch die Minen verunglückt sind, wobei neun Menschen ums Leben kamen.

Pester Lloyd *Obwohl*
27. IV. 1918

15
a
27

Das Dossier Clemenceau.

Prinz Sixtus in Paris.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —
Genf, 27. April.

Nach Pariser Blättermeldungen soll Prinz Sixtus von Parma Dienstag abend in Paris eingetroffen sein.

Die Prüfung des Dossiers.

(Telegramm des Pester Lloyd.)
Genf, 27. April.

Das Exekutivkomitee der radikalen und sozialistisch-radikalen Partei, das unter dem Vorsitz René Renoult's tagte, beschäftigte sich auch mit dem Dossier Clemenceau. Die Parteimitglieder, die der Kommission angehören, erklärten, keinerlei Mitteilung machen zu können. Das Komitee drückte ihnen in der Tagesordnung das Vertrauen der Partei aus. Sie wurden ersucht, volles Licht in die Angelegenheit zu bringen.

27. IV. 1918

16
a
27

Der Vertreter der Ukraine in Wien.

(Drahtbericht der „Reichspost“)

Lemberg, 26. April.

Kiewer Blätter melden:

Die ukrainische Regierung hat zum Vertreter der Ukrainischen Volksrepublik in Wien den bekannten Kiewer Anwalt Jakowliw ernannt. Er wurde beauftragt, die Ratifizierungsurkunden den Vierbundmächten einzuhandigen und von den Vertretern des Vierbundes Urkunden, betreffend die Ratifizierung des Brester Friedensvertrages, zu empfangen.

Gleichzeitig wurden der gewesene Generalgouverneur der besetzten Gebiete Demeter Doroschenko und der ukrainische Friedensdelegierte Michael Polosiw beauftragt, die neutralen Staaten über die Entstehung der unabhängigen Ukrainischen Volksrepublik in Kenntnis zu setzen und die Anerkennung des neuen Staates zu erwirken.

Jakowliw und D. Doroschenko sind Mitglieder der ukrainischen sozial-föderativen Partei, die jedoch keineswegs die Unabhängigkeit der Ukraine durch einen neuerlichen Anschluß an Großrußland gefährdet wissen will. Polosiw ist ein Vertreter des ukrainischen Kriegsministeriums und gehört der gegenwärtig stärksten ukrainischen sozialrevolutionären Partei an.

Die Vorgänge in Sebastopol und am Schwarzen Meer.

Kiew, 26. April.

Das Moskauer Sowjetministerium protestiert gegen den Vormarsch der Truppen der Mittelmächte und gegen die Einverleibung der Krim in die Ukraine, da die taurische Republik ein Teil der russischen Föderativrepublik sei. Der Sowjetrat der Krim stellt sich auf den gleichen Standpunkt. Der Protest erstreckt sich auch auf die Anwesenheit der paar österreich-ungarischen Monitore im Schwarzen Meer, und spricht von „Aktionen der verbündeten Flotte.“ Nach dem „Kijewskaja Wschl“ verhandelt der ukrainische Generalbevollmächtigte für die Krim, Mikusnikow, wegen kampfloser Uebergabe der Halbinsel an die Ukraine mit dem Zentralauschuß der Matrosen, der sogenannten „Zentroslott“. Nach der „Borotba“ dagegen verhandeln die Matrosen von Sebastopol mit den Deutschen wegen Einstellung der Feindseligkeiten und Entwaffnung der Schwarzmeerflotte. Nach der „Nowa Rada“ hat der Kommandant der Krim den Befehl gegeben, auf den Befestigungen und Schiffen

die ukrainische Flagge zu hissen. Er erklärte sämtliches Kriegsgut auf der Krim, sowie die Schiffe als ukrainisches Staatseigentum und gab den Befehl zur Entwaffnung der Handelsflotte. Das Blatt verlangt das Eigentumsrecht der Ukraine an der Schwarzmeerflotte, da die Gefahr bestehe, daß die Bolschewiken die Schiffe verkaufen. Nach dem ukrainischen Generalstabsbericht begrüßt die Bevölkerung der Krim die ukrainischen Truppen als Retter.

27. IV. 1918

Forderung des Rücktritts der Regierung.

Haag, 26. April. (L.-K.)

„Der Vaterland“ schreibt: Große Interessen unseres Landes stehen nun auf dem Spiel. In jedem Augenblick kann die Lage sehr ernst werden. Wenn auch die Zollschwierigkeiten, gegen die Deutschland protestiert, und die Schwierigkeiten, betreffend die Limburger Eisenbahn, geregelt sein sollen, so ist dies bei der wichtigsten Frage der Durchfuhr von Sand und Kies noch nicht der Fall. In diesem Punkte scheint Deutschland an seinem Verlangen zu beharren. Es steht fest, daß auf deutscher Seite eine Mißnahme herrscht, die durch das Vorgehen der Regierung namentlich in drei Fragen hervorgehoben wurde. Unter diesen Fragen befindet sich die, daß die holländische Regierung im März die Rheinschiffahrt plötzlich eingestellt hat. Mit dieser Tatsache muß man bei uns rechnen. Wir müssen erklären, daß unser Volk der Regierung unter diesen Umständen dafür dankbar wäre, wenn sie rechtzeitig, bevor es zu spät ist, einer anderen Regierung, einem nationalen Kabinett, Platz machen würde. Es ist möglich, daß dies der Regierung auch durch die Zweite Kammer erklärt wird.“

Die Einstellung der militärischen Urlaube in Holland.

„Der Vaterland“ sagt hier, es sei dies zwar eine ernste Vorichtsmaßregel der Militärbehörden, doch seien die bereits Beurlaubten noch nicht berufen. Dies wäre der zweite militärische Schritt Hollands, der aber augenblicklich noch nicht erfolgt sei. Die Einberufung einer Geheim Sitzung der Zweiten Kammer ist nicht als ungünstiges Symptom anzusehen, da diese nicht durch die Regierung, sondern durch die Kammer selbst verlangt wurde.

Die englischen Minen im holländischen Fahrwasser.

Haag, 26. April.

Auf eine Anfrage des Mitgliedes der zweiten Kammer Knobel antwortete der holländische Marineminister Kamboonet: Die Presseberichte, wonach von englischer Seite verankerte Minen vor der Scheldemündung dicht an der Hoheitsgrenze gelegt worden sind, sind zutreffend. Am 23. März wurde in diesem Seegebiet, wo ein holländischer Lastenlaster verunglückt war, eine englische Mine aufgespürt. Die holländische Regierung war von dem Auslegen dieser Minen englischerseits nicht benachrichtigt worden. Bei Absuchung des Fahrwassers wurden acht Minen zur Explosion und eine verankerte, höchst englischen Ursprungs, zum Sinken gebracht. Das holländische Ministerium des Auswärtigen hat der britischen Regierung von der Feststellung Kenntnis gegeben, daß englische Seestreitkräfte in dem meistbefahrenen Verkehrsweg holländischer Schiffe zwischen niederländischen Häfen Minen ausgelegt haben. Die britische Regierung ist auf den Ernst ihrer Handlungsweise hingewiesen worden, die eine Uebertretung des Artikels 3 des achten Haager Traktats bedeutet und den Gelehen der Menschlichkeit widerspricht. Die niederländische Regierung protestierte hiergegen mit großem Nachdruck. Der Verlust des Lastenfahrzeuges Nr. 14 und eines Fischerbootes, wobei neun Menschen ums Leben kamen, ist diesen verankerten Minen zuzuschreiben.

Die Unterhändler beim rumänischen Handelsvertrage.

Wien, 27. April.

Der Handelsvertrag mit Rumänien wird, wie heute berichtet worden ist, in absehbarer Zeit unterzeichnet werden. An den Vertragsverhandlungen haben unter anderen auf österreichischer und ungarischer Seite folgende Vertreter der militärischen und der zivilen Zentralstellen teilgenommen:

Militärs: Generalmajor Szatlovitz de Ecskaiu, der ihm zugeteilte Major v. Sempfl, Oberstleutnant v. Föcker, Straßler.

Ministerium des Handels: Minister Graf Czernin, Geheimrat Sektionschef Dr. Graf, Generalkonsul v. Peter, Generaldirektor Freiherr v. Mittag, Hof- und Ministerialrat Freiherr v. Benze, Ministerialrat Ritter v. Boschan, Legationsrat Graf Colloredo und Legationssekretär Graf Esch.

Oesterreichische Ministerien: Justizministerium: Ministerialrat Waller; Finanzministerium: Ministerialrat Ritter v. Ehas, Sektionsrat Kaltenbrunner, Finanzrat v. Wolz; Handelsministerium: Handelsminister Freiherr v. Wieler, die Ministerialräte Schüller und Duvracel, Sektionsrat Freiherr v. Lenzenstein, Ministerialbizsekretär Brotsch, Finanzprokuratorssekretär Wolny; Eisenbahnministerium: die Ministerialräte Müller, Martini und Ritter v. Fidler und Ministerialsekretär Kaufner; Ministerium für öffentliche Arbeiten: Ministerialbizsekretär Dimig; Ackerbauministerium: Sektionschef Freiherr v. Gubloch und Regierungsrat Hamr; k. u. k. Mission in Bukarest: Zivilkommissär Stolla.

Ungarische Ministerien: Minister Györey, Staatssekretär Eöry, Ministerialrat Baron Wimmerberg, die Ministerialsekretäre Kanoss und v. Allmann und Postas Szalay vom Handelsministerium, Ministerialrat Walto vom Finanzministerium, Ministerialrat Dabrowsky und Ministerialsekretär Horv vom Ackerbauministerium und Inspektor k. Walter von den ungarischen Staatsbahnen.

**Kundgebung des steiermärkischen Landes-
auschusses gegen die südslawischen Be-
strebungen.**

Der steiermärkische Landesauschuß hat in seiner heutigen Sitzung auf Antrag des Landesauschußbeisitzers Stallner nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Landesauschuß des Herzogtums Steiermark als oberste autonome Behörde für das ganze Kronland gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß in der Schaffung des in der staatsrechtlichen Erklärung der südslawischen Abgeordneten vom 30. Mai 1917 verlangten südslawischen Staates eine ernste Gefahr für den Weiterbestand der Monarchie erblickt werden muß. Da die Errichtung eines unabhängigen südslawischen Staates auch eine Zerreißung des Kronlandes Steiermark zur Folge haben müßte, hält sich der Landesauschuß für verpflichtet, auf die schweren Nachteile, die dem gesamten Lande in wirtschaftlicher Hinsicht und der deutschen Bevölkerung des Unterlandes in nationaler Hinsicht drohen, warnend hinzuweisen.

Von diesem Beschlusse wurden das Ministerratspräsidium und der Statthalter in Kenntnis gesetzt.

Die Verschiebung der Abgeordnetenhaus-sitzungen.

Vor neuen Verhandlungen mit den Parteien.

Wien, 26. April.

Das Ergebnis der gestrigen Konferenz der Abordnung der Verfassungs- und Mittelpartei des Herrenhauses mit dem Ministerpräsidenten hat der kritischen Situation im Parlament ihre Schärfe genommen. Die Aktion der beiden Herrenhausgruppen war, solange der Schein bestand, daß sich ihre Spitze gegen das Kabinett Seidler richtete, ein starker Ansporn für die oppositionellen Elemente in den deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses. Die Abgeordneten wurzeln naturgemäß in den Stimmungen ihrer Wählerschaften. Die deutschen Wählerkreise sind verstimmt, und diese Verstimmung konnte nach der mehrwöchigen parlamentarischen Pause auf die deutschen Abgeordneten nicht ohne Einfluß bleiben. Der Verband der deutsch-nationalen Parteien war nahe daran, in die Opposition zu gehen. Das Ergebnis der Aktion der beiden deutschen Gruppen des Herrenhauses hat auf die oppositionellen Elemente der deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses mäßigend gewirkt. Die Christlichsozialen, die eine oppositionelle Schwelung von Haus aus nur widerstrebend mitmachten, waren die ersten, die sich zurückzogen. Auch im Leitungsausschusse der deutsch-nationalen Parteien bröckelte die Opposition sichtbar ab. Schließlich einigte man sich auf die Parole, dem Kabinett Seidler gegenüber eine Politik der freien Hand einzuschlagen. Ein Antrag des Abgeordneten Teufel geht noch weiter und schlägt vor, dem Kabinett Seidler gegenüber die bisherige Haltung beizubehalten. Endgültige Beschlüsse können natürlich nur von den einzelnen Parteiklubs gefaßt werden, die Anfang der nächsten Woche zusammentreten. Als wahrscheinlich gilt, daß sich die deutschen Abgeordneten mit wenigen Ausnahmen auf eine Politik der freien Hand einigen werden. Das ist gegenüber der gestrigen oppositionellen Strömung eine Entspannung, aber an der Situation vor Ostern gemessen eine Verschlechterung. Die Schwierigkeiten sind nicht beseitigt. Es ist nur eine Atmosphäre geschaffen, die die Verhandlungen des Ministerpräsidenten mit den einzelnen Parteien des Abgeordnetenhauses möglich macht. Um Zeit für diese Verhandlungen zu gewinnen, hat heute der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Groß nach einer Besprechung mit dem Ministerpräsidenten und im Einvernehmen mit der Vizepräsidenten des Hauses die Einberufung des Abgeordnetenhauses um eine Woche verschoben. Die nächste Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses findet am 7. Mai statt.

Womentan ist die Situation die, daß das Kabinett Seidler bei keiner Partei auf unbedingte Gefolgschaft rechnen kann. Mit den Tschechen und Südslawen sind Verhandlungen über den Eintritt in eine Majorität von vornherein aussichtslos. Bei den Ukrainern sind seit einiger Zeit Verstimmungen bemerkbar, die mit Vorgängen in der auswärtigen Politik zusammenhängen. Der Polenklub steht vor der Notwendigkeit, sich neu zu organisieren. Die Sozialdemokraten und die Allpolen sind ausgetreten, die Volkspartei hat ihr Verbleiben im Klub an gewisse Bedingungen geknüpft und die Konservativen und Demokraten gelten zwar als die gemäßigten Elemente, stehen jedoch auch sehr stark unter dem Einfluß der Entwicklung der auswärtigen Politik. Seit dem Rücktritt des Grafen Czernin sind diese beiden Gruppen für eine regierungsfreundliche Politik leichter zu gewinnen. Die Haltung der deutschen Parteien hat jedoch zur Folge, daß sich auch die Polen eine gewisse Reserve auferlegen und daß eine Unsicherheit sich auch der übrigen Parteien bemächtigt. Der Ausgangspunkt für die Verhandlungen des Ministerpräsidenten über eine Mehrheit im Abgeordnetenhaus kann daher wieder nur ein Einvernehmen mit den deutschen Parteien sein. Eine Gefahr besteht weniger für die Staatsnotwendigkeiten, deren Bewilligung die deutschen Parteien sich kaum entziehen dürften, als in den Zufälligkeiten, die im österreichischen Abgeordnetenhaus an der Tagesordnung sind und von den Tschechen und Südslawen noch häufiger hervorgerufen werden dürften, wenn sie bemerken, daß die Regierung gegen derartige Zufallsabstimmungen keine Deckung hat. Eine Arbeitsmajorität ist heute schwerer zu finden als vor Ostern. Der Ausgangspunkt kann wieder nur bei den Deutschen gesucht werden.

Mitteilungen über die Aktion der beiden Herrenhausparteien.

In der politischen Öffentlichkeit wird das Ergebnis der von der Verfassungspartei und der Mittelpartei des Herrenhauses eingeleiteten Aktion vielfach als ein Rückzug der Herrenhausparteien beurteilt. Von unterrichteter Seite erhält die „Wiener Politische Rundschau“ dem gegenüber folgende Mitteilungen: Die Aktion der Herrenhausparteien hatte von Anfang an keine Spitze gegen die gegenwärtige Regierung und deren Chef, sondern galt der Erhaltung der verfassungsmäßigen Formen nicht nur unter dieser, sondern unter jeder Regierung. Es ist unrichtig, daß auf unsere Haltung die Ablehnung einer Audienz beim Kaiser Einfluß genommen habe. Der Wunsch nach einer Audienz beim Kaiser wurde überhaupt nicht ausgesprochen, dies konnte auch nicht der Fall sein, denn ~~wenn hätten die Herrenhausmitglieder gerade den Weg zur~~

Verfassungsmäßigkeit verlassen, während es ihnen bei dieser Aktion doch darum zu tun war, daß bei allen politischen Akten an der Verantwortlichkeit der Regierung festgehalten werde. Die Herrenhausgruppen stehen auf dem Standpunkt der Verfassungsmäßigkeit und deshalb fanden sie die Abordnung doch hin, wohin sie die Verfassung weist: zum Ministerpräsidenten. Es war aus Äußerungen des Kabinettschefs bekannt, daß er aus einer persönlichen Stellungnahme der Herrenhausparteien gegen ihn die Konsequenzen gezogen hätte. Es konnte aber nicht Sache der deutschen Herrenhausparteien sein, durch ihre Aktion egoistisch-meritorischen Tendenzen zum Siege zu verhelfen, insbesondere mußte ihnen der sofort von slawischer Seite unternommene Versuch, die Staatskrise und die dynastischen Gefühle der Deutschen in Zweifel zu ziehen, zu denken geben. Eine Krise des Ministeriums Seidler hervorzuweisen war nicht beabsichtigt, denn es ist klar, daß der gegenwärtige Ministerpräsident für das Vorgefallene, dessen Wiederholung vermieden werden soll, nicht verantwortlich gemacht werden kann. Ebenso wenig hatte die Aktion irgendeine Spitze gegen den Präsidenten des Herrenhauses Fürsten Windisch-Graetz, der sich bei allen Gruppen des Hauses des allgemeinen Vertrauens und der höchsten Wertschätzung erfreut. Es wurde auch von den Sprechern beider Gruppen in nachdrücklicher Weise dem Ministerpräsidenten gegenüber der Wunsch geäußert, daß dem Demissionsgesuch des Fürsten Windisch-Graetz keine Folge gegeben werden möge.

Sitzung der Rechten des Herrenhauses.

Der Obmann der Rechten des Herrenhauses Prinz Ferdinand Lobkowitz hat die Mitglieder der Gruppe für die nächste Woche zu einer Vollsitzung einberufen.

Die Schwierigkeiten zwischen Deutschland und Holland.

Erklärungen des Ministers London.

Haag, 26. April.

Das Korrespondenzbureau meldet: Bei Beginn der öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer wies Savornin-Lohmann auf die ernste Erklärung des Ministers des Aeußern in der Ersten Kammer hin und bezeichnete es im Zusammenhange mit dieser Erklärung und auch mit den ernstesten Gerüchten, die seitdem aufgetaucht seien, als sehr erwünscht, daß der Minister noch heute eine Erklärung über die Lage abgebe.

Der Vorsitzende eruchte daraufhin den Minister um die Abgabe einer Erklärung.

Minister London äußerte sich hierauf folgendermaßen: Es ist der Kammer bekannt, daß sich Schwierigkeiten mit Deutschland ergeben haben, die sich in erster Linie auf die bekannte Sand- und Kiesfrage beziehen. Die Besprechungen haben keinen unbedingt ungünstigen Verlauf, aber die Regierung ist sich des Ernstes der Lage bewußt.

Auf Antrag von zehn Mitgliedern der Kammer trat diese hierauf zu einer geheimen Sitzung zusammen.

Das Korrespondenzbureau meldet: Der Vorsitzende des Ministerrates vander Linden und der Minister des Auswärtigen London haben heute morgen im Gebäude der Zweiten Kammer mit dem Seniorenkönvent der Kammer eine Besprechung über die Schwierigkeiten gehabt, die sich in dem Verhältnis zu Deutschland ergeben haben.

Einstellung der militärischen Urlaube.

Haag, 24. April.

Wie das Korrespondenzbureau erfährt, sind militärische Urlaube bis auf weiteres verboten worden.

27. IV. 1918

22

Abreise Burians und Kühlmanns nach Bukarest.

Wien, 26. April.

Der Minister des Aeußern Baron Burian hat sich heute abend nach Bukarest begeben. In seiner Begleitung befinden sich Gesandter Freiherr v. Mittag und Legationsrat Graf Colloredo.

Der deutsche Staatssekretär ist heute morgen auf der Durchreise nach Bukarest in Wien eingetroffen. Herr v. Kühlmann, der bekanntlich vor wenigen Tagen infolge einer Angina bettlägerig und bei Antritt der Reise noch nicht vollkommen wiederhergestellt war, konnte wegen seines noch schonungsbedürftigen Zustandes heute vormittag nicht beim Kaiser in Audienz erscheinen und an der kaiserlichen Frühstückstafel teilnehmen, zu der er eingeladen war. Der Staatssekretär wird sich bei der Rückreise von Bukarest in Wien aufhalten und dann vor dem Kaiser erscheinen, um seinen Dank für die ihm jüngst verliehene Ordensauszeichnung abzustatten.

Herr v. Kühlmann, der sich heute abend gemeinsam mit Baron Burian nach Bukarest begibt, hat sich unter Tags auf der deutschen Botschaft aufgehalten, wo er gemeinsam mit dem Minister des Aeußern das Frühstück einnahm und dann mit diesem konferierte.

Die Abreise des Herrn v. Kühlmann und des Baron Burian nach Bukarest erfolgte um 11 Uhr nachts.

Vorher nahm Staatssekretär Dr. v. Kühlmann auf der deutschen Botschaft an einem Essen teil, dem auch Minister a. D. Dr. Baernreither, Reichsratsabgeordneter Dr. v. Langenhan und der deutsche Generalkonsul in Budapest Graf Fürstenberg zugezogen waren.

Churchill über die englische Kriegsmaterialerzeugung.

Amsterdam, 25. April. Im Unterhause führte Churchill noch weiter aus: Die Artillerie hat mehr Schüsse abgegeben als im wöchentlichen Durchschnitt des letzten Jahres und doppelt so viel als in der Offensive an der Somme im Jahre 1916. Für genügende Reserven für das Jahr 1919 ist gesorgt. Trotz der Ereignisse dieses Jahres steht England jetzt ein wenig besser da und es kann den letzten Rest des Jahres die intensivsten Kämpfe besser durchführen, ohne den Bedarf für das nächste Jahr in Anspruch zu nehmen. All dies ist durchgeführt trotz der beständig wachsenden Anforderungen an den Mannschaftsersatz.

Bei der Herstellung der Munition sind zwei widrige Momente zu berücksichtigen: die beständige Wegnahme von Arbeitern für die Armee und die Verringerung des Schiffsraumes. Die Einfuhr von Lebensmitteln nach England und für die Verbündeten, die großen Kohlentransporte für Frankreich und Italien und die Hilfe für die amerikanischen Truppen-transporte verringerten beträchtlich die Menge des Schiffsraumes, auf den ich gerechnet hatte. Ohne diese Verringerung wäre es möglich gewesen, die Herstellung von Granaten noch weiter auszudehnen. Aber die Leistung, wie sie war, war gut. Was geleistet worden ist, sieht wie ein Zaubertrick aus. Aber die einfache Erklärung liegt in der lokalen ununterbrochenen Tätigkeit der Munitionsarbeiter, in der riesenhaften Verwandlung der großen Industrien in Kriegsindustrien und in der Frauenarbeit. Mehr als neun Zehntel der Granaten werden von Frauen hergestellt. Jetzt werden in einer Woche mehr Flugzeuge erzeugt als im ganzen Jahre 1914, in einem Monat mehr als im Jahre 1915 und in einem Vierteljahr mehr als im Jahre 1916, und sie sind in jeder Hinsicht verbessert worden.

Eine weitere neue Aufgabe des Ministeriums war die Herstellung von Stahl für Schiffsbauten. Frankreich und Italien forderten höchst dringlich Stahl. In den letzten sechs Monaten wurden alle Wünsche erfüllt und noch ein beträchtlicher Ueberschuß erzeugt. In England und Frankreich hat man gute Fortschritte in der Gewinnung von Salpeter aus der Luft gemacht. Die Engländer haben durch ihr Gas mehr Deutsche getötet als umgekehrt, und die englischen Gasmasken sind die besten in Europa. Wir haben sie millionenweise englischen und italienischen Truppen geliefert, und für die Amerikaner sind große Vorräte vorhanden. Schwere Geschütze werden mit größter Schnelligkeit hergestellt. Im vorigen Jahre war mehr Munition vorhanden als die Geschütze verschießen konnten. In diesem Jahre haben wir so viele Geschütze, um alle Munition zu verschießen, die wir herstellen können.

London, 26. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die Zeitungen äußern sich sehr befriedigt über die Rede Churchills. „Daily Express“ sagt, das englische Munitionsministerium sei ein Kriegswunder. Die „Times“ schreibt, die Mitteilung Churchills sei ein gutes Stärkungsmittel für schwache Nerven.

Deutschland und Holland.

R. Haag, 26. April. (Meldung des Korrespondenz-Bureaus.) Bei Beginn der öffentlichen Sitzung der Zweiten Kammer wies Savornin-Lohmann auf die ernste Erklärung des Ministers des Aeußern in der Ersten Kammer hin und bezeichnete es im Zusammenhange mit dieser Erklärung und auch mit den ernstesten Gerüchten, die seitdem aufgetaucht seien, als sehr erwünscht, daß der Minister noch heute eine Erklärung über die Lage abgebe.

Der Vorsitzende ersuchte daraufhin den Minister um die Abgabe einer Erklärung.

Minister Loubon äußerte sich hierauf folgendermaßen: Es ist der Kammer bekannt, daß sich Schwierigkeiten mit Deutschland ergeben haben, die sich in erster Linie auf die bekannte Sand- und Kiesfrage beziehen. Die Besprechungen haben keinen unbedingten günstigen Verlauf, aber die Regierung ist sich des Ernstes der Lage bewußt.

Auf Antrag von zehn Mitgliedern der Kammer trat diese hierauf zu einer geheimen Sitzung zusammen.

R. Haag, 26. April. Das Blatt „Het Vaderland“ schreibt: Die Erklärung des Ministers des Aeußern Loubon, daß die Sand- und Kiesfrage eine sehr ernste sei, gibt doch noch keinen Anlaß zu den alarmierenden Gerüchten, die in diesen Tagen umliefen. Wie ernst die Verhältnisse auch liegen, daß Deutschland Holland nicht zum Schlimmsten treiben werde, wurde unserem Berliner Korrespondenten vorgestern in einer offiziellen Mitteilung versichert. Wir nehmen die Versicherung an. Es kann nicht im deutschen Interesse liegen oder in seiner Absicht sein, uns zum Aeußersten zu treiben. Inzwischen wird die Diplomatie noch einen Ausweg suchen.

R. Haag, 26. April. Wie das Korrespondenzbureau erfährt, ist es nicht ausgeschlossen, daß unter den jetzigen Umständen die regelmäßigen und die besonderen Urlaube durch die Oberbefehlshaber des Heeres und der Flotte vorübergehend eingestellt werden. Tatsache ist, daß man keine weitergehenden militärischen Maßnahmen beabsichtigt, was beweise, daß man die politische Lage hoffnungsvoll ansieht.

R. Amsterdam, 26. April. Der Berliner Korrespondent des „Algemeen Handelsblad“ erfährt von gut unterrichteter Seite, daß die in den letzten Tagen zwischen der deutschen und der niederländischen Regierung in Berlin geführten Verhandlungen die Ueberzeugung hervorgerufen haben, daß man zu einer Einigung gelangen wolle und daß keinerlei Anlaß zur Beunruhigung bestehe. Ohne die Schwierigkeiten zu unterschätzen, die sich bei der Erneuerung des Wirtschaftsabkommens ergeben, erwartet man doch, daß das Abkommen in ein paar Wochen abgeschlossen werden wird.

Einstellung der militärischen Urlaube in Holland.

R. Haag, 24. April. Wie das Korrespondenz-Bureau erfährt, sind militärische Urlaube bis auf weiteres verboten worden.

R. Amsterdam, 26. April. „Algemeen Handelsblad“ schreibt: Der Bericht unseres Berliner Korrespondenten über die Erwartung der dortigen Kreise, daß die Verhandlungen zwischen Deutschland und Holland günstig verlaufen werden, gibt uns Hoffnung auf ein günstiges Ergebnis der Verhandlungen. Die Meldungen über die jüngste Maßnahme, die unsere Heeresverwaltung getroffen hat, braucht keine Beunruhigung hervorzurufen. Es ist selbstverständlich, daß man keine Vorsicht außer Acht läßt. Neue Urlaube werden heute nicht gewährt, es darf aber als ein sehr gutes Zeichen angesehen werden, daß die bereits erteilten Urlaube nicht eingezogen worden sind. Uebrigens würde auch die Einziehung der Urlaube nur bedeuten, daß man auf alle nur denkbaren Ereignisse gefaßt ist und für den Fall, daß sie sich ernster gestalten, nichts versäumen will. Im allgemeinen scheint man das auch in Deutschland so anzusehen. Desto mehr wundert es uns, in einer deutschen Zeitung einen Artikel zu finden, der eine gewisse Nervosität über das Verhältnis Deutschlands zu unserem Lande verrät.

Berichterstattung des Berliner Gesandten an die Königin.

R. Haag, 26. April. „Nieuwe Courant“ teilt mit, daß die Königin heute nachmittags in Scheveningen den niederländischen Gesandten in Berlin Baron Gevers empfangen hat.

Englisch-amerikanische Heße.

R. London, 25. April. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Die „Times“ erfahren aus New-York: Die Forderung Deutschlands, daß Holland die Durchfuhr von Kriegsmaterial über niederländische Eisenbahnen und Kanäle gestatten soll, wird hier der Forderung an den belgischen König gleichgestellt, die Durchfuhr deutscher Truppen und deutschen Kriegsmaterials zu gestatten und die Haltung freundschaftlicher Neutralität anzunehmen. Es scheint, daß Deutschland jetzt Holland klar macht, daß Deutschland eine Wiederholung der belgischen Gewalttat in Betracht ziehen würde, falls Holland die Forderung zurückweisen sollte. In Washington glaubt man bestimmt, daß Holland nicht nachgeben wird.

„New-York World“ sagt: Wenn Deutschland einen Vorwand für einen Krieg sucht, findet es stets einen Hollands Verbrechen gegen Deutschland ist seine jetzige Hilflosigkeit, der Autokratie zu helfen.

28. IV. 1918

Das Dossier Clemenceaus.

Eine Anfrage im Unterhause.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Basel, 27. April.

Im englischen Unterhause fragte Duth-
watte, ob die englische Regierung, als sie im vorigen
Jahre die Friedensverhandlungen ablehnte und beson-
ders die Friedensvorschläge Kerenskis zurückwies,
davon Kenntnis hatte, daß Poincaré den
Brief König Karls besitze. Balfour erwi-
berte, daß die Regierung diese Angelegenheit nicht im
Unterhause erörtern könne.

28. IV. 1918

27

**Die englische Schiffsraumnot überwältigend.
Ein Aufruf des Leiters des englischen Schiff-
fahrtsamtes an Amerika.**

Bern, 25. April.

Sir Joseph Maclay, der Leiter des englischen Schifffahrtsamtes, hat durch Vermittlung des Londoner Vertreters der „New York Times“ folgenden packenden und viel-sagenden Aufruf an die Bevölkerung der Vereinigten Staaten gerichtet:

Die Schiffsraumnot ist überwältigend. Nur die Vereinigten Staaten können uns helfen. Unsere Lage wäre nicht hoffnungslos, wenn Ihr Land seine Versprechungen hält. Sie müssen bedenken, daß der Kleinverlust der Westmächte im Jahre 1917 598 Schiffe betrug. Diese Flotte hätte genügt, um allen Weizen zu importieren, den England braucht, das heißt 50 bis 75 Prozent der gesamten englischen Lebensmitteleinfuhr. Lerner versenken die deutschen U-Boote erheblich mehr als doppelt so viel, wie die britischen Versterben lassen. Zwar wächst die Zahl der amerikanischen Truppen in Europa täglich, aber jeder angekommene Soldat steigert die Schiffsraumnot durch die notwendige Zufuhr an Nahrung, Kleidung und Munition. Die Schiffsnot ist erst jetzt so ernst geworden. Unsere Leute sind kriegsmüde, ihre Nerven durch dreieinhalbjährige Entbehrungen überreizt und unbarmherzig erschöpft. Kein Wunder, daß ihre Arbeit darunter leidet. Amerika kann helfen. Unsere Lage ist kritisch, besonders bis zur nächsten Ernte. Mit unseren Hilfsmitteln liegen wir fest. Wir können nicht mehr zurück; doch Ihr Amerikaner habt Menschen, Talente und Rohmaterial, um die Sache des Verbandes zu erlösen.

**Der Zusammenbruch des Aushungerungskrieges
der Entente.**

Berlin, 27. April.

Das Wolffsche Bureau meldet: Der Herausgeber der „National Review“ gesteht in der Monatschau des Aprilheftes seiner Zeitschrift ein, daß die Entente nunmehr die Hoffnung auf Aushungerung Deutschlands aufgeben müsse. Vor dem Kriege, schreibt er, brachte Rußland gewaltige Mengen Lebensmittel, namentlich Weizen, Hafer und Mais, hervor, während Deutschland jährlich annähernd zwei Millionen Tonnen Weizen und fünf Millionen Tonnen Getreide überhaupt einführen mußte. Zweifellos wird zwar seit 1914 in der Ukraine wie in ganz Rußland die Produktion erheblich abgenommen haben, aber da inzwischen keine Ausfuhr stattfand, so ist es einigermaßen leichtfertig, wie eine Anzahl Sachverständiger es tut, anzunehmen, die Ukraine werde augenblicklich nichts Ausführbares auf. Außer Getreide werden Butter, Eier, Schweine, ganz zu schweigen von Gänzen,

nach Deutschland wandern, sobald nur das Transportwesen wieder in Ordnung gebracht ist, und gerade die Wiederherstellung von Ordnung ist Deutschlands Stärke. Auch erzeugt die üppige Ukraine, die ein Drittel der russischen Landwirtschaft umfaßt, nicht weniger als drei Viertel der Kohle und des Eisens Rußlands und einen sehr bedeutenden Teil seiner mineralischen Oele. Flachs ist in den baltischen Provinzen zu haben, Leder wird aus Sibirien, Platin aus dem Ural geholt werden.

28. IV. 1918

29

Die deutsch-holländischen Schwierigkeiten.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 27. April.

Die „Bosnische Zeitung“ meldet aus Amsterdam: Eine merkwürdige Unsicherheit herrscht hier über den wahren Charakter des Verhältnisses mit Deutschland. „Telegraaf“ berichtet, daß eines der bekanntesten Kammermitglieder heute mit dem deutschen Gesandten Dr. Rosen eine Unterredung gehabt habe, der ihm versicherte, daß die Differenzen zwischen Deutschland und Holland so gut wie beigelegt seien, daß kein Grund zur Beunruhigung vorliege. Im Außenministerium jedoch konnte man demselben Blatte keine Bestätigung der optimistischen Auffassung des Gesandten geben. Im übrigen wurde dort jede weitere Auslassung abgelehnt.

Kabinettsrat im Haag.

Haag, 27. April.

Das Korrespondenzbureau meldet, daß gestern nachmittag nach Schluß der geheimen Kammer Sitzung ein Ministerrat abgehalten worden ist. Heute nachmittag wurde ein Kabinettsrat abgehalten.

Keine Vereinbarungen zwischen Holland und England.

Amsterdam, 27. April.

Die „Haagsche Post“ schreibt: Wie wir erfahren, laufen in Berlin die törichtesten Gerüchte über die Haltung unserer Regierung um. Es hat wenig Zweck, ihnen zu widersprechen. Die Tatsachen und ihre Haltung würden es von selbst tun. Aber über einen Punkt ist eine nachdrückliche Erklärung erforderlich. In Berlin wird behauptet, daß unsere Regierung bereits eine Vereinbarung mit der englischen getroffen habe, die ihr für den Fall einer deutschen Invasion Hilfe zusichere. Wir können aus das entschiedenste erklären, daß Holland mit keinem der Kriegführenden irgendein Bündnis geschlossen oder eine Abrede getroffen hat, die sich auf militärische Hilfe bezieht.

29./IV. 1918

Die Verhandlungen mit Rumänien

Ankunft Baron Buriáns und Dr. v. Kühlmanns
in Bukarest.

B. Bukarest, 28. April. Der Minister des Aeußern Baron Burián ist heute früh in Begleitung des Gesandten Freiherrn v. Mittag und des Legationsrates Grafen Colloredo hier eingetroffen.

Mit demselben Zuge ist Staatssekretär Dr. v. Kühlmann hier angekommen.

29. IV. 1918

31

**Forderung nach Vorlage der Kaiserbrief-
dokumente in der französischen Kammer.**

Bern, 27. April.

Der „Heure“ zufolge beabsichtigt Abgeordneter Forgeot, in der Kammer am nächsten Dienstag einen Beschlußantrag einzubringen, wonach die Kammer sich als Generalkommission konstituieren soll, um alle die Landesverteidigung betreffenden Fragen zu prüfen, besonders die Aktenstücke, die Clemenceau jüngst den vereinigten Kammerausschüssen vorgelegt hat. Forgeot hält es für notwendig, daß die Kammer in ihrer Gesamtheit über alles Vorgefallene unterrichtet werde. Die Mehrzahl der Abgeordneten hat sich der Ansicht Forgeots angeschlossen.

„Petit Parisien“ zufolge wünscht die Mehrzahl der Senatoren gleichfalls in die Aktenstücke Einsicht zu nehmen. Es steht zur Stunde noch nicht fest, auf welche Weise diese Parlamentarier die Angelegenheit im Plenum vorbringen werden, falls der Antrag Forgeot abgelehnt würde.

Hollands internationale Schwierigkeiten.

Hoffnung auf Beilegung der Differenzen.
Telegramm unseres Korrespondenten.

Haag, 29. April.

Der Berliner Korrespondent des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet: In ausschlaggebenden Berliner Kreisen ist man heute zuversichtlich gestimmt bezüglich der Unterhandlungen mit Holland. Einzelheiten sind bis jetzt noch nicht bekannt, aber die Angelegenheit wird als erledigt angesehen.

Der holländische Gesandte in Berlin Baron Gevers reiste heute morgen nach Berlin zurück.

Günstige Beurteilung der Lage in Berlin.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 29. April.

Die Situation zwischen Deutschland und Holland wird von informierten Seiten günstig beurteilt. Die an zuständiger Stelle vorliegenden Nachrichten lassen eine beide Teile befriedigende Abjüng der schwebenden Fragen erhoffen.

Ein Regierungswechsel erwartet.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Haag, 28. April.

In manchen politischen Kreisen Hollands zirkuliert das durch nichts begründete Gerücht, von deutscher Seite werde Einfluß auf die Mitglieder der Kammer ausgeübt, um diese zu überzeugen, daß ein Ministerwechsel im Interesse Hollands liege. Diese sonderbaren und durch keine Tatsachen begründeten Gerüchte werden merkwürdigerweise geglaubt und von der politischen Presse kommentiert. „Handelsblad“, dessen Ententesympathien allerdings unverbürgt sind, sagte: Minister Louden habe in allen vergangenen Konflikten zumeist die gesamte Kammer für sich gehabt. Die einzelnen Abgeordneten, die heute einen Feldzug gegen ihn führen und davon sprechen, daß das Kabinett sich überlebt habe, würden nur eine geringe Minderheit bilden. Viele Blätter bringen ein gleichlautendes Entrefilet, in dem es heißt: Die Nervosität verschiedener Politiker sei im Grunde genommen unerklärlich. Hinter den Kulissen werde geheßt und einzelnen Mitgliedern des Parlaments werden Tatsachen mitgeteilt, die die Schwierigkeiten der internationalen Lage nur einseitig beleuchten. Von solcher Seite aus trachtet man danach, die eigene Regierung bei den Mitgliedern der Kammer in Mißkredit zu bringen. Neben Äußerungen dieser Art erscheinen in der holländischen Presse lange Betrachtungen englischer Blätter, die die Stimmung noch mehr zu verwirren und irrezuführen suchen.

Gründe für den erwarteten Regierungswechsel.

Amsterdam, 28. April.

Der Haager Korrespondent des „Algemeen Handelsblad“ meldet: In Haag laufen Gerüchte um über den Rücktritt des Kabinetts im Zusammenhange mit der Haltung Hollands gegenüber Deutschland. Ganz unbegründet sind die Gerüchte nicht, aber aktuelle Bedeutung ist ihnen vorderhand nicht zuzuerkennen. Die Schwierigkeiten mit Deutschland und die vielfach geäußerte Ansicht, daß Minister Louden in diesen Angelegenheiten nicht immer den besten Weg verfolgte, haben das Unbehagen gegenüber der Regierung bestärkt. Außerdem finden manche, daß ein anderer, der nicht wie Minister Louden in der Sand- und Kiesfrage durch frühere Erklärungen gebunden sei, diese Angelegenheiten freier behandeln könnte. Eine Reihe von Abgeordneten verschiedener Fraktionen hält die Bildung eines nationalen, aus den maßgebenden Persönlichkeiten der Parteien bestehenden Kabinetts für wünschenswert. Eine organisierte Richtung gegen die Regierung habe die Bewegung jedoch nicht und noch weniger eine Mehrheit in der Kammer. Es ist freilich beachtenswert, daß sogar des Ministers Louden Popularität etwas gestiegen zu haben scheint. Bis vor kurzem wetteiferten die Führer aller Parteien, seinen Ruhm zu preisen. Man werde es sich jedoch noch genau überlegen, gerade unter den jetzigen Umständen einen Kabinettswechsel vorzunehmen. Er würde jetzt von den Ententemächten als Triumph Deutschlands ausgelegt werden. Alles in allem scheint uns ein bevorstehender Rücktritt des Kabinetts vorläufig nicht wahrscheinlich.

29. IV. 1918

Das Dossier Clemenceaus.

Scharfe Angriffe gegen Clemenceau und Ribot.

Bern, 27. April.

In der französischen Presse und im Parlament macht sich eine ziemlich heftige Opposition gegen die Ablehnung von Friedensbesprechungen geltend. Clemenceau hätte die Debatte in der Kammer gern auf längere Zeit hinausgeschoben, in der Erwartung, unter dem Eindruck eines wirklichen oder eingebildeten großen Waffenerfolges vor den Volksvertretern zu erscheinen und seine Politik des Jusqu'aboutismus verteidigen zu können. Die Kammer zeigte sich darin aber weniger gefügig als der Senat.

Der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten, dem Clemenceau alle auf den Brief König Karls und die Verhandlungen in Freiburg bezüglichen Dokumente unterbreitete und in einer fast zweistündigen Rede eingehend dokumentierte, zeigte sich sehr zurückhaltend und schielt die Akten, um der Kammer darüber zu berichten. Dieser Debatte kann Clemenceau nicht mehr entgehen, und so sind seine Anstrengungen darauf gerichtet, eine öffentliche Diskussion zu vermeiden.

Unter den Volksvertretern wird die Mißstimmung durch die Feststellung erhöht, daß eine für das Schicksal des Landes so wichtige Angelegenheit nur en petit comité, das heißt unter Ausschluß des Parlaments, ja der meisten Mitglieder der letzten Regierung in einem für den Frieden ungünstigen Sinne entschieden wurde. Gegen dieses Vorgehen des früheren Ministerpräsidenten Ribot verwahren sich mehrere seiner ehemaligen Kollegen, darunter sogar der Minister des Außern, dem diese Sache vorenthalten blieb.

Die sozialistischen Abgeordneten verdoppeln ihre Angriffe, die sich nicht nur gegen Clemenceau und Ribot, sondern ganz besonders gegen Poincaré richten, dem neuerdings vorgehalten wird, daß er mit dem ehemaligen Zaren einen Geheimvertrag abgeschlossen hat, der Frankreich so schwere Verpflichtungen auferlegte. Die Sprache, die von Renaudel, Longuet, Maheras, Mistral, Deshayes geführt wird, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, und Abgeordneter Cahin, Mitglied der Subkommission für auswärtige Angelegenheiten, dem die Prüfung der von Clemenceau übergebenen Akten anvertraut wurde, aber richtiger, der sich selbst gegen den Willen des Ministerpräsidenten damit befaßte, erklärt kurz und bündig, daß die ganze Angelegenheit vor der Öffentlichkeit erklärt werden müsse.

Der ehemalige Abgeordnete Lucien de Feyer, ein rühriger Bazillist, greift im Journal du Peuple Ribot heftig an, weil dieser ganz allein, ohne auch nur die Mitglieder seines Kabinetts zu befragen, den Brief König Karls totgeschwiegen hat. Er faßt die Tat Clemenceaus dahin zusammen, daß es ihm gelungen sei, Frankreich mit Oesterreich-Ungarn zu überwerfen. Nicht darüber seien Clemenceau und

seine Anhänger erboht, weil Oesterreich-Ungarn nunmehr seine Truppen an die Westfront schickt, sondern weil seine Bemühungen zugunsten des Friedens ehrlich gemeint waren. Das müsse man endlich einmal begreifen.

Abgeordneter Deshayes geht in der Lanterne gegen den Kammerausschuß los, der die ganze Angelegenheit für sich zurückzuhalten sucht, indes doch alle Volksvertreter das Recht und die Pflicht hätten, sich zu informieren, und wäre es auch nur um der Eventualität vorzubeugen, daß die Regierung bei neuen Friedensangeboten das Beispiel Ribots und Clemenceaus befolge.

Der Minderheitssozialist Maheras, einer der Führer der Zimmerwalder, verweist in der Verité darauf, daß Briand sich nicht heute, die ihm von deutscher Seite im Sommer 1917 gemachten Angebote entgegenzunehmen und sie an das Ministerium des Außern weiterzuleiten, an dessen Spitze damals Ribot stand. Maheras erinnert daran, daß in der von ihm veranlaßten Geheimtätigkeit der Kammer am 16. Oktober 1917 die Erklärungen Ribots über seine Haltung gegenüber den ihm von Briand übermittelten Vorschlägen seinen Sturz veranlaßten.

Ein Antrag zur Ueberprüfung der Geheimakten durch die Kammer.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

S. 29. April.

Der französische Deputierte Forgeot wird morgen anlässlich des Wiederzusammentrittes der Kammer den Antrag stellen, die Kammer möge sich in ihrer Gänge als Kommission konstituieren. Dieser Kommission sollen die Geheimakten in der Angelegenheit des Königsbriefes und der Besprechungen zwischen den Grafen Armand und Revertera zugänglich gemacht werden. Die parlamentarische Kommission soll ferner den Wunsch aussprechen, daß die italienische Regierung auch ihre Aktenstücke in dieser Angelegenheit zur Einsicht vorlege.

Die Grundsätze des türkischen Nationalismus.

☞ Konstantinopel, im April.

Der türkische Nationalismus von heute ist nicht mehr der von 1908, als die osmanische Nation nach langem Schlaf zum Bewußtsein erwachte und von unklaren Regungen zu Äußerungen ihrer wiedererlangten Kraft getrieben wurde. Der türkische Nationalismus als solcher ist erst eine Frucht des italienischen und vor allem des Balkankrieges. Die Auseinandersetzung mit den Völkern des Balkans förderte die Entwicklung eines auf dem Rassegedanken beruhenden Nationalismus, der zwar auf seinen Rechten mit allem Nachdruck besteht, aber auch den andern Nationalitäten läßt, was ihnen gebührt.

Der Nationalismus in der Türkei trug nie das dunkle Kleid des Fanatismus und der Reaktion. Er ist aus dem modernen Denken hervorgegangen. Schwere wissenschaftlichen Ballast hat er nicht an Bord. Dafür aber haben seine Gedanken einen klaren und unterschiedenen Ausdruck gefunden. Sein Lehrer und Prophet ist der Professor der Soziologie an der Universität Siambul, Sia Bei, mit seinem Dichternamen Göl Alp genannt, der die Gedanken der modernen Soziologie und Ethnographie, wie sie ihm namentlich durch französische Vermittlung bekannt wurden, auf die türkische Rasse und ihre Zusammenhänge in Anwendung brachte. Sia Bei ist ein Mann, der als Mensch und Gelehrter die größte Achtung genießt. Sein Geistes hat etwas Herbes, fast Nietzsche'sches an sich. Die Auffassung, die er von der türkischen Volksseele und ihren moralischen Grundlagen hat, grenzt an das Erhabene, Priesterliche. Er genießt deshalb auch im Rate der über die Geschichte des Landes entscheidenden Männer den größten Einfluß. Auf ihn ist die Begründung der Neuordnung des Justizwesens und der Lostrennung der geistlichen Gerichtshöfe vom Scheich ül Islam zurückzuführen. Er pflegt seinen Ausführungen, was in der Türkei selten ist, eine philosophisch-wissenschaftliche Wendung zu geben und verfügt über ein umfangreiches Wissen auf dem Gebiete der türkischen Geschichte und des türkischen Rechts. Er ist in der Türkei fast der einzige, für den die Geschichte nicht nur eine Sammlung wissenschaftlicher Tatsachen ist, sondern auch eine Kette von Dingen, die in logischer Folge eine Entwicklung der Ideen darstellen. Wenn dieser Mann gerade in dem Augenblick das Wort ergreift, wo das Selbstbestimmungsrecht der Völker und der Nationalismus in den Vordergrund der Debatte treten, um ein Wort über den türkischen Nationalismus zu sagen, so ist das von nicht zu unterschätzender Bedeutung, und man wird mit Recht den Schluß ziehen können, daß die leitende Schicht in der Türkei in Hinsicht auf die kommenden Friedensverhandlungen der Welt über ihre wahren Gedanken Aufschluß geben will.

Der türkische Nationalismus ist, was man zugeben muß, der Welt noch wenig bekannt. Der Verband sieht in ihm einen Popanz, einen Anachronismus, der geradezu kulturwidrig ist, nicht weil er den türkischen Nationalismus nicht kennt, sondern weil er ihn nicht kennen will und es vorzieht, sich die Türken als die Feinde der Zivilisation vorzustellen, wie das die Kreuzfahrer bis auf Denis Cochin herab getan haben. Sia Göl Alp hat wegen dieser Irrtümer in der Auffassung der türkischen Entwicklung, die man beim Feinde, aber auch bisweilen beim Freunde feststellen kann, in der Zeitschrift *Seni Medschua* (Neue Revue) einen Aufsatz veröffentlicht, der nicht mehr oder weniger enthält als das Programm der türkischen Nationalisten für die Lösung der schwierigen Fragen, die wie in vielen andern Ländern nach einer Lösung verlangen. Er untersucht das Problem, ob die nationalstiftende Denkweise für die zukünftige Gestaltung der Verhältnisse nützlich oder schädlich ist, und kommt zu dem Ergebnis, daß nur der Nationalismus, wenn er frei ist von allen imperialistischen Gedanken und vom Streben nach Unterwerfung anderer Völker, die Gewähr für eine erspriessliche Gestaltung der künftigen staatlichen Zustände bieten kann. Er gesteht allen Völkern, die in genügend dichten Massen zusammenwohnen, die Unabhängigkeit zu und macht sogleich eine Nuhanwendung dieses Grundsatzes auf die arabische Frage. Nach ihm ist eine Osterreich-Ungarn ähnliche, durch Personalunion verbundene Doppelmonarchie zu schaffen, so daß das osmanische Reich künftig aus zwei Hälften bestehen wird, aus der Türkei und aus Arabien. Der Verfasser betont jedoch die unbedingte Notwendigkeit politischer Einheit zwischen den beiden Teilen der osmanischen Monarchie, da in dem Augenblick, in dem sich die Araber von der Türkei lösen würden, ihr Untergang besiegelt sei. Sia Göl Alp ist der Ansicht, daß die Türkei eine imperialistische Politik schon längst aufgegeben habe und denkt, wenn sie auf die Grundsätze der Gerechtigkeit und Gleichheit stets das nötige Gewicht lege, sie darin eine Lösung für alle Schwierigkeiten der inneren Politik finden müsse.

Da der Verfasser nach den von ihm aufgestellten Grundsätzen auch den Minderheiten die Selbständigkeit ihrer nationalen Kultur zugesteht, so kann man daraus einen Schluß ziehen auf die Zugeständnisse, welche die leitenden türkischen Kreise selbst den Armeniern, d. h. demjenigen Teile des Volkes, der sich auf den Boden des osmanischen Staatsgedankens stellt, zu machen bereit sind. Im allgemeinen beruht die türkische nationalstiftende Politik, wie sie Sia Göl Alp darstellt, auf dem Grundsatz ehrlicher Gegenseitigkeit. Bisher hat das türkische Bevölkerungselement als solches sich nicht ausleben können. Es hat, wie die nationalstiftende Zeitung *Türk Sönu* ausführte, für die andern osmanischen Völker fremder Rasse bluten müssen. Der Zustand, der eintreten würde, wenn die Ideen Sia Beis ihre Verwirklichung fänden, entspräche ganz dem Bedürfnis der Osmanli-Türken, die natürlich nach der reinlichen administrativen Trennung der arabischen Landesteile in dem türkischen Staat die Doppelmonarchie sich um so fester organisieren können, indem sie in diesem Staate nach wie vor eine vorherrschende Stellung einnehmen, da die andern Elemente wegen ihrer unterschiedenen Minderheiten nur wie bisher eine in kultureller Hinsicht selbständige Stellung beanspruchen können. Der Islam protestiert auch durch den Mund Sia Göl Alps gegen die Verwandlung eines mohammedanischen Landes in eine Kolonie, da dieser geknechtete Zustand für Mohammedaner unerträglich sei. — Diesen Grundsätzen will der türkische Soziolog einen möglichst weiten Geltungskreis geben. Er betont, der Islam müsse dafür eintreten, daß folgende vier Punkte allgemein und von allen Völkern angenommen würden:

1. Jedes Volk, das in Hinsicht auf die Dichtigkeit seiner Bevölkerung ein wirkliches nationales Gebiet besitzt, hat ein Recht darauf, einen eignen Staat zu bilden.
2. Den Minderheiten, die nirgendwo eine Mehrheit bilden, ist die kulturelle Autonomie zuzugestehen.
3. Länder, die aus geographischen, religiösen oder politischen Ursachen zusammenleben müssen, haben das Recht, politische Einheiten zu bilden.
4. Kein Land darf unter dem Namen einer Kolonie in die Abhängigkeit von einem andern geraten.

Der Verfasser betont im Schlußsatz seiner Ausführungen, daß sich gerade der Nationalismus für die mohammedanischen Völker von Nutzen erweisen müsse, dieser Nationalismus, der unter den Mohammedanern manchen Feind besitzt, trotzdem dieses Prinzip die religiöse Seite der Frage in die vorderste Linie stellt.

Gerüchte von einem Umsturz in Rußland.

Ausrufung des früheren Thronfolgers zum Zaren?

K. Kopenhagen, 28. April. Das Mikajische Bureau meldet aus Stockholm: Nach einem dem „Aftonbladet“ aus Abo zugelommenen Telegramm laufen dort bestimmte Gerüchte um, der ehemalige Thronfolger Alegejew Nikolajewitsch sei zum russischen Zaren und Großfürst Michael Alexandrowitsch, ein Bruder des ehemaligen Zaren, zum Regenten ausgerufen worden.

Alegejew und Kornilow in Petersburg.

K. Kopenhagen, 28. April. „Politiken“ meldet aus Stockholm: Aus Finnland wird berichtet, daß sich die Generale Alegejew und Kornilow in Petersburg aufhalten und sich, wie behauptet werde, zu Herren der Stadt gemacht hätten.

Der Telegraphenverkehr mit Rußland abgeschnitten.

Die Wichtigkeit der Meldung sei unmöglich nachzuprüfen, da Rußland telegraphisch abgeschnitten sei.

29. IV. 1918

Frankreich und die Friedensbesprechungen. Wachsende Bewegung gegen Clemenceau und Ribot.

St. Bern, 27. April. In der französischen Presse und im Parlament macht sich eine ziemlich heftige Opposition gegen die Ablehnung von Friedensbesprechungen geltend. Clemenceau hätte die Debatte in der Kammer gerne auf längere Zeit hinausgeschoben in der Erwartung unter dem Eindruck eines wirklichen oder eingebildeten großen Waffenerfolges vor den Volksvertretern zu erscheinen und seine Politik des Zusqu'à-Boutismus verteidigen zu können. Die Kammer zeigte sich diesbezüglich aber weniger gefügig als der Senat. Der Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten, dem Clemenceau alle auf den Kaiserbrief und die Verhandlungen in Freiburg bezüglichen Dokumente unterbreitete und in einer fast zweistündigen Rede eingehend kommentierte, zeigte sich sehr zurückhaltend und behielt die Akten, um der Kammer darüber zu berichten. Dieser Debatte kann Clemenceau nicht mehr entgehen und so sind seine Anstrengungen darauf gerichtet, eine öffentliche Diskussion zu vermeiden.

Unter den Volksvertretern wird die Mißstimmung durch die Feststellung erhöht, daß eine für das Schicksal des Landes so wichtige Angelegenheit nur ein petit comité, das heißt unter Ausschluß des Parlaments, ja der meisten Mitglieder der letzten Regierung, in einem für den Frieden ungünstigen Sinne entschieden wurde. Gegen dieses Vorgehen des früheren Ministerpräsidenten Ribot verwahren sich mehrere seiner ehemaligen Kollegen, darunter sogar der Minister des Außen, dem diese Sache vorenthalten blieb.

Die sozialistischen Abgeordneten verdoppeln ihre Angriffe, die sich nicht nur gegen Clemenceau und Ribot, sondern ganz besonders gegen Poincaré richten, dem neuerdings vorgehalten wird, daß er mit dem ehemaligen Zaren einen Geheimvertrag abgeschlossen hat, der Frankreich so schwere Verpflichtungen auferlegte. Die Sprache, die von Renaudel, Longuet, Mayeras, Mistral, Deshayes geführt wird, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig, und Abgeordneter Gachin, Mitglied der Subkommission des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der die Prüfung der von Clemenceau übergebenen Akten anvertraut wurde, oder richtiger, die sich selbst gegen den Willen des Ministerpräsidenten damit befaßte, erklärt kurz und bündig, daß die ganze Angelegenheit vor der Öffentlichkeit erörtert werden müsse.

Der ehemalige Abg. Lucien Le Feyer, ein rühriger Pazifist, greift im „Journal de Peuple“ Ribot heftig an, weil dieser ganz allein, ohne auch nur die Mitglieder seines Kabinetts zu befragen, den Kaiserbrief totgeschwiegen hat. Er faßt die große Tat Clemenceaus dahin zusammen, daß es ihm gelungen sei, Frankreich mit Oesterreich-Ungarn zu überwerfen. Nicht darüber seien Clemenceau und dessen Anhang erbozt, weil Oesterreich-Ungarn nunmehr seine Truppen an die Westfront schicke, sondern weil seine Bemühungen zugunsten des Friedens ehrlich gemeint waren. Das müsse man endlich einmal begreifen.

Abg. Deshayes geht in der „Lanterne“ gegen den Kammerauschuß los, der die ganze Angelegenheit für sich zurückhalten sucht, indes doch alle Volksvertreter das Recht und die Pflicht hätten, sich zu informieren und die Regierung bei neuen Friedensangeboten das Beispiel Ribots und Clemenceaus befolge.

Der Minderheitssozialist Mayeras, einer der Führer der Zimmerwalder, verweist in der „Verité“ darauf, daß Briand sich nicht scheute, die ihm von deutscher Seite im Sommer 1917 gemachten Angebote entgegenzunehmen und sie an das Ministerium des Außen weiterzuleiten, an dessen Spitze damals Ribot stand. Mayeras erinnert daran, daß in der von ihm veranlaßten Geheimfugung der Kammer vom 16. Oktober 1917 die Erklärungen Ribots über seine Haltung gegenüber den ihm von Briand übermittelten Vorschlägen seinen Sturz veranlaßten.

St. Bern, 27. April. Der „Seure“ zufolge beabsichtigt Abg. Forgeot in der Kammer am nächsten Dienstag einen Beschlusantrag einzubringen, wonach die Kammer sich als Generalkommission konstituieren soll, um alle die Landesverteidigung betreffenden Fragen zu prüfen, besonders die Aktenstücke, die

Clemenceau jüngst den vereinigten Kammerausschüssen vorgelegt hat. Forgeot hält es für notwendig, daß die Kammer in ihrer Gesamtheit über alles Vorgefallene unterrichtet werde. Die Mehrzahl der Abgeordneten hat sich der Ansicht Forgeots angeschlossen.

„Petit Parisien“ zufolge wünscht die Mehrzahl der Senatoren gleichfalls in die Aktenstücke Einsicht zu nehmen. Es stehe zur Stunde noch nicht fest, auf welche Weise diese Parlamentarier die Angelegenheit im Plenum vorbringen werden, falls der Antrag Forgeot abgelehnt würde.

Kaiserbrief-Nachklänge in Frankreich.

Bern, 27. April.

In der französischen Presse und im Parlament macht sich eine ziemlich heftige Opposition gegen die Ablehnung von Friedensbesprechungen geltend. Clémenceau hätte die Debatte in der Kammer gerne bis zu einem wirklichen oder eingebildeten Waffenerfolge hinausgeschoben, um seine Politik leichter verteidigen zu können. Aber der Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten, dem Clémenceau alle auf den Kaiserbrief und die Verhandlungen in Freiburg bezüglichen Dokumente unterbreitete und in einer fast zweistündigen Rede eingehend erläuterte, zeigte sich sehr zurückhaltend und behielt die Akten, um der Kammer darüber zu berichten. Dieser Debatte kann Clémenceau nicht mehr entgehen und so trachtet er nunmehr, wenigstens eine öffentliche Erörterung zu vermeiden. Unter den Volksvertretern wird die Mißstimmung durch die Feststellung erhöht, daß eine so wichtige Angelegenheit unter Ausschluß des Parlaments, ja der meisten Mitglieder der letzten Regierung in einem für den Frieden ungünstigen Sinne entschieden wurde. Gegen dieses Vorgehen des früheren Ministerpräsidenten Ribot verwahren sich mehrere seiner ehemaligen Kollegen, darunter sogar der Minister des Außen, dem diese Sache vorenthalten blieb.

Die sozialistischen Abgeordneten richten ihre Angriffe nicht nur gegen Clémenceau und Ribot, sondern ganz besonders gegen Poincaré, dem neuerdings vorgehalten wird, daß er mit dem ehemaligen Zaren einen Geheimvertrag abgeschlossen hat, der Frankreich schwere Verpflichtungen auferlegte. Der Pazifist und ehemalige Abgeordnete Lucien de Feher greift im „Journal du Peuple“ Ribot heftig an, weil dieser ganz allein, ohne auch nur die Mitglieder seines Kabinetts zu befragen, den Kaiserbrief totgeschwiegen hat. Clémenceau sei es gelungen, Frankreich mit Oesterreich-Ungarn zu überwerfen; aber Clémenceau und dessen Anhang sei nicht darüber erboht, weil Oesterreich-Ungarn nunmehr seine Truppen an die Westfront schicke, sondern weil seine Bemühungen zugunsten des Friedens ehrlich gemeint waren. Das müsse man endlich einmal begreifen.

Abg. Deshayes wirft in der „Lanterne“ dem Kammerausschuß vor, daß er die ganze Angelegenheit für sich zurückzuhalten suche, indem doch alle Volksvertreter das Recht und die Pflicht hätten, sich zu informieren, und wäre es auch nur, um der Eventualität vorzubeugen, daß die Regierung bei neuen Friedensangeboten das Beispiel Ribots und Clémenceaus befolge.

Der Minderheitssozialist Maheras, einer der Führer der Zimmerwalder, verweist in der „Verité“ darauf, daß Briand sich nicht scheute, die ihm von deutscher Seite im Sommer 1917 gemachten Angebote entgegenzunehmen und sie an das Ministerium des Aeußern weiterzuleiten, an dessen Spitze damals Ribot stand. Maheras erinnert daran, daß in der von ihm veranlaßten Geheim Sitzung der Kammer vom 16. Oktober 1917 die Erklärungen Ribots über seine Haltung gegenüber den ihm vom Briand übermittelten Vorschlägen seinen Sturz veranlaßten.

Bern, 27. April.

Der „Heure“ zufolge beabsichtigt Abg. Forgeot in der Kammer am nächsten Dienstag einen Beschlußantrag einzubringen, wonach die Kammer sich als Generalkommission konstituieren soll, um alle die Landesverteidigung betreffenden Fragen zu prüfen, besonders die Aktenstücke, die Clémenceau jüngst den vereinigten Kammerausschüssen vorgelegt hat. Forgeot hält es für notwendig,

daß die Kammer in ihrer Gesamtheit über alles Vorgefallene unterrichtet werde. Die Mehrzahl der Abgeordneten hat sich der Ansicht Forgeots angeschlossen.

„Petit Parisien“ zufolge wünscht die Mehrzahl der Senatoren gleichfalls in die Aktenstücke Einsicht zu nehmen. Es stehe zur Stunde noch nicht fest, auf welche Weise diese Parlamentarier die Angelegenheit im Plenum vorbringen werden, falls der Antrag Forgeot abgelehnt würde.

Eine Unterredung mit dem Wiener ukrainischen Gesandten.

Wien, 29. April.

Einer unserer Mitarbeiter hatte heute eine Unterredung mit dem gestern hier eingetroffenen Gesandten der Ukraine, Dr. Andrey Jakowliw. Dieser teilte zunächst mit, eine seiner Hauptaufgaben sei, die Ratifikation des Friedensvertrages herbeizuführen, er werde wegen dieser Angelegenheit mit den hiesigen maßgebenden Stellen in Bälde in Verbindung treten. Diese Angelegenheit liege der ukrainischen Regierung sehr am Herzen und er hoffe von seinem Hiersein den besten Erfolg. Dazu gehöre auch die Genehmigung der Handelsverträge, die für die Monarchie sehr günstig seien und deren Annahme die ukrainische Regierung gleichfalls wünsche.

Hinsichtlich der schwierigen Cholmerfrage wurde der Gesandte gleichfalls beauftragt, mit der österreichischen Regierung Rücksprache zu pflegen. Momentan könne er sich hierüber nicht näher äußern und keine weiteren Details angeben, so bald es aber möglich sei, werde die Öffentlichkeit hierüber eine Darstellung bekommen.

Betreffs der Schwierigkeiten der Getreideaufbringung äußerte der Gesandte, daß sich die Sache nicht ganz reibungslos vollzieht. Das darf bei einem so jungen Staatswesen, wie es die ukrainische Volksrepublik ist, nicht wundernehmen. Aber die Bauern liefern gern ab, insofern dies von der ukrainischen Regierung angeordnet wird. Dort, wo aber die polnischen Legionäre auf eigene Faust Requirierungen durchführen, dort freilich leisten die Bauern Widerstand. Schwierigkeiten macht die Transportfrage. Das ist auch begreiflich. Denn so große Mengen an Lebensmitteln, wie sie für die Mittelmächte bereit sind, benötigen auch große Transportmittel, und die sind eben nicht im ausreichenden Maße vorhanden.

Zur besarabischen Frage bemerkte der Gesandte: „Gegenwärtig werden in Bukarest zwischen den Vertretern der ukrainischen Volksrepublik und den Vertretern Rumäniens Verhandlungen geführt. Auf unserer Seite besteht das ehrliche Bestreben, über diese Angelegenheit mit Rumänien bald ins Reine zu kommen. Wir nehmen an, daß diese Absichten auch die Unterhändler Rumäniens haben. Ist dies wirklich der Fall, dann wird auch diese Schwierigkeit überwunden und ein Einverständnis erzielt werden. Wir hegen die feste Hoffnung, daß Rumänien den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen und nichts Unmögliches verlangen wird, was eventuell die Verhand-

lungen scheitern machen könnte. Rumänien wird nicht geringen Wert auf ein freundschaftliches Verhältnis mit der Ukraine legen, weshalb wir glauben, daß es nichts tun wird, was die gegenwärtigen Verhandlungen mit der Ukraine zum Scheitern bringen könnte.“

Ueber das Verhältnis zu Rußland bemerkte der Gesandte, daß auch zwischen den Vertretern der ukrainischen Regierung und der russischen Regierung Verhandlungen gepflogen werden, die endlich den Frieden zwischen beiden Staaten unter Wahrung der territorialen Rechte herbeiführen sollen. Ueber diese Verhandlungen sprach der Gesandte aber mit einiger Skepsis. Er sagte: „Es ist ja eine Bolschewikiregierung, mit der wir zu tun haben, und da kann man sich wohl vorstellen, daß die Sache nicht so leicht ist.“

Schließlich gab der Gesandte eine Darstellung der Verhältnisse in der Ukraine, wie sie bei seiner Abreise dort herrschten. In der Ukraine breite sich die Ordnung immer mehr aus und der Staat beginne, sich zu konsolidieren.

Die Schwarze Meer-Flotte.

Kiew. (Meldung der „Polnischen Presseagentur“.)
„Dziennik Kijowski“ erfährt aus Odessa: Der Ataman zur Verteidigung der Krim hat folgendes Radiotelegramm nach Sebastopol gesendet: Alle Schiffe, Hafenanlagen und Befestigungen an der Küste der Krim sind Eigentum der ukrainischen Volksrepublik. Ich befehle daher, ukrainische Flaggen überall zu hissen. Den Schiffen, welche sich in der Nähe der Küste oder in den Häfen befinden, verbiete ich das Verlassen derselben. Die zuwiderhandelnden Schiffe werden ohne vorherige Warnung versenkt werden. Gleichzeitig ordne ich die Instandsetzung der Schiffe für den Handelsverkehr an. Die Kriegsschiffe haben ihre Tätigkeit sofort einzustellen. Nachdem die ukrainische Republik sich mit keinem Staate im Kriegszustande befindet, wird jedes bewaffnete Vorgehen einzelner Personen oder Organisationen als Piratentum behandelt werden. Dies gehe ich der Festung Sebastopol und der Küste des Schwarzen Meeres bekannt.

Mitteilungen aus dem Pariser Kammerauschuß.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Rotterdam, 30. April.

Der Pariser Korrespondent des Manchester Guardian teilt mehrere Einzelheiten aus den Beratungen in der Angelegenheit Clemenceau-Czernin im Kammerauschuß für auswärtige Angelegenheiten mit. Danach beharrte Cachin auf dem Standpunkte, daß Clemenceau entweder zu viel oder zu wenig gesagt habe, und erklärte, daß nach der Veröffentlichung des Briefes des Königs Karl alle Tatsachen veröffentlicht werden müßten.

Der nämliche Standpunkt wird auch von verschiedenen anderen Blättern vertreten.

Nach einer Erklärung von Mitgliedern des Ausschusses lassen die von der Regierung im Ausschusse mitgeteilten Dokumente keinen Zweifel an der Aufrichtigkeit König Karls bestehen. Sie beweisen deutlich, daß er im Einverständnis mit Deutschland vorgegangen sei. Poincaré und Ribot haben tatsächlich das feierliche Versprechen abgegeben, daß weder der Brief des Monarchen noch die Tatsache der Besprechungen jemals bekanntgegeben werden sollten. Die Dokumente enthalten einen Brief von Poincaré an den Prinzen Sixtus von Bourbon. In diesem Briefe fordert Poincaré für Frankreich nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern die Grenzen von 1814 und eine Bürgschaft hinsichtlich des rechten Rheinuferes, also tatsächlich Bedingungen, die im Vertrage von Briand und Doumergue mit der Regierung des früheren Zaren vereinbart worden waren. Poincaré scheint die Verhandlungen in eigener Person geführt zu haben. Er teilte den Brief König Karls Ribot mit, der dann die Vertreter von Großbritannien und Italien davon verständigte, aber nicht die Vertreter der anderen verbündeten Mächte, ebensowenig Wilson, obgleich Amerika sehr bald nach dem Empfang des Briefes des Monarchen den Krieg erklärte, auch nicht der vorläufigen russischen Regierung unter Kerenski, und ebensowenig der belgischen Regierung. Die einzigen Mitglieder des französischen Kabinetts, die ins Vertrauen gezogen wurden, waren Painlevé und Albert Thomas.

Violette, der zu Ribots Kabinett gehörte, veröffentlicht jetzt an Ribot einen offenen Brief, in dem er ihm bittere Vorwürfe macht, daß er das Kabinett darüber nicht informiert habe und daß er einige Zeit nach den Besprechungen, die längere Zeit dauerten, zu dem Entschlusse gekommen sei, daß der Brief König Karls keine genügende Grundlage für den Frieden bilde.

Der Korrespondent des Manchester Guardian erwähnt weiter die Besprechungen zwischen dem Grafen Bevertera und Armand und widerlegt die Behauptung, daß Graf Armand nur informatorische und nicht als Unterhändler nach der Schweiz gesandt worden sei.

Die Verfassung Elsaß-Lothringens.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Dresden, 30. April.

Im Landtage erklärte Staatsminister Graf Wittum, die bisherige Form der elsass-lothringischen Verfassung habe sich nicht bewährt. Die Lösung der Frage sei noch unbestimmt. Jedenfalls werde aber Elsaß-Lothringen unlösbar zum Reiche ge-

hören, wobei der zentralistische Charakter des Reiches gewahrt bleiben werde.

Die französischen Radikalen gegen die Northcliffepresse.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Zürich, 30. April.

Nach einer Meldung der Daily Chronicle denkt Lord Northcliffe von der Stellung als Leiter der Propaganda in den feindlichen Ländern zurückzutreten. Dasselbe Blatt teilt mit, daß dieser Rücktritt auf einen parlamentarischen Druck hin von der französischen Regierung erzwungen worden ist. Es sei Frankreich bekannt geworden, daß Lord Northcliffe den Versuch gemacht habe, mehrere große französische Zeitungen anzukaufen. Dieser Uebergriff gelangte auch zu Ohren einiger Mitglieder der radikalen Partei, die daraufhin sofort bei Clemenceau vorstellig wurden. Die Folge war eine Reihe von Auseinandersetzungen zwischen Balfour und Lord Northcliffe, die zu dem Entschlusse des letzteren führten, sein Amt niederzulegen.

Möglich ist auch, daß die Stellung Lord Northcliffes indirekt durch die Angelegenheit Clemenceau-Czernin erschüttert worden ist. Wenigstens wird dies in den Kreisen der Berner britischen Gesandtschaft versichert. In diesem Falle wären also französische Kräfte gegen Northcliffe treibend gewesen. In der öffentlichen Meinung Frankreichs wird ja auch seit der Czernin-Affäre immer mehr die Verärgerung darüber deutlich, daß Wilson und mit ihm eine bestimmte Richtung der englischen Politik im bisherigen Kriegsverlauf nicht rückwärts genug gegenüber Oesterreich-Ungarn aufgetreten seien. Diese Bewegung zieht immer weitere Kreise und richtet sich, soweit England in Frage kommt, in erster Linie gegen die Northcliffepresse.

Kaiser Karls Briefe.

Der Pariser Korrespondent der „Vater Nachrichten“, Mori, der in Paris sehr mit französischen Augen zu sehen gelernt hat, gibt seinem Blatte eine längere Darstellung des Duells Clemenceau, in der es heißt: „Man kennt den Inhalt des Briefes, den der Prinz Sixtus von Parma am 31. März 1917 dem Präsidenten der französischen Republik unterbreitete. Dieser erste Brief war ungemein freundlich, aber er bildete keine genügende Basis für Unterhandlungen. Man ließ darum dem Kaiser Karl um Präzisionen bitten. Diese bilden den Gegenstand eines zweiten Briefes des Kaisers Karl an den Prinzen Sixtus. Dieser zweite Brief ist nicht veröffentlicht worden. Sein Inhalt ist indes so wichtig, daß wir einige Andeutungen machen müssen, die die Tendenz des Wiener Kabinetts charakterisieren. Kaiser Karl ließ durchblicken, daß Frankreich und Großbritan-

nien alles Interesse daran hätten, in Verhandlungen einzutreten, weil Italien schon zu einem Sonderfrieden bereit sei. Diese Andeutung mußte unwahrscheinlich klingen, solange Baron Sonnino in Rom Minister des Aeußern war. Bei der halb darauf in Saint Jean de Maurienne stattfindenden Zusammenkunft der Ministerpräsidenten Frankreichs, Englands und Italiens stellte sich dann heraus, daß zwischen Rom und Wien verhandelt worden war. Damit war das Trennungsmandat der Mittelmächte klar. Man kam überein, dem kaiserlichen Handschreiben keine Folge mehr zu geben. Wien hat heftig bestritten, daß es sich verpflichten wollte, die „gerechtfertigten Ansprüche“ Frankreichs auf Elsass-Lothringen zu verteidigen. Es ist trotzdem nicht ausgeschlossen, daß Berlin schon damals genau anerkennen war. Berlin konnte sich sehr wohl mit dem Versprechen auf Verhandlungen einlassen, über Elsass-Lothringen zu reden. Es wäre ihm stets ein leichtes gewesen, die Diskussion hierüber so zu führen, daß die Verbandsmächte nicht hätten einig werden können. Was uns in dieser Vermutung bekräftigt, ist der Versuch des früheren Pariser Botschaftsrats Deutschlands, von der Landes-Baden, Frankreich durch Vermittlung Briands in Verhandlungen auf dieser Basis zu locken. Ueber diesen Versuch und seinen Urheber wird einmal ein besonderes Kapitel zu schreiben sein.“

Sicherungsmaßnahmen Deutschlands in der Ukraine.

Verhaftung des ukrainischen Kriegsministers und mehrerer Beamter.

B. Berlin, 1. Mai. (Amtlich.) In letzter Zeit machte sich in Kiew eine starke Agitation bemerkbar, die sich anscheinend auch gegen den deutschen Einfluß in der Ukraine richtete. Unsere Bemühungen, Ordnung zu schaffen, erfuhren von der Regierung eine völlig ungenügende Unterstützung, die außerdem keinerlei Maßregeln traf, um die Frühjahrsausfaat und die dadurch bedingte Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen zu sichern. Feldmarschall v. Eichhorn sah sich deshalb nach Einvernehmen mit dem kaiserlichen Botschafter Freiherrn v. Mumm genötigt, einen Erlaß über die Ausführung der Frühjahrbestellungen zu veröffentlichen, der von der ukrainischen Presse entstellend wiedergegeben wurde, was Aufregung im Lande und in der Rada einen Protest hervorrief. Es ergaben sich sogar Anzeichen, daß Mitglieder der Regierung selbst sich an der Agitation gegen uns beteiligten. Unter diesen Verhältnissen gewann die willkürliche Verhaftung des Direktors der Russischen Bank für auswärtigen Handel Dobry eine besondere Bedeutung. Dieser wurde ohne nähere Erklärungen im Namen des „Bundes zur Befreiung der Ukraine“ in seinem Quartier überfallen und weggeschleppt. Zu Hilfe gerufene Soldaten der Regierungsmiliz weigerten sich ihn zu schützen. Sein Aufenthalt ist zurzeit noch unbekannt. Dobry war als ukrainischer Finanzfachverständiger mit den deutschen Mitgliedern der Wirtschaftskommission in enge Fühlung getreten und hatte sich große Verdienste um das sachgemäße Zusammenarbeiten mit der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation erworben. Außerdem liefen Nachrichten ein, daß weitere Verhaftungen folgen sollten. Zugleich mehrten sich die Anzeichen für den Verdacht, daß die Verhaftung von Mitgliedern der Regierung selbst ausgegangen war.

Dieser Entwicklung der Dinge konnte das deutsche Oberkommando nicht ruhig zusehen. Der Gewaltakt bedeutete den Wiederbeginn der Anarchie, und die Regierung hatte sich als zu schwach erwiesen, die Rechtssicherheit in Kiew zu sichern. Feldmarschall v. Eichhorn verfügte daher im Einverständnis mit dem kaiserlichen Botschafter Freiherrn v. Mumm zur Sicherung der Stadt Kiew besondere Maßnahmen, die im wesentlichen auf Einsetzung von Militärgerichten, strenge Bestrafung allgemeiner Verbrechen und Androhung schwerster Strafen gegen jede Störung der Ordnung abzielten. Inzwischen war die Untersuchung des Falles Dobry bereits dem deutschen Militärgericht übertragen. Sie führte unter anderem zur Verhaftung des Kriegsministers Sankowski, des Abteilungschefs im Ministerium des Innern Dajewski, der Frau des Ministers des Innern Klatschenko, des Kommandanten der Stadtmiliz Bogaski und des Abteilungschefs im Ministerium des Neupern Djubinski. Die gerichtliche Untersuchung wird fortgesetzt.

Veränderungen im ukrainischen Kabinett.

Kiew, 1. Mai. „Nowa Rada“ veröffentlicht einen Beschluß der sozialistisch-föderalistischen Parteileitung, demzufolge die vom Zentralkomitee der Partei ins Kabinett entsandten Minister Tschopowski, Prekowijsch und Scheluchin aus der Regierung auszutreten haben. Sie dürfen jedoch ihre Ressorts vorerst ohne Ministerverantwortlichkeit weiterführen. Der Hauptgrund für diesen Beschluß ist, daß die Sozial-Föderalisten mit dem gegenwärtigen Kurs der Regierung Solubowitsch nicht einverstanden sind.

Das ukrainische Getreide.

B. Berlin, 30. April. Im Ernährungsausschuß des Reichstages gab der Staatssekretär des Reichsernährungsamtes einen Ueberblick über den Stand und die Aussichten der Ernährungsverhältnisse und erklärte: Wir werden auf namhafte Zufuhren aus der Ukraine angewiesen sein, um eine Herabsetzung der jetzigen Brotration zu vermeiden. Das Ergebnis der jetzt abgeschlossenen Wirtschaftsverhandlungen in Kiew läßt erhoffen, daß die Ukraine die versprochenen 60 Millionen Pud Getreide bis zum 31. Juli an die Mittelmächte liefern wird. Bei leidlicher Ernte und bei der Anfuhr von Uebererschüssen aus der Ukraine wird unsere Ernährung auch in Zukunft gesichert sein.

**Amerikanische Flieger auf Hospital-
schiffen.**

Berlin, 1. Mai.

Das Wolffsche Bureau meldet:

Die amerikanischen Flieger kommen als Mitglieder des amerikanischen Roten Kreuzes auf Hospitalsschiffen nach Europa. Dieser Mißbrauch des Roten Kreuzes geht offenkundig aus Dokumenten hervor, die abgeschossenen amerikanischen Fliegern abgenommen wurden. Ein im Raume der Armee des Generals v. Sutier heruntergeschossener Amerikaner hatte einen Paß bei sich, in dem er als Mitglied des American Ambulance Service for France bezeichnet ist. Die Gefangenen geben unumwunden zu, es sei allgemein üblich, daß die Flieger für die Ueberfahrt in den amerikanischen Ambulanzdienst eintreten und auf die Hospitalsschiffe kommen. Nach der Landung in Europa treten sie dann sofort in das Automobilkorps und von diesem zur Fliegertruppe über. Ein gefangener Flieger war direkt vom Ambulanzdienst in das Fliegerkorps eingetreten, ein anderer trug ein Attest bei sich, worin die Daten der verschiedenen Uebertritte amtlich bestätigt waren.

Günstiger Verlauf der deutsch-holländischen Verhandlungen.

Berlin, 1. Mai.

Die deutsch-holländischen Verhandlungen nehmen nach dem „Totalanzeiger“ einen günstigen Verlauf, so daß mit einem befriedigenden Abschluß in absehbarer Zeit gerechnet werden kann.

Rotterdam, 1. Mai.

Wie der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ erzählt, sind die Verhandlungen mit Deutschland, die in den letzten Wochen zu einiger Spannung Anlaß gegeben haben, so weit vorgeschritten, daß eine für beide Parteien befriedigende Regelung erwartet wurde und eine Mitteilung darüber in sehr kurzer Zeit erwartet werden kann.

Einstellung von Sicherheitsvorkehrungen in Holland.

Amsterdam, 1. Mai.

Wie ein hiesiges Blatt meldet, ist der erste Nachdienst, im Zusammenhang mit den drängenden Zeitverhältnissen in den letzten Tagen bei der Zentralverwaltung der Eisenbahnen in Utrecht eingerichtet worden war, von heute an wieder aufgelassen worden.

Wie „Het Vaderland“ erzählt, ist die durchgehende Besetzung des Telegraphen- und Telephonverkehrs bei den Stationen wieder aufgehoben worden.

Die Friedensverhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine.

Wien, 2. Mai.

Die Politische Pressagentur meldet: Dem „Dziennik Kijowski“ zufolge haben die angekündigten Friedensverhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine noch nicht begonnen. Während die ukrainischen Friedensunterhändler nach Kursk abzureiten im Begriff sind, reisten die russischen Friedensunterhändler nach Smolensk. Das Moskauer „Masje Slowo“ erklärt, daß die russische Regierung nicht eher mit der Ukraine verhandeln werde, bis die deutsche Regierung ihre Vertreter zu den Verhandlungen entsenden werde.

Der russische Volkskommissär für auswärtige Angelegenheiten Schiticherin sendete an die Regierungen der Mittelmächte und an den russischen Vertreter in Berlin folgende Telegramme: Auf unseren Vorschlag zum Beginn der Friedensverhandlungen hat die Ukraine bisher nicht geantwortet. Die ukrainischen Truppen setzen ihre Offensive gegen Rußland fort. Die Sowjetregierung hat eine Mobilisierung zum Schutze der russischen Republik angeordnet. Die Sowjetregierung drückt die Hoffnung aus, daß der deutsche Gesandte Graf Mirbach, der soeben der russischen Regierung seine Beglaubigungsschreiben übermittelt hat, alles daran setzen wird, um die deutsche Regierung zum Aufhalten des Vormarsches der ukrainischen Truppen zu veranlassen.

Der Präsident des Rates der Volkskommissäre in der Krim sendete an die ukrainische Regierung sowie an die Regierungen in Berlin, Wien, Konstantinopel und Sofia ein Funkentelegramm, in welchem er feststellt, daß nach dem Brest-Litovsk-Vertrag die Schwarze-See-Flotte Eigentum der russischen Republik sei. Nach demselben Vertrage gehöre die Krim der ukrainischen Republik nicht an. Das Telegramm schlägt die Schaffung einer aus russischen, deutschen, österreichisch-ungarischen und türkischen Marinevertretern gebildeten Kommission zur Regelung des Handels- und Schiffsverkehrs im Schwarzen Meere vor.

Keine Ansprüche der Ukraine auf die Krim.

Wien, 2. Mai.

Die Kiener „Widrobščennja“ das Organ des ukrainischen Kriegsministeriums, bringt die Meldung, daß ein befreundeter Staat, gestützt auf den Friedensvertrag von Brest-Litovsk, Ansprüche auf die Krim erhebe, weshalb die ukrainische Regierung weiterhin keine eigenen Truppen auf der Halbinsel belassen wird.

2./V. 1918

Maßregeln gegen die Störung der Ordnung in der Ukraine.

Verhaftung von Mitgliedern der Regierung.

Berlin, 1. Mai.

Ämtlich wird gemeldet: Zu letzter Zeit machte sich in Kiew eine starke Agitation bemerkbar, die sich anscheinend auch gegen den deutschen Einfluß in der Ukraine richtete. Unsere Bemühungen, Ordnung zu schaffen, erfuhren von der Regierung eine völlig ungenügende Unterstützung, die außerdem keinerlei Maßregeln traf, um die Frühjahrsausfaat und die dadurch bedingte Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen zu sichern. Feldmarschall v. Eichhorn sah sich deshalb nach Einvernehmen mit dem Botschafter Freiherrn v. Mumm genötigt, einen Erlaß über die Ausführung der Frühjahrsbestellungen zu veröffentlichen, der von der ukrainischen Presse entstellt wiedergegeben wurde, was Aufregung im Lande und in der Rada einen Protest hervorrief.

Es ergaben sich sogar Anzeichen, daß Mitglieder der Regierung selbst sich an der Agitation gegen uns beteiligten. Unter diesen Verhältnissen gewann die willkürliche Verhaftung des Direktors der Russischen Bank für auswärtigen Handel, Dobry, eine besondere Bedeutung. Dieser wurde ohne nähere Erklärungen im Namen des Bundes zur Befreiung der Ukraine in seinem Quartier überfallen und weggeschleppt. Zu Hilfe gerufene Soldaten der Regierungsmiliz weigerten sich, ihn zu schützen. Sein Aufenthalt ist zurzeit noch unbekannt. Dobry war als ukrainischer Finanzsachverständiger mit den deutschen Mitgliedern der Wirtschaftskommission in enge Fühlung getreten und hatte sich große Verdienste um das sachgemäße Zusammenarbeiten mit der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation erworben. Außerdem liefen Nachrichten ein, daß weitere Verhaftungen folgen sollten. Zugleich mehrten sich die Anzeichen für den Verdacht, daß die Verhaftung von Mitgliedern der Regierung selbst ausgegangen war.

Dieser Entwicklung der Dinge konnte das deutsche Oberkommando nicht ruhig zusehen. Der Gewaltakt bedeutete den Wiederbeginn der Anarchie, und die Regierung hatte sich als zu schwach erwiesen, die Rechtsicherheit in Kiew zu sichern. Feldmarschall v. Eichhorn verfügte daher im Einverständnis mit dem kaiserlichen Botschafter Freiherrn v. Mumm zur Sicherung der Stadt Kiew besondere Maßnahmen, die im wesentlichen auf Einsetzung von Militärgerichten, strenge Bestrafung aller gemeinen Verbrechen und Androhung schwerster Strafen gegen jede Störung der Ordnung abzielten. Inzwischen war die Untersuchung des Falles Dobry bereits dem deutschen Militärgericht übergeben. Sie führte unter anderm zur Verhaftung des Kriegsministers Schukowski, des Abteilungschefs im Ministerium des Innern Dajewski, der Frau des Ministers des Innern Tkatschenko, des Kommandanten der Stadtmiliz Bogaski und des Abteilungschefs im Ministerium des Aeußern Djubinski. Die gerichtliche Untersuchung wird fortgesetzt.

Der Kampf gegen die Dienstpflicht in Irland. Irland einig zum äußersten Widerstand.

Bern, 1. Mai.

Der „Manchester Guardian“ vom 18. April veröffentlicht folgendes Stimmungsbild seines Dubliner Korrespondenten: Es ist schwierig, die irische Situation für ein englisches Blatt zu beschreiben, ohne provokatorisch zu erscheinen. Es ist jedoch von allergrößter Wichtigkeit, daß das englische Volk wisse, was vorgeht. Ich fühle es darum als meine Pflicht, die nackte Wahrheit so farblos wie möglich zu schildern. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß jeder junge Nationalist, der sich im Besitze von Waffen befindet, gegen die Wehrpflicht bis zum Tode kämpfen wird. Wenn es junge Leute gegeben hat, die von den Sinn Feinern in der Osterwoche 1916 als Drahtzieher bezeichnet wurden, so wird es deren jedenfalls keine mehr geben, sobald die Durchführung der neuen Gesetze beginnt. Wenn man nur zwischen dem Kampfe in Irland und dem Kampfe in Flandern zu wählen hat, so werden diese bewaffneten jungen Männer zweifellos vorziehen, zu Hause zu kämpfen. Wie groß ihre Zahl ist, wissen nur die Führer der irischen Freiwilligen; diese Zahl ist jedoch nur durch die Zahl der Gewehre beschränkt. Und wenn es eine Million Gewehre gibt, so wird es eine Million Rebellen geben. Mit der Rekrutierung dieser Freiwilligen mußte schon Anfang der Woche imgehalten werden, da für neue

Die Lage in der Ukraine.

Gespräch mit dem Wiener Gesandten der Ukraine.

Wien, 2. Mai.

Der außerordentliche Gesandte der Republik Ukraine in Wien, Dr. Andreas Jakowliw, hatte heute die Freundlichkeit, einen unserer Mitarbeiter zu empfangen und sich über die Bedeutung und Tragweite der letzten Nachrichten aus der Ukraine zu äußern.

Der ukrainische Staatsmann betonte zunächst, daß er, seit dem 23. v. M. aus der Ukraine abwesend, natürlich nicht wissen könne, was in der Zwischenzeit dort vorgefallen sei und daß er noch keinerlei direkte Nachrichten habe. „Sedoch“, fuhr er fort, „kann ich nur sagen, daß ich durch die Nachrichten höchst überrascht bin. Es ist ja möglich, daß seit meiner Abreise sich allerhand ereignet hat, wovon ich noch nichts weiß; aber was ich von der Lage bis zum 23. v. M. wußte, hätte nicht eine derartige Wendung erwarten lassen. Jedenfalls nicht in dem Teil der Ukraine, der von deutschen Truppen besetzt ist, und auf den sich die getroffenen Maßregeln ja hauptsächlich beziehen.“

Die Proklamation des Feldmarschalls v. Eichhorn, die schon am 27. v. M. in den Wiener Zeitungen abgedruckt war, soll, wie gemeldet wird, auch veranlaßt worden sein durch die willkürliche Verhaftung eines Bankdirektors. Der als Schuldiger genannte „Bund zur Befreiung der Ukraine“ ist mir vollständig unbekannt, hat jedenfalls bis in die allerjüngste Zeit nicht existiert und müßte höchstens eine in den letzten Tagen entstandene Organisation sein. Die Anarchisten, Bolschewiki und Anhänger des Großrussentums sind noch immer da und können, obwohl eine Minderheit, natürlich manchmal auch Schaden stiften. Ich selbst will kein Urteil abgeben, bevor ich nicht nähere Informationen habe, hoffe aber, daß es sich vielfach nur um Mißverständnisse handelt, die aufgeklärt werden können.

Dafür scheinen mir auch einige der Namen in der Liste der Verhafteten zu sprechen. (Als das Interview stattfand, lag die Nachricht von der Wiedererhaftung noch nicht vor. Anm. der Red.) So ist als verhaftet gemeldet die Frau des Ministers des Innern Tschatschenko. Diese, besser bekannt unter ihrem Schriftstellernamen Natalie Romanowitsch, ist eine unserer beliebtesten Schriftstellerinnen, eine streng national gesinnte Ukrainerin und Sozialistin, die unermüdet die Greuel des Zarismus an den Pranger gestellt und beim Vergleich der Lage der Ukrainer in Rußland mit der ihrer Stammesbrüder in Galizien stets sympathisch Worte für Oesterreich gefunden hat. Als nach dem Sturz des Zarentums Doroschenko Generalgouverneur der damals von Rußland noch besetzten Teile Galiziens und der Bukowina wurde, bereiste Frau Tschatschenko Galizien und war unermüdet für die Gründung ruthenischer Kindergärten und Kinderschutstationen tätig. Sie sowie ihr Mann, ein früher angehender Advokat, sind Sozialdemokraten. Der Abteilungschef im Ministerium des Innern Ljubinski muß den Deutschen auch bekannt sein, da er einer unserer Delegierten in Brest-Litowsk war und ein entschiedener Anhänger des damals geschlossenen Sonderfriedens ist. Der gleichfalls verhaftete Kommandant der Stadtmiliz Bogaski (nicht Bogastki) ist ein alter Vorkämpfer der Revolution und hat unter dem Zarismus mit dem Kerker oft Bekanntheit gemacht. Er ist Sozialrevolutionär, ebenso wie der Kriegsminister Schukowski, der im Krieg den Rang eines Obersten erreicht hat. Parteilos hingegen ist der Chef der politischen Abteilung im Ministerium des Innern Gajewski (nicht Dajewski), der unter dem früheren Regime die Stellung eines Gerichtssekretärs bekleidete.“

„Nicht unerwähnt möchte ich lassen“ — so jagte der Gesandte zum Schluß — „daß unsere Bauern fleißig an der Arbeit sind und daß ich auf meiner Fahrt von Kiew bis Podwoloczyska, also bis zur österreichischen Grenze, überall bebauten Felder sah. Die neugegründeten landwirtschaftlichen Genossenschaften leisten sehr gute Dienste; es sind dies moderne Organisationen, die nichts zu tun haben mit dem russischen Agrarkommunismus, wie denn überhaupt unser Bauer gleich seinen Nachbarn im Westen für den individuellen Besitz von Grund und Boden ist. Ich kann nur noch einmal sagen: Ich hoffe, daß Mißverständnisse vorliegen, die bald Aufklärung finden werden und daß es der Ukraine gegönnt sein wird, im Anschluß an Oesterreich-Ungarn und Deutschland das Werk ihrer nationalen Selbständigkeit und inneren Organisation erfolgreich weiter zu führen.“

3./V. 1918.

Die Polenfrage.

Vortragabend des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden.

Die Polenfrage behandelte gestern abend in einer nach dem großen Sitzungssaal des preußischen Abgeordnetenhauses einberufenen Versammlung des Unabhängigen Ausschusses für einen deutschen Frieden der Regierungsrat Kleinow, der Kenner der Ostfragen ist. Kleinow gab einen großzügigen Überblick über die Verhältnisse in Kongresspolen und in unserer Ostmark, um dann bestimmte Vorschläge hinsichtlich der Lösung der Polenfrage vom deutschen Standpunkte aus zu machen.

Er beleuchtete zunächst die polnischen Forderungen hinsichtlich Ost- und Westpreußens, Posen und Schlesiens, die nicht allein von polnischen Ideolisten aufgestellt werden, sondern auch von allen ruhig denkenden polnischen Politikern. Dann erörterte er die einstigen russischen Zusicherungen an die Polen, die durch Hindenburgs militärisches Eingreifen im Winter 1914 zunichte gemacht worden sind. Aber dennoch halten die Polen an ihren Wünschen fest und sie glauben, die Abmachungen von Brest-Litowsk werden ohne Dauer sein und die Entente werde den Polen doch noch zur Erfüllung ihrer Forderungen verhelfen. Was die polnischen Politiker in den letzten vier Jahren diplomatisch geleistet haben, sei bewundernswert. Ihre Politik war offen, selbstlicher, keineswegs hinterhältig, die Polen traten als Herren der Lage auf und fühlten sich auch heute noch uns überlegen. Das ist das Geheimnis ihrer Politik. Tatsächlich hat es im Verlaufe des Krieges Augenblicke gegeben, in denen sie auf die Erfüllung ihrer Träume hoffen konnten. Der Redner schilderte dann die vergeblichen Versuche von deutscher Seite, mit den Polen zu einer Verständigung zu gelangen, und er hob dabei hervor, daß es bei uns Politiker gibt, die geneigt wären, um den Polen in irgendeiner Art entgegenzukommen, aus Deutschland einen Nationalitätenstaat zu machen. Die Möglichkeit einer Ausöhnung weist der Redner von der Hand, weil der Haß der Polen gegen uns systematisch groß gezogen sei, um durch ihn den polnischen Staat vorzubereiten. Nur wenn wir unsere Macht ausnützen, die wir den Polen gegenüber besitzen, und wenn wir verhindern, daß in der Polenfrage die Leitung immer mehr aus den bewährten militärischen Händen in die Lastorgane der Diplomatie überginge, werden wir mit den Polen zu einem Frieden kommen können. Die Ausöhnung, die sich zwischen den Russen und den Polen vor dem Kriege geltend machte, zeigte, daß die Anwendung der Macht die Polen zum Nachgeben veranlaßt. Der Vortragende erörterte dann die praktischen Vorschläge hinsichtlich der Lösung der polnischen Frage vom deutschen Standpunkte aus, wies darauf hin, daß wir vor unsern Ostgrenzen einen Sicherheitsstreifen brauchen, der polnisches Gebiet mit Warschau einschließt und mit Deutschland derart verbunden würde, daß dieser etwa als Republik aufzurichtende Staat durch ein deutsches Staatssekretariat verwalten bzw. beaufsichtigt würde. — Diesem Staate dürfte eine eigene Diplomatie und eine eigene auswärtige Politik nicht gestattet werden. Weiterhin erörterte der Redner die Notwendigkeit der Angliederung des polnischen Industriegebietes von Dombrowa vor der ober-schlesischen Grenze, das der Herd revolutionär-panslawistischer Umtriebe sei und das im Interesse der ober-schlesischen Industrie in Preußen einbezogen werden müsse. — Weiterhin zeichnete der Vortragende die Grenzen bis zum Bug, wies auf das Gebiet von Bialystok hin und auf den Verlauf der militärischen Grenze durch Litauen bis Kurland. Die Zahl der eingegliederten Polen würde sich auf etwa 1½ Millionen belaufen. Ihre Vertretung im Reichstage müsse im Laufe der nächsten 45 Jahre ausgeschlossen bleiben. Im Gebiete von Bialystok möchte der Redner die litauischen Juden angesiedelt wissen, die er als einen anderen Menschengeschlag als die polnischen Juden bezeichnete. In Litauen seien die Anfänge jüdischer Landwirtschaft bereits vorhanden. Bialystok könne der Umschlagort für den mitteleuropäischen Handel werden. Aus Litauen einen großen Staat zu machen, wäre unzweckmäßig und würde uns nur belasten. An Rußland empfiehlt der Redner die Rückgabe von Wilna. Weiter betonte Geheimrat Kleinow die Notwendigkeit einer Verständigung mit Oesterreich-Ungarn, damit sich die Donau-Monarchie und Polen zurückziehe. Es habe bereits Augenblicke gegeben, in denen Wien dazu bereit war, und daran müsse sich anknüpfen lassen. Der Redner erhoffte von unserer Diplomatie die nötige Gewandtheit, für uns diesen Erfolg herauszuholen. Das müsse um so eher gelingen, als Oesterreich andere Fragen zu lösen habe, so u. a. an der Aris, als in Polen. Damit würde die Hauptquelle der Reibereien zwischen Berlin und Wien beseitigt werden. Jedenfalls sei die Hauptaufgabe für uns, die polnische Frage in unserem Sinne zu lösen, um uns die Ostmark zu erhalten, sonst würde eine schwere Niederlage des Deutschtums Platz greifen.

Der Abgeordnete Fuhrmann schloß die Versammlung mit dem Hinweis darauf, daß wir uns an der nationalen Betriebsamkeit der Polen für unser nationales Leben ein Vorbild nehmen sollten.

Die Verhandlungen in Bukarest.

Bukarest, 2. Mai.

Der bulgarische Finanzminister Louischew ist im Laufe des gestrigen Tages, der türkische Minister des Aeußern Achmed Nessim Bey heute abend in Bukarest eingetroffen. In Begleitung des letzteren befand sich unter anderen der Botschaftsrat in Konstantinopel, Graf Waldburg, der ebenso wie der Gesandte in Sofia, Graf Oberndorf, zur mündlichen Berichterstattung hieher berufen worden ist.

3./V. 1918

Die Beschlagnahme der holländischen Schiffe. Starke Meinungsverschiedenheiten zwischen Holland und England.

St. London, 1. Mai. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Auf die Note der niederländischen Regierung betreffend die Beschlagnahme der niederländischen Schiffe in Häfen der Alliierten, welche am 30. März dem englischen Gesandten im Haag übergeben worden ist, hat die englische Regierung eine Antwort erteilt, welche zunächst feststellt, daß hinsichtlich der Tatsachen und der rechtlichen Gesichtspunkte eine starke Meinungsverschiedenheit zwischen der englischen und der niederländischen Regierung bestehe. Die englische Regierung bedauere, daß sich hinsichtlich der Verhandlungen, die mit dem holländischen Gesandten im November 1917 gepflogen worden sind, große Mißverständnisse ergeben haben, und fährt fort:

Im November 1917 wurden von der niederländischen Regierung Vertreter ernannt, die in London Schritte unternahmen zu dem Zwecke, zu einer Einigung über die damals ausstehenden Fragen zwischen der niederländischen und der englischen Regierung zu gelangen. Am 24. Dezember wurde eine Einigung erzielt und ein diesbezügliches Schriftstück einem der holländischen Vertreter, Jonkheer Donk Snouck Hurgronje, eingehändigt. Die englische Regierung erkennt an, daß die holländischen Vertreter nicht bevollmächtigt und ermächtigt waren, ein Schriftstück zu unterzeichnen. Aber im Namen der verbündeten Regierungen wünsche sie die Unterstellung zurückzuweisen, daß diese Verhandlungen nur einleitend gewesen seien, über die später Vorschläge zu machen der niederländischen Regierung noch freigestanden habe.

3. IV. 1918

**Die Friedensverhandlungen
in Bukarest.**

Köln, 2. Mai. (Privattelegramm.)
Der Berliner Korrespondent der „Kölnischen Ztg.“ meldet: Nach den neuesten Bukarester Meldungen ist nunmehr der Weg zur Lösung derjenigen Frage gefunden, deren Regelung der Unterzeichnung des Friedensvertrages bisher noch im Wege stand. Dazu gehörte bekanntlich die jüngst in den Vordergrund getretene bulgarisch-türkische Grenzfrage, die wieder mit der Dobrudscha-Angelegenheit im Zusammenhang stand. Nunmehr sind die Dinge soweit gediehen, daß die Unterzeichnung des Friedensvertrages zu erwarten ist.

Fortsetzung der Wahlrechtsdebatte.

Abgeordnetenhaus-Sitzung vom 3. Mai.

Das Haus ist gut besetzt.

Am Ministertische: Dr. Friedberg, Dr. Drews.

Die Aussprache wird fortgesetzt bei dem gestern noch nicht erledigten § 2, der den Ausschluß von der Wahlberechtigung behandelt. Ausgeschlossen ist 1. wer entmündigt ist, 2. wer im Konkurs ist, 3. wer die bürgerlichen Ehrenrechte nicht besitzt, 4. wer wegen eines Vergehens oder eines Verbrechens, das die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte zur Folge haben kann, zu einer Gefängnisstrafe von mindestens sechs Monaten rechtskräftig verurteilt worden ist, 5. wer zur Ausübung öffentlicher Ämter unfähig ist, 6. wer unter Polizeiaufsicht steht, 7. wer bei Abschluß der Wählerliste trotz rechtzeitiger Mahnung die für die letzten beiden Rechnungsjahre fälligen und nicht gestundeten Staatssteuern oder Gemeindeabgaben ganz oder teilweise nicht bezahlt hat, 8. wer während des letzten Jahres Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln erhalten hat.

Gegen die „Fremdrassigen“.

Abg. **Delbrück** (Lnf.) beantragt, den Punkt 3 zu streichen. Der Redner erklärt, daß der Antrag Heins auf Ausschluß der Fremdrassigen nur von dem Antragsteller allein gestellt ist.

Abg. **Dr. Veil** (Str.): Der Antrag Heins steht in keinem Verhältnis zum Ernst der Sache und verdient keine Erörterung. Die schwersten Bedenken haben wir gegen die Bestimmung, wonach die unter Polizeiaufsicht stehenden kein Wahlrecht haben sollen.

Abg. **Heins** (bischöflich): Bei der Entscheidung über die hochwichtige Wahlrechtsfrage schaltet man alle unsere Kriegsteilnehmer aus. Was würde man sagen, wenn etwa alle Börsenleute ausgeschlossen würden? Verantwortlich dafür ist die Staatsregierung. (Der Präsident ermahnt den Redner, zur Sache zu kommen.) Verschiedene Elemente, die die Vorlage besitzworten, darunter auch die königliche Staatsregierung (Heiterkeit und Unruhe), berufen sich auf das Königswort. Ja, auf welches denn, auf das von Ostern oder vom Juli? (Erneute Mahnung des Präsidenten.) Sollen die 18jährigen Rekruten auch schon das Wahlrecht haben? (Der Präsident macht den Redner darauf aufmerksam, daß die allgemeine Aussprache geschlossen ist.) Mein Antrag richtet sich nicht gegen die Polen, sondern gegen die Juden. Der jüdische Abgeordnete Dr. David (Dhoruse und Heiterkeit) hat einmal zugegeben, daß die Juden eine eigene Rasse sind. Von der konfessionellen Zählung ist es wieder still geworden, nachdem sie wohl für die Juden ein niederschmetterndes Ergebnis gehabt hat. Ueberall, in allen Ländern, finden sich die Juden zahlreich im Hinterlande.

Und welche Rolle spielen die Juden in der Presse? 55 Männer leiten nach Rathenau die Geschicke Europas, unter ihnen sind viele Juden. (Zurufe links: Ahlwardt!) Die Juden wollten im Weltkrieg stets unsere Macht im Dunklen halten, sie kämpften gegen den unbeschränkten U-Boot-Krieg. Man kann sich nicht des Verdachts erwehren, daß Amerika und England mit ihnen in Verbindung gestanden haben. (Starker Widerspruch links.) Wenn der jüdische Einfluß erst ausgeschaltet ist, dann will auch ich Vertrauen zum Volke haben und ihm das gleiche Wahlrecht zuerkennen. Bringen Sie (nach links) dieses Opfer und opfern Sie Ihre Juden. (Stürmische Heiterkeit.) Mollte sagt, die Juden sind ein Staat im Staate, Maria Theresia (große Heiterkeit) äußerte sich ähnlich. Da mein Antrag keine Aussichten hat, ziehe ich ihn zurück. (Großes Geläch.) Wenn Sie aber den verderblichen Einfluß des Judentums erkennen, werden Sie auch ohne den Antrag diese Bestimmung beschließen. Bringen Sie das Opfer der Juden, vielleicht finden Sie Ersatz an deutschen Männern. (Heiterer Beifall links.)

Abg. **Kanzow** (Freil. Up.):

begründet den fortschrittlichen Antrag. Wir vermissen mit Bedauern den Abgeordneten Freiherrn von Seidlitz, dem wir von Herzen baldige Besserung wünschen. Er ist ein Generalstäbler der Politik — nicht so wie die Herren Newoldt und Bückede. Die Freikonservativen lassen Herrn von Kardorff nicht reden, aber die Konservativen lassen Herrn Heins reden. Das ist bedauerlich. (Zustimmung links.) Herr Heins ist eine symptomatische Erscheinung im neuen Deutschland. Er ist Funktionär des „Evangelischen Bundes“. (Hört, hört!) Demgegenüber stelle ich fest, daß vom Zentrum solche Ausfälle niemals erhoben werden, wie denn das Zentrum überhaupt unser aller Dank verdient für sein Eintreten für das gleiche Wahlrecht. Herr Heins, der soviel vom Schützengraben redet, ist 1873 geboren; er war die ganze Kriegszeit in Berlin (Widerpruch des Abg. Heins). Wenn er sagt: Heraus mit den Juden aus der Presse und aus der Politik, so sollte er doch auch gleich sagen: Heraus mit den Juden aus der Wissenschaft und Wirtschaft! Welchen Dank verdienen so viele Angehörige der Wissenschaft und des Wirtschaftslebens sowie der freien Berufe und auch gerade der Presse, vor allem aber die jüdischen Kriegsteilnehmer im Schützengraben, die ihre Pflicht tun, genau so, wie alle unsere Helden. Kinderei ist es, die Engländer als Händler zu bezeichnen. Unsere Soldaten beurteilen die Engländer anders. Ebenso sinnlos ist es, vom jüdischen Händlergeist zu sprechen. Der von Herrn Heins zitierte Chamberlain, der erst nach den deutschen Siegen die deutsche Staatsangehörigkeit erworben und für seine Verdienste das Eiserne Kreuz erhalten hat, darf auf Befehl des Oberkommandos in der Presse nicht angegriffen werden. So steht es mit der „Schutzlosigkeit“ der Antisemiten. Für eine solche Erneuerung des Deutschen Reichs, wie sie Herr Heins vorschlägt, danke ich. Für mich faßt sich die ganze Judenfrage zusammen in den Worten: „Gleiche Rechte, gleiche Pflichten.“

Der Schluß der Sitzung.

In einem kleinen Teil der gestrigen Abendausgabe ist durch ein Versehen die Rede des nationalliberalen Abgeordneten Otto dem Konservativen o. d. Osten zugeschrieben worden. — Nach dem Abg. Otto sprach

Abg. v. d. Osten (kons.):

Ich will mich besonders mit den Äußerungen beschäftigen, die Herr v. Kardorff über unsere Stellung zur Monarchie hier getan hat. Wir sind der Ansicht, daß wir in einem konstitutionellen Staate leben, und daß auch die Osterbotschaft durch das ministerielle Bekleidungsstück, wie einmal ein Minister es genannt hat, vollständig gedeckt ist. Hier möchte ich übrigens gegenüber Herrn v. Kardorff einschalten, daß er irrt, wenn er meint, daß der Erbe der Krone von dem Juli-Erlasse des vorigen Jahres Kenntnis erhalten hat, bevor er hinausgegeben wurde. Das ist auf Grund von Informationen, die ich für verlässlich halten muß, unrichtig. Der Erbe der Krone hat vorher von diesem Erlaß keine Kenntnis erhalten. Wesentlich für unseren Royalismus ist die Frage, wie die Wirkung der Vorlage auf die Monarchie sein wird, im Falle der Ablehnung und wie im Falle der Annahme. Wir glauben, daß die Wirkung der Ablehnung weniger gefährlich für die Monarchie sein wird, als die Wirkung ihrer Annahme. Deshalb halten wir es für durchaus angebracht, an den besser zu unterrichtenden König zu appellieren. Unter dem Schlagwort „Vertrauen zum Volk“ kann man sich alles Mögliche denken.

Das gleiche Wahlrecht wäre ein Danaergeschenk für unser Volk, das noch nicht genug politisch geschult ist. Der hochfliegende Idealismus unseres Volkes, der von der Ministerbank bis zum einfachen Manne reicht, ist eine glänzende Tugend, aber auch eine furchtbare Gefahr. Der Idealist fällt leicht auf die Nase. Man sagt, das gleiche Wahlrecht entspreche dem Wunsche des allgemeinen Volkswillens. Der Volkswille kann auch irren, namentlich, wenn er agitatorisch aufgepeitscht wird. Ich erinnere an die umschbar dannengreifenden Intimitäten des Herrn von Bethmann. Einer geschickt geleiteten Presse ist es gelungen, eine scheinbare Volksmeinung zu erregen. Unseren Fronttruppen stehen wirtschaftliche Dinge vielfach höher als das gleiche Wahlrecht. Nach dem Kampf wollen sie Frieden und ein Heim haben.

Der Minister des Innern irrt, wenn er meinte, ein Scheitern lassen der Vorlage bedeute die beste Förderung der Sozialdemokratie. Tatsächlich erklärt die Sozialdemokratie die beste Förderung im gleichen Wahlrecht, sonst würde sie nicht so dafür eintraten. Ueber die Wirkung des Antrages Lothmann sind sich meine Freunde noch nicht recht klar. Interessant war jedenfalls, daß auch dieses Entgegenkommen von der Regierung mit einem garben Unannehmbar beantwortet worden ist. Die Regierung hat Scheinbar auf dem Standpunkt: Friß, Vogel, oder stirb! (Weiterkeit.) Man spricht immer nur von den Segnungen der Demokratie. Frankreich ist durch die Demokratie vertriebt worden. Und auch bei uns vertreten die Sozialdemokraten den Klassenkampf, d. h. den Klassenhaß. (Lachen bei den Soz.) In den schwersten Zeiten des Krieges ist uns die demokratische Presse in den Rücken gefallen. (Heftiger Widerspruch links. — Krufe: „Alldeutsche Blätter“!) Wir ist es nicht angenehm, in dieser Zeit solche Worte zu sprechen. (Lachen links.) Aber sollen wir etwa abhalten und alles über uns ergehen lassen? (Weiterkeit links.) Unser Heer besteht aus allen Ständen, auch unsere Söhne opfern ihr Alles für das Wohl des Vaterlandes. Auch sie verdienen einigen Dank und einige Rücksicht im politischen Leben. (Stürmischer Beifall rechts. Lachen links.)

Ein Antrag auf Schluß der Aussprache wird gegen die Birde angenommen. Als Redner waren noch gemeldet die Abgg. Dr. Porsch (Str.), Traub (wild), Rangow (F. Vpt.) und Hub (Soz.)

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Porsch (Fr. Vpt.) stellt aus dem Ausschussbericht fest, daß der Abg. v. d. Osten im Ausschuss erklärt habe, daß das Volk noch nicht politisch reif sei. Jeder sollte zu seinen Worten stehen. Herr v. d. Osten sollte dankbar dafür sein, daß ich ihm Gelegenheit gegeben habe, diese Beurteilung des Volkes vor dem Volke zu vertreten. (Lachen rechts.)

Abg. Hub (Soz.): Herr v. d. Osten hat als letzter das Wort ergriffen, damit wir ihm nicht mehr antworten können. Das kennzeichnet seine Kampfesweise.

Abg. v. d. Osten (kons.): Man hat meine Worte aus dem Zusammenhang gerissen. Ich weise es entschieden zurück, als ob ich nicht zu meinen Worten stehe. Sie bedeuten aber keine Beurteilung des Volkes. (Lachen links.)

Um 3 Uhr nachmittags soll dann zur Abstimmung geschritten werden. Zunächst soll über die §§ 1 bis 3 abgestimmt werden.

Ein Antrag Dreht, die Abstimmung über § 1—3 auszusetzen, bis sein Antrag, wonach zur Aenderung der Verfassung und der Wahlrechtsbestimmungen, sowie der Bestimmungen über das Gemeinbewahlrecht eine Mehrheit von zwei Dritteln erforderlich sein soll, verhandelt worden ist, wird zurückgezogen.

Es wird zur Abstimmung geschritten. Auch Dr. Friedberg begibt sich auf seinen Abgeordnetenplatz.

§ 1 und 2 angenommen.

§ 1 bestimmt, daß wahlberechtigt jeder Preuze ist, den 25 Jahre alt und seit wenigstens drei Jahren staatsangehörig ist.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Einführung des Frauenstimmrechts und Herabsetzung des Wahlalters auf 24 Jahre wird abgelehnt. Für das Frauenstimmrecht stimmen mit den Antragstellern einige Fortschrittler. Ein fortschrittlicher Antrag, den die Erlangung des Wahlrechts durch Fortfall der Frist für die Staatsangehörigkeit erleichtern will, wird abgelehnt.

§ 1 wird unverändert angenommen.

§ 2, der feststellt, wer von der Wahlberechtigung ausgeschlossen ist, wird angenommen.

Der entscheidende § 3 lautet in der Fassung der Regierungsvorlage:

Jeder Wähler hat eine Stimme. Die Abstimmung über das gleiche Wahlrecht ist namentlich.

Die Ausschussfassung sieht die Möglichkeit von sechs Zusatzstimmen vor. Dazu liegt der Antrag Lothmann (natl.) vor, der ein Zweitstimmenrecht vorsieht. Ein Antrag fordert Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Zunächst wird abgestimmt über den Antrag Lothmann. Er wird mit allen gegen etwa 30 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten mit dem Antragsteller ein Teil der Nationalliberalen, 3 Zentrumsabgeordnete, unter ihnen der Abg. Graf Spee, ferner 2 Freikonservative und der Abg. v. Kardorff.

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den § 3 der Regierungsvorlage (gleiches Wahlrecht) haben wir oben mitgeteilt.

Präsident Graf Schwerin-Biwig erklärt darauf: § 3 der Regierungsvorlage ist also abgelehnt! (Abg. Hoffmann (Unabh. Soz.): Feldgrau und Munitionserbeiter hört!! — Unruhe.)

Darauf vertagt sich das Haus.

Freitag 11 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 4½ Uhr.

Politik und Längenmaß.

Gefahren für die Meterkonvention.

Die in vielen Beziehungen wichtige Frage, wie sich die mitteleuropäischen Staaten zu den künftigen Arbeiten der internationalen Meterkonvention stellen sollen, behandelt jetzt Geh. Reg.-Rat Plato von der Kaiserlichen Normal-Maßungskommission in der „Zeitschrift des Vereins deutscher Ingenieure“. Präsident des internationalen Komitees ist zurzeit der Berliner Astronom Wilhelm Förster. In der Kommission sitzen neben drei Vertretern der Mittelmächte sieben Vertreter ihrer Feinde. Wird man bei dieser Zusammensetzung wohl auf ein weiteres erprießliches Zusammenarbeiten rechnen können? Diese Frage dürfte wohl zu verneinen sein. Zu viel des Bösen ist uns von unseren Gegnern angetan, als daß wir es so bald vergessen könnten, und es werden manche Jahre dahinschwinden müssen, bis es wieder zu einem erprießlichen Zusammenarbeiten am gleichen Tische kommt. Bei dem jetzigen Stimmverhältnis haben die Vertreter der feindlichen Verbündeten es ohne weiteres in der Hand, die Mittelmächte jedes Einflusses auf die Arbeiten des Komitees und des Büros zu berauben. Und wenn selbst die Gelehrten im Komitee unparteiisch miteinander raten und taten wollten, dann könnten die Diplomaten in der Generalkonferenz die Vertreter der Mittelmächte aus dem Komitee herauswählen, und werden dann die Vertreter von Deutschland, Oesterreich und Ungarn z. B. durch solche von Kanada, Portugal und Siam ersetzt, dann tritt die Widersinnigkeit ein, daß gerade diejenigen Großstaaten, die das metrische System noch gar nicht oder nur wahlweise eingeführt haben, nämlich die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Rußland, auf seine Verwaltung und Weiterbildung, an denen sie doch kein unmittelbares Interesse haben, den größten Einfluß ausüben könnten, während Deutschland, der größte der Staaten, die sich im Handel der metrischen Maße bedienen, ebenso wie die übrigen Mittelmächte, von jeder Mitwirkung ausgeschlossen wäre. Gegen derartige Möglichkeiten müßten beim Friedensschlusse Sicherheiten getroffen werden, oder die Mittelmächte müßten vorläufig von dem Metervertrage zurücktreten und einen erneuten Anschluß an die internationalen Einrichtungen erst dann wieder suchen, wenn die vom Kriege geschlagenen Wunden vernarbt und Haß und Uebelwollen wieder gegenseitigem Verstehen und Vertrauen gewichen sind.

Masaryk in Moskau.

KR Stockholm, 3. Mai. (Priv.-Tel.) Wie verlautet, weilte *M a s a r y k* zuletzt in Bologna, von wo er sich angesichts des Vormarsches der Mittelmächte nach Kiew flüchtete. Kurz vor dem Einzug der Truppen der Centralmächte dort-

selbst begab sich *Masaryk* verkleidet nach Moskau, wo er gegenwärtig weilt.

Das Dossier Clemenceaus.

Neue Aufklärungen über die Angelegenheit Armand-
Revertera.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Genf, 3. Mai.

Clemenceau und Briand werden in der morgigen Sitzung des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten über den Fall Armand-Revertera neue Aufklärungen geben. Die Regierungsblätter halten schon mit Rücksicht auf den gegenwärtigen Pariser Aufenthalt des italienischen Ministerpräsidenten Orlando jede Bekanntgabe der anlässlich der Mission Armand-Revertera geführten intimen Verhandlungen der Kabinette von Paris und Rom für einen Verrat der Ententeinteressen.

Das Dossier Clemenceau.

Ribot vor der Kammerkommission.

Telegramm unseres Korrespondenten. —

Paris, 3. Mai.

Die Kommission der französischen Kammer für auswärtige Angelegenheiten hat beschlossen, die beiden früheren Ministerpräsidenten Ribot und Painlevé über die näheren Umstände in der Angelegenheit des Königsbriefes an den Prinzen Sixtus von Bourbon anzuhören. Die Kommission wird Freitag auch die Briefe von Briand und Clemenceau entgegennehmen.

Der *Matin* ist in der Lage, den amtlichen Bericht über die Sitzung durch Einzelheiten zu ergänzen. Das Blatt betont zunächst, daß die Darlegungen der beiden Ministerpräsidenten einen ausgezeichneten Eindruck machten. Ribot legte unter Zuhilfenahme von Beweisdokumenten dar, daß in der Zeit, als König Karl den Brief an den Prinzen schrieb, eine Verhandlungsmöglichkeit nicht ernstlich ins Auge zu fassen war. Bloß der Gedanke daran hätte die ernstesten Folgen haben können. Das Eingehen auf die Anregung des Königs hätte die Gefahr heraufbeschworen, alle Bündnisse zu sprengen und sicher die Freundschaft mit Italien zu gefährden. Ribot unterbreitete Clemenceau sehr genaue Einzelheiten über die Beratungen auf der Konferenz der Alliierten in St. Jean Maurienne. Er versicherte, daß die Haltung, die er damals einnahm, durchaus von patriotischer Gesinnung diktiert war.

Bei dem Meinungsäustausch, der nach der Kommissionsitzung unter den Abgeordneten in den Wandergängen der Kammer stattfand, wurde allgemein der Meinung Ausdruck gegeben, daß die beiden Ministerpräsidenten den an sie gelangten Anregungen nicht Folge leisten konnten.

Schwere Angriffe gegen Poincaré und Clemenceau.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Paris, 3. Mai.

Abgeordneter Mistral macht in der *Summité* dem Ministerpräsidenten Clemenceau den Vorwurf, daß er sich bemühe, den Frieden unmöglich zu machen. Noch vor der Ministerpräsidentenschaft Clemenceaus, sagt Mistral, hat eine hohe Persönlichkeit eine persönliche Politik ausgeübt. Frankreich müsse jetzt für den Ehrgeiz und die Verkleinerung dieses Mannes büßen. Seit Beginn des Krieges wiederholt man stets, um die Moral des Landes zu stärken, daß man für Recht und Freiheit kämpfe. Das Land hat das ernst genommen und laun für die Abenteuer einzelner nicht noch weiteres Blut vergießen und sein Schicksal nicht aufs Spiel setzen, um die Eitelkeit und den Ehrgeiz einzelner zu befriedigen. Das Parlament müsse endlich aus seiner Trägheit erwachen und die Geschicke Frankreichs selbst in die Hand nehmen.

Im *Populaire* widmet der Führer der sozialistischen Minderheit Longuet den von der Entente nacheinander abgewiesenen Friedensmöglichkeiten einen Artikel, indem er, an die Friedensintervention Wilsons im Herbst 1916, an Lloyd Georges Knod-Dur-Rede, an die übertriebene und gefährliche Antwort der Entente an Wilson, an den Brief des Königs Karl, an den Friedensvorschlag Kerenskis, an die Stockholmer Konferenz, an die päpstliche Friedensnote, an den Friedensruf Trozkis, die vierzehn Friedensbedingungen Wilsons erinnert, die alle von der Entente durch die Versailler Erklärung verneinend beantwortet wurden. Auch nach der zweiten Note Wilsons mit den vier Friedensbedingungen sei die Gelegenheit, zum Frieden zu kommen, verabsäumt worden. Nach dem furchtbaren Brest-Litowsker Frieden und der Vernichtung Rumäniens sei der Friede, der schon in Reichweite war, ferner denn je.

Homerule und Dienstpflicht für Irland. Ein Konflikt zwischen den Sinn Feinern und den Nationalisten.

London, 3. Mai.

Neuer meldet: Zwischen den Sinn Feinern und den Nationalisten ist erneut ein ernster Konflikt ausgebrochen, weil erstere beschlossen haben, trotz der Vorstellungen der Nationalisten, die diesen Wahlkreis für sich beanspruchen, einen Kandidaten bei der ersten Wahl in East Cavan entgegenzustellen. Der Führer der Nationalisten Dillon sagte gestern in einer Rede, daß dieses Auftreten der Sinn Feiner die nationale Einheit unmöglich mache. Nicht weniger als dreißig nationalistische Abgeordnete werden Sonntag in East Cavan Reden halten, um den Kandidaten der Sinn Feiner zu bekämpfen.

Der parlamentarische Mitarbeiter des „Daily Chronicle“ schreibt, daß die Regierung entschlossen ist, einen Homeruleentwurf nach föderalen Grundsätzen einzubringen. Der Entwurf wird in der folgenden Woche eingebracht werden. In der Ernennung Short's sieht man ein Zeichen dafür, daß die Regierung die Absicht habe, Wasser in ihren Wein zu gießen und die Dienstpflicht nicht durchzusetzen. Wie weit dieser Schluß berechtigt ist, wird sich zeigen. Jedoch sind die Schwierigkeiten damit noch nicht aufgehoben. Denn es ist zu erwarten, daß die Homerulevorschläge wieder Schwierigkeiten in Ulster mit sich bringen werden. Carson scheint bereits wieder an der Arbeit zu sein, den Widerstand gegen Homerule zu organisieren. Die Einigkeit zwischen Sinn Feinern und Nationalisten, die durch die Dienstpflichtfrage hergestellt worden war, ist durch den Gegensatz bei der Ersatzwahl schon wieder gestört. Offenbar wollen die Nationalisten alles daran setzen, den Sinn Feinern überlegen zu bleiben.

Irische Forderung auf sofortige Einführung der Selbstverwaltung.

London, 2. Mai. (L.R.)

Die Irländer haben an die britische Regierung eine Note gerichtet, in der sie die sofortige Einführung der Selbstverwaltung verlangen. Premierminister Lloyd-George antwortete, daß die Schwierigkeiten, die sich der gewünschten Regelung entgegensetzten, durch die irische Forderung noch vergrößert worden seien, daß das Parlament des Vereinigten Königreiches sich nicht mehr mit der irischen Landverteilung und mit anderen irischen Fragen beschäftigen soll, auch nicht mit solchen Fragen, die von Irland als rein irische, von Großbritannien aber als allgemeine Fragen angesehen werden. Der vollzogene Zusammenschluß der Nationalisten und der katholischen Geistlichkeit mit den Sinn Feinern habe die Lage nicht erleichtert.

Die Umwälzung in der Ukraine.

Zu aller Ruhe vollzogen.

Kiew, 2. Mai.

Das Wolffsche Bureau meldet: In Kiew fanden am 29. April Versammlungen von mehreren tausend Bauern aus der ganzen Ukraine statt, in denen in mehr oder weniger scharfer Form die Unzufriedenheit mit der Gesamtpolitik der bisherigen Regierung zum Ausdruck kam. In der wichtigsten der Versammlungen wurde der Sturz der Regierung, die Schließung der Zentralrada, die Abjage der auf den 12. d. einberufenen konstituierenden Versammlung und die Ablehnung von der Landsozialisierung beschlossen und General Skoropadski, ein Abkömmling des alten Hetmans der Kosakenrepublik, zum Hetman proklamiert. Dieser durchfuhr sofort, vom Volk mit begeisterten Zurufen begrüßt, die Straßen Kiews und begab sich auf den Platz vor der berühmten Sophienkathedrale, woselbst er durch die Priesterschaft im großen Ornat unter freiem Himmel die Weihe empfing.

Die Rada, deren Zugänge von Truppen der Regierung anfänglich schwach verteidigt waren, tagte weiter, fügte sich aber, als diese Truppen auf Zureden zwecks Vermeidung von Blutvergießen abgezogen waren, dem Schicksal.

Die Umwälzung vollzog sich, abgesehen von einigen kleineren, hier auch sonst üblichen Schießereien, die einige wenige Opfer forderten, äußerlich völlig ruhig. Die Straßen zeigten das gewohnte Bild. Der Verkehr war lebhaft wie immer, ohne daß Zusammenrottungen stattfanden.

Auch der 1. Mai ist in Kiew und im ganzen Lande ruhig verlaufen, wenn auch in Kreisen der Rada die Erregung über die am 28. April erfolgte Verhaftung mehrerer Mitglieder der früheren Regierung wegen Verdachtes der Mitschuld an der Entführung eines Bankdirektors noch anhält. Natürlich stand das mit dem inneren Umschwung der Ukraine in keinem ursächlichen Zusammenhang. Auch bei den linksstehenden Parteien ist heute eine ruhigere Auffassung der Lage bereits eingetreten, die dadurch zum Ausdruck kommt, daß diese Parteien mit der neuen sich bildenden Regierung Fühlung suchen.

Allmählich scheint sich überhaupt die Erkenntnis Bahn zu brechen, daß die bisherige Art der Regierungsführung, wobei die Rada andauernd in die Exekutive eingriff und die Minister in völliger Abhängigkeit von sich hielt, niemals die Ordnung im Lande herstellen würde. Hervorragende Parteiführer der Linken sind der Auffassung, daß die Rada keine Existenzberechtigung mehr habe. Der Umschwung ist ferner offensichtlich der Ausdruck einer seit langer Zeit auf dem flachen Lande bestandenen Unzufriedenheit mit der Fortdauer chaotischer Zustände, der Unklarheit und Unsicherheit der Besitzverhältnisse. Daher ist zu erwarten, daß die Erregung sich bald legt und daß auch die zunächst der neuen Regierung mit Mißtrauen begegnenden Kreise die Hand zur Mitarbeit bieten werden, sobald endgültig erkannt wird, daß die spontane Entwicklung auf nationaler ukrainischer Grundlage sich vollzogen hat.

Die Uebernahme der Regierung durch General Skoropadski.

Wien, 3. Mai.

„Dziennik Kijowski“ bringt der Polnischen Presseagentur zufolge folgende Schilderung der Vorgänge in Kiew, die mit dem Sturz der bisherigen Regierung und mit der Einsetzung der Diktatur des Generals Skoropadski geendet haben. Am 29. April fand in Kiew die Tagung der ukrainischen Landwirte statt, in welcher die Agrarpolitik der Regierung und ihre Unfähigkeit, geordnete Zustände im Lande zu schaffen, scharf kritisiert wurden. Nach längerer Debatte, in welcher die Redner Stellung gegen die Aufhebung des Grundeigentums nahmen, erklärte der Bauer Jurczenko aus Boltawa, daß seiner Ansicht nach eine Diktatur in der Ukraine unerlässlich sei. Diese Worte riefen einen Beifallssturm hervor.

In der Loge erschien General Skoropadski in einer Escherkessuniform. Sein Erscheinen rief Enthusiasmus hervor. Der General verließ die Loge und erschien auf dem Podium. Nach minutenlangen Ovationen ergriff er das Wort zur folgenden kurzen Ansprache: „Meine Herren! Ich danke euch, daß ihr mir die Führung der Regierung anvertraut. Ihr wißt selbst, daß sich die Anarchie überall breitmacht und daß nur eine starke Regierung Ordnung zu schaffen imstande sein wird. Ich werde mich auf euch Landwirte und auf alle gutgesinnten Kreise der Bevölkerung stützen. Ich bitte Gott, er möge uns Kraft und Stärke zur Rettung der Ukraine gewähren!“ Nun erschollen Rufe: „Es lebe der Hetman Paul Petrowitsch Skoropadski!“ Unter unbeschreiblichem Enthusiasmus wurde die Tagung nach Annahme der Resolutionen geschlossen.

Ein Manifest Skoropadskis.

Um 5 Uhr nachmittags legte der neue Hetman auf dem Sophienplatz in Anwesenheit des Erzbischofs Nikodem, des orthodoxen Klerus, der deutschen Behörden und zahlreichen Publikums einen feierlichen Eid ab. Noch an demselben Tage erschien ein Manifest des neuen Hetmans an die ganze ukrainische Nation, in welchem gesagt wurde: „Dank der mächtigen Unterstützung der Mittelmächte, die ihrem Versprechen treu, auch weiterhin für die Sicherheit der Ukraine kämpfen, ist der ukrainische Staat auferstanden. Die gewesene ukrainische Regierung hat sich jedoch unfähig gezeigt, die staatliche Organisation durchzuführen. Die Anarchie und die wirtschaftliche Zerrüttung breiten sich mit jedem Tage aus und der so reichen Ukraine droht das Hungergepein. Dem Rufe der patriotischen Bevölkerung folgend, habe ich mich entschlossen, die Regierung über die Ukraine provisorisch zu übernehmen. Mit dem heutigen Manifest erkläre ich mich zum Hetman der ganzen Ukraine. Das von mir ernannte Kabinett wird auf Grund der gleichzeitig publizierten Grundgesetze die Ukraine verwalten. Die Zentralrada und die kleine Rada sowie alle landwirtschaftlichen Komitees sind von heute an aufgelöst. Alle Minister und Vizeminister sind abgesetzt. In nächster Zeit wird ein Wahlgesetz zum ukrainischen Landtag erlassen werden. Das Privateigentumsrecht wird als die Grundlage der Kultur und Zivilisation hiemit in seiner Gänze wieder hergestellt. Alle Verordnungen der früheren ukrainischen Regierung und der provisorischen russischen Regierung werden aufgehoben. Das freie Verkaufsrecht des Grundbesitzes wird wieder hergestellt, wobei Maßnahmen zur Enteignung des Großgrundbesitzes gegen Entschädigung zur Verteilung unter die Kleinbauern getroffen werden.“ Nachdem das Manifest die Hebung der Lage der Arbeiterklasse und die volle Freiheit des Handelsverkehrs und der privaten Initiative verkündet, versichert es schließlich, daß die neue Regierung keinen Unterschied der Nationalität und der Konfession der Einwohner der Ukraine machen wird.

Gleichzeitig mit dem Manifest wurden Grundgesetze des ukrainischen Staates, unterschrieben vom Hetman Skoropadski und kontrahiert vom Vorsitzenden des Ministerrates Nikolai Ustimowicz, publiziert.

Der russische Protest gegen die japanische Landung in Wladiwostok.

Erfurte Verstimmmung zwischen der russischen und französischen Regierung.

Berlin, 3. Mai.

Das Volkssche Bureau meldet: Wie die jetzt bekannt gewordenen russischen Funkprüche „An Alle“ zeigen, hat die Landung japanischer Truppen in Wladiwostok zu einer ersten Verstimmmung zwischen der russischen und der französischen Regierung geführt.

Der französische Botschafter Roulens gab aus diesem Anlaß ein in der „Moskauer Zeitung“ vom 23. April veröffentlichtes Communiqué aus, das im wesentlichen folgenden Inhalt hatte: Die Landung japanischer Truppen in Wladiwostok ist eine Folge des besorgnis-erregenden Zustandes der Unruhe in dieser Stadt. Die Nachrichten, die wir aus Wladiwostok erhielten, weisen auf den Zustand der Anarchie hin, der ständig Leben und Eigentum der verbündeten Untertanen bedroht. Wenn die russische Regierung ihre Gäste vor den Erzessen der Strafe nicht schützen kann, dann muß die Kriegsmacht des Landes, dessen Untertanen Gewalttaten ausgeübt sind, die Wiederherstellung der Ordnung auf sich nehmen. Die japanische Frage, soweit sie rein japanisch ist, kann in Wladiwostok lokalisiert werden, unter der Bedingung, daß der japanischen Regierung die Genugtuung geleistet wird, die sie zu verlangen berechtigt ist. Indessen können die Verbündeten sich zum Vorgehen der Oesterreicher und Deutschen nicht gleichgültig verhalten. Die deutschen Staaten streben danach, sich Rußland in wirtschaftlicher Beziehung zu unterwerfen, insbesondere durch ihre Gefangenen in Sibiriens Kolonisationszentren zu organisieren. Die Verbündeten könnten sich gezwungen sehen, sich einzumischen, um auf diese Drohung zu antworten, die ebenso sehr gegen Rußland wie gegen sie gerichtet ist.

Wie der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin in seinem Funkpruch an die französische Regierung erklärt, wurde ihm die Echtheit dieser Erklärung des französischen Botschafters auf Anfrage von dem französischen Konsul in Moskau offiziell bestätigt. Sie hat bei der Sowjetregierung erheblichen Unwillen hervorgerufen. Wir entnehmen dem Protest Tschitscherins folgendes: Das wenigste, was ich über diese Erklärungen sagen kann, ist, daß sie besonders in einem Interview unzulässig sind, und ich bezweifle nicht, daß die französische Regierung sich die verderblichen Folgen klarmachen wird, welche sie unfehlbar für die Beziehungen zwischen Rußland und Frankreich haben werden, falls sich die französische Regierung offen zu der von ihrem Botschafter eingenommenen Haltung bekennt. Wie schwierig auch Rußlands Lage sein mag, so kann doch weder das russische Volk noch die Regierung der Sowjets in irgendeiner Form zulassen, daß offizielle Vertreter der Alliierten sich mit solchem Zynismus, wenn auch unter dem Deckmantel diplomatischer Redensarten, in die inneren Angelegenheiten Rußlands mischen unter der Androhung, ihm Landes-teile mit Gewalt zu nehmen. Was mich vor allem an den Erklärungen von Roulens in Erstaunen setzt, ist seine völlige Unkenntnis der Tatsachen, von denen er spricht. Seine Behauptung, daß Deutschland mit Hilfe seiner Kriegsgefangenen in Sibiriens Mittelpunkt der Kolonisation zu organisieren suche, wundert mich besonders. Amerikanische Offiziere, die aus Sibirien kommen, haben sich an Ort und Stelle davon überzeugt, daß die in Sibirien internierten Gefangenen in keiner Weise die Interessen der Verbündeten bedrohen. Roulens behauptet mit der Geste der Selbstverständlichkeit, daß in Wladiwostok Anarchie herrsche. Nicht Anarchie herrscht in Wladiwostok, sondern die Regierung der Sowjets, die Diktatur der arbeitenden Massen, die selbstverständlich nicht nach dem Geschmack der fremden Ausbeuter ist. Dieselbe Sowjetregierung herrscht in der ganzen russischen Republik, und wenn Roulens der Meinung ist, einen Einfall in Wladi-

wostok veranlassen zu müssen, so bedeutet dies im Prinzip, daß fremde Einfälle in ganz Rußland zur Wiederherstellung der Macht der Ausbeuter notwendig sein werden. Wir müssen in bestimmtester Form die mit der japanischen Landung in Wladiwostok bezweckte Absicht, die durch Roulens gefördert wird, zurückweisen. Die japanische Landung ist ein Akt der Seeräuberei, und wir sind nicht geneigt, der japanischen Regierung irgendwelche Genugtuung zu gewähren. Rußland ist noch nicht so machtlos, daß es jeder fremden Macht gestatten muß, sich einen Teil seines Landes zu sichern. Es wird mit allen Mitteln hiegegen ankämpfen und kann unterdessen nur auf das energichste gegen die unter dem Deckmantel geschickter diplomatischer Formeln ausgeführten widerrechtlichen Pläne Roulens protestieren. Die Erklärung des Herrn Roulens in den kritischen von Rußland durchlebten Tagen kann schwerlich zu guten Beziehungen zwischen der französischen und der russischen Regierung beitragen. Ein Vertreter der französischen Regierung, der zur Verschlechterung der Beziehungen zwischen Frankreich und Rußland beiträgt, kann im Gebiete der russischen Republik nicht geduldet werden. Die Regierung der russischen föderativen sozialistischen Sowjetrepublik drückt die Ueberzeugung aus, daß Herr Roulens unverzüglich von der französischen Regierung abberufen wird.

Die Bukarester Verhandlungen vor dem Abschluß.

B. Bukarest, 3. Mai. Der türkische Minister des Aeußern Rejjimi Bey ist in Begleitung des Divisionsgenerals Izzet Pascha gestern mittags, der bulgarische Ministerpräsident Dr. Radoslawow heute in Bukarest eingetroffen.

Die Abordnungen der verbündeten Mächte sind nunmehr wieder vollzählig versammelt. Nachdem in den letzten Tagen verschiedene noch nicht endgiltig geklärt gewesene Fragen ihre Lösung gefunden haben, gehen die Bukarester Verhandlungen ihrem Abschluß entgegen.

5./V. 1918

[Englands Politik vor dem Kriege.] Zugunsten der Kriegspatenschaft hielt der Historiker Dr. Heinrich Friedjung einen fesselnden Vortrag über „Englands Politik vor dem Kriege“. Im Mittelpunkt der Ausführungen des Redners stand der englische Imperialismus, wie er bereits Jahre vor dem Kriege in die Erscheinung trat, und die Persönlichkeit Edward Greys. Unter Imperialismus versteht Friedjung das Streben nach Weltherrschaft, eine Tendenz, die in England zur Zeit des Liberalismus und des Manchesterturns und im Beginn der Ära Gladstones, den der Redner als verehrungswürdige Gestalt kennzeichnete, noch unbekannt gewesen ist. Erst um die Mitte der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts fühlte sich England in seiner Alleinherrschaft über die Meere bedroht. Gladstones Politik hatte sein Vaterland isoliert; es war bei der Verteilung Afrikas zu kurz gekommen. Um im Kongo wenigstens einigen Einfluß zu gewinnen, schloß es mit Portugal einen Vertrag, wonach die Kongomündung Portugal gehören sollte. Diese diplomatische Niederlage Englands in der Kongofrage hat den imperialistischen Gedanken gezeitigt, als dessen Verfechter Chamberlain und nach außen Forster hervortraten. Es bildete sich eine Föderation mit dem nicht verwirklichten Programm, eine Reichsregierung unter parlamentarischer Vertretung der Kolonien zu bilden. Damit war der Anstoß zur imperialistischen Bewegung gegeben. Sie führte in den neunziger Jahren zur Unterwerfung des Sudans durch Lord Kitchener und zur Burenvergewaltigung, der selbst der maßvolle und gerechte Gladstone nicht widersprach. Der Burenkrieg zeitigte den allgemeinen Haß wider England, das nach Bundesgenossen Ausschau hielt. Bülow hat damals das vielleicht mögliche Bündnis mit England aus Besorgnis einer Verwicklung mit Rußland nicht abgeschlossen, ein Vorgehen, das Friedjung kritisierte. Der Russisch-japanische Krieg, der Rußlands Einfluß in Asien schwächte, kam der Annäherung Englands an Rußland zu Hilfe. Die neugewonnene Macht wurde in der Annexionskrise und in der Marokkofrage erprobt. In beiden Fällen unterlag England, das bereits mit dem Kriege gedroht hatte, wieder diplomatisch, aber die Notwendigkeit des Krieges stand schon damals bei Sir Edward Grey vollkommen fest. Friedjung schilderte sodann Grey in völlig objektiver Art als einen wenig gereisten, ganz in englischer Tradition aufgewachsenen Landadelmann, dessen Begabung vor dem Kriege von englischen Diplomaten hoch gewürdigt, von den ausländischen unterschätzt wurde. Der Redner suchte die Widersprüche in gewissen Äußerungen Greys und dessen Programm zu erklären und schloß mit dem Ausblick, daß die drei germanischen Staaten Deutschland, England und Amerika mit noch stärkerer Machtfülle aus dem Weltkriege hervorgehen würden. Das Publikum nahm diese Ausführungen mit lebhaftem Beifall und Interesse entgegen.

Die Verhandlungen in Bukarest.

Besprechung der Chefs der Friedensabordnungen.

Bukarest, 4. Mai.

Als bald nach dem Eintreffen des bulgarischen Ministerpräsidenten in Bukarest ist in der Wohnung des Staatssekretärs v. Rühlmann eine Sitzung der Chefs der Friedensabordnungen der Verbündeten abgehalten worden.

Paraphierung der wirtschaftlichen Zusatzverträge mit Rumänien.

Bukarest, 4. Mai.

Gestern wurde durch die Vertreter Oesterreich-Ungarns, beziehungsweise Deutschlands und Rumäniens der wirtschaftliche Zusatzvertrag zum rumänischen Friedensvertrag paraphiert. Damit sind sämtliche mit dem Friedensschluß zusammenhängenden Verträge zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn einerseits und Rumänien anderseits abgeschlossen und zur Unterschrift bereit.

Der wirtschaftliche Zusatzvertrag mit Rumänien.

Wien, 4. Mai.

Ueber die wichtigsten Fragen, die im Friedensvertrage mit Rumänien geregelt worden sind, wurden vor einiger Zeit Mitteilungen gemacht. Was die Ordnung der wirtschaftlichen Angelegenheiten betrifft, so wird ein Handelsvertrag vereinbart, über dessen Dauer in Interessentkreisen die Meinung besteht, daß er auf einen langen Zeitraum, vermutlich bis zum Jahre 1930, geschlossen werden dürfte. Es ist bekannt, daß Abmachungen wegen des Verkaufes des überschüssigen Getreides seitens Rumäniens an die Mittelmächte getroffen worden sind. In kaufmännischen Kreisen verlautet, daß die darauf bezüglichen Vereinbarungen für die Jahre 1918 und 1919 fix getroffen worden sind.

Das Wirtschaftsabkommen regelt auch den Bezug von Industrieerzeugnissen zwischen den Mittelmächten und Rumänien. Die Mittelmächte verpflichten sich, Rumänien durch Lieferung der dort benötigten Waren, insbesondere für landwirtschaftliche Zwecke, zu unterstützen.

Das Dossier Clemenceaus.

Vorstehende Erklärungen der italienischen Regierung.

— Telegramm unseres Korrespondenten. —

Haag, 5. Mai.

Der Korrespondent des St. Gallener Tagesblattes in Rom erfährt, die italienische Regierung werde angesichts der herrschenden Stimmung neue Erklärungen zur Rechtfertigung ihres Verhaltens im Jahre 1917 abgeben und bei dieser Gelegenheit neue wichtige Mitteilungen machen, die mit den seinerzeitigen Besprechungen in der Schweiz im Zusammenhang stehen.

Neuerliche Einvernehmungen vor der Kammerkommission.

(Telegramm des Pester Lloyd.)

Frankfurt, 6. Mai.

Die Frankfurter Zeitung meldet aus Genf: Die Kommission der französischen Deputiertenkammer für auswärtige Angelegenheiten hat gestern nach den Erklärungen Briands und Clemenceaus über die gescheiterten Friedensverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn beschlossen, am nächsten Dienstag den Minister des Aeußern Bidon, den früheren Generalsekretär im Ministerium des Aeußern Jules Cambon und den General William Martin, der dem Präsidenten der Republik als Botschaftsminister attachiert ist, über die Angelegenheit zu vernehmen.

Z. IV. 1918

Die Krise in Irland.

Große Protestversammlungen gegen die Dienstpflicht.

L. London, 6. Mai. (Melbung des Reuterischen Bureaus.) In einer von 15.000 Teilnehmern besuchten Protestversammlung in East-Whale gegen die Einführung der Dienstpflicht sprachen der Führer der irischen Nationalisten Dillon und der Führer der Sinnfeiner-Partei De Valera von derselben Plattform.

Dillon ermahnte die Iren, sie sollten nur noch zwei Monate einig sein, dann würden sie über die Dienstpflicht, die nach seiner Ueberzeugung zum Sturz der Regierung führen werde, den Sieg davontragen. Wenn sie ihren inneren Zwist nicht ruhen ließen, würden sie nur dem Militär in die Hände arbeiten. Dillon betonte, daß sich die katholische Kirche an die Spitze der Bewegung stellen müsse.

De Valera erklärte, daß seine Anhänger zwar die Nationalisten in ihrer Opposition gegen die Dienstpflicht unterstützen, aber deswegen doch den Kampf gegen den nationalistischen Kandidaten in den Ersatzwahlen in East-Cavan nicht aufgeben würden. Die Sinnfeiner-Partei erkenne nur die Stimme der Wähler an.

In Limerick und Waterford fanden am Sonntag Arbeiterdemonstrationen gegen die Dienstpflicht statt, an denen Tausende von Menschen teilnahmen.

Der holländische Friedensunterhändler.

Eine freie Erfindung.

B. Berlin, 6. Mai. Das Wolffsche Bureau meldet: Die aus Amsterdam verbreitete Meldung englischer Blätter, wonach ein Holländer im Auftrag des Staatssekretärs v. Kühlmann einer hochgestellten Persönlichkeit der englischen Regierung bestimmte Friedensvorschläge gemacht habe, beruht auf völlig freier Erfindung. Die an die Meldung geknüpften Schlussfolgerungen der englischen Presse erledigen sich dadurch von selbst.

Die erfundene deutsche Friedensoffensive.

Berlin, 6. Mai.

Das Wolffsche Bureau meldet:
Die aus Amsterdam verbreitete Meldung englischer Blätter, wonach ein Holländer im Auftrag des Staatssekretärs v. Kühlmann einer hochgestellten Persönlichkeit der englischen Regierung bestimmte Friedensvorschläge gemacht habe, beruht auf völlig freier Erfindung. Die an die Meldung geknüpften Schlußfolgerungen der englischen Presse erledigen sich dadurch von selbst.

**Unterzeichnung des Friedensvertrages mit
Rumänien.**

Wien, 6. Mai.

Nach einer aus Bukarest hier eingetroffenen
Meldung wird der Friedensvertrag mit Rumänien heute
oder morgen unterzeichnet.

Die Publikation des Vertrages soll dann in einigen
Tagen erfolgen.

Die Dobrudscha.

Vorläufige Verwaltung durch eine Kommission der Mittelmächte.

Gr. Berlin, 6. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.)
Ueber die Verständigung in den bulgarisch-türkischen Verhandlungen wird gemeldet, daß man sich, da in bezug auf die bulgarischen Gebietsabtretungen keine Einigung erzielt wurde, dahin verständigte, daß die Nord-Dobrudscha vorläufig nicht an Bulgarien übergehen solle, sondern bis auf weiteres der Verwaltung einer aus Vertretern der Mittelmächte zusammengesetzten Kommission überlassen bleibt und das endgiltige Schicksal der Dobrudscha einer Dobrudscha-Konferenz vorbehalten bleibt.

Die Unterzeichnung des Bukarester Vertrages.

**Eine Ansprache des Staatssekretärs
v. Kühlmann.**

Bukarest, 7. Mai.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages, die mittags im Schlosse Cotroceni stattfand, wurde in der Bevölkerung in den frühen Nachmittagsstunden durch Extrablätter bezeugt und löste in der rumänischen Bevölkerung eine Begeisterung aus, die um so größer war, als in letzter Zeit vielfach Gerüchte verbreitet waren, die von einer gänzlichen Umstoßung der im Vorfrieden gelegten Grundlagen wissen wollten.

Bei der Unterzeichnung waren die Hauptvertreter aller beteiligten Staaten mit ihren Stäben anwesend. Staatssekretär v. Kühlmann hielt, der „Lumina“ zufolge, folgende Ansprache: „Nach schwierigen Verhandlungen ist es gelungen, den Frieden zwischen den verbündeten Mittel-

mächten und Rumänien abzuschließen. Hiemit ist für die Mittelmächte der Krieg auf der östlichen Front beendet. Wir hoffen, daß dieser Friede nicht nur den politischen und wirtschaftlichen Interessen der verbündeten Mittelmächte entspricht, sondern auch Rumänien ermöglichen wird, sich wieder aufzurichten und die Wunden zu schließen, die der Krieg geschlagen hat.“

Ministerpräsident Marghiloman sandte an König Ferdinand folgende Depesche: „Mit großer Befriedigung teile ich Eurer Majestät mit, daß der Friede geschlossen wurde. Der Vertrag, der in den letzten Verhandlungen einige für Rumänien günstige Abänderungen erhielt, wurde um 12 Uhr unterzeichnet. Er trägt den Titel „Frieden von Bukarest“. Unter der Führung Eurer Majestät und dem Schutze der Dynastie wird das Land nützliche Arbeit für die Festigung der Zukunft wieder beginnen können.“

In einem an den Minister des Innern Mitileneu in Jassy gerichteten Telegramm betont Ministerpräsident Marghiloman, daß nun alle Hindernisse beseitigt sind, die der friedlichen inneren Entwicklung des Landes entgegenstanden. Nun könne sich Rumänien unter dem Schutze seiner verfassungsmäßigen Einrichtungen an neue Arbeit machen, um den durch den Friedensschluß geschaffenen Zustand wie auch die Vereinigung mit Besarabien zu konsolidieren.

Abreise des Baron Burian nach Wien.

Bukarest, 7. Mai.

Der Minister des Außern Baron Burian ist heute um 2 Uhr nachmittags mit der österreichisch-ungarischen Friedensdelegation nach Wien abgereist.

Gestern abend fand unter Teilnahme aller Delegierten der Vierbundstaaten und Rumäniens die letzte meritotische Sitzung statt. Vorher waren sämtliche Delegierte zu einem Abschiedessen beim Generalfeldmarschall v. Mackensen eingeladen.

Begrüßung Barons Burians in Budapest.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Budapest, 7. Mai.

Der Minister des Außern Baron Burian trifft morgen vormittag um halb 11 Uhr auf der Durchreise von Bukarest nach Wien hier ein. Dem Minister wird auf dem Bahnhofe ein feierlicher Empfang bereitet werden. Oberbürgermeister Dr. Stephan Barcsy wird an den Minister des Außern eine Begrüßungsansprache halten, der mit einer Rede darauf antworten wird. Seitens der Regierung wird Handelsminister Josef Szterenyi an dem Empfange teilnehmen.

Der Friede mit Rumänien.

Telegramm des Präsidenten des Abgeordnetenhauses an den Kaiser.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Groß hat an den Kaiser folgendes Telegramm gerichtet:

„Aus Anlaß des Abschlusses des Friedens mit Rumänien bitte ich Euer Majestät, die alleruntertänigsten Glückwünsche des Abgeordnetenhauses des Reichsrates entgegennehmen zu wollen. Möge dieser Friedensschluß, der dem Krieg an der ganzen Ostfront ein Ende bereitet, uns auch dem heißersehnten allgemeinen, ehrenvollen Frieden näherbringen.

Dr. Gustav Groß,
Präsident des Abgeordnetenhauses.“

Die Rede des Ministers des Aeußern über den Bukarester Frieden.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

B u d a p e s t, 8. Mai.

Auf der Durchreise von Bukarest nach Wien traf heute vormittag um $\frac{3}{4}$ 11 Uhr der Minister des Aeußern Baron Burian auf dem hiesigen Westbahnhofe ein. Zu seinem Empfange waren Handelsminister Josef Sztterenyi, Oberbürgermeister Dr. Barczy, Bürgermeister Doktor Theodor Boddy sowie zahlreiche Mitglieder der hauptstädtischen Repräsentanz, ferner Oberstadthauptmann Ladislaus Sandor und viele andere Persönlichkeiten erschienen. Als Baron Burian dem Zuge entstieg ertönten stürmische Clhen-Rufe.

Die Rede des Oberbürgermeisters Dr. Barczy.

Nachdem Minister Sztterenyi ihn begrüßt hatte, hielt Oberbürgermeister Barczy folgende Ansprache an ihn: Erzellenz, die alten Griechen sind den aus dem Kampfe heimkehrenden siegreichen Feldherren bis vor die Tore der Stadt entgegengegangen und haben sie empfangen. Wir begrüßen nicht einen siegreichen Feldherrn, sondern den hervorragenden Führer der Friedensverhandlungen und geben unserer Freude über Ihren Erfolg Ausdruck. Das Volk freut sich dieses Erfolges. Das ist nur natürlich, denn das Volk wünscht lange die Beendigung des schrecklichen Blutvergießens. Mit Freude und liebendem Herzen wendet es sich seinem Herrscher zu, der den Weg zum Herzen des Volkes gefunden und den Zeitgeist verstanden hat, indem er auf dem Wege der demokratischen Volksfreiheit den Frieden verwirklichen will. Es wird bald ein Jahr, daß ich, von einer Versammlung der großen Massen der Bürgerschaft und Arbeiterschaft entsendet, vor Sr. Majestät erschienen bin, um ihm die Wünsche des Volkes mitzuteilen, und bei diesem Anlasse hat Se. Majestät erklärt, daß er jede sich bietende Gelegenheit ergreifen werde, um einen ehrenvollen Frieden zu schließen. Dies waren keine leeren Worte. Se. Majestät hat dies wiederholt mit Taten bewiesen. Se. Majestät ist dem Herzen des Volkes immer näher gekommen, da die Friedenssehnsucht des Volkes in seinem Herrscher lebt. Wir bitten Eure Erzellenz diese Gefühle des Volkes Sr. Majestät unserem geliebten König verdolmetschen zu wollen. Sowie wir überzeugt sind, daß jeder Tropfen dieses großen Blutmeeres über das Haupt derjenigen kommt, die den Krieg verursacht und ihn noch immer nicht satt haben, ebenso wird auch der Segen über jene kommen, welche die Völker und darunter die ungarische Nation aus den schrecklichen Drangsalen des Krieges in die Segnungen des Friedens hinüberführen werden. Wir wünschen daher Kraft und Besitzt unseres Königs und Eurer Erzellenz zu den weiteren Friedensverhandlungen.

**Angriffe eines englischen Generals auf
Lloyd-George und Bonar Law.**

Wegen falscher Mitteilungen im Unterhause.

Amsterdam, 8. Mai.

„Allgemein Handelsblatt“ meldet aus London: Die Blätter veröffentlichen einen Brief des Generalmajors Sir Frederic Maurice, in dem er an den Mitteilungen Kritik übt, die Bonar Law am 22. April im Unterhause über die Erweiterung der britischen Front in Frankreich gemacht hat. Maurice macht Bonar Law den Vorwurf, daß seine Antwort auf die an ihn gerichteten Fragen einen ganz verkehrten Eindruck von den tatsächlichen Vorgängen gegeben hätten. Pringle fragte damals, ob die Angelegenheit im Kriegsrat von Versailles behandelt worden sei. Bonar Law antwortete verneinend. Generalmajor Maurice schreibt nun, es sei selbst in Versailles gewesen, als diese Frage durch den Obersten Kriegsrat, dem sie zur Entscheidung vorgelegt worden war, behandelt wurde. Maurice erklärt ferner in dem Brief, daß dies die letzte ihrer ganzen Reihe von unrichtigen Mitteilungen gewesen sei, die durch die jetzige Regierung im Unterhause gemacht worden seien. Am 9. April zum Beispiel habe der Premierminister über die Lage der englischen Armee erklärt, daß zu Beginn der Offensive trotz schwerer Verluste im Jahre 1917 die Armee in Frankreich am 1. Januar 1918 viel stärker gewesen sei als am 1. Januar 1917. Maurice stellt dies in Abrede. In derselben Rede habe der Premierminister erklärt, daß sich in Mesopotamien überhaupt nur eine Division weißer Soldaten und in Ägypten und Palästina nur drei weiße Divisionen befänden und daß der Rest der Truppen ausschließlich aus

Judern oder gemischten Truppen bestände, unter denen sich verhältnismäßig sehr wenig Briten befänden. Er spreche hier von Infanteriedivisionen. Maurice erklärt auch dies für unrichtig und fährt sodann fort, sein Brief sei nicht auf eine militärische Verschwörung zurückzuführen. Er sei seiner Herkunft und Ueberzeugung nach ein ebenso aufrichtiger Demokrat wie der Premierminister und würde nichts weniger wünschen, als daß die Regierung in die Hände von Soldaten überginge. Der Grund, aus dem er sich zur Veröffentlichung des Briefes entschlossen habe, sei, daß die angeführten Erklärungen im Unterhause unrichtig gewesen seien, daß dies auch in militärischen Kreisen bekannt sei und daß auf diese Weise die Moral der englischen Truppen leide, da man alles aufbieten müsse, um sie zu stärken, nachteilig beeinflusst werde. Aus diesem Grunde habe er beschlossen, ohne Rücksicht auf die Folgen und in der Erkenntnis, daß die Bürgerpflicht der Soldatenpflicht vorangehe, diesen Brief zu veröffentlichen in der Hoffnung, daß das Parlament die Sache untersuchen werde.

„Daily Chronicle“ verweist im Leitartikel auf die ernste Bedeutung dieses Briefes und schreibt: General Maurice war bis vor wenigen Wochen Direktor der militärischen Operationen beim Großen Generalstab und besitzt als solcher genaue Kenntnis von Tatsachen und Zahlen, die die britischen Streitkräfte im Felde betreffen. Das Blatt verwahrt weiter darauf, daß die von Maurice angefügten Erklärungen Bonar Laws und Lloyd-Georges nicht spontan abgegeben wurden, sondern wohl überlegt gewesen wären, und daß sie nicht nebensächliche Dinge betrafen, sondern Fragen, die für die Beurteilung der Streitkräfte, die am Vorabend einer großen Schlacht dem Feldmarschall Haig zur Verfügung standen, von großer Bedeutung waren. Das Blatt spricht sich für eine parlamentarische Untersuchung aus, die nicht allein herauszubringen trachten sollte, ob die Nation und das Parlament irregeführt worden seien, sondern auch festzustellen hätte, ob Feldmarschall Haig vom Kriegskabinett weniger Truppen zur Verfügung erhielt, als er im Jahre 1917 hatte. Es sei eine strenge Untersuchung notwendig. Wenn die beiden Minister eine klare Antwort geben können, so sollen sie dies ohne Verzug tun.

9. IV. 1918

Der Brief des Generals Maurice.

Debatte im Unterhause. — Bonar Law für eine Untersuchung durch zwei Richter.

L. London, 7. Mai. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureau beschränkte der von den Blättern veröffentlichte Brief des Generals Maurice die gestrige Sitzung des Unterhauses.

Asquith fragte, welche Schritte die Regierung zu tun gedauere, um das Haus in den Stand zu setzen, die Anschuldigungen zu prüfen.

Bonar Law erwiderte, der Brief des Generals Maurice werfe zwei Fragen auf. Zunächst berühre die Abfassung eines solchen Briefes die militärische Disziplin; dann handle es sich um die Wahrheit der ministeriellen Angaben. Mit der ersten Frage habe sich der Armee rat auf dem gewöhnlichen Wege zu befassen. Was den zweiten Punkt betreffe, so würden, da die Ehre der Minister in Frage komme, zwei Richter ersucht werden, als Ehrengerichtshof eine Untersuchung über die Beschuldigung falscher Angaben der Minister anzustellen und so schnell wie möglich darüber zu berichten. Bonar Law willigte ein, daß der Gerichtshof erst gebildet werden solle, nachdem sich das Unterhaus mit der Sache befaßt hätte.

Asquith kündigte an, er werde vorschlagen, daß an Stelle zweier Richter ein Ausschuß des Unterhauses die Angaben des Generals Maurice prüfen solle.

Die Verhandlung über den Gegenstand wird am Donnerstag stattfinden.

L. Rotterdam, 8. Mai. Der Brief des Generals Maurice wird, wie dem „Nieuwe Rotterdamse Courant“ aus London gemeldet wird, in britischen Kreisen viel besprochen. Man ist allgemein der Ansicht, daß der Brief für die Regierung eine sehr ernste Sache sei, da er in einem Augenblick erschienen sei, in dem das Mißtrauen der Öffentlichkeit in die ministeriellen Affären ohnehin einen hohen Grad erreicht habe. Die „Westerminster Gazette“, der „Star“ und der „Globe“ sehen sich nachdrücklich für eine Untersuchung ein.

Der „Evening Standard“ verurteilt das Verhalten des Generals Maurice und meint, ein derartiges Auftreten sei, wenn es unterfällt und zu einem Präzedenzfall erhoben werden würde, geeignet, die ganze Disziplin zu untergraben.

Eine schwere politische Krise.

L. Amsterdam, 8. Mai. Nach einem Reuters-Telegramm aus London meldet die Press-Association, es verlaute, daß der Antrag Asquith auf Einsetzung einer Untersuchungskommission von der Regierung als Mißtrauensvotum angesehen werde. Bei der Debatte am Donnerstag werde dieser Antrag als ein Angriff auf die Existenz der Regierung behandelt werden. Man sei eifrig tätig, um zu erreichen, daß alle Anhänger der Regierung Donnerstag im Unterhause anwesend seien. Man

könnte annehmen, daß der Plan Bonar Law's, die Gelegenheit Maurice durch zwei Richter, die als Ehrengerichter fungieren würden, untersuchen zu lassen, fallengelassen wurde, da er offenbar mit der Auffassung des Unterhauses nicht übereinstimme. Indessen sei es nicht wahrscheinlich, daß die Regierung sich auf eine andere Untersuchung einlassen werde.

Es sei so gut wie sicher, daß Lloyd George Donnerstag in die Debatte eingreifen und dem Hause möglichst vollständige Aufklärungen geben werde. Es heißt sogar, daß er bereit sei, die Zahlen zu nennen, die ihm von der Heeresleitung zur Verfügung gestellt wurden und auf Grund deren er behauptete, daß trotz der schweren Verluste im Jahre 1917 das englische Heer am 1. Jänner 1918 bedeutend stärker gewesen sei, als am 1. Jänner 1917.

Nach einer Reuters-Meldung ist es noch zweifelhaft, was für eine Haltung die Regierung einnehmen wird. Man ist aber jedenfalls allgemein der Meinung, daß es sich für sie um Sein oder Nichtsein handelt.

„Daily Telegraph“ glaubt, daß die Opposition unter Führung Asquiths den Zeitpunkt für gekommen erachtet, um selbst an die Stelle der Regierung zu treten.

„Daily Mail“ ist derselben Meinung und schreibt, „die alte Bande“ glaube, eine Waffe gefunden zu haben, um die Regierung zu vernichten, und bilde sich ein, daß das Land bereit sei, Asquith, Lansdowne und MacKenna aus Ruder gelassen zu lassen.

„Worning Post“ greift Lloyd George heftig an und sagt, er habe bewiesen, daß er nicht der geeignete Führer sei.

Die Parlamentskorrespondenten glauben, daß die politische Sensation, die durch den Brief des Generals Maurice verursacht wurde,

einjagende Folgen

haben werde. Einige Mitglieder des Unterhauses erklärten gestern, daß das Fortbestehen der jetzigen Regierung nur eine Frage von Wochen sei, daß aber eine politische Krise in diesem Augenblick zweifellos sehr unwillkommen sein würde.

Der Parlamentskorrespondent der „Daily News“ schreibt, das Unterhaus sehe ohne Zweifel in einem sehr wenig freundschaftlichen Verhältnis zur Regierung und zeige starke Neigung, seine alte Autorität wiederzugewinnen.

Der Parlamentskorrespondent des „Daily Chronicle“ schreibt: In ministeriellen Kreisen hält man die Lage zwar für ernst, man ist aber gefaßt, da die Regierung darauf vertraut, daß sie imstande sein wird, ihre Behauptungen zu beweisen.

9. IV. 1918

Die Krise in Irland.

Ein Brief Carsons an die Presse.

L. London, 7. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Der Führer der Ulster-Unionisten, Sir Edward Carson, hat an die Presse einen Brief gerichtet, worin er die verschiedenen Ankündigungen erwähnt, daß die Regierung die Wehrpflicht auf Irland nicht anzuwenden beabsichtige, bevor die Home Rule Gesetz geworden sei. Er wolle jedoch nicht daran glauben, daß die Regierung versuchen sollte, die Wehrpflicht anzuwenden, nachdem sie eine irische Regierung eingesetzt habe, die dagegen sei. Schließlich hat Carson alle Unionisten einschließlich der unionistischen Mitglieder der Regierung, eine nochmalige Erwägung dieser Frage durchzusetzen, um einen brudermörderischen Konflikt zu einem Zeitpunkt zu vermeiden, wo alle Anstrengungen dem Kriege gewidmet werden sollen.

10./V. 1918

Oesterreich auf der „Friedenlauer“.

Aus Ofen-Pest wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet: Auf der Durchreise von Bukarest nach Wien wurde hier gestern der Minister des Aeußeren, Baron Burian, von einer Abordnung der Hauptstadt empfangen. Auf eine Anfrage des Bürgermeisters Barczay verwies Baron Burian in einer längeren Rede darauf, daß der Friede mit Rumänien besondere Bedeutung für Ungarn habe, Burian sagte:

Die Ostgrenze des Landes erhält dadurch die vollständige und endgültige Sicherheit. Die Zinnen der Karpathen werden fortan an der Grenze auf Wache stehen. Ein so grümmiger Ansturm wie 1915 wird nach menschlicher Voraussicht in Zukunft unmöglich sein. Hoffentlich werden dem Bukarester Frieden womöglich allgemeine Verhandlungen folgen, die berufen wären, der seit vier Jahren leidenden Menschheit, sozusagen des ganzen Erdballes, die Ruhe wieder zu geben und dem Blutvergießen ein Ende zu machen. Unser König hat bisher jede Friedensmöglichkeit ausgenützt, und auch heute ist sein entschiedener Wille, jede Gelegenheit zu suchen, um mit unseren Gegnern einen womöglich ehrlichen, verständigen, dauerhaften Frieden zu schließen. Wir stehen sozusagen auf der Friedenlauer, ohne uns an gewisse Einschränkungsformeln binden zu wollen. Unsere entschlossene Ausdauer hat uns die bisherigen Erfolge gebracht. Auch weiterhin wollen wir in der einen Hand das Schwert, in der anderen den Delzweig halten.

*

Seitet Baron Burian seine Politik mit einer neuen Friedensoffensive ein, wie er seine erste Wirksamkeit als k. u. k. Minister des Aeußeren mit dem Friedensangebot vom 12. Dezember 1916 geschlossen hatte? Wir wollen nicht annehmen, daß Baron Burian über der Freude, durch den Bukarester Frieden Oesterreich-Ungarn erhebliche Vorteile gebracht zu haben, vergißt, daß das, was der Donaumonarchie recht ist, uns billig sein muß, daß auch wir Sicherungen brauchen. Steht etwa der Vorstoß Erzbergers im Hauptauschuß des Reichstags im Zusammenhang mit der Friedensoffensive des Baron Burian, wollen die Justizleute in Berlin den Boden bereiten für eine neue Politik der Friedensoffensive, die Burian einzuleiten im Begriffe ist? Will man die Berliner Politik für Wiener Wünsche und Absichten gefügig machen, indem man gegen die Oberste Heeresleitung einen Vorstoß unternimmt und die Regierung erneut an die Jultresolution bindet?

**Der verfälschte Kaiserbrief.
Pichon, Cambon und Martin vor dem
Ausschuß für Neufheres.**

Paris, 7. Mai. (Meldung der Agence Havas.)
Der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten hat heute
Pichon, Jules Cambon und William Martin über
das österreichische Dossier einvernommen.

10./V. 1918

Die Umwälzung in der Ukraine. Agitation gegen Deutschland und die neue Regierung.

Berlin, 8. Mai.

Das Wolffsche Bureau meldet: Aus Kiev wird gemeldet: Die von verschiedenen Seiten verbreiteten Gerüchte über teils bevorstehende, teils schon eingetretene Agrarunruhen erweisen sich als aus der Luft gegriffen. Die Bauern verhalten sich ruhig. Die früheren Kadamitglieder und Landkomiteemitglieder hetzen gegen Deutschland und behaupten, dieses verfolge lediglich das Ziel, die Ukraine zu berauben.

Im Volke heißt es, die Kadaregierungsbeamten seien ebenso schlimm wie die Bolschewikeregierung gewesen. Zusammenfassend kann gesagt werden: Die Hetze gegen die neue Regierung geht, soweit bisher zu übersehen ist, von Mitgliedern der früheren Regierung und den Landkomitees aus, welche aufgebracht sind, daß der frühere leichte Verdienst ihnen jetzt entzogen ist. Die Bevölkerung selbst verhält sich ruhig und die eine besonders große Rolle spielenden, in der Ukraine stark vertretenen Kleinbesitzer sind mit dem Umschwung durchaus zufrieden. Die obige Agitation dürfte nach der Besetzung der Ämterstellen durch Beamte der neuen Regierung demnächst aufhören.

**Die Gebietsabtretungen Rumäniens an
Oesterreich-Ungarn.**

Wien, 10. Mai.

Die Abtretung der rumänischen an die Monarchie grenzenden Gebietssteile erfolgt, wie aus dem Friedensvertrag erhellt, an die Monarchie und nicht an die Reichshälften. Die Frage der endgültigen Zugehörigkeit der abgetretenen Grenzgebietsteile wird daher im Wege einer Auseinandersetzung zwischen den beiden Reichshälften zur Erledigung gelangen.

Die Krise in England.

Asquiths Antrag abgelehnt.

L. London, 9. Mai. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Das Unterhaus hat den Antrag Asquiths, wonach an Stelle zweier Richter ein Ausschuss des Unterhauses die Angaben des Generals Maurice prüfen solle, mit 293 gegen 106 Stimmen abgelehnt.

Der Verlauf der Unterhausführung.

L. London, 9. Mai. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Das Unterhaus war gedrängt voll, als sich heute nachmittags Asquith erhob, um seinen Antrag auf Einsetzung einer Sonderkommission zur Untersuchung der in dem Briefe des Generals Maurice enthaltenen Angaben zu begründen. Die Logen der Gesandtschaften und der Lords sowie die Tribünen waren dicht besetzt. Unter den Zuhörern befand sich auch der italienische Botschafter.

Rede Asquiths.

Asquith erklärte, die in Wirklichkeit ganz einfache Angelegenheit scheine zu einem guten Teil mißverstanden zu werden. Weder der Absicht nach, noch tatsächlich sei sein Antrag ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung. Wenn er es für seine Pflicht gehalten hätte, das Haus um die Annahme eines Mißtrauensvotums zu ersuchen, so würde er den Mut gehabt haben, dies in direkter unzweideutiger Form zu tun. Er habe keinen Wunsch nach den Sorgen des Amtes. In bezug auf den Brief des Generals Maurice sagte Asquith, Maurice müsse gewußt haben, daß er einen ernstlichen Bruch der Dienstvorschriften begehe und seine ganze militärische Zukunft gefährde. Asquith widersprach der Anregung einer Untersuchung durch zwei Richter und gab der Meinung Ausdruck, daß ein aus Mitgliedern aller Parteien zusammengesetzter Ausschuss von 5 Abgeordneten wahrscheinlich in zwei bis drei Tagen zu einer Entscheidung gelangen könnte.

Erklärungen Lloyd Georges.

Premierminister Lloyd George erklärte, von lautem Beifall empfangen, Maurice habe, nachdem er von seinem Posten, den er zwei Jahre lang bekleidete, zurückgetreten sei, von zwei Ministern abgegebene Erklärungen angezweifelt. Er habe dies nicht getan, als er Zutritt zu amtlichen Informationen und zu den Ministern selbst hatte. Der Ministerpräsident fragte, ob es nicht Sache des Generals Maurice gewesen wäre, wenn er die Angelegenheit für so wichtig gehalten habe, daß er die Dienstvorschriften brechen mußte, zuerst zum Kabinett oder den angeklagten Ministern zu gehen, auf den Irrtum aufmerksam zu machen und um Richtigstellung zu ersuchen. Davon sei aber nicht im geringsten die Rede gewesen, bis er (Lloyd George) den Brief in der Zeitung gefunden habe.

Ich erkläre dies für unanständig! rief Lloyd George unter lautem Beifalle aus. Maurice hat auch seinen unmittelbaren Vorgesetzten, dem Staatssekretär und dem Chef des Generalstabes, keinerlei Vorstellungen gemacht.

Der Premierminister schlug sodann vor, die volle Informationsquelle, aus der er und Bonar Law ihre Angaben geschöpft hatten, mitzuteilen und forderte das Haus auf, sein Urteil abzugeben, und zwar heute noch. (Beifall.) Sie beide seien darauf bedacht, daß die Erklärungen Maurices von einem unparteiischen Gerichtshof geprüft würden. Diesem Gerichtshof würde eine Menge wirklich vertrauenswürdiger Informationen, die absolut keinen Zweifel an der Wahrhaftigkeit der ministeriellen Erklärungen übrig lassen würde, zur Verfügung stehen. Lloyd George wies darauf hin, daß das Haus selbst lange vorher entschieden habe, daß ein Sonderausschuss aus dem Hause nicht der beste Gerichtshof zur Feststellung von Tatsachen sei, wenn die Leidenschaften erregt seien. Asquith selbst habe sich mit Recht gegen einen solchen Ausschuss zur Untersuchung der Mesopotamien-Angelegenheit ausgesprochen. Die Richter wären gewohnt, die Tatsachen zu prüfen und schnell ein Urteil zu

fällen. Aber die seit Dienstag bestehende Unterstützung Asquiths durch die Presse habe es klar gemacht, daß keine Entscheidung irgend eines geheimen Gerichtshofes angenommen werden würde, weshalb die Regierung sich entschloß, die Tatsachen der Öffentlichkeit zu übergeben und die Öffentlichkeit urteilen zu lassen.

Entgegnung auf die Angaben Maurices.

Ich will nun, fuhr Lloyd George fort, zur Prüfung der Angaben Maurices schreiten. Was den Vergleich der englischen Streitkräfte am 1. Jänner 1917 mit denjenigen am 1. Jänner 1918 betrifft, so sagte ich, die Gefechtsstärke der Armee habe zugenommen. Maurice erklärte, sie habe abgenommen. Die Zifferangaben waren aus den amtlichen Berichten des Kriegsamtes entnommen. Wenn dieselben unrichtig sind, so ist dieses verantwortlich wie jeder andere, aber sie waren nicht ungenau. Ich habe nachgeforscht und es besteht durchaus ein Zweifel darüber, daß eine ganz beträchtliche Zunahme des Mannschaftsbestandes der Armee zu Beginn des Jahres 1918 im Vergleich zu dem Stande am Anfang des Jahres 1917 vorhanden war.

11. IV. 1918

Das Dossier Clemenceaus.
Der Beschluß des Kammeranschlusses.

Genf, 9. Mai.

Wie aus Paris gemeldet wird, hat der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten das Studium des österreichisch-ungarischen Dossiers beendet und hierbei einen Beschlusantrag angenommen, wonach der Ausschuss nach Einholung der Zeugenaussagen über die in den Jahren 1917 und 1918 geführten Friedensbesprechungen feststellt, daß diese Besprechungen in keinem Zeitpunkte die Gelegenheit zum Abschluß eines für Frankreich und seine Verbündeten annehmbaren Friedens geboten hätten.

Telegramme.

Der verfälschte Kaiserbrief.

Der französische Kammerauschuß über die Friedensbesprechungen.

Paris, 9. Mai. Wie aus Paris gemeldet wird, hat der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten das Studium des österreichisch-ungarischen Dossiers beendet und hierbei einen Beschlußantrag angenommen, wonach der Ausschuß nach Einholung der Zeugenaussagen über die in den Jahren 1917 und 1918 geführten Friedensbesprechungen feststellt, daß diese Besprechungen in keinem Zeitpunkt die Gelegenheit zum Abschluß eines für Frankreich und seine Verbündeten annehmbaren Friedens geboten hätten.

Lansdowne für einen Verhandlungsfrieden.

L. London, 10. Mai. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus London: Am Mittwoch hielt Lord Lansdowne im Oberhause während der Friedensdebatte eine Rede, in der er mit Nachdruck betonte, daß ein durch Verhandlungen erzielter Friede der einzige Weg wäre, um den Krieg ehrenvoll und sicher zu Ende zu bringen. Die einzige Alternative dazu wäre der knock out blow. Niemand könne aber vorher sagen, wann, wem, wo und um welchen Preis dieser Schlag zugefügt werden würde. Lansdowne wies die Idee eines anders geschlossenen Friedens entschieden zurück, und protestierte dagegen, daß mögliche Unterhändler im Gebiete der Politik verfolgt würden, ehe sie noch Gelegenheit gehabt hätten, ihre Bedingungen zu nennen. Ferner protestierte er dagegen, daß vernünftigen Menschen verboten werde, den Mund aufzumachen, nur weil sie glauben, daß ein Friede durch Unterhandlungen möglich wäre. Lansdowne gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Friedensstimmung in Deutschland und Oesterreich-Ungarn zunehme, und daß man diese Stimmung ermutigen und stärken müsse.

Unsere Weltstellung.

Schlußvortrag von *H. A. Otto v. Gerstner*.

Dem mit großem Beifall aufgenommenen ersten Vortrag über das obige Thema, über den wir am 5. März l. J. an dieser Stelle berichteten, ließ nun *H. A. Otto v. Gerstner* in der letzten Sitzung der Sozialen Sektion der Leogefellschaft unter dem gleichen Titel einen zweiten, abschließenden folgen, der ähnlich reichen Besuch und Beifall aufzuweisen hatte. Der Vortragende ging diesmal von einer Besprechung der Ergebnisse der Friedensschlüsse im Osten (nur der Friede mit Rumänien wurde, weil er noch nicht vorlag, nicht erörtert) aus, um daran die Frage unserer künftigen Weltstellung zu erläutern. Das wichtigste Ereignis dabei ist die Zertrümmerung des russischen Reiches, die Aufrichtung der selbständigen Randstaaten, die stark auf das Schlagwort von der Selbstbestimmung der Völker reagierten. Dadurch haben wir jede Grenzlinie mit Rußland verloren, dessen nächster Punkt etwa 600 Kilometer von unserer Grenze entfernt sein wird. Es ist aber auch durch diese Ereignisse dem tatarischen Drang der Anute und der Orthodoxie, die sich den Westen unterjochen wollten, ein Ende gesetzt worden. Natürlich steht es bei uns und den befreiten Randvölkern, ob die Ergebnisse des Friedens von Brest Dauer haben werden. Eine kurze Betrachtung der russischen Geschichte führte zur Besprechung der Bedeutung der nun selbständig gewordenen Randstaaten über. Finnland durfte besonders auf Grund der gegenwärtigen Befreiungshilfe ganz zur Machtsphäre Deutschlands gelangen, ähnlich steht's wohl auch mit den baltischen Provinzen, die vielleicht sogar in ein engeres Verhältnis zum Deutschen Reich kommen. Noch unbestimmt ist die künftige Staatsform von Litauen, auch die Weißrussen regen sich und rufen nach Selbständigkeit. Es ist kein Grund zur Annahme, daß sie nicht in ein bestimmtes Verhältnis zu Deutschland kommen wollen. Vielleicht ergibt sich eine Art Bundesgenossenschaft. Weniger zuverlässlich sprach sich der Redner über unsere künftigen Beziehungen zu Polen aus, die noch immer nicht klar zutage treten. Dafür aber sollten wir uns an die Ukraine halten, deren Reichthum an Getreide, Kohle und Erzen geradezu unerschöpflich ist. Nur muß der Donauweg und die Fahrt durch die türkischen Meerengen für eine gedeihliche Ausfuhr zu Wasser frei sein. Natürlich sind wir aus gut bekannten Gründen um vierzehn Tage zur Verteilung der Güter zu spät gekommen. Anschließend wurde die Frage behandelt, ob Oesterreich an die Erwerbung von Kolonien denken solle. Nur eine gründliche Umänderung unseres Verwaltungssystems würde aber den Besitz von Kolonien gedeihlich machen. Die schon öfter gestellte Forderung nach einer höheren nautischen Schule mit deutscher Unterrichtssprache wurde wieder erhoben. Wir müssen auch dem Binnenländer die Bedeutung des Meeres durch Reisen, persönliches Kennenlernen der Küste usw. klar machen. Dazu kann aber auch die *Hansa* ihr gutes Teil beitragen dadurch, daß sie sich von manchem Gerfömmlichen losmacht und sich Neuem anpaßt. Wie die Familie der Grundbau des Staates ist, so muß aus ihr auch die gründliche Erneuerung veralteter Anschauungen ausgehen. Und die Seele der Familie ist in so manchem Belange die Frau. Sie muß die Möglichkeit haben, bei den Kindern Liebe und Verständnis zum Meer zu erwecken, sie ist die Trägerin der meisten kulturellen Veränderungen. Wenn der Staat von diesem Punkte ausgeht, alles zu erneuern, dann wird unser eingewurzelter Kontinentalismus zerbrochen und auch der Amtschimmel endlich zum Hungertode verdammt. Die darauffolgende Wechselrede, an der sich besonders Sektionsrat Dr. *Scheimpflug*, Dr. *Herlinger* und Konteradmiral *Schanzer* beteiligten, ergab noch eine

Reihe beherzigenswerter Gesichtspunkte. So wies Konteradmiral *Schanzer* besonders auf unsere geographische Bedingtheit hin, die das bisherige Festhalten am Kontinentalismus einigermassen erklärt, aber nicht bewirkt, daß dies ein Dauerzustand sein müsse. Wir müssen über die uns einschließenden Wälle nach dem Süden und Osten unbedingt zum freien Meer durchbrechen. Dann wird unsere Weltstellung eine unserer Größe und unserer Erfolge würdige werden.

Die angebliche deutsche Friedensoffensive. Ein Anerbieten an Wilson?

St. Berlin, 11. Mai. (Tel. d. „Fremden-Blatt“.) Das „Berliner Tageblatt“ meldet aus dem Haag: Die „Daily Mail“ erfährt aus der Schweiz Einzelheiten über eine neue deutsche Friedensoffensive. Es ergibt sich, daß vor drei Wochen die deutsche Regierung ein Anerbieten an Präsident Wilson gemacht hat, und zwar durch Vermittlung des Professors Heron, der Wilsons Freund ist. Professor Heron empfing das Anerbieten von Professor Quidde, der Hertling sehr nahe steht. Er machte im Namen Hertlings und der augenblicklichen Regierung das Anerbieten. Hertling gab die Versicherung, daß die Friedenspartei im Begriffe wäre, im deutschen Reichstag die Macht in die Hand zu bekommen, und drückte den Wunsch aus, daß Wilson darauf vorbereitet werden solle, günstige Gelegenheiten zum Abschluß eines Friedens zu ergreifen. Er erklärte:

1. Deutschland sei bereit, vorerst eine Selbstverwaltung Elsaß-Lothringens zu geben, falls Elsaß-Lothringen in den Friedensverhandlungen nicht genannt wird.
2. Falls auch die Friedensabkommen von Brest-Litowsk in der Konferenz nicht erwähnt werden, so wäre Deutschland bereit, auch diesbezüglich Zugeständnisse zu machen.

3. Kein Wirtschaftskrieg nach dem Kriege.
4. Rückgabe der deutschen Kolonien.

Heron stellte entrüstet die Frage, wie Quidde von ihm verlangen könne, daß er eine derartige Zusammenstellung von Scheinheiligkeit und Betrug dem amerikanischen Volke unterbreiten solle; diese Bedingungen würden die feste Entschlossenheit der Amerikaner, bis zum Endsieg durchzukämpfen, nur verstärken. Darauf hat Quidde Abschied genommen.

Professor Quidde ohne amtlichen Auftrag.

St. Berlin, 11. Mai. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: „Daily Mail“ beschäftigt sich erneut mit dem Thema der deutschen Friedensoffensive und macht Angaben über einen angeblichen Besuch des Professors Quidde bei dem in Genf sitzenden Amerikaner Heron. Diesem hätte Professor Quidde im Auftrage des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes ein an den Präsidenten Wilson zu übermittelndes Verständigungsprogramm entwickelt. Diesen Angaben gegenüber sind wir festzustellen ermächtigt, daß Professor Quidde weder vom Reichskanzler noch vom Auswärtigen Amte einen Auftrag irgend welcher Art für den genannten Amerikaner hatte.

Die Verteidigung Lloyd-Georges vor dem Unterhause.

London, 9. Mai.

Premierminister Lloyd-George führte des weiteren im Unterhause aus: Die Zunahme des Mannschaftebestandes der Armeen war im Jahre 1918 im Vergleiche zum Jahre 1917 in der ganzen Welt groß, aber in Frankreich war sie über den Durchschnitt groß. Wenn Maurice von der Gesechtsstärke spricht, so macht er einen Unterschied zwischen Kämpfern und Nichtkämpfern. Ich will sofort bemerken, daß ich mit dieser Unterscheidung nicht einverstanden bin. Aber ich will ein Schriftstück vorlesen, das neun Tage nach meiner Rede von der Abteilung des Generals Maurice kam und von seinem Vertreter gezeichnet war. Es lautet: „Aus beifolgendem Bericht ist ersichtlich, daß die Gesechtsstärke der britischen Armeen am 1. Januar 1918 größer war als am 1. Januar 1917.“ (Lauter Beifall.) Ich komme jetzt zu Maurices Vergleich der feindlichen und verbündeten Streitkräfte. Die gesamten Ziffernamen von Maurice. Die Angaben über die Divisionen in Mesopotamien und Aegypten wurden dem Kriegskabinet in Anwesenheit Maurices gemacht, der dabei nichts berichtigte.

Ueber die Ausdehnung der Front sagte Lloyd-George: Es ist zutreffend, daß Maurice in Versailles war, aber die Folgerung, daß er an der Beratung über die Ausdehnung der Front teilgenommen hätte, ist nicht richtig. Er war nicht dort. Er war in dem Gebäudeteil, aber nicht im Beratungszimmer. Die Ausdehnung von Goughs Front, auf die besonders angespielt wird, wurde im Kriegsrat von Versailles niemals erörtert. Darüber hatte eine Verständigung zwischen Haig und Petain stattgefunden. Sie war eine vollendete Tatsache, bevor der Kriegsrat überhaupt zusammentrat. Dementsprechend erstattete Haig dem Kriegsrat seinen Bericht, aber nicht ein einziger Meter der Front wurde als Ergebnis der Versailler Konferenz übernommen.

Es ist kein wahres Wort an der Behauptung, daß die Ausdehnung von Goughs Front auf Anordnung des Kriegskabinetts im Gegensatz zu Haig und Robertson erfolgt sei.

Sie wurde infolge des großen Druckes der französischen Regierung und des französischen Heeres ausgeführt, um die Beurlaubung von Leuten für die Landwirtschaft zu ermöglichen, die unbedingt notwendig geworden war. Das Kabinet nahm im Prinzip eine Ausdehnung an. Aber der Zeitpunkt und das Maß der Ausdehnung sollten den beiden Oberkommandierenden überlassen bleiben.

Die Ausdehnung der Front wurde zuerst von den französischen Vertretern auf der Konferenz von Boulogne zur Rücksprache gebracht. Dann kam der Zwischenfall von Cambrai und das italienische Unglück, das die Wegsendung von englischen Truppen aus Frankreich notwendig machte und die Ausdehnung der Front eine Zeitlang erschwerte. Schließlich regte Clemenceau an, daß die Frage durch die militärischen Vertreter geprüft werde und daß im Falle von Meinungsverschiedenheiten der Versailler Rat entscheiden sollte. Die militärischen Vertreter schlugen ein Kompromiß zwischen den englischen und französischen Ansichten vor, und die Sache sollte auf der Versailler Beratung am 1. Februar erörtert werden. Noch vorher einigten sich Petain und Haig darüber, daß die Front bis Parisse ausgedehnt werden sollte, und eine weitere Ausdehnung hat nicht stattgefunden.

Lloyd-George erklärt schließlich: Die wirkliche Lehre aus den ganzen Erörterungen über diese Erweiterung der Front ist die Wichtigkeit der Einheitlichkeit des Oberbefehles, und ich bin froh, daß wir die endlich haben.

Dies ist ein Tadelsvotum gegen die Regierung, und wenn es so durchgeht, so könnten wir unmöglich unsere militärischen Operationen fortsetzen. Diese Streitigkeiten wirken verwirrend und lähmend. Die Einheitlichkeit der Nation ist bedroht und die Einheitlichkeit der Armee ist bedroht. Wir haben uns damit abgeben müssen, Akten, Notizen, Briefe und Unterredungen aus den letzten elf Monaten durchzuschnüffeln, und das in diesem Augenblick. (Lauter Beifall.) Ich bin gerade von Frankreich zurückgekommen. Ich habe einige Generale befragt, und sie sagten mir, wie die Deutschen jetzt schweigend vielleicht den größten Schlag des Krieges vorbereiten.

Ich bitte im Namen unseres Vaterlandes, dessen Schicksal heute und in den nächsten Wochen in der Schwebel ist, daß man diesen Angriffen ein Ende mache. (Lauter Beifall.)

Nach weiterer Debatte wurde, wie bereits gemeldet, Asquiths Antrag mit 295 gegen 106 Stimmen abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag Asquith.

London, 10. Mai.

Bei der gestrigen Debatte im Unterhause stimmten folgende frühere liberale Minister für den Antrag Asquith: Runciman, Herbert Samuel, Robertson, Sir Harry Verney, Mac Kenna, Sir Charles Hophouse, Baker, Tennand, Sir Walter Rea, Georges, Lambert, Birrell und John Burns. Von bekannten Liberalen stimmten dafür Hogge, Rowntree, Duthwaite, F. Wason, Holt und Pringle. Viele Liberale stimmten aber für die Regierung, einige enthielten sich der Abstimmung. Die Mehrheit der Arbeiterpartei stimmte für die Regierung. Für Asquith stimmten von der Arbeiterpartei: Henderson, Thomas, Macdonald, Snowden und Fowett sowie der Unionist Aubrey Herbert. An der Abstimmung nahmen keine Nationalisten teil.

Telegramme.

Die Anerkennung Litauens durch Deutschland.

Uebergabe der kaiserlichen Urkunde.

R. Kovno, 10. Mai. Dem Präsidium des litauischen Landesrates ist am 4. d. M. die von Kaiser Wilhelm unterschriebene Urkunde anschändigt worden, durch die der unabhängige litauische Staat vom Deutschen Reiche anerkannt wird. Die Uebergabe geschah in feierlicher Form durch den Chef der Militärverwaltung Litauens, der in einer Ansprache dem jungen litauischen Staate Glück- und Segenswünsche auf den Weg gab. Der Inhalt der Urkunde ist gleichlautend mit der Antwort, die der Reichskanzler der litauischen Delegation in Berlin am 23. März d. J. erteilt hat.

Die kaiserliche Anerkennungsurkunde, die nunmehr veröffentlicht wird, hat folgenden Wortlaut:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser und König von Preußen etc., tun hiemit kund und zu wissen: Nachdem der litauische Landesrat als die anerkannte Vertretung des litauischen Volkes am 11. Dezember 1917 die Wiedererrichtung Litauens als eines unabhängigen, mit dem Deutschen Reiche durch ein ewiges festes Bundesverhältnis und durch Konventionen vornehmlich auf dem Gebiete des Militärs, des Verkehrs, des Zoll- und des Münzwesens verbundenen Staates verkündet und zur Wiedererrichtung dieses Staates den Schutz und die Hilfe des Deutschen Reiches erbeten hat, nachdem ferner nunmehr die bisherigen staatlichen Verbindungen Litauens gelöst sind, beauftragen Wir hiemit Unseren Reichskanzler Grafen Hertling, dem litauischen Landesrat zu erklären, daß wir auf der Grundlage der vorstehend genannten Erklärungen des litauischen Landesrates vom 11. Dezember 1917 im Namen des Deutschen Reiches Litauen als einen freien und unabhängigen Staat anerkennen und bereit sind, dem litauischen Staate den erbetenen Schutz und Beistand bei seiner Wiederaufrichtung zu gewähren. Wir gehen dabei von der Voraussetzung aus, daß die abzuschließenden Konventionen den Interessen des Deutschen Reiches ebenso Rechnung tragen werden wie den litauischen und daß Litauen an den Kriegslasten Deutschlands, die auch seiner Befreiung dienen, teilnehmen wird.

Gleichzeitig erteilen Wir Unserem Reichskanzler Vollmacht, im Benehmen mit den Vertretern der Bevölkerung Litauens die zur Wiederaufrichtung des selbständigen litauischen Staates erforderlichen Maßnahmen zu treffen und zur Herstellung eines festen Bundesverhältnisses zum Deutschen Reiche und Abschluß der hiezu vorgesehenen und erforderlichen Konventionen das Weitere zu veranlassen.

Zur Urkund dessen haben Wir Gegenwärtiges höchst-eigenhändig unterschrieben und mit Unserem Insigne versehen lassen.

Gegeben Großes Hauptquartier, 23. März 1918.

Gezeichnet Wilhelm. Gezeichnet Graf von Hertling.

12. 10. 1918

111

Die Bereinigung der deutsch-holländischen Schwierigkeiten.

Eine Erklärung des Ministers Louden.

Haag, 11. Mai.

Auf Anfragen des Mitgliedes der zweiten Kammer Abgeordneten Drosselhuys über einige Punkte des Verhaltens der niederländischen Regierung in der Frage der Verhandlungen mit Deutschland antwortete der Minister des Auswärtigen Louden folgendes: Die Regierung habe das Verhältnis zu Deutschland wegen des Nachdruckes, mit dem die deutsche Regierung ihre Wünsche, die sich teilweise sofort als unannehmbar erwiesen, äußerte, als gespannt erklärt. Die deutsche Regierung habe durch ihren Gesandten im Haag sowohl dem Vorsitzenden des Ministerrates als auch dem Minister des Auswärtigen zu verstehen gegeben, daß es sich um einen nach gründlicher Ueberlegung festgestellten Komplex von Fragen handle, die als Mindestforderung, von der nichts nachgelassen werden könne, als Ganzes angenommen werden müssen. Daß die Nichtannahme für die Niederlande sehr ernste Folgen haben würde, sei namentlich dem niederländischen Gesandten in Berlin unumwunden zu erkennen gegeben worden.

Die Frage der Durchfuhr von Sand und Kies konnte auf eine Weise geregelt werden, die bei der niederländischen Regierung auf keine prinzipiellen Bedenken stieß, indem nämlich bestimmt wurde, daß die durchzuführenden Mengen unter der Zahl bleiben würden, die sie selbst seinerzeit als zulässig anerkannte, während die deutsche Regierung es auf sich nahm, ausdrücklich zu erklären, daß die Materialien nicht für Kriegszwecke verwendet werden würden.

Der Minister des Auswärtigen erklärte zum Schlusse, er habe sich zur Genüge davon überzeugt, daß die jetzt mit Deutschland getroffenen Vereinbarungen über die Durchfuhr besonders von Sand und Kies über niederländisches Gebiet nicht dazu führen werden, daß die alliierten Regierungen den Niederlanden neue Schwierigkeiten in den Weg legen werden. In dieser Angelegenheit, die, besonders was die Durchfuhr von Sand und Kies betrifft, noch immer ebenso sehr einen wichtigen Streitpunkt mit den anderen kriegführenden Parteien, nämlich mit England und Frankreich, bildet, hielt der Minister, wie er Deutschland sofort mitteilte, sich nicht für berechtigt, die betreffenden Regierungen ununterrichtet zu lassen, obwohl nach der Natur der Lage von deren Zustimmung keinen Augenblick die Rede sein konnte. Diese letzteren Regierungen haben gezeigt, daß sie den Ernst der Lage, in der sich die Niederlande befinden, vollständig einsehen. Sie haben durch einen gemeinschaftlichen Schritt ihrer Gesandten im Haag, der von ihren Kollegen aus den Vereinigten Staaten und Italien begleitet war, dem Minister mitgeteilt, daß sie unter Wahrung des prinzipiellen Standpunktes

der niederländischen Regierung nur wegen des Ernstes der Lage bezüglich der getroffenen Vereinbarung keine Schwierigkeiten in den Weg legen würden.

13. IV. 1918

113

Die Frage der Uebergabe der Verwaltung in Polen.

Warschau, 12. Mai.

Das Wolffsche Bureau meldet: Unter Vorsitz des Verwaltungschefs Steinmeister haben in diesen Tagen Beratungen in der Frage der Uebergabe der Verwaltung in polnische Hände stattgefunden, an denen seitens der Okkupationsbehörden die Abteilungschefs der Zivilverwaltung, Mitglieder des deutschen Kommissariats bei der königlich polnischen Staatsregierung und Vertreter des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern und des österreichisch-ungarischen Armeekommandos teilnahmen. Seitens der polnischen Behörden hat Ministerpräsident Steczkowski während der ganzen Dauer der Beratungen teilgenommen; die einzelnen Minister mit den Referenten waren nur bei den Beratungen über ihre Ressorts zugegen.

Wie eine Veröffentlichung der Presseabteilung beim polnischen Ministerpräsidium besagt, bildeten den Gegenstand der Erörterung Fragen, die zu dem Ministerium des Innern, der Finanzen der Landwirtschaft, der öffentlichen Gesundheitspflege, sozialen Fürsorge und Arbeiterschutz und dem Ministerium für Handel und Industrie gehören, sowie Fragen aus den Arbeitsgebieten des Ministeriums für Kultus und Unterricht und des Justizministeriums, soweit sie von der polnischen Behörde noch nicht übernommen worden sind. Den Ausgangspunkt der Beratungen bildeten Anträge bezüglich der Uebernahme der Verwaltung, die vorher vom Ministerrat genehmigt und den Okkupationsbehörden überhandt worden waren. Das Ergebnis der Beratungen war: Gewisse Zweige der Verwaltung werden den polnischen Behörden gleich nach Erledigung der Genehmigung der Zentralbehörden der Okkupationsmächte in Berlin und Wien übergeben werden können, andere Zweige, die sich grundsätzlich schon jetzt zur Ueberweisung eignen, bedürfen einer Besprechung der Einzelheiten, welche in besonderen Kommissionsberatungen erfolgen sollen, während andere erst mit dem Augenblick der Uebernahme

*Der gesamten Verwaltung darf die
gehörigen Beförden übergeben werden
können.*

Eine Ansprache des Papstes über den Frieden.

Rom, 10. Mai.

Das *Motu proprio* des Papstes hat folgenden Wortlaut:

Bald wird das vierte Jahr zu Ende gehen, seitdem wir kurz nach Beginn des europäischen Weltbrandes unter Jagen die Bürde des Pontifikats auf uns nahmen. Diese ganze Zeit über wuchsen die Schrecken des Krieges ständig, statt abzunehmen. Nicht einen Augenblick hörten die Leiden unseres väterlichen Herzens angefaßt der Schrecklichen und sich häufenden Uebel auf. Wir empfanden in der Tat in der tragischen Folge der Ereignisse nicht nur den Schmerz der ganzen Welt, so daß wir mit dem heiligen Paulus sagen können: „*Quis infirmatur et ego non infirmor? Quis scandalizatur et ego non uror?*“ (Wer ist schwach, und ich werde nicht schwach? Wer wird geärgert, und ich brenne nicht?) sondern wir unterließen gleichzeitig nichts, was zu tun irgendwie möglich war, und gehorchten so den Forderungen unserer apostolischen Pflicht wie auch der christlichen Charitas.

Nunmehr gleicht unsere Lage vollkommen derjenigen des Königs Josaphat, als er in der größten Not ausrief: „Herr, Gott unserer Väter, du bist der Gott des Himmels und der Herr aller Königreiche und aller Nationen, die Kraft und die Macht ruhen in deinen Händen und niemand kann dir widerstehen. In unseren Nöten erheben wir unsere Stimme zu dir, du wirst uns erhören und du wirst uns erretten. O Gott, du bist unsere letzte Zuflucht.“ Deshalb übergeben wir uns in die Hände Gottes, der die Herzen der Menschen und den Lauf der Ereignisse lenkt. Nur von ihm erwarten wir das Ende der schrecklichen Geißel. Er wird der zerrütteten Welt seinen Frieden geben und so unter den Menschen die Herrschaft der Liebe und der Gerechtigkeit wieder herstellen.

Zunächst und vor allem aber müssen wir den Grimm Gottes besänftigen, der durch eine so große Verderbtheit und durch so viele Fehler beleidigt worden ist. Ein demütiges und flehendes Gebet wird unter diesen Umständen von großer Wirkung sein, sofern es mit Ausdauer und Vertrauen verrichtet wird. Aber das heilige Opfer der Messe ist noch wirksamer, um sich die göttliche Gnade geneigt zu machen, denn es bringt dem himmlischen Vater jenen als Opfer dar, der sich selbst für die Erlösung aller dahingab und der ewig lebt, um für uns einzutreten. Es ist ein gutes Recht der Kirche, allen Seelenhüten vorzuschreiben, die Messe an bestimmten Tagen für die Bedürfnisse des christlichen Volkes zu feiern. In diesen besonderen Tagen will die Kirche, diese Mutter des Mitleids, die göttliche Barmherzigkeit für die Nöte ihrer Kinder anrufen.

Was aber ist jetzt nötiger, als daß Ruhe und wahre Brüderlichkeit wieder unter den Völkern zu herrschen beginnen? Deshalb erscheint es uns als äußerst wichtig, alle Priester zu ermahnen, gleichzeitig mit uns die Messe in dieser feierlichen Weise zu feiern. So befehlen wir durch dieses *Motu proprio*, daß am 29. Juni, am Feste der Heiligen Peter und Paul, der Beschützer der Christenheit, alle Priester die Messe für das Volk darbringen und das heilige Opfer in der erwähnten Absicht feiern sollen. Alle Priester des Regular- und Säkularklerus mögen wissen, daß sie etwas tun, was uns sehr angenehm ist, wenn sie an diesem Tage bei der Darbringung des heiligen Opfers ihre Absichten mit den unseren vereinigen.

So wird das katholische Priestertum der ganzen Welt in Einheit mit dem Papst auf allen Altären der Erde das Opfer der Versöhnung und der Liebe darbringen und so dem göttlichen Herzen Gewalt antun. So wird sich meine Hoffnung stärken, die Erfüllung des Wunsches Davids zu sehen, der auch der Wunsch und das Sehnen der Völker ist: „*Justitia et pax osculatae sunt.*“ (Gerechtigkeit und Friede küssen sich.)

Ausbau und Vertiefung des Bündnisses.

Ämtliche Mitteilung über das Ergebnis der
Kaiserreise.

Wien, 13. Mai.

Ämtlich wird mitgeteilt:

Se. k. u. k. Apostolische Majestät hat am 12. Mai Sr. Majestät dem Deutschen Kaiser im Großen Hauptquartier einen Besuch abgestattet.

In der Begleitung Kaiser Karls befanden sich außer dem persönlichen Gefolge des Kaisers: der Minister des Aeußern Graf Burian, der Chef des Generalstabes Freiherr v. Arz und der k. u. k. Botschafter in Berlin Prinz zu Hohenlohe.

Von deutscher Seite nahmen an der Begegnung teil: Der Reichskanzler, Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General Ludendorff, Staatssekretär Doktor v. Kühlmann und der deutsche Botschafter in Wien Graf Bedel.

Zwischen den hohen Verbündeten und ihren Ratgebern fand eine herzliche Aussprache und eine eingehende Erörterung aller grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und militärischer Fragen statt, die das gegenwärtige und zukünftige Verhältnis zwischen den beiden Monarchien berühren.

Hiebei ergab sich volles Einvernehmen in allen diesen Fragen und der Entschluß, das bestehende Bundesverhältnis auszubauen und zu vertiefen.

Die Richtlinien der in Aussicht genommenen vertragsmäßigen Abmachungen stehen bereits grundsätzlich fest.

In dem Gange der Besprechungen trat in erfreulicher Weise zutage, wie hoch von beiden Seiten das nunmehr auch im Verteidigungskrieg so glorreich erprobte, langjährige, enge Bündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche bewertet wird.

Ergebnis der Beratungen im Hauptquartier. Fortsetzung der Besprechungen in Berlin.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 14. Mai.

Die Staatsmänner, die an der Zusammenkunft der beiden Kaiser teilgenommen haben, sind nach Berlin zurückgekehrt.

Wie Ihr Korrespondent erfährt, sind sie alle von den Eindrücken, die sie empfangen haben, und von dem Ergebnis der im Hauptquartier abgehaltenen Beratungen auf das höchste befriedigt. Das Beisammensein der beiden Monarchen trug einen ungemein herzlichen Charakter.

Grundsätzliche Vereinbarungen von größter Bedeutung für das zukünftige Verhältnis der beiden verbündeten Reiche sind in den allgemeinen Bügen festgelegt worden. Die Durchberatung der Fragen im einzelnen bleibt den Besprechungen der leitenden Staatsmänner vorbehalten, die schon in kurzer Zeit stattfinden werden.

Kaiser Karl begibt sich, wie bekannt, jetzt nach Sofia. Sobald er von dieser Reise zurückgekehrt sein wird, wird wahrscheinlich in den ersten Tagen des Juni Graf Burian nach Berlin kommen, um die im Hauptquartier begonnenen Besprechungen fortzusetzen.

14. IV. 1918

Die russische Kaiserin-Witwe und drei Großfürsten in deutscher Gewalt.

Berlin, 13. Mai.

Die Kaiserin-Witwe von Rußland, die Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, Peter Nikolajewitsch und Alexander Michailowitsch sind auf dem Gute Djulbar südlich von Zalta auf der Krim in deutsche Gewalt gefallen. Sie waren bisher von 25 Matrosen bewacht und völlig von der Außenwelt abgeschnitten.

Ein erfundener zweiter Brief Kaiser Karls. Neuerliches Nachwerk der Entente.

Rotterdam, 11. Mai.

Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian“ meldet: Der zweite Brief des Kaisers Karl ist anscheinend wichtiger als der erste. Der Kaiser erklärte sich im zweiten Briefe überzeugt, daß er Deutschland bewegen könne, Frieden zu schließen unter der Bedingung, daß die Alliierten ihre territorialen Forderungen auf Elzäs-Lothringen beschränken. Besetzte Gebiete sollten selbstredend geräumt und die Unabhängigkeit und Souveränität Belgiens wieder hergestellt werden. Der Kaiser sagt, er habe sich bereits der Zustimmung Bulgariens versichert. Der Kaiser ersuchte, den privaten Charakter des Briefes durchaus zu achten. Die französische Regierung habe übrigens auf Ehrenwort erklärt, ihn nicht verraten zu wollen.

Poincaré pfug während der Verhandlungen vor, daß die Monarchie im Tausch gegen Schlesien Triest und Trentino an Italien abtreten sollte. Aber Kaiser Karl antwortete, daß ein sehr wichtiges Bedenken dagegen bestehe, nämlich die Monarchie Trentino besetzt halte, daß aber Frankreich Schlesien nicht besetzt habe. Ribot antwortete auf die ihm durch den Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten vorgelegten Fragen, daß er zu wählen hatte zwischen der Ablehnung des Vorschlages der Monarchie und dem Bruche mit Italien. Ribot gestand, daß Lloyd-George erst nach langem Zögern der von Sonnino gewünschten ablehnenden Antwort bestimmte. Lloyd-George hat also angeblich mehrmals die Wichtigkeit der österreichischen Vorschläge hervorgehoben und den Wunsch beantwortet, eine so schöne Gelegenheit, um Frieden zu schließen, nicht passieren zu lassen. Poincaré machte jedoch prinzipiell Einwendung gegen alle Friedensverhandlungen und behauptete, daß der Krieg nur mittels völligen militärischen Sieges der Entente beendet werden könnte.

Der Korrespondent vom „Guardian“ teilt weiterhin mit, daß im vorigen Sommer abermals Vorschläge gemacht worden seien, und zwar an Briand. Der Korrespondent widerlegt die frühere Mitteilung, derzufolge Ribot alle Alliierten über die Briefe des Kaisers Karl zu Rate gezogen habe. Die russische und die amerikanische Regierung seien erst informiert worden, nachdem die Vorschläge abgelehnt waren.

Wie das Telegraphen-Korrespondenz-Bureau von zuständiger Stelle erfährt, existiert der im vorstehenden Artikel wiedergegebene angebliche Brief des Kaisers nicht und muß als ein neuerliches Nachwerk der Entente bezeichnet werden.

Eine Friedensrede Lansdownes. Gegen die Politik Lloyd-Georges.

Bern, 13. Mai.

Bei der Oberhausdebatte am 8. Mai über die von Denbigh eingebrachte und von Lord Berezford unterstützte Resolution, welche die Regierung zu energischen Maßnahmen gegen pazifistische Umtriebe ermächtigt und gemäß den Ausführungen Denbighs und Berezfords einer entschiedenen Absage gegen jede Form eines Verhandlungsfriedens gleichkommt, hielt Lord Lansdowne eine bemerkenswerte Rede. Er führte aus:

Der Zweck der Resolution sei offenbar die Herbeiführung eines Tadelvotums gegen die Leute, die nach Denbighs Behauptung den Kapitulationsfrieden befürworten. Ob es solche Leute gebe, sei ihm (Lansdowne) nicht bekannt, aber er verwahre sich dagegen, daß mit ihnen die Befürworter eines Verständigungsfriedens in einen Topf geworfen werden. Scheinbar gelte Denbighs Tadel auch ihm. Er betone daher, daß sich seine Teilnahme an der Friedensbewegung auf die bekannten Briefe an die Presse beschränkt habe. An den unlängst in Verbindung mit der Friedensfrage abgehaltenen Versammlungen habe er nicht teilgenommen. Mit dieser Feststellung wünsche er sich indes keineswegs von Beauchamp und den anderen, die mit ihm zusammengearbeitet haben, abzusondern. Diese Männer besäßen seines Erachtens viel klares Verständnis für die Realitäten und verdienen Anerkennung für die Zurückhaltung, die sie beobachteten, denn sie hätten, wenn sie gewollt, unschwer gefüllte Häuser haben können, wünschen aber alles zu vermeiden, was während der großen Offensiva den Eindruck einer unehrigen Heimfront machen könnte.

Was seine (Lansdownes) Briefe an die Presse angehe, so habe er von ihrem Inhalt nichts zurückzunehmen und für nichts um Vergebung zu bitten. Sie enthielten sein Glaubensbekenntnis. Der Hauptartikel von Denbighs Glaubensbekenntnis sei offenbar, daß kein Verhandlungsfriede geschlossen werden dürfe; wie aber erwartete der edle Lord, daß es jemals zum Frieden kommen wird? Hoffte er, daß der Friede vom Himmel fallen wird? Nach Denbighs Ansicht gibt es anscheinend nur einen Weg zum Frieden, nämlich durch das, was man landläufig den Knockout-blow nennt. Aber der Lord und seine Freunde haben niemals verraten, wie weit und zu welchem Preis dieser Knockout-blow geführt werden soll. Inzwischen jedoch dauert der Krieg an und fordert einen schweren Toll von den Söhnen des Landes. Aber Denbigh und seine Gesinnungsgenossen sind nicht nur Gegner eines Verhandlungsfriedens, sondern gehen so weit, alle, die zu verhandeln wünschen, vom Schauplatz der Politik zu verjagen. Wenn irgendetwas von Friedensverhandlungen verlautet, geben sie diese Friedensoffensive als Friedensfalle aus. Jede Annäherung wird niedergeschlagen, ehe sie noch versucht wird. Diese Taktik erscheint ihm unverständlich.

Ein anderer Glaubensartikel Denbighs sei, daß er jeden Frieden mit einem, wie er es nennt, ungezügigten Deutschland ablehnt. Was denkt sich Denbigh hierbei? Gesezt, es wäre im vorigen Herbst durch Verhandlungen ein Friede mit Deutschland zustande gekommen. Was wäre dann die Lage Deutschlands gewesen? Seine ursprünglichen Pläne wären bei einer Verlustliste von 5 Millionen vereitelt gewesen. Frankreich und Belgien wären geräumt und andere strittige Gebietsfragen gemäß einem, wie er höre, von der englischen Regierung begünstigten Vorschlag einer Friedenskonferenz unterbreitet worden, die sich allmählich in einen internationalen Rat zur Regelung künftiger Streitigkeiten hätte erweitern sollen. Könnte man sagen, daß ein unter Bedingungen dieser Art zustandegemommener Friede ein Friede mit einem ungezügigten Deutschland sei?

Man heiße es, daß die Erörterung dieser Fragen den Feind ermutige. Aber der Feind sei häufig durch Äußerungen britischer Kabinettsmitglieder ermutigt worden. Er (Lansdowne) halte das für irrelevant, da die Hauptsache sei, daß man sich die Wirklichkeiten in der Lage vergegenwärtige. Eine denselben aber sei, daß ein wachsender Teil der höchst beachtenswerten öffentlichen Meinung den ersten Wunsch hege, daß nichts unverjagt gelassen werde, einen jähren, ehrenvollen Frieden durch Verhandlungen herbeizuführen.

Im übrigen erinnere er an das, was Wilson noch in einer seiner letzten Reden zur Frage eines Verhandlungsfriedens gesagt habe, nämlich: „Persönlich bin ich auch jetzt noch bereit, einen gerechten, ehrlichen Frieden zu erörtern, wann immer er aufrichtig vorgeschlagen wird.“ Niemand werde bezweifeln, daß dieser Ausdruck gesund und gerecht sei. Wie aber könne man feststellen, daß ein Friedensvorschlag ehrlich gemacht wird, wenn man ihn nicht in der üblichen Weise erörtern und prüfen könne?

Einen Vorbehalt müsse Redner freilich machen. Er gebe zu, daß es augenblicklich, solange der Titanenkampf an der Westfront tobe, eitel sei, nach Gelegenheiten für eine Erörterung von Friedensbedingungen auszublicken oder überhaupt daran zu denken. Aber er erjuche Denbigh, sich reiflich zu überlegen, ehe er das englische Volk in eine seines Erachtens sehr gefährliche Stimmung treibe. Wenn es, tief der Redner aus, vernünftigen Leuten nicht mehr gestattet sein soll, den Mund aufzutun, ohne daß sie Verräter gescholten werden, wenn, sobald Deutschland vom Frieden spricht, hier gesagt wird, daß sei bloßes Gewimmern, wenn, sobald wir vom Frieden sprechen, uns gesagt wird, wir handeln treulos am Vaterland und seien bereit, seine Heere zu opfern und dem Krieg vorzeitig ein Ende zu setzen, dann würde ich an diesem Lande verzweifeln. Es ist angebracht, daß das Volk gelegentlich rot sieht, aber ich hoffe, es wird niemals so rot sehen, daß es jede Erwägung der Menschlichkeit, des Mitleids und des gesunden Menschenverstandes beiseite wirft.

Lord Curzon antwortete Lansdowne gänzlich abweisend. Er wolle Lansdownes Ansichten über den Frieden, insbesondere die berühmten Briefe an die Presse, bei denen ihm der Zeitpunkt der Veröffentlichung noch mehr mißfallen habe als der Inhalt, nicht näher erörtern. Lansdownes Frage, wie man denn zum Frieden gelangen wolle, wenn nicht durch Verhandlungen, sei eine Binsenwahrheit. Selbstredend würden jedem Friedensschluß Verhandlungen vorausgehen müssen, aber wenn Lansdowne behaupte, die Präliminarien seien, noch ehe sie gemacht wurden, abgewiesen worden, so vermöge Redner in seiner Erinnerung der letzten Jahre keine historische Grundlage für diese Behauptung zu finden.

14. IV. 1918

Die Zarin-Mutter und Großfürst Nikolaus Nikolajewitsch in deutscher Hand.

B. Berlin, 13. Mai. Die Kaiserin-Witwe von Rußland, die Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, Peter Nikolajewitsch und Alexander Michailowitsch sind auf dem Gute Djulbar südlich von Jalta auf der Krim in deutsche Gewalt gefallen. Sie waren bisher von 25 Matrosen bewacht und völlig von der Außenwelt abgeschnitten.

(Kaiserin-Witwe Maria Feodorowna, geborne Prinzessin Dagmar von Dänemark, ist bekanntlich eine Schwester der Königin-Mutter Alexandra von Großbritannien und der Herzogin Thyra von Cumberland.)

Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, der seinerzeitige russische Generalissimus, der von Kriegsbeginn bis September 1915 den Oberbefehl über die russischen Streikräfte führte, nach der katastrophalen Niederlage im Frühjahr und Sommer 1915 abgesetzt und als Bizekönig nach dem Kaukasus geschickt wurde, ist mit der zweiten Tochter des Königs Nikolaus von Montenegro, Prinzessin Anastasia, verheiratet, während sein Bruder Großfürst Peter Nikolajewitsch sich mit der ältesten Tochter Nikitas, der Prinzessin Milica, vermählt. Die beiden montenegrinischen Prinzessinnen haben wie ihre Gatten in der Petersburger Kriegspartei eine große Rolle gespielt.

Großfürst Alexander Michailowitsch ist mit Großfürstin Xenia Alexandrowna, einer Schwester des Czaren, vermählt. Er ist ein Cousin der Großfürsten Nikolai und Peter.)

Der zweite gefälschte Brief König Karls.

Rotterdam, 12. Mai.

Der Pariser Korrespondent des Manchester Guardian meldet:

Der zweite Brief des Kaisers Karl ist anscheinend wichtiger als der erste. Der Kaiser erklärt sich in dem zweiten Briefe überzeugt, daß er Deutschland bewegen könne, Frieden zu schließen unter der Bedingung, daß die Alliierten ihre territorialen Forderungen auf Elfaß-Lothringen beschränken. Die besetzten Gebiete sollten selbstredend geräumt und die Unabhängigkeit der Souveränität Belgiens wiederhergestellt werden. Der Kaiser erklärt, er habe sich bereits Bulgariens versichert. Ferner ersucht er, den privaten Charakter des Briefes durchaus zu achten. Die französische Regierung hat übrigens auf Ehrenwort erklärt, ihn nicht verraten zu wollen. Poincaré schlug während der Verhandlungen vor, daß die Monarchie im Tausch gegen Schlesien Triest und Trentino an Italien abtrete. Kaiser Karl antwortete, daß ein sehr wichtiges Bedenken dagegen bestehe, da die Monarchie nämlich Trentino besetzt halte, Frankreich aber Schlesien nicht besetzt habe. Ribot antwortete auf die ihm durch den Ausschuß für Auswärtiges vorgelegten Fragen, daß man zu wählen hätte zwischen der Ablehnung der Vorschläge der Monarchie und dem Bruch mit Italien. Ribot gestand, daß Lloyd George erst nach langem Zögern die

von Sonnino gewünschte ablehnende Antwort bestätigte. Lloyd George hat also angeblich mehrere Male die Wichtigkeit der österreichischen Vorschläge hervorgehoben und den Wunsch befürwortet, eine so schöne Gelegenheit, Frieden zu schließen, nicht passieren zu lassen. Poincaré machte jedoch prinzipielle Einwendungen gegen alle Friedensverhandlungen und behauptete, daß der Krieg nur mittels eines völligen militärischen Sieges der Alliierten beendet werden könne. Der Korrespondent des Manchester Guardian teilt weiterhin mit, daß im vorigen Sommer abermals Vorschläge gemacht wurden, und zwar an Briand. Der Korrespondent widerruft die frühere Mitteilung, bezufolge Ribot alle Alliierten über den Brief des Kaisers Karl zu Rate gezogen habe. Die russische und die amerikanische Regierung seien erst informiert worden, nachdem die Vorschläge abgelehnt waren.

Wie das Ung. Tel.-Korr.-Bureau von zuständiger Stelle erfährt, existiert der oben wieder gegebene angebliche Brief Sr. Majestät nicht und muß als neuerliches Nachwerk der Entente bezeichnet werden.

Zum zweiten Kaiserbrief.

(Prahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.)

Haag, 15. April. Der Pariser Berichterstatter des „Manchester Guardian“ drahtet unter dem 5. Mai verspätet aus Paris: Die Antwort Poincarés auf dem ersten Brief Kaiser Karls wurde dem Prinzen Sigis nicht schriftlich, sondern in einer mündlichen Unterredung erteilt. Poincaré schrieb einen Brief an Ribot, in dem er die Forderungen Frankreichs aufstellte. Dieser Brief befindet sich bei den Akten. Der Berichterstatter des „Manchester Guardian“ hat ihn nicht gesehen, aber er teilt ziemlich wörtlich die wichtigsten Stellen daraus mit. Da heißt es: Prinz Sigis wurde beauftragt, dem Kaiser hinsichtlich der Erklärung des Reichskanzlers über Elsaß-Lothringen mitzuteilen, daß es für Frankreich keine Frage über Elsaß-Lothringen von 1870 gibt. Was Frankreich fordere, ist das Elsaß-Lothringen von 1814 und 1790 mit dem Saartal, also Zurückerstattung, Wiederherstellung, Vergütung und weitere Bürgschaften auf dem linken Rheinufer.

Haag, 15. Mai. Der Pariser Berichterstatter des „Manchester Guardian“ drahtet zum Kaiserbrief noch folgendes: Prinz Sigis sagte, indem er auf Geheim-

haltung drängte, daß Enthüllungen über diese Angelegenheit das Leben des Kaisers gefährden könnten und Oesterreich immer mehr unter die deutsche Herrschaft bringen würden. Prinz Sigis besuchte zweimal England. Lloyd George hatte Poincaré gegenüber eine abweichende Meinung über die österreichischen Anträge, aber schließlich beruhigte er sich, als Sonnino sich entschieden einem Abkommen mit Oesterreich widersetzte. Nach seinem Besuch in England kehrte Sigis nach der Schweiz zurück und berichtete dem Kaiser Karl optimistisch über die Verhandlungen, hauptsächlich wegen der günstigen Aufnahme, welche den Anträgen in England bereitet worden war.

Der Kaiser schrieb ihm dann den zweiten Brief, in dem er seine Freude erklärte, daß eine soweitgehende Uebereinstimmung zwischen ihm selbst und der französischen und englischen Regierung bestand. Er äußerte wieder seine Ueberzeugung, daß, wenn nur die Verbündeten annehmbare Bedingungen stellen würden, er Deutschland veranlassen werde, sie anzunehmen, daß er aber andernfalls jene Forderungen für sich annehmen würde, und sicher sein könne, hierbei von seiner ganzen Monarchie unterstützt zu werden. Diese Forderung der Verbündeten dürste jedoch nicht die Grenze von 1871 überschreiten.

Der Berichterstatter teilt weitere Einzelheiten über die Besprechungen im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten mit. Briand sagte, er r. je die Art und Weise, mit der Poincaré und Ribot die österreichischen Anträge behandelt hätten. Weiter kritisierte er, daß Clemenceau den Brief veröffentlicht habe. Nach Erklärungen von Sembat hielt Clemenceau eine heftige Rede, in der er ausführte, er dulde keinen Widerspruch. Von Sembats Rede an gibt es Lücken in den Akten.

Depeschenwechsel zwischen Kaiser Karl und Kaiser Wilhelm.

Volle Uebereinstimmung in den leitenden Zielen.

Wien, 14. Mai.

Kaiser Karl hat an Kaiser Wilhelm folgendes Telegramm gerichtet:

„In dem Augenblicke, da Ich auf der Heimkehr den gesegneten Boden des Deutschen Reiches verlasse, ist es Mir ein wahres Herzensbedürfnis, Dir mit nochmaligem wärmsten Gruß den herzlichsten Dank für die nicht nur so gütige, sondern auch wahrhaft freundschaftliche Aufnahme auszusprechen, die Ich gestern bei Dir gefunden habe. Hochbefriedigt über unsere einverständliche Aussprache rufe Ich Dir vom Herzen und in treuer Freundschaft: Auf baldiges Wiedersehen! zu. Karl.“

Hierauf hat Kaiser Wilhelm mit nachstehender Depesche geantwortet:

„Vielen Dank für Dein freundliches Telegramm. Ich freue mich herzlich, daß Du von Deinem hiesigen Besuch so befriedigt bist. Auch mir war es eine große Freude, Dich gesehen und in unseren eingehenden Besprechungen aufs neue unsere volle Uebereinstimmung über die uns leitenden Ziele festgestellt zu haben. Ihre Verwirklichung wird unseren Reichen großen Segen bringen. Ich hoffe bald in der Lage zu sein, Deiner gütigen Aufforderung nachzukommen. Herzliche Grüße Rita und Dir. In treuer Freundschaft Wilhelm.“

Es wird helle.

Die Mitteilungen der „Reichspost“ über die „Kaiserbrief“-Angelegenheit vom „Fremdenblatt“ bestätigt.

Bereits in der Nachmittagsausgabe der „Reichspost“ vom 20. April war es in einem Nachwort zum Wechsel im Auswärtigen Amte beklagt worden, daß in diesem Falle „der amtliche Aufklärungsdienst auf der ganzen Linie versagt habe“, so daß die von der Nachricht gänzlich überrumpelte, von keiner Seite befriedigend aufgeklärte Bevölkerung mit patriotischer Sorge an gewisse Zusammenhänge glaubte. „Ein wertvoller Schatz von Imponderabilien“, hieß es in jenem Aufsätze, „ist in seinen Krisentagen verwirtschaftet worden; die Verantwortung trifft diejenigen, zu deren Amtspflichten es gehört hätte, die Bevölkerung durch rechtzeitige Aufklärung vor Irrungen zu schützen.“ Ein Teil dieser unentbehrlichen Aufklärung wurde in dem „Reichspost“-Artikel gegeben; aber die Wiener Presse — nicht so die auswärtige — schwieg unsere Feststellungen, natürlich nicht aus eigener Eingebung, tot. Inzwischen fraß das beklagte Uebel, von niemandem gestört, in der öffentlichen Meinung weiter. Alles schien den törichtsten Gerüchten zum Opfer zu fallen, die weitesten Kreise wurden von einer durchaus begreiflichen, wenn auch nicht begründeten Erregung erfaßt, welche in der bekannten Aktion der Herrenhausmehrheit nicht nur ihr parlamentarische Echo, sondern auch ihre Rechtfertigung zu finden schien. Für radikale Strömungen war eine Zeit der Höchstkonjunktur gekommen, und mit beiden Ohren horchte der Masarnradikalismus hin, um ja keine Entgleisung zu verpassen und sich jede zu Nutze zu machen.

Nach wiederholten Bemühungen, die Voraussetzungen der bedauerlichen Stimmung als völlig irrig und unzutreffend aufzuzeigen, brachte die „Reichspost“ am 1. Mai „Klarstellungen“ von unterrichteter Seite, worin es zunächst gerügt wurde, daß „im Widerspruche sowohl mit dem österreichischen Herkommen als auch mit dem Wortlaute und Geiste der Verfassung aus Anlaß eines Ministerwechsels die Krone unter den Druck von Erörterungen und Aktionen gestellt werde, die geeignet erscheinen, alles Mißvergnügen gegen eine Stelle zu lenken, die als sakrosankt zu gelten hat.“ Der Artikel, der mit der Erinnerung schloß, daß es „eine Verfehrung aller Begriffe sei, eine Ministerschaft als das Bleibende zu behandeln und der Krone die Rolle des verantwortlichen Ministers zuzumuten“, sowie daß „die Verfassung verlange, daß der Minister die Krone zu decken hat, nicht umgekehrt“, übergab zugleich der Öffentlichkeit folgende wichtige Tatsachen:

„Es steht fest, daß Graf Czernin, also der verantwortliche Minister, davon unterrichtet war, daß Prinz Sixtus von Bourbon im Frühjahr 1917 mit der Herbeiführung einer Annäherung der kriegsführenden Staaten befaßt war und dies billigte.

Ja, noch mehr:

Graf Czernin war es, der diese Fühlungnahme anregte, und er war es auch, der auf den Prinzen Sixtus von Bourbon als die für diese Aufgabe geeignete Persönlichkeit hinwies und die Aktion tatsächlich leitete.

Es ist ferner, wie hiemit festgestellt sei, Tatsache, daß man auch an den zuständigen Stellen in Berlin von der Sache unterrichtet und damit einverstanden war und daß somit dort keineswegs Clemenceaus Enthüllungen, sondern höchstens seine verwegenen Textverfälschungen eine Überraschung bedeuteten.“

Diese Feststellungen riefen begreiflicherweise das größte Aufsehen hervor und machten denn auch die

Runde in der auswärtigen Presse, aber die Wiener Presse und der von ihr beherrschte Teil der Kronlands-presse schwiegen auch diese Veröffentlichung tot, natürlich auch diesmal nicht auf eigene Eingebung. Dies war um so bedauerlicher, als dadurch der in besorgniserregender Weise um sich greifenden Radikalierung des Volkes Vorschub geleistet wurde. Die „Reichspost“ hat nicht aufgehört, der verhängnisvollen Legendenbildung entgegenzuwirken, soweit sie dabei von der Zensur nicht behindert wurde.

Nun endlich, volle zwei Wochen nach den „Klarstellungen“ der „Reichspost“ und nachdem die falschen Annahmen und Gerüchte bereits eine wahrhaft verheerende Wirkung getan haben, hat man sich entschlossen, unsere Mitteilungen in den offiziellen Spalten des „Fremdenblatt“ zu bestätigen und ihnen hiedurch für die übrige Presse einen Passierschein auszustellen. An leitender Stelle schreibt nämlich das heutige „Fremdenblatt“ in einem Artikel, dessen amtliche Herkunft ohne weiteres erkennbar ist, zum „Rücktritt des Grafen Czernin, der sich auch ohne den Sensationsstreich des französischen Ministerpräsidenten vollzogen hätte“, folgendes:

Für uns ist es aber jetzt, da die Tatsachen so vielen Behauptungen und Vermutungen das Lebenslicht ausgeblasen haben, an der Zeit, auch mit den Gerüchten aufzuräumen, die den Rücktritt des Grafen Czernin damit erklären wollen, daß er über eine für die äußere Politik so wichtige Aktion, wie die im Frühjahr 1917 eingeleitete Fühlungnahme mit Frankreich, nicht unterrichtet worden sei und die Verantwortung für eine solche nicht tragen wolle. Die Haltlosigkeit dieser Gerüchte geht schon aus der Erklärung des Grafen Czernin vom 7. April hervor. Als nämlich in dem Communiqué des französischen Ministerpräsidenten vom 6. April, in dem von der Zusammenkunft des Grafen Reverteas mit Major Armand im August 1917 und des Botschafters Grafen Mensdorff mit General Smuts die Rede war, die Frage aufgeworfen wurde: „Könnte sich Graf Czernin nicht an einen andern Versuch der gleichen Art erinnern, welcher nur zwei Monate vor der Unterredung Reverteas durch eine im Range weit über ihm stehende Persönlichkeit in Paris und London gemacht worden ist?“ erwiderte Graf Czernin: „Wenn Herr Clemenceau den 1. und 2. Minister des Außern fragt, ob er sich erinnert, daß zwei Monate vor der Unternehmung Reverteas — also vor etwa Jahresfrist — ein Versuch oder gleiches Art durch eine im Range weit über ihm stehende Persönlichkeit gemacht worden sei, so nimmt Graf Czernin keinen Anstand, dies zu bejahen, wobei der Vollständigkeit und vollen Korrektheit halber noch beizufügen ist, daß dieser Versuch gleichfalls zu keinem Ergebnisse geführt hat.“ Diese Erklärung, aus der genau zu entnehmen war, daß Graf Czernin sich der Mission des Prinzen „erinnerte“, von ihr also wußte und nicht etwa erst später von ihr erfuhr, ist in den bewegten Apriltagen offenbar überlesen worden. Sie wies auf die Tatsache, daß Graf Czernin diese Aktion angeregt, geführt und an ihr mit seinem verantwortlichen Rat mitgewirkt hat.

Sein Rücktritt erklärt sich — wie bereits früher wiederholt betont worden ist — mit Verschiedenheiten in den Auffassungen über andere Fragen, die zwischen der Krone und dem Minister bestanden und die auf längere Zeit zurückreichen.

Wenn der offiziöse Aufsatz schließlich betont, daß „Menschen, deren Blick in die Tiefe dringt, ohne sich durch Gerüchte und Leidenschaften beirren zu lassen, die Dinge nie anders angesehen haben, als sie hier rückschauend dargestellt sind“, so darf die „Reichspost“ von diesem Urteil zweifellos befriedigter sein als etwa — das „Fremdenblatt“.

Am 12. Mai schrieb die „Reichspost“ in dem Leitartikel „Deutschösterreichs Stimme“, der sich abermals mit der Beunruhigung der deutschen Bevölkerung Oesterreichs beschäftigte: „Es gibt gar keine dringendere Aufgabe, als durch weithin sichtbare Taten dieses Vertrauen wieder zu gewinnen.“ Diese weithin sichtbare Tat ist Ereignis geworden. Die Verlautbarungen über das Ergebnis der Kaiserzusammenkunft im deutschen Großen Hauptquartier sowie der in jedem Worte aufschlußreiche, das kostbare Ergebnis der Aussprache bestätigende Telegrammwechsel zwischen den verbündeten Monarchen bieten der Bevölkerung mehr an Auf-

klärung über den wirklichen Stand der Dinge und über die Vorgeschichte, als es die weitläufigsten Darlegungen zu tun vermöchten. Wo der umflorte Blick Schatten und Nebel sehen wollte, war Helle und Sonnenstrahl.

Kaiser Franz Josef über den Kriegsausbruch.

Stockholm, 15. Mai. (Privattelegramm.) Der frühere russische Botschafter in Wien Giers, der hier angekommen ist, teilte folgendes mit: „Anlässlich der Abschiedsaudienz sagte mir Kaiser Franz Josef: Die Ernennung Ihres Nachfolgers Schebeko bedeutet den Krieg, der längstens nach sechs Monaten durch Rußlands Schuld aus-

brechen muß. Mit dieser Ernennung offenbart Rußland seine wahren panslawistischen Absichten. Kaiser Franz Josef behielt recht. Schebeko wurde der größte Organisator der hochverräterischen Umtriebe. In Galizien und insbesondere in Lemberg errichtete er eine Spionagezentrale.“

Giers bürgt für die Wahrheit seiner Mitteilungen.

Polen — und Nicht-Polen.

Von
Dr. S. Breslauer.

(Schluß.)

Auch unter dem Deutschtum im Königreich Polen fehlt es leider nicht an Meinungsverschiedenheiten, wenn auch nicht so tiefgreifender Art wie bei den Juden, von denen im vorigen Artikel die Rede war. Wenden wir uns von Warschau nach Lodz, so haben wir dort Gelegenheit, es in seinen künftigen Vertretern kennen zu lernen. Wohl haben sie gleich den Juden assimilatorische Tendenzen zu beklagen, die sich namentlich im evangelischen Kirchenwesen bemerkbar gemacht haben, und der Mangel an Einigkeit in nationalen und kommunalpolitischen Fragen bildet ein arges Hindernis in der wirksamen Wahrnehmung deutscher Interessen. Aber in Lodz weiß man ein gutes Mittel gegen jegliche Art von Entmutigung: das ist die Arbeit. Man schreit nicht nach staatlicher Hilfe, wo doch kaum auf sie zu rechnen ist, und man verlangt und erwartet nicht von der deutschen Verwaltung Beistand in allen Bedrängnissen, die einer nationalen Minderheit auf fremdem Boden zufließen können. Sondern man versucht es seit mehr als Jahresfrist mit dem gut-deutschen Mittel der Selbsthilfe und des Selbstschutzes, und siehe da: es geht! Der Deutsche Verein von Lodz und Umgegend hat bereits nahezu 20 000 Mitglieder um seine Fahne geschart. Die Behre haben sich zu einem Landesverband zusammengeschlossen, die Gründung deutscher Bauerngenossenschaften macht, kaum begonnen, erfreuliche Fortschritte, und eben in diesen Tagen ist eine Deutsche Genossenschaftsbank gegründet worden, von der man sich eine recht ersprießliche Tätigkeit zum Besten des deutschen Siedlungswesens in Polen versprechen darf. Die reichen Erfahrungen des Mutterlandes auf diesem Gebiete werden den rührigen Vorkämpfern der Bewegung freudig zur Verfügung gestellt. Auch hier ist es gelungen, die Jugend auf die ihr eigentümliche Art für die Stärkung des Deutschtums zu gewinnen — auch hier aber wird man sich, sobald erst der polnische Staat ganz nach eigenem Belieben schalten und walten darf, mehr oder weniger auf die Gnade der polnischen Schulverwaltung angewiesen sehen, obwohl die deutsche Regierung es in diesem Falle doch nicht unterlassen hat, sich gewisse Sicherungen für die Selbstständigkeit des deutschen Schulwesens ausdrücklich auszubedingen. Trotzdem wissen unsere Landsleute sehr wohl, daß diese Sonderrechte nur dann etwas für sie zu bedeuten haben werden, wenn sie stets und unter allen Umständen zu ihrer entschlossenen Verteidigung bereit sind. Man kennt die Neigung der Polen, sich über die Rechte von Minderheiten mit souveräner Nichtachtung hinwegzusetzen, und weiß, daß man ihnen nicht durch schwächliche Nachgiebigkeit Achtung abnötigt, am allerwenigsten in Dingen, in denen sie selber außerordentlich empfindlich sind. So will man die Reiben schließen, solange es noch Zeit ist, um dann, was auch die Zukunft bringen wird, auf alle Möglichkeiten gerüstet zu sein.

Was aber die zahlreichen Männer und Frauen betrifft, die in der deutschen Verwaltung mit den Landesbewohnern zu tun haben, so muß man wohl sagen, daß sie es allenfalls nur zu korrekten Beziehungen zu den Polen zu bringen vermochten. Eine Okkupation ist immer eine mißliche Sache, zumal gegenüber einem alten Kulturvolk das sich, kaum daß die deutschen Waffen es von der Jarenherrschaft befreit hatten, sichtlich einer allseitigen Umschmeichelung ausgesetzt sah. Dem polnischen Drängen nach baldigster Veenbipung der deutschen Vesehung stehen die Kenner des Landes mit kühler Gelassenheit gegenüber. Sie haben schon mehr als einen Polen im stillen sagen gehört, daß dem Königreiche kein größerer Unalück widerfahren könnte, als wenn es jetzt nach den ungeduldrigen Wünschen der programmäßig dazu verpflichteten Politiker von der deutschen Verwaltung im Stich gelassen würde. Den Markt beherrichen aber natürlich die anderen, die öffentlich Wasser predigen, und wenn erst wirklich ernst gemacht wird mit der Uebergabe der Verwaltung, dann dürften sich die

Polen sehr bald davon überzeugen, wie groß mittlerweile die Sehnsucht der deutschen Beamten und Offiziere nach ihrer schönen Heimat geworden ist. Dann werden sie sich ihre Helfer in noch ungleich größerem Umfang als bisher schon aus Galizien verschreiben müssen, während die preußischen Polen nach wie vor wenig Neigung verspüren dürften, über die schwarz-weiß-cote Grenze hinüberzugehen — sie müssen wohl wissen, warum. Was aus den von uns mühsam aufgebauten Grundlagen des Polenstaates werden mag, braucht dann nicht mehr unsere Sorge zu sein; unsere Beamten werden sich gern daren finden, die Polen nicht mehr allzu lange mit ihrer Fürsorge zu belästigen. Wir wollen sie dann, mit den besten Wünschen für eine glückliche Zukunft, sich selbst überlassen, nachdem wir für die Sicherheit unserer neuen Ostgrenzen ausreichend gesorgt haben.

Eine gute Nachwirkung wenigstens wird die Zeit der Okkupation bei uns zurücklassen: Die Polenschwärmeret unserer Abnen darf für hoffentlich recht lange Zeit als Überwunden gelten. Unsere Feldgrauen wie unsere Beamten haben das polnische Volk jetzt aus der Nähe kennen gelernt. Gibt es da auch nichts zu hassen, so gibt es ganz gewiß doch auch nichts zu schwärmen. Die Polen haben einige Vorzüge, das soll ihnen unbenommen bleiben. Sie haben aber auch nationale Untugenden, die ein ruhiges Zusammenleben mit ihnen sehr erschweren. Möglich, daß die Freiheit, die sie ersuchen, ein guter Lehrmeister für sie sein wird. Bis das entschieden ist, werden wir gut tun, uns den Polen gegenüber nicht von geringerem Mißtrauen leiten zu lassen, als sie selber es im Umgang mit allem, was deutsch ist, für angebracht halten.

*) Vergl. den Artikel in unserer Morgenausgabe vom 14. Mai.

16. / V. 1918

133

Die neue Grenze zwischen Rumänien und Oesterreich-Ungarn.

Aus geographischen Kreisen wird uns geschrieben:

„Der Artikel XI des Friedensvertrages mit Rumänien beginnt folgendermaßen: „Rumänien ist damit einverstanden, daß seine Grenze zugunsten Oesterreich-Ungarns eine Berichtigung erfährt, dergestalt, daß die auf der anliegenden Karte mit roter Farbe eingetragene neue Grenze fortan wie folgt verläuft“:

Dann folgt die Beschreibung dieser Grenze mit einer solchen Ausführlichkeit, daß Artikel XI der weitaus längste des ganzen Abkommens wird, denn er umfaßt etwa ein Fünftel des ganzen, 31 Artikel enthaltenden Vertrages. Man sollte daher meinen, daß es nach einer so ins Einzelne gehenden Beschreibung leicht sein müsse, den Verlauf der neuen Grenze auf der Karte zu verfolgen. Dies ist aber leider nicht der Fall, wovon sich jeder sofort überzeugen kann, der diesen Versuch unternimmt.

Der Text nennt nämlich auffallenderweise nicht nur geographische, in der Natur vorhandene Objekte, wie Dörfer, Flüsse, Wege und Höhen, sondern etwa dreißigmal werden in die Karte eingedruckte Buchstaben angegeben, über welche die Grenze verlaufen soll. Es heißt z. B.: „Die neue Grenze . . . geht über Beschreibung D Milano, an der Beschreibung D Nogoos südlich vorbei, über Beschreibung D Santuleulul . . . über das U der Beschreibung Caraimanu, über das B der Beschreibung V Cerdulul . . . über das zweite A der Beschreibung Azuga . . . 2 Kilometer nordwestlich G der Beschreibung Curs Sirulul usw.“

Nun weiß jeder, der öfters mit Landkarten zu tun hat, daß die Stellen, an welchen Orts- oder Landschaftsnamen eingedruckt sind, auf den Karten ganz verschieden sein können. Abgesehen davon, daß solche Buchstaben immer einen größeren Raum einnehmen, und oft Flächen bedecken, die in der Natur viele Hektar einnehmen, kann also eine bestimmte Stelle der Erdoberfläche durch derartige Bezeichnungen überhaupt nicht eindeutig definiert werden. Zum mindesten hätte angegeben werden müssen, um welche Ausgabe welcher Karte es sich handelt. Da die Karte, wie es in dem Schlusssatz des Artikels XI heißt, „einen wesentlichen Bestandteil des Friedensvertrages bildet“, so ist zur Nachprüfung der Grenze die Einsicht in ein Exemplar dieser Karte unerlässlich. Man erfährt nicht einmal, ob es sich überhaupt um eine käufliche oder um eine zwar gedruckte, aber nicht im Handel erhältliche, oder vielleicht gar um eine Manuskriptkarte handelt. Man weiß auch nicht, welchen Maßstab die zugrunde gelegte Karte hat, und mit welcher Genauigkeit daher die einzelnen Punkte bestimmt werden können. Es entfällt somit für den nicht näher Eingeweihten jede Möglichkeit, den Weg der neuen Grenze auf der Karte zu verfolgen. Es wäre daher erwünscht, wenn endlich, nachdem eine Woche seit dem Abschluß des Friedens verstrichen ist, eine allgemein verständliche Mitteilung über den Verlauf der neuen Grenze erfolgen würde.“

Minister des Aeußern Graf Stephan Burian über das neue österreichisch-ungarisch-deutsche Bündnis.

Der „Neuen Freien Presse“ zur gleichzeitigen Veröffentlichung
freundlich überlassen.

Wien, 16. Mai.

Der Minister des Aeußern Graf Stephan Burian äußerte sich nach seiner Rückkehr aus Berlin über das Ergebnis der Beratungen im deutschen Hauptquartier zum Leiter der Wiener Redaktion des „N. F. P.“ Dr. Eugen Lazar in folgender Weise:

„Die Beratungen im Großen deutschen Hauptquartier haben zu einem vollen Einverständnis über die Grundlagen einer wesentlichen Vertiefung und Ausgestaltung des Bündnisses zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland geführt.“

Diese Ausgestaltung einer schon in langer Friedenszeit tief in das Bewußtsein der Völker eingedrungenen und in schweren Stürmen erprobten Verbindung entspricht nicht nur einer bereits geschichtlich gewordenen Notwendigkeit, sie ist nicht nur die zwingende Folgerung aus der Tatsache, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland, von einem Ring von gemeinsamen Feinden umgeben, im Innern des Ringes fest zusammenhalten mußten, um der furchtbaren Umfassung widerstehen zu können, sie entspricht auch dem Bedürfnis aller klar über unsere Zukunft denkenden und aller vaterländisch fühlenden Oesterreicher, Ungarn und Deutschen.

Oesterreich-Ungarn und Deutschland wollen das Bündnis nicht dazuerneuern und erweitern, um irgend jemanden in der Welt anzugreifen und zu unterdrücken, sondern um einander in Gegenwart und Zukunft beizustehen, wenn ihre vitalen Interessen angegriffen werden. Das neue Bündnis soll abermals ein Defensivbündnis werden, das dem Frieden — heute seiner Herbeiführung, in der Zukunft seiner Behütung — dient. Es wird der Welt zeigen, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland vereint nicht zu besiegen sind, und es wird unsere Gegner durch die Stärke unsere Friedenswillens zum Frieden befehlen.

16. V. 1918

Der Kaiserbrief.

Eine Debatte im Unterhause.

London, 16. Mai. (Meldung der Telegraphenkompanie.) Der Brief des Kaisers Karl wird wahrscheinlich heute im Unterhause den Gegenstand einer Debatte bilden.

Voraussichtlich wird Lloyd George hierüber eine Erklärung abgeben. Auch Balfour soll über denselben Gegenstand sprechen. Das Unterhaus wird dann die Pfingstferien antreten.

Deutschland und die Schweiz.

Das Wirtschaftsabkommen in letzter Stunde zurückgezogen. — Frankreich droht mit dem Wirtschaftskrieg der Entente.

B. Berlin, 16. Mai. Das Wälffische Bureau meldet: Die deutsch-schweizerischen Unterhandlungen über den Abschluß eines neuen Wirtschaftsabkommens hatten zu einer für beide Teile befriedigenden Lösung geführt. Die Bedingungen und die Annahme des Vertrages waren vom schweizerischen Bundesrat am Dienstag abends einstimmig genehmigt worden, so daß der Vertrag von den beiderseitigen Delegierten am Mittwoch den 15. d. endgiltig aufgesetzt werden konnte. Es war darin den durch die französische Kohlenofferte bereits verursachten Schwierigkeiten in der Woche Rechnung getragen, daß deutscherseits auf die Kohlenverwendungskontrolle so lange verzichtet würde, als Frankreich seine Zusage auch nur annähernd in demselben Verhältnis erfüllen würde wie Deutschland. Auf das plötzliche Dazwischentreten des französischen Geschäftsträgers ist in letzter Stunde das schon genehmigte Abkommen zurückgezogen worden. Die französische Regierung hat der Schweiz die Forderung gestellt, den Vertrag nicht zu unterzeichnen, widrigenfalls das Kohlenangebot hinfällig werden würde. Für diesen Fall hat der französische Geschäftsträger der Schweiz den Wirtschaftskrieg seitens der Entente in Aussicht gestellt. Gegenüber den unabsehbaren Folgen des von der französischen Regierung angedrohten Wirtschaftskrieges hat die Schweiz sich eine Ueberlegungsfrist bis zum 22. Mai erbitten. Damit ist vom heutigen Tage an der vertragslose Zustand zwischen Deutschland und der Schweiz eingetreten, für dessen Folgen Deutschland die Verantwortung ablehnt.

Die Wiedererrichtung der Serbenstaaten.

Budapest, 16. Mai.

In der jüngsten Delegationstagung äußerte sich Graf Czernin mit großer Vorsicht über die Friedensbewegung in Serbien. Genau unterschied er zwischen dem „Serbien in Serbien“ und dem „Serbien im Ausland“, ohne diese beiden Teile, aus denen heute das eroberte Land besteht, besonders zu nennen. Die Masse der Bevölkerung in Serbien sehnt sich gewiß nach Beendigung des gegenwärtigen Zustandes und nach Selbstverwaltung. Diese Sehnsucht vermag sich aber nicht in aktiven Friedenswillen umzusetzen, weil die Ententemächte dagegen sind, von denen wieder „Serbien im Auslande“ abhängig ist, da es bis zum ärmsten Kriegsinvaliden von den Vorschüssen und milden Gaben der englischen und französischen Regierung lebt.

Zahlenmäßig lassen sich die beiden Teile, aus denen Serbien derzeit zusammengesetzt ist, scharf umgrenzt darstellen.

Serbische Bevölkerung unter österr.-ung. Militärverwaltung	1.400.000 Einwohner
Serbische Bevölkerung unter bulgarischer Verwaltung	1.300.000 „
Kriegsgefangene und Internierte	120.000 „
	<hr/>
	2.820.000 Einwohner

Diesen Zahlen liegt im I. u. I. Militärgouvernement die Volkszählungsziffer vom Jahre 1916 zugrunde. Die außerordentlich günstige Totalsumme bezieht sich nur auf die nach dem Berliner Vertrage zu Serbien gehörenden Kreise und die drei Kreise des gewesenen Sandschaks von Novibazar.

Die ins Ausland geflüchtete serbische Bevölkerung setzt sich zusammen:

Serbische Armee vor Saloniki	40.000 Mann
Formationen im Hinterland, in Albanien und auf Korfu	20.000 „
Flüchtlingslager in Bizetia, Constantine (Algier)	30.000 „
Serben in Frankreich, der Schweiz und auf Korfu (darunter 1600 Gymnasialisten, 700 Universitätsstudenten)	20.000 „
	<hr/>
	110.000 Mann

Das sind die Serben, über die die serbische Regierung derzeit eine begrenzte Macht ausübt. Aber auch dieser Teil der Bevölkerung ist kriegsmüde, besonders die Armee, die bis in die letzte Zeit wiederholt gemeutert hat, so daß im vergangenen Jahre mehr als hundert Obersten, Oberstleutnants und Majore an der Salonikifront kassiert werden mußten.

Lange vor Beginn der deutschen Offensive war Nikola Pasic bestrebt, der Friedensströmung durch eine knifflige Taktik entgegenzuarbeiten, indem er sich den Anschein gab, als beabsichtige er in Friedensverhandlungen mit Oesterreich-Ungarn einzutreten. Formell lag dieser Absicht kein Hindernis im Wege. Serbien ist ja der einzige Staat, der zur Unterschrift des Londoner Vertrages vom Jahre 1915 nicht zugelassen wurde. Es kann also einen Sonderfrieden schließen, wann es ihm gefällt. Allein gegen den Willen der Entente vermag es trotzdem nicht zu handeln, da es von ihr finanziell total abhängig ist. Ein Sonderfriede Serbiens ist aber ohne vorherige Liquidierung der Salonikifront durch die Entente nicht möglich.

In dieser Lage wollte Pasic die Last der Verantwortung zumindest auch auf die Schultern der anderen, von den Geldern der Entente lebenden Fraktionenwälzen. Er strebte daher die Bildung eines Koalitionskabinetts mit den Jungradikalen und Fortschrittler an. Die Grundlage dafür hoffte er durch den Pakt von Korfu vom Mai 1917 geschaffen zu haben, in dem sich alle im Exil lebenden Parteiführer auf das südslawische Programm: Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns usw., festlegten. Als es aber anläßlich der Frühlingstagung der Slupstina zur Bildung des Koalitionskabinetts kommen sollte, verweigerten die Fraktionsführer den Eintritt in das Kabinett Pasic. Das ist die gegenwärtige Lage. Pasic kann und will keinen Frieden auf der Basis schließen, die Graf Czernin angeboten hat. Deutlich geht dies aus den Äußerungen seiner in Korfu, Genf und Bizetia erscheinenden Presse hervor. Unter dem Titel „Serbien am Vorabend der Entscheidungsschlachten“ schrieb La Serbie: „Serbien kämpft nicht um Länder, sondern um ein erhabenes Ideal! Die Zumutung, serbische Länder an Bulgarien abzutreten, ist eine Ungeheuerlichkeit. Wir fordern die Bestrafung der Bulgaren und die Zurückdrängung der austro-magyarischen Expansion. Das sind die Ziele, für die wir kämpfen. Die serbische Politik bleibt gegenüber der austro-magyarisch-bulgarischen Gefahr die gleiche. Trotz der großen Fehler und Irrtümer, die die Entente begangen hat, ist die Entscheidung Serbiens unabänderlich, wir bleiben an ihrer Seite bis zum Ende.“

Wäre es nun möglich, mit einer aus der Masse in Serbien gebildeten Regierung zu Friedensverhandlungen zu gelangen? Wegen der an Bulgarien notwendigen Gebietsabtretungen würden sich dort weder Nationalisten noch Konservative dazu verstehen. Immerhin ist ein Friedensschluß durch eine ohne Rücksicht auf alle Parteien gebildete Regierung in Serbien nicht unmöglich, wenn diese mit der Forderung nach gleichzeitiger radikaler Erleichterung der Finanzlast auftreten würde. Das Problem eines Friedensschlusses mit Serbien ist, wie man sieht, ein außerordentlich schwieriges und dürfte die größten Anforderungen an die diplomatische Kunst stellen. Viel einfacher wäre es, mit Montenegro zu einem Friedensschluß zu gelangen, wenn nicht König Nikola der Gefangene nicht so sehr des Geldes der Entente als der seines eigenen in Paris deponierten Vermögens wäre. Ein Frieden mit den beiden Serbenstaaten wird wohl erst dann zustande kommen, wenn die Entente will. Sichtlich ist es die Absicht der serbischen Parteien im Auslande, sich einen Frieden von der Entente oktroyieren zu lassen, damit die serbische Frage auch in der Zukunft eine europäische bleibe.

Leopold Mandl.

Das Zukunftsbild in Deutschland.

Aus München drahtet unser Vertreter: Der bekannte bayerische Bauernführer Geheimrat Dr. Heim zeichnete auf der 12. Kriegsgeneralversammlung des Christlichen Bauernbundes auf Grund seiner Kenntnisse der gegenwärtigen Wirtschaftslage folgendes Zukunftsbild:

Der Viehstand ist dezimiert, die Aecker sind abgewirtschaftet, die Bewirtschaftungsgegenstände sind abgenutzt. Es ist

eine Täuschung, zu glauben, daß jemals die Friedensverhältnisse wiederkehren werden.

Der Wiederaufbau wird nicht Jahre, sondern Jahrzehnte dauern. Was ergibt sich für ein Zukunftsbild? Wir werden unsern Ausbau im Innern und nach außen beschränken müssen. Wir werden keine Luxusgegenstände mehr aus dem Ausland beziehen können. Also Schluß mit Kaviar und Pilzen und Moden aus London und Paris! Wir werden keine Waren mehr ausführen dürfen, die wir selbst brauchen. Wir werden nur abgeben können, wobei wir verdienen. Der Weg für unsere Rettung liegt in der Mitte zwischen freiem Handelsverkehr und Zwangswirtschaft. Produktionszwang wäre ein Verhängnis. Die Schwierigkeit wird in der Ausstattung des Menschen bestehen. Wir werden eine Uniformierung und Normalbekleidung erhalten. Es kann ein Zwang kommen für Schafzucht und Flachsanzbau, für Delppflanzen, für Einschränkung des Zuckerrubens. Wir dürfen nicht hoffen, daß wir jemals wieder die Friedenslebensweise werden aufnehmen können. Brotmehl zu 75 v. H. ausgemahlen wird nach dem Friedensschluß notwendig sein. Die Bevölkerung wird mehr zur Pflanzkost übergehen müssen, weniger Fleisch, mehr Käse, mehr Milchprodukte, Uebergang zum Futterbau im Innern. Mehr Milch als Fleischwirtschaft wird Aufgabe der Landwirtschaft sein. Ferner Ausnutzung des Grund und Bodens auf das gewissenhafteste. Dazu kommt die Sicherung der Arbeitskräfte; Maschinen und Elektrizität müssen mehr zum Ersatz der menschlichen Hand in der Landwirtschaft herangezogen werden. Die ausgeraubten Bodenschätze sind zu ersetzen. Die Stickstoffproduktion hat sich in Deutschland im Kriege verdreifacht. Am nachteiligsten wird für die Landwirtschaft die Kriegszentralisation wirken. Berlin ist heute die größte Handelsstadt der Welt, von der Schuhsohle angefangen bis zum Zylinder. Mit der Zentralisation geht die Kapitalkonzentration Hand in Hand. In Bayern sind bereits 16 neue Bankfilialen während des Krieges gegründet. Andere Projekte schweben noch. Die Banken kommen doch nicht nach Bayern, um Geld zu bringen, sondern um es zu holen. Die Erhaltung der Genossenschaften ist aus Kreditgründen eine Notwendigkeit. Eine weitere große Gefahr ist die Monopolisierung von Grund und Boden. Wer den veräußert, drückt seinen Nachkommen damit den Bettelstab in die Hand.

Dr. Heim suchte im Zusammenhang hiermit die von Unterstaatssekretär v. Braun in seinem Buche „Kriegsziele der deutschen Landwirtschaft“ aufgestellten Richtlinien zu widerlegen. Auch mit Prof. Brentano und seinen Freihandelstheorien rechnete Dr. Heim ab und erhob gegen die Vorwürfe, die Brentano der Landwirtschaft gemacht hat, schärfsten Protest. Die Landwirtschaft geht ersten Zeiten

entgegen. Grund und Boden sind erschöpft, die Ställe geleert. Folglich ist größte staatliche Förderung vonnöten.

Die deutsch-österreichisch-ungarischen Abmachungen.

Mitteilungen von unterrichteter Seite.

Wien, 16. Mai.

Wir erhalten von unterrichteter Seite die folgenden Mitteilungen:

Die Abmachungen über den Ausbau des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses haben im In- und Auslande großes Aufsehen erregt. In Deutschland und Oesterreich-Ungarn wurde die Bekanntmachung über die Abmachungen ziemlich einmütig wärmstens begrüßt. Nicht so im feindlichen Auslande. Es war ja vorauszusehen, daß sich die Northcliffe-Presse und andere ihrer Propagandatätigkeit nahestehende Kreise nicht die Gelegenheit entgehen lassen würden, in absichtlicher Verkennung des eigentlichen Charakters der deutsch-österreichisch-ungarischen Abmachungen die Monarchie als politisch in den letzten Rügen befindlich und nunmehr ganz der deutschen Herrschaft unterstehend hinzustellen. Der Zweck dieser Zettelungen ist offensichtlich auf die Propaganda bei uns selbst gerichtet. Es soll gewissen Faktoren nahegelegt werden, daß sie ihre Ziele mit Hilfe der Entente bei einer allgemeinen Friedenskonferenz betreiben könnten. Diese Manöver der Propagandapresse der Entente sind in der Tat zu klar, als daß ein Irrtum bestehen könnte, zu welchem Zwecke dies geschieht.

Es ist übrigens selbstverständlich, daß die Abmachungen zwischen den beiden Staaten auf der Basis vollkommener Parität getroffen werden. Wie in der Vergangenheit, so auch in der Zukunft wird das deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis keinen aggressiven Charakter haben, daher ein reines Defensivbündnis sein.

Auf eine von deutscher offiziöser Seite stammende, auf die polnische Frage Bezug nehmende Feststellung soll hier hingewiesen werden. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ betont nämlich, daß die polnische Frage einen der Gegenstände bildet, die bei den Abmachungen erörtert worden sind, allerdings nicht in der Form, daß die Regelung dieser Frage in einem bestimmten Sinne eine grundlegende Voraussetzung für die anderen Bestimmungen der Abmachungen gebildet hätte.

Aufhebung des Kriegsgebietes im Osten.

Eine Kundmachung des Ministers des Innern vom 17. d. gibt bekannt, daß das Armeoberkommando in Abänderung der bisherigen Abgrenzung der Kriegsgebiete mit Wirksamkeit vom 20. Mai 1918 verfügt hat, daß das östliche Kriegsgebiet von nun an ab entfällt, das südwestliche weitere und engere Kriegsgebiet beibehalten bleibt.

Eine Unterredung mit dem Reichstanzler.

Der Friede mit Rumänien. — Der Ausbau des Bündnisses. — Der Weltfriede noch in diesem Jahre

D. Budapest, 17. Mai. (Tel. des „Fremden-Blatt“.) Reichstanzler Graf Hertling gewährte dem Spezialkorrespondenten des „Nz Est“ eine Unterredung. Graf Hertling erklärte, es erfülle ihn mit großer Freude, daß er den Vertreter eines ungarischen Blattes gerade in dem Augenblick empfangen könne, in dem der Friede mit Rumänien abgeschlossen worden sei. Der Friedensschluß habe wohl namentlich in Oesterreich-Ungarn große Befriedigung hervorgerufen, da jetzt die Grenzen Ungarns gegen einen eventuellen rumänischen Angriff viel besser geschützt sind als ehedem und da die Monarchie die weitgehende Garantie erhalten habe, daß sich ein zweiter Angriff Rumäniens nicht wiederholen dürfe.

„Ich bin,“ sagte Graf Hertling, „von dem besten Glauben besetzt, daß unsere bewährte Waffenbrüderschaft für alle Zeiten dazu beitragen wird, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland niemals an ihre gemeinsamen Interessen vergessen werden. In den jüngsten Konferenzen wurden die Grundprinzipien des Bündnisses gelegt. Der Ausbau des Werkes Andrassy's und Bismarck's wird zweifelsohne auch auf Ungarn und Deutschland eine segensreiche Wirkung ausüben. Wir müssen wohl nicht besonders betonen, daß wir die wärmsten Sympathien allen Bestrebungen entgegenbringen, die das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn vertiefen und noch herzlicher gestalten. Clemenceau, der sich dem Wahn hingegeben hat, das Bündnis zu sprengen, mag nun sehen, wohin seine Bestrebungen geführt haben. Die wichtigsten Punkte des Bündnisses sind die militärischen und wirtschaftlichen Vereinbarungen. Die Bestrebungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns haben keinen aggressiven Zweck für die Zukunft, wir wollen eine Festigung des gegenwärtigen Bündnisses.“

Ueber den allgemeinen Frieden äußerte sich Graf Hertling dahin: „Wenn ein Völkerbund für den allgemeinen Frieden geschaffen werden würde, so würde Deutschland ohne Zögern dem Bund beitreten. Die Aussicht hiefür ist aber leider sehr gering. Unser Wunsch ist es daher, den Dauerfrieden zu erkämpfen. Wir kämpfen jetzt für unser Leben und für unsere Existenz. Ich war immer ein Optimist und glaube, daß

der Weltfriede noch in diesem Jahre

zustande kommen wird. In diesem Moment kann ich nicht mehr sagen, als daß es eine feste Hoffnung ist, daß die weiteren Ereignisse an der Westfront uns dem Kriegsende näherbringen. Mehr kann ich jetzt nicht sagen.“

Erklärungen Lord Robert Cecils über die angebliche Friedensoffensive.

London, 17. Mai.

Im Unterhause beantwortete Robert Cecil verschiedene Anfragen. Mit Bezug auf das kürzliche Interview des Vertreters des Reuterschen Bureaus über eine mögliche deutsche Friedensoffensive erklärte er, daß er jede Woche während des Krieges mit amerikanischen Korrespondenten zusammentreffe und ihnen solche Mitteilungen zu machen pflegte, wie sie, ohne öffentliche Interessen zu gefährden, möglich waren. Der Hergang dieses besonderen Interviews war folgender: Im selben Augenblicke, als es begann, sagte ich: „Welche Fragen wünschen Sie heute zu diskutieren?“ Sofort erklärte einer der Herren: „Die Friedensoffensive.“ Und nur infolge dieser Bemerkung setzte ich auseinander, welche Ansichten ich mit Recht oder mit Unrecht über die internationale Lage hätte, was ihnen zu zeigen schien, daß die Deutschen, „was man eine Friedensoffensive nennt“, vornehmen wollten. Ich bin erstaunt, daß irgendein Mißverständnis darüber entstehen kann, was man mit einer Friedensoffensive meint. Es ist etwas ganz anderes als eine Friedeasbemühung. Eine Friedensoffensive ist, und war eine diplomatische Aktion, nicht zu dem Zweck, einen Frieden zustande zu bringen, sondern zu dem Zweck, den Krieg zu stützen. Was die Behauptung betrifft, daß ich beabsichtigte oder irgend jemandem mitteilte, daß jedes Angebot, das von Deutschland gemacht werden könnte, verworfen werden würde, so erkläre ich, daß kein Wort und keine Silbe geäußert wurde, in welche ein ehrlicher Mann diesen Sinn legen könnte. Ich wiederhole, daß jedes Angebot, welches gemacht wird, aus welcher Quelle es auch kommen mag, wenn es nur eine vertrauenswürdige und zuverlässige Quelle ist, von der gegenwärtigen Regierung, die den Frieden ebenso sehr wünscht, wie jedes ehrliche anwesende Mitglied, untersucht und berücksichtigt zu werden verdient. Ich bedauere, daß das, was ich im Interview gesagt habe, in Verbindung mit der Anwesenheit einer neutralen Persönlichkeit in England gebracht worden ist.

Eine Verteidigung Italiens.

Auf die Bemerkung Snowdens, der von Italiens selbstsüchtigen und unmäßigen Forderungen gesprochen hatte, äußerte Cecil, er müsse dessen Bemerkungen mit aller Kraft zurückweisen, da Snowden sich einen ganz unverständigen und grundlosen Angriff gegen einen unserer Alliierten erlaubt hat. Einen unserer Verbündeten in der Periode dieses Krieges auf die Weise, wie es hier geschah, anzugreifen, ist eine Handlung, die nach Ansicht des Redners auf keine Weise verteidigt werden kann. Ich wünsche zu sagen, daß wir eine solche Handlungsweise auf das energischste zurückweisen, und erkläre, daß Italiens Kriegsziele ebenso hoch wie die der anderen Kriegführenden gewesen sind, daß wir den größten Wert auf die Hilfe dieses Landes legen und entschlossen sind, das Bündnis mit ihm wie mit unseren übrigen Alliierten aufrechtzuerhalten.

Eine diplomatische Offensive.

Lord Cecil verwies auf den Vorschlag, daß eine diplomatische Offensive einsetzten solle, worunter er verstehe, man solle eine Propaganda in den feindlichen Ländern unternehmen, um die Berechtigung der Ziele der Entente darzutun. Diesen Vorschlag habe man nicht aus den Augen gelassen. Was einen anderen Vorschlag betrifft, daß eine diplomatische Beratung in Versailles stattfinden solle, äußerte er gewisse Zweifel, obgleich die Sache seine volle Sympathie hätte; denn er gebe zu, daß nichts von größerer Bedeutung sei als die stetige Einigkeit der Alliierten. Er wäre nicht überzeugt davon, daß die Entsendung ständiger Vertreter wirklich mehr bewirken würde, als es jetzt mit der schon vorhandenen Einrichtung möglich sei. Cecil behandelte sodann das Verhältnis zu Rußland und sagte: Wir haben gar keinen Streit mit Rußland. Im Gegenteil, wir sind immer bestrebt gewesen, mit dem russischen Volke in der größtmöglichen Freundschaft zu leben. Wir sind bemüht, alles, was in unserer Macht steht, zu tun, um dem russischen Volke in seiner schwierigen Lage zu helfen und Rußland als Großmacht zu erhalten, nicht nur jetzt, sondern auch in der Zeit nach dem Kriege. Ein Mitglied dieses Hauses schien den Gedanken zu hegen, daß wir irgendeinen persönlichen oder politischen Streit mit den Bolschewiki haben, der nicht aus einer Frage der internationalen Politik, sondern aus der inneren Politik herrühre. Ich bin ganz anderer Ansicht. Die russische innere Politik ist eine russische und allein russische Angelegenheit. Dene Regierung, die die Russen wünschen, sollen sie auch haben, und es kommt uns nicht zu, einzugreifen. Was ich betonen möchte ist, daß wir keinen Streit mit den Bolschewiki haben aus dem Grunde, daß sie Bolschewiki sind. Wir wünschen Rußland erhalten zu sehen als ein alliiertes Land oder, wenn das unmöglich ist, als ein nichtdeutsches Land.

Cecil unterstützte weiter den Vorschlag eines Völkerbundes. Bezüglich des Vorschlages, daß die territorialen Fragen in dieser Sache unberücksichtigt gelassen werden könnten, erinnerte er das Haus daran, daß am Ende territoriale Fragen den Grund der meisten der bisherigen Kriege gebildet hätten. Obgleich er den Gedanken eines Völkerbundes nicht verwerfe, sei er überzeugt, daß ein solcher Völkerbund keine Veränderung bringen und keinen Erfolg haben werde, wenn er nicht begründet sei auf einer gerechten und erträglichen territorialen Auseinandersetzung.

Die Erpressungen der Entente an der Schweiz.

Vertragloser Zustand zwischen Schweiz und Deutschland erzwungen.

Wien, 17. Mai.

In letzter Stunde hat die Entente, diesmal vertreten durch Frankreich, durch ein empörendes Erpressungsmanöver, den Abschluß eines neuen Wirtschaftsübereinkommens zwischen Deutschland und der Schweiz vorläufig wenigstens verhindert. Für Deutschland hat dies praktisch nicht viel Bedeutung, da die Gegenlieferungen der Schweiz an Deutschland durch frühere Abkommen mit der Entente ohnehin immer geringer und geringer geworden sind. Wohl aber wäre es für die Schweiz ein schwerer Schlag, wenn sie fortan die deutschen Kohlen- und Eisensendungen entbehren müßte. Die Entente, die die Versorgung der Schweiz weder übernehmen kann noch will, verfolgt bei ihrem Vorgehen den Zweck, in der Schweiz Mißstimmung gegen Deutschland zu erzeugen, um vielleicht am letzten Ende doch den Anschluß der Schweiz an die Entente oder ihre Duldung einer militärischen Verletzung ihrer Neutralität durch die Entente zu erzwingen. Das hinterhältige Vorgehen Amerikas in bezug auf seine Getreidelieferungen an die Schweiz, Lieferungen, die dem Schein nach bewilligt sind, in Wirklichkeit aber nicht zustandekommen, das Verhindern Schweizer Getreidekäufe in Südamerika und die Verhinderung des Seetransports etwa doch gekaufter Getreidemengen, zeigen deutlich, was die Absicht ist.

Das alte Wirtschaftsübereinkommen zwischen der Schweiz und Deutschland war am 30. April abgelaufen und wurde, da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, bis zum 15. d. verlängert. Am 14. war die Einigung zwischen Deutschland und der Schweiz erzielt, am 15. sollte der formelle Vertragsabschluß erfolgen, als die Franzosen Veto einlegten und die Schweiz mit dem Wirtschaftskrieg mit der Entente bedrohten. So hat denn die Schweiz von Deutschland eine weitere Stundung bis zum 22. d. erbeten und erhalten, um in der Zwischenzeit mit der Entente auf gleich kommen zu können. Seit gestern aber herrscht bis auf weiteres ein vertragloser Zustand. Der würde zwar nicht ausschließen, daß Deutschland nach Möglichkeit auch weiterhin Kohle und Eisen liefert, aber es würde sich natürlich nur um gelegentliche, nicht um ständige Lieferungen handeln und Deutschland könnte auch nicht wie bisher zum Teil sein eigenes rollendes Material für die Beförderung von Kohle und Eisen zur Verfügung stellen. Die deutsche Forderung zielt in der Hauptsache auf die Erhöhung des bisherigen Kohlenpreises von 90 auf 180 Francs ab, sowie darauf, daß die Entente weder direkt noch indirekt mit der von Deutschland stammenden Kohle oder dem aus Deutschland stammenden Eisen beliefert werden dürfe. Mit anderen Worten, Deutschland verlangte — und damit verlangte es nur, was die Entente schon seit langem verlangt und durchgesetzt hat — daß Fabriken, die mit deutscher Kohle oder mit deutschem Eisen arbeiten, die Entente nicht beliefern dürfen. Eine Verarbeitung des von Deutschland gelieferten Eisens zu Kriegsmaterial für die Entente war schon früher verboten.

Der Waffenbund mit Deutschland.

Bereinlichung von Bewaffung, Ausrüstungs- und Mobilisierungsvorbereitung.

Von unterrichteter Seite erfahren wir:

Der Ausbau und die Vertiefung des politischen und wirtschaftlichen Bündnisses kann auch für die militärischen Verhältnisse nicht ohne Niederschlag bleiben. Schon als der Krieg ausbrach, boten eine nach ähnlichen Grundsätzen gehandhabte Ausbildung der Truppen und Führer und gleich hohe Bewertung der Manneszucht, vor allem aber eine in Bundeskriegen einzig dastehende Interessengemeinschaft die Gewähr für rasches erfolgreiches Zusammenarbeiten. Dieses Zusammenarbeiten wurde mit zunehmender Komplizierung der Kriegslage immer enger. Alles, was auf militärischem Gebiete im Kriege neu geschaffen wurde, kam beiden Armeen in gleicher Weise zustatten, alles, was an Ungeahntem dazuzukommen war, lernten beide gemeinsam, einer vom andern. So konnte auch die stärkste Vermischung österreich-ungarischer und deutscher Abteilungen die Einheit der Kriegshandlung nicht im geringsten stören. Truppen und Füh-

rer kennen einander bis in jede Einzelheit. Diese Entwicklung der Dinge bildet eine der Hauptursachen dafür, daß es uns möglich war, gegen eine Welt von Feinden siegreich durchzuhalten. War an irgendeine Front Verstärkung zu werfen, so fragte man nicht, welchem Heere der gerade zur Verfügung stehende Truppenteil angehörte, österreich-ungarische Kommandos erhielten deutsche, deutsche Führer österreich-ungarische Divisionen unterstellt. Die Einheit der Front war ohne Kunstlei geschaffen. Die beiden Heeresleitungen hatten ein Kriegswerkzeug, dessen Elastizität allen Aufgaben gerecht wurde. Gerade die gemeinsame Verteidigung der allein das Bündnis der Mittelmächte gilt, erheischt, daß die im Kriege aus den Verhältnissen gewordene Einseitigkeit der Heere in allen für die Kampfführung in Betracht kommenden Belangen gewahrt bleibe. Dazu gehört auch eine gewisse Annäherung in der Organisation der Bewaffung und Ausrüstung, eine Annäherung, die der Materialnacherzeugung und dem Nachschub wesentlich zugute kommen wird. Nimmt man noch gemeinsame Vorarbeit für die militärische und wirtschaftliche Mobilisierung hinzu, so gelangt man zum Ergebnis, daß die Vereinbarungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland durchaus auf Zweckmäßigkeit aufgebaut sein werden. Dem Wesen des Bündnisses der beiden Mächte entsprechend, werden die militärischen Abmachungen auf dem Grundsatz vollster Parität beruhen und die beiderseitigen Souveränitätsrechte natürlich nicht beeinträchtigen. Sie werden daher selbstverständlich die beiderseitigen obersten Kommandobefugnisse in keiner Weise berühren, ebenso selbstverständlich ist die sorgfältige Bewahrung der den beiden Heeren traditionellen Eigentümlichkeiten, die ja doch die Stärke jedes Einzelnen ausmachen. Nach der Natur der Dinge handelt es sich bei den in Rede stehenden militärischen Vereinbarungen im Wesen durchwegs um jene Gebiete der militärischen Exekutive, die sowohl nach österreichischem als auch nach ungarischem Gesetze verfassungsmäßig den Herrscherrechten des Kaisers und Königs als obersten Befehlshabers vorbehalten sind.

Mit der Aufnahme der Ferienkinder und ihrer ärztlichen Untersuchung wurde in der abgelaufenen Woche in den meisten Volks- und Bürgerschulen Wiens begonnen. Im Laufe der nächsten Woche wird diese Meldung auch auf die Mittelschulen Wiens ausgedehnt. Für Niederösterreich hat die niederösterreichische Landesstelle des Kaiser-Karl-Wohlfahrtswerkes unter Vorsitz des Vizepräsidenten des Landes Schulrates Josef Praitenberg, Edlen v. Zenoburg gebildet, die im Einvernehmen mit der niederösterreichischen Landesberufsvormundschaft ihre Tätigkeit ausüben wird. In fast allen Kronländern haben sich gleichfalls Landesstellen, zumeist unter dem Vorsitz des betreffenden Statthalters, konstituiert. So wirken heute schon Tirol, Vorarlberg, Schlesien und Galizien an den Vorarbeiten für die Ferienaktion, während im Küstenlande ein besonderes Komitee für die Unterbringung der kleinen ungarischen Gäste sorgt.

In Mähren sind bis heute über 1200 Plätze für nordböhmische Kinder sichergestellt. Der erste Transport von 50 Kindern hat auf dem Gute des Grafen Kinsky bei Mährisch-Kromau Unterkunft gefunden. In Oberösterreich stehen heute schon 8000 Kostplätze zur Verfügung. Natürlich ist auch Böhmen eifrig für die Ferienaktion an der Arbeit. In Deutschböhmen sind ungefähr 5000 Plätze sichergestellt, was umso rühmenswürdiger ist, als ja Deutschböhmen bekanntlich mit Versorgungsschwierigkeiten sehr zu kämpfen hat. Das große Flüchtlingslager von Deutsch-Brod wurde zur Aufnahme von Kolonien eingerichtet und schon in nächster Zeit werden Kinder aus deutschen und tschechischen Gegenden Böhmens als Gäste auf den Schlössern des Kaisers Blochkowitz bei Ledetitz, Smryc bei Königgrätz, Cerekvic und Nedestitz eintreffen.

Dem Kaiser-Karl-Wohlfahrtswerke haben sich verschiedene Vereine, die gleichartige Ziele verfolgen, zur Mitarbeit angeschlossen. So führt die Aktion der Schweizer Reisen, welche Frau Gerta v. Einem leitet, im Rahmen des Wohlfahrtswerkes einen kleinen Transport von Kindern in die Schweiz.

Dank dem Zueinanderarbeiten aller berufenen Stellen in Oesterreich und Ungarn ist dem großen Werke der beste Erfolg sicher.

Balfour über den Kaiserbrief.

Keine ausreichende Grundlage für einen ehrenvollen Frieden.

London, 17. Mai.

Gelegentlich eines Antrages auf Vertagung stellt Runciman an Balfour folgende Fragen: Wurde der Brief des Kaisers Karl, als er der französischen Regierung und von dieser dem englischen Premierminister mitgeteilt wurde, auch irgendeinem anderen Verbündeten bekanntgegeben? Hat die amerikanische Regierung von den Vorgängen irgendwelche Kenntnis erhalten? Hat der Premierminister zur Zeit der Uebermittlung das Ministerium des Auswärtigen benachrichtigt, daß ihm die Mitteilung gezeigt worden war? Warum ließ man die Verhandlungen fallen? Gesah es aus Gründen rein territorialer Natur? Gesah es, weil Frankreich nicht nur auf Elsaß-Lothringen, sondern auch auf die Grenze von 1814, sogar von 1790 Anspruch erhob?

Im Verlaufe der Sitzung erklärte Balfour, Runciman habe mehrere Fragen über einen Gegenstand an ihn gerichtet, der sowohl in England als im Ausland großes Interesse erregt habe. Wir haben, erklärt Redner, in keinem Augenblick Unterhandlungen begonnen und auch niemals Besprechungen abgelehnt, wenn solche von anderer Seite gewünscht wurden. Wenn irgendein Vertreter eines der kriegführenden Länder den ernstesten Wunsch hegt, uns Vorschläge zu unterbreiten, so sind wir bereit, ihnen unser Gehör zu schenken. Selbstverständlich werden wir uns damit nicht befassen ohne Vorwissen unserer Alliierten. Der Brief, auf den die öffentliche Aufmerksamkeit gelenkt worden ist, war ein Privatbrief Kaiser Karls, den er an einen Verwandten geschrieben hatte und den dieser Verwandte dem französischen Präsidenten und dem französischen Ministerpräsidenten unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit übergeben hatte, ohne Genehmigung, ihn einem anderen als dem Premierminister und dem Monarchen unseres Landes mitzuteilen, sowie ohne Erlaubnis, ihn dem Kabinett des Premierministers zugänglich zu machen. Der Brief wurde dem französischen Ministerpräsidenten unter dieser Zusicherung übergeben. Redner habe sich zur Zeit dieses Schrittes in Amerika befunden und sich nach seiner Rückkehr mit der Angelegenheit nicht so eingehend beschäftigt, wie er es hätte tun können.

Balfour fuhr fort: Runciman hat gefragt, ob Wilson unterrichtet war. Die amerikanische Regierung war zu der Zeit nicht besser informiert über diese Frage als ich selbst. Aber wenn irgend jemand deshalb annimmt, daß wir je Mangel an Vertrauen zu der Regierung und dem Präsidenten der Vereinigten Staaten gezeigt hätten, so gibt er sich einer starken Täuschung hin. Ich habe keine Geheimnisse vor Wilson. Jeder Gedanke, den ich über den Krieg und die mit dem Kriege zusammenhängende Diplomatie hatte, ist Wilson so offenkundig wie jedem anderen Menschen. (Beifall.) Ich halte es nicht für möglich, daß England und die Vereinigten Staaten das große Werk, zu dem sie sich verpflichtet, oder auch nur einen Teil der mit jedem Tage verwickelteren Probleme ohne das völlige Vertrauen ausführen und, soweit es mich betrifft, werde ich dieses völlige Vertrauen stets gewähren. (Beifall.)

Bezüglich der Stockholmer Konferenz glaube ich noch immer, daß sie zu keiner Beilegung des Krieges geführt hätte. Der von der englischen Regierung eingeschlagene Kurs hinsichtlich der Konferenz hatte keine nähere oder entferntere Verbindung mit dem Briefe Kaiser Karls an den Prinzen Sigismund oder mit den darauf bezüglichen Verhandlungen und Besprechungen.

Runciman habe weiter gefragt, warum die Verhandlungen abgebrochen wurden, etwa darum, weil die französische Regierung nicht zufrieden mit dem Anspruch auf die Rückgabe Elsaß-Lothringens im Anfange von 1870, außerdem weitere Gebiete verlangt habe, die im Jahre 1790 und 1814 zu Elsaß-Lothringen gehörten? Runciman bezog sich natürlich auf Herrn Doumergues Besuch beim Zaren im Frühjahr 1917. Es handelt sich nicht um dieses größere Elsaß-Lothringen als Kriegsziel der Alliierten. Doumergues Sendung nach Rußland und seine Besprechung mit dem Zaren war uns nicht bekannt, bis sie viel später ein internationales Gepräge trugen. Sie verpflichtete uns nicht und gab die Regierung niemals die geringste Ermüdung zu irgendeinem solchen Vorgehen. Dies war weder Gegenstand einer ernstlichen Betrachtung, noch glaube ich, daß es irgendein fester Teil der auswärtigen Politik irgendeiner französischen Regierung für irgendeine längere Dauer war. (Duthwaite sagt, der Punkt der Anfrage bezieht sich nicht auf dieses Abkommen, sondern auf die Pressemeldung, daß Poincaré die Anregung Kaiser Karls durch die Forderung auf eine weitere Ausdehnung des Gebietes beantwortet habe.)

Balfour erwidert: Diese Besprechungen sind nicht durch irgendeine solche Forderung, wie die erwähnte, unterbrochen worden. Vielleicht werden wir niemals erfahren, welche Beweggründe es waren, die den Grafen Czernin, Kaiser Karl und den deutschen Kaiser antrieben. Ich bin geneigt anzunehmen, es sei ein Teil der Friedensoffensive gewesen, durch welche eine Partei Friedensvorschläge beabsichtigte, die nicht den Frieden wünscht, sondern ihre Gegner zu trennen wünscht. Die Anregung ging, wie Clemenceau auseinandergesetzt hat, dahin, daß der ganze Krieg geführt werde zu dem Zwecke, daß Frankreich Elsaß-Lothringen, Italien aber nichts erhalten solle. Da wir es mit einem in seinen

Methoden so unethischen, selbstverleumdenden und unehrenhaften Vorgehen nicht gutheißen können, so ist es uns ein Bedürfnis, die Öffentlichkeit über die Umstände zu unterrichten, die zu demselben geführt haben. Ich habe keine Zweifel, daß die französische Regierung, die die Verantwortung für die Ereignisse trägt, die zu demselben geführt haben, die Verantwortung für die Ereignisse trägt, die zu demselben geführt haben. Ich habe keine Zweifel, daß die französische Regierung, die die Verantwortung für die Ereignisse trägt, die zu demselben geführt haben, die Verantwortung für die Ereignisse trägt, die zu demselben geführt haben.

Die Reden konnten die Schwere der Lage nicht ändern. Der Kostenanstieg für die ganze Nation ist ein schwerer Schlag. Die Kostenanstieg für die ganze Nation ist ein schwerer Schlag. Die Kostenanstieg für die ganze Nation ist ein schwerer Schlag.

Rühlmann vor der Kaufmannschaft.

Ein Vortrag über Rumänien.

Am Frieden mit Rumänien hat unsere Kaufmannschaft das größte Interesse bekundet, weil es sich hier weniger um politische als um wirtschaftliche Friedenssicherungen handelt, die unser wirtschaftliches Leben eng berühren. So hatte die Berliner Handelskammer dem Staatssekretär v. Rühlmann gegenüber den Wunsch nach einem Vortrage über den rumänischen Frieden geäußert, und der Bitte hatte Herr v. Rühlmann gestern abend Genüge geleistet, indem er in der Handelskammer vor einem außerordentlich zahlreichen Publikum die einzelnen Teile des Friedensvertrages skizzierte. Ob die Teilnehmer der Versammlung jedoch nach dem Vortrage wesentlich klüger gewesen sein werden, möchte füglich bezweifelt werden; denn was Herr v. Rühlmann vortrug, waren keine neuen Gesichtspunkte, sondern bildete lediglich die Zusammenfassung dessen, was auch in der Tagespresse über den Vertrag mit Rumänien gesagt worden war, nur mit dem Unterschiede, daß Herr v. Rühlmann sein Werk nicht tabeln konnte. Er ging aber davon aus, wie herbe die Kritik des rumänischen Friedens gewesen sei; noch am Morgen seines Vertrages habe er von einem Kaufmann eine Karte des Inhalts erhalten, jeder Schuster könne einen solchen Frieden machen, und wann wohl Herr v. Rühlmann die Konsequenzen ziehen werde. Aber Herr v. Rühlmann ist der Meinung, daß jetzt, nachdem der Friedensvertrag vorliege, Ruhe und Vertrauen Platz greife und Kritik vordem gewesen sei, weil die Einzelheiten noch nicht bekannt gewesen seien. Wozu zu bemerken ist, daß die wirtschaftlichen Abmachungen, wie sie jetzt vorliegen, zweifellos nicht mehr im gleichen Maße zur Kritik herausfordern, dagegen politische Bedenken nach wie vor bestehen bleiben.

Herr v. Rühlmann betonte, daß die Schwierigkeiten im Zustandbringen des Vertrages darin gelegen haben, daß so vielerlei Interessen der Bundesgenossen zu berücksichtigen waren, wie sie auch schon in Vrest hervorgetreten sind. Der Staatssekretär gab dann ein Bild der bekannten Entwicklung Rumäniens seit Carol, der Eigenheiten Rumäniens als Agrarstaat mit einer bäuerlichen Bevölkerung von vier Fünftel; er wies auf die Reichhaltigkeit der Bodenschätze hin in Öl, Salz und Braunkohlenlagern, Fischerei, Getreide und betonte, daß die Entwicklung des Landes in amerikanischer Schnelligkeit vor sich gegangen ist, so daß das Land sich eines hohen ökonomischen Wohlstandes erfreute, als es 1916 in den Krieg eintrat, in einen Feldzug, der hervorgerufen war durch die weitgesteckten Hoffnungen nach Schaffung eines Kaiserreiches und einer rumänischen Großmacht am Balkan. Weiterhin behandelte der Staatssekretär die rumänische Politik vor und während des Krieges, als es noch neutral war, den 1. Bukarester Friedensvertrag und wies auf die Selbstverständlichkeit hin, daß Bulgarien durch den jetzigen Frieden alles wiedererhalten mußte, was es vordem verloren; die Zeit werde auch nicht fern sein, hob Herr v. Rühlmann hervor,

in der Bulgarien auch den Rest der Dobrudscha erhalten werde,

die jetzt noch unter der Verwaltung des Vierbundes stehe. Der Zwischenzustand sei lediglich die Ursache dessen gewesen, daß zwischen Bulgarien und der Türkei eine Einigung in den Grenzstreitigkeiten nicht erzielt war. Was Oesterreich anbelangt, so wies Herr v. Rühlmann darauf hin, daß es unter dem rumänischen Einfall sehr gelitten hatte und an seinem Ruße nach Sicherung gegen ähnliche Wiederholungen nicht vorbeigegangen werden konnte. Der Staatssekretär skizzierte dann die österreichischen Errungenschaften auf militärischem Gebiet; für Deutschland seien ähnliche Forderungen gar nicht erhoben worden, sie konnten nur nach der wirtschaftlichen Seite bestehen. Hierbei seien zwei Gesichtspunkte zu berücksichtigen gewesen, nämlich die Sicherung der rumänischen Produktion, und Rumänien als Durchgangsland nach dem Osten sicherzustellen, so im Bahnwesen, in Post und Telegraphie, im Unterlauf der Donau. Herr v. Rühlmann erörterte die bisherigen und künftigen Aufgaben der Donaukommission, nunmehrigen Donaumündungskommission, behandelte die Bedeutung des Schiffahrtsabkommens, das Rumänische und deutsche Schiffe gleichstellt, während wir uns anderseits die rumänische Ernte sichergestellt haben,

so daß wir mit Vertrauen der Ernährungsfrage entgegensehen

können. Rumänien sei durch die Last des Krieges sehr betroffen worden, seine finanzielle Belastung werde über 9 Milliarden betragen, die Bevölkerung, die vor dem Kriege etwa aus 7 Millionen Menschen bestand, sei durch den Feldzug und durch Seuchen um 800 000 verringert, durch den Anschluß Bekarabiens jedoch werde die Zahl auf 9 bis 10 Millionen erhöht. Ueber die Kriegsentenschädigungsfrage ging Herr v. Rühlmann vorsichtig hinweg, meinte nur, daß das Land uns immerhin eine Summe werde zurückerkennen müssen, die dem Betrage einer formellen Kriegsentenschädigung entsprechen werde. Die Summe selbst nannte Herr v. Rühlmann nicht.

Am Schlusse seines Vortrages rühmte Herr v. Rühlmann, daß der Kaiser dem deutschen Volke den Weg aufs Meer gewiesen habe; es werde auch wieder der Tag kommen, an dem unsere Schiffe unter der deutschen Flagge nach Uebersee fahren und der Welt beweisen werden, daß wir den Wettbewerb mit den anderen Völkern von neuem aufnehmen.

Herr v. Rühlmann fand den lebhaften Beifall seiner Zuhörer.

Die Grenzen der Ukraine.

Von Dr. E. Jenny.

Wir wissen, daß die Westgrenzen des ukrainischen Staates im Brestler Frieden festgelegt wurden, und zwar, nach dem Grundsatz: wer zuerst kommt, mahlt zuerst, unter äußerstem Entgegenkommen gegenüber den kleinrussischen Ansprüchen. Wir wissen auch, daß bezüglich der Cholmer Abgrenzungen im einzelnen noch zwischen polnischen und ukrainischen Ansprüchen gefeilscht wird. Nach Norden zu bleibt die Grenzföhrung dem bevorstehenden Friedensschluß zwischen der großrussischen Sowjetregierung und dem ukrainischen Staat überlassen. Sie wird, da natürliche Grenzen nicht vorhanden sind, gleichfalls im wesentlichen den Siedungsverhältnissen der Volksstämme folgen müssen, welche mitten durch die Gouvernements Kurland, Woronneß, Tschernigow hindurchführen. Besondere Probleme bieten Laurien sowie die Abscheidungen gegen Osten.

Für das eigentliche Laurien sind die bestehenden Schwierigkeiten mehr formal-juristischer Natur, indem die kleinrussische Kada die Bildung einer autonomen Republik Laurien jenen Gebieten zugestanden hat. Darauf fußend, erstreckt nun das seinerseits großrussische Rumpfrußland, das immer noch im Namen einer „allrussischen föderativen Republik“ das Wort führt, seine Ansprüche auf Zugehörigkeit jenes Landes zu seinem Herrschaftsbereich, indem es folgert, daß nach Ablösung der Ukraine nur die von dieser erfaßten Länder losgegliedert seien, daher alle nicht von der Ukraine umfaßten Gebietsteile beim Bestand Großrußlands verbleiben. Dieses Ergebnis einer sehr spitzfindigen Schlussfolgerung ist weder politisch, noch geographisch, noch endlich nach dem Nationalitätengrundsatz haltbar. Bildet doch Laurien den südlichen Ausläufer Kleinrußlands, der sich mit seinem letzten Zipfel als Halbinsel Krim weit ins Schwarze Meer vorstreckt. So findet sich Laurien in breitem Gürtel durch das Schwergewicht der Ukraine von Großrußland auf Hunderte von Kilometern abgeschnitten, ohne irgendwelche unabhängige Verbindungsmöglichkeit dahin. Gegenüber dieser Zusammenhangslosigkeit mit Großrußland ist auch vollklich Laurien in seinem nördlichen Teil vollkommen mit der Ukraine verknüpft: die Bevölkerung seines Festlandes ist ganz überwiegend ukrainisch. Der kleinere Teil, die eigentliche Krim-Halbinsel, weist ein buntes Bevölkerungsgemisch auf, in welchem (von den Städten abgesehen) zumeist die Tataren die stärksten Minderheiten, aber, mit Ausnahme von Jalta, eben auch nur Minderheiten bilden. Die ganze geographische Lage bedingt die natürliche Zugehörigkeit auch der Krim — vielleicht unter zweckmäßigen Selbstverwaltungsrechten für die Mohammedaner — zur Ukraine, zumal die Bildung eines selbständigen Kleinstaates von kaum 700 000 Einwohnern hier im Brennpunkt der Schwarzmeerhandelswege gar nicht denkbar erscheint.

Eine ganz eigenartige Bewandnis hat es mit dem Taganroger Kreise. Obwohl administrativ zum Donischen Kosakengebiet gehörig, fällt der Kreis rassenmäßig wie auch geschichtlich aus diesem großrussischen Volksgebiet völlig heraus; war er doch 1907 bei einer Gesamtzahl von 413 000 Einwohnern von 255 000 Kleinrussen besiedelt, während von Großrussen nur 132 000 vorhanden waren. Die Ukraine erhebt denn auch mit vollem Recht Anspruch auf diesen Kreis. Die deutschen Truppen, welche der Ukraine ihr Gebiet gewährleisten sollten, sind denn auch ebenso rasch wie in die Krim in das Taganrogische eingerückt und haben auch Koftow an der Donmündung besetzt. Bis zum Einmarsch der Deutschen aber hatten nicht die Kosaken die Macht, sondern großrussische Bolschewiki trieben dort selbstherrlich ihr blutiges Unwesen.

Es ist nun bemerkenswert, daß zugleich mit der Nachricht von der Besetzung Koftows die Meldung kam, man schreite nunmehr zur Absteckung der ukrainischen Ostgrenze. Die militärische Leitung sieht also sehr klar und richtig; mit der Besetzung von Taganrog und Koftow ist die Ukraine aus dem allrussischen Wirrwarr herausgehauen und damit die übernommene militärische Aufgabe erfüllt. Man geht also keineswegs ins Uferlose, wie überängstliche Gemüter in Deutschland vielfach befürchteten, sondern hat lediglich die Ukraine bis an ihre wirklichen Grenzen freigebracht und vor der bolschewitischen Bluthochzeit erlöst.

Gegen die Einverleibung Taganrogs dürfte sich wohl seitens der Großrussen und der Kosaken Widerspruch erheben. Doch ist demgegenüber festzuhalten, daß nicht nur nach obigen Bevölkerungsziffern der Kreis unbedingt zum Bestand eines kleinrussischen Volksstaates gehört, sondern daß er erst verhältnismäßig spät durch die Willkür der russischen Zarenmacht administrativ dem Dongebiet zu-

geteilt wurde. Das Schicksal des „Stillen Don“ hat er nie geteilt, ist der alten, kühnen Kosatenüberlieferungen nie teilhaftig geworden und trägt, abgesehen von späteren Einsprengungen kosatischer Siedlungen, ganz den Charakter des ukrainischen Bauernlandes.

- Die Wiederaufnahme der Beziehungen
zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien.

Bukarest, 23. Mai.

Der bevollmächtigte Vertreter der österreichisch-ungarischen Regierung bei der königlichen rumänischen Regierung Legationsrat Graf Demblin ist hier eingetroffen.

Der Waffenbund.

Uebersetzungen eines österreichischen Generals.

Bereits vor dem Zusammentreffen der verbündeten Herrscher im Großen Hauptquartier äußerte sich ein hervorragender österreichischer Heerführer in der „Deutschösterreichischen Vorzeitung“ über die Notwendigkeit eines engen Waffenbunds. Er sagt unter anderem:

Wir dürfen die Lehren dieses Krieges nicht vergessen, früher Versäumtes nicht noch einmal versäumen, so stark, so mächtig, so schlagbereit sein und bleiben wie auf der Höhe unserer jetzigen Leistung. Und wie im Kriege die Verbündeten Schulter an Schulter gekämpft und gesiegt haben, so müssen sie im Frieden Volk neben Volk die Vorbedingung dafür schaffen, daß neue Stürme uns vorbereitet treffen. Es muß ein Waffenbund geschaffen werden, ein sicherer Schutz für die Heimat, eine Warnung für unsere Feinde. Umfang und Wesen dieses Bundes ergeben sich aus seinem Zweck ganz von selbst.

1. Die Verbündeten verpflichten sich gegenseitig, daß sie ihre Volkskraft resülos ausnützen werden. Es kommt darauf an, am ersten Tages des Krieges möglichst stark sein. Nur so ist der Krieg in seiner Dauer zu beschränken. Hätten wir 1914 das Heer gehabt, das wir heute haben, so wäre der Krieg längst zu Ende.

2. Jeder weisungsfähige Mann muß die Schule des Heeres durchlaufen. Die aktive Dienstzeit ist auf das irgend zulässige Mindestmaß zu beschränken, die Truppe von jeder Dienstleistung zu befreien, die ihrer eigentlichen Verwendung nicht entspricht. Für Wach-, Arbeitsdienst usw. sind besondere Formationen aus Minderfertigen zu bilden.

3. Die Vorschriften der Verbündeten für Organisation, Ausbildung und Verwendung der Truppe müssen auf gleichen Grundlagen aufgebaut werden. Truppenteile des einen müssen in das Heer des anderen eingeschoben werden können, ohne sich dort fremd zu fühlen. Den nationalen und traditionellen Eigenarten der einzelnen Heere soll dadurch in keiner Weise Zwang angetan werden.

4. Die Bewaffnung ist derart einheitlich zu gestalten, daß die Truppen der Verbündeten für den Ersatz von Waffen und Munition in einem zukünftigen Kriege im allgemeinen nicht auf Nachschub aus der Heimat angewiesen sind, sondern auf dem kürzesten Wege versorgt werden können.

5. Die Heere der Verbündeten sollen sich gegenseitig kennen lernen. Das gilt besonders für die Offizierkorps. Es sind daher in gegenseitigem Austausch Offiziere zur Armee des Verbündeten zu kommandieren, die für die Dauer des Kommandos ohne jede Einschränkung in den Verband der betreffenden Armee übertreten und die gleichen Pflichten und Rechte haben, wie die Offiziere der betreffenden Armee. Außerdem sind fallweise ganze Verbände zu gemeinsamen Waffenübungen heranzuziehen.

6. Alle Vorbereitungen für den Krieg sind gemeinsam zu treffen. Das erfordert dauernde enge Verbindung und Zusammenarbeit zwischen den Generalstäben und Kriegsministerien. Für die wirtschaftliche Vorbereitung sind Dienststellen, wie sie im Laufe des gegenwärtigen Krieges entstanden sind, im Frieden beizubehalten.

7. Das Eisenbahnnetz der Verbündeten ist nach den Erfahrungen dieses Krieges einheitlich auszubauen und für die Bereitstellung und den Ersatz der Betriebsmittel einheitlich vorzuforgen.

Die vorstehend gekennzeichneten Bedingungen bezwecken keineswegs das Aufgehen der Armee des einen im Heere des anderen. Jeder soll als Teil des Ganzen bleiben, was er ist, sich seine Eigenart, seine Tradition und sein Selbstbewußtsein erhalten. Es soll nur alles verhindert und beseitigt werden, was das Zusammenhängen zu einem kraftvollen Akkord stören kann. Keiner soll vorherrschen, keiner dem anderen seine Gedanken und Wünsche aufzwingen; neben — und für einander soll jeder seine Pflicht tun. Im Zusammenhänge der Kraft des einzelnen zu einer gewaltigen Macht des Ganzen liegt dann in der Stunde neuer Gefahren die sichere Gewähr, daß auch sie überwunden werden können.“

26. IV. 1918

(Der Friedenstag.) Der zur Erinnerung an die Eröffnung der ersten Haager Konferenz von der Oesterreichischen Friedensgesellschaft heute in der Volkshalle des neuen Wiener Rathhauses abzuhaltende Friedenstag wird durch den Vorsitzenden, Gemeinderat Dr. Alexander Ritter v. Dorn, als geschäftsführenden Vizepräsidenten mit einer Begrüßungsansprache eingeleitet. Hierauf folgen die Vorträge der Frau Erika v. Wagner (Mitglied des Deutschen Volkstheaters) sowie der Herren Heinrich Glücksmann (Dramaturg des Deutschen Volkstheaters) und Ferdinand Danno (Mitglied der Kammerspiele). Dichterische Beiträge, zumeist ungedruckt, haben die bekanntesten Repräsentanten der zeitgenössischen heimischen Schriftstellerwelt beigelegt.

Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und dem König von Bulgarien.

Wien, 28. Mai.

Der Kaiser hat am 19. d. folgende Depesche an König Ferdinand von Bulgarien gerichtet:

„Bei Verlassen Deines Landes empfinden Zita und Ich es als ein Herzensbedürfnis, Dir für den Uns in Deiner ausblühenden Hauptstadt mit ebensoviel Wärme als liebevoller Aufmerksamkeit bereiteten glänzenden Empfang nochmals auf das innigste zu danken.

Die erhebenden Kundgebungen, mit welchen Dein Volk die Beweise Deiner Freundschaft begleitete, bestärken Mich in der Ueberzeugung von der Unerschütterlichkeit Unseres in schwerer Zeit bewährten, zum Wohle Unserer Völker bestehenden Bündnisses.

Mit herzlichsten Wünschen für Dein persönliches Wohlergehen und einem baldigen Wiedersehen freudig entgegenblickend
Karl.“

König Ferdinand sandte hierauf noch am demselben Tage folgendes Telegramm an den Kaiser:

„Für Deine gütige Depesche sage ich Dir und Zita von Herzen wärmsten Dank. Es war für mich und meine Kinder eine wahre Freude, euch bei uns empfangen zu dürfen. Ich bin glücklich, aus Deinen bedeutenden Worten eure volle Zufriedenheit mit dem euch in meinem Lande Gebotenen vernehmen zu können. Eure zartfühligen Wünsche für meine Gesundheit rühren mich tief. Mit Gottes Hilfe auf baldiges Wiedersehen!“

Depeschenwechsel zwischen dem Kaiser und dem Sultan.

Wien, 28. Mai.

Der Kaiser hat am 22. d. nachstehendes Telegramm an den Sultan gerichtet:

„An Se. kaiserliche Majestät den Sultan Mehmed V.,
Konstantinopel!“

In dem Augenblick, da Wir den türkischen Boden verlassen, ist es der Kaiserin und Königin sowie Mir ein Herzensbedürfnis, Eurer Majestät nochmals zu sagen, wie glücklich und tief dankbar Uns all die Güte macht, mit der Eure Majestät Uns während Unseres Aufenthaltes in der schönen Hauptstadt des verbündeten Kaiserreiches umgeben haben.

Wir werden für immer die beste Erinnerung an diesen ebenso freundschaftlichen wie glänzenden Empfang bewahren, und Wir legen die wärmsten Wünsche für die erhabene Person Eurer Majestät sowie für das Glück Ihrer Völker, deren zahlreiche Beweise von Sympathie Uns lebhaft gerührt haben.
Karl.“

Die Antwortdepesche des Sultans lautete:

„An Se. Majestät den Kaiser und König Karl,
Wien!“

Ich danke Eurer kaiserlichen und königlichen Majestät sowie Ihrer Majestät der Kaiserin und Königin lebhaft für die gütigen Worte, die Sie beim Verlassen des türkischen Bodens an mich gerichtet haben. Ich war sehr glücklich, Eure Majestät, meinen erhabenen Freund und Verbündeten, und Ihre Majestät die Kaiserin und Königin zur großen Freude meines Volkes in meiner Hauptstadt zu empfangen. Ich werde stets eine lebenslang sympathische Erinnerung an den Aufenthalt Eurer Majestäten in der ottomanischen Hauptstadt bewahren und ich bitte Eure Majestäten, an die Wichtigkeit der Wünsche zu glauben, welche ich für deren Glück und Gesundheit hege.
Mehmed Reshad.“

**Ministerpräsident Dr. Wekerle über seinen
Wiener Aufenthalt.**

**Audienz beim Kaiser. — Besprechung mit Graf
Burian und Dr. v. Seidler.**

Wien, 31. Mai.

Der ungarische Ministerpräsident Dr. Wekerle, der gestern nachmittag vom Kaiser in längerer besonderer Audienz empfangen wurde, hatte nach ihr eine längere Besprechung mit dem Minister des Aeußern Grafen Burian und mit dem österreichischen Ministerpräsidenten v. Seidler und kehrte dann mit dem Nachzuge nach Budapest zurück. Vor seiner Rückkehr empfing der Ministerpräsident den Wiener Vertreter des „Pesti Naplo“, dem gegenüber er sich folgendermaßen äußerte:

„In der Audienz erstattete ich dem Monarchen Bericht über eine Reihe aktueller innerpolitischer Angelegenheiten. Die Nachricht, als hätte an dem Aufenthaltsort des Monarchen ein Kronrat stattgefunden, entspricht nicht der Wahrheit. Es fand nur eine Besprechung zwischen dem Minister des Aeußern Grafen Burian, dem Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler und mir statt.

Auf die Frage, ob er dem heutigen Empfange des Königs von Bayern beiwohnen werde, antwortete der ungarische Ministerpräsident: „Ursprünglich hatte ich die Absicht, an dem Empfang des Königs von Bayern teilzunehmen, ich muß jedoch wegen unaufschiebbarer dringender Angelegenheiten noch heute nach Budapest zurückkehren.“

Der Friedensvertrag von Brest-Litowsk.

Hierauf richtete der Vertreter des „Pesti Naplo“ an den Ministerpräsidenten die Frage, wann der Friedensvertrag von Brest-Litowsk ratifiziert werde, und wies darauf hin, daß die feindliche Presse im Zusammenhang mit der noch nicht erfolgten Ratifizierung des Brest-Litowsker Friedensvertrages tendenziöse Nachrichten gegen Oesterreich-Ungarn in die Welt setze. Ministerpräsident Dr. Wekerle erwiderte: „Diese tendenziösen Nachrichten entbehren jeder tatsächlichen Grundlage. Der Austausch der Ratifizierungsurkunden dürfte innerhalb der nächsten zwei Wochen erfolgen, worauf dann die diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland wieder aufgenommen werden können.“

Mare nostrum.

Der Verzicht der Italiener auf Dalmatien.

Die zwölfte Isonzoschlacht war mehr als eine Landschlacht. Bei Tolmein und Karfreit ist die Kieflinie der italienischen Dreadnoughts durchbrochen worden, ist der Zukunftsraum Italiens von der ungeteilten Seeherrschaft über die Adria zerronnen.

In diesen Wochen fand zu Rom der Kongreß der „unterdrückten österreichischen Nationalitäten“ statt, über den die offizielle Berichterstattung der Entente-Agenturen einstweilen noch geschwiegen hat; was an Zeitungsberichten bisher zu uns gekommen ist, läßt aber die begründete Voraussage zu, daß Italien zwar sein Gesicht gewahrt hat und anscheinend dem Selbstbestimmungsrecht der Völker ein großzügiges Opfer darbringt, daß in Wirklichkeit aber der italienische Imperialismus sein wichtigstes Kriegsziel preisgegeben hat, mit anderen Worten, den Krieg als verloren betrachten muß: Die Herrschaft über beide Ufer der Adria, die Annexion der dalmatischen Küste Oesterreichs wird zugunsten der Südslawen aufgegeben, die Ansprüche der jugoslawischen Politiker auf weite Strecken der adriatischen Ostküste werden anerkannt.

Wir wissen aus den Veröffentlichungen der Petersburger „Pravda“ vom 28. November, daß Italien nach Punkt IV des Geheimvertrages mit der Entente die Provinz Dalmatien erhalten sollte, von Issarica und Trebinie im Norden bis zu einer Linie im Süden, die die Flußtäler, die in den Sebnico münden, einschließt; dazu alle der Küste im Norden und Westen vorgelagerten Inseln. Wir wissen auch, daß dies die Forderung war, die am weitesten über die von Oesterreich im Mai 1915 angebotenen Zugeständnisse hinausging. Ob die Grenze in Südtirol unbedingt über den Brenner verlaufen müsse, ob im Interesse der Bevölkerung von Triest selber eine völlige Autonomie nicht der Eingliederung in den italienischen Reichsverband vorzuziehen gewesen wäre, das hätte doch die meisten Italiener über die unbedingte Notwendigkeit eines Krieges zweifeln lassen können. Die völlige Abschließung der Adria, des mare nostrum, als italienischen Binnenmeeres war das herauschende Schlagwort, das die Massen mit sich riß. Ueber allen Hafentoren der dalmatischen Städte sollte sich — in der Sprechweise des Gabriele d'Annunzio — das geschlossene Evangelienbuch unter den Klauen des Markuslöwen wieder öffnen. Und der Auffrei der südslawischen Politiker, daß dies ein Eingriff der Italiener in heiliges fremdes Eigentumsrecht sei, daß 90 v. H. der Bewohner Dalmatiens Slawen und nicht Romanen seien, wurde mit dem Troste erwidert, daß nur die milde Herrschaft der lateinischen Kultur das sonnige Küstenland vor dem barbarischen Eindringen der germanischen Gewalt schützen könnte.

Im Lager der Entente hat man diesen italienischen Imperialismus immer als einen Schönheitsfehler in der gemeinsamen demokratischen Kosmetologie empfunden. Aber nicht die salbungsvollsten Reden des Präsidenten Wilson und noch weniger die groben Anvempelungen der russischen Revolutionspresse nach der Verkündung des Protektorats über Albanien taten in Rom ihre Wirkung. Erst in den letzten Monaten, nach den großen Herbstschlachten am Karst und dem Rückzug über die Piave, ist eine tiefgreifende Veränderung in der öffentlichen Meinung Italiens vor sich gegangen. Eine Anzahl einflussreicher Blätter unter der Führung des „Corriere della Sera“ tritt in den letzten Monaten dafür ein, daß Italien auf Dalmatien zugunsten der Südslawen verzichten müsse; der „Secolo“ stellte seine Spalten dem Führer der serbischen Dalmatier Dr. Trumbitsch zur Verfügung. Die Northcliffepresse und das „Journal des Débats“ bemühen sich unaufhörlich aus allen Kräften, dem politischen Rückzug der lateinischen Schwester goldene Brücken zu bauen.

Es ist unleugbar, daß durch einen italienisch-südslawischen Ausgleich eine politische Chance für die Mittelmächte erlischt, daß die Stimmung der österreichischen Südslawen, die beim Eintritt Italiens in den Krieg reichstreu war, durch diese neue Wendung beeinflusst werden könnte. Aber man darf das psychologische Moment nicht vergessen, daß dieses Entgegenkommen Italiens nicht ein Ausfluß des Kraftgefühls, sondern des Schwächebewußtseins ist. Die Entdeckung des slawischen Anrechts auf Dalmatien erfolgte nach dem Durchbruch bei Tolmein und Flitsch. Bedarf es einer Niederlage an der Piave und bei Asiago, um in italienischen Bewußtsein die Erkenntnis wachzurufen, daß neben dem italienischen Verlangen nach „Triest“ ein slowenischer Anspruch auf „Triest“ besteht?

Beichte, die aus den Heimkehrslagern in Ostalpen kommen, versichern, daß dort für das Ende des Kriegsjahres ein Soldatenmaterial den verbündeten Armeen wieder ersteht, wie es heute kaum die Sturmtruppen an der Tiroler Front aufweisen können, wie es aber die erschöpfte italienische Volkskraft nicht mehr aufbringen kann. Wenn die italienische Regierung neue Blutopfer braucht, bevor sie das Unrecht Oesterreichs auf seinen erbgeerbten freien Ausgang zum Meer anerkennen will, vielleicht weiß das italienische Volk nach zwölf Isonzoschlachten und dem Bankrott der „mare nostrum“-Phrase, sich von seinen wahren Feinden und Verderbern zu befreien.

Oesterreich-ungarische Verhandlungen mit Vertretern Serbiens.**Die Heimsendung Invalider.**

Bern, 1. Juni.

Vom 28. Mai bis 1. Juni tagte in Bern eine Konferenz von Vertretern der österreich-ungarischen und der serbischen Regierung zur Behandlung der Fragen betreffend die Opfer des Krieges. Von österreichisch-ungarischer Seite wohnten den Verhandlungen Graf Spiegelfeld, der Präsident des Zentralnachweisedbureaus in Wien, Major Reidner und Oberleutnant Epstein, von serbischer Seite Sanitätsoberst Dr. Boris Pavljevic, der Präsident des serbischen „Roten Kreuzes“ Prof. Markovic, der Delegierte des serbischen „Roten Kreuzes“, und Oberleutnant Nenadovic, der Militärattaché bei der serbischen Gesandtschaft in Bern, bei. Die Konferenz leitete Minister Paul Dinichert. Die Arbeiten führten zu einem befriedigenden Ergebnis. Es wurde eine Vereinbarung unterzeichnet, die insbesondere die Heimschaffung der invaliden Kriegsgefangenen sowie den Austausch invalider Kriegsgefangener regelt. Die Vereinbarung bedarf noch der Genehmigung der beiderseitigen Regierungen.

Lloyd George und der Kaiserbrief.

Mitteilungen eines englischen Journalisten.

Bern, 1. Juni.

„Manchester Guardian“ bringt als letztes Wort des aus Frankreich ausgewiesenen Pariser Berichterstatters Robert Dell einen Artikel, worin es heißt: „Wenn Clemenceau wünschte, daß der österreichisch-ungarische Friedensvorschlag Geheimnis bleiben sollte, hätte er den ersten Kaiserbrief nicht veröffentlichen

dürfen. Zweifellos habe er das nicht unüberlegt in einem Anfall von Aerger getan, sondern den Schritt reiflich überlegt und offenbar zuerst beabsichtigt, die ganze Angelegenheit bekanntzugeben, später aber, nachdem er das ganze Dossier studiert hatte, seine Absicht geändert. Er, Dell, habe es für seine Pflicht gehalten, England eingehend über die Angelegenheit zu informieren, weil es Anspruch darauf hatte, zu wissen, daß Lloyd George dem Friedensvorschlag sympathisch gegenüberstand und, wie Balfour gesagt hatte, niemand mehr bestrebt sein könne als die englische Regierung, den Krieg zu einem ehrenvollen Ende zu bringen. Dell bemerkt, daß die von ihm gemeldete Stellungnahme Lloyd Georges zu dem Kaiserbrief indirekt durch Balfours Rede vom 16. Mai bestätigt wurde. Schon die Tatsache, daß nicht der Premierminister, sondern Balfour über die Angelegenheit im Unterhause sprach, sei auffällig gewesen und in Frankreich nicht unbemerkt geblieben. Ferner habe Dell mit der Berichterstattung den Zweck verfolgt, die englische Regierung zu einer amtlichen Absage bezüglich der nicht von der französischen Regierung sondern von Poincaré gestellten Forderung nach dem größeren Elsaß zu bestimmen, was ihm auch gelungen sei. Dell bemerkt schließlich, das Scheitern der Verhandlungen werde damit entschuldigt, daß Oesterreich-Ungarn es verweigerte, Zugeständnisse an Italien zu machen. Wenn man auf Friedensvorschläge warte, die man diskussionslos annehmen könnte, würde der Krieg noch viele Jahre dauern.

Genf, 3. Juni.

In der „Verité“ greift der ehemalige Deputierte Lucien le Foyer Ribot wegen dessen Politik gegenüber Oesterreich-Ungarn erneut heftig an. Er schreibt: Die Hoffnung, Oesterreich-Ungarn mitten im Kriege von seinem Verbündeten trennen zu können, war eine Chimäre. Hingegen wäre es vernünftig gewesen, sich bei den künftigen Friedensverhandlungen seine Unterstützung oder doch zumindest seine guten Dienste zu sichern. In jedem Falle aber hätte Frankreich Oesterreich-Ungarn gegenüber seine traditionelle Politik treiben müssen. Statt dessen gefallen wir uns tölpelhafterweise darin, über Oesterreich zu spotten und es als Vasall Deutschlands hinzustellen, und stärken so die Bande, die es mit unserem mächtigen Feinde verknüpfen. Um des bloßen Vergnügens willen, einen scheinbaren Sieg zu erringen, ist man bemüht, die Auflösung Oesterreichs verwirklichen zu helfen, ohne sich jedoch der Rückwirkungen bewußt zu sein, die ein solches Ereignis haben müßte.

Masaryk in Amerika.

Masaryk hält sich, wie die „Times“ berichten, jetzt in Amerika auf. Er soll bereits viele hervorragende Amerikaner zu der Ueberzeugung bekehrt haben, daß Oesterreich „die schwache Stelle in Deutschlands Rüstung“ sei. So lange Oesterreich intakt bleibe, gelte des Kaisers „Fiat!“ von Riga bis zum persischen Golf, wenn aber Oesterreich zusammenbräche, sei der Sieg der Entente nahe.

Der czechisch-slowakische Nationalrat hat in Amerika einen Zweigvorstand von 16 Mitgliedern. Dieser hat eine Organisation geschaffen, welche die Mehrheit der in Amerika lebenden anderthalb Millionen czechischer und slowakischer Geburt oder Abstammung umfaßt. Das czechische Element hat schon vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg sehr stark gegen Deutschland gearbeitet; jetzt treten die waffenfähigen Tschechen in die Armee ein. Die czechische Agitation legt es darauf an, die Entente zu veranlassen, die Zerstörung Oesterreich-Ungarns zum Hauptpunkt ihres Programms zu erklären.

Lloyd-George Leiter der auswärtigen Politik
der Entente.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Genf, 6. Juni.

Von der Versailler Konferenz nahm Lloyd-George ausreichende Vollmachten mit, um aus den jüngsten Vorgängen in Großrußland, Finnland und der Ukraine die für die Entente unabwendbaren Konsequenzen zu ziehen und außerdem mit der Solioter Regierung, vorbehaltlich der Genehmigung Wilsons, neue Vereinbarungen zu treffen. Clemenceau läßt mitteilen, daß er, durch Frontaufgaben überbürdet, seinem britischen Kollegen gern die alleinige Fortführung der allgemeinen politischen Angelegenheiten überläßt.

Schweizer Vorarbeiten für einen Völkerbund.

Bern, 6. Juni.

Die Schweizerische Depeschagentur meldet: Bei Verhandlung des Geschäftsberichtes des Bundesrates für das Jahr 1917 im Nationalrat erklärte Bundespräsident Calonder, daß der Bundesrat den Fragen der Gestaltung des künftigen Völkerrechtes und der Errichtung eines Völkerbundes die größte Aufmerksamkeit widme. Professor Huber (Zürich) sowie eine einzusetzende Kommission von Experten werden die Fragen prüfen. Die Untersuchungen sind natürlich rein theoretischer Natur und streng zu trennen von der Frage, ob der Bundesrat nicht im gegebenen Zeitpunkt als Vermittler auftreten soll. Der Bundesrat steht nach wie vor auf dem Standpunkte, seine guten Dienste in dem Augenblick anzubieten, wo er annehmen darf, daß beide kriegführenden Parteien dies wünschen. Redner erörterte eingehend die künftige Gestaltung des internationalen Rechtes. Das Ziel müsse sein, in Europa eine internationale Rechtsordnung herzustellen, die diesem Erdteil gestattet, neben den anderen Kontinenten an der Weltarbeit teilzunehmen. Die rettende Tat könne nur erfolgen, wenn die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer Neuorganisation der internationalen Politik das Bewußtsein aller beteiligten Völker beherrscht. An diesem Rettungswerke könne kein Volk einen größeren Anteil nehmen als die Schweiz, für die die Schaffung internationaler rechtlicher Normen zur Vermeidung kriegerischer Konflikte das Lebenselement bildet. Das Ideal einer Verständigung der Völker wächse aus der Eigenart des schweizerischen Staates ganz von selbst heraus, der geradezu die Vorstufe zu der angestrebten Organisation einer Gesellschaft der Nationen bildet. Bei der Neuordnung des internationalen Rechtes wird vor allen Dingen wichtig sein die Schaffung von Institutionen zur friedlichen Beilegung internationaler Gegensätze. Rechtliche Differenzen müssen einer internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zugewiesen werden, wobei die Staaten die möglichst unbeschränkte Pflicht anerkennen müssen, solche Rechtsstreitigkeiten wirklich dem Spruch des Gerichtes zu unterbreiten. Streitigkeiten, die sich nicht zu einer rechtlichen Beurteilung eignen, müssten der Gegenstand der Vermittlung einer besonderen Institution sein, wobei die Staaten wiederum verpflichtet sein sollen, wenigstens den Vorschlag der Vermittlungskonferenzen abzuwarten. Beide Einrichtungen müssten permanenten Charakter haben und selbständig sein, um die Aufgabe wirklich erfüllen zu können. Bei dem Ausbau der zwischenstaatlichen Rechtsordnung muß auf die gegebenen Verhältnisse Rücksicht genommen werden, damit nicht Vereinbarungen getroffen werden, die dann im entscheidenden Moment doch nicht eingehalten werden. Die Völker müssen dazu kommen, an die Stelle des Machtgedankens die Rechtsidee zu setzen. Dieses ideale Ziel ist gewiß schwer erreichbar, aber ohne Optimismus und ohne Idealismus ist noch nie ein großes politisches Ziel, ein großer Fortschritt erreicht worden. (Beifall.)

Der Versailler Kriegsrat gegen die österreichisch-ungarische Monarchie.**Beschluß zur Aufreizung der Polen, Tschechen und Südslawen.**

Genf, 7. Juni.

Nach einer aus Paris eingelangten Meldung ist bei dem am 3. d. in Versailles abgehaltenen Kriegsrat vereinbart worden, als ein von Frankreich, Großbritannien und Italien anzustrebendes Kriegsziel die Schaffung selbständiger Staaten für die Polen, die Tschecho-Slowaken und die Jugoslawen aufzustellen. Gleichzeitig haben die Regierungen der Alliierten von der Erklärung des Staatssekretärs Lansing, wonach die Vereinigten Staaten die Bestrebungen der Tschechen, Slowaken und Südslawen mit Sympathie betrachten, Kenntnis genommen und haben sich derselben unter dem Ausdrucke ihrer lebhaften Teilnahme für die Wünsche dieser Völker angeschlossen.

9. / 11. 1918

Zur Reise Burians nach Berlin.

Die „austro-polnische Lösung“.

Aus Wien wird uns gemeldet: Die „Neue Freie Presse“ erfährt aus Ofen-Pest, daß in den Berliner Besprechungen Burians die Lösung der polnischen Frage eine hervorragende Rolle spielen werde. Zwischen der Polenfrage und dem südslawischen Problem bestehe ein gewisser Zusammenhang. Die austro-polnische Lösung werde als Bedingung einer nach den ungarischen Wünschen orientierten Lösung der südslawischen Frage angesehen, die darin bestünde, daß Dalmatien mit Kroatien vereinigt und Bosnien und die Herzegowina unter einem eigenen Banus den Ländern der Stephanskrone angegliedert, oder gar mit Ungarn direkt vereinigt werden. Den Verhandlungen, die für die künftige Struktur der Habsburgischen Monarchie von hervorragender Bedeutung seien, werde in politischen Kreisen das größte Interesse entgegengebracht.

Demgegenüber meldet ein Berliner Telegramm der „Köln. Ztg.“:

Was versteht man eigentlich unter austro-polnischer Lösung? Jeder denkt sich etwas anderes dabei, wie schon die verschiedenen Lösungen dartun, die man für die polnische Frage gefunden hat, und der Ausdruck, der sich nun schon beinahe Bürgerrecht erworben hat, ist deshalb nicht gerade sehr geschickt gewählt. Was Oesterreich darunter versteht, nämlich eine Angliederung Polens an die Doppelmonarchie, ist bekannt; ebenso bekannt ist aber auch, daß wir anderer Auffassung sind, und daß wir schon verschiedene Male erklärt haben, daß für uns die austro-polnische Lösung als erledigt betrachtet wird, besonders nachdem bei den Besprechungen im Großen Hauptquartier eine Einigung sich nicht gezeigt hat. Nach Ansicht des Grafen Burian hat die Lösung im österreichischen Sinne viel für sich, und er hat sich vorbehalten, seine Gründe nochmals darzulegen. Sein Besuch in der nächsten Woche, der mit kleinem Gefolge stattfindet und in der Hauptsache eine zeremonielle Formsache ist, wird ihm Gelegenheit geben, seine Absicht auszuführen. Nach unserer Meinung ist es nicht praktisch, diese Art der Lösung zu erstreben, und Graf Burian wird sich demnächst mit der deutschen Auffassung bekanntmachen können. Der Gedankenaustausch wird die nötige Klarheit herbeiführen, und man wird auch in jenen österreichischen Kreisen, die von einem engeren Anschluß an Deutschland nicht viel halten, sich dann vielleicht zu der Ansicht bekehren, daß die möglichst baldige Vertiefung des Bündnisses im gegenseitigen Interesse liegt. Eine Verständigung in diesem Punkte wird auch der Lösung der polnischen Frage den wünschenswerten Vorschub leisten, da beide eng miteinander verknüpft sind. Graf Burian gilt als ein besonders warmer Befürworter des Bündnisgedankens, und seine bekannte Deutschfreundlichkeit läßt erwarten, daß er alles tun wird, auch fernerhin dem Gedanken die Förderung angedeihen zu lassen.

die einen baldigen Erfolg verspricht. Dann dürfte die polnische Frage als eine Nebenfrucht der Berliner Verhandlungen von selbst der Lösung entgegenreifen.

10./VI. 1918

**Ausrücken tschechischer Kompagnien zu Ehren
des Prinzen von Wales.**

Die „Times“ bringt einen Zeitartikel über den Empfang des Prinzen von Wales in Rom.

Darin wird von der Rolle gesprochen, welche bei dieser Gelegenheit den meuterischen tschechischen Kompagnien zugewiesen worden ist. Das erwähnte Blatt, das bekanntlich unter dem Einflusse des Ministers für auswärtige Propaganda, Lord Northcliffe, geleitet wird, schreibt: Unter den bemerkenswerten Erscheinungen der italienischen Feier war die Tatsache, daß zwei tschechisch-slowakische Kompagnien sich unter den Truppen befanden, die ausgezogen waren, um den Prinzen von Wales zu empfangen. Diese Abtheilung ist im Begriffe, ihren Platz an der italienischen Front einzunehmen. Eine Gruppe von südslowakischen Offizieren hat an der im Augusteum veranstalteten Feier teilgenommen. Diese Vertreter der unterdrückten Völker in der österreichisch-ungarischen Monarchie haben den Veranstaltungen eine besondere Farbe gegeben. Die „Times“ versichert, daß den Engländern mit Unrecht vorgeworfen werde, sie hätten gegen die Befreiung der unerlösten Italiener und anderer Völker der Monarchie nur laue Gefühle. Aus einer Rede des Lord Robert Cecil im Mansion House gehe klar hervor, daß die britische Regierung sich für gebunden erachte, diese Völker im Kampfe für ihre Freiheit zu unterstützen.

In dem Zeitartikel der „Times“ wird die Feier im Augusteum erwähnt. In dem ausführlichen Berichte über den Eindruck, den die Rede des Prinzen von Wales auf das italienische Publikum hervorgerufen hat, wird nicht unterlassen, zu erwähnen, daß in einer Loge der Stab der tschechisch-slowakischen Brigade und daß im Parkett eine Gruppe von südslowakischen Offizieren gesessen habe.

Wilson über die „idealen“ Kriegsziele Amerikas.

Washington, 9. Juni.

Reuter meldet: Eine Gruppe mexikanischer Zeitungsverleger und Tageschriftsteller, die die Vereinigten Staaten bereist, ist vom Präsidenten Wilson empfangen worden, der ihr sein Bedauern ausdrückte, daß das mexikanische Volk die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Mexiko so wenig verstanden habe, obgleich sie, von aufrichtiger Freundschaft getragen, dem Nachbar nichts Böses zu tun, sondern nur Dienste zu leisten bestrebt gewesen sei und stets den Grundsatz verfolgt habe, daß die Gestaltung der inneren Angelegenheiten Mexikos die Vereinigten Staaten nichts angehe. Es möge den Mexikanern ja zeitweise schwer geworden sein, das zu verstehen, aber die Truppen sendungen der Vereinigten Staaten nach Mexiko hätten diesen nur helfen sollen gegen Lewis, der die Ordnung von inneren Angelegenheiten Mexikos unmöglich gemacht hätte, nichts weiter. Gewisse Einflüsse, offenbar von Deutschen in Mexiko, setzten die tatsächlichen Verhältnisse in ein ganz falsches Licht. Beispielsweise habe ein Blatt in Guadalupe die Nachricht von der beträchtlichen Versenkung amerikanischer Schiffe dahin umgestaltet, daß auf der Höhe von Cherapeate 18 Kriegsschiffe versenkt worden seien und daß das Marineamt der Vereinigten Staaten diese Tatsache verschweige. Derartige Nachrichten könnten nur von solchen Leuten stammen, die Mexiko und die Vereinigten Staaten zu entzweien wünschen. Nun ist jedenfalls für eine Zeit lang — und ich hoffe, daß es keine kurze Zeit sein wird — der Einfluß der Vereinigten Staaten etwas vorherrschend in den Angelegenheiten der Welt und ich glaube, er ist deshalb vorherrschend, weil die Nationen der Welt, die weniger mächtig sind als einige der größten Nationen, zu dem Glauben gelangten, daß unser aufrichtiger Wunsch nach uneigennütigen Diensten strebt, um sie den stärksten Nationen der Welt vollkommen gleichzustellen.

Ich blicke mit Stolz vorwärts in eine Zeit, die, wie ich hoffe, kommen wird, wo wir tatsächlich Beweise dafür werden geben können, daß wir vom Ausgang dieses Krieges nicht nur nichts wünschen, sondern daß wir auch nicht etwas annehmen würden. Damit ist unbedingt der Fall eines uneigennütigen Vorgehens gegeben, und wenn Sie die Haltung unseres Volkes beobachten werden, so werden Sie sehen, daß es durch nichts so angefeuert ist als durch die Gewißheit, daß dieser Krieg, so weit wir in Betracht kommen, für ideale Zwecke geführt wird. Eine der Schwierigkeiten, die wir in den ersten drei Kriegsjahren, in denen sich die Vereinigten Staaten noch nicht im Kriege befanden, erfahren haben, war die, die europäischen Nationen zu der Ueberzeugung zu bringen, daß die Vereinigten Staaten nichts für sich selbst begehren, daß ihre Neutralität nicht selbstsüchtigen Zwecken diene und daß sie, wenn sie in den Krieg eingetreten sind, dies nicht getan haben, um irgend etwas Wesentliches aus dem Krieg zu erlangen, materielle Ziele, Gebiets- oder Handelsvorteile oder sonst etwas von dieser Art.

In einigen der auswärtigen Aemter befinden sich Leute, die mich persönlich kennen und, wie ich hoffe, glauben, daß meine Versicherungen aufrichtig waren und daß unsere Ziele uneigennützig sind, aber sie dachten, daß diese Versicherungen von einem Akademiker waren, der den gewöhnlichen Informationsquellen fernstehe und klösterliche, ideale Zwecke verkünde. Sie glaubten nicht, daß ich wirklich aus dem Herzen des amerikanischen Volkes spreche. Eines Abends hielt ich in Newyork bei Eröffnung eines Werbefeldzuges zur Gewinnung von Geldmitteln für unser Rotes Kreuz eine Rede. Ich hatte nicht die Absicht, über Rußland zu sprechen; aber ich sprach, ohne Aufzeichnungen gemacht zu haben, und während ich so meine Gedanken entwickelte, kam ich auf Rußland zu sprechen und sagte, daß wir Rußland genau so nachhaltig beistehen wollen, wie wir Frankreich, England oder irgendeinem der anderen Alliierten beistehen würden. Die Zuhörerschaft, zu der ich sprach, war keine solche, von der ich eine begeisterte Aufnahme meiner Ausführungen erwartet hätte. Dazu war sie zu gut angezogen. Es war mit anderen Worten keine Zuhörerschaft aus der Volksschicht, die Gefühl für die Leiden des gemeinen Mannes in Rußland haben mußte. Aber diese Zuhörerschaft trampelte vor Begeisterung mit den Füßen. Nichts von dem, was ich sonst bei dieser Gelegenheit sagte, erweckte einen gleichen Begeisterungssturm wie dieser einzige Satz.

10. / 11. 1918

Payer über den Ausbau des deutsch-österreichischen Bündnisses.

Vizekanzler v. Payer hat in einem Gespräch mit dem Vertreter der „Neuen Freien Presse“ folgende Anschauungen über die Ausgestaltung des deutsch-österreichischen Bündnisses entwickelt:

Die Bündnisverhandlungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn sollen bekanntlich in nächster Zeit beginnen. Ich nehme an, daß von beiden Seiten alles geschieht, um sie zu einem baldigen Abschluß zu bringen. Ein solcher würde das Zustandekommen des Friedens beschleunigen, weil er die Hoffnung unserer Feinde beseitigen würde, Zwietracht zwischen uns zu säen. Er ist auch dringend geboten, weil wir bei den Friedensverhandlungen stärker sein werden, wenn wir einheitlich unseren Feinden gegenüber treten können.

Die bisherige Form des Bündnisses genügt nicht. Weil es sich um Lebensfragen Deutschlands wie Oesterreich-Ungarns handelt, darf die Fortdauer des Bündnisses nicht immer wieder von den Stimmungen bei jeweiligem Ablauf einer kurzen Vertragsdauer abhängig sein; die Lebensgemeinschaft muß eine so innerliche werden, daß der Gedanke an eine Trennung sachlich ausgeschlossen ist, gleichgültig, ob man den Vertrag nach herkömmlicher Formel etwa auf ewig oder ob man ihn auf eine lange Reihe von Jahren schließt.

Das Schwergewicht des Bündnisses muß jetzt auf den wirtschaftlichen Anschluß gelegt werden. Ein Zusammenschließen auf diesem Gebiete ist aussichtsreich, weil die natürlichen Voraussetzungen für ein solches gegeben sind. Die bestehenden Grenzen sind vielfach mehr historische als wirtschaftliche. Das Stück Welt, das den verbündeten Reichen gehört, ist groß genug und nach außen hin deutlich genug abgeschlossen, um eine weitgehende Unabhängigkeit vom Auslande zu ermöglichen und den einzelnen Teilen gegenseitig fast alles zu bieten, was sie wirtschaftlich brauchen. Vor allem wird ein so großes und so reiches Gebiet seinen Einwohnern die nötigen Nahrungsmittel, seiner Industrie Kohlen und Erze genügend liefern. Das Absatzgebiet für die Industrie ist innerhalb eines solchen Bündnisses selbst schon ein viel umfassendes. Alle diese Vorteile werden sich vermehren, wenn sich den verbündeten Reichen in irgendeiner Art Polen und die nördlichen Randstaaten wirtschaftlich anschließen. Sie wachsen ins Ungemessene, wenn sich etwa in loserer Form auch Bulgarien, Rumänien und vielleicht die Türkei beteiligen.

Das System der gewöhnlichen Handelsverträge auf kurze Dauer kann schon deshalb nicht in Frage kommen, weil wir nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch politisch und militärisch verbündet sein wollen, und die Vorteile, die wir uns dabei gegenseitig auch handelspolitisch gewähren müssen, unmöglich etwa auf Grund der Meistbegünstigungsklausel anderen Staaten gleichfalls gewähren können, die uns sonst im Leben der Völker gleichgültig, vielleicht feindselig gegenüberstehen. Hand in Hand mit dem allmählichen Verschwinden der Zollgrenzen muß eine Vereinheitlichung oder weitgehende Annäherung der wirtschaftlichen Gesetzgebung, vor allem in Hinsicht auf Handel und Gewerbe und auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Arbeiterfürsorge gehen. Gewisse Formen der indirekten Besteuerung müssen gleichmäßig gestaltet werden.

Der zu schaffende Bündnisvertrag kann einschließlich der wirtschaftlichen Vereinbarungen nur auf Gegenseitigkeit beruhen. Er wird wieder durchaus nur Verteidigungs-, nicht Angriffszwecken dienen. Jedes Reich mag in seinen inneren Angelegenheiten nach seinem Gutdünken schalten und walten. Daß eine gegenseitige Rücksichtnahme, ein einheitliches Auftreten in der Stellung zu den auswärtigen Fragen erforderlich ist, liegt in der Natur der Sache.

Unterstützt werden muß das politische Zusammengehen durch eine Verständigung über die militärischen Fragen. Mit jeder politischen und wirtschaftlichen Annäherung, die zwischen dem neuen Bund und den vom Drucke Rußlands befreiten Balkanstaaten oder gar der Türkei stattfindet, vermehrt sich das Schwergewicht des Blockes und damit die Garantie des Friedens noch weiter.

(Oesterreichische Waffenbrüderliche Vereinigung.) Im Bibliotheksaal des Landhauses hielt am 6. d. die Abteilung für Erziehung und Unterricht der Oesterreichischen Waffenbrüderlichen Vereinigung ihre gründende Versammlung ab. In Gegenwart des Vizepräsidenten Dr. v. Plener und zahlreicher Männer der Wissenschaft eröffnete der Vorsitzende des Vollausschusses Rudolf Graf Colloredo-Mannsfeld mit Begrüßungsworten die Sitzung. Hofrat Prof. Dr. v. Schwind begründete eingehend die Notwendigkeit der Schaffung einer Abteilung für Erziehung und Unterricht. An der sich an das einleitende Referat anschließenden anregenden Wechselrede beteiligten sich Dr. Baernreither, Dr. Rabermacher namens der Universität, Prof. Gantschel als Obmann des Vereins Mittelschule, Gymnasialdirektor Dr. Wolke, Frau Prof. Dr. Weiskner und Prof. Sammer. Alle traten für die beabsichtigte Grün-

dung ein. Unterrichtsminister Dr. v. Saffarék erklärte sich bereit, dem Rufe, an die Spitze der Abteilung zu treten, Folge zu leisten. Es wurde sodann die Gründung der Gruppe beschlossen und deren Konstituierung vorgenommen.

11. VII. 1918

Die Berliner Reise des Grafen Burian. Eingehendste politische Verhandlungen.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 10. Juni.

Wie Ihrem Korrespondenten von maßgebender Seite mitgeteilt wird, begrüßt man in deutschen Regierungskreisen mit Freude das morgen bevorstehende Eintreffen des Grafen Burian in Berlin, und wenn auch die Berliner Reise des österreichisch-ungarischen Ministers des Aeußern zunächst der Erfüllung einer Höflichkeitspflicht gegenüber dem Reichskanzler gilt, dem Antrittsbesuch des Grafen Burian beim Grafen Hertling, so erwartet man doch wichtige politische Ergebnisse von den Verhandlungen, die während des Aufenthaltes des Grafen Burian in Berlin werden geführt werden. Aus verschiedenen Gründen, deren einer die Unabkömmlichkeit der deutschen Heerführer in diesen Tagen ist, werden auch diesmal die Verhandlungen nicht zu einem definitiven Schluß gelangen. Aber die politischen Besprechungen werden jedenfalls so eingehend als möglich sein und es wird vor allem der Inhalt des auf so lange Dauer hinauszuschiebenden Bündnisvertrages, soweit dieser Inhalt politischer Natur ist, erörtert werden. Da gerade in diesem Augenblick die Entente eine neue politische Offensive gegen den österreichisch-ungarischen Staat einleitet und eine Propaganda vorbereitet, welche die Sonderbestrebungen einzelner Nationalitäten dieses Staates unterstützt und Oesterreich-Ungarn vom Bündnis mit Deutschland abdrängen soll, betrachtet man es hier als ein günstiges Zusammentreffen, weil durch diese Treibereien der Entente die Anhänger des Bündnisses mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn in ihren Entschlüssen, den Anschluß noch fester und dauernder zu gestalten, nur bestärkt werden können.

Die Abreise des Grafen Burian.

Wien, 10. Juni.

Graf Burian hat heute um 6 Uhr abends die angekündigte Reise nach Berlin angetreten.

Die Rückkehr des Ministers nach Wien erfolgt Mittwoch abend.

Die Unterwerfung der Czecho-Slowaken in Rußland.

Wien, 9. Juni.

Zu der bereits gemeldeten Entwaffnung czecho-slowakischer Auführer in Rußland werden noch folgende Einzelheiten gemeldet, die die ganze Vorgeschichte und den Verlauf des czecho-slowakischen Abenteuers beleuchten. Die Ursache des über Moskau verhängten Kriegszustandes bildete das Auftreten der Czecho-Slowaken. Diese erhielten im März 1918 vom Rat der Volkskommissäre die Erlaubnis, bewaffnet über Wladiwostok an die

französische Front abzugehen. Längs der sibirischen Hauptbahnlinie setzten sie sich nachher an vielen Punkten fest und brachten zahlreiche Orte in ihre Gewalt. Sie versuchten ferner, sich auch der Städte Tscheljabinsk, Pensa und Kusajewa, nördlich von Pensa, sowie Samara und Syran zu bemächtigen und agitierten gegen die Sowjetregierung. Die letztere befahl hierauf die Entwaffnung der Czecho-Slowaken und sammelte stärkere Streitkräfte im Raum von Pensa und Kusajewa. Es waren über 3000 bewaffnete Czecho-Slowaken, die Pensa besetzten. Inzwischen wurden sie von den Sowjettruppen in zweitägigem Kampfe hinausgeworfen. Die Czecho-Slowaken beabsichtigten angeblich, längs der Bahn gegen Samara vorzugehen, über welche Stadt ebenfalls der Kriegszustand verhängt wurde. Im ganzen scheinen dort gegen 12.000 Czecho-Slowaken gestanden zu haben, die, den letzten Meldungen zufolge, sich nunmehr unterwarfen.

11. VII. 1918

**Der Versailler Kriegsrat gegen Oesterreich-
Ungarn.**

Genf, 9. Juni.

Die gestern übermittelte erste Pariser Meldung über die am 3. Juni in dem Kriegsrate zu Versailles gefassten Beschlüsse war nicht vollkommen richtig. Die nun vorliegende amtliche Havas-Meldung lautet wie folgt:

Bei einer am 3. Juni in Versailles abgehaltenen Zusammenkunft der Ministerpräsidenten der drei alliierten Länder Frankreich, Großbritannien und Italien wurde Einverständnis über die Abgabe folgender Erklärungen erzielt:

Polen: Die Schaffung eines eigenen und unabhängigen polnischen Staates mit freiem Zugang zum Meere stellt eine der Bedingungen für einen dauernden und gerechten Frieden und die Herrschaft des Rechtes in Europa dar.

Czechen, Slowaken und Südslawen: Die alliierten Regierungen haben mit Genugtuung Kenntnis von der vom Staatssekretär der Vereingten Staaten abgegebenen Erklärung genommen und sie haben den Wunsch, sich ihr anzuschließen, wobei sie ihre lebhafteste Sympathie für die freiheitlichen nationalen Bestrebungen der czecho-slowakischen und südslawischen Völker zum Ausdruck bringen.

Die Beschlüsse der polnischen Beratung in Krakau.

Krakau, 10. Juni.

Die parlamentarische Kommission des Polenklubs hat heute nach zweitägigen Beratungen mehrere Entschlüsse angenommen, in welchen das Präsidium des Polenklubs ermächtigt wird, mit parlamentarischen Gruppen Verhandlungen, betreffend die Unteilbarkeit Galiziens, zu beginnen, gegen die gegenwärtige Regierung Stellung genommen und die baldige Einberufung des Parlaments gefordert wird.

Eine weitere Entschliebung ermächtigt das Präsidium des Polenklubs zur Einberufung der nächsten Klubitzung behufs Wahl des Obmannes.

Die Verhandlungen zwischen Deutschen und Polen.

Die „Deutschkölnische Korrespondenz“ meldet:

Die Beschlüsse der parlamentarischen Kommission des Polenklubs in Krakau dürften voraussichtlich ihre Wirkung auch auf die Verhandlungen ausüben, die seit längerer Zeit durch Vermittlung des Ministers für Gallizien Dr. p. Edwardowski zwischen dem Polenklub und den deutschnationalen Parteien, beziehungsweise der Christlich-sozialen Vereinigung geführt werden. Die Verhandlungen waren gestern dem Abschluß ziemlich nahe.

Sowohl die Polen als auch die deutschen Parteien haben eine Anzahl von konkreten Forderungen aufgestellt, auf die sich die Gegenpartei verpflichten müßte. Die polnischen Forderungen beziehen sich hauptsächlich auf die genannten Wünsche der Polen bezüglich der Gestaltung des neu errichtenden Königreiches Polen und auf die sogenannte austro-polnische Lösung, für welche die deutschen Parteien mit ihrem ganzen Einfluß sowohl bei

den maßgebenden Parteien der Monarchie als auch in Berlin einzutreten hätten. Die Forderungen der deutschen Parteien betreffen in erster Linie das Eintreten der Polen für die Bündnispolitik mit Deutschland und die Abwehr der czechischen und süd-slawischen Bestrebungen.

Die Strigung zwischen den deutschen Parteien und dem Polen soll die Form eines Bündnisses mit ganz konkreten Verpflichtungen erhalten, die beide Teile einzuhalten hätten. Die Verhandlungen waren gestern bereits soweit gediehen, daß die Perfektionierung des Paktes für die nächsten Tage zu erwarten stand. Inzwischen ist nun der Krakauer Beschluß der parlamentarischen Kommission des Polenklubs gefolgt. Es entsteht nun die Frage, ob die deutschen Unterhändler bei ihren Verhandlungen mit den Polen von der Voraussetzung ausgegangen sind, daß die Unterstützung, die sie von den Polen für die Staatsnotwendigkeiten verlangen, auch für das Kabinett Seidler gilt. Es ist vorauszusehen, daß die deutschen Parteien sich zunächst darüber schlüssig werden müssen, ob durch die vorgestrigen Krakauer Beschlüsse nicht auch eine Voraussetzung für das deutsch-polnische Bündnis berührt ist. Außerdem enthalten die vorgestrigen Beschlüsse der Polen auch Punkte, die sehr deutlich gegen die nationalen und politischen Interessen der deutschen Parteien gerichtet sind. Diese Formulierung hat in deutschen Kreisen ziemliche Mißstimmung erregt. Erst der weitere Verlauf der Verhandlungen kann zeigen, ob es gelingt, über die Differenzen hinwegzukommen.

Die Verhandlungen des Grafen Burian in Berlin.**Bester Wille für eine Verständigung.**

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 11. Juni.

Die Verhandlungen haben nachmittags 4 Uhr begonnen und haben drei Stunden gedauert. An den Verhandlungen nahmen teil von deutscher Seite: Reichskanzler Graf Hertling und Staatssekretär v. Kühlmann sowie der Referent für Oesterreich-Ungarn im Auswärtigen Amte, der Minister v. Bergen, von österreichisch-ungarischer Seite der Minister des Aeußern, Graf Colloredo und Prinz Hohenlohe. In demselben engen Kreis werden die Besprechungen morgen vormittag fortgesetzt werden, und vielleicht findet auch noch morgen nachmittag eine Konferenz statt.

Wie Ihr Korrespondent erfährt, war die Stimmung bei den heutigen Besprechungen eine gute und man hat den Eindruck von dem gegenseitigen besten Willen erhalten, zu einer Verständigung zu gelangen.

Berlin, 11. Juni.

Minister des Aeußern Graf Burian ist in Begleitung des Legationsrates Grafen Colloredo vormittags hier eingetroffen. Mit dem Minister kam der Botschafter Prinz zu Hohenlohe an, der in den letzten Tagen in Wien gewohnt hatte. Im Bahnhofe wurde der Minister vom Botschaftsrat Grafen Larisch sowie vom Sohn des Reichskanzlers Rittmeister Grafen Hertling empfangen, der den Minister im Namen des Reichskanzlers willkommen hieß. Nachmittags begannen die Besprechungen des Ministers mit dem Reichskanzler Grafen Hertling und dem Staatssekretär Doktor v. Kühlmann, die sich auch über den morgigen Tag erstrecken werden. Abends gab der Reichskanzler zu Ehren des Ministers ein Diner, woran auch Botschafter Prinz zu Hohenlohe und die Herren der Botschaft teilnahmen.

Graf Burian in Berlin.**Die ersten Besprechungen mit dem Kanzler.**

W Berlin, 11. Juni. Minister des Neuhern Graf Burian ist in Begleitung des Legationsrates Grafen Colloredo vormittags hier eingetroffen. Mit dem Minister kam der Botschafter Prinz zu Sohenlohe an, der in den letzten Tagen in Wien gewohnt hatte. Im Bahnhof wurde der Minister vom Botschafts-

rat Grafen Parisch sowie vom Sohn des Reichskanzlers Altmeister Grafen Hertling empfangen, der den Minister im Namen des Reichskanzlers willkommen hieß.

Nachmittags begannen die Besprechungen des Ministers mit dem Reichskanzler Grafen Hertling und dem Staatssekretär Dr. v. Kühlmann, die sich auch über den morgigen Tag erstrecken werden. Abends gab der Reichskanzler zu Ehren des Ministers ein Diner, woran auch Botschafter Prinz zu Sohenlohe und die Herren der Botschaft teilnahmen.

Die Stimmen der Berliner Presse.

W Berlin, 11. Juni. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt zu dem Besuch des österreichisch-ungarischen Ministers des Neuhern Grafen Burian in Berlin: Der Zweck des Besuches ist ein doppelter. Er ist zunächst der persönlichen Nützlichkeitsnahme des neuen Leiters der österreichisch-ungarischen auswärtigen Politik mit den Männern, die die Staatsgeschäfte des verbündeten Deutschen Reiches führen. Diese bewährte Sitte ist nicht als reine Zeremonie zu betrachten, sie ist von großem politischen Wert, denn auch in den Staatsgeschäften ist das menschliche und persönliche Verhältnis der Leitenden der Persönlichkeiten von außerordentlicher Wichtigkeit.

Der Entschluß der beiderseitigen Regierungen, das bisher bestehende Bündnis in eine neue, noch festere Form zu bringen, ist von der Öffentlichkeit beider Länder, soweit sie positiv auf dem Boden des Staates steht, begrüßt worden als Notwendigkeit zur Erhaltung der politischen und wirtschaftlichen Stellung der beiden Mächte und als Hoffnung, daß dies die Unbesiegbarkeit unseres Bundes und damit die Geneigtheit zum Frieden vermitteln werde. Die Richtlinien für die Vertiefung des Bündnisses stehen bereits fest. Dem Besuch des Grafen Burian wird die Bedeutung beigemessen, daß er die sachliche Arbeit der Vertiefung des Bündnisses einleiten und ein Stück vorwärts bringen werde. Die zu lösenden Aufgaben gliedern sich in politische und wirtschaftliche Fragen. Man darf wohl annehmen, daß die Besprechungen in Berlin vor allem der politischen Seite der Bündniserneuerung gelten.

Nicht nur die im Vierbunde vereinten Völker, sondern auch die Welt unserer Feinde und die Neutralen werden in diesen Tagen mit Spannung nach Berlin blicken. Dem Vierbund erwächst aus dem allfälligen Verlauf der Be-

ratungen das beruhigende Gefühl der Sicherheit für die Zukunft. Die Feinde sehen ihre Bemühungen, den Bund zu sprengen, und Deutschland und Oesterreich-Ungarn einzeln zu vernichten, auf immer gescheitert. Den Neutralen kann aber aus dem Friedensbund der mittel-europäischen Völker die Hoffnung erwachsen, daß sie in ihm einst ein rettendes Gegengewicht gegen die wirtschaftliche und politische Tyrannei der seebeherrschenden angelsächsischen Staaten finden können.

Der Lokalanzeiger sagt: Es liegt auf der Hand, daß der umfangreiche Verhandlungsstoff in der verhältnismäßig kurzen Zeit der Anwesenheit des Grafen Burian nicht erschöpft werden kann. Es ist anzunehmen, daß die heute beginnenden Beratungen nach einiger Zeit, sei es in Berlin, sei es in Wien, fortgesetzt werden.

Wie der Vorwärts meint, dürfte auf beiden Seiten der ernste Wille zur Ueberwindung auch weitwichtiger Schwierigkeiten bestehen.

12. / VII. 1918

Der Abbruch der Beziehungen mit Nicaragua

Entziehung des Exequatur.

Der Kaiser hat über einen vom Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Äußern erstatteten Vortrag mit Entschliebung vom 2. Juni d. J. den Titulären der in der österreichisch-ungarischen Monarchie bestehenden Konsularämter der Republik Nicaragua das Exequatur entzogen.

13./IV. 1918

Die Masaryk-Propaganda im Auslande.

Aus Zürich wird uns geschrieben:

Die Werbearbeit, die von tschechischen Agitatoren in den Verbandsländern und Amerika gegenwärtig betrieben wird, erregt in steigendem Maße die Aufmerksamkeit der politischen Kreise. Der Mittelpunkt dieser Machenschaften ist Masaryk und es gehört zu den Unverständlichkeiten der österreichischen Politik, daß dieser Mann solange Professor einer österreichischen Staatshochschule sein konnte. Für die Tschechen in Oesterreich, die Masaryk behauptet, spricht diese Tatsache freilich nicht. Der einflussreiche Führer der tschechischen Realistenpartei veranstaltet jetzt in der Union mit seinem Anhang von vielfach anarchistisch angekränkelten Elementen verschiedener slavischer Nationen große Kundgebungen, Meetings und Straßenaufzüge, die der Anwerbung tschechischer Auswanderer für die „tschechischen Divisionen“ in Frankreich — diese sollen bisher noch recht mager sein — gelten. Das tschechische Komitee in Genf ist die Kassenstelle für diese Propaganda, gespeist aus den Northcliffe-Fonds. Die Masaryk-Filiale in Italien leiten Syndik und Glavacek, die Organisation der in Italien befindlichen „tschechischen Divisionen“ der tschechische Leutnant Seba, alle drei hochverräterische Flüchtlinge aus Oesterreich. Nun plant man eine große Jugendorganisation revolutionären Charakters, die in der Monarchie durch Vertrauensmänner der Masaryk-Propaganda in Angriff genommen werden soll, um so die „Zukunft“ vorzubereiten. Die Urheber scheinen sich der Sympathie der erwachsenen tschechischen Generation für ihre Absichten nicht völlig sicher und bereits zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß sie ihre hochverräterischen Pläne infolge der unsicheren Kriegsaussichten des Verbandes auf längere Frist einstellen müssen.

13./VI. 1918

**Der polnische Regentschaftsrat
gegen die Versailler Beschlüsse.**

Warschau, 12. Juni.

Eine Mitteilung der polnischen Regierung über die amtliche Meldung der Agence Havas vom 3. Juni, betreffend die Haltung Frankreichs, Großbritanniens und Italiens zum polnischen Staate besagt: Ohne auf die Würdigung des Beschlusses an sich einzugehen, darf die polnische Regierung den Zeitpunkt sowie die Umstände seiner Entstehung nicht außer acht lassen. Allzu schmerzlich gemahnt er uns an den Augenblick, als erst nach dem die russischen Truppen das Königreich Polen verlassen hatten, sich die zarische Regierung entschloß, an die Verwirklichung eines jener Rechte heranzutreten, die wir ein Jahrhundert lang umsonst gefordert hatten. Der Zeitpunkt der Beschlusfassung, nicht der Inhalt der Resolution verleihet ihr den eigentlichen Charakter. Die polnische Regierung weiß sich eins mit der ganzen Nation in ihrem beharrlichen Streben nach Schaffung eines unabhängigen, mit den grundlegenden Bedingungen einer politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit ausgestatteten Staatswesens und wird sich durch die Versailler Resolution hierin nicht aus dem Gleichgewicht bringen lassen. Aller Hindernisse und Schwierigkeiten ungeachtet, wird sie die Verwirklichung der grundsätzlichen Bedürfnisse der Nation unentwegt anstreben, welche dieser im Zusammenwirken mit den benachbarten Mittelmächten die Lösung der historischen Aufgaben ermöglicht, die ihrer im Osten Europas harren. Dies erfordert eine nüchterne Beurteilung unserer eigenen Interessen, die alle in für uns maßgebend sind.

13./VI. 1918

Günstiges Ergebnis der Verhandlungen des Grafen Burian.

Mitteilungen des Ministers an den Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“.

(Teleogramm der Neuen Freien Presse.)

Berlin, 12. Juni.

Minister Graf Burian hatte die Güte, Ihren Korrespondenten kurz vor seiner Abfahrt zu empfangen.

Der Minister erklärte, er sei von dem Ergebnis der Berliner Konferenz befriedigt. „Unfertig, aber befriedigt,“ fügte er lächelnd hinzu. Er wies darauf hin, daß große und wichtige Materien zu besprechen gewesen seien. Man sei in diesen Tagen sehr fleißig gewesen und tüchtig vorgekommen. Ueber die vorhandenen Differenzen sei im Geiste des gegenseitigen Vertrauens, wie er zwischen Bundesgenossen herrsche, verhandelt worden. Eine definitive Regelung sei nicht erzielt, doch sei bestimmt zu hoffen, daß man im weiteren Verlaufe der Verhandlungen zu einer solchen gelangen werde. „Die Verhandlungen in Berlin,“ sagte Graf Burian, „waren die Fortsetzung der Verhandlungen im Großen Hauptquartier, und an die Berliner Verhandlungen werden sich in nicht allzu langer Zeit neue Verhandlungen anschließen.“

Fortsetzung der Verhandlungen im Juni.

Wie Ihr Korrespondent von wohlinformierter Seite erfährt, haben die Berliner Verhandlungen zu einer weiteren Einigung zwischen den beiden verhandelnden Teilen geführt. Wohl bestehen noch Divergenzen, aber es ist Aussicht auf eine baldige Einigung vorhanden. Man ist sich auf beiden Seiten klar darüber, daß diese Einigung erfolgen muß, und zwar bald erfolgen muß. Reichskanzler Graf Hertling hat denn auch zugesagt, noch im Laufe des Juni zu weiteren Verhandlungen nach Wien zu kommen. Was die Polenfrage anbelangt, so hat während der Berliner Verhandlungen die österreichisch-ungarische Regierung auf ihrem Standpunkt verharrt, die, wie bekannt, nicht diejenige der deutschen Regierung ist. Doch darf man annehmen, daß auch in dieser Frage bei gegenseitigen Zugeständnissen eine Einigung sich erzielen lassen wird.

Eine endgültige befriedigende Lösung binnen kurzem zu erwarten.

Berlin, 12. Juni. (Amtlich.)

Der k. u. k. Minister des Außern Graf Burian, der am 11. d. in Berlin eingetroffen war, ist gestern abend wieder nach Wien abgereist. Graf Burian, der in erster Linie dem Reichskanzler Grafen Hertling seinen Antrittsbesuch als Minister des Außern abstatte wollte, hatte während seines Berliner Aufenthaltes Gelegenheit, mit den leitenden Staatsmännern Deutschlands eingehende Besprechungen zu pflegen. Diese Besprechungen umfaßten alle derzeit im Vordergrund stehenden Probleme, die einer gründlichen Beratung unterzogen wurden. Der Geist wechselseitigen Entgegenkommens und freundschaftlichen Vertrauens, der den Verhandlungen das Gepräge gab, berechtigt zu der Erwartung, daß in den vereinbarungsgemäß in allernächster Zeit aufzunehmenden weiteren Verhandlungen die zur Beratung stehenden Fragen eine weitere Klärung erfahren und binnen kurzem ihre endgültige alle Beteiligten befriedigende Lösung finden werden.

13./VII. 1918

Oltmann

ov
13

190

Gras Burian über die Vertiefung des Bündnisses.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 13. Juni.

Ueber eine Unterredung mit dem Grafen Burian berichtet ein Mitarbeiter der „Bosnischen Zeitung“: Der Minister des Aeußern sagte unter andern:

„Die Einzelverhandlungen sollen von den Fachmännern des Deutschen Reiches und der österreichisch-ungarischen Monarchie demnächst in Angriff genommen werden. Es kann aber heute schon mit Sicherheit festgestellt werden, daß der Gedanke der Vertiefung des Bündnisses, der durch die jüngste Zusammenkunft der beiden Kaiser in die Erscheinung trat, inzwischen offensichtlich Fortschritte in der öffentlichen Meinung haben und drüben gemacht hat. Die jüngste Tagung der Wirtschaftlichen Vereinigung in Wien hat eminent dargetan, daß der Gedanke der Vertiefung des Bündnisses die weitesten Kreise erfaßt und mit neuem Inhalt erfüllt hat. Es ist wünschenswert, daß führende politische Männer von beiden Seiten in Gedankenaustausch treten, um die wirkliche Stimmung und Meinung im Deutschen Reich und Oesterreich sowie in Ungarn wechselseitig kennen zu lernen.“

Was die sogenannte austro-polnische Lösung betrifft, die mit dem Ausbau des Bündnisses im engen Zusammenhang steht, so ist sie kein eindeutiger Begriff; es ist irreführend, wenn vielfach die Meinung verbreitet ist, sie sei von der Tagesordnung verschwunden. Ich habe bereits vor meiner Fahrt nach Berlin mich in dieser Richtung dahin geäußert, daß mir von einer Preisgabe dieses Lösungsversuches nichts bekannt ist. Ich kann daher heute nur wiederholen, daß sich die Dinge im Flusse befinden und daß eine Entscheidung in diesem Augenblicke um so weniger erfolgen konnte, als ich bei der Kürze der mir zur Verfügung gestandenen Frist unmöglich alle Fäden zu Ende spinnen konnte.“

Die Besprechungen des Grafen Burian in Berlin.

Mitteilungen aus politischen Kreisen.

Wien, 13. Juni.

Wie wir aus politischen Kreisen erfahren, haben die Besprechungen des Grafen Burian in Berlin einen höchst befriedigenden und freundschaftlichen Verlauf genommen. Der Minister ist von dem Ton, der bei den Erörterungen geherrscht hat, in hohem Maße befriedigt. Es kann festgestellt werden, daß der ganze Fragenkomplex eingehend erörtert wurde und daß in manchen Punkten Fortschritte erzielt wurden.

Zu einem abschließenden Ergebnis ist man allerdings noch nicht gelangt. Die Besprechungen werden in nächster Zeit eine Fortsetzung erfahren und die Hoffnung erscheint berechtigt, daß sie, nach dem bisherigen Gang zu urteilen, zu einer alle Teile befriedigenden Lösung der erörterten Fragen führen werden.

Die polnische Frage hat naturgemäß auch einen Gegenstand der Besprechungen gebildet. Es wird festgestellt, daß der Standpunkt des Ministers in dieser Frage anlässlich der Berliner Besprechungen festgehalten wurde. Die bevorstehenden Verhandlungen werden voraussichtlich eine Klärung dieser Frage bringen.

Der deutsche Reichszugler Graf Hertling wird in Kürze nach Wien kommen, um dem Grafen Burian einen Gegenbesuch zu machen. Es ist zu erwarten, daß die Besprechungen über die verschiedenen Gegenstände bei dieser Gelegenheit fortgesetzt werden.

Die Besprechungen des Grafen Burian in Berlin.

Die polnische Frage.

Telegramm des „Neuen Freien Presse“

Berlin, 13. Juni.

Wie Ihr Korrespondent von maßgebender Stelle erfährt, haben die Besprechungen mit dem Grafen Burian auch auf deutscher Seite den besten Eindruck hinterlassen, und man ist auch hier der Ansicht, daß die zur Verhandlung stehenden Fragen durch diese Besprechung gefördert worden sind, wenngleich eine endgültige Lösung nicht erzielt wurde. Man hat sich mit der Offenheit ausgesprochen, die dem vertrauensvollen Verhältnis zwischen den Verbündeten entspricht. Graf Burian hat die Gründe ausführlich dargelegt, die ihn dazu bestimmen, auf der austro-polnischen Lösung zu bestehen. Die Vertreter der deutschen Regierung haben mit der Darlegung ihrer Gegenstände geantwortet. Die deutsche Regierung wird in ihrer ablehnenden Haltung, die sich auf politische wie militärische Gründe stützt, dadurch bestätigt, daß auch die öffentliche Meinung in Deutschland die austro-polnische Lösung nicht wünschenswert erscheinen läßt. Der politische Teil des neu abzuschließenden Bündnisvertrages bietet keinerlei Schwierigkeiten, und auch über die Militärkonvention dürfte eine Einigung nicht schwer sein. Die Hauptfrage liegt auf wirtschaftlichem Gebiete, und die deutsche Regierung wünscht, daß möglichst bald die Verhandlungen über diese großen wirtschaftlichen Fragen beginnen sollen, und glaubt, wenn erst hier eine Uebereinstimmung erzielt sein wird, daß die polnische Frage kein unüberwindliches Hindernis mehr bilden wird.

Eine Friedensanregung aus Paris.

Im Blatt Clemenceaus.

Telegramm unseres Korrespondenten.

Bern, 13. Juni.

Wie aus Paris gemeldet wird, soll „Homme Libre“, das Blatt Clemenceaus, neuerdings seine völlig ablehnende Haltung gegen die angebliche deutsche Friedensoffensive aufgegeben haben, indem es schreibt:

„Wir sind bereit, Deutschland Gehör zu geben, dringen aber darauf, genau zu wissen, welche Bedingungen es stellt, wir wollen nur, was Clemenceau als gerechten und dauerhaften Frieden umschrieb.“

„Temps“ äußert mit gespielter Zurückhaltung gegenüber dem „Journal des Débats“, die Kundgebung der französischen Kriegsziele sei sinnlos, da Deutschland nicht daran denke, in die Rückgabe Elsaß-Lothringens oder die Freigabe Belgiens zu willigen.

Englische Handelsmaßnahmen gegen Oesterreich-Ungarn und Deutschland.

Vorschläge der Kommissionen.

Die im Jahre 1916 vom englischen Handelsamt eingesetzten Kommissionen, die über die Lage der verschiedenen Handelszweige nach dem Kriege mit Berücksichtigung der internationalen Konkurrenz zu beraten hatten, sind mit ihrer Arbeit fertig und haben nunmehr das Ergebnis derselben in Einzelberichten veröffentlicht. Die Vorschläge der Kommissionen richten sich vielfach gegen die Ausschließung feindlicher Staaten, insbesondere Oesterreich-Ungarns und Deutschlands, vom Rohstoffbezug.

Aus London, 13. d., wird hierüber telegraphiert:

Die Kommission für die Textilindustrie schlägt sofortige Maßnahmen zur Erhöhung der Baumwollenerzeugung in Indien, Aegypten und im Sudan vor und rät zur Einführung einer Kontrolle über die Ausfuhr ägyptischer Baumwolle, um die Erfordernisse des britischen Reiches und seiner Verbündeten sicherzustellen und die Durchfuhr nach feindlichen Ländern sowie die Aufstapelung auf Rechnung feindlicher Länder zu verhindern.

Die Wollkommission weist auf die vorherrschende Stellung hin, die das britische Reich in der Produktion von Wolle für Kleiderstoffe einnimmt, und schlägt eine baldige Konferenz der Vertreter von Australien, Neuseeland und Südafrika vor, die über die Erfüllung der in den Pariser Resolutionen den Alliierten gegenüber eingegangenen Verpflichtungen, die Sicherung der britischen Erfordernisse sowie die Ausnützung der Wollvorräte zur Erreichung anderer Vorteile (as means for bargains) verhandeln solle.

Die beiden Kommissionen schlagen vor, für die Dauer des Wiederaufbaues nach dem Kriege die Ausfuhr von besonderen Erlaubnissen abhängig zu machen. Die Ausfuhr nach feindlichen Ländern soll für mindestens ein Jahr nach dem Friedensschluß, und wenn sich das als wünschenswert herausstellen sollte, für längere Zeit verboten, die Ausfuhr nach neutralen Ländern auf diejenigen Mengen beschränkt werden, die nach Befriedigung der Erfordernisse des britischen Reiches und seiner Alliierten noch zur Verfügung stehen.

Ueber den Flachß erklärte die Kommission, Deutschland und Oesterreich seien in normalen Zeiten für drei Viertel ihrer Erfordernisse an Flachß von den Alliierten abhängig, während die Alliierten über 90 Prozent der Weltproduktion verfügen. Rußland erzeuge zwar am meisten Flachß, aber die feinsten Qualitäten werden in Belgien, Irland, Kanada, Indien und in andern Teilen des Reiches gewonnen. Die Kommission empfiehlt auch, daß die Alliierten Maßnahmen treffen sollen, um die Flachßproduktion in erster Linie für sich zu reservieren.

In bezug auf Zute schlägt die Kommission vor, daß das Monopol Indiens in der Zuteproduktion dazu benutzt werden solle, Großbritannien und den Alliierten eine ausreichende Versorgung mit diesem Faserstoff zu sichern. Die Kommission rät zur Einführung eines Ausfuhrzolles von 5 Pfund Sterling pro Tonne für Rohzute aus Indien nach allen Bestimmungsorten, Rückertattung dieses Zolles für Zute, die nach Großbritannien oder den alliierten Ländern geht, und teilweise Rückertattung an Käufer in neutralen Ländern, die entsprechende Gegenkonzessionen machen.

Bezüglich der Textilindustrie empfiehlt die Kommission Regierungsmaßnahmen, durch die die Baumwollindustrie in Großbritannien von der ausländischen Zufuhr von wichtigen Artikeln für diese Industrie unabhängig gemacht werden solle. Was die Ausfuhr von Textilmaschinen betrifft, so ist ein System von Prioritätszertifikaten für eine

hinreichende Zeit nach dem Kriege zugunsten der Erfordernisse der britischen Textilfabriken und der ausgeplünderten Alliierten einzuführen. Bezüglich der Einfuhr fertiger Textilprodukte schlägt die Kommission die Aufstellung besonderer Tarife für die Einfuhr aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn für eine solche Zeitdauer vor, wie sie vom Standpunkt einer nationalen Politik wünschenswert wäre. Die Kommission schlägt außerdem vor, daß zwischen den Alliierten und den Neutralen zugunsten der ersteren ein Unterschied gemacht werde. Für Seidenware zum Beispiel werde ein Tarif von 15 Prozent ad valorem und für Neutrale von 20 bis 25 Prozent, je nach den gegenseitigen Abmachungen, vorgeschlagen. Für feindliche Länder werden 40 Prozent in Vorschlag gebracht. Die Kommission empfiehlt außerdem der Gesetzgebung Maßnahmen zur Verhinderung der Ueberschwenkung des Marktes mit billigen Artikeln nach dem Muster der Vereinigten Staaten. Den Einfuhren aus den britischen überseeischen Dominions von zollpflichtigen Artikeln sollte eine Vorzugsbehandlung zugestanden werden.

Die Kommission für Eisen- und Stahlindustrie empfiehlt unter andern, daß alle Einfuhr von fertigen oder halbfertigen Eisen- und Stahlfabrikaten aus den jetzigen feindlichen Ländern für die Dauer der Uebergangswirtschaft verboten werden soll, daß Erze und Mineralien, die für die Erzeugung von Eisen und Stahl notwendig sind, frei zugelassen werden sollen und daß alle andern Mineralien, die für die Erzeugung von Eisen und Stahl notwendig sind, nur im unverarbeiteten Zustande zugelassen werden sollen. Ferner schlägt die Kommission vor, daß den jetzigen feindlichen Ländern keine Rohmaterialien aus den britischen Dominions oder Kolonien oder aus andern Mineralquellen unter britischer Kontrolle geliefert werden sollen. Britische Schiffe sollen weder Rohmaterial noch fertige Eisen- oder Stahlwaren von neutralen Häfen nach Häfen der jetzigen feindlichen Länder verfrachten; außerdem soll die Regierung die Frage sorgfältig erwägen, ob den Schiffen der jetzigen feindlichen Länder gestattet werden soll, Waren nach oder von britischen Häfen zu befördern oder in britischen Kohlenstationen Kohlen einzunehmen. Innerhalb des Reiches sollen keinem Ausländer und keiner ausländischen Gesellschaft ohne Zustimmung der Regierung Bergbaukonzessionen erteilt werden. Die Dominions sollen aufgefordert werden, eine ähnliche Politik zu befolgen. Es soll eine entsprechende wirtschaftliche Beaufsichtigung eingerichtet werden. Außerdem schlägt die Kommission noch eine ganze Reihe anderer Maßnahmen vor, die sie im Interesse der britischen Eisen- und Stahlindustrie für notwendig erachtet.

Die Berichte der Kommission für Maschinenbauindustrie und für elektrische Industrie enthalten ähnliche Vorschläge. Für die Maschinenbauindustrie wird die Einfuhr von Einfuhrzöllen, die allmählich herabgesetzt werden sollen, auf die Einfuhr von Erzeugnissen aus den jetzigen feindlichen Ländern in Vorschlag gebracht.

Polen und Juden.

Pogromagitation.

In Warschau und Lodz waren dieser Tage, wie die „Jüdische Rundschau“ berichtet, an allen Ecken und Enden der Stadt Ausrufe angeschlagen, die in einer unmißverständlichen Weise zum Pogrom gegen die Juden aufforderten. An Entschiedenheit läßt die Sprache der Pogromausrufer nichts zu wünschen übrig, wie die vorliegenden Texte beweisen. In dem einen heißt es:

„Jüdische Banden plündern Polen! Durch ihre Hände nimmt die Okkupationsmacht alles, was sie will. In dem Bestreben, die Spuren dieser vernichtenden Arbeit zu verwischen, säen die Juden Unfrieden zwischen uns, rufen in unseren Reihen Streitigkeiten hervor, organisierten den Bürgerkrieg. Unser Elend macht sie reich, unsere Machtlosigkeit stärkt sie, unser Unfriede gibt ihnen Kraft. Mit den jüdischen Intrigen muß einmal abgeräumt werden. Mit jüdischem Gelde organisierte Schlägereien werden auf tapfere Kämpfer stoßen, welche nicht Geld, sondern das Bewußtsein in den Kampf führt. Für die unverschämte vernichtende Politik werden die Juden die Strafe erhalten, die ihnen die Befreiungsarmee erteilen wird. Achtung Polen! Gott ist unser Zeuge, daß wir nicht Blut vergießen wollen, aber vergegenwärtigen wir uns, was für Niederlagen unser Vaterland erwartet, falls wir nicht dieser jüdischen Frechheit ein Ende machen. Die Befreiungsarmee.“

Ein anderer Ausruf schließt:

Man muß diese Bande vertilgen! Diesen Juden muß man eine Lehre geben. Sie sollen wissen, daß die Strafe sie ereilen wird; das polnische Volk denkt anders als der durch die Juden getäuschte Warschauer Stadtrat.

Diese und ähnliche Ausrufe prangten, wie folgen der Darstellung des genannten Blattes, drei Tage lang in allen Straßen Warschaus und Lodzs, ohne daß jemand — wenn es nicht Juden taten — sich bemüht hätte, sie zu entfernen. Als ein jüdischer Ratmann einen polnischen Milizianten aufforderte, die Plakate abzureißen, erhielt er von dem Milizianten die Antwort, daß keine Verfügung ergangen sei, die dies vorschreibe. Auch wurde kein Fall bekannt, daß einer der Verbreiter dieser Flugblätter abgefaßt oder festgenommen wurde. Es darf daher nicht wunder nehmen, daß über die Urheberchaft dieser Flugblätter im Lande die seltsamsten Gerüchte zirkulieren, um so weniger als es den jüdischen Zeitungen in Warschau von der Zensur verboten wurde, irgend etwas über die Pogromplakate zu schreiben. Angesichts dieser Pogromdrohungen herrscht unter den Juden Polens die Befürchtung, daß jeder Tag den Beginn eines allgemeinen Ueberfalls auf Leben und Gut der jüdischen Bevölkerung des Landes bedeuten kann, und leider ist nicht anzunehmen, daß die Polen ihrerseits irgendetwas unternehmen werden, um das drohende Unheil abzuwenden.

In Galizien, wo sich die Pogrombewegung schon einige Monate austobt, befaßen sich die Polen den Juden gegenüber nebenbei mit eigenartigen sprachstatistischen Übungen. In Lemberg, der Hauptstadt Galiziens, wurde am 4. Juni vollkommen unerwartet allen Einwohnern der Stadt ein Fragebogen zum Zweck einer neuen Volkszählung zugesandt mit der Bestimmung, daß bei hoher Strafe in der Rubrik „Umgangssprache“ die jüdische Sprache nicht angegeben werden darf. Am 7. Juni mußten alle Fragebogen ausgefüllt zurückgesandt sein. Auch wurde es dem einzigen jüdischen Organ Lembergs von der Zensur verboten, gegen diese Vergewaltigungen Protest zu erheben. Der Zweck des ganzen Manövers ist einleuchtend: die Juden sollen durch diese Strafanordnung und durch diese systematische Unterdrückung eines öffentlichen Protestes gezwungen werden, polnisch als ihre Muttersprache anzugeben, um die Zahl der galizischen Polen um Hunderttausende zu vermehren. Natürlich soll das Ergebnis dieser Statistik die entsprechende politische Auswertung zur Begründung polnischer Ansprüche finden.

Die Lage der Ukraine.

Von unserem Berichterstatter in Kiew.

Der neuen Regierung, die sich gegenwärtig fast ausschließlich aus Kadetten zusammensetzt, ist es bisher nicht gelungen, in nennenswertem Umfang die Anarchie im Lande einzudämmen; es scheint vielmehr, daß sie in letzter Zeit in einigen Bezirken gefährdenden Umfang angenommen hat. In Kiew selbst ist die öffentliche Atmosphäre mit unfruchtbarem, Widerwillen erregendem Parteigezänk überfüllt. Während die Sozialrevolutionäre und Bolschewiki ihre Anstrengungen auf eine planmäßige Verheerung der Bevölkerung gegen die Regierung des Hetmans und gegen die Deutschen richten, führen die Sozialföderalisten mit den Kadetten und Oktoberisten einen erbitterten Rede- und Presskampf um Parteistreitigkeiten. Dieses Politisieren der wichtigsten Bevölkerungskreise wird durch die Erwägung nicht getrübt, daß jede Stunde, die heute positiver Arbeit zum Wiederaufbau des Staates und Wirtschaftslebens verloren geht, unermesslichen Schaden für Gegenwart und Zukunft der Ukraine im Gefolge hat. Die Regierung entwickelt innerhalb der Mauern in Kiew (d. h. so weit reicht ihr direkter Einfluß tatsächlich) eine energische Tätigkeit, um die am Putzfaß der Volksleidenschaften hantierenden Anhänger der gewesenen Rada unschädlich zu machen. Täglich werden Verhaftungen bekannter sozialrevolutionärer Politiker vorgenommen. Die wichtigsten Häupter der auf neuen Umsturzsinnenden Sozialrevolutionäre und Bolschewiki haben sich nach Moskau gestücht. Hier ist von ihnen ein Zentralexekutivkomitee gegründet worden, das sich eingeständnermaßen die Vorbereitung eines Massenaufstandes in der Ukraine gegen die Regierung zum Ziel gesetzt. Die Tätigkeit der Agitatoren dieses Komitees ist in allen Gouvernements deutlich zu spüren. Die ausgesprochen reaktionären Elemente des Landes beginnen sich mehr und mehr in Kiew zu konzentrieren, wenn ihr Einfluß auf die Regierung vorläufig auch noch nicht als ausschlaggebend anzusprechen ist. Diese Kreise zielen auf nichts geringeres, als auf die Wiedereinführung der herrlichen, russischen Gutsbesitzerzeiten vor 1836. In einigen Reden der Führer dieser Kreise tauchte die Hoffnung auf, daß mit Hilfe der deutschen Truppen eine Art Arbeitspflicht für die Arbeiter in der Ukraine eingeführt werden könnte. Erfreulicherweise haben die deutschen Besatzungsbehörden die entsprechenden Antworten erteilt.

Die Regierung befaßt sich mit der Möglichkeit der Bildung einer Nationalarmee. Sie hat auch bereits eine Reihe wohlgemeinter Maßnahmen angeordnet. Unter anderem ist die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht in Aussicht genommen. In Anbetracht der Volksstimmung und der sonstigen chaotischen Zustände im Lande ist es jedoch höchst problematisch, in welcher Form die Wehrpflicht verwirklichen will. Es ist auch heute notwendig zu betonen, daß die Mehrheit des ukrainischen Volkes kein Vertrauen zu dem neuen Regime hat. In Kiew löst in den letzten Wochen ein Kongreß den andern ab. Der Kadettenkongreß sprach sich für die Mitarbeit an der Regierung aus, verlangte aber Einstellung der Ukrainisierung Südrusslands, Gleichstellung der russischen mit der ukrainischen Sprache. Im übrigen sind die Kadetten einer Sozialpolitik, die die Arbeiterorganisationen zur Erklämpfung wirtschaftlicher Rechte umspannt, nicht abgeneigt.

Der darauf folgende Kongreß der Sozialföderalisten sprach sich gegen eine Vereinigung mit einem bolschewistischen Zentralrussland aus. Ein Kongreß sozialrevolutionärer Bauern, zu dem etwa 5- bis 6000 Personen nach Kiew gekommen waren, konnte nicht stattfinden, da alle Ursache vorhanden war, anzunehmen, daß er zu einer schweren Gefährdung der öffentlichen Sicherheit führen würde. In Teilkongressen nahmen dann die Bauern gegen das neue Regime entschieden Stellung. Ein Kongreß der Bolschewiki wurde ebenfalls verboten. Der Kongreß der Industrie und des Handels in Kiew zeichnete ein eindrucksvolles Bild von der schweren Zerrüttung des gesamten Wirtschaftslebens der Ukraine. Neben Stimmen, die den deutschen Schutz gegen den Radikalismus als etwas Selbstverständliches hinnahmen, wurden erfreulicherweise auch solche laut, die die Arbeit der deutschen Militärbehörden in der Ukraine außerordentlich hoch und dankbar bewerteten. Im übrigen zeigte dieser Kongreß eine starke reaktionäre Prägung. Er verlangte unter anderem volle Wiederherstellung der Arbeiterverhältnisse, wie sie vor dem Kriege waren. Man rechnet in diesem verhältnismäßig kleinen Kreise

nicht damit, daß nach der Rückziehung der Sicherungstruppen der Mittelmächte das Land von einer neuen Erschütterungswoge überschwemmt werden könne. Während Kiew von einer Redewelle nach der anderen überflutet wird, leistet die deutsche Militärverwaltung im Lande entschieden positive Arbeit, deren Erfolg unter den äußerst schwierigen Verhältnissen durchaus Anerkennung verdient. Der Eisenbahnverkehr hat erneut an Ausdehnung gewonnen. Auf den wichtigsten Hauptstrecken verkehren bereits Schnellzüge. Während Mitte April nur noch etwa 900 gebrauchsfähige Lokomotiven im Lande waren, sind dank der energischen Arbeit unserer Techniker nunmehr rund 1500 Lokomotiven im Betrieb. An der Wiederinstandsetzung von Eisenbahnwagen wird in umfangreicher Weise und mit Erfolg gearbeitet.

In allen Gouvernements und Kreisbezirken sind deutsche Verwaltungsstellen in der Bildung, die, wo es möglich, Hand in Hand mit dem ukrainischen Beamtenapparat die uns vertraglich zustehenden Lebensmittelmengen zu erfassen erstrebt sind. In letzter Zeit hat sich der Erfolg dieser Arbeit gebessert. Bisher sind rund 40 000 To. Getreide für das deutsch-österreichisch-ungarische Getreidekartell verladen worden. Bei der Erfassung der Lebensmittelprodukte auf dem Lande kommt es viel auf energisches Zutun an, da neuerdings unter den Bauern eine gefährliche Propaganda getrieben wird, die sie zur Verbrennung ihrer Getreidevorräte aufzuheben versucht. Auch auf anderen Gebieten sind die deutschen Verwaltungsbehörden bestrebt, das Wirtschaftsleben in Gang zu bringen. Namentlich im Donezrevier haben diese Bestrebungen Erfolge zu verzeichnen. Mit Hilfe deutscher Vorschüsse konnten hier verschiedene Arbeiter- und Beamtenkategorien seit Monaten wieder zum ersten Male Gehalt ausbezahlt erhalten. Auch weiterhin wird man gut tun, die Ukraine als unsicheren Faktor in die politische und wirtschaftliche Rechnung einzustellen.

Karl Stein.

Rücktritt des Kabinetts Radoslawow.

Sofia, 16. Juni.

Ministerpräsident Dr. Radoslawow hat gestern abend dem König die Demission des Kabinetts überreicht. Der Monarch nahm die Demission an und beauftragte die Minister bis zur Bildung des neuen Kabinetts mit der Führung der Geschäfte.

17. VI. 1918

Kaiser Wilhelm über den Kampf der Deutschen mit der angelsächsischen Weltanschauung.

Berlin, 16. Juni

Das Wolffsche Bureau meldet:

Der Kaiser verbrachte den heutigen Jahrestag zusammen mit dem Kronprinzen und dem Prinzen Heinrich im Großen Hauptquartier.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg hielt folgende Ansprache:

„Eure Majestät bitte ich als ältester vor dem Feinde stehender preussischer Feldmarschall, meine und des Heeres ehrfurchtsvollsten Glück- und Segenswünsche zu dem heutigen 30. Jahrestage des Regierungsantrittes alleruntertänigst zu Füßen legen zu dürfen.“

Wenn Preußen-Deutschland in den ersten 26 Jahren dieses Zeitraumes sich trotz aller Ränke seiner Gegner des goldenen Friedens erfreuen und wenn es in ihnen einen glänzenden Aufstieg in allen Werken des Friedens nachweisen durfte, so dankt es dies der weisen Fürsorge seines Königs und Kaisers. Und wenn seit nunmehr fast vier Jahren Volk und Heer einen bisher in der Geschichte noch niemals in solchem Maße geforderten und erbrachten Beweis ihrer Stärke und Lebensberechtigung einer Welt von Feinden gegenüber abzulegen vermögen, so danken sie dies wiederum ihrem allernächtigsten kaiserlichen und königlichen Kriegsherrn, der unermüdet über die Schlachtfertigkeit des Heeres gewacht und sie mit weitem Blick gefördert hat. Einem Volk von solcher geistigen, schöpferischen und sittlichen Kraft wollen Neider den Platz an der Sonne nicht gönnen. Hat sich doch der englische Ministerpräsident erst kürzlich erdreistet, das mannhafte Ringen Deutschlands unter Eurer Majestät erhabener Führung gegen die Erdrosselungsversuche der Entente eine bössartige Krankheit, eine Pest, zu nennen, die ausgerottet werden müsse.

Eure Majestät erweisen an dem heutigen Gedenktage dem Generalstabe, der Verkörperung des einheitlichen deutschen Heeres, die hohe Ehre, in seiner Mitte zu weilen. Da verbinden wir mit unserem ehrerbietigsten Dank die alleruntertänigste Bitte, in dieser Festesstunde, während welcher Deutschlands Söhne vorn in Feindesland mit Begeisterung den entscheidenden Kämpfen entgegenziehen, auch mit in deren Namen das Gelübde unverbrüchlicher Treue bis in den Tod erneuern zu dürfen. Möge der alte Wahlspruch: „Vorwärts mit Gott für König und Vaterland, für Kaiser und Reich!“ dahin führen, daß Eurer Majestät nach sieggekrönter Heimkehr eine lange Reihe gesegneter Friedensjahre beschieden sei, umgeben von der Liebe und dem Vertrauen eines in schwerer, aber auch großer Zeit bewährten Volkes. Das walte Gott! Unsere ganze Arbeit all unser Denken und Tun gilt diesem erhabenen Zwecke!

Alle unsere unbegrenzte Liebe, Treue, Dankbarkeit und Ehrfurcht für unseren Herrn fassen wir zusammen in den Ruf: „Unser Preußenkönig, des Deutschen Reiches kaiserliche Majestät — Hurra!“

Der Kaiser erwiderte: Eure Excellenz bitte ich, aus tiefbewegtem Herzen meinen Dank für den Glückwunsch entgegenzunehmen. Sie haben der Friedensjahre gedacht, die diesen Kriegereignissen vorausgingen: 26 Jahre schwerer, aber lohnender Arbeit. Obwohl sie in politischer Hinsicht nicht immer erfolgreich sein konnten und Enttäuschungen brachten, so war doch für mich Erholung die Beschäftigung mit meiner Armee, ihrer Fortentwicklung und das Streben, sie auf der Höhe zu halten, in der sie mir mein Großvater übergeben hat.

Der nunmehr eingesezte Krieg läßt mich diesen Tag in Feindesland feiern und da kann ich ihn nirgendwo besser feiern, als unter dem Dache Eurer Excellenz und Ihrer hochbegabten Mitarbeiter und des deutschen Generalstabes. Als in der Friedenszeit in der Vorbereitung meines Heeres, in der Vorbereitung für den Krieg allmählich die alten Kriegsgesährten meines Großvaters dahinstanden und als allmählich der Horizont um Deutschland sich verfinsterte, da hat wohl mancher Deutsche und nicht zum mindesten habe ich gehofft, daß Gott uns in dieser Gefahr die rechten Männer zur Seite stellen wird. Die Hoffnung hat uns nicht getäuscht: in Eurer Excellenz und dem Herrn General hat der Himmel dem Deutschen Reich und dem deutschen Heere und unserem Generalstabe die Männer geschenkt, die dazu berufen sind, in dieser großen Zeit das deutsche Volk in Waffen in seinem Entscheidungskampfe um die Existenz und Lebensberechtigung zu führen und mit seiner Hilfe den Sieg zu erzwingen.

Das deutsche Volk ist beim Ausbruch des Krieges sich nicht darüber klar gewesen, was dieser Krieg bedeuten werde. Ich wußte es ganz genau. Deswegen hat mich auch der erste Ausbruch der Begeisterung nicht getäuscht oder irgendwie in meinen Zielen und Erwartungen eine Änderung hervorbringen können. Ich wußte ganz genau, um was es sich handelte, denn der Beitritt Englands bedeutete einen Weltkampf, ob gewollt oder nicht. Es handelt sich nicht um einen strategischen Feldzug, es handelte sich um den Kampf von zwei Weltanschauungen. Entweder soll die preussisch-deutsch-germanische Weltanschauung, Recht, Freiheit, Ehre und Sitte, in Ehre bleiben, oder die angelsächsische, das bedeutet: dem Götzendienste des Geldes verfallen. Die Völker der Welt arbeiten als Sklaven für die angelsächsische Herrenrasse, die sie unterjocht. Diese beiden Anschauungen ringen miteinander, und da muß die eine unbedingt überwunden werden, und das geht nicht in Tagen und Wochen, auch nicht in einem Jahre. Dieses war mir klar, und da danke ich dem Himmel, daß er Eure Excellenz und Sie, mein lieber General, mir als Berater zur Seite gestellt hat. Daß das deutsche Volk und Heer — Volk und Heer ist ja jetzt dasselbe — zu Ihnen voll Dankbarkeit hinaufblickt, brauche ich nicht zu sagen. Ein jeder draußen weiß, wofür er kämpft. Das gibt der Feind selber zu. Und infolgedessen werden wir den Sieg erringen! Den Sieg der deutschen Weltanschauung, dem gilt es!

Ich trinke mein Glas auf das Wohl der hohen Führer meines Heeres, des Generalstabes und des gesamten deutschen Heeres. Hurra!“

Die Verhandlungen zwischen Deutschen und Polen.

Die Verhandlungen zwischen Deutschen und Polen sind wieder aufgenommen worden. Unter Vermittlung des Ministers für Galizien Dr. v. Twardowski verhandeln der Obmann des Verbandes der deutschnationalen Parteien Abg. Prof. Dr. Waldner, der Obmann der Christlichsozialen Vereinigung Landeshauptmann Hauser sowie die Herrenhausmitglieder Dr. Baernreither und Dr. v. Bilinski. Die Verhandlungen knüpfen im wesentlichen dort an, wo sie infolge der Kratauer Beschlüsse abgebrochen worden sind. Das Verhandlungsstadium war damals, wie die „Deutschböhmisches Korrespondenz“ erzählt, ungefähr folgendes: Es sollte ein förmlicher Vertrag zwischen den deutschen und polnischen Parteien abgeschlossen werden mit genau detaillierten Bestimmungen, auf deren genaue Einhaltung sich beide Teile zu verpflichten hätten. Die polnischen Forderungen bestanden aus vier Teilen.

Der erste Teil enthält den Wunsch nach der austro-polnischen Lösung mit der Angliederung Galiziens an das neu zu errichtende Königreich Polen und Personalunion mit der Monarchie. Von polnischer Seite wird auf die Unterstützung dieser Forderung durch die deutschen Parteien deshalb Wert gelegt, weil die Frage des Königreiches Polen während des Krieges bereits die verschiedensten Phasen durchgemacht hat und weil die austro-polnische Lösung gerade momentan wieder auf heftigen Widerstand der alldeutschen Kreise im Deutschen Reiche stößt. Die Polen sind der Meinung, daß sich diese Widerstände leichter überwinden lassen werden, wenn auch die österreichischen deutschen Parteien mit ihrem Einflusse in Berlin dafür eintreten und diese Lösung als eine Notwendigkeit für die deutschen Interessen in Oesterreich bezeichnen.

Der zweite Teil enthält die Wünsche der Polen bezüglich der geographischen und wirtschaftlichen Gestaltung des neuen Königreiches. Darunter die Aufrechterhaltung der ursprünglichen Grenzen Kongreßpolens gegenüber den alldeutschen Forderungen nach Grenzsicherungen, die Abänderung des Brest-Litowsker Vertrages bezüglich des Cholmer Gebietes, die Internationalisierung der Weichelschiffahrt mit einem Zugange zum Meere und die Festsetzung der Grenze gegen Litauen in der Weise, daß das Königreich Polen einen Zugang zu Rußland erhält. Das sind die Forderungen, welche die polnischen Delegierten auch dem Minister des Neußern Grafen Burián mitgeteilt haben. Auch in dieser Richtung erhoffte man sich auf polnischer Seite von der Unterstützung der deutschen Parteien einen nachhaltigeren Erfolg.

Der dritte Teil betrifft die galizischen Landesangelegenheiten. Der Polenklub hat schon im Vorjahre eine Anzahl von wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen dem Ministerpräsidenten übermittelt, die sich hauptsächlich auf die Ernährungsfrage und auf die Wiedergutmachung der durch den Krieg verursachten Schäden in Galizien beziehen. Die Regierung hat damals die Erfüllung dieser Wünsche zugesagt. Von polnischer Seite wird nun behauptet, daß die Regierung ihre damals gegebene Zusage nicht eingehalten habe und daß noch zahlreiche damals aufgestellte Wünsche unerfüllt geblieben sind.

Der vierte Teil der polnischen Forderungen bezieht sich auf eventuelle Verhandlungen mit den Ukrainern. Die Polen wären bereit, wenn Galizien ungeteilt an das neue Königreich angegliedert wird, den Ukrainern innerhalb Polens eine weitgehende Autonomie zu bewilligen. Bei diesen Verhandlungen sollten nach dem Wunsche der Polen die deutschen Parteien die Vermittlerrolle übernehmen.

Die deutschen Parteien verlangten im wesentlichen von den Polen:

1. Daß sie die Bündnispolitik der Monarchie, speziell was das Bundesverhältnis zu dem Deutschen Reiche betrifft, bei allen Anlässen nach Kräften unterstützen;
2. daß die Polen die Politik der deutschen Parteien zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Staate, zur Einführung einer Neuordnung und zur Bewilligung der staatlichen Bedürfnisse unterstützen;
3. daß die Polen den deutschen Parteien beistehen in der Abwehr aller Angriffe, die von czechischer und südslawischer Seite gegen die nationalen Interessen der Deutschen in Oesterreich unternommen werden. Ebenso, wenn von irgend einer Regierung die Deutschen schädigende Aktionen unternommen werden.

Präsident Groß über das neue Oesterreich

Drachbericht uns Korrespondenten.
 nr. Wien, 18. Juni. Der Präsident des Abgeordnetenhauses Groß hielt auf dem Jglaauer Hofsaal eine Rede, in der er ausführte: Die Slaven werden zu der Einsicht kommen, daß die Verprechungen der Emence Schwindel sind, daß auch die Slaven Oesterreich zumindest so nominell brauchen wie die Deutschen. Was heute die Slaven Oesterreichs politisch, wirtschaftlich und kulturell sind, verdanken sie nur dem Staate Oesterreich. National können sie nur in Oesterreich bestehen, niemals aber ohne Oesterreich. In besonders die Polen können ihr Königtum nur durch die Mittelmächte erreichen. Zweck müssen wir Deutschen Ordnung im eigenen Hause und nur ein gemeinames Ziel, ein gemeinames Interesse haben, unser Volk. Wir müssen ferner mit allen Kräften und Opfern trachten, den Krieg zu gewinnen. Deshalb müssen wir das so her

liche bewährte Bündnis mit dem Deutschen Reich auszusaiten und ausbauen. Was bei der Kaiserjubiläumsumkunft im Großen Deutschen Hauptquartier besprochen wurde, muß verwirklicht werden. Wir müssen mit unseren ganzen Einrichtungen soweit die Sonberständigkeit der beiden Reiche dadurch nicht berührt wird, ineinander betanfert und zusammengefaßt sein. Wir brauchen vor allem eine wirtschaftliche Konvention. Wir brauchen einen überdies engen wirtschaftlichen Zusammenfluß beider

Reiche und eine einheitliche gemeiname Volkswirtschaft mit einheitlichen, zumindest mit gleichmäßigen Einrichtungen. Wir brauchen eine Regelung der Vertretung der beiden Reiche nach außen, wenn keine einheitliche, so doch eine gleichmäßige. Der Staat Oesterreich muß von Grund auf neu aufgebaut werden. Regierungen und Dynastie müssen zu der Einsicht gelangen, daß Oesterreich nur auf deutsches Grundlauge existieren kann. Wir verlangen die deutsche Staatsprache und

Sicherung des deutschen Besitzstandes vor weiteren slawischen Eingriffen.

Graf Burian über die Friedensfrage.

Die Monarchie nach wie vor zu Friedensverhandlungen bereit.

Die Feinde noch nicht geneigt, in Besprechungen einzutreten.

Wien, 21. Juni.

In Ausführung des Punktes II der Beschlüsse des Wiener Arbeiterrates vom 18. d. haben sich heute die Reichsratsabgeordneten Hausch und Sever sowie der Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“ Austerlitz beim Minister des Aeußern eingefunden. Unter Schilderung der gegenwärtigen Lage der Arbeiterschaft und ihrer Stimmung haben sie die bringende Notwendigkeit betont, eine rasche Verbesserung der Ernährungsverhältnisse herbeizuführen. Anschließend hieran haben sie das Programm der Arbeiterschaft in der Friedensfrage dahin zusammengefaßt, daß dieses auf baldigste Erreichung des allgemeinen Verständigungsfriedens gegebenenfalls durch eine von der Regierung ausgehende Initiative und auf die Schaffung einer Liga der Nationen hinauslaufe. Hierauf führte Graf Burian in Beantwortung der an ihn gerichteten Frage, was er hierauf mitzuteilen in der Lage sei, aus: Er sei sich der großen Bedeutung der Ernährungsfrage bewußt, welcher er seine volle Aufmerksamkeit und Sorgfalt schenke. Er sei daher stets bemüht, die Verhandlungen mit dem Deutschen Reiche über die gegenseitige Lebensmittelversorgung tatkräftig zu fördern. Es geschehe unsererseits auch jetzt alles, um von unserem Verbündeten jene Unterstützung zu erlangen, die es uns erleichtern solle, über die schwere, aber glücklicherweise nur noch kurze Zeit bis zur neuen Ernte hinwegzukommen.

Was die Frage des Friedens anbelange, so habe unsere Politik keine Veränderung erfahren. Nach wie vor sei der Krieg, den wir führen, ausschließlich ein Verteidigungskrieg. Es liege uns ganz fern, den Krieg auch nur um einen Tag zu verlängern, um irgendwelche Eroberungen zu machen oder

imperialistische Ziele zu erreichen. Wenn sich bei unseren Gegnern Geneigtheit zu Verhandlungen zeigen sollte, so würden sie uns stets bereit finden, in Besprechungen einzutreten und einen für beide Teile annehmbaren ehrenvollen Frieden zu schließen.

Auch bei uns bestünde der Wunsch, mitzuarbeiten an der Herstellung solcher Beziehungen zwischen den Völkern, welche eine Herabminderung der Müstungslasten ermöglichen und die Gefahr künftiger Kriege vermindern würden. Wir würden, so führte der Minister weiter aus, alles tun und nichts unterlassen, was auch nur mit einiger Aussicht auf Erfolg der Herbeiführung von Friedensverhandlungen dienlich sein könnte. Um den geeigneten Augenblick hierfür wahrzunehmen, verfolgen wir sorgfältig die Entwicklung der Stimmung in den feindlichen Ländern. Solange aber unsere Gegner, wie dies gegenwärtig leider der Fall ist, noch keine Bereitwilligkeit zeigen, auf ernste Besprechungen einzugehen, seien wir gezwungen, uns zu verteidigen und alles zu vermeiden, was unsere Feinde als Zeichen der Schwäche ansähen würden und was sie daher nur zur Verlängerung des Krieges ermutigen müßte.

Die Regierung sei sich vollkommen dessen bewußt, welche schweren Opfer die breiten Volksmassen dem Vaterland gebracht haben und bringen. Bleibe auch in Zukunft die Opferwilligkeit der Bevölkerung der Tapferkeit unserer Armee würdig, so sei zu hoffen, daß wir in nicht fernher Zeit das uns allen gemeinsame Ziel eines ehrenvollen und dauerhaften Friedens erreichen würden.

Rumänien im Reichstag

Daß ihm weitere folgen mögen, und daß zu dem Friedensbau, zu dem dieser Friedensvertrag gehört, bald der Schlußstein eingefügt werde. (Beifall.)

Hbg. Graf Westarp (Konf.):

Wir empfinden Freude und Stolz darüber, daß es auf der ganzen Ostfront nunmehr zum Frieden gekommen ist. Als Rumänien seinen Raubzug gegen die Mittelmächte begann, war die Kriegslage für uns nicht rosig. Es war ein Raubzug, zu dem sich der jetzige König von verbrecherischen Ratgebern hat verleiten lassen, und mit dem er die bewährten Ueberlieferungen seines Vorgängers brach, dessen Name für immer in der Geschichte einen Ehrenplatz einnehmen wird. (Beifall.) Militärisch gelang es uns trotz aller Schwierigkeiten, den neuen Feind zu Boden zu werfen. Die Frage ist nun, ob es uns in politischer Beziehung gelungen ist, den militärischen Erfolg voll auszunutzen. Für unsere Verbündeten bringt der Friede mit Rumänien große und schöne Erfolge, deren wir uns aufrichtig und von Herzen freuen. Oesterreich-Ungarn verzeichnet nicht unbeträchtliche Gebietserweiterungen. Die Merkmale eines annexionslosen Friedens treffen allerdings auf den Bularester Frieden nicht zu. Wir billigen das, und hoffen und wünschen, daß dieses Verfahren auch befolgt werden möge, wenn es sich darum handelt, die deutschen Grenzen in ähnlicher Weise zu schützen. Noch mehr als Oesterreich-Ungarn kann Bulgarien mit dem Friedensvertrag zufrieden sein. Der Abg. Groeber hat nun die Frage aufgeworfen, ob Rumänien für seinen Verrat genügend bestraft sei. Wir meinen, in der Folge wird ein derartiges Verhalten kleinerer oder größerer Völker nur dann mit Sicherheit hintangehalten werden können, wenn die Welt durch Taten davon überzeugt worden ist, daß Deutschland neben seiner militärischen Macht auch den festen politischen Willen hat, derartige Verträge gegen sein Vorkommen nicht ungestraft zu lassen. (Beifall rechts.) Auch muß zum Ausdruck kommen, daß, wie es sich in diesem Kriege gezeigt hat, derjenige, der von England ist, daran stirbt. Die Friedensverträge müssen dahin führen, daß derjenige nicht gut abscheidet, sondern ernste Befürchtungen für seine Zukunft zu hegen hat, der glaubt, sich der englischen Gewaltthätigkeit unterwerfen zu sollen und unterwerfen zu dürfen, um an dem Vernichtungskampf gegen uns teilzunehmen. (Sehr richtig rechts.) Denen, die Rumänien in den Verrat gestürzt haben, muß der Prozeß gemacht werden. Der Artikel 13 bedeutet einen ausdrücklichen Verzicht auf eine Kriegsschädigung (Jurist rechts: Leider!) Das bedauern meine politischen Freunde unbedingt und halten es für einen Fehler. Wir meinen, ebenso wie Oesterreich-Ungarn und Bulgarien sich von dem Grundsatz eines annexionslosen Friedens losgemacht haben, hätten auch wir unseren Verzicht auf Kriegsschädigung aufgeben sollen. Es wirft sich die Frage auf, ob denn wirklich immer noch hier jene Friedensresolution maßgebend war und auf die Formulierung des Artikels 13 Einfluß gehabt hat. Wenn je eine Kriegsschädigung berechtigt war, so war es hier der Fall wegen des rachsüchtigen und treulosen Verhaltens Rumäniens und auch wegen seiner Leistungsfähigkeit. Der Redner bespricht dann Einzelheiten des Friedensvertrages. Er fordert Sühne für die grausame Behandlung deutscher Kriegsgefangener. Die Judenfrage ist eine innere Angelegenheit Rumäniens. Es lag kein deutsches Interesse vor, die Gleichberechtigung der rumänischen Juden zu verlangen.

Hbg. Dr. Stresemann (Natl.):

In den verschiedenen Phasen des Weltkrieges stellt die rumänische Kriegserklärung die stärkste militärische und politische Belastung dar, die wir überhaupt auszuhalten hatten. (Sehr richtig!) Wenn wir uns entsinnen, wie schwer wir damals im Westen zu ringen hatten, und was es bedeutete, den russischen Ansturm abzuwehren, so kann man verstehen, daß die Entente glaubte, daß das Eingreifen Rumäniens den Niederbruch Deutschlands und seiner Verbündeten herbeiführen würde. Die Kriegserklärung Rumäniens hat sehr stark auf die Stimmung in Deutschland eingewirkt. Hier trat ein Feind auf, mit dem wir mehr als drei Jahrzehnte verbündet waren, und mit dessen Dynastie uns gewissermaßen verwandtschaftliche Bande verknüpften. Wir haben uns heute zu fragen, ob nicht ein Teil der Schuld daran, daß es der Entente so bald gelang, Rumänien für sich zu gewinnen, an Unterlassungsflünden auf unserer Seite liegt. Was die Einzelheiten des hier vorliegenden Vertrages betrifft, so stehen wir auf den Standpunkt, daß wir zunächst einmal abwarten wollen, welche Aufklärungen wir in der Kommission erhalten, ehe wir zu einem abschließenden Urteil kommen. Ich möchte nur voraussagen: Bei aller Freude darüber, daß an sich der Ostfriede nunmehr restlos erfüllt ist, hat doch der Vertrag im einzelnen keine ungemischte

Freude in der deutschen Öffentlichkeit hervorgerufen. (Sehr richtig!) Dazu sind zu viele Fragen ungeklärt, dazu ist zuviel provisorisch geblieben. Die berechtigten Ansprüche Bulgariens auf die Dobrußda hätten schon in diesem Vertrage ihre Erfüllung finden sollen. Wir hoffen, daß unsere Staatsmänner für eine baldige Beseitigung des Schwebezustandes, wie er durch das Kondominium geschaffen worden ist, sorgen werden, denn dieser Zustand trägt lediglich die Grundlage für neue Schwierigkeiten zwischen den Verbündeten in sich. Wir würden es begrüßt haben, wenn das rumänische Königshaus nicht zurückgekehrt wäre. Wir haben die große Befürchtung, daß bei dem Verbleiben dieser Dynastie aus Bukarest ein neues Ententeneß werden kann, in dem späterhin wieder Fäden gesponnen werden, die sich nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen den Weltfrieden richten. Was die Frage der Kriegsschädigung betrifft, so wiederhole ich, was ich schon bei der Beratung der Vitauisch-Drester Verträge gesagt habe, nämlich, daß von Rumänien eine Kriegsschädigung hätte gefordert werden müssen. Wir halten auf das formale in dieser Beziehung wenig. Graf Westarp wird mit mir darin übereinstimmen müssen, daß von einem entschädigungslosen Frieden bei dem Frieden von Bukarest nicht gesprochen werden kann. Dagegen ist zu prüfen, inwieweit die feinerzeitige Ausnutzung Deutschlands bei den Getreidelieferungen durch Rumänien jetzt noch ausgeglichen werden kann. Die rumänische Judenfrage ist keine innere Frage, sondern sie hat internationalen Charakter vom ersten Augenblick ihres Entstehens an, und nachdem an diejenigen Mächte, die jetzt den Frieden mit Rumänien schließen, der Appell herangetreten war, dafür zu sorgen, daß längst geschlossene internationale Abmachungen auch von Rumänien bekräftigt würden, konnten wir uns diesem Appell nicht verschließen. Wir legen jetzt den Schwerpunkt unter den rumänischen Frieden, daran wird auch beim künftigen allgemeinen Friedensschluß nichts mehr geändert werden. (Beifall.)

Hbg. Warmuth (D. Frakt.):

Wir schließen uns dem Dank an, der unseren siegreichen Heerführern und Soldaten gebührt, die uns den Frieden im Osten errungen haben. Rumänien ist doch recht glimpflich weggekommen. Wir verstehen nicht, warum man bei der ganzen Haltung Rumäniens vor der Kriegserklärung von einer Kriegsschädigung abgesehen hat. Wir hätten wenigstens das Kriegsmaterial und die Kriegsschiffe von Rumänien fordern sollen. Wir wünschen, daß die Beziehungen zu Rumänien nunmehr dauernd gut und friedlich sein werden. An uns wird es nicht fehlen.

Hbg. Edebour (U. Soz.):

Eigentlich hätte der Staatssekretär die Verhandlungen mit einer Rede einleiten sollen. Leider mußten wir auf diesen Genuß verzichten. (Vizepräsident Dr. Paasche: Der Staatssekretär ist bereits zum Wort gemeldet!) Das freut mich! (Heiterkeit.) Herr Scheidemann wollte im Vorkriegsausgleich sogar eine Aussprache verhindern. Er sagte, man könne sich nicht auf das Thema konzentrieren. Das hat er mit seiner Rede bewiesen. Er hat nur davon gesprochen, was er — groß geschrieben — und seine Freunde für den Frieden getan hätten. Der vorliegende Friede ist kein annexionsloser Friede. Der Redner bemängelt, daß nicht allen rechtlichen Bestimmungen die Gleichberechtigung eingeräumt sei. Der frühere Reichskanzler Dr. Michaelis würde, da er einer besonderen Seite angehört, in Rumänien nicht gleichberechtigt sein. (Abg. Wamm widerpricht!) Michaelis gehört doch zur Seite der Gesundheitsbeten. (Heiterkeit. — Abg. Wamm widerspricht.) Na, ich will nicht streiten, Herr Wamm ist hier Sachverständiger. Jedensfalls ist aber das Deutsche Reich verpflichtet, etwaigen Einsprüchen von Angehörigen solcher Bevölkerungsgruppen Anerkennung zu verschaffen. (Staatssekretär v. Kühlmann nicht zustimmend.) Graf Westarp und Dr. Stresemann haben die rumänische Bevölkerung aufgefordert, ihre Dynastie zu beseitigen. Da bin ich für Generalisierung. Die Folgerung aus den Anregungen der beiden Herren ist doch die, daß überall die Dynastien beseitigt werden sollen, wenn sie das Volk ins Verderben gebracht haben. (Anruhe rechts und Jurist des Grafen Westarp: Das läßt der Präsident zu?) Die deutsche Regierung hat den Vertrag mit Belgien gebrochen. Die Forderung, daß Deutschland dafür bestraft werden müsse, reißt gar nicht ab. Aber das Verlangen Wilsons, Lloyd Georges und Clemenceaus, daß das deutsche Volk dafür bestraft werde, ist ebenso ungerecht, wie die Forderung, das rumänische Volk für den Treubruch seiner Regierung zu bestrafen.

Staatssekretär Dr. v. Kühlmann hielt darauf die eingangs wiedergegebene Rede.

Es folgten noch persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Stresemann (ntlb.) verwahrt sich dagegen, als ob wir gegenüber unseren türkischen Bundesgenossen nicht so loyal dächten wie gegen Bulgarien.

Abg. Graf Westarp (konf.) wendet sich gegen den Abg. Edebour. Er habe die ungeheuerliche Konsequenz gezogen, daß er angedeutet hätte, daß man seine Worte auch auf die Hohenzollern und Deutschland beziehen könne. So etwas sei eine Schmach. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Edebour (U. Soz.): Graf Westarp und Dr. Stresemann haben sich für Beseitigung der Dynastie in Rumänien ausgesprochen. Wenn man auf diesem Standpunkt steht, dann muß man auch für die Beseitigung aller Dynastien, einschließlich der preussischen, sein. (Lebhafte Pfuirufe. — Vizepräsident Dove ruft den Redner zur Ordnung.)

Die Verträge gehen an den Hauptausschuß.

25. VI. 1918

Überlassung von Schiffen der Schwarzen- Meer-Flotte an Deutschland.

Kiew, 24. Juni.

Die ukrainische Telegraphenagentur meldet aus Odessa, daß Teile der Bolschewiki-Flotte aus Nowo-Rossysk in Sebastopol eingetroffen sind, was als Folge des deutschen Ultimatums an Trozki betrachtet wird.

„Poslednija Nowosti“ zufolge sei Trozki bereit, die beiden Großkampfschiffe „Bola“ und „Swobednaje Rossia“ Deutschland gegen eine Entschädigung von 35 Millionen Rubel auf Kriegsdauer zu überlassen.

* * *

Man erfährt aus dieser Depesche, daß die deutsche Regierung ein Ultimatum an die Sowjetregierung gerichtet hat, in welchem offenbar die Forderung nach Auslieferung von Schiffen der Schwarzen Meerflotte erhoben worden ist. Ein Teil dieser Flotte hat sich bekanntlich der ukrainischen Regierung zur Verfügung gestellt, der andere dampfte ins Asowsche Meer und versuchte, im Verein mit Sowjettruppen den Kampf für die Moskauer Regierung weiterzuführen. Wie erinnerlich, haben diese Schiffe vor wenigen Tagen 10.000 Mann bei Rostow gelandet, die dann bei Taganrog von den Deutschen zum größten Teil vernichtet wurden. Nun verlangt Deutschland die Auslieferung der Schiffe, von denen jetzt ein Teil in Sebastopol eingetroffen ist.

Die Wühlereien der Entente gegen Oesterreich-Ungarn.

Eine Schweizer Stimme.

Basel, 24. Juni. Die hiesige „Nationalzeitung“ hebt im Leitartikel hervor, daß sich der Gemeinsinn der Völker Oesterreich-Ungarns während des Weltkrieges in bewunderungswürdiger Weise bewährt hat. Keine Prophezeiung ist rascher und gründlicher zusehender geworden als die Grundanschauung des Verbandes, Oesterreich-Ungarn werde beim ersten Zusammenstoß mit der gegnerischen Koalition zusammenbrechen. Nun versucht die Entente mit einer neuen Technik, Oesterreich-Ungarn zur Revolution zu bringen. Das österreichisch-ungarische Problem ist aber durch eine Revolution nicht so leicht zu lösen, wie die Geschichtsphilosophen der Entente glauben. Die Wünsche der Tschechen, Südslawen und Rumänen sind zentrifugaler Natur, aber sie wollen nicht von Oesterreich-Ungarn los, sondern es umgestalten. Sie sehen im Dualismus eine Bevorzugung, deren geschichtliche vernünftige Berechtigung sie bestreiten. Aber sie wissen sehr gut, daß Oesterreich-Ungarns Zerfall keine Stärkung, sondern eine Schwächung ihrer Nationalitäten wäre. Es gärt dort, aber es gärt ein junger Wein. Denn Oesterreich-Ungarn ist kein Greis, sondern ein starker, wohlgemuter Jüngling, der sein junges Loben fühlt und nach dem richtigen Wort sucht, mit dem er seine Daseinsfreude bejahen kann. So ist heute der junge Kaiser das richtige Symbol für ein junges Oesterreich.

Professor Ludo Hartmann über Oesterreich.

„Danzers Armeezeitung“ veröffentlicht folgenden bezeichnenden Bericht aus München:

„Vor einigen Tagen hat der Wiener Universitätsprofessor Ludo Moritz Hartmann über Einladung der Münchner Politischen Gesellschaft einen Vortrag in der Hauptstadt Bayerns gehalten, dessen vielversprechender Titel die Hörer mit den Verhältnissen von „Oesterreich von heute und gestern“ vertraut machen sollte. Man sollte meinen, daß es aufs wärmste zu begrüßen wäre, wenn ein Oesterreicher sich entschließt, im Auslande vor den immerhin mit dem österreichischen Problem nicht so vertrauten Verbündeten zu sprechen. Vorausgeschickt möge werden, daß Professor Hartmann in seinem Schlußwort, das er nach erfolgter Diskussion sprach, zur Aufklärung hinzufügte, ihm wäre es hauptsächlich darum zu tun gewesen, die unendliche Schwierigkeit der österreichischen Verhältnisse darzulegen und zu zeigen, wie jeder Schritt, jede Maßregel auf Widerstände stößt und bald hier, bald dort verkehrend wirken muß. In welcher Weise hat aber Professor Hartmann diese Aufgabe gelöst!

Er hat es für notwendig gehalten, von Oesterreich als dem Land der unbegrenzten Unmöglichkeiten zu erzählen, von unsinnigen Erlässen, vom Hochverrat tschechischer Regimenter, Fahnenflucht österreichischer Soldaten, von unerhörten Grausamkeiten, die zu Beginn des Krieges verübt wurden, von der „ruhreichen EinnahmeBelgrads“ durch Potiorek (wobei dem Historiker die jüngsten Forschungen des L. u. K. Kriegsarchivs noch unbekannt zu sein schienen): kurz von all dem Bösen, was wir im Laufe des Krieges durchgemacht haben. Vielfach brachte er sogar „Tatsachen“, von deren Tatsächlichkeit gerade er als gewissenhafter Historiker nicht so unbedingt überzeugt sein mußte. Er hielt es sogar für geschmackvoll, Teile aus stenographischen Protokollen des Abgeordnetenhauses vorzulesen, Reden von slovenischen, tschechischen und italienischen Abgeordneten, die ziffermäßig verübte Grausamkeiten in Serbien, Galizien und Südtirol der Heeresverwaltung vorgeworfen haben. Es läßt sich nicht leugnen, daß diese zum Teil vorgelesenen, zum Teil mit der Ueberzeugung des Wissenschaftlers vorgebrachten Daten ihren Eindruck auf die deutsche Zuhörerschaft nicht verfehlt haben. Und nicht ohne gewisse Ironie ließ Professor Hartmann durchblicken, daß gewisse heilsame und wirkungsvolle Maßregeln erst eingeführt worden sind, nachdem deutsche Truppen in Galizien eintrafen... Hingegen hielt es Professor Hartmann nicht für notwendig, von der Heldenmütigkeit der österreichischen Truppen zu erzählen, von den ungeheuren Blutopfern, die sie gebracht haben! Was er vergaß, hat in der darauffolgenden Diskussion ein deutscher Offizier — Oberleutnant Dr. Gerold — in mannhaften Worten zum Ausdruck gebracht und für seine österreichischen Kameraden die warmen Worte gefunden, die der Oesterreicher Professor Dr. Hartmann vermissen ließ. Nicht unerwähnt möge bleiben, daß Geheimrat Professor Brentano, der sich als erster zum Worte meldete, auf Grund dieser Ausführungen von einem trostlosen Bilde

sprach und auf das von Professor Hartmann dem Bündnis nicht allzu günstig gestellte Horoskop hinweisend, die Vorstellung einer Zeit ahnen ließ, die bei einem kommenden Kriege Oesterreich — sagen wir — nicht mehr als Bundesgenossen sähe...

Dies war also der Erfolg des Hartmannschen Vortrages, dies das Bild Oesterreichs, wenn ein — Oesterreicher ins Ausland geht, um den Verbündeten von seinem Vaterlande zu erzählen!

M ü n c h e n.

Dr. Artur Nutra.“

Der Bukarester Friedensvertrag vom Hauptauschuß angenommen.

Der Hauptauschuß des Reichstags setzte heute die gestern vertraulich begonnene Beratung des Friedensvertrages mit Rumänien fort, jedoch ohne Vertraulichkeit auszusprechen. Der Vorsitzende Abg. Ebert (Soz.) bemerkt, daß wenn der Arbeitsplan durchgeführt werden solle, auch die Ausschüsse sich einrichten müßten. In dieser Woche sollen die ersten Lesungen der Steuervorlagen zum Abschluß gebracht werden, deshalb bleiben für den rumänischen Friedensvertrag nur der heutige und morgige Tag übrig. Der Ausschuß möge sich auf Anfragen beschränken und die Kritik dem Plenum vorbehalten. — Von einer allgemeinen Aussprache wird abgesehen, die einzelnen Kapitel und Artikel werden aufgerufen.

Zu Art. 9 wünscht Abg. Erzberger (Z.) Vergünstigungen für die Deutschen in Beharabien.

Staatssekretär v. Kühmann: Verträge mit Beharabien haben wir nicht abgeschlossen, die beharabischen Ansiedler haben in Verhandlungen mit Rumänien wesentliche Vorteile errungen im Sinne einer totalen Autonomie. Zusicherungen, Rumänien den Besitz von Beharabien sichern zu helfen, haben wir nicht gemacht.

Abg. Graf Westarp (kons.) führt im Anschluß an eine vom Abg. Dr. Müller-Meiningen (Fortschr. Bp.) gestellte Anfrage bezüglich der Pläne mit den deutschen Kolonisten aus, die beharabischen Ansiedler wünschten gewisse kompakte Gebiete zur Ansiedlung zu erhalten, mit einer gewissen Selbständigkeit, aber in Anlehnung an den rumänischen Staat, ohne Schutzgebiet Deutschlands werden zu wollen. Ähnliche Pläne haben die Deutschen in Südrussland, die sich in Taurien und der Krim anzusiedeln wünschen. Das so entstehende staatliche Gebilde wünsche Anlehnung an die Ukraine, die Regierung solle mehr Entgegenkommen zeigen.

Abg. Dr. Pfleger (Z.): Die Ansiedler werden stets angewiesen sein auf Gebiete, die ihren bisherigen Wohnsitzen ähneln.

Abg. v. Graefe (kons.): Man wird es nicht verstehen, wenn man in Rumänien wohl den Juden Rechte sichert, aber nicht den deutschen Ansiedlern.

Abg. Graf Praschma (Z.): Neue selbständige Gebiete würden eine Quelle der Unruhe und des Unfriedens sein.

Staatssekretär v. Kühmann: Ich betone auf das nachdrücklichste, daß die Reichsregierung den Wünschen, Bedrängnissen und Bestrebungen aller Auslandsdeutschen mit dem größten Interesse gegenübersteht, und alles, was in ihrer Macht liegt, tun wird, um ihre Lage so günstig als möglich zu gestalten. Bei dem beharabischen Problem handelt es sich, wie Sie aus den sehr sachverständigen Darstellungen des Abg. Grafen Praschma entnehmen haben werden, um ein Problem in verhältnismäßig engen Grenzen. Die rumänische Regierung hat von jeher die deutschen Kolonisten als ein außerordentlich wertvolles, ruhiges, dem Staate in jeder Weise förderliches Element hoch geschätzt. Unsere Bestrebungen, den Wünschen der beharabischen Kolonisten Gehör zu verschaffen, sind von Anfang an auf volles Verständnis gestoßen. Ich zweifle nicht, daß in Beharabien alle vertretbaren Wünsche der deutschen Kolonisten in dem von mir heute schon ausgeführten Rahmen Erfüllung finden können. Wir werden bei jeder Gelegenheit gern bereit sein, in freundschaftlicher Weise der weiteren Ausgestaltung dieses Verhältnisses zu Hilfe zu kommen.

Schwieriger sind die Probleme in Rußland und in der Ukraine. An die Lösung dieser Probleme muß die Regierung mit Wohlwollen, aber auch mit großer Behutsamkeit herangehen. Die gewaltigen Umsiedlungen, die dort ins Auge gefaßt worden sind, stellen schon rein verwaltungstechnisch ein äußerst schwieriges Problem dar, das wir nur im Einverständnis mit diesen Staaten lösen können. Wenn der Vertreter des Deutschen Reiches in der Ukraine dem, wie Sie sehen, mit einer gewissen Vorsicht gegenübersteht, so entspricht seine Haltung meines Erachtens nur der wohlverstandenen Fürsorge für die Kolonisten selbst. Wollten wir derartige weitgehende Pläne zu temperamentvoll betreiben, so würden gerade die deutschen Kolonisten am schmerzlichsten von einem Rückschlag oder von einer Nichterfüllung ihrer Wünsche getroffen werden. Die Meinungen der Kolonisten selbst sind noch nicht so weit geklärt, daß man jetzt schon weittragende Entschlüsse fassen könnte. Wir wollen mit den Herren in ständiger Fühlung bleiben, ihre Wünsche im Rahmen des Möglichen unterstützen, wir wollen aber nichts unternehmen, was uns später den Vorwurf eintragen könnte, das Reich habe die Leute zur Umsiedlung und Auswanderung ermächtigt und sie in Lebensverhältnisse hingestoßen, welche für sie eine Verschlechterung anstatt einer Verbesserung bedeuten.

Diese Aufklärungen stellen nur den Umriß der beharabischen Frage dar. Einzelheiten sind noch nicht festgelegt. Die Anträge der beharabischen Deutschen müssen zunächst mit dem rumänischen Ministerpräsidenten durchgesprochen werden. Sowie mir bekannt ist, haben die beharabischen Deutschen mit dem Feldmarschall v. Madensen und der politischen Abteilung in Bukarest verhandelt.

Abg. Graf Praschma (Z.): Die Linie Czerna—Woda muß für den internationalen Verkehr gesichert werden. Neue Balkanprobleme dürfen aus den Gebietsabtretungen nicht entstehen. — Abg. Graf Westarp: Die Begründung der Grenzberichtigung gegenüber Ungarn darf nicht ein Muster sein für spätere Abmachungen im Westen.

Beim 7. Kapitel (Gleichstellung des Religionsbekenntnisses in Rumänien) bemängelt Abg. Scheidemann (Soz.) die Fassung, die nur einem Teil der Juden Gleichberechtigung verleihe und den Juden überhaupt keine Berufsmöglichkeiten eröffne. — Direktor Kriege erwidert, jeder, der einmal rumänischer Staatsbürger sei, habe auch die volle Rechtsgleichheit, so auch der Jude. Eine andere Frage sei die Behandlung der Staatenlosen. Die rumänische Regierung habe gegenüber der jüdisch-rumänischen Bevölkerung weitgehendes Entgegenkommen zugesichert.

Graf Praschma (Z.) betont bei den weiteren Verhandlungen, daß wir unserem politischen Ansehen schaden, wenn wir uns zu sehr in der rumänischen Judenfrage engagierten. — Der konservative Redner pflichtet dieser Ansicht bei. Jedenfalls sei bei der Stellung

der rumänischen Bevölkerung zur Judenfrage das Zugeständnis der rumänischen Regierung ein großes Opfer, das aber sicher nicht ohne Gegenleistung erreichbar gewesen wäre. Die Berufung auf den Berliner Vertrag sei unzutreffend, da wir keinerlei Verantwortung gehabt hätten, jetzt allein die Frage zu lösen. Besser hätte man gewartet, bis sich eventuell bei den allgemeinen Friedensverhandlungen die sämtlichen Garantemächte des Berliner Kongresses engagieren wollten. — Abg. Gotheim (Fortschr. Bp.) tritt für volle Gleichberechtigung der Juden entsprechend dem Berliner Vertrage ein; die Bestimmungen des Friedensvertrages brächten nicht das, was jener Vertrag wolle.

Nach kurzer weiterer Erörterung wird der Friedensvertrag angenommen. Mittwoch: Wirtschaftspolitischer Zusatzvertrag.

Die Wirtschaftsabkommen mit Rumänien.

Beratungen im Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des Reichstages setzte heute die Beratung des Sonderabkommens mit Rumänien beim Wirtschaftsabkommen fort.

Abg. Rießer (nl.) bespricht den zweiten Teil des Wirtschaftsabkommens, worin Rumänien an Deutschland und Oesterreich-Ungarn seine Ueberschüsse an Getreide, Nahrungs- und Futtermitteln verkauft hat, und worin es diesen Staaten ein Optionsrecht auf die Ueberschüsse in den gleichen Erzeugnissen von 1920 bis 1927 einräumt. Er fordert die Regierung auf, von diesem Optionsrecht nur im Falle absoluter Notwendigkeit Gebrauch zu machen, da sonst erstlicher Widerstand auch in bezug auf die Lieferung industrieller Rohstoffe von denjenigen anderen, insbesondere überseeischen, Staaten zu erwarten sei, von denen wir im Frieden Getreide bezogen haben, z. B. Argentinien. Dies ist auch im Interesse unserer überseeischen Schifffahrt notwendig, da diese sonst auch keine Rückfrachten in überseeischen industriellen Rohstoffen erhalten wird. Unter keinen Umständen darf aber auch hier wieder der direkte deutsche Handel ausgeschlossen werden. Der deutschen und österreichisch-ungarischen Regierung muß das Recht vorbehalten werden, das vereinbarte Bezugsrecht auf die Ueberschüsse Rumäniens an Nahrungs- und Futtermitteln an deutsche Kaufleute abzutreten. Die Regierung soll dafür sorgen, daß alle Ueberschüsse, die aus Rumänien zu erhalten sind, auf dem im Frieden üblichen Wege zur Verteilung an die Verbraucher kommen.

Abg. Gothein (Fortshr. Vpt.) wünscht einen Nachtrag zum Abkommen, durch den die Eierlieferung gleichfalls für sieben Jahre gesichert wird. Ob die in Aussicht gestellten Mengen an Getreide zu uns gebracht werden können, ist im Hinblick auf die Ernteergebnisse fraglich. Die Viehzucht in Rumänien ist nicht sonderlich entwickelt, so daß mit Fleischzufuhren von dort kaum gerechnet werden kann. Die Ernteaussichten sind nicht gut.

Geheimrat Frisch: Das Optionsrecht können wir auch zu einem Bruchteil der Ueberschüsse ausüben; wir behalten auch in diesem Falle das Optionsrecht für die nächsten Jahre. Das ermöglicht uns, unseren Bedarf dort zu kaufen, wo es am billigsten ist. Der Eierhandel kann nach dem Vertrage zugelassen werden. Bis zur Erfüllung seiner Lieferungspflicht wird Rumänien ein Ausfuhrverbot erlassen. Das von dem Abg. Rießer verlangte Gesetz wird erlassen werden. An der Spitze der rumänischen Behörde für die Sicherung der Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage steht ein deutschfreundlicher Mann. Die Eier sind in den Vertrag nicht aufgenommen, weil sich ihre öffentliche Bewirtschaftung nach den bisherigen Erfahrungen nicht empfiehlt, und weil sie ohnehin doch nach Deutschland und Oesterreich-Ungarn ausgeführt werden.

Abg. Graf Praschma (Z.) bedauert, daß Abg. Gothein über den Rahmen des Vertrags hinausgegangen ist und die Verhältnisse in Rumänien, namentlich der bei den dortigen Stellen beschäftigten Arbeiter so kritisch angefaßt hat. Die Erzeugungsverhältnisse dort sind besser, als er geschildert hat. Während der Zeit der Besetzung ist dort viel besser bestellt worden als jemals früher. Eine gewisse Sicherheit der Lieferungen an uns besteht in den finanziellen Auflagen, zu deren Erfüllung die Ausfuhr von Wagn bedingt wird.

Abg. Dr. Räßle (konf.): Die Grundsätze über die Preishemmung und den freien Handel, die man dem rumänischen Bauern zugewilligt hat, sollte man auch in Deutschland anwenden. Wenn ferner in Zukunft nach Artikel IV die Preise analog den Preisen in Deutschland und Oesterreich-Ungarn bemessen werden sollten, so würden sie bei der verschiedenen Höhe der Erzeugungskosten zu hoch. Für die Festsetzung des auszuführenden Ueberschusses und die Durchführung der Ausfuhr sind wir lediglich auf den guten Willen der rumänischen Regierung angewiesen. Daher ist es auch hier ausschlaggebend, ob sie ententefreundlich oder deutschfreundlich ist. Zulassung des freien Handels ist erwünscht. Der Redner bemängelt die Zusammensetzung des Schiedsgerichts nach Art. III als ungünstig für Deutschland und vermißt eine Lieferungspflicht für Wein. Um diesen zu erhalten, hat man den rumänischen Weinbauern Kupfervitriol zugesagt, das bedeutet eine Schwädigung des deutschen Weinbaues, die sehr zu bedauern ist. Der Redner fragt schließlich nach den Aussichten der Einfuhr aus Bessarabien.

Geheimrat Frisch äußert sich über die Verhältnisse des Weinbaues, über die vertragliche Sicherung der Lieferungen, die Gestehungskosten der rumänischen Uerzeugung usw. Zugugeben ist, daß die Ausgaben der rumänischen Kleinbauern gering sind, als der unseren. Die Vorräte, die in Bessarabien sein sollten, sind überschätzt worden. Was für Rumänien gilt, hat auch für Bessarabien Geltung, falls dieses Land an Rumänien kommt.

Gegenüber den Abgg. Gothein (Fortshr.) und Graf Praschma (Ztr.), die in ihren Ausführungen die vereinbarten Getreidepreise als nicht zu hoch erachtet hatten, betont Abg. v. Graefe (konf.) seine gegenteilige Ansicht. Kämen die Preise ganz den Bauern zugute, so würde ich nichts einzuwenden haben. Aber durch den Ausfuhrzoll wird die rumänische Regierung den Preisunterschied für sich in Anspruch nehmen, so daß wir also indirekt an Rumänien eine Kriegsschädigung zahlen.

Abg. Roske (Soz.) bestreitet die Richtigkeit dieser Ansicht. Wäre das der Fall, dann müßte ich meine Auffassung über den Vertrag ändern.

Schließlich wird das Wirtschaftsabkommen genehmigt.

28. VII. 1918

**Eine Aufklärungsstelle
über österreichisch-ungarische Fragen
in Berlin.**

Berlin, 27. Juni. (Privattele-
gramm.) Eine deutsche Mittelstelle
für Oesterreich-Ungarn ist in Berlin
errichtet worden, um in Deutschland über
österreichisch-ungarische Fragen aufklärend zu
wirken und das beiderseitige Verhältnis
immer günstiger zu gestalten. Die Geschäfte
leitet ein Arbeitsauschuß, an dessen Spitze
der kaiserliche Gesandte z. D. v. Reichenau
steht, im engsten Einvernehmen mit öster-
reichisch-ungarischen Beratern.

28. VII. 1918

Der Ausbau des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche.**Die Beratungen in Salzburg.**

Salzburg, 27. Juni. (Privattelegramm.) Das „Salzburger Volksblatt“ meldet: In der nächsten Zeit, wahrscheinlich am 8. Juli, werden in Salzburg die Verhandlungen über den Ausbau des Bündnisses zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche fortgesetzt werden. Die Hauptgegenstände der Salzburger Beratungen werden die Arbeiten zum Abchlusse einer Militärkonvention und verschiedene gemeinsame wirtschaftliche Angelegenheiten bilden. An der Tagung dürften etwa sechzig deutsche, österreichische und ungarische Staatsmänner und Politiker teilnehmen, darunter Staatssekretär v. Kühlmann, Vizekanzler Bayer, Minister des Aeußern Graf Burian, Sektionschef Dr. Graz vom Ministerium des Auswärtigen sowie die beiderseitigen Handelsminister Freiherr von Wieser und Szterenyi.

Die Verpflegung der Gäste hat Ungarn übernommen, das für die direkte Zuweisung von Lebensmitteln nach Salzburg vorzusehen wird.

Keine japanische Intervention in Sibirien.

Washington, 27. Juni. (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Eine hier veröffentlichte nichtamtliche Mitteilung besagt: Die japanische Regierung beschloß, das Ersuchen der Ententemächte nach einer Intervention in Sibirien abzulehnen. In amtlichen Kreisen und in den Ententebotschaften in Washington wird diese Abgabe nicht als ein Aufgeben der Absicht der Entente oder der Vereinigten Staaten aufgefaßt, Rußland bei seiner „Rehabilitierung“ und der Ueberwindung des deutschen Einflusses zu helfen. Ein hoher Beamter erklärte, daß die Ablehnung einer militärischen Expedition seitens Japans nur dazu beitragen würde, Rußlands Freunde in ihrer Absicht zu bestärken, den Elementen, die bestrebt seien, Gesetz und Ordnung im Lande wiederherzustellen, Hilfe und Unterstützung zu bringen.

Eine interparlamentarische Friedenskonferenz.

Eine Anregung Sammasch' und Genossen.

Die Professoren Hofrat Dr. Sammasch (Salzburg) und Dr. Duidde in München, ferner Titularbischof Frañoi (Budapest) haben an den Generalsekretär der Interparlamentarischen Union in Christiania ein Schreiben gerichtet, in dem sie die Einberufung einer interparlamentarischen Vertreterkonferenz anregen. In diesem Schreiben wird ausgeführt, daß bei der ersten Annäherung „die heiläufige Erläuterung der Minimalfriedensbedingungen“ der gegnerischen Parteien durch solche nichtamtliche Persönlichkeiten, die über die Stimmungen ihrer Völker und Regierungen unterrichtet und in der Lage sind, auf sie Einfluß zu üben, eher gelingen dürfte als den zünftigen Diplomaten. In der Form eines Gedankenaustausches könnten die Vorbereitungen getroffen werden.

„Die Menschheit,“ heißt es in dem betreffenden Schreiben, „steht vor der Alternative: Entweder der Weltkrieg in einer durch die rasenden Fortschritte der Technik und die Verwilderung der Sitten noch viel schrecklicheren Gestalt zu wiederholen, sobald die Völker wieder zu Kraft gekommen sind, oder aber einen dauernden Frieden auf der Grundlage des Rechtes und einer geordneten Gesellschaft der Staaten herzustellen.“ Zum Schluß des Schreibens tragen die Urheber des Vorschlages dem Generalsekretär die Bitte vor, mit hervorragenden Persönlichkeiten in den Parlamenten der krieg-

führenden Großmächte in Verbindung zu treten, damit in diesen Vollvertretungen drei Mitglieder in geheimer Abstimmung gewählt und zu einer auf neutralem Boden ehestens abzuhaltenden interparlamentarischen Konferenz entsendet werden. Die Konferenz wäre berufen, ohne Beschlüsse zu fassen, über die Grundlagen eines allgemeinen Friedens zu diskutieren, um eine Verständigung zu erleichtern.

30. IV. 1918

Die Durchfuhr von Sand und Kies aus Deutschland über Holland nach Belgien.

Nach offiziellen Aktenstücken.

Wien, 29. April.

Ein Blick auf die Karte zeigt, welche Bedeutung der Wasserweg des Rheins, auch wo er bereits holländisches Territorium ist, und der dazugehörigen anderen Flüsse und Kanäle für den Verkehr zwischen Deutschland und dem von deutschen Truppen besetzten Gebiet von Belgien und Nordfrankreich hat. Ebenso zeigt die Karte, welche Wichtigkeit der kleine Zipfel holländischen Gebietes, der zwischen die Rheinprovinz und Nordbelgien eingewängt ist, die Provinz Holländisch-Limburg, für den Bahnverkehr zwischen Deutschland und Nordbelgien hat. Gestützt auf unbestrittene internationale Verträge, hat Deutschland auch im Kriege von diesen Verkehrsmöglichkeiten Gebrauch gemacht. England begann Ende 1915 auf die holländische Regierung einen Druck auszuüben, daß sie diesen Verkehr einschränke, soweit es sich um Transporte für militärische Zwecke handle, und frei von aller übertriebenen Bescheidenheit kam es schließlich dahin, den Ausschluß aller Güter vom Transport zu verlangen, die es wegen ihrer mehr oder weniger direkten Verwendbarkeit für die Kriegführung als Konterbande erklärt hatte. Die holländische Regierung gab insofern nach, als sie die Durchfuhr von Sand und Kies nur für nichtmilitärische Zwecke gestatten wollte, und seit dem Monat April 1916 die mit Sand und Kies beladenen Rheinschiffe nur passieren ließ, wenn sie ein von den betretenen deutschen Amtsstellen ausgestelltes Zertifikat besaßen, daß ihre Ladung nicht für militärische Zwecke bestimmt sei. Die deutsche Regierung gab unter Wahrung ihres entgegengesetzten Rechtsstandpunktes, mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten der holländischen Regierung, und um ihr weitere Unannehmlichkeiten zu ersparen, nach, indem sie von April 1916 an Sand und Kies über holländisches Gebiet nur zu rein nichtmilitärischer Verwendung schickte und die gewünschten Zertifikate beistellte. Ja, als der Druck der englischen Regierung auf Holland nicht nachließ, gab die deutsche Regierung einen

Beweis noch größeren Entgegenkommens: Sie gestattete mehr als ein Jahr später, im August 1917, daß eine holländische Sachverständigenkommission von drei Mitgliedern das in Betracht kommende Kriegsgebiet bereiste, die Verwendung der Sand- und Kiesfundungen für nichtmilitärische Zwecke feststellte, genaue Berechnungen über den Bedarf dieses Materials für nichtmilitärische Zwecke machte, und diese Berechnungen von der holländischen Regierung überprüfen ließ; verschiedene Wünsche, die von der holländischen Kommission bei dieser Gelegenheit geäußert wurden, fanden bei den deutschen Militärbehörden wohlwollende Berücksichtigung.

Die englische Regierung aber, wie sie jah, daß sie das dünne Ende des Keils mit Erfolg eingetrieben hatte, setzte ihren Terrorismus fort und sperrte Anfang Oktober 1917 Holland von der Kabelbenützung ab, so daß Holland vom Kabelverkehr auch mit seinen eigenen Kolonien ausgeschlossen war. Wieder suchte die deutsche Regierung Holland zu helfen, indem sie für die Zeit vom 15. November 1917 bis 15. März 1918 gänzlich auf die Durchfuhr von Sand und Kies verzichtete. Nun begannen in Holland neue Verhandlungen mit der englischen Regierung, die sich zunächst auf Aufhebung der Kabelsperrung bezogen, dann aber besondere Färbung und Dringlichkeit erhielten durch die Abschneidung jeder überseeischen Zufuhr von Lebensmitteln und Futtermitteln, welche die Entente über Holland verhängte. Unter englischem Drucke begann Holland neue Forderungen an Deutschland zu stellen.

Schon am 6. November 1917, als Deutschland bereits auf die Durchfuhr vom 15. November an verzichtet hatte, verlangte die holländische Regierung, daß wieder eine holländische Sachverständigenkommission zur Untersuchung im Kriegsgebiet zugelassen werde, weil die englische Regierung behauptete, die Prüfung von Betonstücken, die in den deutschen Stellungen in Flandern gefunden wurden, habe ergeben, daß Rheinkies zur Herstellung dieses Betons verwendet worden sei. In einer späteren Note vom 19. Dezember 1917 behauptete die holländische Regierung erfahren zu haben, daß der Sand und Kies jeglicher Provenienz in Antwerpen und Gent unterschiedslos ausgeladen und in diesen zwei Städten und ihrer Umgebung zu Beton für militärische Zwecke und für den Bau und die Verbesserung von Straßen in der Nähe der Front verwendet werde. Diese Verwendung sei militärischer Natur und entspreche nicht den Bedingungen, unter welchen die holländische Regierung die Durchfuhr gestattet habe. Wenn die Durchfuhr am 15. März 1918 wieder beginnen solle, sei es unerlässlich, daß eine neuerliche holländische Kommission zur Untersuchung zugelassen werde. Die deutsche Regierung stellte am 26. November die von England soufflierten Behauptungen der holländischen Regierung richtig, lehnte die Zulassung einer holländischen Kommission aus zwingenden militärischen Gründen derzeit ab, erklärte sich aber bereit, im nächsten Jahre, falls dann keine militärischen Hindernisse mehr bestehen, eine solche Kommission zu bewilligen. Am 8. Februar 1918 wiederholte die holländische Regierung ihr Verlangen, erklärte andernfalls die Wiederaufnahme der Transporte nicht zulassen zu können und berief sich dabei nicht nur auf ihre Pflichten als neutrale Macht, sondern auch auf ihre Verantwortung gegenüber dem niederländischen Volke und besonders der niederländischen Volksvertretung. In Antwort darauf erklärte die deutsche Regierung am 27. Februar 1918, daß sie die holländischen Forderungen nicht bewilligen könne, aber bereit sei, im Hinblick auf die schwierige Situation, welche die Angelegenheit der niederländischen Regierung geschaffen habe und um ihr neue Unannehmlichkeiten zu ersparen, provisorisch auf diese Durchfuhr zu verzichten. Doch werde es dann notwendig sein, die Materialien, welche das besetzte Gebiet für nichtmilitärische Zwecke brauche, auf andere Art zu beschaffen. Auch behielt sich die deutsche Regierung vor, auf die Frage zurückzukommen, wenn sich besondere und im gegenwärtigen Augenblick nicht vorauszu sehende Schwierigkeiten ergeben sollten. Damit schloß vorderhand die Angelegenheit, doch scheint sie im Verlauf der Verhandlungen über ein neues holländisch-deutsches Wirtschaftsübereinkommen von neuem ange-

schnitten worden zu sein. Den ablehnenden deutschen Bescheid und den deutschen Verzicht auf die Durchfuhr vom 27. Februar teilte die holländische Regierung der englischen am 20. März 1918 mit.

In ihren Verhandlungen mit England erhielt die holländische Regierung als vorläufige Belohnung von England am 9. Februar 1918 die Aufhebung der Kabelsperrung bis auf weiteres. Diese Konzession scheint aber der holländische Minister des Aeußern, Herr Loudon, dadurch erlangt zu haben, daß er am 26. Januar die Entsendung einer neuen holländischen Kommission in das von den Deutschen besetzte Gebiet in sichere Aussicht stellte. Vielleicht hat man in diesem wohl zu positiv gegebenen Versprechen Loudons, das er nicht erfüllen konnte, eine Ursache des fortgesetzten Sträubens Hollands in den jetzigen Verhandlungen mit Deutschland zu sehen. Aus dem englisch-holländischen Schriftenwechsel geht übrigens hervor, daß England von Holland auch das Verbot der Durchfuhr von Metallen aus Belgien über Holland nach Deutschland verlangte, da diese Metalle von der Rüstungsindustrie verarbeitet würden, und daß die holländische Regierung, damals wenigstens, diese englische Forderung ablehnte. Die englische Note vom 7. März 1918 muß in der Tat eine starke Demütigung für Holland gewesen sein. Diese Note erklärt das holländische Verhalten als besonders ernst, weil es eine Unterstützung der empörenden Barbarei sei, welche die deutsche Okkupation Belgiens kennzeichne, so daß man hätte denken sollen, daß dies allein genügt haben müßte, Regierung und Volk Hollands gegen den Gedanken einer Erleichterung dieser Okkupation auch nur für die kleinste Spanne Zeit revoltieren zu machen. Man hätte auch erwarten können, daß die holländische Regierung ein besonderes Interesse an der Wahrung der Neutralität Belgiens haben würde. . . . Die holländische Regierung erwähnte übrigens in einer ihrer Noten, daß England selbst über das neutrale norwegische Territorium Kriegsmaterial nach Rußland entsendet habe, worauf die englische Regierung erwiderte, Norwegen habe sich darüber nicht beschwert. . . .

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsstells): H. Bachmann in Berlin.

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Minister Dr. Drews über das gleiche Wahlrecht.

Der Bericht des Hauptquartiers.

Großes Hauptquartier, 1. Mai

Westlicher Kriegsschauplatz.

In Flandern lebte der Feuerkampf in den Abschnitten von Loker und Oranoeeter zu größerer Heftigkeit auf. Frisch in den Kampf geworfene französische Kräfte versuchten vergeblich gegen Oranoeeter vorzudringen. Ihr mehrfacher Ansturm brach in unserem Feuer zusammen.

Auf dem Schlachtfelde beiderseits der Somme führten wir erfolgreiche Erkundungen durch.

Vorstöße in die feindlichen Linien südwestlich von Royon und über den Duse-Méne-Kanal bei Barednes brachten mehr als 50 Gefangene ein.

An der übrigen Front nichts von Bedeutung.

Osten.

Finnland.

In verzweifelten Kämpfen versuchte der Feind, unsere Linien nordöstlich von Sabastehus und bei Pajhi zu durchbrechen. Unter schweren Verlusten wurde es zurückgeschlagen.

Finnländische Truppen haben die Festung Wiborg genommen.

Ukraine.

In der Krim haben wir Teodosia kampflös besetzt. Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Freikonservative und ähnliches Wahlrecht

mir aus Gorbavak am Ladogasee fochten zugehende Meldung, zahllose Flüchtlingsscharen aus Petersburg befanden sich auf dem Wege über Konevich und Balaam (Inseln am Ladoga-See), die sich vor den in Petersburg bevorstehenden Straßenkämpfen retteten. Tut man auch gut, den jetzt über Finnland herziehenden

langenden Gerüchten Steppis entgegenzubringen, so klingen alle diese aus den verschiedenen Quellen gleichzeitig und gleichlautend herfließenden Meldungen über Unruhen in Rußland nicht ganz unwahrscheinlich.

Max Th. Bohrmann.

Die Regierung gegen den Antrag Lohmann.

Mit einem symbolischen Akte begann die heutige Sitzung. Der schwedische Präsident nahm in feierlichster Form den in den letzten Monaten neu eingetretenen Mitgliedern den Eid ab, in dem sie dem Könige Treue und Gehorsam geloben. Einer nach dem andern trat an den Tisch des Hauses und leistete mit erhobener Hand den Schwur. Auch Dr. Franz Mehring.

Und dann kam der Wahlrechtsdebatte zweiter Teil. Dr. Lohmann sprach heute frischer, selbstbewusster als auf dem Vertretertag seiner nationalliberalen Parteifreunde. Der jubelnde Beifall der Rechten schenkte seine Rede zu bejubeln. Man tut trotzdem diesem Manne zweifellos Unrecht, wenn man ihn einen Rückschrittler nennt. Er glaubt ehrlichen Herzens, wahrhaft national-liberale Politik zu machen, weil er an dem festhält, was noch vor einem Jahre die Mehrheit seiner Partei für Recht hielt. Daß die Dinge sich gewandelt haben, läßt seine schwerfällige Art unberührt. Er kann nicht über seine Natur hinaus, der jeder freie Schwung, alle Phantasie verstopft ist. Ihm so häßlich ist der Zug der Hartnäckigkeit ausgeprägt, der bei großen Naturen zur Höhe führt, durch mittlere Begabung oder zum ängstlichen Abschluß gegen jede befruchtende Beeinflussung von außen. Wenn man Namen-Ethymologie treiben will, kann man daran denken, daß im Althochdeutschen „Loh“ die Bedeutung von Waid hatte. Die „Lohmann“ waren ein Geschlecht, das sich fern von den Siedlungen der Dorfgenossen eine Heimstätte im Walde rodet. Etwas von der Art des Eingängers steckt dem national-liberalen Parteiführer zweifellos im Blute. Politik ist aber ein politisches, ein gesellschaftliches Geschäft, vor allem nationale Politik, deren Bedeutung stets darin bestand, daß sie von besonders geschickten und schmeichelfähigen Händen gelenkt wurde. Herr Dr. Lohmann aber mußte seine Rede mit dem Bekenntnis be- ginnen, daß er nur für die eine Hälfte seiner Freunde spreche. Ein härteres Urteil über die Tüchtigkeit eines Parteiführers kann es gar nicht geben. Im übrigen brachte seine Rede nur Wiederholungen.

Die politische Temperatur im Saale schien zunächst, nach den gestrigen Gewitterentladungen, wesentlich abgekühlt. Auch der Minister des Innern, Dr. Drews, der sich bei den Konservativen einer besonderen Abneigung erfreut, wurde zunächst mit vollkommener Ruhe angehört; auch als er zur Beseitigung jeder Zweifelsmöglichkeit den Zwei-Stimmen-Antrag Lohmanns ausdrücklich für unannehmbar erklärte. Zum Schluß gab es aber doch den üblichen scharfen Zusammenstoß. Der Minister hatte für die beste Förderung der Sozialdemokratie erklärt, wenn man die Vorlage zum Scheitern bringe und hätte auf die dann eintretenden Erschütterungen hingewiesen, aus denen ein noch weit radikaleres Wahlrecht hervorgehen würde. Auf Zwischenrufe der Rechten, die ihm Angstmeierei vorwarf, erwiderte Drews mit einem Aufgebot an Temperament, das auf alles andere schließ- lich läßt, als auf Mangel an Mut und Energie.

Für die Fortschr. Volkspartei sprach ihr Fraktionsvorsitzender Dr. Pachnide, der die Auflösung für den Fall der Ablehnung des gleichen Wahlrechtes für selbstverständlich erklärte. Unter dem Beifall der Linken empfahl er ein Wahlrecht, das vom Zentrum bis zu den gemäßigten Sozialdemokraten reicht.

Die Länge der Rednerliste läßt darauf schließen, daß die Abstimmung nicht vor morgen erfolgen wird. Gemeint sind für die freikonservative Mehrheit Justizrat Lüdicke und Justizrat Re- woldt, für die Sozialdemokratie Hirsch, für die Unabhängigen Ströbel. Als zweiter konservativer Redner ist, wie erwähnt, der Landrat v. d. Osten zu erwarten. Die nationalliberalen Anhänger des gleichen Wahlrechtes vertritt Prof. Otto-Götting. Weiterhin findet sich der Name des Herrn v. Kardorff auf der Tafel. Damit hat es eine besondere Bewandnis. Der Sohn des alten freikonservativen Führers ist bereits früher durch seine moderne Auffassung und sein Eintreten für weitgehende Verwaltungsreformen aufgefallen. In der Wahlrechtsfrage steht er auf dem Boden der Regierungsvorlage, und er hat, da ihm

die Fraktion verwehren wollte, seiner Überzeugung auf der Rednertribüne Ausdruck zu geben, heute, wie auch an anderer Stelle mitgeteilt ist, seinen Austritt erklärt. Seiner Rede wird man mit um so größerem Interesse entgegensehen.

J. E.

Der Sitzungsbericht.

Präsident Graf Schwerin-Binsk eröffnete die Sitzung kurz nach 12 Uhr. Zunächst wurden fünf neue Mitglieder des Hauses in der üblichen Form vereidigt. Sodann wird die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage fortgesetzt.

Als erster Redner spricht der Vorsitzende der Nationalliberalen Landtagsfraktion Dr. Lohmann.

Abg. Dr. Lohmann:

Ich spreche nur für die Hälfte meiner Fraktion. (Heiterkeit.) Unser Standpunkt ist ja aus den Verhandlungen im Ausschuss und im Plenum sowie aus den Parteiverhandlungen bekannt. Dennoch wollen wir die Gründe noch einmal darlegen, die uns auch jetzt noch bewegen. Wir haben zwar nicht die Hoffnung, noch irgend jemanden durch Gründe über- zeugen zu können. Dennoch fühlen wir die dringende Verpflichtung, für die Urteile dieses Hauses unseren Standpunkt festzustellen. Meine engeren politischen Freunde halten fest an dem Wider- stand gegen die Vorlage der königlichen Staatsregierung (Bravo rechts). Ich werde die Gründe dafür in aller Kürze dar- legen. Wir haben Beforgungen und Besürchtigungen auf den verschiedensten Gebieten des öffentlichen Lebens, Besürchtigungen, die durch diese Vorlage erzeugt wurden. Wie wirkt sie zunächst auf die Sozialdemokratie? Wir fürchten, daß durch die Einführung des gleichen Wahlrechtes ein überaus hartes Anwachsen der sozialdemokratischen Partei stattfinden werde. Das gleiche Wahlrecht wird bei uns in Preußen radikaler wirken als im Reich. Das kann keinem Zweifel unterliegen, denn die Zusam- menziehung unserer Bevölkerung ist in Beziehung auf das gleiche Wahlrecht viel ungünstiger als die Zusammenziehung der Be- völkerung in ganz Deutschland. Dazu kommt nun der wesent- lich größere Einfluß, den die Polen auf Grund des gleichen Wahl- rechtes in Preußen erlangen würden. Ihre Macht wird sehr viel stärker in Erscheinung treten als im Reich, und durch sie wird die sozialdemokratische Partei noch mehr anwachsen. Nach den letzten Reichstagswahlen betrug der Zuwachs der sozialdemokra- tischen Stimmen 600. Sind Sie sicher, daß dieser Zuwachs sich nicht vergrößern wird? Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die Sozialdemokratie so anschwellen wird, daß sie mit einem Male mit den Polen und Welfen über die Mehrheit im Hause wird verfügen können. Auf Grund von Berechnungen führt Dr. Lohmann sodann aus, daß Polen, Sozialdemokraten und Welfen zusammen über eine Zahl verfügen könnten, die einer absoluten Mehrheit des Hauses wenigstens sehr nahe kommt. Dazu kommt nun, daß die Fortschrittliche Volkspartei dieser Mehrheit ange- hören würde. Das bedeutet nicht eine Vorseit gegen die Fort- schrittliche Volkspartei, sondern soll nur eine ganz objektive Fest- stellung sein.

Wir stehen vor einem allgemeinen Stützpunktverständnis der Herren Fortschrittler mit der Sozialdemokratie, durch das die Herren Fortschrittler mit der Sozialdemokratie, durch das die Zahl der Sozialdemokraten bedeutend vermehrt wird. Wäre dies handzuheben, so hätten wir im Reichstag vermutlich noch 15 bis 20 Sozialdemokraten mehr als heute. Was diese Ab- hängigkeit der Fortschrittler von den Sozialdemokraten bedeuten wird, können Sie ermessen. Wenn man einen so harten Brot- geber hat, wie die Herren Sozialdemokraten es sind, so muß man ihnen gehorchen. Es würde also in absehbarer Zeit im Ab- geordnetenhaus eine sozialdemokratisch-polnisch-fortschrittliche Mehrheit herrschen. Die Regierung hat sich nun darüber nicht ausgesprochen, wie sie sich die Bildung dieser Mehrheit denkt. Sie hat allgemein zugegeben, daß eine starke Radikalisierung durch das gleiche Wahlrecht erfolgen wird. Sie hat aber mit dem Optimismus, der sie jetzt bei der Behandlung der gan- zen Vorlage auszeichnet, gemeint, der Radikalismus werde zwar kommen, aber nicht so gefährlich werden. Wir hoffen auf das Bestimmteste, daß ein großer Teil der sozialdemokra- tischen Wählermassen in Beziehung auf die staatlichen und sozia-

Kanzler-Erklärung zur Wahlvorlage.

Vor der Abstimmung über den Antrag Spee, der, wie gemeldet, mit 333 gegen 60 Stimmen abgelehnt wurde, erklärte

Abg. v. Heydebrand (konf.): Meine Freunde sind darin einig, daß die sachlichen Gründe des Grafen Spee anzuerkennen sind. Wir würdigen den hohen Patriotismus, der aus seinen Worten hervorgeht. Wir weisen von unserer Seite aus die Art und Weise zurück, mit der man seine Ausführungen behandelt hat. Wegen dieser Art und Weise werden einige meiner Freunde für den Antrag stimmen. Die Mehrheit ist der Ansicht, daß, nachdem wir diese Vorlagen so weit beraten haben, wir auch die Konsequenzen ziehen müssen. Wir werden also in der Mehrheit gegen den Antrag stimmen.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg: Der Abg. v. Heydebrand hat, wenn auch in milderer Form, den Vorwurf des Abg. Lüdke sich zu eigen gemacht. Dieser Vorwurf nimmt sich sehr eigenartig aus in dem Munde eines Abgeordneten, der die schwere Schuld auf sich genommen hat, daß (zuletzt) die Wahlreform in diesem Hause verhindert worden ist. (Stürm. Entrüstungsrufe rechts. — Lebhafter Zustimmung links u. i. Str.) Sie sind schuld daran, wenn die Wahlreform nicht schon früher erledigt worden ist. (Erneuter Lärm rechts. — Beifall und Händeklatschen links u. i. Str.)

Abg. Ab. Hoffmann (l. Soz.): Die Rechte hat uns gezeigt, wie man die Regierung behandeln muß, wenn sie einem nicht zu Willen ist. Wir werden dankbare Schüler sein. Draußen wird allerdings ein anderer Wind, er wird sich zum Sturm entfachen und Sie für alle Seiten weglegen.

Abg. Graf Spee (Str.): Wenn mein Antrag abgelehnt wird, so nicht aus sachlichen, sondern aus taktischen Gründen. Die Abgeordneten Radtke und Lohmann wollen mir die Schuld für die unerhörten Ausfälle des Herrn Hoffmann in die Schuhe schieben. Wohin soll das führen, wenn man keine Anträge mehr stellen kann, weil Herr Hoffmann ausfallend wird. Ich wünsche, meine Rede würde im Wortlaut in allen Zeitungen abgedruckt werden. (Heiterkeit.) Ich würde mir mein Leben lang Vorwürfe machen, wenn ich diesen Antrag nicht gestellt hätte. (Abg. Reinert, Soz.: Sie hätten lieber Ihr Mandat niederlegen sollen.) Es kann so weit kommen, daß noch die Parteien dieses Hauses, die Regierung und das Herrenhaus auf meinen Antrag zurückkommen.

Abg. Dr. Pachtke (Vpl.): Da der Antrag mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wird, lohnt eine namentliche Abstimmung nicht. (Abg. Kretsch (Konf.): Wir sind nicht so ängstlich!) Dann stellen Sie doch selbst den Antrag. Gehen Sie doch die Konsequenzen aus Ihrem Uebermut! Ihre Aufregung erklärt sich lediglich aus der Sorge um Ihren Parteibestehand. Im nächsten Wahlkampf wird Ihre Mehrheit zertrümmert werden.

Abg. Ab. Hoffmann (l. Soz.): Auch wir verzichten auf namentliche Abstimmung. Wenn Sie wollen, so blamieren Sie sich selbst.

Abg. v. Heydebrand (konf.): Dann nehmen wir selbst den Antrag auf namentliche Abstimmung auf. (Beifall rechts.)

Die namentliche Abstimmung.

Bevor nunmehr zur namentlichen Abstimmung geschritten wird, äußert Präsident Graf Schwerin geschäftsordnungsmäßige Bedenken über die Zulässigkeit eines solchen Antrages.

Abg. Dr. Porsch (Str.): Es gibt dafür einen Präzedenzfall. In den 70er Jahren hatte Windthorst die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen beantragt. Die Linke erhob Widerspruch (Stürm. Hörl Hörl rechts) und beantragte die Vertagung auf sechs Monate. Das Haus hat sich damals mit Mehrheit für die Zulässigkeit der namentlichen Abstimmung über diesen Vertagungsantrag ausgesprochen und die Vertagung auf sechs Monate beschlossen. (Hörl Hörl rechts.) Allerdings ist aus diesen sechs Monaten eine bedeutend längere Zeit geworden. (Stürm. Heiterk.)

Bei der Abstimmung stimmten 60 Konservative mit Ja, dagegen die 333 anderen Mitglieder des Hauses. Ein Abgeordneter enthält sich der Abstimmung.

Abg. Graf Spee (Str.): Ich war bei der Abstimmung leider nicht anwesend. Wäre ich hier gewesen, so hätte ich für meinen Antrag gestimmt. (Große Heiterkeit.)

Darauf wird in die sachlichen Verhandlungen eingetreten.

Die Abgeordnetenhaus-Vorlage.

Abg. Sell (Str.) berichtet über die Ausschuhverhandlungen. Es findet zunächst eine allgemeine Aussprache statt.

Nach § 1 der Kommissionsfassung ist jeder Preuze wahlberechtigt, der 25 Jahre alt und seit wenigstens drei Jahren staatsangehörig ist. § 2 stellt fest, wer von der Wahlberechtigung ausgeschlossen ist. § 3 der Regierungsvorlage bestimmt, daß jeder Wähler eine Stimme hat. Der Ausschuh setzte dagegen fest, daß jeder Wähler eine Grundstimme hat. Hierzu tritt aber je eine Zusatzstimme aus Grund des Lebensalters und der Zahl der erwachsenen Kinder, des Vermögens, des Einkommens der selbständigen Erwerbstätigkeit, der Schulbildung oder des öffentlichen Dienstes.

Ein Antrag Dr. Lohmann (nkf.) will ein Zweistimmensrecht einführen. Danach soll eine Zusatzstimme erhalten, wer in den verschiedenen Berufen selbständig oder leitend tätig ist, wer mehr als zehn Jahre im Reichs-, Staats-, Kommunal-, Kirchen- oder Schuldienst angestellt ist, wer mehr als zehn Jahre als Mitglied einer deutschen Körperschaft des öffentlichen Rechtes tätig gewesen ist, und wer als Angestellter oder Arbeiter seit mehr als sechs Jahren in demselben Betriebe tätig war.

Die Sozialdemokraten beantragen das Wahlrecht für die Frauen und Herabsetzung des Wahlalters auf das 20. Lebensjahr.

Der Ausschuh hat auch die Wahlpflicht eingeführt.

Die Generaldebatte leitet eine Rede des Ministerpräsidenten ein.

Ministerpräsident Graf Hertling:

Meine Herren, die Vorgänge der heutigen Sitzung könnten ja gewisse Zweifel erregen, ob wir noch zu einer Verständigung über die uns jetzt beschäftigende Materie gelangten. Aber, meine Herren, gerade diese Vorgänge und die lebhafteste Erregung, die sich heute kundgegeben hat, haben doch gezeigt, wie stark innerhalb dieses hohen Hauses auf allen Seiten das Gefühl der Verantwortung ist, mit dem Sie der heutigen Entscheidung entgegengetreten. Dieses Gefühl der Verantwortung, meine Herren, das ich auf allen Seiten gleich hoch einschätze, dieses Gefühl der Verantwortung, das ich also nicht erst hervorzuweisen brauche, das ich voraussetzen darf, gibt mir die Hoffnung, daß es doch noch möglich sein wird, zu einer Verständigung zu gelangen. (Beifall links und in der Mitte), daß es doch noch möglich sein wird, einen Weg zu finden, der die jetzt so weit auseinanderliegenden Meinungsverschiedenheiten zu einer Einheit zusammenfaßt. (Erneuter Beifall.)

Meine Herren, daß der Artikel 3 in der Fassung, wie Ihre Kommission ihn gegeben hat, für die Staatsregierung nicht annehmbar ist, das, meine Herren, werden Sie sich zweifellos nach den wiederholt abgegebenen Erklärungen der Staatsregierung selbst gesagt haben (Zustimmung), und auch der gewiß gut gemeinte Antrag des Herrn Abg. Lohmann, der aus dem Kommissionsantrage verschiedene Schärfen beseitigt, auch dieser Antrag kann nicht zum Ziele führen, denn auch dieser Antrag nimmt dem Gesetze nicht den plutokratischen Charakter, den wir schließlich vermeiden wollten.

Meine Herren, ein plutokratisches Wahlrecht ist entweder unwirksam, oder es geht über das Ziel weit hinaus und verschärft die vorhandenen Gegensätze, statt eine Milderung herbeizuführen. Meine Herren, ein plutokratisches Wahlrecht, das die politischen Rechte abmisst nach dem Maß von Vermögen und Einkommen, sei dies nun direkt oder indirekt, ist heute in unserem Volke nicht mehr möglich (Lebhafte Zustimmung), angesichts der unausgeglichenen Verschiebungen in den finanziellen Verhältnissen, in den wirtschaftlichen Verhältnissen, angesichts auch des Grades politischer Bildung in unserem Volke. Auf ein plutokratisches Wahlrecht kann sich die Regierung deshalb nicht einlassen.

Es kann sich also nur handeln um das allgemeine gleiche Wahlrecht in vernünftigen Grenzen, wie sie bereits durch die Vorlage selbst angedeutet sind. Meine Herren, das gleiche Wahlrecht muß grundsätzlich festgehalten werden. (Beifall.) Die Zusage ist gegeben, die Zusage muß eingelöst werden, und meine Herren, ich bitte das zu beachten, daß in allen modernen Staaten das politische und soziale Leben auf dieses Ziel eingestellt ist, daß dieses Ziel eines gleichen Wahlrechts in einer großen Reihe von modernen Staaten bereits erreicht ist, in manchen Staaten weit hinausgehend über das, was der Ihnen vorgelegte Gesetzentwurf vorschlägt. (Sehr wahr! auf der äußersten Linken.) Meine Herren, es ist auf die Dauer nicht möglich, daß sich Preußen dieser kriegsbedingten Bewegung entzieht, daß in Preußen allein dieses gleiche Wahlrecht dauernd ausgeschlossen sein soll. (Sehr richtig links.)

Meine Herren, es ist ja auch möglich, gewisse Sicherungen vorzunehmen, die befürchteten allzuweitgehenden radikalen Folgen, die aus dem allgemeinen gleichen Wahlrecht sich ergeben könnten, zu beseitigen. In der Vorlage selbst sind ja bereits derartige Sicherungen enthalten. Andere sind an anderen Stellen wohl noch möglich. Es sind, wie ich höre, Anträge in Vorbereitung, die weitere Sicherungen einführen wollen. (Hörl Hörl auf der äußersten Linken.) Die Regierung wird die Anregungen mit allem Ernst und allem Wohlwollen prüfen. Selbstverständlich ist die Regierung, die sich dafür eingesetzt hat, das gleiche Wahlrecht zur Durchführung zu bringen, zu welcher Zeit sie entschlossen, dafür zu sorgen, daß die befürchteten schädlichen Wirkungen dieses gleichen Wahlrechts möglichst verhütet werden. (Zustimmung.) Ich zweifle nicht, daß dieses Ziel erreicht werden kann.

Meine Herren, es ist ja doch überaus wünschenswert, daß wir jetzt und daß wir bald zu einer Entscheidung kommen. Das öffentliche Leben — wenn das auch nicht immer in der Erscheinung tritt — dreht sich zurzeit im Bewußtsein des ganzen Volkes um die Frage des gleichen Wahlrechts. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte, stürmische Rufe rechts.) Die Ansichten darüber können ja verschieden sein, das bezweifle ich nicht. Ich kann nur sagen, daß ich mich bemüht habe, bis in die letzte Zeit hinein möglichst frühzeitig zu nehmen und mir die Einmütigkeit der verschiedenen Volksschichten zur Kenntnis zu bringen. Da ist mir immer wieder entgegengetreten: die Frage des gleichen Wahlrechts muß zur Entscheidung gebracht werden! (Lebhafte Zustimmung.)

Meine Herren, es ist schon heute wiederholt darauf hingewiesen worden, wie notwendig es ist, in unserem Volke die Einmütigkeit, die es in diesem Kriege bewiesen hat, zu erhalten. Unser Volk ist geradezu bewundernswert in seiner einmütigen Haltung. Ich glaube, es wird ein weiterer Schritt zur Stärkung und Steigerung dieser Einmütigkeit sein, meine Herren, wenn Sie von allzuweitgehenden Gegensätzen in dieser Frage jetzt zurücktreten wollen.

Meine Herren, jetzt liegt die Sache so, jetzt sind wir noch in der Lage, die Zusage, die gegeben worden ist und eingelöst werden muß, einzulösen ohne schwere Erschütterungen befürchten zu müssen. Jetzt kann die Zusage noch eingelöst werden, indem zu gleicher Zeit diejenigen Sicherungen gegeben werden, die im Interesse eines ruhigen, stetigen Fortschreitens des Staatslebens notwendig sind. Das, was wir jetzt geben können, das müssen wir vielleicht, wenn es heute abgelehnt wird, in einiger Zeit unter schweren Erschütterungen des Volkslebens, deren Gefahren wir gar nicht übersehen können, uns abringen lassen. (Hörl Hörl auf der äußersten Linken.) Das gleiche Wahlrecht kommt! Es kommt, wenn nicht heute, so doch in absehbarer Zeit. (Sehr wahr!) Es kommt entweder ohne Erschütterungen oder es kommt nach schweren inneren Kämpfen. Und darum lautet die Frage jetzt, meine Herren, wie wollen Sie sich dazu stellen? Wollen Sie jetzt die Hand zu einer Verständigung reichen, die uns dahin führen kann, schwere Erschütterungen zu vermeiden und solche Sicherungen schon jetzt vorzunehmen, die uns vor solchen schweren Erschütterungen in Zukunft bewahren, oder wollen Sie die Verantwortung auf sich nehmen, diese schweren Erschütterungen herbeizuführen durch eine Ablehnung, die doch das von Ihnen gewünschte Ziel nicht haben kann! (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.)

Abg. Dr. v. Heydebrand (konf.):

Den Wunsch nach einer Verständigung teilen wir. Aber wenn noch nicht einmal der vorderdings von den Nationalliberalen gestellte Antrag ausreicht, um die Zustimmung der Regierung zu finden, so bliebe kein anderer Weg, als einfach die Regierungsvorlage anzunehmen. (Sehr richtig rechts.) Gegenüber der Behauptung des Ministerpräsidenten, im ganzen Lande würde das gleiche Wahlrecht verlangt, muß ich darauf hinweisen, daß ein großer Teil der Wähler nicht in der Heimat, sondern draußen im Felde ist.

Sch stelle fest, daß die konservativen Mitglieder des Ausschusses mit aller Hingebung und allem Fleiß bemüht waren, die Regierungsvorlage in einer Weise auszugestalten, wie sie für das Vaterland nützlich ist. Wir sind durchaus davon überzeugt, daß das gegenwärtige Wahlrecht reformbedürftig ist und haben das immer gesagt. Deshalb war ich eigentlich etwas erstaunt, als der stellvertretende Ministerpräsident sagte, wir hätten die Reform so lange verhindert. Er hat dabei die nötige staatsmännische Ruhe vermissen lassen, aber vielleicht hat er sie in der kurzen Zeit seiner Ministerkassette noch nicht erworben. (Heiterkeit rechts.) Sowohl bei der Wahlvorlage von 1906 wie bei der von 1910 haben wir im Einverständnis mit der Regierung zusammen gearbeitet, und wenn die Reform damals nicht zustande gekommen ist, so lag das an den Änderungen im Herrenhaus, für die wir nicht verantwortlich gemacht werden können. Bei der ersten Lesung der jetzigen Vorlage habe ich ausdrücklich festgestellt, daß wir bereit waren, mit den übrigen Parteien dieses Hauses im vorigen Jahre eine Vorlage auszuarbeiten, von der wir glauben mußten, daß sie ganz im Rahmen der Oberhauskommission lag. Das muß, bei seiner parlamentarischen Vergangenheit, Dr. Friedberg auch wissen. (Zustimmung rechts.)

Inkonsequenzen und Ungerechtigkeiten enthalten alle Wahlsysteme, auch das Reichstagswahlrecht. Die schwächste Seite unseres gegenwärtigen Wahlrechts liegt darin, daß die Abstufung ausschließlich an die Steuerleistung geknüpft ist. Die Folge davon ist aber in Wirklichkeit — obgleich der jetzige Zustand nicht aufrecht erhalten werden kann — daß der Mittelstand zu entscheiden hat. Das ist die Signatur des gegenwärtigen Wahlrechts. (Lebhafter Widerspruch links.) Beim gleichen Wahlrecht aber gibt den Ausschlag die unterrichtslose Masse, die Handarbeiterschaft der Reichshäute. Da wir die Entscheidung, auf die Dr. Friedberg hingewiesen hat, natürlich auch kennen, haben wir uns geglaubt, ob der Standpunkt derjenigen wirklich begründet ist, die jetzt das gleiche Wahlrecht einführen wollen.

Reichstag und Landtag.

Es gibt eine Menge Leute, die der Meinung sind, daß sich dieses Wahlrecht im Reichstage außerordentlich bewährt habe. (Zustimmung links.) Ich will darüber nicht sprechen, ich bin ja selbst ein Produkt dieses Wahlrechts. Aber die Verhältnisse in den Staaten sind doch andere als im Reich. Im Reich haben wir die allgemeine Wehrpflicht, die indirekten Steuern, die soziale Gesetzgebung, Dinge, an denen jedermann beteiligt ist. Die Bundesstaaten aber haben ihre kulturellen Aufgaben, ihre großen Staatsbetriebe, sie haben die Vermögensbesteuerung. Gerade weil wir im Reich das gleiche Wahlrecht haben, ist es ein naturgemäße Forderung, wenn man nicht alles über einen Kamm ladeben will, daß man den Bundesstaaten ihre Eigentümlichkeiten lassen muß. (Sehr richtig rechts.) Führen wir in Preußen das Reichstagswahlrecht ein, dann ist es in den übrigen Bundesstaaten nicht mehr aufzuhalten. Eine solche Gleichmacherei können wir im Interesse des gesunden Staatslebens nicht wünschen.

Nun wird gefragt, der Krieg fordere die Einführung des gleichen Wahlrechts. Da wäre es das Nächstliegende gewesen, abzuwarten, wie die Kriegsteilnehmer selbst sich dazu stellen. (Stürmische Zustimmung rechts.) Es gibt doch nichts, was ein größerer Gegenstand von Gleichheit wäre als unser Heer. Ein Heer ohne Ueberordnung und Unterordnung, ohne einzelne Kategorien mit ihren verschiedenen Leistungen hätte niemals so Großes leisten können. Im Ausland steht man, wohin es kommt, wenn es keine Offiziere, sondern nur einfache Soldaten gibt und wenn jeder zu kommandieren und keiner zu gehorchen hat. (Sehr gut rechts.) Der König hat gewünscht, die Regierung solle eine Vorlage mit dem gleichen Wahlrecht einbringen. Aber ich habe nicht gehört, daß der König gewünscht oder befohlen hätte, daß wir die durch die Verfassung gegründete Freiheit unserer Stellungnahme zu den Regierungsvorlagen aufgeben sollen. Im Ausschuh haben wir vergebens die Regierung gefragt, ob sie den König darüber informiert hat, daß im vorigen Sommer fünf Sechstel dieses Hauses zu einer vollständigen Einigung über die Wahlreform gekommen waren. Eine Antwort haben wir nicht bekommen, sonst aber waren die Minister im Ausschuh mehr als bereit, mit diesem Allerhöchsten Befehl zu operieren. Die Regierung sollte doch den König nicht verstoßen, sondern sich stützend auf den Thron stellen. (Beifall.)

Unter dem gleichen Wahlrecht werden wir hier 120—130 Sozialdemokraten, eine sehr verstärkte Polenfraktion und eine sehr starke Linke haben, und auch bei den anderen Parteien wird der mittelständische Charakter sehr stark beeinträchtigt werden. Die Zusammensetzung des Hauses wird ungleich mehr von dem abhängen, was man „Vollgünst“ nennt. Elemente, die sich mehr durch Spezialismus (Heiterkeit rechts) und Agitation hervortun, werden auf den Schild erhoben und die, die am meisten versprechen, werden die besten Ansichten im Wahlkampf haben. (Zuruf links: Hund der Landwirte!) Ob es dann möglich sein wird, den stark autoritären Charakter unseres preussischen Staates aufrecht zu erhalten, ist zweifelhaft. Wir sind stolz auf unter gewaltiges Beamtentum mit seiner Disziplin, seiner Unterordnung und seinem Gehorsam. Wird die Zusammensetzung dieses Hauses eine andere sein, so auch seine Einwirkung auf das Beamtentum. (Rufe links: Sie beleidigen ja die Reichsbeamten!) Hier handelt es sich um die preussischen Beamten, und hier entscheiden wir. (Rufe links: Vorläufig!) Das steuerliche Rückgrat unseres ganzen Staatshaushaltes sind die direkten Steuern auf den Besitz, und nun wollen Sie die Besitzlosen über die Steuern entscheiden lassen, die die Besitzenden zahlen sollen? (Abg. Ab. Hoffmann: Verbluten können die Besitzlosen für die Besitzenden!) Wenn das gleiche Wahlrecht eingeführt wird, so wird diese Steuerentwicklung unmöglich aufzuhalten sein. Als wir das der Regierung vorhielten, antwortete sie mit beruhigenden Wendungen, aber sie konnte keine sachlichen Gegengründe vorbringen. Wird jetzt das gleiche Wahlrecht im Staate eingeführt, dann haben Sie es in fünf Jahren in den Gemeinden, und ob das den Liberalen recht sein wird, ist eine andere Frage. (Zuruf links: O ja!)

Bei einer derartigen Verstärkung der Linken werden aber auch unsere kulturellen Güter, insbesondere unsere konfessionelle Volksschule gefährdet sein. Wir wollen jedoch die christliche Erziehung, die Grundlage unseres Lebens und unserer Jugenderziehung nicht aufgeben. Wenn wir hier erst einen freireligiösen Kultusminister (Heiterkeit) haben, dann wird unsere konfessionelle Schule nicht mehr zu ihrem Recht kommen. Diese Verantwortung aber wollen wir weder für uns noch für unsere Kinder tragen. (Stürmische Beifallsrufe rechts.)

Ueber die Ostmarken hat sich der Ministerpräsident ausgesprochen. Seine Ausführungen waren von hohem Idealismus getragen, aber überzeugend waren sie nicht. Wenn die Ostmarkenpolitik nicht auf denselben Grundlagen ruht wie bisher, können wir sie nieher ganz aufgeben. (Hörl Hörl!) Ohne starke staatliche Unterstützung des Ostmarkens muss der Pole das Uebergewicht bekommen. Die bisherige Polenpolitik kann man nur mit einer Mehrheit wie der jetzigen aufrechterhalten. Der deutsche nationale Charakter des Ostens ist eine Notwendigkeit. (Beifall.) Aus allen diesen Gründen ist es unmöglich, für das gleiche Wahlrecht zu stimmen.

Das Kulturwert in der Ukraine.

Feldmarschall v. Eichhorn, der Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in der Ukraine, hat sich zu sehr kräftigen Maßnahmen veranlaßt gesehen, durch welche der Erfolg des von den Mittelmächten in den weiten Landen am Dnjepr unternommenen Kulturwertes gesichert werden soll. Die heilbaren Kinderkrankheiten eines neugeborenen Staatswesens, aber auch organische Gebreche einer mißgebornen neuen Gesellschaftsordnung haben zusammengewirkt, eine Lage zu schaffen, in der sowohl im eigenen Interesse der Mittelmächte als im Interesse der ukrainischen Zukunft selbst jene Maßnahmen unvermeidlich geworden sind. In der vorliegenden amtlichen Nachricht erscheint wohl als der in diesem Augenblick unmittelbar entscheidende Punkt, daß von der ukrainischen Regierung keinerlei Maßnahmen getroffen wurden, um die Frühjahrssaat zu sichern. Darüber hinaus geht aus der Depesche hervor, daß Mitglieder der Regierung und ihr zunächst stehende Persönlichkeiten gewissen Antrieben nicht fern waren, durch welche von den deutschen Truppen getroffene Anordnungen für die Bodenbestellung in ihrer Wirksamkeit behindert wurden.

Nicht ohne bestimmte Anhaltspunkte wurde neulich in diesem Blatte bei Erwähnung der „differentiellen Zensur“, die jetzt in Wien gehandhabt wird, auch darauf hingewiesen, daß die reichsdeutschen und die deutschen Blätter Oesterreichs von der Berichterstattung über russische und ukrainische Vorgänge so ziemlich abgeschnitten sind, während polnische und ruthenische Blätter reichliche Mitteilungen veröffentlichen dürfen. Auch in diesem Augenblicke sind wir nicht in der Lage, aus diesen zwei zum Teile gegnerischen Darstellungen die mittlere Linie der Wahrheit herauszufinden. Nur so viel darf wohl gesagt werden, daß ursprünglich und noch bis vor wenigen Monaten die Zustände in dem neuen Staate kaum ein andres Bild boten als jenes einer mangelnden Ordnung und Stetigkeit, wie sie in Kriegszeiten und beim Entstehen eines neuen Staates zu keiner Zeit und an keinem Orte zu vermeiden wären. Eine empfindlichere Störung trat erst ein, als nach dem Beispiele Großrußlands auch in der Ukraine die Verwirklichung einer neuen Wirtschaftsordnung mit einer radikalsten Agrarreform begonnen wurde. Hier macht sich zunächst ein grundlegender Gegensatz zwischen großrussischen und ukrainischen Verhältnissen geltend. Der Gedanke des gemeinsamen Bodenbesitzes, der bis zur Agrarreform Stolybins in Großrußland der Träger des landwirtschaftlichen Betriebes gewesen ist, hatte in der Ukraine niemals feste Wurzeln. Hier überragte das bäuerliche Privateigentum, und als den bäuerlichen Massen die Möglichkeit eines Einzuehens des staatlichen und privaten Großgrundbesitzes vor Augen trat, fand sie keine andre Auffassung, als die einer kommenden Aufstellung der Latifundien zu bäuerlichem Privateigentum. Ohne erst die durch die „Unkverfale“, die Kundgebungen der ukrainischen Regierung, in Aussicht gestellten Durch-

führungsmaßnahmen abzuwarten, setzte sich so ziemlich überall die Bauernschaft in den Besitz des zu verteilenden Landes, und damit hängt es zusammen, daß die Vorräte der letzten Getreideernten nunmehr an vielen Tausenden von Punkten zerplittert sind. Eine weitere Folge aber war, daß ohne eine durchgreifende und großzügige Organisation die Bauernschaft nicht in der Lage war, für die Bestellung des ehemaligen Latifundienackers zu sorgen. Die deutschen Militärbehörden haben unter aller Schonung der von der ukrainischen Regierung beabsichtigten Agrarreform die erforderlichen organisatorischen Maßnahmen für den Frühjahrsanbau getroffen. Gegen diese Maßnahmen wurde nun eine Agitation entfaltet, die sich entgegen dem klaren Wortlaut der deutschen Verfügungen hauptsächlich des Arguments bediente, die Deutschen gingen darauf aus, die Gutsherren in ihren früheren Besitz wieder einzuführen. Der Konflikt verstärkte sich durch die Tatsache, daß die einmal begonnene Aufteilung nicht beim Großgrundbesitz haltmachte, sondern in den letzten Wochen sich auch gegen die Groß- und Mittelbauern zu wenden begann. Aber schon im Jahre 1906 haben die grundlegenden Studien des Professors Max Weber in Heidelberg über die Agrarverhältnisse Rußlands nachgewiesen, daß der gesamte Getreideexport Südrußlands Erzeugnis des Großgrundbesitzes ist und daß ein Verschlagen dieses Besitzes unvermeidlich einen weitgehenden Rückgang der Erträge herbeiführen müßte.

Das sind in knappsten Umrissen die wirtschaftlichen Gründe der von Feldmarschall v. Eichhorn getroffenen landwirtschaftlichen Anordnungen, die sich als eine unvermeidbare Notwendigkeit darstellen. Wir haben in der obigen Darstellung die sonstigen Erscheinungen in der Ukraine notgedrungen außer acht gelassen. Auch diese Erscheinungen sind uns aus den zwei verschiedenen Standpunkten vertretenden Darstellungen von polnischer und ukrainischer Seite bekannt. Die genauere Kenntnis aller dieser Dinge liefert den Beweis, daß hier keine militärische Willkür vorliegt, sondern die für jeden europäisch denkenden Staatsmann und Politiker selbstverständliche Notwendigkeit, ein drohendes Uebel an der Wurzel zu packen, damit nicht eine Frucht dieses Weltkrieges vorzeitig verdorrt. Und diese Frucht ist nichts Geringeres als das europäische Kulturwert in der Ukraine, die, wenn sie unreifen wirtschaftlichen Experimenten rechtzeitig entzissen wird, alle natürlichen Vorbedingungen des Gedeihens besitzt: ein hochbegabtes, kräftiges, zahlreiches und arbeitsames Volk und unerschöpfliche Schätze des Bodens.

Berlin, 1. Mai. (Amtlich.) In letzter Zeit machte sich in Kiew eine starke Agitation bemerkbar, die sich anscheinend auch gegen den deutschen Einfluß in der Ukraine richtete. Unsere Bemühungen, Ordnung zu schaffen, erfuhren von der Regierung eine völlig ungenügende Unterstützung, die außerdem keinerlei Maßnahmen traf, um die Frühjahrssaat und die dadurch bedingte Erfüllung ihrer vertraglichen Verpflichtungen zu sichern. Feldmarschall v. Eichhorn sah sich deshalb nach Einvernehmen mit dem kaiserlichen Botschafter Freiherrn v. Mumm genötigt, einen Erlaß über die Ausführung der Früh-

jahresbestellungen zu veröffentlichen, der von der ukrainischen Presse entstellt wiedergegeben wurde, was Aufregung im Lande und in der Kada einen Protest hervorrief. Es ergaben sich sogar Anzeichen, daß Mitglieder der Regierung selbst sich an der Agitation gegen uns beteiligten.

Unter diesen Verhältnissen gewann die willkürliche Verhaftung des Direktors der Russischen Bank für auswärtigen Handel, Dobry, eine besondere Bedeutung. Dieser wurde ohne nähere Erklärungen im Namen des „Bundes zur Befreiung der Ukraine“ in seinem Quartier überfallen und weggeschleppt. Zu Hilfe gerufene Soldaten der Regierungsmiliz weigerten sich, ihn zu schützen. Sein Aufenthalt ist zurzeit noch unbekannt. Dobry war als ukrainischer Finanzsachverständiger mit den deutschen Mitgliedern der Wirtschaftskommission in enge Fühlung getreten und hatte sich große Verdienste um das sachgemäße Zusammenarbeiten mit der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation erworben. Außerdem liefen Nachrichten ein, daß weitere Verhaftungen folgen sollten. Zugleich mehrten sich die Anzeichen für den Verdacht, daß die Verhaftung von Mitgliedern der Regierung selbst ausgegangen war.

Dieser Entwicklung der Dinge konnte das deutsche Oberkommando nicht ruhig zusehen. Der Gewaltakt bedeutete den Wiederbeginn der Anarchie, und die Regierung hatte sich als zu schwach erwiesen, die Rechtsicherheit in Kiew zu sichern. Feldmarschall v. Eichhorn verfügte daher im Einverständnis mit dem kaiserlichen Botschafter Freiherrn v. Mumm zur Sicherung der Stadt Kiew besondere Maßnahmen, die im wesentlichen auf Einsetzung von Militärgerichten, strenge Verurteilung aller gemeiner Verbrechen und Androhung schwerster Strafen gegen jede Störung der Ordnung abzielten. Inzwischen war die Untersuchung des Falles Dobry bereits dem deutschen Militärgericht übertragen. Sie führte unter andern zur Verhaftung des Kriegsministers Schukowski, des Abteilungschefs im Ministerium des Innern Dajewski, der Frau des Ministers des Innern Tatischevko, des Kommandanten der Stadtmiliz Bogaski und des Abteilungschefs im Ministerium des Außern Ojubinski. Die gerichtliche Untersuchung wird fortgesetzt.

In hiesigen unterrichteten Kreisen werden die Vorgänge von Kiew, das von Deutschen besetzt ist, bestätigt. Zweifellos sei es von deutscher Seite geboten gewesen, einzuschreiten. Für die Frage der Lebensmittelversorgung aus der Ukraine haben aber die jüngsten Ereignisse keine unmittelbare Bedeutung. Es handle sich derzeit um die Aufbringung und die Abtransportierung der festgestellten, schon vorhandenen Vorräte. Diese Verpflichtung werde die gegenwärtige oder, wenn sie stürzen sollte, die ihr nachfolgende Regierung bestimmt erfüllen. In unterrichteten Kreisen wird daran festgehalten, daß die Gestaltung der Verhältnisse in der Ukraine die Ausfuhr der Lebensmittel nicht beeinträchtigen werde.

Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Königlich privilegierte Berliner Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsstells): H. Bachmann in Berlin.

★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 200, 11 802, 11 803 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Vor der Abstimmung über das Wahlrecht.

Sewastopol besetzt.

Der Bericht des Großen Hauptquartiers.
Großes Hauptquartier, 2. Mai.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Secresgruppen Kronprinz Rupprecht und Deutscher Kronprinz.

An den Schlachtfrenten ist die Lage unverändert. Der Artilleriekampf war im Abschnitt des Kemmel-Berges gesteigert. Auch zwischen Comme und Luce-Bach, bei Montdidier, Passigny und Rohon lebte er vielfach auf. Im übrigen blieb die Gesehäftstätigkeit auf Erkundungen beschränkt.

Secresgruppe Herzog Albrecht.

An der lothringischen Front war die französische Artillerie in den Nachmittagsstunden reger. Kleinere Vorstöße des Feindes wurden abgewiesen.

Osten.

Ukraine.

Vor Sewastopol brachen wir feindlichen Widerstand. Die Stadt wurde am 1. Mai kampflos von uns besetzt.

Der Erste Generalsquartiermeister
Ludendorff.

Die Fernbeschießung von Paris.

Sevassmeldung.

Paris, 1. Mai.

Sukken ist die Veranlassung, weshalb die Verhandlungen zunächst nicht vom Fied kommen. Die Artze scheint jedoch merklich abgeklaut zu sein. Wie das „Handelsblad“ weiter erklärt, wurden verschiedene militärische Maßnahmen, die auf Grund des unsicheren politischen Zustandes getroffen wurden, wieder rückgängig

gemacht, so wurde die Verordnung aufgehoben, nach der die Eisenbahnämter in Orten, die militärische Garnison haben, auch nachts für den militärischen Gebrauch geöffnet sein mußten. Dasselbe geschah auch mit der militärischen Ueberwachung der Eisenbahnstationen.

Dr. Friedberg über die Auflösungsfrage.

Wenn nicht besondere Ueberwachungen eintreten, wird sich das Schicksal des gleichen Wahlrechts erst in der dritten Lesung entscheiden. Mit der Ablehnung in der zweiten Lesung wird wohl allgemein gerechnet. Gespannt ist man nur auf das Stimmverhältnis, das für die Aussichten der Verständigungsbemühungen zwischen der zweiten und dritten Lesung Fingerzeige geben wird.

Der freikonservative Abg. Rewoldt sprach mit angeregter Stimme, ohne das allgemeine Gespräch dauernd überbieten zu können, das die starke Erschöpfung des Interesses anzudeuten pflegt. Zahlreiche Gruppen sah man in eifrigem Privatgespräch, so Dr. Lohmann, der einem größeren Kreise seiner näheren oder ferneren Parteifreunde einen Sondervortrag hielt. Auf der rechten Seite empfing gleichgültig Herr v. Heudebrandt seine Götter einzeln und gruppenweise zur Erstellung der letzten Instruktionen in Audienz, und während die Rede Rewoldts unentwegt weiterging, wühlte sich auf der Linken ein bemerkenswerter Rollenwechsel. Die Rechte hatte sich überzeugen müssen, daß die Mundtotmachung des Abg. v. Kardorff undurchführbar sei. Der konservativen Parteiführer v. d. Osten tauschte deshalb mit den freikonservativen Wahlrechtsfreunden den Platz in der Rednerliste zugleich mit der Absicht, das letzte Wort in der Debatte zu behalten, die nach seiner Rede offenbar geschlossen werden soll.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg nahm Gelegenheit, mit derselben Behutsamkeit wie auf dem nationalliberalen Parteitag die Frage der eventuellen Auflösung zu behandeln. Sie wäre unerwünscht, aber sei nicht unmöglich. Wer sie als eine große Gefahr ansieht, soll daraus den Schluß ziehen, sich mit der Regierung zu einigen, nicht aber verlangen, daß die Regierung zurückweiche. Die endgültige Stellungnahme der Staatsregierung wird erst bei der dritten Lesung erfolgen.

Das war wohl von vornherein erwartet. Ein sehr kluger und erfahrener Staatsmann äußerte kürzlich zu dieser Frage: Man löst in der zweiten Lesung nur auf, wenn man nicht haben möchte, daß es in der dritten Lesung zur Einigung kommt. Eine solche Situation bestand 1906, als Billow den Reichstag unter allen Umständen auflösen wollte und deshalb eine Abstimmung zweiter Lesung begierig aufstieß. Diesmal liegt die Sache ganz anders. Die Regierung wünscht und erhofft die Einigung auf dem Boden des gleichen Wahlrechts und deshalb kann sie sich nicht darauf beschränken, vorzeitig einen Durchbruch herbeizuführen, der vielleicht doch noch vermeidbar ist.

Und dann kam das große Ereignis. Des genialen Kardorff, eine der größten Gestalten der deutschen Parlamentsgeschichte, politisch begabter Sohn, trug mit Beharrlichkeit und starker Empfindung eine aus Gewissensnot und klarer Erkenntnis geborene Erklärung zugunsten der Regierungsvorlage vor. Es war eine Rede, die gehalten werden mußte, die uns erklärte, warum Herr v. Kardorff aus der Partei, an der er mit allen Fasern seines Herzens hing, austrat, weil man ihn dazu zwingen wollte, auf sich zu verzichten. Gerade als Konservativer, ein Mann, der gegen das gleiche Wahlrecht die schwersten Bedenken hat, warnte der Redner vor den Gefahren der Ablehnung und er bestätigte unsere kürzliche Andeutung, daß ein großer Teil der konservativen Fraktion des Herrenhauses heute schon bereit ist, sich mit dem gleichen Wahlrecht abzufinden. Daß die Regierung zur Auflösung gezwungen wäre, bezeichnete der Redner als absolut selbstverständlich und er prophezeite eine Zertrümmerung der heutigen Mehrheit. Die einzige Zukunft der Konservativen liegt darin, daß sie zur Volkspartei werden. Fast jeder sah Klang in dem Munde dieses Landrats von altpreussischem Schrot und Korn wie eine Offenbarung, obwohl, oder weil er nur aussprach, was kein unvoreingenommener Politiker bestreiten kann. Mit der Aufforderung zu einer Verständigung, die sich besonders auch an die Freunde Dr. Lohmanns wandte — schloß der Redner.

Für die nationalliberalen Anhänger des Wahlrechts sprach der Göttinger Professor Otto, mit akademisch wohlbedachten Worten. Nach der Rede des konservativen Abgeordneten v. d. Osten wird die Abstimmung erwartet.

Der Sitzungsbericht.

Präsident Graf Schwerin-Ludwig eröffnete die Sitzung einige Minuten nach der festgesetzten Zeit. Der Saal ist außerordentlich dicht gefüllt, und in dem herrschenden Stimmengewirr ist der erste Redner der freikonservativen Abgeordneten Dr. Rewoldt auf der Tribüne kaum zu verstehen.

Abg. Dr. Rewoldt (kons.):

Die Staatsregierung trägt die volle Verantwortung dafür, daß sie in der letzten Zeit die Wahlrechtsvorlage eingebracht hat. Dies halte ich für ein nationales Unglück. Wir können diese Vorlage unter keinen Umständen mitmachen. Wir wollen die Krone, ihre Stellung, ihre Rechte retten. Wir sind aber nicht bereit, selbst dann, wenn der derzeitige Träger der Krone nach unserer Auffassung schlecht beraten ist und unter einem Druck handelt, diesem Druck nachzugeben. Wir halten uns dazu für verpflichtet als überzeugte Monarchisten. Redner bespricht dann weiter, welche Möglichkeiten die Regierung habe, wenn sie die von ihr angedrohten äußersten verfassungsmäßigen Mittel anwenden wolle. Diese Mittel, welche der Krone zur Verfügung stehen, sind zunächst die Zurückziehung der Vorlage, dann die Vertagung des Landtages, dann die Entlassung der Minister und endlich die Auflösung des Landtages. Vor der Auflösung des Landtages möchte ich auf das dringendste warnen. Darin läge eine schwere Benachteiligung unserer Wähler im Felde. Auf das entschiedenste müssen wir es ferner ablehnen, wenn direkt oder indirekt auf die Abgeordneten ein Druck ausgeübt wird, damit sie ihre feste Ueberzeugung aufgeben.

Minister Dr. Friedberg:

Der Herr Abg. Dr. Rewoldt hat sich mit dem Gedanken aneinandergelegt, was geschehen wird, wenn die Vorlage der Regierung nicht angenommen wird. Ich kann dem Herrn Abgeordneten versichern, daß die Regierung einen der von ihm erwähnten Wege bestimmt beschreiten wird. (Geheul.) Auch die königliche Staatsregierung hält es nicht für im Interesse des Landes liegend, wenn zur Auflösung des Landtages geschritten werden müßte. Sie ist überzeugt, daß dieser Weg im Interesse des Vaterlandes nicht eingeschlagen werden soll. Aber von der Meinung des Herrn Abgeordneten, daß dieser Weg insoweit überhaupt nicht beschritten werden solle, weiche ich doch weit ab. Herr Dr. Rewoldt hat sich auf einige Zeugen dafür berufen, daß die Auflösung nicht möglich sei. Er hat sich u. a. berufen auf eine Rede, die ich in Hannover gehalten habe. Ich mußte auf diesen Einwand gefaßt sein. Es ist mir eine besondere Ehre, daß das, was ich in Hannover gesagt habe, fortwährend zitiert wird. Aber ich muß dies auch vollständig aufrecht erhalten, was ich damals in den damaligen Zeitumständen gesagt habe; von der Kritik, die ich damals an der Regierung geübt habe, habe ich nichts zurückzunehmen. Ich kann aber in meiner derzeitigen Stellung nicht weiter darauf eingehen.

Der Herr Abgeordnete hat weiter in der Begründung des Gesetzentwurfes über die Verlängerung der Legislaturperiode nach Beweisen dafür gesucht, daß die Regierung selbst eine Auflösung des Landtages in Preußen nicht für möglich hält. Der Herr Minister des Innern hat bereits in den mündlichen Ausführungen zur Begründung der Vorlage darauf hingewiesen, daß es sich nur um eine Auflösung zum Zweck der normalen Wahlen handelt, daß aber die königliche Staatsregierung in einer Notlage, wie sie bei Ablehnung des Gesetzentwurfes hier vorliegt, nicht auf eine Auflösung verzichten könne. Im übrigen hätten mich die Einwände, die Herr Dr. Rewoldt gegen die eventuelle Auflösung des Landtages vorgebracht hat, weniger überfallen, wenn sie von

3./V. 1918

Die Gründe des deutschen Vorgehens in der Ukraine.

Wien, 2. Mai.

Aus diplomatischen Kreisen kommen uns über die Vorgänge in der Ukraine folgende Mitteilungen zu:

Schon seit geraumer Zeit wurde es offenbar, daß die Dinge in der Ukraine nicht den richtigen Weg gehen. Die Politik des Ministerpräsidenten Solubowitsch und die durch den Brest-Litowsker Friedensvertrag gegebenen Richtlinien wurden durch einzelne Elemente des Kabinetts nicht nur mißachtet, sondern es kamen durch die Art der Betätigung dieser Herren unverkennbar gegen die Zentralmächte gerichtete, separatistische Tendenzen zum Ausdruck.

Die Mittelmächte wollen mit der Ukraine Frieden und Freundschaft halten; ihre Intervention erfolgte bekanntlich auf die Bitte der ukrainischen Regierung, deren eigene Mittel für die Schaffung geordneter Verhältnisse nicht ausreichend waren. Da dieses Ziel durch das Vorgehen gewisser Elemente gefährdet wurde, entschloß sich die deutsche Regierung, in Kiew Maßnahmen zu treffen, durch welche die Ausführung der Bestimmungen des Brest-Litowsker Friedensvertrages sowie des Lieferungsvertrages sichergestellt wird.

Es ist anzunehmen, daß die in Bildung begriffene neue Regierung sich auf den Boden des Brest-Litowsker Vertrages stellen wird. Es wird nicht befürchtet, daß die Ausführung der im Zuge befindlichen Lieferungen der Ukraine durch die jüngsten Vorgänge gefährdet wird.

Die Bildung eines neuen Kabinetts.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“.)

Berlin, 2. Mai.

Der „Lokalanzeiger“ meldet: Nach Meldungen aus Kiew ist die Bildung eines neuen Ministeriums im Gange, an dessen Spitze General Storopadskij treten dürfte. An diesen Vorgängen ist die deutsche Militärverwaltung selbstverständlich völlig unbeteiligt.

General Storopadskij gehört zur Partei der „Samostinik“, welche die vollständige staatliche Unabhängigkeit der Ukraine in den Vordergrund stellen und von einer Föderation mit Rußland gar nichts wissen wollen. Diese Partei war bisher in der Rada nur schwach, in der Regierung überhaupt nicht vertreten. General Storopadskij ist ein Ukrainer, der in der russischen Armee gedient hat.

Das deutsche Eingreifen in der Ukraine.

Wien, 2. Mai.

Den „Nachrichten aus der Ukraine“ wird aus Kiew gemeldet: Durch die Fortdauer der bolschewikischen und großrussischen Agitation, die, wie das Verschwinden des Bankiers Dobryn zeigt, immer schärfere Formen annahm und ihren Hauptsitz im „Komitee zur Rettung der Ukraine“ und im „Komitee zur Bekämpfung der Gegenrevolution“ hat, sah sich das deutsche Militärkommando in Kiew gezwungen, energisch einzugreifen. In der Nacht zum 27. April entwaffneten deutsche Truppen die sogenannte „Blaue Division“, die sich augenscheinlich von den Agitatoren gegen die Deutschen hatte aufheben lassen.

In Kiew fanden am 29. April Versammlungen von mehreren tausend Bauern aus der ganzen Ukraine statt, in denen in mehr oder weniger scharfer Form die Unzufriedenheit mit der Gesamtpolitik der bisherigen Regierung zum Ausdruck kam. In der wichtigsten der Versammlungen wurde der Sturz der Regierung, die Schließung der Zentralrada, die Abgabe der auf den 12. Mai einberufenen konstituierenden Versammlung und die Abkehr von der Landsozialisierung beschlossen und General Skoropadski, ein Abkömmling des alten Hetmans der Kosakenrepublik, zum Hetman proklamiert. Dieser durchfuhr sofort, vom Volk mit begeisterten Zurufen begrüßt, die Straßen Kiews und begab sich auf den Platz vor der berühmten Sofienthebrale, wo er durch die Priesterschaft im großen Ornat unter freiem Himmel die Weihe empfing.

Die Rada, deren Zugänge von Truppen der Regierung anfänglich schwach verteidigt waren, tagte weiter, fügte sich aber, als diese Truppen auf Zureden zwecks Vermeidung von Blutvergießen abgezogen waren, dem Schicksal. Die Umwälzung vollzog sich, abgesehen von einigen kleineren, hier auch sonst üblichen Schießereien, die einige wenige Opfer forderten, äußerlich völlig ruhig. Die Straßen zeigten das gewohnte Bild. Der Verkehr war lebhaft wie immer, ohne daß Zusammenrottungen stattfanden.

Auch der 1. Mai ist in Kiew und im ganzen Lande ruhig verlaufen, wenn auch in Kreisen der Rada die Erregung über die am 28. April erfolgte Verhaftung mehrerer Mitglieder der früheren Regierung wegen Verdachtes der Mitschuld an der Entführung eines Bankdirektors noch anhält. Natürlich stand das mit dem inneren Umschwung der Ukraine in keinem ursächlichen Zusammenhang. Auch bei den linksstehenden Parteien ist heute eine ruhigere Auffassung der Lage bereits eingetreten, die dadurch zum Ausdruck kommt, daß diese Parteien mit der neuen sich bildenden Regierung Fühlung suchen. Allmählich scheint sich überhaupt die Erkenntnis Bahn zu brechen, daß die bisherige Art der Regierungsführung, wobei die Rada andauernd in die Exekutive eingriff und die Minister in völliger Abhängigkeit von sich hielt, niemals die Ordnung im Lande herstellen würde. Hervorragende Parteiführer der Linken sind der Auffassung, daß die Rada keine Existenzberechtigung mehr habe. Der Umschwung ist ferner offensichtlich der Ausdruck einer seit langer Zeit auf dem flachen Lande bestandenen Unzufriedenheit mit der Fortdauer chaotischer Zustände, der Unklarheit und Unsicherheit der Besitzverhältnisse. Daher ist zu erwarten, daß die Erregung sich bald legt und daß auch die zunächst der neuen Regierung mit Mißtrauen begegnenden Kreise die Hand zur Mitarbeit bieten werden, sobald endgültig erkannt wird, daß die spontane Entwicklung auf nationaler ukrainischer Grundlage sich vollzogen hat.

Das Agrarprogramm der neuen ukrainischen Regierung.

Kiew, 3. Mai.

„Dziennik Kijowski“ meldet, daß die Vertreter des mittleren und kleinen Grundbesitzes in Kiew, die die bisherige ukrainische Regierung gestürzt haben, folgendes Programm zur Regelung der Agrarfrage aufgestellt haben:

Der Plan der Sozialisierung des Grundbesitzes soll aufgegeben und das Privateigentum im vollen Ausmaß wiederhergestellt werden; Die geraubten Güter, Geräte, Inventar usw. müssen unbedingt den rechtmäßigen Eigentümern zurückgegeben und die Schuldigen zum Schadenersatz verhalten und zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden; die Bevölkerung muß von dem Terrorismus der verbrecherischen Elemente befreit werden; zwecks Ausarbeitung einer dauernden Verfassung des ukrainischen Staates ist die ukrainische Konstante einzuberufen; die bisher unter dem Einflusse der Bolschewiken durchgeführten Wahlen, sind zu annullieren und neuerlich durchzuführen; endlich soll die bisherige einseitig-sozialistische Regierung durch eine parteilose, mit den realen Verhältnissen vertraute Regierung ersetzt werden.

Nach dem Regierungswechsel in der Ukraine.

Ein Gespräch mit dem Gesandten der Ukrainischen Volksrepublik und dessen Sekretär.

Wien, 3. Mai.

Der zeitweilige Gesandte der Ukrainischen Volksrepublik Dr. Jakowliw und dessen Sekretär Doktor Bodner hatten die Freundlichkeit, einen Vertreter der „Reichspost“ zu empfangen und ihm über die Lage in der Ukraine folgende Informationen zu erteilen:

Der Herr Gesandte erklärte, genauere Nachrichten dürften bald über die Ereignisse in der Ukraine klare Auskunft geben; es wäre erwünscht, wenn die Wiener Presse bis dahin Zurückhaltung im Urteil halten würde. Es komme darauf an, zwischen der Ukrainischen Republik, die in Brest-Litowsk als souveräner, unabhängiger Staat durch den Vierbund anerkannt wurde, und den Mittelmächten ein freundschaftliches Verhältnis anzuknüpfen und im beiderseitigen Interesse die Wunden, die der Krieg geschlagen habe, zu heilen. Dr. Jakowliw verließ schließlich seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß die Verhältnisse in der Ukraine ungeachtet der Schwierig-

Eine Hetmans-Diktatur in der Ukraine.

Der Regierungsantritt des Generals Skoropadskij. PPA. Kiew, 3. Mai.

„Dziennik Kijowski“ bringt folgende Schilderung der Vorgänge in Kiew, die mit dem Sturze der bisherigen Regierung und mit der Einsetzung einer Diktatur des Generals Skoropadskij (auf dessen hervorragende Stellung in der Partei der Samostinyky in der „Reichspost“ gestern bereits verwiesen wurde, D. R.) geendet haben. Am 29. April fand in Kiew die Tagung der ukrainischen Landwirte statt, in welcher die Agrarpolitik der Regierung und ihre Unfähigkeit, geordnete Zustände im Lande zu schaffen, scharf kritisiert wurden. Nach längerer Debatte, in welcher die Redner Stellung gegen die Aufhebung des Grundeigentums nahmen, erklärte der Bauer Jurczenko aus Poltawa, daß seiner Ansicht nach eine Diktatur in der Ukraine unerlässlich sei. Diese Worte lösten einen Beifallssturm aus. In der Loge erschien General Skoropadskij in einer Escherkessenuniform. Sein Erscheinen rief ungeheure Begeisterung hervor. Der General verließ die Loge und erschien auf dem Podium. Nach minutenlangen Ovationen ergriff er das Wort zu folgender kurzen Ansprache:

Meine Herren! Ich danke Euch, daß Ihr mir die Führung der Regierung anvertraut. Ihr wißt selber, daß sich die Anarchie überall breitmacht und daß nur eine starke Regierung Ordnung zu schaffen imstande sein wird. Ich werde mich auf Euch, Landwirte, und auf alle gesinnnten Kreise der Bevölkerung stützen. Ich bitte Gott, er möge uns Kraft und Stärke zur Rettung der Ukraine gewähren.

Nun erschollen Rufe: „Es lebe der Hetman Paul Petrowitsch Skoropadskij!“ Unter unbefreiblichem Enthusiasmus wurde die Tagung nach Annahme der Resolutionen geschlossen. Um 5 Uhr nachmittags legte der neue Hetman auf dem Sofienplatz in Anwesenheit des Erzbischofs Nikodem, des orthodoxen Alexus, der deutschen Behörden und zahlreichen Publikums einen feierlichen Eid ab. Noch an demselben Tage erschien ein Manifest des neuen Hetmans an die ganze ukrainische Nation, in welchem gesagt wurde:

„Danke der mächtigen Unterstützung der Mittelmächte, welche, ihrem Versprechen treu, auch weiterhin für die Sicherheit der Ukraine kämpfen, ist der ukrainische Staat außerstande. Die gewesene ukrainische Regierung hat sich jedoch unfähig gezeigt, die staatliche Organisation durchzuführen. Die Anarchie und die wirtschaftliche Zerrüttung breiten sich mit jedem Tage aus und der so reichen Ukraine droht das Hungergespenn. Dem Rufe der patriotischen Bevölkerung folgend, habe ich mich entschlossen, die Regierung über die Ukraine provisorisch zu übernehmen. Mit dem heutigen Manifest erkläre ich mich zum Hetman der ganzen Ukraine. Das von mir ernannte Kabinett wird auf Grund der gleichzeitig publizierten Grundgesetze die Ukraine verwalten. Die Zentralrada und die Kleine Rada sowie alle landwirtschaftlichen Komitees sind von heute an aufgelöst. Alle Minister und Staatssekretäre sind des Amtes entsetzt. In nächster Zeit wird ein Wahlgesetz zum ukrainischen Landtag erlassen werden. Das Privateigentum wird als die Grundlage der Kultur und Zivilisation hiemit in seiner Gänze wieder hergestellt. Alle Verordnungen der früheren ukrainischen Regierung und der provisorischen russischen Regierung werden aufgehoben. Das freie Verkaufsrecht des Grundbesitzes wird wieder hergestellt, wobei Maßnahmen zwecks Enteignung des Großgrundbesitzes gegen Entschädigung zur Verteilung unter die Kleinbauern getroffen werden.“

Nachdem das Manifest die Hebung der Lage der Arbeiterklasse und die volle Freiheit des Handelsverkehrs und der privaten Initiative verländet, versichert es schließlich, daß die neue Regierung keinen Unterschied bezüglich der Nationalität und der Konfession der Einwohner der Ukraine machen wird.

Gleichzeitig mit dem Manifest werden Grundgesetze des ukrainischen Staates, unterschrieben vom Hetman Skoropadskij und kontrahiert vom Vorsitzenden des Ministerrates Nikolaus Ustimowicz publiziert.

Reichs

an
n.
d.
en
r,
n.
B
Je
me
t.
er
r-
h
f-
r
-
a
a
u
a
-
a
a
u
-
u
u
S
q
a
a
u
a

Russisch-französische Verstimmungen.

Berlin, 3. Mai. Das Wolffsche Bureau meldet: Wie die jetzt bekannt gewordenen russischen Funkprüche „An Alle“ zeigen, hat die Landung japanischer Truppen in Wladiwostok zu einer ernstlichen Verstimmung zwischen der russischen und der französischen Regierung geführt.

Der französische Botschafter Rouleau gab aus diesem Anlaß ein in der „Moskauer Zeitung“ vom 23. April veröffentlichtes Communiqué aus, das im wesentlichen folgenden Inhalt hatte: „Die Landung japanischer Truppen in Wladiwostok ist eine Folge des besorgniserregenden Zustandes der Unruhe in dieser Stadt. Die Nachrichten, die wir aus Wladiwostok erhielten, weisen auf den Zustand der Unarchie hin, der ständig Leben und Eigentum der verbündeten Untertanen bedroht. Wenn die russische Regierung ihre Gäste vor den Erzeissen der Straße nicht schützen kann, dann muß die Kriegsmacht des Landes, dessen Untertanen Gewalttaten ausgeübt sind, die Wiederherstellung der Ordnung auf sich nehmen.“

Die japanische Frage, soweit sie rein japanisch ist, kann in Wladiwostok lokalisiert werden, unter der Bedingung, daß der japanischen Regierung die Genugtuung geleistet wird, die sie zu verlangen berechtigt ist. Indessen können die Verbündeten sich zu dem Vorgehen der Oesterreicher und Deutschen nicht gleichgültig verhalten. Die deutschen Staaten streben danach, sich Rußland in wirtschaftlicher Beziehung zu unterwerfen, insbesondere mittels ihrer Gefangenen in Sibirien Kolonisationszentren zu organisieren. Die Verbündeten könnten sich gezwungen sehen, sich einzumischen, um auf diese Drohung zu antworten, die ebenso sehr gegen Rußland wie gegen sie gerichtet ist.

Der Protest an die französische Regierung.

Wie der Volkskommissär für auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin in seinem Funkpruch an die französische Regierung erklärt, wurde ihm die Echtheit dieser Erklärung des französischen Botschafters auf Anfrage von dem französischen Konsul in Moskau offiziell bestätigt. Sie hat bei der Sowjetregierung erheblichen Unwillen ausgelöst. Wir entnehmen dem Proteste Tschitscherins folgendes: Das wenigste, was ich über diese Erklärungen sagen kann, ist, daß sie besonders in einem Interview unzulässig sind, was ich beweise nicht, daß die

5./V. 1918.

Der Hauptauschuß und die Vorgänge in der Ukraine.

Erklärungen des Vizekanzlers v. Payer.

Berlin, 4. Mai. Im Hauptauschuß des Reichstags gab heute der Vizekanzler v. Payer folgende Erklärung ab:

Meine Herren, an Stelle des Herrn Reichskanzlers, der mich beauftragt hat, ihn hier zu vertreten, möchte ich Ihnen über den Stand der ukrainischen Angelegenheiten folgende Mitteilungen machen:

Bekanntlich sind wir seinerzeit in die Ukraine auf den ausdrücklichen Wunsch der ukrainischen Regierung eingerückt, um dort diejenige Ordnung zu schaffen, die zu schaffen der Regierung selbst nicht gelingen wollte. Ordnungsleute allein war es nicht, was uns veranlaßt hat, damals in die Ukraine einzurücken, sondern es haben da auch verschiedene Gründe anderer Art mitgesprochen, als wir diesem Wunsche nachgegeben sind. Nicht der letzte unter diesen Gründen war bei uns, noch viel mehr bei unseren österreichischen Bundesgenossen,

die Rücksicht auf die Ernährungsfragen.

Wir hatten beide ein lebhaftes Interesse daran, in möglichst großem Umfange und möglichst rasch Lebensmittel aus der Ukraine zugeführt zu erhalten. Damals war ja die allgemeine Auffassung, daß dort noch Lebensmittel in großer Menge aufzutreiben sind. Es hatte sich dann bei den Verhandlungen die Ukraine damals ausdrücklich in einem nicht veröffentlichten Protokoll verpflichtet, bis zum 1. Juli d. J. mindestens eine Million Tonnen Getreide zu liefern. Die Erfahrung hat aber bald gezeigt, daß die Rada nicht in der Lage war, ihre Autorität der Bevölkerung gegenüber durchzusetzen. Namentlich sah sie sich außerstande, ernstlich auf die Erfüllung der übernommenen Verpflichtung, das Getreide abzugeben, hinzuwirken. Bei den Interessenten war häufig eine sehr große Abneigung zu finden, dieses Getreide ihrerseits herbeizuschaffen, und die Rada hat über keine ernstlichen Mittel verfügt, um die Bevölkerung, die im Besitze dieser Getreidevorräte war, zur Ablieferung derselben anzuhalten. So blieb uns, sollte nicht ein sehr wichtiger Teil des Volkommens unerfüllt bleiben, nichts anderes übrig als uns selbst um die vertragsmäßige Ablieferung der Getreidemengen zu bemühen. Es ist klar, daß das von der Bevölkerung vielfach als Härte empfunden wurde, denn auch die Regierung ihrerseits nichts angenehmes davon berührt sein konnte, und so ist das eine Quelle von Verstimmungen gewesen, wie sich ohne weiteres mitfühlen läßt. Ich glaube, daß man bei der Beurteilung der Ereignisse, die sich dann abgespielt haben, diese grundlegende Auffassung nicht aus dem Auge lassen darf.

Was nun die Vorgänge in der Ukraine selbst anbelangt, so sind es

drei Ereignisse,

die sich in den Vordergrund des Interesses stellen:

1) der Feldbestellungserlaß des Generalfeldmarschalls v. Eichhorn; 2) die Festnahme von Regierungsmitgliedern in der Rada; 3) die Umwandlung der ukrainischen Regierung in eine neue, auf anderer, neuer Grundlage aufgebaute Regierung.

Zunächst ist zu betonen, daß die vollzogene Umwandlung der ukrainischen Regierung, von der die Herren ja gelesen haben, in keinerlei Zusammenhang mit den beiden anderen Ereignissen, also mit dem Feldbestellungserlaß und der Festnahme der Regierungsmitglieder in der Rada steht. Diese Umwandlung ist nicht eine deutsch-ukrainische, sondern nach unserer Auffassung lediglich eine ukrainische Angelegenheit, die uns nicht tangiert. Die Rada hat in der letzten Zeit immer mehr an Boden verloren. Sie hat das unzweifelhafteste Verdienst, den ukrainischen Staat geschaffen und ihm den Frieden gegeben zu haben, ein Verdienst, das ihr auch von unserer Seite gern und vollständig anerkannt wird. Wie man aber nun daran gehen sollte, den neuen Staat einzurichten, da hat sie anscheinend versagt. Starres Festhalten an kommunistischen Theorien, die bei dem an seiner Scholle hängenden Gros der Bauernbevölkerung keinen Anklang gewonnen haben, scheint hauptsächlich, soweit wir es beurteilen können, ihr Ende herbeigeführt zu haben. Jedenfalls ist dieses Ende von den ukrainischen Bauern, nicht etwa von unseren Organen herbeigeführt worden, und der Feldbestellungserlaß, sowie die Festnahme einiger Regierungsmitglieder durch deutsches Militär haben nichts damit zu tun.

Was nun

den Feldbestellungserlaß,

der den Herren ja genügend bekannt ist, anlangt, so ist er erfolgt, weil infolge der drohenden Landenteignung die Gefahr bestand, daß ein großer Teil des Bodens un bebaut blieb, und damit auch die Ukraine sich der Möglichkeit berauben würde, die uns gegenüber eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Es standen somit lediglich Interessen unseres Volkes auf dem Spiel, die Regierung selbst hatte sich als machtlos erwiesen, für die Erfüllung der Verpflichtungen zu sorgen. Die gegen den Feldbestellungserlaß erhobenen Vorwürfe scheinen sich, soweit wir es übersehen können, auch weniger gegen seinen sachlichen Inhalt zu richten, als vielmehr dagegen, daß die Veröffentlichung ohne die erforderliche Rücksicht auf die ukrainische Regierung und den Botschafter erfolgt sein soll. Der Botschafter, der als Vertreter der deutschen Regierung sich in der Ukraine befindet, war über den Erlaß vorher persönlich orientiert worden. Ob es möglich war, bei der Abfassung und Veröffentlichung des Erlasses anders vorzugehen als geschehen, läßt sich nachträglich schwer sagen. Nach den vorliegenden Nachrichten scheint die Mißstimmung der ukrainischen Regierung und die daraus hervorgegangene, den Herren bekannte Resolution der Rada nicht so sehr auf den Erlaß selbst, sondern hauptsächlich auf einer ungenauen Wiedergabe durch die ukrainische Presse zu beruhen. Diese Verhältnisse sind ja auch schon in der Presse ausführlich besprochen worden. Der Erlaß war außerdem — und das scheint mir ein wesentlicher Punkt zu sein — nicht an das ukrainische Volk, sondern an die deutschen Kommandobehörden gerichtet, während durch die ukrainische Publikation dann nachträglich der Anschein erweckt worden ist, als ob es sich um eine deutsche Proklamation handelt, was durchaus nicht der Fall ist. Der Streit hierüber ist, wie mir scheinen will, nachdem die Regierung gekollert ist, und, worauf ich noch zu sprechen komme, eine neue mit einem anderen Programm an ihre Stelle getreten ist, materiell hinfällig geworden. Auf Veranlassung des Reichskanzlers ist nunmehr Vorsorge getroffen worden, daß der militärische Befehlshaber in allen Angelegenheiten von politischer Bedeutung nur Hand in Hand mit dem Botschafter vorzugehen hat. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt bezieht sich auf die

Verhaftung der Regierungsmitglieder in der Rada.

Darüber gestatte ich mir folgendes vorzutragen:

In der Nacht vom 24. zum 25. April wurde der ukrainische Bankdirektor Dobryj, der erste Finanzmann in Kiew und Mitglied des Finanzausschusses der Ukrainedelegation, die im Auftrag der ukrainischen Regierung mit uns Finanzverhandlungen führt, von drei bewaffneten Männern verhaftet, die erklärt haben, daß sie im Auftrage eines „Komitees zur Rettung der Ukraine“ handelten. Dieses Komitee hat sich vor einiger Zeit gebildet und verfolgte, wie wir sehen konnten, eine antideutsche Tendenz. Es gehörten ihm auch mehrere Minister an. Im allgemeinen steht es sich zusammen aus Persönlichkeiten mit viel Temperament und wenig Ueberlegung. Sie gingen in dieser Beziehung so weit, daß sie es sich unter Verleumdung der Sachlage u. a. zum Ziele gesetzt hatten, die Deutschen aus dem Lande zu vertreiben. Wie aus den an uns gelangten Berichten festgestellt werden konnte, hatten sie einige Tage vorher im Hause des Kriegsministers eine Zusammenkunft gehabt, in der eine Art Sizilianische Vesper angeregt wurde, nämlich es wurde angeregt, die Umbringung aller deutschen Offiziere; mit den Soldaten wollten sie dann schon fertig werden. Die Verhaftung des mit den Deutschen arbeitenden Bankdirektors, die ich erwähnt habe, war eine der vorbereitenden Handlungen. Unter diesen Umständen blieb nichts anderes übrig als schnell zu handeln und die törichte Anstifter dieses Planes, bevor er ins Leben gesetzt werden konnte, unschädlich zu machen. Unser Botschafter Freiherr v. Munnich hat die Angelegenheit beim Ministerpräsidenten vorgebracht und hat sofortige Untersuchung verlangt. Der Ministerpräsident hat erklärt, daß er nichts von der ganzen Angelegenheit wisse, hat aber sofortiges Einschreiten zugesagt. Es geschah aber nichts. So blieb nichts anderes übrig als zur Selbsthilfe zu schreiten, sei es im Wege der Ausübung der Kommandogewalt, sei es im Wege eines Justizverfahrens. Die Herren wollen sich vergebemühen: Es bestand also zweifellos eine dringende Gefahr für das Leben unserer Offiziere und unseres Heeres, das sich dort

Die Beschlüsse über das Herrenhaus.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 6. Mai.

Im weiteren Verlauf der Beratung über § 8 der Herrenhaus-
verfassung (Vertreter der Selbstverwaltung und der Berufskände)

Zu erledigen ist nun noch das Gesetz über die Verfassungs-
änderungen, das Mantelgesetz, ferner die sogenannten
Sicherungen.

Abg. Dr. Pachnicke (Fortchr. Vpt.) beantragt, zuerst die
Haushaltsfragen zu besprechen.

Auf Anregung des Vizepräsidenten Dr. Porstch wird be-
schlossen, zuerst über die Sicherungen in bezug auf Kirche, Schule
und Wahlkreiseinteilung zu verhandeln.

Die Sicherungen.

Ein Zentrumsantrag will folgende Bestimmung in die
Verfassung einfügen: „Der konfessionelle Charakter der
öffentlichen Volksschulen wird entsprechend den Bestimmungen
des Gesetzes, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volks-
schulen, gewährleistet.“ Weiter soll folgende Bestimmung auf-
gehoben werden: „Die nach der gegenwärtigen rechtlichen Ord-
nung des Verhältnisses des Staats zur evangelischen und römisch-
katholischen Kirche diesen Kirchen zustehenden Befugnisse werden
dauernd aufrechterhalten.“ Und weiter: „Die evangelische und
die römisch-katholische Kirche sowie jede andere Religionsgemein-
schaft bleiben im Besitz und Genuß der für ihre Kultus-, Unter-
richts- und Wohltätigkeitszwecke bestimmten Anstalten, Stiftungen
und Fonds.“ Und schließlich: „Die Verfassung kann
auf dem ordentlichen Wege der Gesetzgebung
geändert werden, wobei für jede Aenderung der Bestimmun-
gen des Titels II „Von den Rechten der Preußen“ in jeder
Kammer eine Stimmenmehrheit von zwei Dritteln
erforderlich ist.“

Ferner liegt folgender Antrag Dr. Porstch (Str.) vor: „In
Übereinstimmung mit

Deutscher Reichstag.

159. Sitzung, Montag, 6. Mai, 2 Uhr.

Vizepräsident Dr. Paasche gedenkt des Geburtstages des
Kronprinzen. Wir können ihm kein besseres Geschenk als in
Wunsch übermitteln, daß er den nächsten Geburtstag nicht mehr
auf blutigem Schlachtfelde, sondern in Ruhe und Frieden verbringen
möge. (Beifall.)

Hierauf wird die zweite Lesung des Haushalts des Reichswirt-
schaftsamts fortgesetzt.

Abg. Hoch (Soz.) bespricht die bisherigen Reden der bürger-
lichen Parteien und wendet sich insbesondere gegen den Abg. Dr.
Wildgrube, auf den die Sozialdemokratie wirkte, wie das rote Tuch
auf den Stier. Unsere Kriegswirtschaft hat zu spät und dann nur
halb eingeseht. Dem Ausbeuter- und Wucherer ist immer noch
freie Bahn gelassen. Der Redner wendet sich gegen Wiederher-
stellung der freien Wirtschaft und die Ausführungen des Abg.
Nieser. Bei den Friedensverträgen muß das Reichswirtschaftsamt
im Sinne der Verständigung und gegen die Bandannexionisten wir-
ken, damit unsere Handelsbeziehungen wieder angeknüpft werden
können.

Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts Freiherr vom Stein:

Die Ausführungen des Abg. Hoch zeigen, daß man grundsätzlich
verschiedener Auffassung sein und doch bei praktischen Maßnahmen
übereinstimmen kann. Denn er hat in vielen Punkten der Tätig-
keit des Reichswirtschaftsamt zugestimmt. Leider ist er in den
Fehler verfallen, dem Reichswirtschaftsamt noch eine ganze Reihe
von Aufgaben zuzumuten, die ihm nicht obliegen, und die es nicht
übernehmen kann. Die Vermehrung des Aktienkapitals fällt unter
die Zuständigkeit der Landeszentralbehörde, die die Genehmigung
zu erteilen hat. Allerdings holt die Landeszentralbehörde die Zu-
stimmung der Reichsbank ein. Auch im Falle Daimler hat das
Reichsbankdirektorium noch eingehender Prüfung die Erhöhung
des Aktienkapitals gutgeheißen, da das Aktienkapital in
seinem Verhältnis zu der Größe der übernommenen Aufträge stand.
Die Preise müssen so gestellt werden, daß alle Betriebe auf ihre
Kosten kommen. Wenn dann die technisch vorteilhaft eingerichteten
Betriebe höhere Gewinne erzielen, so liegt darin nichts Unlauteres.
Diese Gewinne dem Reich zuzuführen, ist nicht eine Aufgabe der
Preisbestimmung, sondern Sache der Steuer-
politik. Wenn einzelne Betriebe versuchen sollten, die Frei-
willigkeit der Arbeiter irgendwie einzuschränken, oder wenn sie sonst-
wie illegale Zwecke verfolgen, dann würde das Kriegsamt sie nicht
mehr mit Aufträgen versorgen, was eine außerordentlich wirksame
Waffe darstellt.

Das Reichswirtschaftsamt wird neben Vertretern der Unternehmer
auch solche der Angestellten und Arbeiter heranziehen.
Das kann aber nicht von dem einen Tag auf den anderen geschehen.
Ich kann mich nicht darauf einlassen, etwa die verschiedenen Rich-
tungen der Arbeiterschaft oder womöglich gar nach politischen Ge-
sichtspunkten zu berücksichtigen. Ich werde mir Vertreter der
Arbeiterschaft suchen, die von der Sache etwas verstehen und mir
die Zuversicht geben, daß ich von ihnen ein brauchbares Urteil
erwarten kann. Die politische Richtung ist mir einerlei. Auch von
arithmetisch-paritätischen Besetzung halte ich nichts.

Die Auffassung über die Wichtigkeit parlamentarischer
Beiräte entspricht durchaus meiner Auffassung. Außer den be-
rufsmäßigen Beamten sollen ja auch Vertreter der erwerbenden
Stände herangezogen werden. Ein harmloser Scherz von mir ist
mehrfach mißdeutet worden. Wiederholt war darauf hingewiesen
worden, die Heranziehung von Interessenten habe auch etwas Be-
denkliches an sich. Darauf hatte ich gesagt, daß man demnach höchst
erfreulicherweise zu den Beamten noch immerhin mehr Vertrauens-
leute habe als zu den Interessenten. Deshalb hat man mir Annäherung
und Ueberhebung zugeschrieben. Das ist eine starke Uebertrei-
bung. So etwas liegt dem Amt vollständig fern. Von der Schaffung
besonderer Stellen mit engumgrenzten Aufgaben bei meinem Amte
halte ich nichts. Alle Beamten des Amtes müssen in lebendigem
Zusammenarbeiten stehen.

Die Bedürfnisse und Wünsche einer bestimmten Berufsgruppe
werden durch ihr nahestehende Persönlichkeiten bei meinem Amte
vertreten werden. Jeder Berufsgruppe soll zu seinem Rechte kom-
men. So ist vom Handwerk der Sekretär des Deutschen Hand-
werkslammertags Dr. Meusch als Referent in meinem Amte be-
schäftigt. In Anknüpfung an die Preisprüfungsstelle ist
ein Beobachtungsdienst eingerichtet worden, der im beson-
deren die Produktionsverhältnisse während des Krieges statistisch
erfaßt. Bei der Knappheit der Papiervorräte ist eine allen Be-
dürfnissen Rechnung tragende Verteilung schwer. Welchen Maß-
stab man auch anlegen mag, es werden immer an irgendeiner
Stelle Unzuträglichkeiten auftreten. Dann muß eben eine Aus-
nahme gemacht werden. Aber irgendeine feste Unterlage muß da
sein; denn die verteilende Stelle kann unmöglich in alle einzelnen
Verhältnisse hineinblicken, sie kann nicht wahllos nur nach dem

Baron Burian über den rumänischen Frieden.

Budapest, 8. Mai.

Auf seiner Rückkehr aus Bukarest hat Minister des Auswärtigen Baron Stefan Burian heute vormittag Budapest passiert. Oberbürgermeister Dr. Stefan Barczh benützte die Gelegenheit, um ihn aus Anlaß des Friedensschlusses zu Bukarest im Namen der Haupt- und Residenzstadt zu begrüßen.

Zum Empfang des Ministers waren im Westbahnhof erschienen: von Seiten der Regierung Handelsminister Josef Szterényi, für die Haupt- und Residenzstadt Oberbürgermeister Dr. Stefan Barczh, Bürgermeister Dr. Theodor Bödy, die Vizebürgermeister Franz Dérn, Franz Harrer und Ludwig Foltusházy, die Magistratsräte Madár Marher, Bátor Piperczovics, Ludwig Fod, Arpád Sallan, Konstantin Sztanfovich, Eugen Bercezel, Karl Buzay, Emil Vita, Johann Krátky, Julius Bárosy und Desiber Rényi, Oberphysikus Dr. Alexander Szabó, Oberstaatsrat Dr. Emerich Szabó, die Direktoren der Gaswerke Franz Ripka und Isidor Bernauer. In Vertretung der Staatsbahnen erschienen Präsidentenvertreter Sigmund Kótányi, die Direktoren Eugen Bájosy, Julius Gerlóczy und Anton Raffertczik; für die Polizei: Oberstadthauptmann Dr. Ladislav v. Sándor, stellvertretender Oberstadthauptmann Vinzenz v. Markovics, die Oberpolizeiräte Thomas v. Beniczky und Gerhard v. Fehensky, Polizeirat Karl Andrejka, Inspektor Alexius Bidoss, die Inspektoren Johann Petersen und Bela Jánosy. Für das deutsche Generalkonsulat war in Vertretung des nicht in Budapest weilenden Generalkonsuls Grafen Fürstenberg Konsul Graf Arcobinberg erschienen; auch der Budapester Vertreter des Ministeriums des Auswärtigen Gesandter v. Wobianer war anwesend.

Als der Zug in die Halle rollte, begrüßte ein brausender Sturm von Elsenrufen den Minister des Auswärtigen. Oberbürgermeister Dr. Stefan Barczh richtete an ihn folgende Ansprache:

Sw. Excellenz!

Die alten Griechen gingen dem aus dem Kampfe zurückkehrenden Feldherrn zu den Stadttoren entgegen, um ihn zu empfangen. Wir kamen nicht zum Empfang eines siegreichen Feldherrn, sondern des hervorragenden Führers der Friedensverhandlungen; wir wollen unserer Freude über den erfolgreichen Abschluß der Friedensverhandlungen mit Rumänien Ausdruck verleihen. (Elsenrufe.)

Daß das Volk sich dieses Erfolges freut, ist nur natürlich. Hat es doch schon lange das entzückende Blutbad satt und wendet sich freudig, liebenden Herzens zu seinem Herrscher, der den Weg zum Herzen des Volkes gefunden und den Zeitgeist verstanden hat, als er auf dem Wege über die demokratische Volksherrschaft den Frieden zu verwirklichen wünscht. Bald wird es ein Jahr sein, daß hier in der Haupt- und Residenzstadt wir aus der Versammlung großer Mengen der Bürgerschaft und der Arbeiterschaft uns zu Sr. Majestät, unserem geliebten Könige begaben, um ihm die Wünsche des Volkes zur Kenntnis zu bringen. Sr. Majestät erklärte bei dieser Gelegenheit, jede ihm bietende Möglichkeit zum Abschluß eines ehrenvollen Friedens benützen zu wollen. (Elsenrufe.) Diese Königsworte blieben nicht bloß Worte; wiederholt hat ihnen Sr. Majestät Taten folgen lassen. (Begeisterte Elsenrufe.) So läßt sich also sagen, daß der König von allem Anfang an immer mehr dem Herzen des Volkes näher kam, denn die Friedenssehnsucht des Volkes lebt auch in seinem Herrscher. (Beifall.)

Wir bitten Sw. Excellenz, diese Gefühle des Volkes vor Sr. Majestät, unserem geliebten Könige verbalmeinen zu wollen. Und wie wir die Ueberzeugung hegen, daß jeder Tropfen dieses großen Blutmeeres über das Haupt der Männer kommen wird, die den Krieg heraufbeschworen haben und denen dieses Blutvergießen noch immer nicht genügt, so flehen wir auch den Segen auf die Männer herab, die die Völker aus unter ihnen die ungarische Nation aus den entsetzlichen Heimtückungen des Krieges hinaus und zu den Segnungen des Friedens führten. (Lebhafte Beifall und Elsenrufe.)

Wir wünschen für die weiteren Friedensverhandlungen vor allem unserem König und Sw. Excellenz Kraft und Gesundheit!

Nach der mit lebhaftem Beifall und begeisterten Elsenrufen aufgenommenen Ansprache des Oberbürgermeisters ergriß der Minister des Auswärtigen Baron Stefan Burian das Wort, um den ihm entbotenen Gruß zu erwidern.

Baron Burian äußerte sich wie folgt:

„Aus der Tiefe meines Herzens danke ich dem hochverehrten Herrn Oberbürgermeister sowie den sehr geschätzten hier versammelten Landsleuten für ihren herzlichen und mich tief ergreifenden Gruß. Die glorreichen Kraftanstrengungen unserer heldenhaften Heere und der mit ihnen Schulter an Schulter kämpfenden verbündeten Armeen und das tapfere Durchhalten unseres Volkes haben es ermöglicht, daß wir nunmehr schon den dritten Friedensvertrag abschließen konnten, jenen Friedensvertrag, der an unserer ganzen langen Ostfront von Meer zu Meer das Waffengeblende gütlich verstummen macht. (Lebhafte Beifall.) Das Dröhnen der Geschütze wird jetzt dort abgelöst von der stillen Harmonie der friedlichen Berührung der Völker, des wiederbeginnenden, sich verdichtenden und stets zunehmenden Verkehrs. (Lebhafte Beifall.)

Für unser geliebtes Vaterland hat dieser Friedensvertrag noch eine große spezifische Bedeutung. (So ist es!) Er gibt unseren Ostgrenzen die volle und restlose Sicherheit. (Lebhafte Beifall.) Der Karpathenwall wird künftig unangreifbar seinen Beruf erfüllen und schirmend Wache halten können. (Lebhafte Beifall.) Ein tückischer Ueberfall, wie er uns im Jahre 1916 ereilt hat, wird nach menschlicher Berechnung fortan unmöglich sein. (Lebhafte Beifall.)

Gestatten Sie mir, meine sehr verehrten Landsleute, in voller Uebereinstimmung mit den von dem Herrn Oberbürgermeister geäußerten Empfindungen, in diesem Augenblick dem innigen Wunsch Ausdruck zu verleihen, daß den gestern abgeschlossenen Bukarester Verhandlungen ehestens jene weiteren, womöglich allgemeinen Verhandlungen folgen möchten, die berufen sein werden, der nun schon seit fast vier Jahren leidenden Menschheit die Ruhe wiederzugeben und dem furchtbaren Blutvergießen ein Ende zu bereiten. (Lebhafte Beifall.)

Sehr richtig hat sich der Herr Oberbürgermeister darauf berufen, daß die Gefühle Sr. Majestät unseres gekrönten Königs von der ersten Stunde seiner Thronbesteigung ab unerwährtlich auf das Ziel gerichtet waren, alle Friedensmöglichkeiten auszunutzen. (Lebhafte Beifall.) Diese Gesinnung hat Sr. Majestät auch in Taten bekundet. Nie haben wir auch nur eine einzige Gelegenheit verabsäumt, und Sr. Majestät ist in seiner seit Beginn offenbarten Friedensgeneigtheit nie auch nur für einen Augenblick wandelnd geworden. (Lebhafte Beifall und Elsenrufe.) Auch jetzt ist es sein entschlossener und fester Wille, nach wie vor die Gelegenheit zu suchen, um mit allen unseren Gegnern nach Tunlichkeit einen rechtschaffenen, ehrenvollen, gerechten, dauerverheißenden und versöhnenden Frieden zu schließen. (Lebhafte Beifall und Elsenrufe.) Wir lauern gleichsam jedem Anlaß auf, der uns die Möglichkeit gibt, unsere Tätigkeit dort und dann aufzunehmen, wann und wo es uns möglich erscheint, ohne uns jedoch an gewisse einschränkende Formeln zu binden, wie es ja die heldenhafte entschlossene Ausdauer war, die uns bis hierher gebracht hat. Auch fernerhin wird diese doppelte Stellungnahme die unsere sein und bleiben: in einer Hand das Schwert, in der anderen der Delzweig. Das Blinken des Schwertes wird niemals den Delzweig in Schatten stellen. Es wird ihn vielmehr noch mehr hervorheben. Der Delzweig ist das Ziel und das Schwert bloß das Mittel. (Lebhafte Beifall.)

Nicht an uns wird es liegen, meine verehrten Landsleute, daß die Dinge sich auf diese Art gestalten, und diesem Ziele wünsche ich ein ehrlicher Arbeiter zu sein, das gelobe ich.“

Nach der Ansprache des Ministers des Auswärtigen brauste minutenlang der Applaus und der Begeisterungssturm, und schwingvoll erklangen die Rufe: „Es lebe der König, es lebe der Friede!“

Handelsminister Josef Szterényi stellte dann dem Minister des Auswärtigen den Oberstadthauptmann Ladislav v. Sándor, den Bürgermeister Theodor v. Bödy, die Vizebürgermeister Dérn, Harrer, v. Foltusházy sowie den Direktor der Staatsbahnen Eugen Bájosy vor. Der Minister wechselte herzliche Worte mit den Herren und zog sich dann mit dem Handelsminister in seinen Salonwagen zurück. Der Sonderzug verließ nach halbständigem Aufenthalt um viertel 12 Uhr die Halle, begleitet von den Elsenrufen des Publikums.

Im Gefolge des Ministers des Auswärtigen reisten Sektionschef Scheimer Rat Dr. Gyula Graf, General Bronkovich, Gesandter Baron Mittag, Generalkonsul Ketter, Legationsrat Graf Colloredo, die Ministerialräte Baron Wimmerberg und Schül

Der Friedensvertrag mit Rumänien.

Wien, 7. Mai.

Rumäniens Beziehungen zu den Mittelmächten sind verzweigter und mannigfaltiger als jene zu Rußland und zur Ukraine. Diese Tatsache bedingt, wenn für eine über ein Jahrzehnt hinausreichende Zukunft und in verschiedenen Richtungen für immer neue Grundlagen geschaffen werden sollen, ein sehr eingehendes Friedensinstrument. Deshalb wird das Uebereinkommen mit Rumänien einen weit größeren Umfang haben als die bisherigen Friedensverträge, und gleichwohl ist es selbstverständlich, daß auf viele Möglichkeiten einer späteren Zeit in einem Verträge, der vom 23. Februar bis zum 7. Mai zustande gekommen ist, nicht Bedacht genommen werden konnte. Der Vertrag sollte die großen Richtlinien enthalten und die detailliertere Regelung verschiedener Fragen bleibt kommenden Verhandlungen vorbehalten. Die wirtschaftlichen Vereinbarungen sind in Zusatzverträgen zusammengefaßt, deren Inhalt bisher noch nicht veröffentlicht worden ist. Nur für eine einzige Frage dieser Art, die Donauschifffahrt, finden sich grundlegende Bestimmungen in dem heute verlautbarten politischen Teile des Friedensinstruments, der, davon abgesehen, nur die und da vereinzelt einzelne Verfügungen enthält, die auch in das wirtschaftliche Gebiet übergreifen. Entscheidende Fragen, die sich im Zusammenhang mit dem rumänischen Vertrage von selbst ergeben, sind bisher nicht beantwortet, weil eben die wirtschaftlichen Zusatzverträge noch nicht bekannt geworden sind. Wird die Mauer niedergeworfen werden, die gegenüber den Balkanländern aufgerichtet wurde, indem man den Verkehr von Lebendvieh ausschloß und, wie dies in dem Vertrage mit Rumänien vom 23. April 1908 geschehen ist, nur die Einfuhr von Fleisch in einem begrenzten Ausmaße zuließ, statt dem Nahrungsbedürfnisse durch einen unbeschränkten Import von lebendigem Vieh zu entsprechen? In einem Verträge, der bis zum Jahre 1930 geschlossen wird, liegen die Entwicklungsmöglichkeiten der Zukunft, und wenn Rumäniens Viehstand heute auch sehr vermindert ist und die Erholung einen längeren Zeitraum erfordern wird, könnten doch in einer Reihe von späteren Vertragsjahren die Vorteile einer unbeschränkten Einfuhr von lebendem Vieh genossen werden. Es wird sich erst nach der Veröffentlichung der wirtschaftlichen Zusatzverträge zeigen, ob man sich nicht mit dem System ziffermäßig begrenzter Einfuhrmengen von lebendem Vieh begnügt hat. Der Getreideversorgung dient, wie bereits berichtet wurde, ein Wirtschaftsabkommen, das Rumänien zunächst für die Jahre 1918 und 1919 bindet, seine Ueberschüsse an die Mittelmächte zu bestimmten Preisen abzugeben, die wohl höher sein dürfen, als für die Getreidelieferungen Rumäniens vor dem Kriege, aber vernünftiger hinter den gegenwärtig geltenden deutschen und österreichisch-ungarischen Höchstpreisen zurückstehen werden. Ob man, wie dies in dem Uebereinkommen mit der Ukraine geschehen ist, eine Vereinbarung getroffen hat, welche Rumänien verpflichtet, bis zur neuen Ernte eine ziffermäßig bestimmte Menge zu liefern, ist mit Rücksicht auf den eigenen Bedarf, den das Land bis zu dieser Zeit zu bestreiten haben wird, fraglich. Rumänien hat sich, wie seinerzeit mitgeteilt worden ist, verpflichtet, mehrere tausend Waggons Mais an die Mittelmächte zu liefern, und diese Sendungen werden allmählich durchgeführt. Es ist zu vermuten, daß die Mittelmächte, ähnlich wie dies auch in den Vereinbarungen mit der Ukraine bestimmt ist, Rumänien zugesagt haben, es dadurch zu unterstützen, daß dem Lande die notwendigen Industrieprodukte, insbesondere für landwirtschaftliche Zwecke, zur Verfügung gestellt werden.

Die heute veröffentlichten Vertragsbestimmungen enthalten unter anderem Normen über Schadenersatzvergütungen und Requisitionen. Bei den finanzpolitischen Vereinbarungen ist es selbstverständlich, daß die Frage des Auswandes der Mittelmächte für die Besatzungstruppen und die Verwaltung in Rumänien den Gegenstand der Erörterung gebildet haben muß. Die Rechtsgrundlage bietet die Haager Konvention, wonach das besetzte Land die erwähnten feindlichen Ausgaben zu tragen hat. Das Schema für die einschlägigen Angelegenheiten findet sich in den bereits früher abgeschlossenen Friedensverträgen, wenngleich mit Rücksicht auf die ungleichartigen Voraussetzungen eine vielfach abweichende Lösung gewählt worden sein muß. Der Vertrag wird zweifellos ebenso, wie die bisherigen Bestimmungen über den gegenseitigen Aufwand für Kriegsgefangene enthalten. Von den Kriegskosten sind die Kriegsschäden zu unterscheiden, die durch militärische Maßregeln, völkerrechtswidrige Expropriationen, Zwangsliquidierungen zugefügt worden sind. Eine wichtige Rolle spielen ferner die Requisitionen, die, beschleunigt oder nichtbeschleunigt, oder was den Gegenwert betrifft, bezahlt oder geschuldet sein können. Die Schadenersatzansprüche bei Expropriationen sind schon in den Ostverträgen sehr eingehend geregelt worden. Es ist ferner anzunehmen, daß auch für Gesellschaften, an denen das Kapital der Mittelmächte interessiert ist und die durch den Krieg geschädigt worden sind, besondere Vorfragen getroffen sein dürften. Österreichische Banken sind an rumänischen Finanzinstituten oder an Industrieunternehmen beteiligt, wie zum Beispiel die Gruppe der Creditanstalt, die an der Holzindustrie-Gesellschaft „Lita“ interessiert ist, welche im Jahre 1906 mit einem Kapital von 4 Millionen Lei gegründet worden ist. Ferner sind die Länderbank, die Pester ungarische Kommerzbank und andere Institute an rumänischen Unternehmen beteiligt. Sehr groß sind auch die deutschen und die österreichisch-ungarischen Interessen an der Petroleumindustrie Rumäniens. Im Jahre 1914 bestanden im Lande 12 Petroleumgesellschaften,

von denen 45 aus der Zeit von 1908 bis 1912 stammen. Die Mehrzahl der großen Petroleumgesellschaften raffiniert das gewonnene Rohprodukt selbst. In der Periode 1911/12 gab es in Rumänien 65 Petroleumraffinerien. Nach der Produktionsfähigkeit für den Inlandsverbrauch stand die deutsche Gruppe an der ersten, die Standard Oil an der zweiten, die österreichisch-ungarische Gruppe an der dritten Stelle. Es ist kaum anzunehmen, daß die Bestimmungen über die Neuregelung in der rumänischen Petroleumindustrie schon jetzt detailliert vereinbart worden sein dürften. Bekannt ist, daß das Bestreben nach einer Zusammenfassung der bestehenden Unternehmungen vorwaltet. Natürlich müssen über die Einflußsphäre der vertragsschließenden Teile Verfügungen getroffen werden, um ein gedeihliches, den Interessen aller Kontrahenten entsprechendes Zusammenwirken zu ermöglichen. Diese Abmachungen betreffen ein Gebiet, das in den bisherigen Friedensverträgen nicht zu behandeln war, so daß hier neuartige Konstruktionen Anwendung gefunden haben.

Wenn den Verkehrsbedürfnissen der Donarabrie entprochen sein soll, müssen sich die Verhandlungen über die Eisenbahnen auf ein sehr reichhaltiges Programm erstrecken haben. Teils waren Lehren aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu ziehen, teils die Möglichkeiten von Erschwerungen des Verkehrs für eine spätere Zukunft hinauszuhalten, soweit dies Vertragsbestimmungen überhaupt zu tun vermögen. Zu einem freundschaftlichen Verkehr gehören unbedingt die paritätische und die meistbegünstigte Behandlung, namentlich in tariflicher Hinsicht. Für den Orientverkehr bestehen bekanntlich verschiedene Konventionen, und es wäre für die Zukunft von Vorteil, wenn Rumänien sich denselben einfügen würde. Hinsichtlich der Anschlußverbindungen hat der Krieg selbst einzelne Veränderungen bewirkt, die im Frieden bisher vergeblich angestrebt worden sind. Für unseren Verkehr nach Mesopotamien und der Ukraine wäre selbstverständlich die Ausgestaltung gewisser Anschlüsse von Nutzen. Bekannt ist, daß Rumänien Fahrtriebmittel vor Kriegsbeginn zurückbehalten und später beschlagnahmt hat. Darüber sowie über die während des Krieges erbeuteten Wagen müssen jedenfalls auch Vereinbarungen getroffen worden sein. Die Verträge mit den Oststaaten haben Lokalitätsklauseln für den Eisenbahn- und industriellen Verkehr enthalten und es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß dieses Muster auch im rumänischen Vertrage angewendet worden ist.

Von großer verkehrspolitischer Wichtigkeit sind die im sechsten Kapitel des Friedensvertrages in den Artikeln 24, 25 und 26 enthaltenen Bestimmungen über die Regelung der Donauschifffahrt. Die Donauakte vom Jahre 1867 ist veraltet und es waltete daher schon seit langer Zeit das Bestreben vor, eine neue Donauakte zu vereinbaren, zumal Rumänien die alte nie anerkannt hat. Formell hat sich Rumänien auf den Standpunkt gestellt, daß es diesen Vertrag nicht unterzeichnet hat. In der Periode, in der die Donauakte zustande kam, war nämlich Rumänien noch ein fuzerärer Staat und die Türkei hat das Abkommen unterfertigt. Die Vorarbeiten waren aber gegenwärtig nicht so weit gediehen, um Rumänien einen fertigen Entwurf vorlegen zu können, und die Mittelmächte haben daher die rumänische Regierung nur auf gewisse Zeitfuge verpflichtet, die sich im Wesen in den Bestimmungen des Artikels 24 finden. Zunächst wird dort die Frage der europäischen Donaukommission behandelt, die für den Strom von Braila abwärts mit Einschluß des Hafens unter dem Namen „Donaumündungskommission“ dauernd aufrecht erhalten werden wird. Sie wird jedoch nur aus Vertretern von Staaten bestehen, die an der Donau oder an der europäischen Küste des Schwarzen Meeres gelegen sind, also Österreich-Ungarn, Deutschland, Bulgarien, der Türkei, Rumänien und vielleicht der Ukraine. Bisher waren in dieser Kommission auch die Weststaaten England, Frankreich und überdies Italien vertreten, die keine Donauuferstaaten sind. Wenn man den Text dieser Bestimmung genau betrachtet, so fällt der Umstand auf, daß es nicht heißt, daß die Kommission „aus den Vertretern“ der Donauuferstaaten, sondern „aus Vertretern“ bestehen wird, woraus hervorgehen könnte, daß für die künftige Zusammensetzung der Donauuferkommission kein Präjudiz geschaffen werden soll. Daß die Donauuferkommission als eine ständige und unklübbare Einrichtung betrachtet wird, ist von besonderer Wichtigkeit, weil ja Rumänien den Wunsch hatte, daß die Kommission aufgehoben werde und das Land die vollständige Territorialhoheit über die Donaumündungen behalte. Eine weitere Bestimmung, welche die Zuständigkeit der Kommission regelt, ordnet auch die Klübbare und unklübbare, die bisher eine Sonderstellung hatte, dem Regime der Kommission unter. Der Artikel 24 enthält ferner den wichtigen Grundsatz, daß Rumänien die Gebührensfreiheit der Donau anerkennt, also die Befreiung von Besatzungsabgaben. Sonstige Abgaben darf Rumänien nur in jenem Umfange erheben, als es die Donauakte festsetzen. Bekanntlich ist die Frage von Besatzungsabgaben im Zusammenhang mit der Elbeschifffahrt aufgerollt worden, und es war daher das Bestreben der Mittelmächte, die Abgabefreiheit der Donau möglichst zu sichern. Rumänien hat sich hierzu unter der Voraussetzung verpflichtet, daß dies auch in der Donauakte seitens der anderen Staaten geschieht. Es wird also auch Deutschland diesen Grundsatz übernehmen müssen. Das Recht Ungarns, für die Katarakten- und Eisenerne Tor-Ströme Gebühren einzuhoben, wird nicht berührt, da es auf einem europäischen Spezialmandat beruht. Rumänien hatte vor dem Kriege eine Abgabe von einem halben Prozent vom Wert der in den Häfen des Landes eingeführten oder ausgeführten Waren eingehoben. Diese Abgabe, welche sehr drückend war und insbesondere bei hochwertigen Waren vielfach prohibitorisch wirkte, wird beseitigt, aber erst bis Rumänien Erbsatzgebühren geschaffen hat, spätestens jedoch fünf Jahre nach Friedensschluß. Ferner verpflichtet sich Rumänien, die auf der Donau zur Beförderung gelangenden Güter

aus Anlaß dieses Transports einer Verkehrssteuer nicht zu unterwerfen. Mit Rücksicht auf den Bestand von Verkehrssteuern in anderen Staaten wäre die Verlockung für Rumänien gegeben gewesen, sich durch eine solche Steuer von bedeutender Höhe erhebliche neue Einnahmen zu beschaffen. Das wird nun durch die angeführte Bestimmung gehindert. Dann kommen Vereinbarungen, wonach Rumänien die österreichische und ungarische Schifffahrt keineswegs ungünstiger behandeln darf als die eigene oder die Schifffahrt dritter Staaten. Daselbst gilt von den Schifffahrtsunternehmen, ihrem Personal und den Gütern. Für die Donauschifffahrtsgesellschaften bringen die neuen Vereinbarungen jedenfalls eine sicherere Grundlage für ihre künftige Tätigkeit. Der Artikel 25 enthält eine Uebergangsbestimmung. Die alte Donaukommission kann nicht mehr funktionieren und deshalb mußten Verfügungen getroffen werden, wonach Rumänien bis zum Zusammentritt der Donaumündungskommission das in seinem Besitze befindliche Eigentum der Europäischen Donaukommission gleichsam als Sachwalter übernimmt, vor Schäden bewahrt und später der neuen Kommission abliefern. Es wurden somit, in Kürze zusammengefaßt, vor allem die Sicherung der Freiheit von Abgaben und Verkehrssteuern durchgesetzt, zu denen für ein Land, das natürlich nach dem Kriege große staatsfinanzielle Bedürfnisse haben wird, ein ständiger Anreiz gegeben gewesen wäre. Ueberdies, ist die meistbegünstigte Behandlung erreicht worden. Jedenfalls hatten die Verhältnisse auf der Donau infolge der veralteten und nicht anerkannten Donauakte eine sehr beschränkte Rechtsgrundlage. In Durchführung der jetzt getroffenen Vereinbarungen muß die Donauakte bekräftigt werden, und zwar unter Beiziehung Rumäniens. Zunächst wird versucht werden, zu einer Einigung darüber zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn zu gelangen, und dann wird man mit Rumänien, Bulgarien und der Türkei in einer Konferenz in München diese Frage zu vereinigen trachten. In die Donauakte werden in vielen anderen Belangen neue moderne Bestimmungen aufgenommen werden müssen, aber die Details sind in Friedensverträge nicht festzustellen, sondern man hat sich hinsichtlich der weiteren Pläne damit begnügt, Rumänien zu unterrichten, welche Neuerungen in die Donauakte hineinkommen sollen. Ihre Festlegung bleibt weiteren Verhandlungen vorbehalten.

Der Wortlaut des Friedensvertrages mit Rumänien.

Wien, 7. 2

Heute abend wurde amtlich der heute im Buk unterzeichnete Friedensvertrag mit Rumänien veröffentlicht. Der Wortlaut des Vertrages ist folgender:

Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und Türkei einerseits und Rumänien andererseits, von Wünsche geleitet, den Kriegszustand zwischen ihnen beenden und die freundschaftlichen Beziehungen ihrer Vi auf politischem, rechtlichem und wirtschaftlichem Ge wieder herzustellen, haben beschlossen, die in Bukta 21 März 1918 unterzeichneten Friedenspräliminarien einen endgültigen Friedensvertrag umzugestalten.

Demzufolge sind die Bevollmächtigten der Regierung der vorbezeichneten Mächte, nämlich für die kaiserlich deutsche Regierung: für die k. u. k. gemeinsame österreichisch-ungari Regierung:

für die königlich bulgarische Regierung: für die kaiserlich osmanische Regierung: für die königlich rumänische Regierung:

zur Weiterführung der Friedensverhandlungen in Buka zusammengetreten und, nach Vorlegung ihrer in guter gehöriger Form befundenen Vollmachten, über nachstehende Bestimmungen übereingekommen:

Erstes Kapitel.

Wiederherstellung von Friede und Freundschaft.

Artikel 1.

Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und Türkei einerseits und Rumänien andererseits erklären, der Kriegszustand zwischen ihnen beendet ist. Die vertr schließenden Teile sind entschlossen, fortan in Friede und Freundschaft miteinander zu leben.

Artikel 2.

Die diplomatischen und konsularischen Beziehungen zwischen den vertragschließenden Teil werden sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrag wieder aufgenommen werden.

Wegen der Zulassung der beiderseitigen Konsuln bleiben weitere Vereinbarungen vorbehalten.

Zweites Kapitel.

Demobilisierung der rumänischen Streitkräfte.

Artikel 3.

Die im Gange befindliche Demobilisierung der rumänischen Armee wird unmittelbar nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages nach Maßgabe der in den Artikeln 4 bis enthaltenen Bestimmungen durchgeführt werden.

Artikel 4.

Die allgemeinen militärischen Dienststellen, höhere Kommandobehörden und militärischen Anstalten bleiben bestehen, wie sie im letzten Friedensbudget vorgesehen waren.

Die Divisionen 11 bis 15 setzen ihre Demobilisierung ort, wie dies im Vertrage von Socani vom 8. März 1918 bestimmt worden ist.

Von den rumänischen Divisionen 1 bis 10 bleiben di zurzeit in Bezirksamts verwendet zwei Infanterie Divisionen mit Einschluß der aus den aufgelösten Jäger Divisionen ausscheidenden Jägerbataillone und die zwei Kavalleriedivisionen der rumänischen Armee auf Kriegslärke, bis infolge der in der Ukraine durchgeführten militärischen Operationen der verbündeten Mächte eine Gefahr für die Grenzen Rumäniens nicht mehr besteht.

Ankündigungs-Bureau:
Karl Wellisch, Inserentenpreis nach Tarif, Inserate übernehme Wien, Annahme in Prag und Brünn; Jos. A. Kienreich, Inseraten-Dep. in Graz; J. Blockner, Annoncen-Krediton in Budapest; Carl S. Grün, im Auslande; Société Européenne de Publicité, 10, rue de la Victoire in Paris; Rudolf Mosse in Berlin, München, Leipzig; Haasenstein & Vogler in Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M. u. Basel; Eduard Heise, Ann.-Exp. in Hamburg; Orell, Füssli & Co. in Zürich u. Basel; Verleger für Deutschland, Krakow, Prag, Italien und Österreichs; Warschau, Mail und Köln a. Rh.
Abonnement für Wien:
Allg. allg. wochentl. Zustell. ins Haus: Monat. K. 2.12, viertel. K. 10.-, ganz. K. 18.-, ganz. K. 18.-, ganz. K. 18.-
Zust. Abteil. im Hauptverlag Wollzeile 20 oder Neutorgasse 11: Monat. K. 2.12, ganz. K. 18.-, ganz. K. 18.-
Morgens: Morgenblatt 20 K., Abendblatt 6 K., Nachmittagsblatt am Montag und nach zwei Folgerungen 20 K., Mittagsblatt 40 K., Nachmittagsblatt 40 K., Morgen- u. Nachmittagsblatt alle 10 bis 20 K., Abendblatt alle 10 bis 20 K.

Fre

Nr. 19289.

Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Rumänien.

Bukarest, 7. Mai.

Der Friedensvertrag mit Rumänien ist heute um 12 Uhr mittags im Schlosse Cotroceni unterzeichnet worden. Mit der Unterzeichnung ist die umfangreiche diplomatische Arbeit beendet, die dem Frieden mit Rumänien gewidmet war, und damit auch der Uebergang aus dem Kriegszustand in den Friedenszustand auf unserer ganzen Ostfront vollzogen.

Baron Burian über den Bukarester Frieden.

Wien, 7. Mai.

Die „Angarische Rundschau“ meldet aus Budapest: Gestern ist in Bukarest die erste Nummer der dort herausgegebenen ungarischen Zeitung „Bukaresti Magyar Hirlap“ erschienen. In derselben äußerte sich Minister des Auswärtigen Baron Burian über den rumänischen Friedensvertrag noch vor Unterzeichnung desselben wie folgt: Der in Bukarest geschlossene Friede bringt uns an unseren östlichen Grenzen Ruhe und Sicherheit. Ich, der ich in dieser Stadt eine lange Reihe von Jahren diplomatisch tätig war, fühle mich außerordentlich glücklich, persönlich daselbst den Friedensvertrag im Namen der österreichisch-ungarischen Monarchie unterzeichnen zu können.

Die österreichisch-ungarische und deutsche Delegation in der Ukraine.

Äußerungen des Grafen Forgach über das gegenseitige Einvernehmen.

Wien, 7. Mai.

Der Unterstaatssekretär v. Braun hat im Hauptauschuß des deutschen Reichstages erklärt, daß die beiden Delegationen im engsten Einvernehmen miteinander gehandelt haben. Botschafter Graf Forgach, der Führer der österreichischen Delegation, hatte die Freundschaft, hierüber einem unserer Mitarbeiter folgendes zu erklären: Wir sind immer im vollsten Einvernehmen und in vollständiger Harmonie mit der deutschen Delegation vorgegangen. Wir haben mit besonderer Freude mit den hervorragenden Vertretern von Deutschland, dem Botschafter Freiherrn v. Mumm, dem Feldmarschall v. Eichhorn und General Groener, der einer der besten Kenner des Eisenbahnwesens und der Verwaltungsfragen ist, gearbeitet.

Schwierigkeiten des Ministeriums Wekerle in der Regierungspartei.

Nur drei Stimmen Majorität für das Programm

Wien, 7. Mai.

Die Achtundvierziger-Verfassungspartei hat in der heutigen Konferenz den Antrag, der sich für die Unterzeichnung der Regierung ausspricht, mit 46 gegen 43 Stimmen angenommen. Graf Andrássy und Graf Apponyi stimmten gegen den Antrag.

Der Kampf um das gleiche Wahlrecht in Preußen.

Ablehnung des Sicherungsantrages des Zentrums.

(Telegramm von ...)

Berlin, 7. Mai.

Im preussischen Abgeordnetenhaus wurde heute der vom Zentrum gestellte Sicherungsantrag, durch welchen, wie bereits mehrfach berichtet, die radikalen Folgen des gleichen Wahlrechtes verhütet werden sollen, abgelehnt. Die Ablehnung erfolgte mit großer Mehrheit. Alle Parteien stimmten dagegen. Das Zentrum blieb völlig allein. Die Nationalliberalen erklärten allgemein, daß sie die Anträge ablehnen zu müssen glaubten, weil sie ihre Trugweite vorläufig nicht übersehen könnten. Die Ablehnung der Sicherungsanträge, auf deren Grundlage die Regierung bekanntlich ein Kompromiß zustande zu bringen hoffte, vermindert die Aussichten eines solchen Kompromisses auf das äußerst geringste Maß.

Oesterreichisch-ungarischer Generalkabsbericht.

Wien, 7. Mai.

Amlich wird verlautbart: „7. Mai 1918. Ehebühlicher Kriegsplan. Infolge ungünstiger Witterung heute das Artilleriefeuer ab. Der Chef des Generalstabes.“

Vizekanzler v. Payer über die Ostfragen.

Die Erörterungen im Hauptauschuß.

Im weiteren Verlaufe der gestrigen Beratungen des Hauptauschusses des Reichstages über die östlichen Fragen erklärte

Vizekanzler v. Payer: Unsere Debatten haben einen solchen Umfang und einen so hochpolitischen Charakter angenommen, daß es gewiß zu bedauern ist, daß der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes abwesend ist. Das ist nun einmal nicht zu ändern. Der Friedensschluß mit Rumänien und die Fragen, die mit dem Frieden zusammenhängen oder anlässlich des Friedens zum Austrag gebracht werden, haben eine solche Bedeutung, daß der Staatssekretär v. Kihlmann wie der leitende österreichische Staatsmann bei diesen Beratungen nicht entbehrt werden können. Uebrigens konnte niemand voraussehen, daß wir hier in solche Debatten hineingeraten würden.

Im Mittelpunkt der Beratungen hat das Verlangen gestanden, daß unsere gesamte Ostpolitik einheitlich geregelt werden müßte. Aus diesem Gedanken heraus wurde auch der Rücktritt des Kommissars für die Ostgebiete bedauert, da er als eine Art Repräsentant dieses Einheitsgedankens anzusehen gewesen ist. Das ist irrig. Mit Polen hatte dieser Kommissar überhaupt nie etwas zu tun. Im übrigen hat sich herausgestellt, daß eine eigene Stelle nicht bloß in persönlicher Kommissar des Reichskanzlers geschaffen werden muß, um die Randstaaten in geordnete Regierungs- und Verwaltungszustände überzuführen. Zunächst war die Wilsch, entweder einen neuen Staatssekretär oder eine Stelle von ähnlicher staatsrechtlicher Bedeutung für diese Aufgabe zu schaffen. Bei näherer Betrachtung hat sich aber herausgestellt, daß gegen die Schaffung einer weiteren Reichsstelle erhebliche Bedenken bestanden. Deshalb soll eine Stelle errichtet werden, die an eine bestehende Reichsstelle angegliedert oder ihr eingegliedert wird. Graf Kanzerling, der bisherige Kommissar für die Ostgebiete, glaubte, daß diese neue Stelle nicht der Bedeutung seiner bisherigen Stellung entsprechen würde, und ist deshalb zurückgetreten. Die Beratungen über die neue Organisation werden in der nächsten Zeit vollständig abgeschlossen werden können, und dann wird man auch an die praktischen Arbeiten mit mehr Klarheit und Bestimmtheit herantreten können.

In dem Wunsche einer einheitlichen Ostpolitik besteht volle Uebereinstimmung zwischen der Regierung und den Mitgliedern dieses Ausschusses. Das Ziel unserer Politik gegenüber den Randvölkern, die sich durch den Zusammenbruch Rußlands aus dem Verbände dieses Reiches losgelöst und sich auf eigene Füße gestellt haben, ist:

mit ihnen in Zukunft in Frieden und Freundschaft zu leben. Uns und ihnen wird es recht gut bekommen, wenn wir uns politisch, wirtschaftlich, kulturell und so weit es möglich ist, auch militärisch nähern. Es liegt nicht nur im Interesse dieser Randstaaten, sondern auch in unserem eigenen Interesse, wenn wir die kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse in diesen Staaten heben. Namentlich hoffen wir Vorteile bezüglich der Sicherstellung unserer Ernährung und dessen, was man unter dem allgemeinen Namen Kolonisation zusammenfassen kann. Der Anschluß dieser Staaten soll und muß uns eine militärische Sicherung unserer Grenzen Rußland gegenüber verschaffen, auf die wir nicht verzichten können.

Niemand kann die Entwicklung in Rußland voraussehen, niemand kann wissen, ob wir nicht später einmal wieder in kriegerische Verwickelungen mit Rußland hineingezogen werden.

Daneben spielt aber auch eine nationale Sympathie mit den Deutschen in jenen Gebieten mit, die um ihre Deutschheit seit Jahren einen schweren Kampf geführt und es sich erhalten haben. Das gilt namentlich für die baltische Bevölkerung. Auch ein gewisses menschliches Empfinden hat in unsere Politik mit hineingewirkt, jenen Völkern gegenüber, die auch noch nach ihrer Lösung von Rußland in die allgemeine Not und Unruhe mit hineingezogen worden sind.

Auch über den Weg, den eine einheitliche Ostpolitik einzuschlagen hat, besteht zwischen dem Reichstag und uns Uebereinstimmung. Es ist der Weg der Verständigung mit diesen Staaten, nicht der Weg der Vergewaltigung. Die Dinge in den einzelnen Staaten liegen aber so verschieden, daß es unmöglich ist, alle gleichmäßig zu behandeln. Man muß die Verschiedenheiten der Verhältnisse berücksichtigen. Durch eine schablonenhafte Behandlung würde man zu falschen Resultaten kommen. Vergleichen Sie beispielsweise die Verhältnisse von Polen mit denen in Estland und Livland. Polen ist schon ein anerkannter großer Staat. Die Politik ihm gegenüber muß ganz anders sein wie gegenüber den anderen beiden Staaten. Ueber Polen können Deutschland und Polen nicht allein entscheiden, da hat auch Oesterreich-Ungarn mitzureden. Ähnlich liegt es bei der Ukraine. Hier ist auf den benachbarten Staat Oesterreich-Ungarn die größte Rücksicht zu nehmen. Die Behandlung muß auch verschieden sein, nach der Größe der Staaten, nach ihrer wirtschaftlichen und politischen Bedeutung und ihrer geographischen Lage, ob eine direkte Verbindung mit ihnen möglich ist. Die historische Entwicklung jedes einzelnen Staates ist zu berücksichtigen, auch die Frage, wie weit schon eine Regierung vorhanden ist. Daraus ergibt sich, daß für jedes dieser Völker notgedrungen eine eigene Politik betrieben werden muß.

Finland.

Zunächst **Finland.** Man hat uns vorgeworfen, wir hätten dort eingegriffen, getragen von dem Bestreben, in der halben Welt den Schutzmann und Ordnungshüter zu spielen. Die wirklichen Gründe liegen viel näher. Wir stehen heute noch in einem großen Weltkriege, der die allergrößten Anforderungen an unsere Bevölkerung und unser Militär stellt. Da können wir unmöglich irgendwas anderes verwenden. Wenn trotzdem die Oberste Heeresleitung in Uebereinstimmung mit der Reichsleitung sich in dem Augenblicke zu einem Einschreiten in Finland veranlaßt gesehen hat, als die Vorbereitungen zu der großen Westoffensive dem Abschlusse nahelamen, so muß man daraus den Schluß ziehen, daß hierfür nur wichtige, militärische und politische Anforderungen maßgebend gewesen sein können.

Wir freuen uns, durch unser Einschreiten Finland seine Unabhängigkeit und Freiheit gesichert zu haben, aber der eigentliche Grundgedanke unserer Einschreitens ist gewesen, im Nor-

den in militärischer wie in politischer Hinsicht einen endgültigen Friedenszustand zu schaffen.

Das war bis dahin leider nicht der Fall, denn trotz der Anerkennung der unabhängigen finnischen Regierung haben die russischen revolutionär-anarchistischen Soldaten- und Matrosen-Komitees in Finland ihr Unwesen getrieben. Von Rußland aus wurden, ob mit oder ohne Willen der russischen Regierung, nachhingestellt Bleiben, Waffen, Munition und Mannschaften nach Finland zur Unterstützung der russischen Heereskräfte geschickt. Der finnische Landtag und der finnische Senat haben sich, um dem Unwesen ein Ende zu bereiten, wiederholt an die russische Regierung gewandt und haben um die Zurückziehung der russischen Truppen aus dem unabhängigen Finland oder wenigstens um das Aufheben der Gewalttätigkeiten dieser Truppen gebeten. Das hat nichts geholfen. Schließlich hat sogar der Vorsitzende des russischen Rayon-Komitees der Regierung Finnlands den Krieg erklärt. Diese Kriegserklärung, mag sie nun mit oder ohne Wissen und Willen der Petersburger Machthaber erfolgt sein, stand keineswegs bloß auf dem Papier. Woher kämen denn sonst die Geschütze, die Maschinengewehre, die Panzerzüge und Panzerautomobile und die ungeheuren Mengen von Waffen und Munition, die von unseren Truppen in Finland erbeutet worden sind? Seit der verfassungswidrigen Aufhebung des finnischen Wehrpflichtgesetzes von 1878 durch Rußland im Jahre 1901 verfügt ja Finland selbst über keine einzige militärische Waffe mehr. Sie stammen von jenen russischen Matrosen und Soldaten, die sich mit den finnischen Anarchisten zu einem Schredensregiment verbündet hatten und jetzt zu Tausenden in die Hände unserer Truppen gefallen sind.

So ist längst erst wieder nach den Berichten unseres Gesandten in Finland in Rautus der ganze Stab des 42. russischen Armeekorps, 20 Offiziere, gefangen genommen. Das beweist, daß es sich nicht um eine Einmischung in innere finnische Angelegenheiten handelt, sondern um einen Kampf Rußlands mit Hilfe der finnischen Anarchisten, Finland seiner Freiheit zu berauben. Das ist sogar von sozialistischer Seite ausdrücklich anerkannt worden. Ich verweise auf das „Hamburger Echo“ vom 17. April d. J., in dem ausdrücklich bestätigt wird, daß alle Berichte aus Finland den Schluß zulassen, ich zitiere wörtlich, „daß dieser Bürgerkrieg in der Hauptsache doch ein Krieg der Russen gegen die Finnen war“. „Die weiße Garde“, so sagt das „Hamburger Echo“, „ist das eigentliche finnische Volksgesicht, zum Teil aus Bauern und Pächtern bestehend, von denen viele sozialdemokratisch gestimmt sind. In der roten Garde dagegen hatten sich hauptsächlich die aus dem russischen Heere entlassenen Soldaten zusammengefunden, denen öfter noch aus Petersburg Verstärkungen geschickt wurden.“

Wir sind von der rechtmäßigen finnischen Regierung um unseren Einmarsch gebeten worden. Diese Regierung ist von dem im November 1917 gewählten Landtag mit 100 gegen 80 Stimmen eingesetzt worden, und dieser Landtag ist gewählt nach dem freiesten Wahlrecht der Welt. Diese Regierung ist von Schweden, Norwegen, Frankreich, von Spanien und von uns anerkannt worden, selbst in England befindet sich ein Vertreter dieser Regierung.

Mit unserem Einmarsch wollten wir uns in die inneren politischen Verhältnisse Finnlands nicht einmischen, und ebenso wenig haben wir das Bedürfnis, dies jetzt zu tun. Die sich die zukünftige Entwicklung gestaltet, ist eine rein finnische Angelegenheit. Wir haben durch unser Eingreifen nur die politische und militärische Sicherheit und den Frieden an der Ostsee erlangen wollen und treten uns, feststellen zu können, daß uns dies bis zu einem gewissen Grade, und zwar ziemlich weitgehend gelungen ist. Wir haben mit Finland Verträge abgeschlossen, die dem beiderseitigen wohlverstandenen Interesse entsprechen und die dazu beitragen werden, die zwischen Deutschland und Finland derzeit schon lebhaften Beziehungen wirtschaftlicher und politischer Art zu kräftigen. Durch die Befreiung Finnlands glauben wir auch Schweden einen sehr erheblichen Dienst durch die Schaffung eines Schutzwalles nach Osten geleistet zu haben. Das Ziel unserer Ostpolitik wird auch fernerhin der Ausbau unserer freundschaftlichen Beziehungen zum finnischen und schwedischen Volke bleiben. Nach unseren bisherigen Erfolgen werden wir erfreulicherweise die finnländische Expedition bald als im wesentlichen abgeschlossen betrachten können.

Estland und Livland.

Bezüglich **Estlands und Livlands** kann ich mich im wesentlichen auf die Erklärung des Vizekanzlers beziehen, die er im Großen Hauptquartier namens des Kaisers der estländischen und livländischen Deputation abgegeben hat. Zunächst müssen beide Länder ihre Beziehungen zu Rußland klären, wobei wir sie gern unterstützen werden. Dann müssen sie meiner Auffassung nach Regierung und Volksvertretung auf eine breitere Basis stellen.

Das ist aber eine interne Angelegenheit dieser beiden Staaten, in die wir uns nicht einmengen werden. Bei dieser Gelegenheit möchte ich dem Irrtum entgegenreden, als hätten wir den rechtmäßigen estnischen Landtag gesprengt. Dieser alte estnische Landtag muß keine große innere Autorität gehabt haben, denn er ist überhaupt nur einen einzigen Tag aktiv gewesen und war nicht mehr im Amt zu der Zeit, wo wir das Land betreten hatten. Man kann in diese oerworrenen Verhältnisse nicht mit einem Federstrich Ordnung bringen, sondern dazu ist viel Arbeit, viel Mühe, viel Kopfzerbrechen und ein immerhin nicht unerheblicher Zeitaufwand erforderlich.

Auch in **Litauen** müssen wir dasselbe Ziel wie in den anderen Ländern verfolgen. Die Litauer müssen sich eine eigene Verwaltung und eine eigene Regierung schaffen. Wir können sie hierbei unterstützen mit dem einen Vorbehalt, daß diese Selbständigkeit sich innerhalb des Rahmens der mit der deutschen Regierung getroffenen oder noch zu treffenden Abmachungen hält. Der Aufbau der Verwaltung dieses Landes kann nur im Einverständnis zwischen der deutschen Zivilverwaltung und der deutschen Militärmacht erfolgen, so wie die Dinge zurzeit liegen. Wir müssen aber die Männer ausfinden, die dieser schweren Aufgabe gewachsen sind, und diese Leute müssen in Organisationen des Reiches eingeschaltet werden, oder wir müssen neue Organisationen hierfür schaffen. Alles das erfordert aber Zeit, zumal ja noch viele andere Aufgaben an die deutsche Militär- und Zivilverwaltung herantreten; in der Hauptsache sind die Vorarbeiten aber beendet.

Die Vorgänge in der Ukraine.

Nun noch zur **Ukraine.** Ich bedauere, daß wir unsere Verhandlungen nicht erst in der nächsten Woche halten können, da wohl dann unbestrittene Nachrichten vorgelegen hätten, wodurch uns vornehmlich viel Mühe und Kampf erspart geblieben wäre. Wir müssen auf den Wichtigkeit unserer Informationen bestehen, Sie aber weisen, was mit Ihren Gedankenengängen nicht überinstimmt oder von Ihren Nachrichten abweicht, mit einer Handbewegung oder einem Kraftwort zurück. Damit bildet man keine geeignete Grundlage für die Besprechung. Man muß erst warten, bis tatsächliches Material vorliegt. Welche Aufregung entstand zunächst über den Feldbestellungsbefehl des Generals von Eichhorn, als er zunächst in falschem Wortlaut bekannt wurde, und wer wird heute noch ernstlich bestreiten, daß irgendeine Einwirkung auf die Regierung und die Bevölkerung im Sinne des Erlasses unbedingt notwendig war, um zu erreichen, daß wir das uns vertragsmäßig zugesicherte Getreide bekämen! Im übrigen habe ich mich gewundert, daß man bezüglich der Durchführung der Maßnahmen in der Ukraine dem Vertrauensmann des Reichstags, dem General Groener gegenüber nicht das frühere Vertrauen bekundet hat. Er ist doch der Mann, der auf einen solchen Posten gesetzt werden muß, vermöge seiner Fähigkeit einzugreifen und mit der Bevölkerung zu verkehren und zu verhandeln. Was geschehen ist, mußte notwendigerweise erfolgen, um die Vereinbarungen, die wir mit der Ukraine getroffen hatten, auch wirklich durchzuführen. Oesterreich-Ungarn und Deutschland gehen in der Ukraine einig.

Daß in einzelnen Fällen gewisse Meinungsverschiedenheiten bestehen werden, läßt sich nicht vermeiden. Es ist aber bereits als falsch erwiesen, daß wir bei den Getreidelieferungen zu kurz gekommen sind. Eine nachträgliche Prüfung hat ergeben, daß diese Behauptung auf einem Irrtum beruht. Wir sind damit vollkommen einverstanden, daß wir uns in die inneren Verhältnisse der Ukraine nicht einmischen sollen. Das findet aber selbstverständlich seine Grenze einmal in dem Zwecke des Einmarsches in die Ukraine, der Herstellung der Ordnung, und dann in der Rücksicht auf unsere Truppen. Bezüglich der Getreidelieferungen kann ich mich nur dem anschließen, was der Abgeordnete Stresemann gestern gesagt hat. Für uns ist die Frage, ob die Getreidelieferungen ordnungsmäßig und vertragsmäßig zur Ausführung kommen, praktisch viel wichtiger als die Frage, wer legitimer Herrscher in der Ukraine ist oder welche Lösung schließlich die Grundbesitzfrage in der Ukraine finden wird.

Was den Regierungswechsel in der Ukraine anbelangt, so steht noch keineswegs fest, ob er etwa als ein Unglück zu betrachten ist. Bedenken Sie doch die Verhältnisse der Ukraine in den letzten Wochen; welche jämmerliche politische und wirtschaftliche Zustände und welche Unsicherheit dort herrschte. Die Regierung war gegenüber diesen schreienden Missethätigen taten- und hilflos, und das ist schließlich auch bei ihrer Zusammenfügung aus zum Teil jungen und unerfahrenen Leuten kein Wunder. Vielmehr müßte man sich eigentlich darüber wundern, daß das Volk diese Zustände überhaupt so lange ertragen hat.

Wie die Verhältnisse in der Ukraine liegen, ist eine militärische Verwaltung dort gar nicht zu entbehren. Ich erinnere nur an die Kämpfe, die gegenwärtig noch in der Ukraine mit den Truppen in Nachbarländern ausgefochten werden. Wir dürfen uns aber nicht jetzt in einen Kompetenzstreit zwischen der Militärverwaltung und der Zivilverwaltung in der Ukraine verziehen. Es sind zu viele praktische Aufgaben, die dort noch der Lösung harren, und da freue ich mich feststellen zu können, daß zwischen unserem politischen Vertreter in der Ukraine und dem Feldmarschall v. Eichhorn und seinem Generalstabschef General Groener ein durchaus gutes Einvernehmen und Zusammenleben besteht, und daß dieses Einvernehmen und Zusammenleben den übereinstimmenden Willen der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung entspricht. Wir wissen nicht, ob uns noch weitere Ueberwachungen in der Ukraine bevorstehen. Dann ist ein rascher Entschluß und ein richtiges Eingreifen nur möglich, wenn die beteiligten Instanzen an Ort und Stelle sich verständigen können.

Zum Schluß wende ich mich noch kurz zu der Frage der Teilung der Gewalten zwischen der Obersten Heeresleitung und der Reichsleitung. Wenn es nach den temperamentvollen Ausführungen des Abg. Scheidemann ginge, dann hätten wir schon alle unsere Demission geben müssen. Ich glaube, das wäre auch für den Abg. Scheidemann und seine Freunde nicht gerade die erfreulichste Lösung gewesen. Wir haben uns aber einfach auf den Boden unseres Pflichtgefühls und unseres Verantwortungsgefühls gestellt. Nur dieser Gedanke ist für uns auch immer ausschlaggebend gewesen, wenn es sich um das Zusammenarbeiten zwischen uns und der Obersten Heeresleitung handelt. Ich kann nur sagen, daß, seit ich im Amt bin, noch nie ein Mensch den Versuch gemacht hat, uns in der Betätigung dieses Pflicht- und Verantwortungsgefühls irgend welche Schwierigkeiten zu machen. Ich glaube, Sie können es uns getrost selbst überlassen, die Zuständigkeit der Reichsleitung zu wahren.

Die Fortsetzung der Debatte.

Vor dem Vizekanzler v. Payer kam bei Erörterung der Ostfragen

Unterstaatssekretär Freiherr v. d. Busche

auf die vom Freiherrn von Camp gestellte Frage zurück, ob für den russischen Vertreter in Berlin Joffe ein Allerhöchstes Agrement erteilt worden sei. Das sei nicht der Fall. Herr Joffe sei lediglich mit einer Urkunde angelangt, durch die er bei der deutschen Regierung als bevollmächtigter Vertreter (Wohlfahrter) der russischen Republik eingeführt wird.

Abg. Graf Westarp (Kons.) führt die Frage der Regierungsform in der Ukraine kommt es nur darauf an, wie weit das deutsche Interesse davon berührt wird. Wenn wir uns in die inneren Verhältnisse der Ukraine nicht einmischen sollen, dürfte Generalfeldmarschall von Eichhorn auch den Bauernkongress in Now nicht verbieten. Die Bauern hatten offenbar den Wunsch, aus dem Zustand der Gefangenschaft herauszukommen. Wenn der Selman beschließen sollte mit Großrußland zusammenzugehen, so mag es für uns unerfreulich sein, aber es besteht für uns kein Grund, dem entgegenzutreten. Aber die Forderung der Nichteinmischung in die dortigen Verhältnisse kann nicht für alle Fälle und unter allen Umständen aufrechten. Zurzeit ist es ganz unmöglich, die Randstaaten ganz sich selbst zu überlassen, sollen sie nicht der Willkür und der Ausbeutung anheim-

Zeitung

704

gelehrten Sachen

Morgen-Ausgabe aufgeführt

 26 * Fernsprech-Zentrale: **Ullstein & Co.** Moritzplatz 11 800,
 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

nme gescheitert.

Der Umsturz in der Ukraine.

 Drahtmeldung unseres Kriegsberichterstatters
Eugen Lennhoff.

Odesa, Anfang Mai.

Der glatte Verlauf der ukrainischen Bewegung hat deutlich gezeigt, wie gering die Anhängerschaft der gestürzten Rada im Lande war. Schon der erste Umsturz in Odesa Mitte Januar, der die Bolschewiki aus Ruher brachte, hatte dort wenig Betriebsamkeit hervorgerufen, und erst der Terror, den die maximalistischen Matrosen der Schwarzen-See-Flotte ausübten, ließ den Wunsch nach einer neuerlichen Aenderung der Verhältnisse und nach dem Einmarsch verbündeter Truppen rege werden. Der Rada wurde damals vorgeworfen, daß sie im alten Schlandrian fortfahre und an Stelle der Intoleranz des Parentums kleinrussische Intoleranz setze. Auch verübte man ihr, daß sie bei ihrem Projekte der völkischen Selbstverwaltung zwar Weißrussen, Moldauer, Tataren, Juden, ja selbst Tschechen, berücksichtigen, nicht aber die Großrussen und die zahlreichen sehr tätigen deutschen Kolonisten. Aufregung rief an manchen Orten auch der Versuch hervor, unter allen Umständen die ukrainische Sprache einzuführen. In Odesa lehnte man rundweg ab, sich ihrer zu bedienen. Nachdem anfänglich die amtlichen Kundmachungen in kleinrussischer Sprache erschienen waren, trat an ihre Stelle bald wieder das Russische. Auch die Presse weigerte sich, die sprachlichen Befehle der Rada zu befolgen.

Das rasche Ende der jetzt gestürzten Rada aber wurde von allen politisch informierten Kreisen unmittelbar nach dem Erlaß des ukrainischen Landesgesetzes prophezeit, das nun durch die Beschlüsse des Bauernkongresses so völlig umgestoßen wurde. Die überwiegende Mehrheit der nicht sozialrevolutionär gesinnten Blätter nahm dieses Gesetz, das von der Rada erst Ende März den Landkomitees übermittelt wurde, mit Hohn auf. Selbst die vorsichtigen Odesaer deutschen Zeitungen nannten den Erlaß eine Kuriosität, kein Gesetz. Der Annahme durch die Rada gingen sehr lebhafte Debatten voraus. Schon vorher war auf der Basis des dritten Universal von dem sozialdemokratischen Ministerium Winitshenko ein Agrargesetzentwurf vorgelegt worden. Dieser fand aber keine Gnade und brachte das Ministerium zu Fall. Die Regierung Golubowitsch arbeitete dann das neue Landgesetz aus, das von der Rada gutgeheißen wurde. Bemerkenswert an diesem Gesetz ist namentlich der Umstand, daß es unendlich viel weiter geht als die in dem dritten Universal feierlich festgesetzten Grundsätze. Das Universal sprach die Aufhebung des Eigentumsrechtes nur an solchen Ländereien aus, die durch gemietete Arbeitskräfte bewirtschaftet wurden. Alle anderen sogenannten Arbeitswirtschaften sollten Eigentum ihrer Besitzer bleiben. Von der Enteignung sollten auch die im Besitze von Kommunen befindlichen Ländereien, desgleichen die zu Villen, Fabriken usw. gehörenden Landstücke, Gemüsegärten ausgenommen sein.

Ganz anders das Agrargesetz. Es hob vorbehaltlos jegliches Eigentumsrecht an allen Ländereien auf, ohne Rücksicht auf Größe und Besitzer. Es wurde also nicht nur der Großgrundbesitz verstaatlicht, sondern auch öffentliches Bauernanteilland, nicht nur Land, das mit Hilfe von Mietkräften bebaut, sondern auch solches, das mit eigener Kraft bewirtschaftet wurde. Auch städtischer Grundbesitz und Fabrikeigentum wurde ohne jede Entschädigung als Eigentum der ukrainischen Volksrepublik erklärt und den Organen der städtischen Selbstverwaltung, den Dorfgemeinden und den Landkomitees zur Arbeitsnutzung übergeben. Ausnahmen galten nur in sehr beschränktem Umfang für Besitzer von Gärten, Weinbergen und Hopfenanlagen, soweit sie ihre Grundstücke mit eigenen Händen bearbeiten konnten. Gleichzeitig mit dem Land wurde auch das tote und lebende Inventar samt den Gebäuden „nationalisiert“, mit Ausnahme dessen, was den Besitzern zum Lebensunterhalt, zur privaten Arbeitswirtschaft beziehungsweise zu kommerziellen und industriellen Unternehmungen unumgänglich notwendig war. Die gleichen Prinzipien sollten für den Hausbesitz und für die Städte gelten. Es kam aber nicht zur Durchführung dieser Maßregeln.

In Odesa war der Widerstand gegen die Verfügungen der Rada von Anfang an sehr groß. Hatte die städtische Selbstverwaltung von Odesa es abgelehnt, im Sinne der Kiewer Zentralregierung zu wirtschaften, so hielten sich auch große Interessengruppen nicht an deren Befehle. Das mußte naturgemäß zu einem Chaos im Wirtschaftsleben führen. Am fühlbarsten zeigte sich dies im Bank- und Geldwesen, das ohnehin schon recht eigentliche anarchische Zustände aufwies. Beispielsweise löst seit Mitte April die Odesaer

Die Onfragen im Hauptauschuß.

Unser Vorgehen in Finnland und der Ukraine.

Der Hauptauschuß des Reichstages setzte heute unter starker Anteilnahme von Abgeordneten aller Parteien die Erörterung der Onfragen fort. Zu Beginn der Sitzung kam General v. **Wrisberg** auf eine Aeußerung des fortschrittlichen Abg. **Gothein** vom gestern zurück, der die angebliche Ueberschreitung der finnisch-russischen Grenze durch die Weiße Garde zur Sprache brachte und nach dem Ziele dieser Grenzueberschreitung gefragt hatte. General v. **Wrisberg** teilte dazu mit, daß deutsche Truppen für den Vormarsch gegen Petersburg nicht in Betracht kommen.

Sodann nahm der sozialdemokratische Abg. **Roske** das Wort, der die Erklärungen des Vizelandzlers v. **Paner** als unbefriedigend bezeichnete. Die Uebereinstimmung zwischen Oberster Heeresleitung und politischer Leitung werde in der Regel nur dadurch herbeigeführt, daß die politische Leitung den militärischen Ansprüchen nachgebe. Diese Frage müßte im Reichstage in öffentlicher Sitzung baldmöglichst besprochen werden. Fast habe es den Anschein, als solle ausprobiert werden, was unser Volk sich alles gefallen lasse. Das gelte sowohl von der äußeren wie von der inneren Politik, die wieder den Charakter des **Reichsakturiers** annehme. Auf die Dauer werde man sich die Einmischung deutscher Truppen in Finnland nicht gefallen lassen.

Wir sind überhaupt nicht davon sicher, auch in Finnland in allerlei Uebertreuer verwickelt zu werden. Es sei nur auf den Vormarsch der Weißen Garde gegen Petersburg und die Murmanbahn hingewiesen. Bieweit ist der Vormarsch deutscher Truppen in der Ukraine eigentlich geplant? Die Reichsregierung scheint ein fünftes Rad am Wagen zu sein. Die wichtigsten Entscheidungen sollen im Großen Hauptquartier. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes ist monatelang abwesend und im Ausschuß erscheinen als Vertreter der Regierung Herren, die an den Entscheidungen selbst nicht mitgewirkt haben. Während man Zeitungsvertreter nach den baltischen Provinzen geschickt habe, schließe man in geradezu aufreizender Weise Reichstagsabgeordnete, die sich unterrichten wollen, angeblich aus politischen Gründen hiervon aus. Anfanglich beabsichtigte man vernünftige Maßnahmen in der Ukraine, jetzt aber läßt das Militär tatsächlich die Herrschaft dort aus. Dadurch wird man das Gegenteil von dem erreichen, was man zu erreichen wünschte. Man erhält vielleicht dadurch etwas mehr Getreide, aber man sät eine Unsumme von Haß. Der militärische Oberbefehlshaber ist für die besagten Vorgänge verantwortlich zu machen. Die Haltung der ukrainischen Bauern ist verständlich. Diese Saat des Hasses kann noch die übelsten Folgen haben. Unsere ganz verfehlte Politik in der Ukraine zwingt dieses Land zum Zusammenschluß mit Großrußland, das aber bedeutet die Gefahr eines Nachkrieges gegen Deutschland. Vielleicht ist heute noch Einhalt zu gebieten, aber die Hoffnung, daß es noch geschehen kann, haben wir nicht.

Unterstaatssekretär **Ebler v. Braun**.

Man hat mir vorgeworfen, daß ich der ukrainischen Regierung geraten hätte, den Bauern sollte gegen die Viesierung von Getreide die Erwerbung von Land in Aussicht gestellt werden. Ich hatte in der Ukraine lediglich wirtschaftliche Aufgaben zu beraten. Dazu gehörte nicht nur, die gegenwärtige Lage zu berücksichtigen, sondern auch die Lage im nächsten Erntejahr. Das hat die ukrainische Regierung durchaus anerkannt und mit uns einen Ausschuß für die Agrarfragen gebildet. Dieser Ausschuß hat länger als drei Wochen beraten. Er ist aber zu keinem Ergebnis gelangt, weil die damalige ukrainische Regierung niemals bereit war, die **Universale 3 und 4** aufzuheben. Wenn der Abgeordnete **Erzberger** meinte, **Solubowitsch** habe sich am 27. März dazu bereit erklärt, so ist das nicht entscheidend. Denn maßgebend für die ganze Politik war nicht **Solubowitsch**, sondern der Präsident der Rada **Dr. Gruschewski**. Der Vorschlag ist übrigens nicht nur von mir gemacht, sondern auch von den übrigen Vertretern der **Mittelmächte** unterstützt worden. Er war der einzige Weg, die **Friedensbestellung** zu sichern. Die Frage, ob wir nicht etwa die etwas verfliegenen Pläne der ukrainischen Regierung hören würden, war für uns vollkommen nebensächlich. Wir hatten nur die Interessen Deutschlands zu vertreten. Daran mußten wir uns halten und werden wir uns auch in Zukunft halten. Aus der Tatsache, daß der **Hetman Skorabagali** jetzt zu diesen Gedanken eingegangen ist, zu folgern, das beweise, daß wir ihn eingeleitet haben, geht doch wohl zu weit. Ich würde es mir als Verdienst anrechnen, wenn der neue **Hetman** auf Grund meiner Ratschläge seinen Entschluß gefaßt hätte. Ich glaube aber, daß hierfür nur die **Verantwortung** und die Ueberlegung maßgebend gewesen ist, daß es so nicht weitergeht. Wenn ich meine Ratschläge gegeben habe, habe ich neulich schon mitgeteilt. Der **Hetman** ist mir persönlich vollkommen unbekannt.

Ich habe nicht gesagt, daß der Bauer nur im Wege des Zwanges zur Fergabe von Getreide zu veranlassen sei. Ich habe nur auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die durch die schlechten Verkehrsverhältnisse und dadurch, daß der Bauer sehr viel bares Geld hat, bestehen. Das ist aber nicht überall gleichmäßig der Fall. Das zeigt schon, daß es trotz alledem gelingt, Getreide in der Ukraine aufzukaufen. Selbst wenn wir aber durch Zwangsmassnahmen die Bauern zur Erfüllung der Vertragsbedingungen der Ukraine zwingen müßten, könnte ich darin nichts Ungewöhnliches sehen, wo wir doch in Deutschland, wenn der Landwirt und der Bauer seiner Ablieferungsspflicht nicht nachkommt, ihn vielfach sogar durch militärische Zwangsmittel dazu bringen. Wenn die neue Regierung dem Bauern die Möglichkeit gibt, das Eigentum an dem von ihm okkupierten Lande zu erwerben, so bin ich überzeugt, daß es zu derartigen Zwangsmassnahmen gar nicht kommt, sondern daß er durch freiwillige Abgaben das nötige Getreide abliefern wird.

Wir wollen durchaus nicht unnötigerweise mit Zwangsmassnahmen gegen die ukrainische Regierung vorgehen, sondern wir wünschen einen gegenseitigen freien Verkehr und sind durchaus bestrebt, den Leuten die Tauschwaren zu bieten, wonach sie verlangen. Das sind in erster Linie landwirtschaftliche Geräte, Maschinen und Kleinwaren. Wir sind schon dabei, alle derartigen Geräte, die in Deutschland entbehrt werden können, nach der Ukraine zu schaffen, ebenso auch andere Bedarfsartikel, die in einem besonderen Ausschuß in **Kiew** festgestellt worden sind.

Ich kann im einzelnen nicht beurteilen, ob etwa österreichische Spekulanten und Händler in der Ukraine Getreide aufkaufen und dies in Oesterreich im freien Verkehr absetzen. Jedenfalls würden aber alle Lebensmittel, die über die Grenze nach Oesterreich gehen, auf den österreichischen Anteil angerechnet.

Meine Mitteilungen über die Schwierigkeiten in der Anwendung der ukrainischen Sprache halte ich durchaus aufrecht. Daran ändert auch die mir bekannte Tatsache nichts, daß an der Universität **Lemberg** einige Professoren die ukrainische Sprache lehren und einige Hundert Studenten diese Vorlesungen anhören. Ich kann nur feststellen, daß man in **Kiew** keine ukrainischen Gesetze hat machen können, weil gewisse technische Ausdrücke in der ukrainischen Sprache noch nicht vorhanden waren. Selbst die Stadtverwaltung in **Kiew** ist von der Rada gemäßigelt worden, weil sie eine Eingabe in russischer Sprache gemacht hat.

Wir denken nicht daran, in der Ukraine die jüdischen Händler auszuschließen, wir können gar nicht ausschließlich durch behördliche Maßnahmen oder durch deutsche Händler das Getreide erfassen, sondern der ganze Plan für den Anlauf von Nahrungsmitteln in der Ukraine basiert auf der Heranziehung der ansässigen jüdischen Händler.

Donnerstag, 9. Mai 1918

Zeitung



1704

Wirtschafts- und gelehrten Sachen

Berlin monatlich 3 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich erteiljährlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Teuerungsstellengesuche 60 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Posttraf. 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

A-Kreuzer versenkt.

den Vertrag
at v. Römer,
Kapitän zur
Seite Baron
nisterpräsident
al Santkoff;
Keltisch. Als
ent Marquillo-
nister Vapirtu
der Minister
der Unter-
ra vor 12 Uhr

enburg.

n-Büros.

mit Nummern
d marschall
erfüllt mich
anten. Unsere
a Herrn, Dank
e das deutsche
is dessen, daß
4 von der Er-
befohlen, daß
enburg schon
launen geplante
führt wird und
Ihr Wappen
h die anderen
e Verteidigung
en sollen. Ich

Deutschlands Europapolitik.

Das deutsche Programm.

Von

Dr. Hans Ehrenberg,

Privatdozent an der Universität Heidelberg.

Die große Politik vor dem Kriege empfing ihr Gepräge aus der Trennung von europäischer und außereuropäischer Politik. Drüben wie hüben stand nur England und konnte daher Europa und Uebersee immer gegeneinander ausspielen; darauf beruhte Englands politische Uebermacht. So überlebte England Deutschland in der außereuropäischen Politik, um es um so sicherer in der europäischen zu vereinsamen; es überlebte Frankreich in der europäischen, um es um so unentwegter in der außereuropäischen zurückzudrängen, und es schwächte Rußland in der außereuropäischen, um es dadurch für die europäische zu gewinnen; Japan und Amerika schließlich waren nur außereuropäische Mächte und daher durch eine gewisse Konjunktionslinie seitens Englands in der außereuropäischen Politik für die europäische Politik Englands zum mindesten unschädlich. Dieses faszinierende Doppelspiel, das England die Führung der Erdteile in die Hand gab, ließ sich so lange fortsetzen, als außereuropäische und europäische Politik im Gleichgewicht standen. Da aber die großen konkurrierenden Mächte in Europa selber behauptet sind, so gewann die europäische Politik schließlich das Uebergewicht, und der Krieg und mit ihm das Ende der bisherigen englischen Gleichgewichtspolitik war da. Zugleich fiel damit die Entscheidung zu ungunsten der englisch-deutschen Verständigungsversuche in Sachen der außereuropäischen Politik. Wie man nun auch über die Vorkriegsversuche zu einer Verständigung denken mag, jetzt ist es damit ein für allemal vorbei, wenn wir nicht das allererste Ergebnis des Krieges, das wir schon vor unserem Siege erzielt hatten, wieder aus der Hand geben wollen. Verständigung mit England in außereuropäischen Fragen — das Bismarckprogramm — würde heute bedeuten, daß wir Englands verlorene Möglichkeit, Europa und Außereuropa gegeneinander auszuspielen, England aus freien Stücken zurückzuerstatten würden. Dies wäre der helle Wahnsinn, und keinerlei wirtschaftspolitische Ueberlegungen, die bei uns noch immer ein gefährliches Vorrecht vor den eigentlich politischen besitzen, dürfen uns dazu verführen; es wäre die größte moralische Niederlage, die wir erleiden könnten. Jedoch heißt das nun auch nicht, daß die europäische Politik in unserer Zielsetzung den Vorrang vor den außereuropäischen Fragen haben müsse; im Gegenteil; denn dann würden wir nach dem Weltkrieg von der eigentlichen Weltpolitik, die mehr als je in der außereuropäischen Politik wurzeln wird, vollkommen abgeschnitten sein. Deshalb steht hinter den alldeutschen Kriegszielen, die an unserer westlichen Landgrenze liegen, ein weltpolitisches Loch; von ihnen aus gäbe es keinen Fortschritt unserer politischen Geschichte, wie diese Ziele denn ja auch reine Verteidigungsziele, und daher trotz der Berne, mit der sie verfochten und als deutsche Zukunftsziele behandelt werden, Ziele einer schwächlichen, negativen Politik sind. Umgekehrt ist das Programm der Rückkehr zur Verständigungspolitik, wie es seitens der Linken für unvermeidlich erklärt wird, das Programm der moralischen und politischen Niederlage, das Programm der Schmach, das Programm der Ueberschätzung der wirtschaftlichen Faktoren, die Rückkehr zum Programm: Weltwirtschaft ohne Weltpolitik und würde uns wieder von der Gnade Englands und jetzt auch noch Amerikas abhängig machen; es wäre auch ideengeschichtlich unsere Kapitulation vor dem Amerikanismus, nicht nur vor dem Amerikanismus drüben, sondern auch vor dem in unseren eigenen Reihen.

Unser wahres Ziel liegt — das ist das richtige Gefühl der Linken — nicht auf dem Kontinent, sondern in Außereuropa; nur wenn wir ebenso wie England europäische und außereuropäische Mächte zugleich sind, sind wir davor bewahrt, in unserer alten geographischen und politischen Vereinsamung zu erstarben. Wenn wir leben wollen, müssen wir hinaus. Denn wie die Kernfrage der gesamten Weltpolitik vor dem Kriege und bei Kriegsanfang — jede Epoche der Weltpolitik hat einen Schwergewichtspunkt — die Dardanellenfrage war,

Stadtbar. Vielleicht nicht Franken müssen ebenso wie wir selber je heraus; deshalb können wir besten Teiles des Kontinents in ist unsere europäische Zukunftsendlich die dringend notwendige Basis einbringen; denn um die Europapolitik, und je fester diese and je wieder in der Lage, den s auszuspielen, um so mehr ist en, sich von sich aus mit uns hrtshäftig nicht unsere Absicht ist, en Krieg hinaus zu verlängern, olcher Art, auf Grund des voll- entaltrrieges, durchaus zu wün- idigung, bei der England nicht stände als wir, sondern bei der önnte, nicht zwecks Teilhaberschaft ens, sondern zwecks gegenseitiger idig selbständiger Unternehmens- schichte im Fluß, dann ist dieser Zukunfts, dann stehen wir festen tens, dann sind wir in der Lage, and so erfolgreich gegen uns am itionen (und das von den M- Weisheit halten, die Igeftachein n, so schmähtlich verachtet wird), d ihm zu verfallen, was es uns doch so, daß England zu einer Politik nie mehr kommen kann, gesichert und uns aus der mit- dann liegt unser Weg nach iffen vor uns, und der Eintritt ras Lebenswert der neuen, jetzt t, kann beginnen.

Schluß der Aussprache über die Ostfragen.

Nach Unterstaatssekretär v. Braun sprach im weiteren Verlauf der Aussprache im Hauptauschuß des Reichstages

Abg. Freiherr v. Rechenberg (Ztr.): Die Grenzen der Ukraine stehen noch nicht fest. Aber jetzt schon sind wir vorgeückt bis in das Gebiet der Donkosaken. Wie weit soll es denn eigentlich gehen? Es müssen doch auch Anweisungen bestehen über den Umfang unseres militärischen Vorgehens. Ich stelle ausdrücklich den Antrag, dem Auschuß diese Anweisungen vorzulegen. Die für den Handelsverkehr mit der Ukraine geschaffenen Körperlichkeiten sind ungewöhnlich zusammengesezt. Entsprechen die von uns gelieferten Waren den angeforderten Getreidemengen? Der Friedensvertrag steht doch gegenseitigen Austausch vor. Die ausgeführten Rohlen kommen als Tauschware nicht in Betracht, denn der Bauer, der Getreide liefern soll, braucht keine Rohlen. Die abgebrochenen Friedensverhandlungen zwischen Rußland und der Ukraine müssen wieder in Gang gebracht werden. Mit Weißrußland liegt die Sache ähnlich wie mit der Ukraine. Was geschieht mit den Gefangenen, die in Finnland gemacht sind? Deutschland darf weder offen noch versteckt auf den Halbinseln festen Fuß fassen. Peinlich empfinde ich den Gedanken, einen deutschen Prinzen zum Monarchen von Finnland zu machen. Warum verbietet man die Reise nach Litauen? Das gleiche gilt für Kurland. Noch heute kennt niemand die künftigen Grenzen von Polen. Worauf wartet man noch?

Abg. Südekum (Soz.) schloß sich dem Wunsche an, von den Instruktionen und den Zielen der Ostpolitik Kenntnis zu erhalten. Die Parteien, die sich auf Grund von Vereinbarungen hinter die Politik der Regierung gestellt haben, müssen Kritik üben. Bei der Besetzung der Verwaltungsstellen im Osten hat man Männer ganz bestimmter Richtung einseitig eingesetzt. Auch nach dem Krieg wird Deutschland einem ungeheuren Druck einer großen Koalition ausgesetzt sein, es sei nur erinnert an das Wort des englischen Staatsmannes bezüglich der Rohstoffe. Dieser Gefahr muß begegnet werden. Die Randvölker des großen russischen Reiches müssen losgelöst und selbständig gemacht werden. Das setzt aber voraus: Umkehr von der bisherigen Methode und Unterstützung der demokratischen Elemente, Gewinnung des Volkvertrauens. Das Vorgehen in Kiew bedeutet aber das Gegenteil. Im Mittelpunkt der ukrainischen Politik muß die Agrarfrage stehen, die derzeitige Lösung ist falsch. Der ukrainische Ministerpräsident war im März zu einem Kompromiß bereit, das bedeutete eine Umwandlung der Regierung. Die deutschen Vertreter haben das versäumt. Jetzt verstößt man die wenigen kümmerlichen Verwaltungsorgane, die wirksam mitarbeiten könnten, indem man den abenteuerlichen Hetman unterstützt. Die Zusammenhänge der österreichischen Vertretung mit der austropolnischen Lösung liegen klar zutage, dieser Vertretung und ihren Plänen ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Ein zweiter Verbindungsweg mit der Ukraine durch Rußland ist zu schaffen, unkontrolliert von Oesterreich und Bulgarien.

Abg. Erzberger (Ztr.): Warum muß man sich so oft mit den gleichen Fragen beschäftigen? Weil oben die Regierung keinen festen Plan und kein festes Ziel hat. Sie wechselt anscheinend mit den Erfolgen im Westen ihre Anschauung. Das deutsche Volk aber will Klarheit haben. Die Frage, wie die östliche Lage sich erledigt, ist entscheidend für den Ausgang des Krieges und für die künftige Existenz Deutschlands. Ich werde mit meiner Einschätzung der Ostpolitik ebenso recht behalten wie mit der der U-Boot-Politik. Im Osten liegt viel Südstoff aufgehäuft. Mit Zwang erreicht man nichts, auch kein Getreide. Die Stärkung und Förderung der Nationalitätenpolitik ist das Richtige. Diese Politik begonnen zu haben, ist das ausschließliche Verdienst des Auswärtigen Amtes. Von ihm ist die Bedeutung der Ukraine zuerst erkannt worden. Wir haben ein Hauptinteresse, Großrußland aufzulösen, die russische Regierung kommt uns dabei entgegen, nun darf man das Ziel nicht wieder ändern. Die Zwischenstaaten nach dem Willen ihrer Bevölkerung auszubauen, ist der beste Schutz. Nicht Vergewaltigung, sondern Verständigung, das hat auch der Bizekanzler zugesagt. Es geschieht aber sowohl wie nichts, dieses Programm durchzuführen, dagegen von verschiedenen Stellen das Gegenteil davon. Das wirkt kriegsverlängernd. Die Vorgänge in der Ukraine lösen hellen Jubel in Paris und London aus und führen dazu, die Länder im Osten wieder gegen uns zusammenzuschließen. Der Reichstag hat die Gewissenspflicht, dazu Stellung zu nehmen. Namens seiner politischen Freunde stellte der Redner für die Behandlung der Ostfragen folgende Richtlinien auf:

Entscheidungen in allen die Ostländer betreffenden politischen und wirtschaftlichen Fragen dürfen nur nach vorheriger ausdrücklicher Zustimmung des Reichstages getroffen werden.

Die Friedensverträge von Brest-Litowsk sind in vollem Umfang sowohl dem Wortlaut als auch dem Sinne nach aufrecht zu erhalten.

Zur Erreichung einer raschen und genügenden Getreidelieferung sind die in Art. 7 Ziffer 1 des zu Brest-Litowsk mit der Ukraine abgeschlossenen Friedensvertrags vorgesehenen Austauschartikel der Ukraine mit tünlichster Beschleunigung zur Verfügung zu stellen. Die politischen und militärischen deutschen Stellen haben sich jeder Einmischung in die inneren Verhältnisse der Ukraine zu enthalten.

Abg. v. Traupczyski (Pole): Unter den Ukrainern sind 80 v. H. Analphabeten und 99 v. H. Analphabeten in ihrer eigenen Sprache. Einem solchen Volk kann man doch nicht die Selbstverwaltung überlassen. Nur mit den Grundzügen der Ordnung und Freiheit kann man zum Ziel kommen. Das Eigentum muß wieder hergestellt werden. Wie denkt die Regierung über die Rückkehr der aus Litauen verjagten polnischen Großgrundbesitzer?

Abg. v. Graefe (Kons.): Den Wunsch nach größerer Klarheit in der Ostpolitik teilen selbstverständlich meine Freunde, aber ich halte es für unnötig, der Regierung allein die Schuld an den unklarer Verhältnissen zuzuschreiben; vielmehr scheint mir der Reichstag mit seinen Mehrheitsbeschlüssen erheblich mitschuldig zu sein dadurch, daß er der Regierung das Schwergewicht unüberführbarer Theorien an die Weine gehängt hat, wie das „Selbstbestimmungsrecht für Nationalitäten“, die geographisch gar nicht abgegrenzt sind, den Verständigungsfrieden mit Regierungen, die mehr oder minder gar keine Regierungen sind. Die berühmte Vergiftungsfriedensentscheidung usw. Herr v. Payer, der jetzt berufen ist, die von ihm selbst mitausgesprochenen Theorien zu verwirklichen, erklärt nun selbst, daß sich die Dinge eben im Raume härter lösen, als die leicht beieinander wohnenden Gedanken des politischen Theoretikers. Ganz besonders bedauerlich ist der stete Versuch, einen Gegensatz zwischen Oberster Seeresleitung und Reichsregierung zu betonen, der nicht nur nach dem kompetenten Urteil des Bizekanzlers in keiner Weise besteht, sondern der auch nach den Persönlichkeiten Hindenburg und Ludendorffs ausschlösse ist. Wenn ihr Urteil auch in politischen Fragen bisweilen entscheidend wirkt, so gewiß nicht, weil sie sich zu politischer Betätigung drängen, sondern weil sie mit ihren überragenden Persönlichkeiten mangels gleichwertiger Staatsmänner ein automatisches Übergewicht besitzen. Der Versuch der Reichstagsmehrheit, diesem Mangel durch parlamentarische Minister aus ihrem Kreise abzuwehren, ist nicht sonderlich

geglückt. Die ganzen Ausführungen des Abg. Erzberger beweisen im übrigen nur, wie chaotisch die Verhältnisse in der Ukraine sind, und wie unvermeidlich es für uns daher ist, die Durchführung des Friedensvertrages selbst in die Hand zu nehmen. Wenn da ein Vorwurf berechtigt erscheint, so doch nur der gegen unsere Friedensunterhändler, die diesen Verhältnissen gegenüber uns nicht im Friedensvertrage selbst die erforderlichen Machtbefugnisse gesichert haben. Ich kann nur wünschen, daß auch die Verhandlungen des Ausschusses mehr von dem Grundtatsache geleitet werden, den der Unterstaatssekretär von Braun durchaus zurechtend aufgestellt hat: „Wir haben die Interessen Deutschlands zu vertreten ohne Rücksicht darauf, ob gewisse kommunistische Pläne in der Ukraine dadurch gefördert oder gestört werden.“

Abg. Dr. Stresemann (nlb.): Die ganzen Fragen werden in großer Ausführlichkeit in der Vollversammlung verhandelt werden, daher werde ich mich kurz fassen. Ich verwehre mich gegen eine Diskreditierung der deutschen Regierung, die nur kriegsverlängernd wirken würde. Die Reichsregierung hat bei Ausführung und Durchführung des ukrainischen Friedensvertrages loyal gehandelt. Durch die Vorwürfe gegen die militärischen Stellen werden doch zu gleicher Zeit Vorwürfe auch gegen die Reichsleitung erhoben, die eine unzulässige Einmischung als nicht vorliegend erklärt hat und der man dann keinen Glauben schenkt. Die Aufgabe der Regierung, das preussische Wahlrecht durchzuführen, wird erschwert, wenn der Glaube an ihre Kraft untergraben wird. Das geschieht auch durch die vom Abg. Erzberger aufgestellten Richtlinien, auch darin drückt sich das stärkste Mißtrauen gegen die Regierung aus, und das wird die Lage Deutschlands mit großen Schwierigkeiten belasten.

Abg. Haase (U. Soz.): Notwendig ist, alle gemachten Versprechungen durchzuführen. Wie ist der Vormarsch unserer Truppen in die Krim zu erklären, nachdem die Krim nicht zur Ukraine gehört?

Hierauf wurde die Aussprache geschlossen.

Nächste Sitzung Freitag vormittag: Umfahrsteuer.

Die Neuordnung im Osten.

Von
Georg Münch.

Durch den Frieden mit Rumänien ist auf der gesamten Ostfront der Kriegszustand beendet. An die Stelle des Kampfes kann nunmehr die friedliche Arbeit, der Gütertausch zwischen Mittel- und Osteuropa treten. Dürfen wir uns davon auch nicht sogleich eine durchgreifende Linderung unserer Versorgungsschwierigkeiten und einen Aufschwung unseres Ausfuhrhandels versprechen, so sind doch nunmehr die Grundlinien für eine solche Entwicklung vorgezeichnet.

Aber Geduld ist am Platze; unsere Erfahrungen mit der Ukraine haben uns das schon genügend gelehrt. Man muß sich gegenwärtig halten, daß die Revolution daselbst die Dinge auf den Kopf gestellt hat. Die Wirtschaftsverhältnisse sind durch die politische Umwälzung völlig gelockert. Rebellen der Bauern trat an die Stelle geordneter Bodenbestellung und geregelter Viehzucht. In ihren Köpfen setzte sich der Glaube an eine Nogelfreiheit des Großgrundbesitzes fest; das führte zu einer blindwütigen Zerstörung fast alles dessen, was der Bauer nicht selbst bewirtschaften oder gebrauchen oder in Geld verwandeln konnte. Immerhin sind in der Ukraine noch große Bestände Getreide vorhanden. Nur die Frage, sie für uns nutzbringend zu gestalten, harret noch der geeigneten Lösung. Die Frage der zukünftigen Feldbestellung, die nicht weniger wichtig ist, hat Feldmarschall Eberhard inzwischen durch die Verordnung gelöst, daß demjenigen die Ernte gehören soll, der das Land besät; ihm soll später auch das Getreide abgekauft werden. So sorgt deutsche Energie für das Wiedererstehen der landwirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Ukraine, gewiß im Interesse unserer Versorgung, ebenso indes auch zum Vorteil des teilweise verwilderten Landes selbst; und die ukrainische Regierung ist entschlossen, unbeschadet der Wahrung des Wohles der Kleinbesitzer, den Großgrundbesitz soweit zu schützen, als es zur Erhaltung seiner wirtschaftlichen Kraft notwendig erscheint. Doch darüber hinaus bleibt noch genug zu tun übrig. Die Regelung der Transportmöglichkeiten erfordert viel Arbeit und Umsicht, nicht geringere die Preisfestsetzung für das, was wir dorthin beziehen und dorthin verschicken können. Die Fruchtfrage spielt dabei eine große Rolle, in gewissem Sinne zum Nachteil unseres Exports, der in der Hauptsache auf die Bahnwege angewiesen ist, während den ukrainischen Massenartikeln der Donauweg offen steht. Wir müßten im Laufe der Zeit Weizen und Zucker, Geflügel, Eier, Tabak, Kohle, Erze und Salz von dort beziehen können, wogegen wir mit der Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, von Eisenwaren und allen andern Industrieerzeugnissen Segen zu stiften vermögen.

Als eine willkommenes Ergänzung des ukrainischen Friedens zuzunehmen ist der rumänische anzusehen. Vielleicht ist dieser für uns noch rascher als jener nutzbringend zu gestalten, weil hier die Verhältnisse nicht solcher Verwirrung wie dort erbeimgefallen waren. Rumänien steht als Weltverächter von Meis an erster Stelle; seine Weizenproduktion und -ausfuhr bleibt nur hinter den Leistungen der allergrößten Anbauländer dieser Getreideart zurück. Dazu kommen als für uns wichtige Ausfuhrgegenstände dieses Balkanstaates Petroleum, Gemüse, Früchte und Holz. In der Tat war Deutschland, wenn man den Durchgangsverkehr durch die an uns grenzenden Länder in Betracht zieht, schon vor dem Kriege der beste Abnehmer für Rumäniens Hauptausfuhrwaren. Und im Kriege hat, nach der Niederwerfung des treubruchigen Landes, unter deutscher Leitung eine außerordentliche Ausdehnung des Anbaues von Oelbäumen, sowie eine Ausnutzung seiner Produktionsfähigkeit an Obst, Gemüse und Fischen für die Versorgung unserer im Osten stehenden Heere stattgefunden. Was in dieser Beziehung geschaffen worden ist, hat über den Krieg hinaus bleibenden Wert.

Zu den Abmachungen, denen sich eine weittragende Bedeutung innewohnt, gehört auch die künftige Gestaltung des Donauverkehrs, die schon jetzt im Friedensvertrage geregelt ist. Für Deutschland und Österreich-Ungarn ist nunmehr der Donauweg bis zum Schwarzen Meere frei von den Beschränkungen geworden, denen der Handel der Mittelmächte früher ausgesetzt war. „Die Donau den Uferstaaten!“, dieser Grundsatz ist jetzt zur Tatsache geworden. Mit dem Einflusse Englands, Frankreichs und Italiens, der sich oft genug störend bemerkbar gemacht hatte, ist jetzt aufgeräumt worden. Der Verkehr an der unteren Donau, von Braila abwärts, wird der Aufsicht der künftig nur aus Vertretern der Uferstaaten zusammengesetzten „Donaumündungskommission“ vorbehalten; ihr werden auch Bevollmächtigte der Staaten angehören, die an der europäischen Küste des Schwarzen Meeres liegen.

Wie sehr bei den Bukarester Friedensverhandlungen gerade auch auf die Sicherung der Zukunft Gewicht gelegt wurde, beweisen im übrigen die Petroleumverträge, in denen es ein äußerst kniffliges Gebiet zu regeln galt. Daß sich das Oberkommando des Besatzungsheeres für die Dauer des Krieges im Westen dieselbe Machtvollkommenheit wie bisher in bezug auf alles, was mit der Erzeugung, der Verarbeitung und der Bewegung des Rohöls zusammenhängt, sicherte, war eine selbstverständliche Vorsorge. Doch auch für die Zeit nach dem allgemeinen Friedensschluß war die Richtschnur zu beachten, daß Deutschland einen ausschlaggebenden Einfluß auf das rumänische Erdöl und die aus ihm gewonnenen Erzeugnisse behält; andernfalls wäre es möglich gewesen, daß unsere Feinde sich entweder unmittelbar in der rumänischen Petroleumindustrie festgesetzt oder aber durch Aufkaufen der Ware mittelbar die Versorgung der Mittelmächte mit diesen wichtigen Produkten unterbunden hätten. Das Abkommen mit Rumänien gewährleistet uns nicht allein Schutz gegen solche Pläne der Entente, sondern es macht uns auch von der früheren bestimmten Herrschaft der Importeure von Uebersee her frei. Durch Zwangsaufschließung der bisher von der rumänischen Regierung zurückbehaltenen Staatsländereien und durch ein Handelsmonopol, welches das Rohöl aufkauft, von den Raffinieren verarbeitet läßt und dann die fertigen Erzeugnisse verkauft, wird in großzügiger, weit vorausschauender Weise eine den Mittelmächten ebenso wie der rumänischen Wirtschaft vorteilhafte Organisation geschaffen werden. Das Monopol würde allerdings erst frühestens mit dem 1. März 1919 Geltung erlangen, und auch dann nur für den Fall, daß bis zum 1. Dezember 1918 weitere Verhandlungen Rumäniens mit Deutschland und

Oesterreich darüber, wie es seinen Oelüberschuß den Mittelmächten zur Verfügung stellen will, nicht zum Ziele geführt haben. Dagegen tritt die Verpachtung der Staatsländereien alsbald in Kraft, und zwar an eine nach deutschem Rechte zu gründende „Oelländereien Pacht G. m. b. H.“, in der sich die deutsche Regierung die dauernde Herrschaft durch Uebernahme des zehnten Teils des ganzen Kapitals in Gestalt von 6prozentigen kumulativen Vorzugsaktien mit fünfzigjährigem Stimmrecht gesichert hat; alle übrigen Anteile, also neun Zehntel des Kapitals, sind gewöhnliche Stammaktien mit je einer Stimme, von denen Deutschland die Hälfte übernimmt. Rumänien hat überdies die von unserer Militärverwaltung vorgenommene Verpachtung gewisser Staatsländereien sowie die Veräußerung feindlicher liquidierter Oelunternehmungen an deutsche Gruppen bestätigt. Die ohnehin bedeutenden deutschen finanziellen Interessen an der rumänischen Petroleumindustrie werden also durch die Abmachungen erheblich verstärkt und zugleich werden allerhand Sicherungen dafür geschaffen, daß der nach Kräften zu steigende Oelüberschuß des Landes uns zugutekommen kann.

Das sind greifbare Errungenschaften, die umso höher zu veranschlagen sind, als sie das krasse Gegenteil von dem darstellen, was den Feinden beim Hineinzerren Rumäniens in den Krieg gegen uns vorschwebte. Die Zerstörungswut, welche die Engländer gegenüber den rumänischen Erdölunternehmen betätigten, zeigte deutlich, wie sehr es ihnen darum zu tun war, Rumäniens wirtschaftliche Leistungsfähigkeit auf den Nullpunkt zu drücken und es unfähig zu irgend einer Hilfsleistung für uns zu machen. Gerade dieses Vorgehen, das die rumänischen Wirtschaftsinteressen in brutalster Weise schädigte, hat uns nur ein desto größeres Recht dazu gegeben, uns der von deutschen Händen erst wieder aufgerichteten Petroleumindustrie für jetzt und später zu vergewissern.

Im übrigen sieht der deutsch-rumänische Friedensvertrag eine rumänischerseits zu leistende Entschädigung für jene Zerstörungen vor. Es sind „den Deutschen alle Schäden zu ersetzen, die ihnen auf rumänischem Gebiete durch militärische Maßnahmen einer der kriegführenden Mächte entstanden sind“. Im besonderen wird hervorgehoben, daß diese Bestimmung auch Anwendung auf Schäden findet, die Deutsche als Teilhaber, namentlich auch als Aktionäre der auf rumänischem Gebiete befindlichen Unternehmungen erlitten haben. Es kommen da bedeutende Beträge in Frage. Die Gruppe der großen Erdölgesellschaft Steana Romana schätzt die ihr entstandenen Einbußen auf 100 Millionen Lei, der Konzern der Deutschen Erdöl-Akt-Ges. wird ebenfalls viele Millionen Forderungen geltend zu machen haben. Zunächst handelt es sich nun darum, festzustellen, welche Aktien der in Rumänien befindlichen Unternehmen sich im deutschen Eigentum befinden. Zu diesem Zwecke sind die deutschen Aktionäre aufgefordert worden, ihre Aktien bis zum 17. Mai bei einer Reichsbankanstalt zu hinterlegen. Die Feststellung der Schäden soll von einer Kommission vorgenommen werden, die zu je einem Drittel aus Vertretern Deutschlands und Rumäniens und aus neutralen Mitgliedern gebildet wird.

Eine billige Erledigung dieser Ansprüche der deutschen Aktionäre erscheint danach gesichert. Ebenso kommen nunmehr die deutschen Besitzer rumänischer Staatspapiere zu ihrem Rechte. Es ist vereinbart worden, daß „jeder vertragsschließende Teil sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrages die Bezahlung seiner Verbindlichkeiten, insbesondere den öffentlichen Schuldendienst, gegenüber den Angehörigen des anderen Teiles wieder aufzunehmen hat; die vor der Ratifikation fällig gewordenen Verpflichtungen werden binnen drei Monaten nach ihr bezahlt werden“. Die Besitzer rumänischer Staatsanleihen haben darum ihre Stücke (ebenfalls bis zum 17. Mai) bei der Reichsbank einzureichen, damit sie in das amtliche Verzeichnis als berechtigt zum Empfang der ihnen zustehenden Zahlungen eingetragen werden können. Gleichzeitig sind die vor dem 7. Mai fällig gewordenen Zinsscheine und Stücke von rumänischen Anleihen einer der deutschen Zahlstellen für rumänische Zinsscheine zu überreichen.

Die Summen, die der deutschen Kapitalistenwelt aus diesem Besitz zufließen werden, sind sehr beträchtliche. Sie kommen (gleich den Einkünften aus unserem in ähnlicher Weise geschützten russischen Besitz) einmal unserer Zahlungsbilanz im internationalen Verkehr zustatten und erleichtern uns somit den Bezug fremder Waren, wie sie ferner die schon ohnedies bei uns bestehende Geldknappheit fördern, die ihren bedrücktesten Ausdruck soeben in dem erstaunlich glatten Eingang von bislang 15,56 Milliarden Mark Einzahlungen auf die achte Kriegsanleihe gefunden hat.

Zu wünschen bleibt nur, daß das unbeschäftigte Geld sich stets seiner vornehmsten Pflicht bewußt bleibt, der nämlich, daß es sich jetzt in erster Linie der Kriegsfinanzierung zur Verfügung zu stellen hat. Mancherlei Vorgänge am Aktienmarkt lassen erkennen, daß das Verständnis für diese vaterländische Forderung nicht überall in genügendem Maße besteht. Es wird durch die Sucht nach raschen Gewinnen an Dividendenpapieren leider häufig verdunkelt. Kurstreibereien an der Börse kommen jetzt einer Verschwendung des nationalen Vermögens gleich. Sie gehören nicht in eine Zeit, in der alle Kräfte des Reichs zusammengefaßt werden müssen, um in nicht mehr zu langer Zeit im Westen dasselbe zu erringen, was wir uns im Osten erkämpft haben, einen Frieden, der uns zu unserem guten Rechte verhilft und zu Entschädigungen für alle Unbill, die uns eine sich unüberwindlich wählende und darum übermütige Schaar von Feinden ungestraft zufügen zu können glaubte.

Montags-Ausgabe

13. Mai 1918

Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

täglich 3 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 50 Pf. die Zeile, Teuerungsgeld 60 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Berlin SW 63, Kochstr. 23-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

2-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

und bei Mailly.

Der Vertrag von Bukarest.

Von

Georg Bernhard.

Am 5. März wurde im Schloß Buztea bei Bukarest zwischen den Vertretern der Vierbündmächte und den rumänischen Bevollmächtigten der Vorfriedensvertrag unterzeichnet, der bereits in den Grundzügen die wichtigsten Bedingungen enthielt, die für den endgültigen Friedensschluß Geltung haben sollten. Die Unterzeichnung erfolgte nachmittags 7 Uhr, nachdem der am 9. Dezember 1917 in Focşani abgeschlossene Waffenstillstandsvertrag am 2. März gekündigt worden war. Ohne die Unterzeichnung des Vertrages wären noch am 5. März die Kriegshandlungen von der Obersten Heeresleitung wieder aufgenommen worden, und der unerschütterliche Wille, die Feindseligkeiten pünktlich wieder zu eröffnen, der von den deutschen Heerführern verschiedentlich energisch zum Ausdruck gebracht worden war, hat wohl nicht wenig dazu beigetragen, die rechtzeitige Fertigstellung des Vorfriedensvertrages und die Annahme der Bedingungen durch Rumänien herbeizuführen.

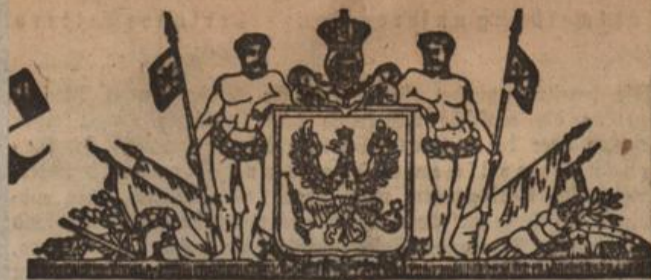
Zwischen dem Abschluß des Vorvertrages von Buztea und der Unterzeichnung des endgültigen „Friedens von Bukarest“ im Schloße Cotroceni liegen fast genau zwei Monate. Man war ursprünglich der Hoffnung, daß nur wenige Wochen Verhandeln genügen würden, um die endgültigen Abmachungen auszuarbeiten. Daß die Verhandlungen sich schließlich bis zum 7. Mai hinstreckten, hatte mancherlei Ursachen. Nicht zuletzt war daran die Schwierigkeit der Einigung unter den Bündesgenossen, namentlich in der Dobrußa-Frage, Schuld, insbesondere der Gegensatz, der zwischen den türkischen und den bulgarischen Wünschen zutage trat. Daneben boten sich in den wirtschaftlichen Fragen manche Schwierigkeiten. Es wäre trotzdem vielleicht möglich gewesen, so etwas wie einen politischen Hauptvertrag schon vorher zustande zu bringen, aber man wollte anscheinend auch die Nebenverträge erst völlig gesichert wissen, bevor man durch die Unterschrift den Rumänen den wirklichen Friedenszustand verbriefte.

Die Unterhändler der Mittelmächte haben also, rein zeitlich genommen, zweifellos eine mühevollen und anstrengenden Arbeit in Bukarest geleistet. Und man soll insbesondere denen, die jene mühevollen Verhandlungen über die juristischen und wirtschaftlichen Einzelheiten, und auch denjenigen, die das nicht immer leichte Amt der tatkraftvollen Vermittlung zwischen den oft weit auseinander gehenden Interessen und Wünschen der Waffengeführten geführt haben, die Anerkennung nicht vorenthalten.

Es ist nur natürlich, daß diesem Dank eine gewisse amtliche Form gegeben werden mußte. Das Danktelegramm des Kaisers an den Reichskanzler und an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt und die damit zusammenhängenden Ordensverleihungen sind als etwas Selbstverständliches betrachtet worden, und ihr Ausbleiben hätte zu allen möglichen Deutungen führen müssen. Allein einiges Befremden hat es in der deutschen Öffentlichkeit doch erregt, daß bei der Rückkehr des Staatssekretärs aus Bukarest am Bahnhof ein Empfang großen Stiles stattgefunden hat, bei dem der Reichskanzler selbst und außerdem drei Staatssekretäre und eine ganze Reihe hoher Würdenträger zugegen gewesen sind. Der Kaiser hat diesmal in sehr feiner Weise das Empfinden des deutschen Volkes getroffen; als er aus Anlaß des Bukarester Friedens ein besonders warm gehaltenes Telegramm an den Feldmarschall Hindenburg richtete. Denn auf sämtlichen östlichen Kriegsschauplätzen ist die Voraussetzung der Friedensverträge einzig und allein durch die deutschen Heere und ihre Führer geschaffen worden. Die Herbeiführung der Friedensschlüsse ist ohne diplomatisches Zutun erfolgt. Diese Feststellung soll keinerlei Bismarck enthalten, sondern eben lediglich eine solche Feststellung sein. Aber aus der Erkenntnis dieses Tatstandes hätten auch die politischen Behörden gewisse Folgerungen ziehen müssen. Der politische Beamte, der die Friedensunterhandlungen in Bukarest für das Deutsche Reich leitete und zum Abschluß brachte, hätte nicht wie ein Steger bei seiner Ankunft empfangen werden dürfen. Der Monsieur, der für jene Vor-

Berlin

Dienstag, 14. Mai 1918



1794

Zeitung

Die Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

an Sonn- und Festtagen
Beilagen und Rubriken:
Für Reise und Wanderung,
meine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder vierteljährlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Teuerungs-
zuschlag 80 %/o, Stellengesuchs 60 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Verwaltung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800,
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Form den Bestand der Monarchie gesichert hat, und in der Ueberzeugung, daß in seiner künftigen Form ebenfalls die volle Bürgerschaft für die dauernde Sicherheit enthalten sein wird. Bei der jetzt in Aussicht genommenen Neugestaltung sind zwei Veltgedanken fest zu halten: Der erste besteht darin, daß auch das neue Bündnis, wenn auch im Inhalt von dem alten unterschieden, den Charakter wie dieses haben wird, nämlich, daß es dem Zweck der Sicherung gegen Angriffe von drei Seiten dienen soll. Der

zweite leitende Gedanke, der aus den Erfahrungen des Weltkrieges abgeleitet ist, besteht darin, daß das Bündnis nicht mehr gegen eine einzelne und bestimmte Macht der beiden Mittelmächte aufgestellt wird, da es sich ja gezeigt hat, daß die Mittelmächte gegen eine Vielzahl von Feinden anzukämpfen hatten, und daß es durchaus nicht feststeht, ob wir nicht auch in Zukunft wieder einmal einer vielgliedrigen Mächtekoalition gegenübergestellt werden könnten.

Der angebliche zweite Brief Kaiser Karls.

Drachmeldung der „Vossischen Zeitung“

hd Genf, 13. Mai.

Die Enthüllungen des Pariser Korrespondenten des „Manchester Guardian“ liegen jetzt in den in Genf eingetroffenen Blättern vom 8. Mai vor. Sie lauten:

„Es scheint, daß der zweite Brief des Kaisers von Österreich viel wichtiger ist als der erste. Der Kaiser erklärt, überzeugt zu sein, es werde ihm gelingen, Deutschland zum Frieden zu veranlassen, vorausgesetzt, daß die Gebietsansprüche der Alliierten sich auf Elsaß-Lothringen beschränken. Es würde selbstverständlich abgemacht werden, daß die besetzten Gebiete geräumt und die Unabhängigkeit und Souveränität Belgiens bedingungslos wieder hergestellt würden. Der Kaiser erklärt, er sei der Zustimmung Bulgariens bereits sicher. Er bittet, den vertraulichen Charakter des Briefwechsels zu respektieren und fügt hinzu, er sei dessen auch sicher, da er das Ehrenwort der französischen Regierung habe, die ihn nicht verraten werde.“

Im Laufe der Verhandlungen machte Poincaré den Vorschlag, daß Österreich Triest und das Trentino im Austausch gegen Schlessien an Italien abtrete. Kaiser Karl antwortete dem Präsidenten Poincaré, dieser Vereinbarung stehe von vornherein das Hindernis im Wege, daß Österreich Triest und das Trentino besetzt halte, Frankreich aber nicht Schlessien.

Das Schriftstück enthält auch die Erklärung einer hervorragenden österreichischen Persönlichkeit, in Deutschland werde auf das Bestreben der sozialistischen Minderheit sofort die Revolution ausbrechen im Falle Deutschland sich nicht zugänglich zeige und falls zwischen Österreich und den Alliierten ein Waffenstillstand abgeschlossen würde. Hierzu ist zu bemerken — so fährt der Korrespondent des „Manchester Guardian“ fort —, daß der im vergangenen August Briand gemachte Vorschlag die Zuversicht des Kaisers Karl zum Ausdruck bringt, es stehe in seiner Macht, Deutschland zum Friedensschlusse zu bringen. Nach der Angabe Briands enthielten diese Vorschläge die Abtretung Elsaß-Lothringens an Frankreich, Triests und des Trentino an Italien. Deutschland habe aber gewisse Kompensationen auf Kosten Rußlands verlangt.

Ribot und Painlevé, so heißt es in dem Bericht des „Manchester Guardian“ weiter, antworteten am 30. April auf die ihnen vom Untersuchungsausschusse der Kammerkommission für auswärtige Angelegenheiten gestellte Fragen. Die Grundlage ihrer Darstellung war: man habe wählen müssen zwischen der Ablehnung der österreichischen Vorschläge und dem Bruch mit Italien, und sie hielten sich für verpflichtet, die erste Alternative zu wählen. Ribot gibt zu, daß Lloyd George sich zur Ablehnung dieser ablehnenden Antwort, die Sonnino dringend verlangte, nur nach starkem Jögern verstand. Die dem Ausschusse vorgelegten Dokumente zeigen, daß Lloyd George mehrere Male auf die Bedeutung der österreichischen Vorschläge hinwies und betonte, es wäre doch zu wünschen, eine so günstige Gelegenheit zum Friedensschlusse nicht zu veräumen. Poincaré war jedoch entgegengekehrter Auffassung. Er widersetzte sich grundsätzlich jeder Friedensverhandlung, da er der Meinung war, der Krieg könne nur durch den vollständigen militärischen Sieg der Alliierten beendet werden. Im Ausschusse wurden sodann die Vorschläge des Kaisers Karl en bloc und diskussionslos zurückgewiesen.

Anscheinend war Albert Thomas das erste französische Kabinettsmitglied, das von den Vorschlägen des Kaisers Kenntnis hatte. Ribot erfuhr hiervon nach seiner Rückkehr aus Rußland nach Frankreich, d. h. im Juni 1917. Kein anderes Kabinettsmitglied außer Painlevé und Thomas wußte etwas davon, als Ribot Ende September demissionierte und Painlevé seine Nachfolge übernahm.

Was die Briand gemachten Vorschläge anbelangt, so hat Ribot vor der Ablehnung dieser Vorschläge nicht alle Alliierten befragt. Wie bei dem Brief Kaiser Karls, so holte er auch hier nur die Meinung der englischen und der italienischen Regierung ein. Die russische Regierung hat also zu der ablehnenden Antwort ihre Zustimmung nicht gegeben. Sie wurde von den Vorschlägen erst in Kenntnis gesetzt, nachdem sie abgelehnt worden waren. Gleichzeitig wurde Präsident Wilson davon benachrichtigt; es war zu spät, als daß seine Meinung irgendeinen Einfluß hätte haben können. Zu dieser Zeit war in Rußland noch Kerenski an der Macht, und es ist möglich, daß die Ablehnung der Friedensvorschläge durch Frankreich, Großbritannien und Italien, ohne daß

die übrigen Alliierten befragt worden wären, dazu beigetragen hat, seine Stellung unhaltbar zu machen. Die belgische und rumänische Regierung hatten indessen von den Vorschlägen an Briand Kenntnis. Einige waren der Meinung, Briand solle nach der Schweiz reisen, um sich dort mit dem im Namen Deutschlands auftretenden Baron v. Landen zu treffen. Die belgische Regierung kannte diese Vorschläge sogar noch vor Briand, denn diese Vorschläge waren durch Vermittlung eines belgischen Diplomaten an Briand gelangt.

Es scheint durchaus sicher, heißt es im „Manchester Guardian“ zum Schluß, daß Clemenceau die Erlaubnis der Alliierten zur Veröffentlichung des Briefes von Kaiser Karl nicht eingeholt hat. Es liegt im Interesse der Alliierten, daß öffentlich erklärt wird, ob gute Gründe zur Ablehnung des Angebotes Kaiser Karls vorliegen. Die Weigerung, diese Gründe öffentlich bekanntzugeben, wird sicher als Beweis betrachtet werden, daß sie schlecht waren. Die kürzlich gehaltene Rede Sonninos, in der er jede Diskussion ablehnte, und die Weigerung Bonar Saws, auf eine Anfrage über den Kaiserbrief zu antworten, werden als klarer Beweis hingestellt, daß die englische und italienische Regierung die Sache vertuschen wollten.

hd Genf, 13. Mai.

Den Mitteilungen des „Manchester Guardian“ über den angeblichen Inhalt des zweiten Briefes Kaiser Karls fügt die hier erscheinende Zeitung „La Feuille“ noch folgende Angaben hinzu:

Nachdem Kerenski im Mai 1917 die Regierung übernommen, schlug er den Alliierten die Einleitung von Friedensverhandlungen vor. Die übereinstimmende ablehnende Antwort der Entente-Regierungen lief bei der russischen Regierung Mitte Juni ein. In diesem Augenblicke waren Verhandlungen mit Österreich im Gange, aber Kerenski hatte davon keine Kenntnis, da die Existenz des Kaiser-Briefes den vorherigen beiden provisorischen russischen Regierungen verheimlicht worden war.

Im Mai kamen die französischen sozialistischen Abgeordneten Moutet und Cahin aus Petersburg zurück, vollkommen zu dem Gedanken einer internationalen sozialistischen Konferenz bekehrt. Auf Grund ihrer eindringlichen Vorstellungen nahm der Landeskongreß der französischen sozialistischen Partei die russische Einladung nach Stockholm einstimmig an. Ribot erklärte sich zunächst bereit, die Pässe nach Stockholm auszuhandigen, verweigerte sie später aber, beeinflusst durch die heftige Opposition des Senats, die von Clemenceau und einigen Kabinettsmitgliedern eiletet wurde. Am 5. Juni kündete Ribot in der Kammer seinen Beschluß an, die Pässe für die Konferenz zu verweigern, und erhielt die Zustimmung einer starken Mehrheit.

Auch die ursprüngliche Stellung Lloyd Georges war der Stockholmer Konferenz günstig. Diese Haltung war wahrscheinlich zum größten Teil auf den Brief Kaiser Karls zurückzuführen. Es liegt Grund zur Annahme vor, daß er den ersten Wunsch hatte, zu einer Verständigung mit Österreich zu gelangen, und daß er sich der Bedeutung des kaiserlichen Vorschlags klar bewußt war. Der erste Eindruck Ribots stand wahrscheinlich unter dem gleichen Einfluß. Hätte die Stockholmer Konferenz stattgefunden, so würde sie vermutlich einen viel größeren Dienst geleistet haben, als diejenige, die den Brief des Kaisers Karl nicht kannten, annehmen konnten. Gleich von Anfang an war, was Frankreich anbelangt, die Aktion Clemenceaus der Hauptfaktor des Widerstandes gegen die Konferenz. Es liegt aber auch Grund zu der Annahme vor, daß die kategorische Weigerung Poincarés und Sonninos auch Ribot und Lloyd George beeinflusst haben.

Das Wiener Korrespondenzbüro veröffentlicht die oben von unserem Genfer Korrespondenten gegebenen Enthüllungen des „Manchester Guardian“ in einem kürzeren Auszug, in dem namentlich die Stelle über den Baron von der Landen fehlt. Dazu bemerkt W. L. B.:

Die Neuorientierung im Bündnis mit dem Donauraum.

Die Wiederherstellung der Wahlrechtsvorlage der Regierung abgelehnt.

Die neuen Voraussetzungen des Bündnisses

Wien, 13. Mai. (Meldung des „Wiener t. l. Korresp.-Büros“.) Zu dem heutigen amtlichen Bericht über die Begegnung zwischen Kaiser Karl und Kaiser Wilhelm und den beiderseitigen Staatsmännern im deutschen Großhauptquartier veröffentlichten die Blätter von unterrichteter Seite folgende erläuternde Bemerkungen:

Der alte Zweibund war auf der Grundlage der Verteidigung, und zwar besonders gegen Rußland aufgebaut. Die Entwicklung im Weltkrieg hat die Vorbedingungen dieses Bündnisses als solche nicht erschüttert, sondern im Gegenteil bekräftigt. Wir sind die Angegriffenen und müssen uns gegen eine ganze Welt von Angreifern verteidigen. Wir müssen also an dem Defensivbündnis festhalten und für einen Ausbau und eine Vertiefung dieses Bündnisses, das für alle Zeiten den Charakter des Verteidigungsbündnisses beibehalten wird, nur andere Vorbedingungen schaffen. Denn Rußland als eigentlicher bedrohender Faktor der Mittelmächte hat auf lange Zeit hinaus aufgehört, für uns eine Gefahr zu bedeuten. Dagegen droht uns die ganze Welt von anderen Feinden mit Vernichtung. Unsere Verteidigung muß sich dieser Lage anpassen und auch andere Angriffsmöglichkeiten als die Rußlands allein ins Auge fassen. Dieses Verteidigungsbündnis hat im Rahmen des Völkerbundes, wie ihn die Entente angeblich anstrebt, vollen Platz. Der Völkerbund will Schutz gegen künftige Kriege. Der Zweibund will nichts anderes als sich gleichfalls gegen künftige Kriege schützen; sein Grundgedanke ist derselbe wie der des Völkerbundes. Es ist klar, daß bei der Erneuerung der Bündniserneuerung auch eine Reihe von Fragen politischer, militärischer und wirtschaftlicher Natur, die im engeren Zusammenhang hiermit stehen, besprochen werden mußten.

Aus der Wiener Depesche geht deutlich hervor, daß dieser Mißstand beseitigt werden soll, wobei die Feindschaft also jenen hochpolitischen Charakter getragen, der ihnen von Wien aus bei Bekanntwerden der in Aussicht stehenden Reise zugemessen wurde. Was Kaiser Karl nach der Affäre mit Clemenceau an Kaiser Wilhelm telegraphierte: „Gemeinsam werden wir den ehrenvollen Frieden erzwingen“, hat jetzt äußerlich seine Bestätigung gefunden durch den Beschluß im Großen Hauptquartier, daß eine „Vertiefung“ des Bündnisses Platz greifen solle. Wenn demnach die französischen Blätter nach der Kaiserbrief-Affäre und nach der Art, wie Clemenceau persönlich den Kaiser Karl angriff, besorgt äußerten, der Ministerpräsident habe sich zu weit vorgewagt, mit der Empfindlichkeit in Wien nicht gerechnet, Clemenceau sei zu sehr als Polemiker statt als Politiker und Diplomat in seiner Auseinandersetzung mit dem Monarchen hervorgetreten, so werden die französischen Zeitungen jetzt nach der Besprechung alle Ursache haben, Herrn Clemenceau anzulügen und ihm vorzuwerfen, daß er den Kaiser an das deutsche Bündnis fester denn je geknüpft habe. Noch in den Tagen vor der Reise orakelte die feindliche und namentlich die französische Presse, welchen Zweck wohl die Reise haben solle, und es kam die verdeckte Hoffnung zum Ausdruck, der Kaiser möge auf seiner Friedenspolitik bestehen bleiben, was man als Zeichen dafür auslegen kann, wie sehr sie der Entente Vorteile brachte. Zweifellos ist in der Friedenspolitik Kaiser Karls durch die Reise keine Veränderung eingetreten, der zum Grafen ernannte Baron Burian versicherte neulich noch, daß Oesterreich-Ungarn „auf der Friedenslauer“ liege, aber das, was durch die Friedenspolitik des jungen Kaisers für uns schädlich wirkte, nämlich die Aufrechterhaltung des Glaubens im feindlichen Ausland, Oesterreich-Ungarn sei für den Sonderfrieden reif und werde in logischer Fortsetzung seiner Politik eines Tages zum Sonderfrieden bereit sein. — Diese Hoffnung muß jetzt verschwinden, und daraus kann natürlich unsere Politik nur Vorteile haben. Wie nachteilig uns die bisherige entgegengesetzte Auffassung der Gegner gewesen ist, wie sehr man glaubte, Oesterreich-Ungarn von Berlin trennen zu können, ist hinreichend bekannt, und darüber hat Marcel Cachin neulich in der „Humanité“ bezeichnende Angaben gemacht, als er während der Briefaffäre schrieb:

Noch vor wenigen Tagen versuchte nach dem Scheitern der Mission Smuts eine englische Persönlichkeit von starker Bedeutung, Herr Kerr, ein besonderer Vertrauter Lloyd Georges, die zerrissenen Fäden der Unterhaltung wieder zu knüpfen. Auch die belgische Regierung ist in Beziehungen zu Kaiser Karl und

(W. Z. B.) Großes Hauptquartier, 14. Mai. Westlicher Kriegsschauplatz.

An den Kampffronten ließ die in den frühen Morgenstunden gesteigerte Feuertätigkeit im Laufe des Vormittages nach. Am Abend lebte sie wieder vielfach auf. Nach heftiger Feuerwirkung nördlich vom La-Bassée-Kanal versuchten die Engländer am Abend starke Teilangriffe gegen unsere Stellungen nördlich und südlich von Givenchy. Sie wurden verlustreich zurückgeschlagen.

Die Erkundungstätigkeit blieb rege. Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

seinen Abgesandten getreten. Und schließlich haben auch wir selbst Verhandlungen angebahnt; wir haben Annäherungen versucht; wir haben Vorbereitungen eingeleitet; wir haben zunächst vorgefühlt und dann unsere Nachforschungen weitergetrieben; zwischen Madrid und Paris haben wir Beziehungen an, und unsere Agenten in Spanien helfen durch Zwischenträger die augenscheinlichen guten Absichten des Kaisers Karl fördern.“

Solchen Versuchen ist nun der Boden entzogen und das kann man nur freudig begrüßen und wünschen, daß gerade weil Wien in der Politik ein heißer Boden ist, alles unterbleibt, was die Gegner in Zukunft nochmals mit neuen Hoffnungen erfüllen könnte. So lächerlich es erscheint, aber man muß nun einmal mit der geistigen Verfassung der Franzosen rechnen, die in kindlicher Verblendung Volkentumadspolitik treiben, anstatt mit beiden Beinen auf realem Boden zu stehen. Wir hören nun aus Wien, daß die Grundlage des vertieften Bündnisses die alte bleiben wird insofern, als der Defensivcharakter gewahrt werden soll; es soll sich eingliedern in den etwa zu schaffenden Völkerbund, aber es soll der veränderten Sachlage Rechnung tragen. Italien ist vom Dreibunde abgesprungen, Rußland ist nicht mehr der alleinige Feind, sondern wir stehen vor einer Koalition, die auch nach dem Kriege uns zu schaffen machen wird. Schon Fürst Bismarck hat auf die Schwächen des Bündnisses hingewiesen gehabt, als er einmal ausführte: „Der Vertrag, den wir mit Oesterreich zu gemeinsamer Abwehr eines russischen Angriffs geschlossen haben, ist publici juris. Ein analoger Defensivvertrag zwischen beiden Mächten gegenüber Frankreich ist nicht bekannt. Das deutsch-österreichische Bündnis enthält gegen einen französischen Krieg, von dem Deutschland in erster Linie bedroht ist, nicht dieselbe Deckung wie gegen einen russischen... Der Beistand Oesterreichs ist für uns gegen Rußland leichter zu haben als gegen Frankreich, nachdem die Fraktionen dieser beiden Mächte in dem von ihnen umworbenen Italien in der alten Form nicht mehr existieren. Für ein monarchisches und katholisch gesinntes Frankreich, wenn ein solches wieder erstanden, wäre die Hoffnung nicht erloschen, ähnliche Beziehungen zu Oesterreich wieder zu gewinnen, wie sie während des Siebenjährigen Krieges und auf dem Wiener Kongreß vor der Rückkehr Napoleons von Elba bestanden, in der polnischen Frage 1863 drohten, im Krimkrieg und zur Zeit des Grafen Beust von 1866 bis 1870 in Salzburg und Wien Aussicht auf Verwirklichung hatten. Bei etwaiger Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich würde die durch die italienische Rivalität nicht mehr abgeschwächte gegenseitige Anziehung der beiden katholischen Großmächte unternehmende Politiker in Versuchung führen können, mit der Wiederbelebung derselben zu experimentieren.“

Aus der Wiener Depesche geht auch deutlich hervor, daß dieser Mißstand beseitigt werden soll, wobei die Feindschaft Englands in Berücksichtigung gezogen werden dürfte, wenn gesagt ist: es müsse dem Umstände Rechnung getragen werden, daß die ganze Welt uns mit Vernichtung drohe. Daß ein Bündnis, das Sicherungen schafft, das politisch Oesterreich-Ungarn fest und unverrückbar an unsere Seite stellt, das vor allem auch die militärische Seite der Angelegenheit regelt — es dürfte eine Militärkonvention geschlossen werden, die bisher nicht bestanden hat — das wirtschaftlich die Grundlage zu einem Mitteleuropa bildet und das ganze Abkommen zu einem öffentlichen Staatsvertrag ausgestaltet, an Bedeutung außerordentlich gewinnt, ist naturgemäß, und so wäre es an sich begreiflich, daß unter diesen Umständen verschiedene politische Wünsche Oesterreich-Ungarns, so die polnische Frage, in österreichischem Sinne ihrer Erfüllung entgegengehen, weil verschiedene Bedenken, namentlich nach der militärischen Seite hin, unter diesen veränderten Ver-

hältnissen vielleicht in den Hintergrund treten würden. Ob diese Lösung der polnischen Frage in diesem Sinne erfolgt ist, muß zunächst, trotz der Wiener Versicherungen, noch abgewartet werden, auch ob man sich vom deutschen Standpunkt aus damit befreunden kann oder nicht. Es ist anzunehmen, daß die Parlamente reichlich Gelegenheit haben werden, sich mit den Abmachungen zu beschäftigen. Bis dahin und bis zur Veröffentlichung des Vertrages wird man eitel Freude unterdrücken können, wenn auch darüber Befriedigung herrschen wird, daß die Grundlage des Bündnisses erweitert werden soll. Wenn der „Vorwärts“ meint, das Bündnis sei in Oesterreich-Ungarn „herzlich unpopulär“ und man könne auf die Stellung des Wiener Parlaments gespannt sein, so ist dazu allerdings zu bemerken, daß zweifellos die Wiener Regierung dem Parlament keine erhebliche Vorteile hätte. Schon die austropolnische Lösung wäre für die Donau-Monarchie ein ganz außerordentlicher Kriegsgewinn, für den sich übrigens Burian immer sehr lebhaft, im Gegensatz zu Czernin, eingesetzt hat. Die Unpopularität des Bündnisses, die der „Vorwärts“ in unserer „alldeutsch-reaktionären Politik“ erblickt, wäre künstlich durch schwere Fehler der beiderseitigen Regierungen und durch die Heftigkeit der Sozialdemokratie in Deutschland und Oesterreich sowie der Slawen erzielt worden; sie auf unsere reaktionäre Politik zurückzuführen, ist unzulässig, weil man von reaktionärer Politik bei uns im Verhältnis zu mancherlei Dingen, die jenseits der Grenze geschehen, nicht gut sprechen kann. Im übrigen haben gerade die letzten Wochen nach der Briefaffäre bewiesen, wie populär der Bündnisgedanke in Oesterreich ist, daß man bestürzt war dem Gedanken, es könnte eine Aenderung eintreten. Wenn sich Oesterreich-Ungarn und Deutschland nach den Kriegsergebnissen nur noch enger zusammenschließen, so geschieht es aus dem Bedürfnis heraus, daß dazu eine Notwendigkeit vorliegt, wenn das im Kriege Behauptete und Errungene erhalten werden und die Opfer, die zugunsten des Bündnisses gebracht sind, nicht umsonst gebracht sein sollen. Das ist doch für Bündnispolitik der leitende Gedanke; wer dabei innere Politik verquickt, der beweist, daß er die Welt nur vom Kirchturm aus betrachtet.

Erweiterung zum öffentlichen Staatsvertrag!

In einer Wiener Meldung der „B. Z.“ heißt es: Die offizielle Mitteilung aus dem deutschen Hauptquartier über den Ausbau und die Vertiefung des Zweibundes nach bereits vereinbarten Grundlinien hat hier großes Aufsehen erregt. Die Zwei-Kaiser-Zusammenkunft wächst dadurch in ihrer politischen Bedeutung weit über eine Freundschafts- und Bundesdemonstration hinaus. In bestunterrichteten politischen Kreisen hier werden bereits die Einzelheiten des vorbereiteten Ausbaues des Bündnisses mit großer Bestimmtheit ausgezählt und durchgesprochen.

Der bisherige Dreibundvertrag enthielt bekanntlich nur drei Artikel, in denen sich die Vertragsparteien im Kriegsfall wohlwollende Neutralität, im Falle eines unprovokierten Angriffes gegenseitige Hilfe mit der ganzen Waffenmacht zusicherten. Es war also nur ein diplomatischer Vertrag, dessen politischer Sinn gegenseitiger Schutz gegen die russische Expansion war. Das neue Bündnis wird darüber formell und inhaltlich weit hinausgehen. Es soll die ganzen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Beziehungen der beiden Reiche durch Geschäftsverträge festlegen; das Bündnis soll also pragmatifiziert werden.

Außenpolitisch soll das Bündnis seinen rein defensiven Charakter behalten, aber zum Schutzvertrag nach allen Richtungen (also nicht mehr bloß gegen Rußland) ausgestaltet werden. Die austro-polnische Frage soll bei dieser außenpolitischen Regelung eine Rolle spielen.

Militärisch sollen die gegenseitigen Vereinbarungen so verdichtet und vereinheitlicht werden, daß von einer Art Militärkonvention gesprochen werden kann.

Wirtschaftlich wird eine möglichst weitgehende Gemeinsamkeit angestrebt, die namentlich für die Ubergangswirtschaft unerlässlich ist. Wenn dabei auch alles vermieden werden soll, was eine wirtschaftskriegerische Spitze gegen die übrigen Handelsstaaten zu haben scheinen könnte, so liegt doch die vielerörterte Zollunion im Bereich der bereits skizzierten Pläne.

Ein grundlegender Unterschied wird nach bestimmten Versicherungen hier in der Form des neuen Bündnisses gegenüber dem alten zu verzeichnen sein. Es wird nicht bloß einer diplomatischen Geheimvertrag darstellen, sondern soll artikelmäßig in den Staatsgesetzen beider Reiche verankert werden.

Ministerpräsident Weyerle über Bündnisfrage und Kaiserbrief.

Im ungarischen Abgeordnetenhaus hat der beschränkte Nationalist Graf Karolgyi, dieser unsympathische Vertreter der Opposition um jeden Preis, durch eine Anfrage, die ganz die Prägung seiner gehässigen Art trägt, eine längere Erklärung des Ministerpräsidenten Weyerle über die Erneuerung des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisvertrages und über die Kaiserbriefangelegenheit herausgefordert. Graf Michael Karolgyi, dieser seltsame ungarische Patriot, ist ein gehässiger Gegner des Bündnisses mit Deutschland, das allein eben Ungarns Dasein gerettet und den Boden Arpads vom Einbruch der Todfeinde alles Ungartums, insbesondere des Radjarentums, befreit hat. Vorzüglich ist ihm der Gedanke an ein irgendwie mehr als schemenhaftes Gebilde Mitteleuropa der wahre Alpdruck. Mitteleuropa ist diesem seltsamen Schwärmer nichts weiter als ein großes Friedenshindernis. Für uns harmlose Reichsdeutsche, für die das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn außerhalb jeder Debatte steht, für die es von Heubrand bis Scheidemann eine Selbstverständlichkeit ist, um deretwillen wir unser Alles einsetzen, wie für unser eigenstes nationales Sein und Wesen, ist es immerhin lehrreich, bei solcher Gelegenheit einmal darauf aufmerksam gemacht zu werden, daß es nicht bloß am Wiener Franzensring, sondern auch im Osen-Pester Abgeordnetenhaus eine ganze Partei gibt, die in lärmenden Beifall ausbricht, wenn in dieser, dieser Zeit der Thersites Karolgyi es wagt, seinen Geiser zu spritzen gegen ein Bündnis, ohne das Ungarn heute nicht mehr wäre.

Der Ministerpräsident Dr. Weyerle hat auf die Eifereien und Geifereien Karolgyis mit bemerkenswerter Ruhe geantwortet. Das mag gegenüber einem solchen Angreifer sein Gutes haben. Aber wir können uns nicht vorstellen, daß ein ähnlicher Vorstoß im Deutschen Reichstag von dem Sprecher der Regierung ebenso ruhig wäre mehr hingegenommen als abgewehrt worden, daß „der Herr Abgeordnete“ und seine haklärnenden Freunde ebenso glimpflich wären behandelt worden.

Herr Weyerle hat sich darauf beschränkt, in sehr ruhiger Form festzustellen, was wir schon wußten; daß die Kaiserbesprechungen im Großen Hauptquartier das Bundesverhältnis „verlängert und vertieft“ haben. Er hat auf die amtliche Meldung verwiesen, die nach der Kaiserbegegnung veröffentlicht wurde. Aber sehr viel hat diese uns in der Tat nicht verraten. „Darin ist nichts enthalten,“ wurde Herrn Weyerle entgegengerufen und „Was ist Vertiefung?“ Herr Weyerle sagt uns, daß die Herrscher ihre Regierungen angewiesen haben, „in dieser Beziehung die Verhandlungen aufzunehmen“, daß aber über diese Anweisung hinaus noch keinerlei Vereinbarung zustande gekommen ist. Das ist wenigstens eine Eingrenzung der Gerücheträgererei, die dank der lärglichen amtlichen Benachrichtigung seit Tagen am Werk war. Wiener Blätter, die ernst genommen sein wollen, hatten schon Dinge erzählt, weit hinaus über das, was uns amtlich mitgeteilt war, ja, im geraden Widerspruch dazu. Wenn diese Dinge falsch waren, mußte das von unserer Seite mindestens umgehend festgestellt werden. Konnte man uns schon nicht mehr positives Wissen geben, so konnte man doch die Wiener Falschmeldungen auf alle Fälle sofort unschädlich machen. Wir wollen gern unsere Neugier zähmen. Aber dann erspare man der Oeffentlichkeit wenigstens die Beunruhigung, die entstehen muß, wenn von Wien aus Geschichten, die mit unseren amtlichen Mitteilungen auf keine Weise vereinbar sind, tagelang unwidersprochen in der Welt umhergetragen werden.

Von Kriegszielen will Herr Weyerle nicht sprechen, am wenigsten aus Anlaß einer Interpellation über Polen. Wir können bei der Gelegenheit nur wiederholen und unterstreichen, was wir schon gesagt haben, daß die austro-polnische Lösung zurzeit für abgetan gelten kann, daß man auch in wichtigen polnischen und in maßgebenden österreichischen Kreisen von ihr abgekommen ist und nach anderen Wegen sucht, um aus dem polnischen Gestrüpp herauszukommen.

Was Herr Weyerle endlich über die Kaiserbriefgeschichte sagt, knüpft eher neue Rätsel, als daß es alte löste. Es wird nachgerade unmöglich, sich da durchzufinden. Nach einer Wiener Lesart sollte nicht nur Graf Czernin, sondern auch Herr v. Kühnmann den Kaiserbrief gekannt und gebilligt haben. Eben stellt das „Wiener Fremdenblatt“ fest, daß Czernin wenigstens die Verhandlungen mit Gtuz gekannt habe. Hier in Berlin wird neuestens erzählt, Czernin habe seinerzeit erklärt, den Brief nicht gekannt zu haben; jetzt heiße es, er habe den Brief wohl ge-

16. V. 1918

Die Erneuerung des Bündnisses mit Deutschland.

Die Monarchenbegegnung im Hauptquartier.
Schilderung eines Augenzeugen.

Budapest, 15. Mai.

Von einem Augenzeugen der Monarchenbegegnung im deutschen Großen Hauptquartier am 12. Mai 1918 erhält Magyar Ludófitó nachstehende Schilderung der äußeren Vorgänge dieses denkwürdigen Tages:

König Karl kam um 9 Uhr vormittags im Standorte des Großen Hauptquartiers an. Im Bahnhof erwartete ihn Kaiser Wilhelm mit seinem persönlichen Gefolge. Die letzte Begegnung zwischen den verbündeten Monarchen hatte am 22. Februar stattgefunden. Seither haben die deutschen Armeen im Westen die Offensive aufgenommen, die zu so großen Erfolgen führte. Ein Zusammentreffen der verbündeten Herrscher im Operationsgebiete im Osten oder Süden war immer eindrucksvoll. Nach den weltgeschichtlichen Ereignissen der letzten Wochen, den Siegen im Westen und dem Frieden im Osten gewann die Begegnung an Bedeutung. Ihr waren ja neue Erfolge auf den Schlachtfeldern und am Beratungskische der Friedensunterhändler vorausgegangen.

Herzlich, wie immer, begrüßten einander die Monarchen. Seite an Seite schritten sie durch den Bahnhof auf den davor gelegenen Platz, wo König Karl die Front der ausgerückten Ehrenkompagnie abschritt. Eine prachtvolle Dekorierung. Dann ging es mit Automobilen in das für die Gäste bestimmte Haus. Ein Sprühregen fiel nieder, tief zogen leichte Nebelschleier. Im großen Salon des dem Kaiser und König zugebauten Quartiers erwarteten die höfischen und die militärischen Würdenträger sowie die Staatsmänner den erlauchtesten Gast ihres Herrschers, so Generalfeldmarschall v. Hindenburg, G. v. J. Ludendorff, Admiral Holzendorf, Generalleutnant v. Gräbenitz, die Generale v. Cramon, Partienwerfer und Estorff, Reichskanzler Graf Hertling, Staatssekretär Dr. v. Kühlmann, Botschafter Graf Welzel, Unterstaatssekretär v. Radewitz, Gesandter v. Bergen, Generaloberst v. Pleßsen, Generalleutnant v. Gontarp, Admiral v. Müller, General Freiherr Wirklicher Geheimrat v. Berg, Oberstallmeister v. Frankenberg, Hofmarschall Graf Platen, der Fürst v. Pleß und manche andere interessante Erscheinungen.

König Karl kam mit seinem ersten Obersthofmeister Grafen Hunyady, Minister des Außern Grafen Burian, dem Botschafter Prinzen Hohenlohe, dem Chef des Generalstabes Generalobersten Freiherrn v. Arz, Generaladjutanten FML. Freiherrn v. Klepisch. Jeder der

beiden Monarchen sprach längere Zeit mit den Ratgebern und Begleitern seines Verbündeten. Dann fuhr Kaiser Wilhelm in sein Quartier, während König Karl sich sofort anstrengender Arbeit hingab und Audienzen erteilte. Als erster wurde der kaiserlich deutsche Bevollmächtigte beim k. u. k. Oberkommando Generalmajor v. Cramon empfangen. Nun folgten Generalfeldmarschall v. Hindenburg und General der Infanterie Ludendorff. Um 11 Uhr kam Kaiser Wilhelm zu seinem Freunde und Verbündeten. Die beiden Herrscher verbrachten etwa mehr als eine Stunde in gemeinsamem Gedankenaustausch. Ehe es zum Frühstück ging, erstattete noch der Minister des Außern Graf Burian seinen Vortrag.

Das Frühstück fand im Quartier des Deutschen Kaisers statt. Zu Seiten unseres Königs hatten Reichskanzler Graf Hertling und Generalfeldmarschall Hindenburg Platz genommen. Zur Rechten des Kaisers Wilhelm saß Obersthofmeister Graf Hunyady, zu seiner Linken Minister des Außern Graf Burian. Ein längerer Cerce folgte dem Frühstück. Dann kehrte König Karl in seine Appartements zurück, in denen er die Vorträge seiner Räte entgegennahm. Eben weilte Graf Burian beim Monarchen, als Kaiser Wilhelm vor halb 6 Uhr nachmittags in den Salon seines Verbündeten eintrat. König Karl kam ihm aus dem Arbeitszimmer entgegen. Die beiden Monarchen nahmen nun dem Tee allein. Sie weilten über 1 1/2 Stunden beisammen. König Karl begleitete hierauf den Deutschen Kaiser bis zum Automobil. Unmittelbar darnach trat Reichskanzler Graf Hertling, nach ihm Staatssekretär v. Kühlmann in das Arbeitszimmer des Monarchen.

Indessen hatte Kaiser Wilhelm die Vorträge seiner Ratgeber gehört und die hohen österreichisch-ungarischen Funktionäre in besonderen Audienzen empfangen. Bei dem Reichskanzler pflogen die Diplomaten ihre Verhandlungen. Wiederholt beriet Generaloberst Freiherr v. Arz mit Generalfeldmarschall v. Hindenburg und G. v. J. Ludendorff.

Während Herr v. Kühlmann noch bei unserem Monarchen weilte, hatten sich im Salon Kaiser Wilhelms die Gäste zur Abendtafel versammelt. Sie hatten des Königs Karl und des kaiserlichen Hausherrn. Die militärischen und die politischen Führer zweier mächtigen Monarchien waren hier versammelt. Generalfeldmarschall v. Hindenburg gemahnt den Oesterreicher in manchem an das Bild, das er sich vom Grafen Radetzky gemacht hat. Ihre Volkstümlichkeit ist so gut vergleichbar wie ihre große Güte und Schlichtheit. Der Generalfeldmarschall, an dessen Namen sich die Erinnerung an gewaltige Siege und der Glaube an noch größeren Waffentaten knüpfen, spricht gerade mit jüngeren Offizieren der k. u. k. Armee. Seine Brust ziert neben dem Großkreuz des Militär-Maria-Theresien-Ordens und dem in Brillanten schimmernden Militärverdienstkreuz 1. Klasse das schlichte Eiserne Kreuz auf einem Grunde von glänzenden goldenen Strahlen, eine Dekoration, die vor ihm nur Blücher besessen hat. Unter dem Kragen werden der Pour le mérites mit Eichenlaub und das Großkreuz des Eisernen Kreuzes sichtbar. An kleinen Dekorationen trägt er die Große Militärsverdienstmedaille und das Militärverdienstkreuz 3. Klasse in Brillanten. Der Chef des Generalstabes des deutschen Feldeheeres hat die Uniform seines k. u. k. Infanterieregiments Nr. 69 angelegt. Er hat von einem ungarischen Rittmeister gehört, daß dieser viermal verwundet worden sei. Er befragt ihn nun über die Art der Verwundungen und die Affären, in denen er diese ehrenvollen Zeichen davongetragen hat. General der Infanterie Ludendorff spricht mit einem Diplomaten. Energische Armbewegungen, eine klassische Ruhe

Unterhaltung ist jetzt außerordentlich bewegt. König Karl spricht lange mit Hertling und Hindenburg. Der Deutsche Kaiser kehrt stets aufs neue zu seinem Freund und Verbündeten zurück. Ueber den Herrschern und ihren Begleitern liegt Freude über das gelungene Werk und eine starke Zuversicht in die Zukunft.

Die wirtschaftlichen Zusatzverträge mit Rumänien.

Die Reihe der wirtschaftlichen Zusatzverträge zum Bukarester Friedensvertrag wird nunmehr durch die Veröffentlichung der Eisenbahnkonvention zwischen Oesterreich und Rumänien, des Pachtvertrages über die Werke von Turn-Severin und des Uebereinkommens zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland in Anschauung dieses Pachtvertrages ergänzt.

Die Eisenbahnkonvention.

Die Eisenbahnkonvention zwischen Oesterreich und Rumänien zu dem österreichisch-ungarisch-rumänischen wirtschaftlichen Zusatzvertrag vom 7. d. enthält unter anderem folgende Bestimmungen:

Im Interesse der Erleichterung des Eisenbahnverkehrs sichern sich die vertragschließenden Teile zu, gegebenenfalls über die Herstellung neuer, den beiderseitigen Verkehrsbedürfnissen dienenden Eisenbahnanschlüsse in Verhandlung zu treten. Bei diesen Verhandlungen wird für den Fall der Erbauung einer Eisenbahnbrücke über die Donau auf der Stromstrecke zwischen Korabia und Giurgiu auch die Herstellung der Eisenbahnverbindung zwischen dem ungarischen Bahnhofs und dieser Brücke über den Notentwurf sowie die Ausgestaltung der Strecke Jassy-Pascani zu einer Hauptbahn ersten Ranges erörtert werden.

An Stelle der Konvention vom 26. Februar 1891 betreffend den Eisenbahnanschluß bei Suczawa-Nisany und Burdzeneni werden Oesterreich und Rumänien eine neue Anschlusskonvention schließen.

Der Betriebswechsel und Uebergangsbetrieb wird bei diesem Eisenbahnanschluß in der Station Nisany als gemeinschaftlicher Betriebswechsel- und Uebergangskation durch die k. k. österreichischen Staatsbahnen besorgt werden. Das Recht der Tariffestsetzung steht für die auf österreichischem Gebiet gelegenen Bahnstrecken bis zur Landesgrenze den k. k. österreichischen Staatsbahnen, für die auf rumänischem Gebiet gelegenen Bahnstrecken bis zur Landesgrenze den rumänischen Eisenbahnen zu. Soweit zwischen den beteiligten Eisenbahnverwaltungen keine andere Vereinbarung getroffen wird, werden die Tarife der Anschlussbahnen bis und von der Landesgrenze ohne Einrechnung einer Ueberfuhrgebühr gebildet.

Nach Artikel 12 des österreichisch-ungarisch-rumänischen rechtspolitischen Zusatzvertrages zum Friedensvertrag soll das im Eigentum eines vertragschließenden Teiles oder seiner Angehörigen stehende Eisenbahnmateriale, das sich bei Ausbruch des Krieges auf dem Gebiet des anderen Teiles befunden hat, unberührt zurückgegeben werden oder, soweit dies nicht möglich ist, in Geld ersetzt werden. Dieser Ersatz hat nach den gegenwärtigen Preisen für Beschaffungen in Oesterreich zu erfolgen. Hierbei können beschädigte Fahrzeugmittel zurückverlangt werden gegen Erlass der Wiederherstellungskosten auf obiger Grundlage.

Die aus dem Personen-, Gepäck- und Güterverkehr bis zum Ausbruch des Krieges sich ergebenden Zahlungsverpflichtungen einschließlich der Vergütungen für die gegenseitige Wagenbenützung auf Grund des Uebereinkommens über die gegenseitige Wagenbenützung im Bereich des Vereins Deutscher Eisenbahnverwaltungen sind nebst Zinsen, soweit sie in den in Betracht kommenden Abmachungen etwa vorgeesehen sind, anzuerkennen und längstens innerhalb von sechs Monaten nach Ratifikation des Friedensvertrages zu erfüllen.

Die Abfuhr der für das Gebiet des anderen vertragschließenden Teiles bestimmten Ausfuhrgüter nach den Donauhäfen, Seehäfen oder den Grenzüberpaßstationen soll beiderseitig durch regelmäßige Zugverbindungen tunlichst unter Bildung geschlossener Züge erleichtert werden.

Die österreichische Regierung erklärt sich bereit, die rumänischen Eisenbahnen bei Wiederaufbau ihres Betriebes, insbesondere durch Beistellung eigener Betriebsmittel der österreichischen Eisenbahnen für die Ausfuhr nach Oesterreich zu unterstützen, soweit dies die sonstige Inanspruchnahme des österreichischen Betriebsmittelparks zuläßt.

Diese Kommission tritt, soweit darin nichts anderes bestimmt ist, nach Austausch der Ratifikationen in Kraft. Zum Abschluß der darin vorbehaltenen weiteren Vereinbarungen werden tunlichst bald nach der Ratifikation Vertreter der Eisenbahnverwaltungen der vertragschließenden Teile an einem noch zu bestimmenden Ort zusammentreten.

Die Annuitäten der Lemberg—Ezernowitzer Bahn.

In einem Protokoll aus Anlaß der Paraphierung der Eisenbahnkonvention erklärt die rumänische Delegation, daß die rumänische Regierung unter Anerkennung ihrer aus dem Uebereinkommen vom 10./22. Januar 1889 sich ergebenden Verpflichtungen gegenüber der Lemberg—Ezernowitz—Jassy Eisenbahngesellschaft bereit ist, die seit dem 1./13. Oktober 1916 nicht bezahlten Raten der im Punkte 2 dieses Uebereinkommens vereinbarten Annuitätszahlung nebst 5 Prozent Zinsen im Sinne der Bestimmungen im Artikel 6 des österreichisch-ungarisch-rumänischen rechtspolitischen Zusatzvertrages zum Friedensvertrag längstens innerhalb dreier Monate nach der Ratifikation dieser Eisenbahnkonvention an die Lemberg—Ezernowitz—Jassy Eisenbahngesellschaft nachzahlen.

Pachtung der Werft von Turn-Severin.

Der Vertrag wegen Pachtung der Werft in Turn-Severin enthält folgende Bestimmungen:

In der Absicht, den berechtigten Wünschen Oesterreich-Ungarns, das einen Platz an der Donau unterhalb des Eisernen Tores für die Ausbesserung und Ausrüstung von Schiffen, für die Niederlegung von Materialien, von Borräten für dieselben sowie für sonstige dazu gehörige Einrichtungen besitzen muß, zu erfüllen, überläßt Rumänien vom Tage der Ratifizierung des Friedensvertrages an pachtweise, vorläufig auf 30 Jahre, an Oesterreich-Ungarn die Werft von Turn-Severin mit allen ihren Anlagen, das Donauufer und das vorliegende Gewässer, soweit es für Vertän- und Anlegeplätze in Betracht kommt, von der ungarisch-rumänischen Grenze bis einschließlich Gebiet der Werft, endlich das Hinterland dieser Donauuferstrecke bis zur Eisenbahn Orsova—Turn-Severin. Die Eisenbahn mit Gebäuden, Betriebs- und Gleisanlagen — jene der Werft ausgenommen — sind von der Pachtung ausgeschlossen.

Oesterreich-Ungarn verpflichtet sich, als Anerkennungspreis für diese pachtweise Ueberlassung jährlich den Betrag von 1000 Lei an Rumänien zu zahlen. Oesterreich-Ungarn übernimmt weiter die Verpflichtung, die von Rumänien gepachtete Werftanlage niemals an eine andere Macht weiter zu verpachten. Sollte später einmal Oesterreich-Ungarn die Werft samt allem, was dazu gehört, vor Ablauf der Pachtzeit an Rumänien zurückgeben, so steht es Rumänien frei, die Investitionen, die Oesterreich-Ungarn dort gemacht hat, abzulösen. Sollte Rumänien hiervon keinen Gebrauch machen, so hat Oesterreich-Ungarn das Recht, das gesamte, in die Werft eingebrachte Inventar und Material sowie die dort errichteten Anlagen zu entfernen. Das gleiche gilt für den Fall, daß der Pachtvertrag nach Ablauf der Pachtzeit von

Rumänien nicht verlängert werden sollte, was die rumänische Regierung Oesterreich-Ungarn spätestens drei Jahre vor dem Ablauf des Vertrages mitzuteilen hat, widrigenfalls der Vertrag für weitere zehn Jahre verlängert erscheint.

Oesterreich-Ungarn behält sich das Recht vor, unter den gleichen Bedingungen, die für die Pachtung des Werftgebietes gelten, die Inseln Simianu, Corbu und Ostrobu Mare ganz oder teilweise in Pacht zu nehmen. Die Exploitation der Bodenoberfläche der Inseln bleibt dem rumänischen Staat vorbehalten, soweit durch die Ausübung dieses Rechtes die Errichtung von Hafenanlagen und Anlegeplätzen durch Oesterreich-Ungarn nicht beeinträchtigt wird.

Die noch erforderlichen Einzelheiten dieser Pachtung werden in einer besonderen Vereinbarung festgesetzt, insbesondere auch was die genaue Abgrenzung des Pachtgebietes zwischen Werft und Bahnhof anlangt. Es besteht indes schon jetzt zwischen den vertragschließenden Teilen Einverständnis über nachstehende Punkte:

1. Auf dem Pachtgebiet werden seitens der rumänischen Militär- und Zivilorgane Amtshandlungen nur im Einverständnis mit der Werftverwaltung vorgenommen werden können.

2. Dem Frachten- und Personenverkehr der Werft mit den beiden Staaten der Monarchie wird rumänischerseits jede nur mögliche Erleichterung gewährt werden.

3. Rumänischerseits wird die zoll- und gebührenfreie Einfuhr sämtlicher für den Betrieb der Werft bestimmter Materialien und für das Zubehör eingeräumt. Die gleiche Freiheit gewährt Rumänien für die nach den beiden Staaten der Monarchie beförderten Erzeugnisse der Werft.

4. Die Werft sowie deren Angestellte sollen in Rumänien keinerlei Steuer unterworfen sein, die nicht schon zur Zeit des Abschlusses des Vertrages für rumänische Untertanen bestanden hat.

Der Vertrag tritt gleichzeitig mit dem Friedensvertrag in Kraft.

Vereinbarungen mit Deutschland über den Pachtvertrag.

Zwischen der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung wird unter anderem folgendes vereinbart:

Oesterreich-Ungarn wird spätestens vier Wochen nach Unterzeichnung des Friedens mit Rumänien dem Deutschen Reich oberhalb der Schiffswerft Turn-Severin, innerhalb des Pachtgebietes zwischen der Werft und der neuen österreichisch-ungarischen Grenze ein am Wasser liegendes Gelände (im Umfang der Oesterreich-Ungarn auf Grund des Pachtvertrages vom 7. d. zustehenden Rechte) zur Verfügung stellen, das die gleiche Größe besitzt, wie der jetzige deutsche Sonderbetrieb nach der Vereinbarung vom 10. September 1917 und das ebenso geeignet wie dieser für eine Werftanlage mit Aufschleppe ist.

Für die Aufgabe des deutschen Sonderbetriebes an jehiger Stelle wird Deutschland von Oesterreich-Ungarn in der Weise entschädigt werden, daß es von Oesterreich-Ungarn eine einmalige Abfindung von 350.000 Mark erhält.

Deutschland ist berechtigt, den Betrieb der neuen deutschen Werft, die ausschließlich der Schiffahrt dienen soll, einer Privatperson oder Gesellschaft zu übertragen. Der Bau selbst wird deutscherseits unter einer militärischen Oberleitung gestellt werden.

Die Uebergabe des neuen Geländes zur Bearbeitung erfolgt sofort. Die Uebergabe des jetzigen deutschen Sonderbetriebes erfolgt bis zur Fertigstellung dieser Werft, und zwar spätestens drei Jahre nach Wiederherstellung des allgemeinen Friedens zwischen den Großmächten.

Gelingt es Deutschland, den neuen Betrieb zu einem früheren Zeitpunkt fertigzustellen und in Betrieb zu bringen, so wird das Deutsche Reich den jetzigen Sonderbetrieb der Werft Turn-Severin schon früher zurückgeben. Wird deutscherseits die Fertigstellung erklärt, so wird Oesterreich-Ungarn die Abfindungsumme bereits zum Zeitpunkt der völligen Räumung des jetzigen Geländes zahlen.

Der Betrieb der deutschen Werft ist von dem k. u. k. Werftbetrieb unabhängig und untersteht dessen Leitung nicht. Kraft und Licht werden dem deutschen Betriebe gegen Kostenerstattung wie bisher weiter gewährt.

Der deutsche und der österreichisch-ungarische Werftteil werden sich in ihren Betrieben nach Möglichkeit unterstützen und Aufträge für einander zu den gleichen Bedingungen ausführen, wie eigene Staatsangehörige, solange, als beide Betriebe militärisch geleitet werden.

Oesterreich-Ungarn überläßt dem Deutschen Reich die freie Mitbenützung des als „Winterstrand“ bezeichneten Wassergeländes oberhalb der Schiffswerft Turn-Severin nach Maßgabe der zwischen der österreichisch-ungarischen und der deutschen Verwaltung zu treffenden Vereinbarungen.

Die deutsche Regierung, beziehungsweise die deutsche Privatgesellschaft wird für die benannten Pachtrechte einen jährlichen Zins von 100 Lei zahlen. Außerdem verpflichtet sich die deutsche Regierung, Oesterreich-Ungarn an der deutschen Schiffswerft in Giurgiu eine Kapitalbeteiligung von 10 Prozent anzubieten. Dem österreichischen und ungarischen Kapital wird, entsprechend dieser Beteiligung, Sitz und Stimme im Aufsichtsrat der deutschen Schiffswerft Giurgiu gewährt werden. Auch wird die Werft Giurgiu verpflichtet werden, österreichische und ungarische Aufträge ebenso zu behandeln und zu denselben Bedingungen auszuführen wie deutsche Aufträge.

Wirtschaft

Politik

aller Stände



Zeitungsge-
M., viertel-
schungarn
d Pfennig.
rlin 12421.

Anzeigenpreise: Grundpreis der sieben-spaltigen Kleinzeile
oder deren Raum im Morgenblatt 80 Pf., im Abendblatt
sowie in der Montagausgabe 1 M. Reklamen: Grundpreis
der dreispaltigen Zeile 2.50 M. Zu diesen Preisen treten
30 v. H. Teuerungszuschlag. Stellengesuche die Zeile 40 Pf.

38. Jahrgang

Marne!

Rumänisches Gewinn- und Verlustkonto.

Von Luz Korodi.

Mit einer gewissen Bekniffenheit spricht man in Ungarn vom Friedensvertrag mit Rumänien. Am deutlichsten tritt das in dem Lobe zutage, mit dem aus diesem Anlaß Deutschland bedacht wird. „So rückständig die Deutschen auch diplomatisch sind, so tüchtig sind sie geschäftspolitisch.“ In diesem Satz saß ein siebenbürgisches Blatt das dortige Urteil über das Ergebnis der Bukarester Verhandlungen zusammen. Zum erstenmal wird hier (in dem mit Rumänien getroffenen Petroleumabkommen) — so wird weiter festgestellt — von Deutschland durchgeführt, was unsere Feinde, allen voran England, bisher in noch größerem Maßstabe mit den Mittelmächten getan haben. Je geringer die Aussicht auf eine Kriegssentschädigung in Geldwerten sei, um so mehr müsse die Diplomatie bestrebt sein, wirtschaftlich aus dem Gegner herauszuholen, was aus ihm herauszuholen ist. Obwohl das Deutsche Reich auf eigenem Gebiete nur 140 000 To. Petroleum jährlich fördere und sein Jahresbedarf 1 360 000 Tonnen betrage, werde es sich infolge der Abmachungen mit Rumänien in der kürzesten Zeit vom Bezuge fremdländischen Petroleums vollständig unabhängig machen können, da zu- dem auf 20 Jahre gesichertes Ausnahmungsrecht einer von der deutschen Regierung überwachten Gesellschaft das ganze Petroleummonopol in Rumänien in die Hände Deutschlands gelegt werde, während die Beteiligung Oesterreich-Ungarns an der Petroleumunternehmung ziemlich schwach ausgefallen ist. Die ungarische Anerkennung für die deutsche Geschäftstüchtigkeit wird um so schwereren Herzens gespendet, da man sich in Ungarn, wenn auch nicht in der breiteren Öffentlichkeit, mit recht weitgehenden Hoffnungen in betreff der Abrechnung mit Rumänien getragen hatte. Die Abtretung der rumänischen Oeländereien an die jenseitige Hälfte der Habsburger Monarchie war dort unter der Hand schon zu einer sehr volkstümlichen Forderung geworden, ohne daß man sich dabei Rechenschaft darüber gab, welche üble politischen Folgen solche tödliche Verletzung der wirtschaftlichen Interessen Rumäniens für das benachbarte Ungarn nach sich gezogen hätte, dessen siebenbürgische Landes- teile von etwa 70 v. H. rumänischer Bevölkerung bewohnt werden.

Besser ist es jedenfalls für Oesterreich-Ungarn, daß die Grenzberichtigungen nur nach dem Gesichtspunkt unbedingter militärischer Notwendigkeiten vorgenommen wurden. Diese Demütigung läßt sich doch verschmerzen, zumal der rumänische Staat hier in der volksarmen Gebirgswelt nur einen bescheidenen Verlust an Staatsbürgern erleidet (etwa 20 000), während sein Gebietsverlust an der siebenbürgischen Grenze reichlich aufgewogen wird durch den beharabischen Zuwachs. Andererseits hat der Gewinn Oesterreich-Ungarns durch die Grenzberichtigung z. B. bei Kronstadt für den Sieger besondere Reize, wodurch u. a. der ganze Gebirgsstod des Königsteins, der ganze Westrand der Bütschettschhochfläche mit der herrlichen Klamm im Jalomihatal und nebenbei, als kleiner Scherz der Weltgeschichte, auch ein Lake-Jonescu-Beg an Siebenbürgen fällt. Hätte Ungarn das Petroleum- gebiet erhalten, so wäre unauslöschlicher Haß Rumäniens gegen die ohnehin wenig beliebten Madjaren die Mitgift gewesen, der Keim für unerquidlichste Reibungen an der Balkangrenze, die gewiß in absehbarer Zeit einen neuen großen Brand entfacht hätten. Deutschland mußte das auch um seiner selbst willen verhindern, abgesehen davon, daß es für seine Rettung Siebenbürgens sichtlich auch einen Anspruch auf einige materielle Entschädigungen erheben durfte.

Nur eine Sache hat in weitesten Kreisen Deutschlands nicht geringes Mißbehagen erregt, und sie wird hoffentlich durch die Ereignisse von selbst noch anders geregelt werden, wenn der Frieden nach dem Krieg von Dauer sein soll. Schon im April vorigen Jahres hatten achtenswerte rumänische Persönlichkeiten, die sich drüben uneingeschränkten Ansehens erfreuen und die uns immer sehr wohlgesinnt waren, in Wien und in Berlin Fühler ausgestreckt, ob man hier nicht eine Bewegung in rumänischen Landen unterstützen oder wenigstens dulden wolle, die auf Beseitigung des heruntergekommenen und ganz in den Klauen der Entente befindlichen Herrscherhauses abzielte. In Wien zog man die Vertrauensmänner hin, in Berlin verhielt man sich kühl und unzugänglich. Graf Czernin wollte sich nicht schlagen, und Herr v. Bethmann erschien das Unternehmen offenbar zu gewagt, obwohl es sich zunächst nur darum handelte, einer Stimmung, die im rumänischen Volk nach den Erfahrungen des unglücklichen Krieges guten Boden hatte, freien Lauf zu lassen. Das entschiedene Zugreifen war aber nun einmal dem politischen

1918 158 91

ellungen, der Transporte wacht, sich in Sicherheit zu ist, daß sie ihre Wohnungen seit den Deutschen über-

Abendbericht.

Telegraphen-Büros.

Berlin, 1. Juni, abends.
bis Chateau-Thierry ge-

am 1. Juni 1918, also in zehn Jahren an der Westfront den Engländern und weit über 2000 Tote. Die Zahl der Tote beträgt, und unübersehbaren erbeuteten auch nicht annähernd großen Bekleidungs-, Ver- die Lazarette, ferner Munitionslager schwerster Flugzeuge, Flugzeughallen, Kraftfahrzeuge, Tanks der Aisnegegend vorgefun- die Werte, die die Entente an Holz, Draht, Beton, Angriffsfrenten mit den liegenden Verteidigungs- sich ebenfalls kaum ab- den Deutschen eroberten Feldern verschärfen die Er- ankreische, zumal eine ganze ten der Benutzung entzogen seit erschweren. Mehr als ort zur Ergänzung der ver- genommen werden, was doppelt ins Gewicht fällt. men und der blutigen Ver- zeitig die Leistungsfähig- der Schiffsbauwerksten- ndlichen Kampfmittel und einen großen Schritt näher-

am 31. Mai abends besagt: nichts von besonderem



Staats- und Volksliebe.

Ein deutsches Nationalprogramm

Von

Dr. Hans Ehrenberg,

Privatdozent an der Universität Heidelberg.

Unsere Parteien befinden sich uneingestanden mitten in einer vollständigen Umwälzung. Während in den parlamentarisch regierten Staaten Westeuropas das bisherige Zweiparteiensystem wieder zerfällt, ist es bei uns, die wir bis jetzt immer an einer Ueberszahl von Parteileitungen gekrankelt haben, erstmalig zu einer Zweiparteibildung gekommen. Diese Verspätung beweist nicht eigentlich politische Rückständigkeit, denn unsere neuen Parteien gleichen nicht den alten Zweiparteien der Westmächte. Und so sehr unser politisches System an Auswerthbarkeit für den Staat hinter den Systemen der Westmächte zurücksteht, so beweist es doch bei der plötzlichen Bildung des Zweiparteiensystems entschieden schöpferische Kraft. Die Zweiparteileitung der Weststaaten war teilweise an allgemeinen Ideen rein politischen Inhalts, teils an der Regierungsmethode des parlamentarischen Mehrheitswechselsystems orientiert; nun sind aber die rein politischen Ideen bei uns ebenso wie überhaupt in ganzen Zeitalter ins Hintertreffen gekommen, und das parlamentarische Mehrheitsystem, so wie wir es nunmehr im Ansatz erhalten haben, deutet in der neuen Form, die es bei uns gewinnt, — die Regierung vereinigt in sich monarchisches und parlamentarische Prinzip: Kanzler und Bizetanzler! — nicht im geringsten auf ein zukünftiges parlamentarisches Wechselsystem hin. Wir stehen vielmehr am Rande einer neuen Zeit, auch wenn noch alte Worte umschwirren. Aus dem Kriegserlebnis stieg unsere neue Vaterlandsliebe, die neu ist, weil Vaterlandsliebe bis jetzt nur ein Gefühl, nicht eine politische Idee war. Nun aber schafft sie zwei Grundstellungen des Deutschen zur Gesamtpolitik, die Staatsliebe und die Volksliebe. Diesen beiden neuen sittlichen Grundanschauungen des politischen Bewußtseins entsprechen die zwei neuen Parteien — die neue Rechte verkörpert die Staatsliebe, die neue Linke die Volksliebe — in einer so reinen Weise, als Verkörperungen von sittlichen Ideen im politischen Leben überhaupt möglich sind. Beide Gruppen wollen Parteien der politischen Liebe sein, wir leben in der Geburtsstunde eines neuen politischen Idealismus, nachdem wir soeben den Schritt von veralteter Sentimentalität zum höheren politischen Realismus vollzogen haben; wir erfahren jetzt, daß wahre Idealpolitik und wahre Realpolitik in gar keinem Widerspruch, vielmehr in innigstem Ergänzungsverhältnis zueinander stehen. Und nur die alte Mitte, dargestellt durch die nationalliberale Partei, hat an dem neuen politischen Idealismus, in dem sich sowohl die Rechte wie die Linke sonnen, keinen ursprünglichen Anteil.

So bringt uns das Zeitalter des Krieges einen neuen politischen Geist; die Leidenschaft der Kriegszeit, die scheinbar nur auf den Kampf gerichtet, gebiert eine zweite Leidenschaft, die politische Leidenschaft, die dem deutschen Volk bisher, selbst in den besten Zeiten der Bismarckschen Epoche, fremd gewesen ist; wir stehen im Keimzustand der Bildung eines öffentlichen Geistes.

Der wahre Patriotismus ist ohne Zweifel beides in eins gegossen: Staats- und Volksliebe; auf dem Podium dieser Vereinigung stände eine unserer Zeit würdige Regierung, und wir erkennen unseren gegenwärtigen Staatsführern bei aller ihrer Schlichtheit den guten Willen zu, diese Würde zu verdienen. Einseitiger dagegen, bis zur schrankenlosen, sich gegenseitig der Vaterlandsliebe beschuldigenden Verbohrtheit sind die Parteien selbst, die beiden Gruppen der Staatspartei und der Volkspartei. Nicht die alten Parteien, die an so vielem Unzeitgemäßem leiden, wohl aber die neuen Gründungen der Vaterlandspartei und des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, die sich aus Mangel an Selbstkenntnis noch nicht als Parteien bezeichnen wollen, stellen

Europa und Asien.

Von

Georg Bernhard.

Sommer, wenn die mächtige Maschinen im Westen von den Männern am Schalthebel im Großen Hauptquartier in Bewegung gesetzt wird, erweist sie sich von neuem als ein gewaltiges Hammerwerk, das stets neue Teile der feindlichen Seeresmacht zu Trümmern zermalmt. Aber auch diesmal fragt man sich wieder, wie vorher bei fast allen Heereserfolgen, die dem deutschen Volke in diesem Kriege so zahlreich beschieden waren: Wo bleiben die Staatsmänner, die endlich durch die scheidende Kraft ihrer Gedankenströme aus den Trümmern der feindlichen Heere das Gold eines für Deutschland günstigen Weltfriedens gewinnen können? Man hörte früher bei solchen Fragen stets die Phrase: Erst muß Deutschland siegen! Selbst für diejenigen, die annehmen sollten, das alles, was bis jetzt geschehen, noch nicht den „Sieg“ bedeutet, rückt doch die Wahrscheinlichkeit in immer greifbarer Nähe, daß die Stunde der Vollständigkeit, die sie erharren, über Nacht erscheinen kann. Wo sind denn nun eigentlich die Ideen deutscher Politik, die für diese Stunde vorbereitet wurden? Wir haben sie bisher von keinem unserer Staatsmänner vernennen können. Auch der berufenste Interpret der politischen Ziele deutscher Staatsmänner, der Leiter des Auswärtigen Amtes, Herr von Kühlmann, hat in seiner Rede vor der Berliner Handelskammer über den rumänischen Frieden sich mit Bestimmtheit von jeder Rundgebung irgendeiner Idee ferngehalten. Möglich, daß er sie im Innern verwahrt. In seiner Rede hat er wohl von Getreide, Petroleum, Schiffsfahrtsstraßen, Kabeln, Bevölkerungsziffern, Eisenbahnverbindungen, Staatsbudgets und Kaiserdegnungen gesprochen. Von Politik jedoch war nichts darin zu hören. Jene Rede war wie der ganze rumänische Frieden rein wirtschaftlich ohne politische Voraussetzungen und ohne politische Zielgebung.

Nun sind ja die wirtschaftlichen Dinge zweifellos sehr wichtig. Und wenn ein Land sich vertragsmäßig sichert, gewisse wirtschaftliche Vorteile von einem anderen Lande zu bekommen, so kann das natürlich eine recht erhebliche Bedeutung haben. Aber völkerrechtliche Verträge sind ja nicht einlagbar. Völkerrecht gilt meist ohne vorherige Klage lediglich die Zwangsvollstreckung durch die Waffen. Und ob dieses letzte Mittel angewandt werden soll und kann, bedarf schließlich im Einzelfall jeweils einer recht sorgfältigen Ueberlegung. Das darf man angesichts der sämtlichen Friedensverträge, die wir bisher geschlossen haben, niemals vergessen. Diese Verträge sind alle eine vorzügliche Unterstützung für die Fortführung des Krieges. Wenn wir noch jahrelang Krieg führen müßten, wenn wir gezwungen sein sollten, die englische Macht in Asien und in Afrika ernstlich zu erschüttern, dann werden die jetzt geschlossenen Verträge mit Rumänien und mit der Ukraine ebenso wie die zukünftig noch zu treffenden Abmachungen mit allen möglichen asiatischen Fürsten und Satrapen nicht bloß für die Versorgung unserer Heere, sondern auch für die Versorgung unserer heimischen Bevölkerung von ganz außerordentlicher Bedeutung sein. Denn je weiter dieser Krieg vorwärts geht, und je länger er dauern wird, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit — so paradox das auch klingen mag — daß unsere Versorgung im Lande immer besser werden wird. Kommen wir doch an die Quellen der Rohstoffe für unsere Bekleidung zum Beispiel überhaupt erst jetzt auf dem Siegeszug der verbündeten Heere langsam heran. Außerdem ist auch wohl anzunehmen, daß die Ausnutzung der Vorräte bis dahin weitere Fortschritte bei uns im Lande gemacht haben wird. Denn da auch diesmal wieder prompt nach der Erklärung der Höchstpreise Gemüse, Obst und andere schöne Frühlingserzeugnisse vom Markt verschwunden sind, so sieht die Folge der Höchstpreispolitik nunmehr wohl auch für den Gewissenhaftesten soweit fest, daß in der Zukunft das Experiment doch nicht mehr wiederholt zu werden braucht.

Aber man darf alle diese Dinge nicht bloß unter dem Gesichtswinkel des Krieges und seiner Fortführung betrachten.

Dr. Wekerle und Graf Tisza über die Vertiefung des Bündnisses.

Erklärungen im ungarischen Abgeordnetenhaus.
(Telegramm des „Neuen Freien Presse“)

Budapest, 5. Juni.

In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ergriß Graf Stephan Tisza vor der Tagesordnung das Wort und führte aus: Den Nachrichten zufolge, die aus authentischer Quelle vorliegen, daß das Bündnis mit Deutschland gehaltvoller gestaltet werden soll, halte ich es für wichtig, daß sich auch die allgemeine Stimmung des Landes hier im Hause kundgebe, um so mehr als erst jüngst Äußerungen von einer Seite gefallen sind, die gegen eine Vertiefung des Bündnisses Bedenken hegten. Wie sich das deutsche Bündnis in langen Jahrzehnten vom Standpunkte der Sicherheit und der Daseinsinteressen der Monarchie und namentlich der ungarischen Nation bewährt hat, so hat es sich auch im vollen Maße während dieser jährlichen Kräfteprobe der Staaten und Nationen bewährt. Wenn wir heute Stimmen vernehmen, als ob dieses Bündnis uns zur Fortsetzung des Kampfes für die Interessen unseres Verbündeten zwingen würde, möchte ich nur betonen, daß der unmittelbare Ausgangspunkt des Weltkrieges ein geradewegs gegen die Integrität und Existenz der ungarischen Nation gerichteter böswilliger Anschlag war. Wenn wir diesen Anschlag abwehren und damit unsere Integrität und künftige Entwicklung sichern konnten, danken wir dies in hohem Maße der ungeheuren Kraft, die wir bei dieser Kräfteprobe bei unseren Verbündeten fanden. Ich glaube, die Nachricht mit Genugtuung aufnehmen zu können, daß die kompetenten Faktoren Verhandlungen eingeleitet haben, um das Bündnis gehaltvoller zu gestalten.

Es ist natürlich, daß sich dieses Bündnis ausschließlich unter den Formen internationalen Charakters bewegen kann, daß auch unser künftiges Bündnis nichts anderes sein kann, als ein Verkehr unabhängiger Mächte unter den Formen des internationalen Rechtes. (Beifall rechts.) Man kann hierbei an eine starke Konstruktion des Casus foederis denken. Meiner Ansicht nach darf auch in Zukunft das künftige Bündnis den defensiven Charakter nicht verlieren, den es in der Vergangenheit besaß. Es kann sich auch in Zukunft nur auf die Abwehr von Angriffen gegen die Verbündeten erstrecken. In dem defensiven Charakter beruht die Übereinstimmung des Bündnisses mit den Daseinsinteressen der ungarischen Nation. Mehr läßt sich nach der Ansicht des Redners in den konkreten Fragen auf militärischem Gebiete tun, natürlich ohne die Unabhängigkeit und Souveränität der beiden Großmächte anzutasten.

Den reichsten Gehalt vermag die Frage auf wirtschaftlichem Gebiete zu erlangen, ohne daß die Souveränität und Unabhängigkeit der teilnehmenden Staaten berührt wird, ohne daß wir die Daseinsbedingungen der Produktion irgendeines der teilnehmenden Staaten berühren würden. Ich betone, daß auch dieses Wirtschaftsbandnis keinen aggressiven Charakter tragen darf, daß auch eine Abschließung gegen die übrigen Großmächte nicht statfinden darf. Im Gegenteil, weil wir in ein engeres Verhältnis zueinander treten, weil wir einander spezielle weitergehende Begünstigungen auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Verkehrs gewähren, schaffen wir ein so großes Wirtschaftsgebiet, daß wir auch dem übrigen Auslande gegenüber wirksamer vorgehen können, als wenn wir uns voneinander abschließen würden. Ich möchte diesbezüglich nur zwei leitende Gedanken hervorheben, welche die wesentliche Vorbedingung dafür sind, daß die Monarchie, und namentlich Ungarn, in einem Wirtschaftsbandnis ihre Rechnung finden. Der eine Gesichtspunkt ist der, daß wir durch eine wirtschaftliche Annäherung an Deutschland auch auf finanziellen Gebiete jene Stütze erhalten, welche die Monarchie und besonders Ungarn braucht. Der zweite Gesichtspunkt ist der, daß die Wirtschaftsgebiete, die in ein engeres Bündnisverhältnis zueinander treten, bezüglich der wichtigsten ungarischen Produktion den Importcharakter nicht verlieren. Es hängt geradezu davon ab, daß der Gewinn, den wir durch die Eröffnung des deutschen Marktes fanden, eine lebendige Wirklichkeit bleibe und nicht zu einer einfachen Fiktion werde, und daß die ungarische Landwirtschaft auch die Stütze nicht verliere, die es in der günstigen Lage des österreichischen Marktes besaß. Während der Preisgestaltung des Krieges ist es schwer diese Frage zu erörtern. Ich betone indes, daß niemand an die Abschließung und an Schutzzölle denkt, solange die gegenwärtige Forderung andauert. Die Konjunkturen wechseln aber rasch. Während des langen Bündnisses können sich die Konjunkturen wesentlich ändern, und wir müssen der ungarischen Landwirtschaft den Zollschutz sichern, der uns eine Garantie dafür bietet, daß wir unsere Rohprodukte auf dem wirtschaftlichen Bündnisgebiete auch dann zu rentablen Preisen absetzen können, wenn dies auf dem Weltmarkt nur unter Preisen möglich wäre, die den europäischen Produzenten ruinieren würden. Dieser Zollschutz ist bei der Landwirtschaft nur dann möglich, wenn die betreffenden Gebiete auch weiterhin Importgebiete bleiben. Anders sieht es bei der Industrie, zumal die Exportindustrie in hohem Maße die Schutzzölle bei den Marktssystemen ausnützen kann. Eine gut organisierte Industrie vermag bei Schutzzöllen einen gewaltigen Erwerb

zu entwickeln. Dies ist aber bei der Landwirtschaft ausgeschlossen. Dies gilt ebenso für die ungarische wie für die deutsche Landwirtschaft. Ich muß mich dagegen verwahren, als ob dies ein spezielles ungarisches Interesse wäre, welches den Interessen der übrigen vertragsschließenden Staaten widerspricht. Alle drei Staaten sind an dem Zollschutz der Landwirtschaft interessiert. Dieser Schutz ist nur dann möglich, wenn das Bündnisgebiet für die landwirtschaftliche Produktion ein Importgebiet bleibt. Heute wissen wir noch nicht, wie sich die von Russland abgetrennten Ostprovinzen einrichten werden. Wir wissen aber, daß die Landwirtschaft aller dieser Gebiete einer ungeheuren Steigerung fähig ist.

Graf Tisza führt dann weiter aus: Es ist auch die polnische Frage zu berücksichtigen. Russisch-Polen ist in der letzten Zeit ein Rohproduktexportierendes Land gewesen. Kann jemand glauben, daß dieser Zustand aufrecht erhalten bleibt, nachdem sich Russisch-Polen von Großrußland abgetrennt hat? Kann jemand glauben, daß die polnische Industrie, die ein künstliches Gebilde war, die ihre Entwicklung ihrer monopolistischen Stellung auf dem russischen Markt verdankt, und die während des Krieges viel gelitten hat, in ihrer alten Kraft wiedererstehen werde? Ist nicht vielmehr die Annahme berechtigt, daß die russisch-polnische Landwirtschaft einen großen Aufschwung nehmen wird? Ferner ist zu beachten, daß die Exportfähigkeit Rumaniens, wenn ihm Mesopotamien ständig angegliedert wird, sich ungemein steigern wird. Alle diese Gesichtspunkte müssen berücksichtigt werden. Das Wirtschaftsbandnis mit Deutschland ist vorteilhaft, doch sage ich, daß es nur dann annehmbar und möglich ist, wenn es nicht mit einer solchen Verschmelzung in ein großes Wirtschaftsgebiet verbunden ist, welches einen Ueberfluß an Rohprodukten besitzt. In diesem Falle würde die Landwirtschaft der verbündeten Großmächte diesem Bündnisse zum Opfer fallen.

Dies wäre ein schwerer Fehler, sowohl seitens des Deutschen Reiches wie seitens Oesterreichs. Es hätte geradezu katastrophale Bedeutung für den ungarischen Staat. Daher ist es meiner Ansicht nach unbedingt notwendig, daß wir bei der Beurteilung der Frage, ob sich außer Deutschland und Oesterreich-Ungarn noch irgendein Dritter diesem Bündnisse anschließen solle, das Vetorecht des ungarischen Staates unbedingt gewahrt werde. Dies muß vollständig von der Zustimmung der Monarchie abhängen. Andererseits muß wieder zwischen beiden Staaten der Monarchie eine Vereinbarung zustande kommen, wodurch jeder der beiden Staaten von diesem Vetorecht Gebrauch machen kann. Wir müssen jedoch den deutschen Verbündeten gegenüber offen sein, wir dürfen keine Unklarheiten sühnen, wir dürfen nicht gestatten, daß in der öffentlichen Meinung Deutschlands die Auffassung zur Geltung kommt, als ob das Bündnis tatsächlich mit der Einschmelzung solcher landwirtschaftlicher Gebiete verbunden sein könnte, welche die Versorgung der industriellen, kommerziellen und städtischen Bevölkerung und billigere Weltmarktpreise für Rohprodukte bedeuten würden. Dieser Streitlaube darf nicht aufkommen, denn dadurch würde die Ausübung des Vetorechtes erschwert werden, und auch ein großes politisches Dilemma könnte daraus entstehen. Jedenfalls verbleiben wir uns nicht davon, solchen Gebieten wirtschaftliche Vorteile zu gewähren, deren Verbindung mit uns nützlich ist und wo dies ohne Gefährdung unserer Interessen bestehen kann. In diesen Bündnissen aber, welche auf eine Verwahrung weiterer spezieller Präferenzvorteile gerichtet sind, können wir nur solche Gebiete aufnehmen, durch deren Angliederung der landwirtschaftliche Importcharakter nicht vernichtet wird. Redner wünscht bei der Verhandlung mit Deutschland volle Offenheit, gewiß ein eminent politisches Interesse, damit alle Faktoren gestärkt und zufrieden aus den Verhandlungen hervorgehen.

Erklärungen Dr. Wekerles.

Ministerpräsident Dr. Wekerle gibt dem Vortredner darin recht, daß das Bündnis mit Deutschland durch die Unterstützung der öffentlichen Meinung gestärkt werden würde. In den letzten Jahren haben wir einen glänzenden Beweis für die Lebenskraft des Bündnisses erhalten.

Von großer Bedeutung ist, daß hier nicht nur von einem Bündnis der Monarchen, sondern von einem Bündnis der Völker die Rede ist. Ein Bündnis der Völker wäre eine Bürgschaft für das Bündnis der Staaten. Wir wünschen daher, wie ich bereits oft betont habe, das Bündnis nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern es für längere Zeit zu sichern und enger zu gestalten.

Der Charakter dieses Bündnisses wird, sowie es bisher gewesen ist, ein rein defensiver sein. (Lebhafte Beifall.)

Das Schwergewicht der Frage liegt darin, daß hier von einem Defensivbündnis die Rede ist und eben deshalb ist es im Interesse der Steigerung der Kraft dieser Verteidigung nur natürlich, daß wir jene Verteidigungsmittel, die in der Wehrkraft niedergelegt sind, gleichfalls steigern und vermehren wollen.

Das dritte Moment besteht darin, daß wir das Bündnis durch wirtschaftliche Verhandlungen und Vereinbarungen stärken wollen. Wir müssen hierbei naturgemäß besonderes Gewicht darauf legen, daß wir unsere eigene Produktion nicht verringern, sondern uns vielmehr solche Vorteile sichern, welche Gegenseitigkeit und insbesondere ein großes Absatzgebiet schon an sich bedeuten.

Neben diesen großen Vorteilen müssen wir naturgemäß darauf achten, daß die Vorteile ständigen Charakter haben und deshalb müssen wir vom Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Interessen auch die neuen Konsumgebiete berücksichtigen. Meiner Ansicht nach können hohe landwirtschaftliche Zölle unter den heutigen Verhältnissen nicht aufrecht erhalten werden, zumal wir mit großen Preisen arbeiten, bei welchen die landwirtschaftlichen Zölle vollkommen verschwinden.

Diese Zölle werden lange Zeit keine solche Bedeutung haben, daß sie auf die Preisgestaltung entscheidenden Einfluß üben können. Jedenfalls müssen wir vom Standpunkte des Schutzes der Produktion jene Grenze auch dann ständig wahren, wenn die Zölle infolge Steigerung des Geldwertes relativ wieder zu großer Bedeutung gelangen

werden, jene Grenze, welche unsere Produktionsfähigkeit vollkommen sichert.

Wir müssen dies nicht nur einseitig im Interesse der Landwirtschaft, sondern auch im Interesse des konsumierenden Publikums tun, denn das Hauptinteresse besteht darin, daß die Bedürfnisse im Lande selbst befriedigt werden können. Ich kann daher die Garantie bieten, daß von solchen Angliederungen, welche unsere Verhältnisse alterieren würden, keine Rede sein kann.

Es versteht sich von selbst, daß nur ein Übereinkommen geschlossen werden kann, welches unsere Souveränität unter allen Umständen sichert. Deshalb schließen wir einen Vertrag von internationalen Charakter ab. Wir müssen nicht nur unser Souveränität, sondern auch unser Selbstbestimmungsrecht sichern, damit die Aufrechterhaltung unserer Verbindungen nach der andern Richtung hin keine Einbuße erleide.

Ich schließe meine Ausführungen mit der Feststellung: Indem wir mit Deutschland ein politisches Bündnis schließen und hierbei naturgemäß unsere Verteidigungsverhältnisse einvernehmlich regeln und ein Wirtschaftsbandnis abschließen, wollen wir die auch vom Vortredner erwähnten finanziellen Vorteile sichern.

Sonntag, 9. Juni 1918

Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

alltäglich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Teuerungs-
 10 60 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
 Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

2:26

Fernsprech - Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800,
 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

21. März.

Kriegs- und Friedensstaat.

(Ein deutsches Nationalprogramm.)

Von

Dr. Hans Ehrenberg,

Privatdozent an der Universität Heidelberg.

Der Krieg ist für die allgemeine Geschichte des Landes ebenso der Abschluß einer alten wie der Anfang einer neuen Zeit. Zum Abschluß haben sich die Ideen von 1914 verdichtet, als Anfang sammelten sich die Ideen von 1917. Jene haben zur Gründung der Vaterlandspartei, diese zur Errichtung des Volksbundes geführt.

Die Führung der Zeit liegt sinngemäß bei den Ideen von 1917, während die Korrektur von den Ideen 1914 ausgeht; dorthin gehört die Mehrheit, hierhin die Minderheit; und so haben sich die Verhältnisse auch bereits gestaltet. Wo nun der einzelne sich einfinden will, ob bei der Mehrheit oder bei der Minderheit, das ist eine persönliche Angelegenheit; es läßt sich sogar denken, daß der einzelne es bei beiden versucht, weil er die Notwendigkeit beider einsieht; aber schließlich wird er sich doch zu einer bekennen müssen, weil Politik nur im Kampf möglich und fruchtbar ist. Die meisten Einzelnen sind so wie so durch ihre Klassenzugehörigkeit mehr oder weniger an eine der beiden Parteien gewiesen, denn mit Ausnahme der dienenden Gruppen von Intellektuellen gehören die Massen, sowohl die Massen der herrschenden wie die Massen der dienenden Klassen, entweder zu den Führern oder zu den Geführten im Volke und erhalten dadurch ohne weiteren Anteil ihrer Vernunft ihre politische Stellung zugewiesen. Die politische Weltanschauung der Führerklasse verachtet den vermeintlichen Masseninstinkt der Geführtenpartei, wie diese den Kampf der Minderheitspolitik als Donquigoterie verlachen. Die Wahrheit darüber ist allerdings, daß in aller Politik ein Stückchen Donquigoterie steckt — weil man dem Gegner, den man vernichten will, gerade durch den Kampf Lebenskräfte zuführt — und nicht minder ein gut Teil Herdengeist herrscht, weil in jeder Partei, ob nun Mehrheits- oder Minderheitspartei, die Mehrzahl der Parteigänger unter der Suggestion ihrer Führer steht: das ist bei den sogenannten Gebildeten nicht besser als bei den sogenannten Ungebildeten, weil Politik gar nicht eine Sache der Bildung, sondern teils eine Sache des gesunden Menschenverstandes, teils eine Sache der Willenskraft ist. Politik muß überhaupt immer hüben wie drüben in der Hand einer zwar wechselnden und ständig kooptierten, aber doch nur mäßig umfangreichen Zahl von Parteiführern liegen, sonst gerät sie in das Fahrwasser der Berufsinteressen, wie wir dies bei solchen Parteien, in denen die Wähler einen ungebührlich großen Einfluß haben, wohl bemerken können (Nationalliberale).

Der Kriegsteilnehmerstaat, gebildet aus der Majoritätspartei der Volkspartei und der Minoritätspartei der Staatspartei, ist *liberdefensiv* und jenseits des Interessensstaates; die Reinigung der Linken von der pazifistischen Ablehnung wirklicher auswärtiger Politik und die Reinigung der Rechten von der vorkriegsmäßigen inneren Politik der Berufsinteressen ist die Vorbedingung dafür, daß sich der Kriegsteilnehmerstaat durchsetze. Dieser wird dann in eins Friedens- und Kriegsstaat sein; und darin wird die wirklich neue Form des Staates zum Ausdruck kommen.

Kriegs- und Friedensstaat zugleich! Der Staat der Vorkriegszeit war nur Friedensstaat gewesen, seine Grundlage hieß friedliche Eroberung der Welt (Weltwirtschaft ohne Welt-politik); im Kriege war er dann wieder nichts als Kriegsstaat. Aber wie unsere politische Geschichte vor dem Kriege nicht auf den möglichen Uebergang zu einem Kriege eingestellt und daher trotz der Militärmacht, die nicht im Dienste der Politik stand und zum Selbstzweck versteinert war, ohnmächtig und schwach war, so droht jetzt wieder der übergangslose Rücktritt in den Friedensstand, wenn Kriegsziele verfochten werden, die nicht politische Ziele, sondern eben nur Kriegsziele sind und daher keine Politik für die Friedenszeit begründen werden.

eben, Soldaten wie Offizier, herantritt, müssen unsere Linksparteien gehen.

Die Politik ist eine Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, so muß man am Kriegsende zeitgemäß das Clausewitzsche Wort umprägen. Die Alldeutschen verstoßen dagegen der äußeren, die Linksparteien in der inneren Politik. Die Regierung hat heute wohl die ersten Anfänge eines richtigen Gefühls; aber es fehlt ihr die Person, die in ihrer Seele oft genug veranlagt wäre, um Vorkrieg, Krieg und Nachkrieg, eine solche Spanne Geschichte, ständig in sich zu tragen. Ist unser politisches System selber, aufgebaut auf den Friedensstaat im Frieden und den Kriegsstaat im Kriege, aber keine Vereinigung beider in Krieg und Frieden, ist zu arm, jeweils einseitig, um die mangelnde Kraft der Personen ersetzen. Unsere eigene Wandlung, alte daher der Berichtigung des Kriegs- und Friedensstaates, dann werden uns nicht-große Führer führen können.

Unser Bündnis mit Oesterreich-Ungarn.

3 Berlin, 10. Juni.

Graf Burian wird Dienstag in Berlin erwartet, und im Deutschen Reich gibt es wohl kaum einen, der nicht mit größter und hoffnungsvollster Spannung dem Ergebnis der Verhandlungen entgegenharrt, die bei der Anwesenheit Kaiser Karls im Hauptquartier beschlossen wurden, deren Ziel auch bereits grundsätzlich feststeht. Herr von Payer hat dieser Tage in seinem Interview mit dem Berliner Vertreter der „Neuen Freien Presse“ zweifellos einem Gefühl Worte gegeben, das uns alle beherrscht, dem Gefühl nämlich, daß der Gang dieser Verhandlungen rasch und großartig sein möge. So ungeheuer vielseitig und schwierig die zu verhandelnden Fragen sich verzweigen, so steht doch das Ziel einer dauernden Fundamentierung der gegenwärtigen deutsch-österreichisch-ungarischen Kriegsgemeinschaft so klar vor uns, daß in den Hauptpunkten eine schnelle und endgültige Lösung möglich ist. Es wäre daher auch falsch, die eine oder andere Frage, wie zum Beispiel das polnische Problem, herauszugreifen und zu sagen, daß hier erst alles klar sein müsse, bevor man an eigentliche Bündnisfragen herangeht. Genau so gut könnte man verlangen, daß die Fragen der baltischen Länder erst zu klären seien, oder daß Oesterreich und Ungarn ihren internen Wirtschaftsausgleich zunächst einmal zum Abschluß bringen sollen, bevor wir über die Beziehungen der beiden zu Deutschland weiter reden können. Auf diese Weise würde man niemals zum Ziele kommen, sondern die Verhandlungen würden sich höchstwahrscheinlich schon festgerannt haben, noch bevor ein einziges greifbares Resultat zu sehen wäre. Wenn also die Frage der Vertiefung des Bündnisses abhängig gemacht werden sollte davon, daß der eine oder andere Teil in dieser oder jener Unterfrage seine speziellen Ideen verwirklicht erhält, so würde man dadurch den großen Gedanken der Bündnisverengung selbst vollkommen entwerten und herabsenken. Man würde auch vollständig verkennen, was die Zwei-Kaiser-Zusammenkunft im Hauptquartier als Nichtziel bereits ausgerichtet hat. Es ist das der Ausbau des Bündnisses um seiner selbst willen, da dieses Bündnis als Kern einer mitteleuropäischen Staatengemeinschaft sich sowohl für die glückliche Beendigung des Krieges als auch für unsere gesamte zukünftige Entwicklung, als eine elementare Notwendigkeit erwiesen hat.

Es ist immer nützlich, auch die Feinde nach ihrer Meinung zu fragen, vorausgesetzt natürlich, daß man sich in aller Bescheidenheit das Recht vorbehält, das Gegenteil von dem zu tun, was sie einem empfehlen. Das Echo der Entente ist gerade in diesem Falle besonders lehrreich, weil Oesterreich-Ungarn gewissermaßen das klassische Versuchsobjekt ihrer politisch-diplomatischen Propaganda-Künste bildet. Schon daß man sich überhaupt über die Ankündigung aus unserem Hauptquartier derartig aufgeregt hat, zeigt, daß wir hier den wundesten Punkt in den Hoffnungen unserer Gegner berührt haben. Denn trotz Herrn Clemenceaus Ungeschicklichkeiten ging ja diese Hoffnung noch bis gestern und geht sogar vielleicht heute noch bei einigen ganz verbohrt Köpfen auf das Ziel der sogenannten Spaltung des germanischen Blocks. Das geläufigste und von Wilson persönlich als Muster ausgegebene Mittel zu seiner Erreichung aber ist die Verheugung durch die Ausschelung des Ehrgefühls in allen Tonarten bis hin zu seiner brutalen Beleidigung. Die Frage von Oesterreichs „Vasallentum“ und von der Unterwerfung des Hauses Parma unter das Haus Hohenzollern ist daher von der gesamten Entente-Propaganda ausgeteilt worden, daß ein Mann von Geschmack sich nachgerade genieren muß, sie noch in die Feder zu nehmen. Daß sie ihre Wirkung verfehlen mußte, war zudem von vornherein klar. Es gehört zu den ältesten menschlichen Erfahrungen, daß neidische Wut und Enttäuschung ihr Gesicht nicht offen zur Schau tragen, sondern sich hinter der Maske der Geringschätzung und Verachtung zu verbergen suchen. Wir haben darin in diesem Kriege an unseren Feinden so gründliche Studien machen können, daß uns ihr Minenspiel und ihre Vorteilsprelle Böbeleten vollkommen kalt lassen, höchstens, daß wir mit einer gewissen Belustigung daraus erkennen, wie sehr sie sich ärgern und in ihren geheimsten Anschlägen gegen uns getroffen und zuschanden gemacht fühlen.

Indessen die Entente-Propaganda hat noch viel größere und für uns erfreulichere Fehler gemacht. Das hängt mit dem südslawischen Kongreß in Rom zusammen. Obwohl das offizielle Italien sich immer noch in vielstimmiges Schweigen hüllt, weil Italiens ursprüngliche Ansprüche auf die Küste des Adriatischen Meeres sich mit den Zielen der südslawischen Propaganda schlechterdings nicht vereinigen lassen, ist doch unter englischem Druck und infolge der mehr und mehr um sich greifenden Entmutigung in Italien ein inoffizieller Vertrag vereinbart worden, in dem die Italiener bitteren Herzens die „Einheit und Unabhängigkeit der südslawischen Nationen als ein Lebensinteresse Italiens“ anerkennen. Das hätte sich der „sacro egoismo“ früher auch nicht träumen lassen! Genauere über das künftige Schicksal der Adria und die Regelung der übrigen territorialen Streitfragen hat man freilich wohlweislich noch nicht festgelegt. Darüber will man sich später „auf freundschaftlichem Wege“ in die Haare geraten. Die Hauptsache ist vorläufig, daß man sich gefunden hat in dem Ziel, Oesterreich-Ungarn zu zertümmern, ein Ziel also, das die Entente zwar seit je im Auge hatte, das sie aber, wie sie jetzt eingesteht, nicht aus eigener Kraft, sondern nur noch mit Hilfe der österreichischen Südslawen zu erreichen hofft. Selbstverständlich aber ist mit diesem wertvollen Eingeständnis jede Brücke der Verständigung mit der österreichisch-ungarischen Regierung abgebrochen, und durch nichts besser wird die Lage beleuchtet als dadurch, daß es in der Folge nun sogar Leute in Italien gibt, die den engeren Zusammenschluß Deutschlands und Oesterreich-Ungarns begrüßen, weil er, wie die „Perseveranza“ schreibt, eine „Herausforderung“ an die Slawen sei und infolgedessen eine friedliche Lösung der nationalen Probleme Oesterreichs zum Vorteil der Entente verhindere. Jedenfalls steht die Rechnung zwischen Oesterreich-Ungarn, nach dessen Verschwinden nach dem „Manchester Guardian“ Europa „sauberer dastehen“ würde, und der Entente jetzt ganz klar. Mit der Politik der Schonung, sagt die „Depeche de Toulouse“, um auch eine typische französische Stimme anzuführen, ist es endgültig vorbei, und niemand wird heute noch, zumal nachdem auch Wilson und Lansing den südslawischen Bestrebungen ihre Unterstützung zugesagt haben und der Oberste Kriegsrat in Paris feierlich darauf Bezug nimmt, niemand, sagen wir, wird heute noch bei unseren Verbündeten sagen können, wie etwa vor einem Jahre, daß die Donaumonarchie nach der Niederwerfung Rußlands „eigentlich keine Feinde mehr“ habe. Sein oder Nichtsein steht für sie auf dem Spiel, genau wie für die Türkei, Bulgarien und Deutschland selber, oder vielmehr, infolge ihrer Nationalitätenmischung, in noch viel höherem Grade.

Schauen wir etwas tiefer, so verschwinden denn auch bei der Entente sowohl die künstliche Freude wie der hemmungslose Haß, und wir blicken in das wahre Gefühl einer ernstlichen und für uns vielversprechenden Verlegenheit. Die „Idea Razionale“ spricht die wahren Gefühle der Entente-Politiker aus, wenn sie schreibt, daß Deutschland und Oesterreich-Ungarn durch ihren engeren Zusammenschluß die italienischen Ziele in unerreichbare Ferne rücken und dadurch im gesamten Osten eine Politik verwirklichen, der gegenüber alle Zukunftspläne der Verbandsmächte nur Ideale geblieben seien. In der französischen Presse wird gleichfalls hier und da der Wahrheit die Ehre gegeben durch das Eingeständnis, daß die „Neueinführung des germanischen Bundes“, wie man sich ausdrückt, alles weniger denn ein glückliches Ereignis sei. Die „Bestminster Gazette“ aber läßt uns am tiefsten blicken, wenn sie in sichtlich Verlegenheit ausspricht, daß für die Dauer des Krieges auf eine Trennung Oesterreich-Ungarns von Deutschland nicht zu rechnen sei, daß sie aber eine engere Verbindung der beiden Reiche für die Dauer nicht für wahrscheinlich halte, weil mit der russischen Revolution und der Beseitigung der russischen Gefahr einer der Hauptgründe für solches Bündnis beseitigt worden wäre, so daß die deutschen Träume einer engeren Verbindung schnell verfliegen würden, „sobald die natürlichen Kräfte wieder frei werden“.

Dieses Wort ist unbezahlbar; denn auf keine Weise konnte die unbedingte Notwendigkeit des engen Zusammenschlusses der beiden mitteleuropäischen Kernstaaten besser darzulegen werden, als durch diese inkonsequente Verlegenheitsrede des angesehenen englischen Organes der Asquith-Partei, dessen Auffassung man mit gutem Grund immer noch als Ausdruck der maßgebenden politischen Tradition Englands zu betrachten hat. Wir finden hier einmal das Anerkenntnis, daß für die Dauer, also auch für die Beendigung des Krieges, der Zweibund die unentbehrliche Grundlage der Mittelmächte bleiben, und daß infolgedessen das Ende des Krieges um so schneller kommen wird, je früher und restloser die Entente die Hoffnung fahren lassen muß, uns und Oesterreich-Ungarn zu trennen. Daneben aber steht der Hinweis auf die Zeit, „wo die natürlichen Kräfte wieder frei werden“, in so schreiendem Widerspruch zu der ganzen Entente-Politik des Wirtschaftskrieges und der Bezwingung Mitteleuropas durch die Einschüchterung mit ihrem dauernden Abschluß von der überseeischen Welt, daß die ganze Direktionslosigkeit der Entente-Politik hier klar in die Augen springt und infolgedessen die Notwendigkeit klar wird, Deutschland und Oesterreich-Ungarn gerade deshalb zum Kernstück eines großen mitteleuropäischen Gesamtgebietes zusammenzuschweißen, damit wir der angelsächsischen Welt gewachsen sind und die Gewißheit erhalten, daß die „natürlichen Kräfte“ gegen unseren Willen nicht dauernd von dem angelsächsischen Geldmonopol unterbunden werden können. Die Notwendigkeit eines unerschütterlichen Zusammenschlusses der beiden großen bestreunde-

ten mitteleuropäischen Reiche als Kampforganisation für die Beendigung des Krieges und als Defensiv-Organisation gegen seine Verewigung und gegen die Gefahr einer dauernden Unterwerfung der europäischen Herzstaaten unter die englisch-amerikanische Billfür, kann also durch nichts besser erhärtet werden, als durch die Aufnahme, die der Gedanke einer Vertiefung und eines Ausbaues der deutsch-österreichisch-ungarischen Bundesbeziehungen bei unseren Gegnern erfahren hat.

Wenn also Graf Burian jetzt nach Berlin kommt, um die Verhandlungen einzuleiten und gewissermaßen eine geschäftsordnungsmäßige Verständigung darüber zu schaffen, an welchem Punkte und von wo aus der allgemeine feststehende Entschluß in konkrete, endgültige Vereinbarungen übergeführt werden soll, so dürfen weder politische noch wirtschaftliche noch sonstige Fragen zum Angelpunkt des Ganzen gemacht werden, sondern die Festlegung des künftigen Verhältnisses zwischen der Donaumonarchie und dem Deutschen Reich muß den Mittelpunkt und Ausgangspunkt bilden. Dazu muß der unbedingte Wille vorhanden sein, weil die große weltgeschichtliche Erkenntnis es so erfordert. Alles andere, selbst das noch so Verwickelte und Schwierige, wird dann ganz von selber folgen.

19

Preis der Anzeigen:

Die kleine Zeile 70 c. Abendblatt 30 c. Reklamen
 # 2.50 Abondb. # 3- 40% Tonerungszuschlag.
 Stellengesuche 10% Tonerungszuschl. Familien-
 anzeigen. Sonntagsblatt. Platz- u. Datenvorschr. ohne
 Verbindlichk. — Anzeig. neh. an: Geschäftsstelle
 Frankfurt a. M.: Gr. Eschenheimerstr. 33/37. — Schiller-
 str. 20. Mainz: Schillerpl. 3. Berlin: Mauertstr. 10/18.
 Dresden A.: Waisenhausstr. 25. München: Perucusastr. 5.
 Offenbach: Biebererstr. 34. Stuttgart: Poststr. 7. Zürich:
 Nordstr. 62. Unsre Agenturen u. d. Ann.-Expedit.
 Vorlag und Druck der Frankfurter Societäts-
 Druckerei G. m. b. H.

Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430.

Die Reform des auswärtigen Dienstes.

II. *) (Schluß.)

Im engen Zusammenhang mit der Aufhebung der Trennung steht die Vorbildung der Anwärter. Als Vorbedingung für den Konsulardienst wird mit Ausnahme der Dragomane ganz allgemein das Assessorexamen verlangt. Damit hat man gute Erfahrungen gemacht. Für den diplomatischen Dienst gibt es keinerlei Ausnahmenvorschriften. Wer gute Beziehungen hat, viel Geld besitzt, einen hohen adeligen Namen trägt und vielleicht Leutnant bei einem bevorzugten Garderegiment ist, dem steht bei einiger Geneigtheit des Personalbezerntenten der politischen Abteilung der Weg offen für den diplomatischen Dienst. So war es in den letzten Jahrzehnten, in denen sich unsere Diplomatie nicht überall durch ihre Tüchtigkeit ausgezeichnet hat, so war es bis heute. Aber es hat Zeiten gegeben, wo auch in der Vorbildung, zwischen den Diplomaten und den Konsuln kein Unterschied bestand. Ein sehr lehrreiches Beispiel findet sich dafür in den Denkwürdigkeiten des Fürsten Eitel-Friedrich zu Hohenlohe-Schillingsfürst. Der junge Prinz Hohenlohe knüpfte im Jahre 1841 Verbindungen mit den leitenden Persönlichkeiten des preussischen Ministeriums zur Vorbereitung des Eintritts in den preussischen diplomatischen Dienst an. Er wollte von dem vorgeschriebenen Vorbereitungsdienst bei der Justiz und den Verwaltungsbehörden, welcher nach den Anschauungen des hohen Adels nicht standesgemäß war, dispensiert werden und, lediglich mit dem Referendarexamen ausgestattet, in den diplomatischen Dienst übertreten. Seine Versuche sind gescheitert. Der König Friedrich Wilhelm IV. antwortete ihm nach einer sehr langen Respektskrist, die den Ungebildigen schon etwas ehgefühlt zu haben scheint, in einem auch für die heutige Zeit noch sehr beachtenswerten Brief unter dem 14. Januar 1842:

„Hochgeborener Fürst! Ich habe über den Mir von Euer Liebden unter dem 19. Oktober v. J. zu erkennen gegebenen Wunsch, Ihre Zulassung zur diplomatischen Prüfung ohne die vorherige reglementarische Beschäftigung bei den Gerichten und der Verwaltung betreffend, den Bericht des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten erfordert. Wenn Ich in Verfolg dessen Anstand nehme, auf jenen Wunsch einzugehen, so bestimmen Mich nicht bloß die Rückschlüsse, welche Mir bei dieser Gelegenheit über den augenblicklichen Stand der Prüfungsverhältnisse im Ministerium am allgemeinen zuteil geworden sind, sondern wesentlich auch die Rücksichten auf das eigene persönliche Interesse Euer Liebden, da Sie sich gewiß mit Mir selbst nicht verhehlen wollen, daß eine Bevorzugung, wie Euer Liebden solche in Antrag bringen, Sie künftig denen gegenüber in eine mindestens beeinträchtigte Stellung bringen dürfte, mit denen Sie berufen werden, dem diplomatischen Dienst obzuliegen. Es wird Mir daher angenehm sein, wenn Euer Liebden Ihren Entschluß, sich der diplomatischen Laufbahn in Meinen Diensten zu widmen, unter Erfüllung der diesbezüglich bestehenden reglementarischen Vorschriften zur Ausführung bringen.“

Hohenlohe schreibt in seinen Aufzeichnungen, daß er durch diese Antwort in einen „keineswegs erfreulichen Gemütszustand“ versetzt worden sei. Aber er überwand die Vorurteile der „Mediatistierten“ gegen eine regelmäßige Beschäftigung im preussischen Staatsdienst und trat als Auskultor in Ködlenz bei dem Gericht ein. Später vermerkt er in seinem Tagebuch, wieviel Freude ihm die ernste juristische Beschäftigung gemacht hat und welchen Nutzen er daraus für die „Regulierung unseiner Gedanken“ gezogen habe. Alles das gilt auch heute noch. Den jungen Anwärtern, die als Leutnants oder Regierungs-Referendare in den diplomatischen Dienst einzutreten pflegen, können die Erfahrungen des auch als Diplomat bewährten Staatsmannes nur zur ersten Ermahnung dienen. Wenn unsere Diplomaten die Interessen des Deutschen Reiches im Auslande nützlich vertreten und die Lehren des Auslandes der Heimat nutzbar übermitteln wollen, müssen sie zur ernsten Arbeit erzogen worden sein und den von Hohenlohe als notwendig erkannten Prozeß zur Regulierung der durch überschätzte gesellschaftliche Wichtigkeiten erzeugten unstillen Gedanken durchgemacht haben. Die Methodik der ernsten Arbeit muß jeder gelernt haben, der unter ernsthaft arbeitenden Volksgenossen bestehen, oder ihnen gar Richtlinien für ihre Lebensarbeit geben will. Dazu gehört weiter, daß unsere Diplomaten die Einrichtungen des eigenen Landes, unsere Verfassung, unsere Verwaltung, unser weit verzweigtes Wirtschaftsleben und die soziale Struktur unseres Volkes genau kennen. Es gibt eine Anzahl von Berufen, die diesen unbedingt notwendigen Ueberblick und die Methodik der Arbeit vermitteln, und wenn man unter diesen Berufen einen einzelnen als den empfehlenswertesten herausgreift, so werden berechtigte Einwände dagegen zu machen sein. Wir möchten den ernsten juristischen Staats- und Verwaltungsdienst als den empfehlen, der in jungen Jahren am prak-

*) Vergleichs Erstes Morgenblatt vom 13. ds. Mts.

Donnerstag, 20. Juni 1918

Zeitung

704

o gelehrten Sachen

Ich 3 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 0 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 60 Pf. die Zeile, Teuerungs- 10 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. in SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 801, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 292

Auslese der Diplomatie.

Von

Geheimen Regierungsrat W. Franz,

Professor an der Technischen Hochschule Charlottenburg.

In einer von Großkaufleuten verfaßten Denkschrift, die bereits in der „Vossischen Zeitung“ erwähnt worden ist, werden neuerdings die oft beklagten Schwächen unseres Auslandsdienstes besprochen, um daran Abänderungsvorschläge zu knüpfen, die sich auch auf die akademische Vorbildung sowie auf die Auslese des Beamtennachwuchses erstrecken. Es heißt hierin, daß die über große Bedeutung, die man der theoretisch-wissenschaftlichen und insbesondere der juristischen Schulung beilege, einen ungünstigen Einfluß auf die Leistungsfähigkeit der Beamten ausübe. Die Beamten seien infolgedessen mehr Juristen als Diplomaten, und in der Wilhelmstraße habe der Geist des Ideologen, des Theoretikers und des Juristen eine oft bedenkliche Rolle gespielt. Dazu komme nun noch, daß das Vorherrschende des Wels, die Begünstigung der Korpsstudenten und die an die Anwärter gestellte Forderung des Reichtums eine sehr bedenkliche Einengung der Kreise, aus denen die Beamten entnommen werden, bewirkt habe.

Diese Darstellung, die mit der öffentlichen Meinung zusammengeht, scheint mir nicht ganz zutreffend zu sein, weil sie weder dem juristischen Studium ganz gerecht wird, noch auch deutlich genug erkennen läßt, worin die wirklich schädliche Beschränkung der Auslese eigentlich besteht. Die Auffassung, daß das juristische Studium als solches ungeeignet sei, ohne daß ein guter Jurist nicht auch ein guter Diplomat sein könne, ist nicht richtig. Unsere Konsule und Diplomaten müssen in möglichst großer Zahl wissenschaftlich geschulte Männer sein, und sie müssen neben vielen anderen auch juristische Kenntnisse erworben haben. Ohne juristische Intelligenz ist ein guter Auslandsdienst überhaupt nicht denkbar. Es ist dagegen durchaus nicht nötig, daß zur Erwerbung der erforderlichen juristischen Kenntnisse der Studierende seine ganze Studienzeit auf die Jurisprudenz verwenden oder daß jeder zukünftige Konsul und Diplomat an der Universität studieren muß. Aber gerade das wird nicht allgemein anerkannt. Man ist im Gegenteil der Meinung, daß das juristische Universitätsstudium auch das Berufstudium für den Auslandsdienst sein müsse und daß deshalb als Anwärter nur solche Akademiker in die Laufbahn aufgenommen werden dürften, welche ihre Studienzeit ganz der Jurisprudenz gewidmet haben. Diese Ausschließlichkeit ist sogar so weit getrieben worden, daß auch die Ablegung der ersten juristischen Prüfung (wie sie für den Eintritt in die Richterlaufbahn verlangt wird) Bedingung geworden ist. Daß die erforderlichen juristischen Kenntnisse etwa an einer anderen Hochschule (z. B. an der Handelshochschule) gewonnen werden könnten, hält man nicht für möglich. An diesem Irrtum krankt das ganze System, nach dem wir in Deutschland nicht nur den Nachwuchs für die höhere Verwaltung, sondern auch den für die Diplomatie, wie überhaupt die ganze Beamtenchaft für die Lebensführung erziehen.

Viel empfindlicher als die angebliche gesellschaftliche ist daher die wissenschaftliche Abgeschlossenheit der jungen Beamten. Daß man sie zwingt, so ganz ohne Rücksicht auf die Befähigung und Neigung sich sämtlich bei einer juristischen Fakultät einschreiben zu lassen, und daß man sie unter das starre Gebot einer bestimmten Wissenschaft stellt, ist Ursache einer stark hervortretenden Einseitigkeit ihrer Geistesrichtung. Besonders nachteilig ist dabei der Ausschluß aller Akademiker anderer Wissenschaften und anderer Hochschulen, und zwar schon deshalb, weil es in der Verwaltung und noch mehr in der Diplomatie auf die Art und den Inhalt des akademischen Unterrichts und selbst auf das Wissen längst nicht so sehr ankommt, als auf die Frage, ob der junge Beamte überhaupt wissenschaftlich arbeiten lernt. In dieser Hinsicht kann ein akademisches Studium z. B. der Volkswirtschaft oder der Technik doch nicht geringer gewertet werden, als ein solches der Jurisprudenz.

Da es für den Diplomaten kein Fachstudium (wie für den Richter, den Volkswirt, den Ingenieur) gibt, kann auch nicht allgemein die eine Fakultät höherwertiger sein, als eine andere, das Studium an der einen Hochschule nicht besser und wirksamer für die geistige Entfaltung sein, als das an einer anderen Hochschule. Entscheidend ist immer, mit welchen Fähigkeiten der Studierende in das Studium eintritt und mit welchem Interesse er sich dem Studium widmet. Es ist leicht denkbar und oft wohl der Fall, daß ein junger Mann, der ohne innere Neigung zur Jurisprudenz bei einer juristischen Fakultät nur deshalb studiert, weil er den Berechtigungsschein der ersten juristischen Prüfung erwerben will, während seines akademischen Studiums längst nicht den gleichen Grad wissenschaftlicher Schulung erreicht, als ein anderer, der mit starker innerer Neigung für andere Wissenschaften eine andere Hochschule bezieht. Dabei bleibt natürlich Voraussetzung, daß der Studierende auch an der anderen Hochschule das Maß an juristischen Kenntnissen und allgemeiner staatswissenschaftlicher Einsicht erwirbt, das von jedem Anwärter beim Eintritt in die diplomatische Laufbahn (beim Beginn der praktischen Schulung) gefordert werden muß. Daß diese Einsicht an den meisten Hochschulen möglich ist, mag in weiteren Kreisen unbekannt sein, würde aber doch nicht erklärbar, weshalb die maßgebenden Stellen, und besonders die Parlamente, an dem Vorrecht der Juristenschule festhalten wollen. Ganz unverstänlich bleibt der bis herige vollständige Ausschluß von juristisch und staatswissenschaftlich geschulten Akademikern anderer Richtungen (z. B.

Sonnabend, 22. Juni 1918

Zeitung

704

gelehrten Sachen

Morgen-Ausgabe angeführt

 26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800,
 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

abgewiesen.

Deutschtum und Slawentum.

Von

Dr. Alexander Reblisch.

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Wien, 19. Juni.

Der Anspruch der Tschechen auf eine Teilnahme an der Bestimmung ihrer völkischen Geschicke, also an der auswärtigen Politik des Staates, dem sie angehören sollen, kann nur dann mit einigem Recht aufrecht erhalten werden, wenn sich zeigt, daß sie schon bisher ein eigenes außenpolitisches Programm besessen haben, das im Rahmen Oesterreich-Ungarns erfüllbar gewesen wäre, aber nicht erfüllt worden ist. Ein solches Programm weisen nun die politischen Führer der Tschechen vor und erklären, daß gerade seine Vernachlässigung wesentlich zur Herbeiführung jener europäischen Lage beigetragen habe, die den Krieg unvermeidlich gemacht hat.

In erster Dinstage können es die meisten tschechischen Führer ab, ihre außenpolitischen Ziele mit denen des Panlawismus schlechthin identifizieren zu lassen, zumal wenn von der Zeit vor dem Kriege die Rede ist. Die Haltung sehr vieler Tschechen während des Krieges selbst war allerdings, wie sie selbst kaum bestreiten, ausgesprochen panlawistisch. Man weiß längst, daß die bekannten Vorkommnisse an der Front und verschiedene zum Teile weniger bekannte Ereignisse hinter der Front Folgeerscheinungen einer Propaganda gewesen sind, die ganz ohne Zweifel mit dem allslawischen Solidaritätsgedanken operiert hat. Dieser Tatbestand wird von tschechischer Seite nicht rundweg abgeleugnet, sondern er wird nur damit begründet, daß der Ausbruch des Krieges in seinem ganzen politischen Zusammenhange und der Charakter dieses Krieges, als eines Kampfes der deutschen Mächte gegen die Slawen, den Tschechen jede Möglichkeit versperrt habe, anders als durch die Lostrennung von der Monarchie und durch die vollendete Solidarität mit dem übrigen Slawentum seine Ziele zu erreichen.

Diese Ereignisse sind in verschiedenen Hochverratsprozessen behandelt worden, mit der größten Ausführlichkeit in dem Prozeß gegen den früheren Reichsratsabgeordneten Dr. Kramarsch. Die Anklagebehörden, die in diesem Prozeß zwar über zahlreiche Beweise für das Vorhandensein einer staatsfeindlichen Bewegung unter den Tschechen, nicht so sehr aber für die tatsächliche Mitschuld des Dr. Kramarsch besaß, versuchte die Lücken ihrer Beweisführung in letzterer Hinsicht dadurch zu ergänzen, daß sie auf die politische Tätigkeit des Angeklagten in der Zeit vor dem Kriege zurückgriff. Die Polemiken der Prozeßakten gerade über dieses Kapitel sind besonders interessant, weil Dr. Kramarsch in der Zeit vor dem Kriege als der unbestrittene Wortführer der Tschechen in außenpolitischen Dingen gelten dürfte. Die Prozeßakten können deshalb als ein Quellenwert zur Erforschung der tschechischen Politik vor dem Kriege angesehen werden.

Die Anklage leitet den Zusammenhang Kramarschs mit dem Panlawismus im wesentlichen aus seiner führenden Betätigung in der sogenannten neoslawischen Bewegung ab, die sie als eine Neuaufgabe des Panlawismus hinstellt. Aber diese Gleichsetzung der Begriffe wird von tschechischer Seite entschieden bestritten. Der Neoslawismus wird als eine durchaus unpolitische Kulturbewegung hingestellt, die insbesondere in den Jahren 1908 bis 1910 zwischen den Slawen diesseits und jenseits der Grenzen im Gange war, in öffentlichen Kongressen ihren Ausdruck fand und dann gerade durch die Haltung der russischen Panlawisten ihr Ende gefunden haben soll. Nach tschechischer Definition ist der Panlawismus eine wesentlich russische politische Richtung. Sein Ziel ist nicht nur die Lostrennung aller Slawen aus ihren bisherigen nichtslawischen Staatsverbänden, sondern auch ihre Sammlung unter russischer Führung. Diesem Gedankengang haben nun der Neoslawismus schon deshalb nicht folgen können, weil er als eine unpolitische Bewegung keinerlei Veränderung der staatlichen Zusammenhänge anstrebte.

Nun muß man ja allerdings gegen die Versicherung skeptisch sein, daß eine durchwegs von Politikern geleitete Bewegung auch nicht die geringste politische Nebenabsicht gehabt haben soll, zumal bei einem Volk wie die Tschechen, dessen gesamte Intelligenz durch und durch politisiert ist. Man wird also mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit vermuten dürfen, daß der Neoslawismus mit irgendeinem politischen Glaubensbekenntnis in verwandtschaftlichen Beziehungen gestanden hat, daß er mit kulturellen Mitteln politische Ziele vorbereiten wollte, und daß der von ihm offen geförderte kulturelle Zusammenschluß aller Slawen im Hinblick auch auf eine politische Annäherung gedacht gewesen ist. Es handelt sich nur darum, in welchen Formen sie sich vollziehen sollte.

Nach allem, was ich darüber von tschechischer Seite gehört, sowie in neueren und älteren Rundgebungen gelesen habe, hat ein erheblicher Teil der Tschechen, darunter vor allem auch zweifellos Dr. Kramarsch, in der Zeit vor dem Kriege den politischen Zusammenschluß der Slawen in der Weise angestrebt, daß die ganz oder teilweise von Slawen bewohnten Reiche ohne äußerliche Verän-

Sonnabend, 22. Juni 1918

Zeitung

1704

Id gelehrten Sachen

lich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Teuerungssatz 60 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Berlin SW 68, Kochstr. 22-23, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

-26 Fernsprech - Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Rumänien im Reichstag.

Erklärungen Kühlmanns.

Der Friedensvertrag mit Rumänien ist gestern im Reichstag ohne alle Feierlichkeit behandelt worden. Unserem Parlament fehlt das große Wort und die schöne Geste, um bei solchen Veranlassungen eine nach außen berechnete Wirkung zu erzielen. Und der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Herr Dr. Richard v. Kühlmann, dessen Name als erster unter dem Bündel von politischen, Rechts- und Wirtschaftsverträgen steht, tat nichts zur Belebung und Erhöhung des Eindrucks.

Man konnte erwarten, daß er das Vertragswerk, dem er so viele Wochen eifrigen Mühe geschenkt hat, nicht ohne Geleitsworte dem Parlament zur weiteren Behandlung überliefern werde. Aber diese Rede unterblieb, man weiß nicht recht, aus welchem sachlichen Grunde. Vielleicht lag nur der Wunsch vor, es einmal anders zu machen, als bisher. Herr v. Kühlmann schwieg und hörte, bequem in seinen Sessel gelehnt, den Bemühungen der Parteiredner zu, der vielbehandelten Frage eine neue Seite abzugewinnen. Freundliches Lob fiel dabei für die Unterhändler ab, besonders aus dem Munde der Vertreter des Zentrums und der Fortschrittlichen Volkspartei, während Herr Scheidemann sich mit einer staatsmännischen Zurückhaltung äußerte, die an die besten Ueberlieferungen aus der Zeit erinnerte, in der Herr Spahn namens des Zentrums die schwarzen und die heiteren Lese derart zu mischen wußte, daß niemand behaupten konnte, seine Partei habe sich nach irgendeiner Richtung festgelegt. Eine kritische Note schlugen Graf Westarp und Dr. Stresemann an, die nicht ohne Schärfe auf die politischen Mängel und Lücken der Verträge hinwiesen und mit Bedauern feststellten, daß die rumänischen Staatsmänner, die mutig genug in der schwersten Zeit sich zu Deutschland bekannnten, durch die Beibehaltung der Dynastie mattgesetzt wurden.

Die meisten Redner faßten sich kurz und verwiesen auf die eingehende Aussprache im Hauptausschuß, der ja immer mehr zum eigentlichen Träger der großen politischen Entscheidungen des Reichstags wird. Aber auch die Prüfung einer langen Rede des Abgeordneten Ledebour blieb dem Hause, das die Erwartung einer Erklärung des Staatssekretärs wider Willen an die Nähe fesselte, nicht erspart. Nicht, als hätte der Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie mehr zur Sache zu sagen gehabt als die anderen Redner. Im Gegenteil. Denn schließlich lassen sich die Dinge der auswärtigen Politik nicht ohne Zwang mit dem üblichen Phrasenschatz behandeln. Soweit sich nicht innerpolitische Dinge hineinziehen ließen, verwandte der Redner denn auch alle Zeit und Mühe darauf, sich einen Ordnungsruf zu verdienen.

Sein heißes Bestreben fand lange nicht das Ohr des Vizepräsidenten Paasche, dafür gaben seine gequälten Vergleiche zwischen den rumänischen Hohenzollern und den deutschen Dynastien dem Staatssekretär v. Kühlmann erwünschte Gelegenheit, den wenigen Worten, mit denen er sich schließlich und endlich doch zur Sache äußerte, einen schwungvollen Ausklang zu geben. Was er zu der Lösung der Norddobrudscha-Frage sagte, war von einer staatsmännischen Zurückhaltung, die kaum mehr erkennen ließ als den guten Willen, es allen Beteiligten recht zu machen. Auch die zukünftige Gestaltung unseres Verhältnisses zu Rumänien ließ er, unter Betonung optimistischer Erwartungen, in der Schwebe. Er setzt seine Hoffnung, nachdem man es unterlassen hat, durch Beseitigung der Dynastie und der Hauptschuldigen den gordischen Knoten zu zerhacken, auf den inneren Reinigungsprozeß, für dessen Ernst Herr Alexander Marghiloman ihm genügende Bürgschaft zu bieten scheint. Wir haben bereits früher gesagt, daß wir diesen Glauben nicht ohne weiteres zu teilen vermögen.

Dieses war die Generalprobe, die „große politische Aussprache“ soll am Montag beginnen. Die Rede des Staatssekretärs v. Kühlmann lassen wir im Wortlaut folgen.

J. E.

Wenn ich zu Anfang der heutigen Debatte nicht das Wort ergriffen habe, so geschah das aus der Erwägung heraus, daß die kostbare Zeit dieses hohen Hauses und die große Zahl der noch verbliebenen Aufgaben die Abkürzung der heutigen allgemeinen Debatte über die politischen Grundlagen des rumänischen Vertrages erwünscht erscheinen ließ und daß voraussichtlich der Lauf der Besprechung mir Gelegenheit geben würde, die wichtigsten Gesichtspunkte nochmals vor Ihnen, meine Herren, darlegen zu dürfen.

Ich will all die Punkte, welche nachher bei den einzelnen Beratungen mit mehr Nutzen durchgesprochen werden können, hier nicht erwähnen. Ich möchte mich nur auf diejenigen Gedankenreihen beschränken, welche bei der heutigen Besprechung hervorgetreten sind und eine Stellungnahme meinerseits bedingen.

In erster Linie gehört zu den Thesen, die von fast allen Rednern aus diesem hohen Hause erörtert worden sind, die Frage der Norddobrudscha. Da sie tatsächlich von den im rumäni-

eschichte dieses Weltkrieges ist die Behandlung der deutschen Gefangenen in Rumänien, die massenhaft dem ungetöde preisgegeben sind. Es ist eine Ehrenpflicht für uns, nicht nur für eine ausreichende Entschädigung der Hinterbliebenen oder zu Tode gemarterten Soldaten zu sorgen, sondern auch dafür anzustreben, daß die ruchlosen Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. (Sehr. Zustimmung.) Wir freuen uns über die im Friedensvertrag festgelegte Gleichstellung aller religiösen Bekenntnisse. Hauptsächlich gelten die Bestimmungen aber nicht nur für das wilde Rumänien, sondern auch für unser Deutsches Reich selbst, damit der Skandal aufhört, daß man sich bei uns in Deutschland in Kriegszeiten in einzelnen Bundesstaaten um die Frage streiten muß, ob die Katholiken in einem Jahr zwölf oder dreizehn Gottesdienste abhalten dürfen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Diese Vorkommnisse in einzelnen Bundesstaaten gereichen dem deutschen Namen nicht zur Ehre. (Sehr richtig! im Zentr.) Rumänien wird, wenn dieser Friedensvertrag Rechtskraft erlangt haben wird, in die Reihe der neutralen Staaten zurückkehren. Mit der bisherigen Neutralität Rumäniens haben wir freilich keine Erfahrungen gemacht, denn sie war im Grunde weiter nichts als die Vorbereitung für die offene Feindseligkeit. (Sehr richtig!) Wir billigen es daher, daß in dem Vertrage wohl ein Termin für die Demobilisierung, nicht aber ein solcher für die Beendigung der Besetzung des Landes enthalten ist. Rumänien handelt im eigenen Interesse, wenn es zu der bewährten alten Politik des Königs Karol zurückkehrt. (Beifall.)

Abg. Scheidemann (Soz.):

Wir Sozialdemokraten haben alles getan, um diesen Krieg auch einen demokratischen Frieden, der von Dauer ist, zu beenden. Zwischen dem Ausbruch des Krieges und dem Beginn unserer Friedensarbeit liegt eine einjährige Nacht. Unsere Arbeit ist nicht vergeblich gewesen. Ganz besonders nicht vergeblich im Inland, aber auch im Ausland haben die Volksmassen unsere Arbeit zu würdigen verstanden. Wenn die Völker selbst eingeschritten wären, hätten wir morgen den Frieden. Leider aber ist in unserem Lande die Demokratie ausschlaggebend entwickelt, am wenigsten in den Ländern, die sich so ungemein viel auf ihre Demokratie zugute tun. (Sehr richtig!) Das gilt vor allem für England, das jetzt sogar dem holländischen Abg. Troelstra den Vorwurf macht, daß er auf Einladung englischer Arbeiter nach England kommen sollte. (Hört! Hört!) Die Herrschenden in diesen Ländern wollen von einem Frieden der Verständigung nichts wissen, sie wollen die Entscheidung durch die Waffen. Diese Entscheidung ist zum Teil geschehen und auf Grund der Entscheidung durch die Waffengewalt ist es zu den Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk und Bukarest. Dem Frieden von Brest-Litowsk konnten wir nicht zustimmen, obwohl wir den Frieden mit Rußland selbst wollten. Bei dem Frieden von Bukarest handelt es sich um eine große Zahl von Verträgen, zu denen wir heute noch nicht Stellung nehmen können, ehe nicht im Ausschuss eine gründliche Erörterung stattgefunden hat und ehe nicht in der großen politischen Aussprache der nächsten Woche der Reichstag zum ganzen Ostproblem Stellung genommen hat. Hauptsächlich kommt etwas Ersprießliches heraus. (Beifall.)

Abg. Dr. Wiemer (Volksp.):

Wie jeden Friedensschluß, so begrüßen wir auch den Frieden mit Rumänien und hoffen, daß er die Bahn freimacht für die Wiederaufnahme friedlicher Kulturarbeit. Wir wollen nach dem Vertrage fortan mit Rumänien in Frieden und Freundschaft leben. Ob allerdings im deutschen Volke nach dem Verhalten Rumäniens im Weltkriege große Bereitwilligkeit zu freundschaftlichen Beziehungen vorhanden ist, läßt sich zweifelhaft erscheinen. Wir hoffen gleichwohl, daß der Vertrag eine geeignete Grundlage abgeben möge, wenigstens für die Wiederaufrichtung des Wirtschaftsverkehrs. Ein hohes Maß mühevoller und pflichttreuer Arbeit ist auf das Zustandekommen dieses Vertrages verwendet worden. Der Reichstag ist sich einig in dem Dank, der den erfolgreichen Unterhändlern gebührt. (Beifall.) Auch wir wollen in diesem Augenblick nicht in eine eingehende sachliche Erörterung treten und glauben mit dem Vorredner, daß es zweckmäßiger ist, hierüber im Ausschuss eine gründliche Aussprache herbeizuführen. Dabei wird es an Meinungsverschiedenheiten nicht fehlen, aber sicher wird sich am Schluß eine große Mehrheit im Reichstag finden, die diesem Vertrag zustimmt; befeelt von dem Wunsche,

Die Eröffnung des polnischen Staatsrates.

Warschau, 22. Juni. (Meldung des Wolffschen Bureau.) Heute vormittag versammelten sich in der Johanneskathedrale in Warschau die Mitglieder des polnischen Staatsrates unter Vorsitz des Regentenschaftsrates im Königreich Polen, Erzbischof Rakowski, Fürst Lubomirski und Ritter v. Ostrowski, und in Anwesenheit der deutschen und österreichisch-ungarischen Kommissäre bei der königlich polnischen Staatsregierung, um mit einem feierlichen Gottesdienst die Eröffnung der Staatsratssitzungen einzuleiten. Die Messe gelehrte der Bischof von Kujawien Jozefowicki. Nach der gottesdienstlichen Handlung, der ein zahlreiches Publikum beiwohnte, richtete der Bischof an die Staatsratsmitglieder, die das Presbyterium füllten, eine Ansprache, in der er sie aufforderte, unter Zurückstellung aller persönlichen und Parteinteressen, nur dem Wohle des Vaterlandes dienend, ihre große Aufgabe zu erfüllen. Hierauf sprach er für die Staatsratsmitglieder den Eid, durch den sie vor Gott und dem Regentenschaftsrat den Treuschwur leisteten. Mit der Absingung des alten polnischen Nationalliedes schloß die kirchliche Feier.

Im Kolonnensaal des alten Warschauer Königsschlusses fand sodann die feierliche Eröffnung des Staatsrates durch Erzbischof Rakowski statt. Unter Vorantritt des Ministerpräsidenten v. Stęszowski und der Mitglieder der polnischen Ministerien betrat der Regentenschaftsrat den Saal. Rechts und links vom Podium hatten Graf Berchensfeld, Graf Hutten-Czapki und Landtagsrat v. Cyhliński sowie Gesandter v. Ugron als Delegierter des I. u. I. Ministeriums des Neuern, Hofrat Rosner und v. Jęzowski, die Kommissäre bei der königlich polnischen Staatsregierung Anstellung genommen.

Die erste polnische Thronrede.

Fürst Lubomirski verlas namens des Regentenschaftsrates die Thronrede, in der es unter anderem heißt: Der heutige Tag bedeutet einen wichtigen Schritt vorwärts in der Entwicklung der Kraft des polnischen Staates. Im Staatsrat erhalten wir denjenigen Faktor der Staatsgewalt, dessen Befehlen sowohl die unumgänglichen allgemeinen Bedingungen für die Gestaltung der polnischen politischen Verfassung als auch die dringendsten Bedürfnisse des täglichen Lebens verlangen. Daher begrüßt der Regentenschaftsrat, ohne seine Augen davor zu verschließen, daß die Grundzüge, auf denen in der gewöhnlichen Lage der Staatsrat aufgebaut werden mußte, Mängel aufweisen, auch ohne zu vergessen, daß die Zusammensetzung des Staatsrates kein genaues Bild von der Verteilung der schöpferischen Kräfte des Volkes geben wird, in Ihrer Versammlung die erste polnische gesetzgebende Körperschaft seit vielen Jahren, in der tiefen und freudigen Zuversicht, daß Ihre patriotische Besonnenheit, Ihr geduldiger Eifer und Ihre Kenntnis von den Angelegenheiten des Landes eine Bürgschaft für fruchtbare Arbeit und zutreffende Entscheidungen in allen denjenigen wichtigen Aufgaben sein werden, die auf Entscheidung warten.

Fürst Lubomirski entwickelte in der Thronrede weiter ein Bild von den Aufgaben des Staatsrates, wobei er den Entwurf eines Militärgesetzes betonte, das in der Erwägung eingebracht werde, daß es die erste Pflicht eines Volkes, das frei werden wolle und solle, sei, dem Vaterland das Recht zu verleihen, seine Staatsbürger zu seiner Verteidigung zu berufen.

Die Thronrede schließt folgendermaßen: Der Regentenschaftsrat und die polnische Regierung hegen in genauer Beachtung der Entwicklung der Tatsachen die feste Ueberzeugung, daß das ganze Volk zu ihm steht, vereinigt in dem Streben nach einem freien und unabhängigen Dasein, und daß dieses Streben

durch die unerschütterliche Logik unterstützt wird, welche durch den großen Krieg zur Befreiung der Völker und zur staatlichen Neugestaltung im Osten Europas führt. Wir stützen uns auf den großherzigen Willen der mächtigen Herrscher, die Polen ein unabhängiges Dasein verbürgen. Diese Bürgschaft ist einerseits die Quelle tiefer Dankbarkeit für die Monarchen, andererseits für uns und unsere Regierung die Grundlage der Ueberzeugung, daß die Verwirklichung der staatlichen Unabhängigkeit Polens in engem Einvernehmen mit den beiden Mittelmächten fortschreitend in einem dauernden Vertrage mit diesen zum Ausdruck kommen wird.

Indem wir diesen Weg gehen, wünschen wir, daß Polen eine historische Mission im Osten Europas verwirkliche, und wir glauben fest, daß unser Erfolg im höchsten Maße davon abhängt, welche kulturelle und politische Reife wir im Innern unseres eigenen Landes erlangen werden, und deswegen, meine Herren, legen wir das größte Gewicht auf Ihre Arbeit, deren Verlauf und deren Ergebnisse. Tief bewegt, stehen wir Gott um seinen Segen an für Sie, der zugleich auch für Polen ein Segen werden wird.

Nach Verlesung der Thronrede erklärte der Erzbischof den Staatsrat für eröffnet. Das Mitglied des Regentenschaftsrates v. Ostrowski richtete hierauf mit einigen Worten an den Sekretär des Regentenschaftsrates die Aufforderung, daß vom Regentenschaftsrat zum Marschall des Staatsrates bestellte Staatsratsmitglied Franciszek Pulański zu verbleibe.

Präsident Chelmiński verlas die Eidesformel, die der Marschall durch Handschlag in die Hände der Mitglieder des Regentenschaftsrates bekräftigte. Darauf brachte Staatsratsmarschall Pulański mit einer kurzen Ansprache namens des Staatsrates dem Regentenschaftsrat Inbegriff und Treugelübnis dar, das in einem Hoch auf das Königreich Polen ausklang.

Warschau, 26. Juni. (Meldung des Wolffschen Bureau.) In der gestrigen ersten ordentlichen Sitzung des polnischen Staatsrates, welcher im Gebäude der Kreditgesellschaft der Stadt Warschau tagt, wurde die Wahl des aus 20 Mitgliedern bestehenden Hauptausschusses und der vier Sekretäre vorgenommen. Zu Vizepräsidenten wurden die Staatsratsmitglieder Mikulowski, Formorski und Badzyski gewählt.

Der Staatsratsmarschall Pulański hielt zu Beginn der Sitzung eine Ansprache, in der er nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Wiedererhebung des polnischen Staates die Freuden und Sorgen schilderte, welche an einem Wendepunkt der Geschichte entstehen, wo die großen Ideen der Freiheit die Wälder der ganzen Welt zu erfassen und sich zu verwirklichen beginnen. Was diese Sorgen betrifft, ist, so sagte er, zu bedenken, ob wir, die wir den Verbindungspunkt des Ostens und des Westens bilden und zu Wächtern der westlichen Kultur berufen waren, imstande sein werden, durch eigene Geisteskraft und eigenen Schaffensdrang uns der vom Osten nahenden Bestäubungswut der Anarchie entgegenzustellen. Diese Anarchie bedroht unsere nationale Kultur und unsere in jahrhundertelanger Arbeit errungenen Früchte der Zivilisation. Der Staatsratsmarschall forderte zu gemeinsamer Arbeit und zur Schaffung neuer Grundlagen auf, auf denen der zukünftige Bestand und der normale friedliche Aufbau des Staates beruhen werden. Je ausgiebiger die Arbeit in dieser hohen Kammer sein wird, um so größeres Ansehen wird unsere Stellung vor der Welt gewinnen. Die Welt wird den Beweis haben, daß wir imstande sind, mit Nutzen für das europäische Gleichgewicht, besonders aber für unsere Bundesgenossen, einen Staat zu schaffen, der den Schutz der Kultur und des gesunden Fortschrittes vertritt. Es muß unserm Volke nur die volle Freiheit gegeben werden, seine angeborenen Eigenschaften und Talente im Sinne des Selbstbestimmungsrechtes zu entwickeln.

Ein Telegramm des Wiener Polenklubs an den Staatsrat.

Der Obmann des Polenklubs Dr. Tertil richtete aus Anlaß der Eröffnung des Warschauer Staatsrates folgendes Telegramm an den Marschall Franz Pulański: „Das Präsidium des Polenklubs in Wien übersendet dem Staatsrate am Tage seiner Eröffnung die herzlichsten und wärmsten Wünsche erpöflicher Arbeit beim Aufbau des unabhängigen polnischen Staates. Wir hegen die Sicherheit, daß der Staatsrat die glorreichen Traditionen des Warschauer Landtages erneuern und feste Grundlagen für das freie Polen schaffen wird. Wir Polen in Galizien sind mit unsern Herzen und Gedanken bei euch und erwarten mit Sehnsucht den Augenblick, da die Wünsche der Nation sich erfüllen werden. Doktor Thaddäus Tertil, Obmann des Polenklubs in Wien.“

Die Rede Kühlmanns. Vor dem deutschen Reichstag.

(Zusammenfassung der Reden des Reichstages.)

Berlin, 24. Juni.

Der Reichstag begann heute die Erörterung der Etats des Reichskanzlers und des Auswärtigen Amtes. Reichskanzler Graf Hertling, Vizekanzler v. Bayer und Staatssekretär v. Kühlmann saßen auf der Ministerbank.

Zuerst erstattete im Namen des Ausschusses Prinz Schönau-Carolath den Bericht über die beiden Etats und gab dabei einen kurzen Ueberblick über die wichtigsten Ereignisse auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, in dessen Verlaufe er unter anderem den Rücktritt des Grafen Czernin erwähnte und ihm ein paar sehr herzliche Abschiedsworte widmete.

Man hatte zu Beginn der Debatte eine Rede des Reichskanzlers erwartet. Dieser aber verharrete schweigend auf seinem Platze. Statt seiner erhob sich Staatssekretär v. Kühlmann und hielt eine etwa einstündige Rede, die eine Uebersicht über die gesamte auswärtige Lage gab. Auch er gedachte des Rücktritts des Grafen Czernin, den er einen glänzenden Staatsmann nannte, und begrüßte mit warmen Worten seinen Nachfolger Grafen Burian, dessen treue Freundschaft und Anhänglichkeit an das Bündnis von vornherein über allen Zweifel erhaben sei. Der Staatssekretär gedachte der Entzweiung zwischen dem deutschen Kaiser und dem Kaiser von Oesterreich. Er nannte diese Entzweiung einen bedeutungsvollen Akt und konstatierte unter dem Beifall des Hauses: Die beiden Kaiser haben sich in feierlicher Weise in Gegenwart der leitenden Staatsmänner aufs neue versichert, den bestehenden Pakt in Treue zu halten und das Bündnis zu verstärken, zu erweitern und zu vertiefen, nach militärischer, nach politischer und nach wirtschaftlicher Seite hin.

Nach einem ausführlichen Rückblick auf die gesamte auswärtige Lage kam dann am Schlusse seiner Rede der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes auf die Friedensaussichten zu sprechen. Dieser Teil seiner Rede erregte das größte Aufsehen und wird nicht minder großes Aufsehen draußen im Lande und auch in der Welt erregen. Seit Jahren geben alle Erklärungen der Leiter der deutschen auswärtigen Politik die Versicherung der Friedensbereitschaft wieder. Auch Staatssekretär v. Kühlmann gab diese Versicherung von neuem, aber man darf vielleicht sagen, daß wohl noch nie im Namen der deutschen Regierung eine Rede gehalten worden ist, die sich in so unzweideutiger Weise auf den Standpunkt des Beständigkeitsfriedens stellt, eine Rede, welche die ungeteilte Zustimmung bei der Mehrheit des Reichstages fand, welche die Resolution für den Verständigungsfrieden seinerzeit zum Beschlusse erhoben hat. Eine Rede, die von einem Mitgliede dieser Verständigungsfriedensmehrheit auch kaum anders hätte gehalten werden können.

Mit dem deutlichen Streben, die Situation wahrheitsgemäß zu schildern und sich aller Schönfärberei zu enthalten, sprach sich Staatssekretär v. Kühlmann zunächst über die Friedensaussichten aus. Was er zur Frage, ob der Krieg noch ins fünfte Jahr hinüberführen werde, sagte, wird die Hoffnung mancher herabstimmen, die auf ein baldiges Ende des Krieges rechnen zu können glauben. Er stellte an die Spitze seiner Ausführungen ein Zitat aus einer Rede, die Feldmarschall Graf Moltke am 14. Mai 1890 im deutschen Reichstage gehalten hat und in der er von einem in der Zukunft drohenden Kriege zwischen den Großmächten Europas sprach. Graf Moltke kam zu dem pessimistischen Schlusse, daß Dauer und Ende eines solchen Krieges nicht abzusehen sei, daß dieser Krieg ein Siebenjähriger und auch ein Dreißigjähriger werden könne. Dieser Ausspruch des Grafen Moltke mit seinem Hinweis auf eine unabsehbare lange Dauer des Krieges wurde vom Reichstag mit einiger Unruhe aufgenommen. Staatssekretär Dr. v. Kühlmann ließ sich dadurch nicht beirren und knüpfte an die Ansicht des Grafen Moltke seine eigene, daß es unmöglich sei, mit Sicherheit einen Termin für das Kriegsende zu bestimmen.

Diese seine Beurteilung der Lage begründete er vor allem durch den Hinweis darauf, daß, während die deutsche Regierung mehrfach sich zum Frieden bereit erklärt hat, bei unseren Gegnern Friedensbereitschaft noch nirgends hervorgetreten sei. Er gedachte besonders der Erklärungen der englischen Staatsminister, von denen er sagte, daß sie keinen Lichtschein in das Dunkel dieses kriegerischen Dramas fallen lassen, und kam schließlich auf die letzte Rede des Ministers Balfour zu sprechen. Auch diese Rede, so sagte der Staatssekretär, ist wieder auf der alten Legende aufgebaut, daß Deutschland diesen Krieg entfesselt habe, um die Weltherrschaft an sich zu reißen. Staatssekretär v. Kühlmann wies diese Behauptung mit größter Bestimmtheit und Entschiedenheit zurück. Der Gedanke der Weltherrschaft, sagte er, ist eine Utopie. Niemand in Deutschland, weder der Kaiser noch die Regierung, noch überhaupt irgendein verantwortlicher Mensch, hat vor Beginn des Krieges auch nur einen Augenblick daran gedacht, Deutschland könnte durch Entfesselung eines Krieges die Weltherrschaft erlangen.

Der falschen Behauptung Balfours über die Schuld am Kriege stellte Staatssekretär v. Kühlmann die Wahrheit gegenüber und er fand bei der großen Mehrheit des Reichstages rückhaltlose Zustimmung, als er erklärte, daß dieser Krieg das Werk Rußlands sei, daß die gewissenlose zaristische Politik aus Angst vor der drohenden Revolution Rußland und dann ganz Europa in den Krieg gestürzt habe. Wohl sind noch nach Ansicht des Staatssekretärs England und Frankreich von einer gewissen Mitschuld nicht freizusprechen. Aber das zaristische Rußland trägt die Hauptschuld. Auch diese Stelle der Rede des Staatssekretärs erregte das größte Aufsehen. Sie ist zwar nicht in ausgesprochenen Worten, aber doch in der Sache eine Polemik nicht nur gegen den englischen Minister des Aeußern, sondern gegen die Auffassung, welche die Alldeutschen seit Beginn des Krieges mit allen Mitteln der

Agitation in Deutschland zu verbreiten suchen, gegen die Auffassung, daß der Krieg ein Werk der englischen Politik sei. Staatssekretär v. Kühlmann hat sich von dieser Auffassung heute in unzweideutiger Weise abgewendet, wenn er auch England von Mitschuld nicht freigesprochen hat. Man konnte deutlich bemerken, daß diese Stelle der Rede des Herrn v. Kühlmann auf den Banken der Konservativen großen Anstoß erregte.

Der Staatssekretär fuhr dann fort, daß er es für seine Pflicht halte, nicht nur der unrichtigen Darstellung des Herrn Balfour entgegenzutreten, sondern auch ihm die positiven Ziele Deutschlands entgegenzusetzen. Er faßte die deutschen Kriegsziele folgendermaßen zusammen: Was wir wollen, ist, daß wir innerhalb der Grenzen, die uns die Geschichte gezogen hat, frei, stark und unbeeinträchtigt leben können, daß wir einen Ueberseebesitz haben, welcher der Größe unseres Reiches und unseren bewiesenen kolonialisatorischen Fähigkeiten entspricht, und daß wir die Möglichkeit und Freiheit haben, auf freier See unseren Handel und Verkehr in die Welt zu tragen. Auch die Bekanntgabe dieser deutschen Kriegsziele rief großen und lebhaften Beifall bei der Mehrheit des Reichstages hervor. Es sind in der Tat die Grundzüge des Verständigungsfriedens, die der Staatssekretär aufgestellt hat. Sie enthalten kein Wort von Annexionen und verlangen tatsächlich nur, was Deutschland zum Leben braucht. Auch dieser Teil der Rede erregte das offensichtliche Mißfallen der Annexionisten auf den Banken der Rechten. In den Worten des Staatssekretärs wird auch gesagt, was er in seiner früheren Rede bereits deutlich genug ausgesprochen hat, daß Deutschland niemals daran denken werde, Elsaß-Lothringen ganz oder zum Teile herauszugeben. Er bezeichnet noch ausdrücklich die unbedingte Unversehrtheit des Gebietes des Deutschen Reiches und dessen Verbündeten als eine notwendige Voraussetzung für die Aufnahme von Friedensverhandlungen.

Dann ging er noch im besonderen auf die belgische Frage ein und antwortete auf die englische Forderung, daß die deutsche Regierung, ehe vom Frieden die Rede sein könne, erst einmal sagen müsse, was für Absichten sie mit Belgien habe. Der Staatssekretär weigerte sich, diese Frage zu beantworten und Erklärungen abzugeben, die Deutschland binden würden, ohne daß seine Gegner auch nur im geringsten festgelegt wären. Die belgische Frage ist, so erklärt Herr v. Kühlmann, nach Ansicht der deutschen Regierung eine Frage in dem Gesamtkomplex aller Friedensfragen. Diese Worte des Staatssekretärs haben also die Bedeutung, daß Deutschland jeherzeit bereit ist, mit seinen Gegnern über Belgien zu verhandeln, und daß es sich offenbar die Herausgabe Belgiens als Kompensation für die Erfüllung jener Ansprüche vorbehält, welche Herr v. Kühlmann heute formuliert hat und welche für Deutschland Existenzbedingungen bilden.

Die heutigen Ausführungen des Staatssekretärs v. Kühlmann lassen noch deutlicher als alle früheren deutschen Regierungserklärungen erkennen, daß man mit Sicherheit zu einer Verständigung über alle Fragen mit Einschluß der belgischen kommen könnte, wenn die Gegner sich überhaupt erst bereit erklären würden, einen solchen Verständigungsversuch und Friedensverhandlungen mit Deutschland anzuknüpfen. Staatssekretär v. Kühlmann ließ auch keinen Zweifel darüber, daß es erwünscht wäre, wenn unsere Gegner die Möglichkeit zu einer solchen Aussprache über die ganzen Fragen des Friedens geben würden. Er sagte mit Recht und gleichfalls unter Zustimmung der Mehrheit des Reichstages, daß von öffentlichen Erklärungen, die man sich gegenwärtig von der Rednertribüne zuwerfe, ein wirklicher Fortgang der Friedensaktion kaum mehr zu erwarten sei, und indem er eine Erklärung, die in England Minister Asquith am 16. Mai abgegeben hat, auch für die deutsche Regierung akzeptierte, sagte er mit den Worten Asquiths, daß die deutsche Regierung einem Antrag zur Erreichung eines ehrenvollen Friedens keineswegs ihr Ohr verschließen werde. Allerdings, so fuhr der Staatssekretär gleichfalls mit vollem Recht fort, kann auch dieses Gespräch nur zum Ziele führen, wenn man Vertrauen zueinander hat und wenn nicht, wie dies bisher mit allen Friedensversuchen der deutschen Regierung geschehen ist, jedes Friedensangebot als Falle bezeichnet wird. Staatssekretär v. Kühlmann erklärte mit allem Nachdruck, daß nur unter dieser Voraussetzung ein Gedankenaustausch über den Frieden Erfolg versprechen könne.

Es war dem Staatssekretär offenbar daran gelegen, mit seiner heutigen Rede einen Gedankenaustausch zwischen den kriegführenden Mächten anzubahnen. Denn er gebrauchte das Wort „Gedankenaustausch“ zweimal in bedeutungsvoller Weise und machte schließlich die Aeußerung, welche eigentlich die große Sensation seiner Rede bildete, daß ohne einen solchen Gedankenaustausch nur durch rein militärische Entscheidungen allein ein absolutes Ende des Krieges kaum erwartet werden könnte. Diese Ansicht, daß durch militärische Mittel allein der Krieg nicht zu beendigen ist, ist die Ansicht vieler Leute in den feindlichen Ländern, wie in Deutschland, und zum erstenmal aber hat sie in Deutschland mit unverhohlener Offenheit ein Mitglied der deutschen Regierung zum Ausdruck gebracht. Auch diese Aeußerung des Herrn v. Kühlmann fand den Beifall der Reichstagsmehrheit. Die Konservativen aber, wie man bald darauf in den Wandelgängen erfuhr, mißbilligten sie auf das schärfste und hielten sofort eine Fraktionsberatung ab, um dazu Stellung zu nehmen.

ten der
teilung,
Geräte
der Art
i wird,
um be-
sichtigt
ltig aus
attowik
Lage
sollen
b Stelle
ne Fun-
erhebt
bemer-
werden

g III.
Papier-
Anbau-
end des
Die be-
ereitung
innen
nn-Ma-
langen-
Schlesi-
eslauer
Schland
Waren
15 Fir-
ollektiv-
als Er-

üchrisse
smäßig
nungs-
au nst-
Gläser,
w. vor-
k unst-
U auch
und der
offiz in
Prof.
ter und
der die

bietend
s- und
ie von
Balkan
Lasten-
en.

ndustrie
Schauf-
schlichen
geführt
werden
K. J.

ahren
Georg,
Stadt
berung
v. Del-
stischen
werden

er Geh.
Raiseri.
e und
Buch-
heimen

Der Frieden mit Rumänien im Ausschuß.

Eine zweite Rede Kühlmanns.

Im Hauptausschuß des Reichstags wurde die an die vertraulichen Ausführungen des Staatssekretärs v. Kühlmann anknüpfende Aussprache über die politische Seite des Friedensvertrages mit Rumänien ebenfalls als vertraulich erklärt. Von den Parteien sprachen die Abgg. Graf Praschma (Str.), Woske (Soz.), D. Daumann (Dpt.), Köfide (kons.), Frhr. v. Richtigsohn (nl.), Warmuth (D. F.), Dr. Südekum (Soz.), Ledebour (U. Soz.), Abg. Erzberger (Str.), v. Graefe (kons.).

Auf die aufgeworfenen Fragen ging sodann Staatssekretär v. Kühlmann näher ein. Er führte aus: In meinen Darlegungen zur allgemeinen politischen Seite des Beratungstoffes kann ich mich wohl kurz fassen, da hierüber in der Öffentlichkeit schon ein sehr reger Meinungsaustrausch stattgefunden hat. Die schwierigsten Fragen des Friedensschlusses waren die territorialen Fragen. Oesterreich-Ungarn konnte als ohne Kriegserklärung überfallener Nachbar auf eine Grenzgestaltung dringen, welche derartige Vorgänge für die Zukunft ausschloß. Bulgarien hatte den vollen Anspruch darauf, einestheils alles das wiederzugewinnen, was Rumänien durch den heimtückischen Überfall im zweiten Balkankriege ihm entziffen hatte, und darüber hinaus, in Erfüllung alter nationaler Wünsche, nicht nur diesen Teil der Dobrudscha, sondern auch die Norddobrudscha mit dem Mutterlande zu vereinigen, in welchem zahlreiche bulgarische Kolonien von langer Hand her den bulgarischen Gedanken gepflegt und propagiert hatten. Für die Wiedergewinnung des an Rumänien verlorenen Gebietes hatten die Zentralmächte Bulgarien Zusicherungen gegeben, für die Norddobrudscha war das nicht in dem gleichen Maße der Fall, aber alle drei Verbündeten hielten es einstimmig für billig und gerecht, die von den verbündeten Truppen besetzte Norddobrudscha später gleichfalls an Bulgarien fallen zu lassen. Da dieses Gebiet aber gemeinsam von Deutschland, Bulgarien und der Türkei erobert worden war, schien es billig — und das wurde auch im Prinzip von allen Seiten anerkannt — daß der Übergang dieses Gebietes an Bulgarien erst nach einer Auseinandersetzung unter den Bundesgenossen erfolgen sollte. Die Auseinandersetzungen mit den beiden Zentralmächten boten keine Schwierigkeiten.

Zwischen Bulgarien und Deutschland bzw. Oesterreich schwebten einige laufende Fragen ökonomischer Natur, deren Erledigung keineswegs große überbrückbare Schwierigkeiten bietet. Anders lag es zwischen Bulgarien und der Türkei.

Die Türkei hatte sich an der Eroberung der Dobrudscha mit erheblichen Truppenmengen beteiligt und hierbei durch Krankheit und Gesehite viele Leute Hegen lassen, mithin hierfür erhebliche Opfer an Gut und Blut gebracht. Die Türkei suchte hierfür Kompensationen auf dem Gebiete, das unmittelbar vor dem Eintritt Bulgariens in den Krieg von der Türkei an Bulgarien an der Maritima abgetreten war. Diese damals in ziemlich harter durchgeführter Konzeptionen haben in der Tat eine höchst unerwünschte Grenze geschaffen. Namentlich ist die Vorstadt Karagatsch von Adrianopel an Bulgarien übergegangen. Jedem objektiv Betrachtenden war es unzweifelhaft, daß hier etwas geschehen sei, was auf die Dauer nicht bestehen könnte und daß hierüber freundschaftliche Auseinandersetzungen und Klarstellungen ein Gebot der Notwendigkeit seien. Leider bestehen zwischen unseren beiden Verbündeten noch aus den Balkankriegen gewisse gefühlsmäßige Unstimmigkeiten, welche die Behandlung der so heißen Grenzfragen bornig erscheinen lassen.

Deutschland und Oesterreich haben sich bis heute nach Kräften bemüht, einen Ausgleich zu schaffen, welcher den beiderseitigen Wünschen und Interessen entspricht. Je eher ein solcher Ausgleich erfolgt, je eher der endgültige Übergang der Norddobrudscha an Bulgarien vor sich gehen kann, desto besser für das Interesse des gesamten Bündnisses.

Der Vorschlag des Kondominiums ist von der Türkei und von Bulgarien ausgegangen, die gleichzeitig mit

an ist mit oselblichem Herrvordünfel vorgegangen General Gröner?) General Gröner sieht auch kann gegen seinen Vorgesetzten Generalfeldmarschall tun. Als er hier wider den Stachel zu löden ver-Sucht worden. (Große Heiterkeit.) Die jetzt in den Deutschen gegenrevolutionäre Helfers-kerapabst hat das Brot nicht gebracht. Deutschland n Diktator solidarisiert, um eine reaktionäre Herr- zu erhalten. Die ukrainische Demokratie ist von en Deutschland erfüllt. In Finnland besteht e Diktator Spinkuhubds, der eine monarchische Land anstrebt. Mögen die Anwärter nicht hin- wieweilig demokratische Konstituante sie gerufen hat, keiner Selbstbestimmung ist in den n noch nichts zu spüren. Alles ist noch Die Willkür wollen eben auch die politischen Ges- flüssen. Sie klammern sich nicht um Beschlüsse des an will nicht, daß die Demokratie dort hochkommt. hat sich keine Stimme von Bedeutung für eine hören lassen. Polen dürfen wir das Selbstbestim- t verweigern. Es war falsch, daß die politische t zu den Friedensverhandlungen herangezogen Friedensresolution besteht noch. Das t jederzeit bereit, einen Frieden auf der Basis der u schließen. Dieser besteht diese Genügsamkeit auf r noch nicht. Die deutsche Regierung muß auch mit in aufhören, als ob sie beständig Belgiens Kriegs- ich nicht mit einem nach allen Seiten unabhängigen aren ließen. Herr v. Kühlmann hat diesen Stand- rett zugegeben, aber er muß es schon einmal positiv den Gegnern eine Waffe aus der Hand zu nehmen. t ist ein deutsches Land, und bei den letzten Land- ist seine Bewohner gezeigt, daß sie jede Gemein- angussischen Nationalisten ablehnen.

Abg. Graf Weltary (kons.):

stände im Osten sind noch nicht geschaffen. Die Versuch noch nicht aufgegeben, in das russische Ge- n. Die russische Revolution hat auch noch keine acht. Es ist ihr noch nicht gelungen, Grundlinien Entwicklung festzulegen. Wir brauchen eine Grenze unferer Militärs. Mit dem neuen Polen müssen abhären leben. Die Stellung des Deutschtums im eglich gestärkt werden. (Beifall rechts.) Die Wünsche n hinter den Lebensinteressen Deutschlands zurück- trumsvertreter hat die Zustände in Litauen be- Militärverwaltung eine Gewaltherrschaft auslbe- en des Abg. Erzberger habe ich Mißtrauen. Ein- den werden kritisch vorgebracht. (Zuruf links: Tati- eine das allgemeine Bild. Die militärische Hand Litauen noch nicht abgezogen werden. Eine eigene nen halte ich nicht für den rechten Weg. Das geht dort möglichen polnischen Irredenta nicht. Die deut- it der Balken ist im Jahrhunderten vorbildlich ge- Die Offize darf nicht unter englischen Einfluß rest-Litowfser Vertrag hätte man die Frage klarer sehr richtig) Wir billigen die von Brest-Litowf- ne Politik der Regierung.

t muß fest und klar sein. Einen Teil der Rede haben wir deshalb mit erster Sorge mentlich das, was er über unsere zukünftigen Freie- gen nach Wosien hin ausgesprochen hat. (Beifall egierung muß ein festes Programm haben und und sie muß auch den Eindruck erwecken, daß sie führen wird. Die vom Staatssekretär heute aus- fassung, Rußland sei der eigentliche Urheber des hohen Maße politisch unerwünscht und ungünstig. England war Lott und Rußland der 17. Der Kampf mit England muß bis in Ende des Seins oder Nichtseins en werden. Es handelt sich um einen Kampf andienst des Geldes der Engländer. Eine Ver- eutschen Macht ist notwendig, damit wir unsere egen Englands Willen behaupten können. Dazu lgen und die flandrische Küste unter deutschen n. Außer der Unversehrtheit des deutschen Ge- ich andere Pläne, über die sich nicht verhandeln läßt illen Umständen durchgesetzt und als Ertrag dieser je für Deutschland von unseren Politikern ein- müssen. (Stürmischer Beifall rechts, Widerspruch et der Soz.; Welche Ziele?) Herr Abgeordneter können sie ja. Präsident Fehrenbach: boue, Sie müssen sich bis übermorgen gebulden.) den guten Willen Englands nutzt nichts. (Zu- t gutem Willen können Feinde nicht zu Verhand- ren werden. Vorgesetzung ist und bleibt eben der lassen. (Beifall.) Das ganze deutsche Volk vertraut feres Feldherrn Zeit und Ort des Sieges schon Er wird und muß erfolgen werden. (Beifall

stagt sich.
Hr: Weiterberatung.



Die Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

... an Sonn- und Festtagen
... Beilagen und Rubriken:
... Für Reise und Wanderung,
... gemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 3 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder vierteljährlich 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: 80 Pf. die Zeile, Teuerungs-
zuschlag 30%. Stellengesuche 60 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.
Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Verwaltung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech - Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800,
11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

um Japan zu dem so lange schon gewünschten Vorgehen in Sibirien zu veranlassen. Obwohl Clemenceau „Somme Libre“ bereits wissen will, daß Japan sich nunmehr zum Eingreifen entschlossen habe, so liegen zuverlässige Nachrichten, die das bestätigen, jedoch nicht vor. Ebenso liegt das Verhalten der Berühmtesten Staaten durchaus noch nicht klar. Nach un-

stätigten Meldungen verlautet, daß der Washingtoner japanische Botschafter sich in den nächsten Tagen nach Tokio begeben wird, um dort das Ergebnis seiner Besprechungen mit Wilson mündlich vorzutragen. Ueber die vom letzten Kronrat in Tokio gefaßten Beschlüsse soll nach einer Petersburger Darstellung Admiral Rato die diplomatischen Vertreter in Wladiwostok unterrichtet haben.

Kühlmanns Reichstags-Rede.

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt hat gestern zur Eröffnung der großen politischen Debatte im Reichstag eine Rede gehalten, die im Lande draußen Kopfschütteln erregt wird. Es gehörte bisher zu den diplomatischen Geschicklichkeiten des Staatssekretärs v. Kühlmann, daß er bei jeder Gelegenheit der letzten Darlegung seines Zieles auswich. Über seine politischen Handlungen sind immer nur dann verständlich gewesen, wenn man bei ihm die Auffassung voraussetzte, daß eine Verständigung mit England notwendig und erstrebenswert sei. Der ganze Zusammenhang seiner gestrigen Rede hat diese Auffassung bestätigt. Es soll heute gar nicht untersucht werden, ob ein solches Ziel im deutschen Interesse wirklich wünschenswert ist. Vielmehr wollen wir einmal Richtung und Ziel des Staatssekretärs als gegeben unterstellen. Aber dann entsteht um so dringlicher die Frage: Kann der Inhalt seiner gestrigen Rede uns auch nur einen Schritt diesem Ziele näherführen?

Herr v. Kühlmann hat das Problem der Schuld am Weltkrieg von neuem einer Betrachtung unterzogen. Das könnte an sich als nützlich und unschädlich erscheinen. Aber leider ist durch den Zusammenhang diese Untersuchung über die Schuldfrage zu einer sehr ernsthaften politischen Angelegenheit geworden. Der englische Minister des Auswärtigen hatte in seiner letzten Rede wieder einmal dem Deutschen Reiches vorgeworfen, den Krieg entfesselt zu haben. Wenn ein deutscher Staatsmann auf diesen Vorwurf überhaupt noch erwidern wollte, so dürfte er das nur dann, wenn er der Ueberzeugung war, den Vorwurf an England zurückgeben zu können. Entsprach das seiner Ueberzeugung nicht, so war es höchst gefährlich, sich auf das Glatteis solcher Diskussionen locken zu lassen. Herr v. Kühlmann aber hat als Antwort auf die englische Anklage gestern vor aller Welt England von der Schuld an der Entfesselung des Krieges feierlich freigesprochen. Die Geschichte von dem Brandstifter Rußland, das aus eigenem Antrieb die Welt in Flammen setzte, ist von ihm wieder einmal dem deutschen Volke erzählt worden. Aber diesmal nicht, um Rußland anzuklagen — denn dazu lag gar keine Veranlassung vor —, sondern um England zu entlasten. Und er besorgte diese Entlastung so gründlich, daß er England auch gleich noch Absolution für frühere historische Schuld erteilte. Um Deutschland gegen den englischen Vorwurf zu verteidigen, es erstrebe selbst die Hegemonie der Welt, erklärte er, daß durch Napoleon erwiesen sei, welche eine Utopie die Weltbeherrschung in Europa ist. Nun sollte heute doch wirklich bekannt sein, daß Napoleon nie davon gedacht hat, die Welt zu beherrschen. Vielmehr wollte auch Napoleon — genau wie Deutschland — die Weltbeherrschung Englands brechen. Und auch gegen Napoleon hat England mit genau den gleichen Mitteln gekämpft, wie es heute gegen Deutschland kämpft. Es hat ihn nie zur Ruhe kommen lassen und ihn gezwungen, in aller Herren Länder zu ziehen, die immer wieder von England gegen ihn aufgewiegelt wurden. Genau wie heute deutsche Truppen in der ganzen Welt kämpfen müssen, weil Englands Regierung alle Länder an ihren Drähten gegen Deutschland in Bewegung setzt. Und der Staatssekretär für die Auswärtigen Angelegenheiten des Deutschen Reiches macht sich nun jetzt — wo Deutschland seit vier Jahren im schwersten Kampfe gegen England steht, und das deutsche Volk allmählich begreift, daß Napoleons Schuld zum nicht geringen Teil die Schuld Englands war — jene Legende zu eigen, die von den Engländern in die europäischen Köpfe gehämmert wurde, daß Napoleon der Bedränger und England der Retter Europas gewesen ist. Und er bekräftigt diese Legende, indem er Englands neueste Blutschuld — die Schuld an dem jetzigen Kriege — von Englands Schultern abdrückt und auf Rußlands Schultern zu wälzen hilft. Es ist nicht die Zeit, über die Richtigkeit dieser Auffassung zu streiten. Aber welchen Erfolg verspricht sich denn der Staatssekretär davon, gerade in diesem Augenblicke die Verteidigung des englischen Feindes zu übernehmen? Politische Reden müssen doch schließlich einen politischen Zweck haben! Und wir können wirklich nicht recht einsehen, daß die Hebung des englischen Prestiges von der Regierungstribüne des Deutschen Reichstages herab das richtige Mittel sein sollte, die

englischen Staatsmänner geneigt zu machen, Verhandlungen mit Deutschland einzuleiten.

Der Staatssekretär will den Gedankenaustausch mit der Entente. Er hält ihn für nötig, weil nach seiner Auffassung „durch rein militärische Entscheidungen allein ein absolutes Ende kaum erwartet werden kann.“ Dieser Gedanke ist in der „Vossischen Zeitung“ dauernd ausgesprochen worden. Aber das ist doch stets in der Absicht geschehen, die verantwortlichen Politiker aufzufordern, nun doch auch ihrerseits das Notwendige zu tun, um die unerhörten Erfolge unserer Waffen durch politische Taten zu unterstützen und sie in die Mängel politischen Erfolges umzuwechseln. Aber wenn ein verantwortlicher deutscher Staatsmann erklärt, daß der Krieg militärisch nicht zu beenden ist, und wenn er dann weiter nichts dem hinzuzufügen weiß, als daß nur eben die Herbeiführung eines Gedankenaustausches notwendig ist, und wenn er dann gar noch darauf bedauernd feststellt, daß vorläufig keine Geneigtheit zu solchem Gedankenaustausch auf seiten unserer Feinde zu bestehen scheint, so bedeutet das einfach ein Ohnmachtsbekenntnis seiner Politik.

Die „Vossische Zeitung“ hat gestern morgen versucht, die Meinung der englischen Staatsmänner über bestimmte positive Friedensvorschlüsse zu erforschen. Ein Echo vom Auslande konnte darauf noch nicht vorliegen. Nun hat in zwischen der Staatssekretär v. Kühlmann ein eigenes „Ziel“ aufgestellt: „Wir wollen für das deutsche Volk, daß wir innerhalb der Grenzen, die uns die Geschichte gezogen hat, frei, stark und unbeeinträchtigt leben können, daß wir in Uebersee den Besitz haben, welcher unserer Größe, unserem Reichtum und den von uns bewiesenen kolonialisatorischen Fähigkeiten entspricht, und daß wir die Möglichkeit und die Freiheit haben, auf freier See unseren Handel, unseren Verkehr in alle Weltteile zu tragen.“ Das sei, wie der Staatssekretär gesagt hat, das, was wir „positiv“ wollen. Ist das aber etwas Positives? Ueber das, was „unserer Größe, unserem Reichtum und unseren kolonialisatorischen Fähigkeiten“ entspricht, was „frei und stark“ ist, was „freie See“ bedeutet, — gerade darüber gehen ja schon seit Jahren die Streitigkeiten hin und her. Ganz abgesehen davon, daß durch den russischen Frieden und besonders durch das, was Herr v. Kühlmann gestern noch über die russischen Randländer gesagt hat, sogar Zweifel darüber entstehen können, wo denn eigentlich die „Grenzen“ liegen, die der Staatssekretär meint. Wir können nichts von Positivem in den Kühlmannschen Kriegszielen finden. Alles, was er gesagt hat, dient nur dazu, von neuem wieder endlose Diskussionen von hüben und drüben zu entfachen. Und man fragt sich zum Schluß, wie auf diesem Wege selbst das Kühlmannsche Kriegsziel erreicht werden soll.

Aur ein positives Ergebnis hat die gestrige Kühlmannsche Rede zur Folge gehabt: Dem deutschen Volk ist vor Augen geführt worden, daß dieser Krieg noch lange dauern kann. Ihm ist gesagt worden, daß alle militärischen Erfolge uns nicht zum Ende bringen. Kurzum, es ist die Stimmung geschaffen worden, die England braucht, um noch lange nicht an den Verhandlungstisch zu gehen. Bhd.

Der Wortlaut der Rede.

Der feststehenden parlamentarischen Sitte folgend, werde ich, so fühle Staatssekretär v. Kühlmann, die Ehre haben, Ihnen über die gesamte Lage der Reichspolitik in großen Umrissen ein Bild zu entwerfen und dann auch in kurzen Worten auf die militärische Lage und die Friedensfrage einzugehen.

Wenn ich zunächst das Verhältnis zu unseren Bundesgenossen berühren darf, so ist in der uns benachbarten Verbindung und befreundeten österreichisch-ungarischen Monarchie der glänzende, nützige und tatkräftige Minister des Auswärtigen Graf Czernin aus innerpolitischen Gründen aus seiner Stellung ausgeschieden. Es ist mir ein aufrichtiges Bedürfnis, seiner stets bundesfreundlichen Tätigkeit am Ballplatz zu gedenken. Wenn uns etwas mit dem Scheiden dieses Ministers hat ausfüllen können, so war es die Person seines Nachfolgers, des Grafen Burian, eines bewährten Diplomaten, dessen treue Freundschaft, dessen Anhänglichkeit an das Bündnis von vorn herein über allen Zweifel erhaben feststand. Die enge persönliche

Kühnemanns Reichstagsrede.

Mit Stäherheit irgend einen Augenblick ins Auge zu fassen, zu welchem man sagen könnte: um diese Zeit muß dieser Krieg zu Ende gehen, ist mithin meines Erachtens unmöglich. Das Auge muß nach den politischen Motiven ausspähen, welche eventuell Friedensmöglichkeiten eröffnen könnten, und nach dieser Richtung hin muß ich sagen, daß trotz der glänzenden Erfolge unserer Waffen auf Seiten unserer Gegner Friedenswilligkeit, an maßgeblichen Stellen Friedensbereitschaft noch nirgends klar erkennbar hervorgetreten sind.

Die deutsche Regierung hat wiederholt in Kundgebungen, welche für die breitesten Öffentlichkeit bestimmt waren, ihren Standpunkt festgelegt. Nichts haben unsere Gegner aufzuweisen, was sich einigermaßen dem deutschen Friedensangebot, mit der Resolution dieses Hauses oder mit der Beantwortung der Papstnote in eine Reihe stellen könnte. (Sehr richtig im Zentrum und links.) Und die Äußerungen unserer Gegner, insbesondere der englischen Staatsmänner, welche jede Gelegenheit ergreifen, um in der Öffentlichkeit für ihre Ideen und Anschauungen zu wirken, lassen noch keinen friedlichen Lichtschein in das Dunkel dieses kriegerischen Dramas fallen.

Die Rede Balfours.

Walter Balfour hat vor einigen Tagen eine auch in der deutschen Öffentlichkeit beachtete Rede gehalten, auf die ich mit einigen Worten eingehen möchte, obwohl sie bisher nur in einem telegraphischen Auszug vorliegt. In dieser Rede ist die alte Legende erneuert, daß Deutschland diesen Krieg entfesselt habe, um die Welt Herrschaft an sich zu reißen. Diese Legende wird dadurch, daß sie immer wiederholt wird, nicht wahrer. Ich glaube nicht, daß ein verständiger Mensch in Deutschland jemals vor diesem Kriege die Hoffnung oder den Wunsch gehabt hat, Deutschland möge die Welt Herrschaft erringen, und ich glaube nicht, daß irgendein verantwortlicher Mensch in Deutschland, geschweige denn Seine Majestät der Kaiser oder die Kaiserliche Regierung auch nur einen Augenblick daran gedacht haben, sie könnten durch Entfesselung eines Krieges in Europa die Welt Herrschaft gewinnen. Der Gedanke der Welt Herrschaft in Europa ist — das hat das napoleonische Beispiel gelehrt — eine Utopie. Die Nation, welche dieselbe verwirklichen wollte, würde sich, wie es Frankreich an der Wende des Jahrhunderts ergangen ist, in einem nutzlosen Kampfe verbluten und in ihrer Entwicklung auf das schwerste geschädigt und zurückgeschraubt werden. (Sehr richtig im Zentrum und links.)

Dieser Krieg — und man kann das eben gitterte Wort anwenden: Wehe dem, der Europa in Brand steckt — zeichnet sich deutlicher und deutlicher ab als das Werk Russlands, der gewissenlosen russischen Politik, der Angst der russischen leitenden Kreise vor der Revolution, welche die unhaltbaren Verhältnisse im Lande näher und näher rückt. Ich glaube, daß man jeder sagen, ohne Angst, von dem Ergebnis weiterer Enthüllungen und Forschungen dementiert zu werden, daß, je tiefer wir in die Vorgeschichte des Krieges eindringen, desto klarer sich ergeben wird, daß die Macht, die den Krieg geplant und gewollt hat, Rußland gewesen ist. Daß die anderen Mächte, daß Frankreich als Kriegsheher dabei aufs schlimmste mitgespielt hat, daß die englische Politik sehr dunkle Seiten in dieser Beziehung aufzuweisen hat, daß insbesondere die Haltung der englischen Regierung in den Tagen vor dem Kriegsabbruch den russischen Kriegswilligen Rücken und entfesseln mußte, dafür gibt es Beweise genug in den bereits publizierten Aktenstücken.

Soviel über die Schuld am Kriege. Deutschland hat nicht einen Augenblick daran gedacht, diesen Krieg zu entfesseln, und hat vor allen Dingen nie einen Augenblick daran gedacht, dieser Krieg könne auch nur für einen Herrschaft über Europa, geschweige denn zu einer Welt Herrschaft führen; im Gegenteil, die deutsche Politik befand sich damals in der Lage, begründete Aussicht zu haben, wesentliche Ziele, die Ordnung der Verhältnisse im Orient und die Ordnung der kolonialen Verhältnisse auf dem Wege friedlicher Verhandlungen in zufriedenstellender Weise verwirklichen zu können.

Wo wohl in keinem Augenblick unserer neueren Geschichte war weniger Veranlassung für uns, einen derartigen Brand zu entfesseln oder zur Entfesselung beizutragen, als zu dem Zeitpunkt, wo er eintrat. Ich halte es aber für nützlich und notwendig, nicht nur auf der Negation zu verharren, nicht nur zu sagen, daß die Balfoursche Behauptung ein Hirngespinnst, wenn nicht eine Verleumdung ist, sondern ich halte es für notwendig, ganz einfach und leicht für alle verständlich zu sagen, was wir positiv wollen:

wir wollen auf der Welt für das deutsche Volk — und das gilt mutatis mutandis auch für unsere Verbündeten — innerhalb der Grenzen, die uns die Geschichte gezogen hat, sicher, frei, stark und unabhängig leben, wir wollen über See den Besitz haben, welcher unserer Größe, unserem Reichtum und unseren bewiesenen kolonialen Fähigkeiten entspricht, wir wollen die Möglichkeit und die Freiheit haben, auf freier See unseren Handel und unseren Verkehr in alle Weltteile zu tragen. (Bravo im Zentrum und links.)

Das sind mit wenigen kurzen allgemein verständlichen Worten im ganz groben Umriß die Ziele, deren Erreichung eine unbedingte Lebensnotwendigkeit für Deutschland ist. (Sehr richtig! im Zentr. und links.) Ich habe die Ehre gehabt, bei einer früheren Besprechung in diesem hohen Hause darauf hinzuweisen, daß die unbedingte Unverschränktheit des Grundgebietes des Deutschen Reiches und seiner Verbündeten eine notwendige Voraussetzung — ich sage ausdrücklich: Voraussetzung — für die Aufnahme irgendwelcher Friedensgespräche oder Friedensverhandlungen bildet. Ich habe damals mir auszusprechen erlaubt, daß darüber hinaus sämtliche Fragen Gegenstand der Beratung und Gegenstand der Einigung sein könnten, und ich glaube, so steht die Sache auch noch heute. Es wird uns von englischer Seite immer wieder der Vorwurf gemacht, daß wir in der belgischen Frage auf englische Anpassung hin nicht bereit seien, in öffentlicher Erklärung Stellung zu nehmen. In diesem Punkte unterscheiden sich auch die grundsätzlichen Anschauungen der Kaiserlichen Regierung von denen, welche die englischen Staatsmänner uns zumuten. Wir betrachten Belgien als eine der Fragen im Gesamtkomplex der Fragen; wir müssen es aber ablehnen, in der belgischen Frage sozusagen als Vorleistung Erklärungen abzugeben, welche uns binden würden, ohne die Gegner auch nur im geringsten festzulegen. (Sehr richtig!)

Uebrigens hat Mr. Balfour vorläufigerhand schon hinzugefügt, wir sollten keineswegs glauben, daß die Einigung über die belgische Frage der Schatz der englischen bzw. ententischen Wünsche schon erschöpft. Er hat sich wohlweislich geäußert, die Punkte zu bezeichnen, an denen er weitergehende Ansprüche oder Wünsche anzumelden vorhat. Nach den früheren Erfahrungen ist die Vermutung nicht unberechtigt, daß diese Worte einesteils an die Adresse von Paris gesprochen waren, und daß andererseits begehrtliche Absichten über das Mittelmeer hin nach dem augenblicklich von englischen Truppen besetzten Teilen Palästinas und Mesopotamiens schweiften.

Ich höre schon heute die Begründung, die seinerzeit für solche Wünsche gegeben werden wird: Daß England doch unmöglich die großen Opfer an Gut und Blut gebracht haben könne, ohne auch für sich selbst einen bescheidenen Gewinn bewahren zu dürfen. Was nun den wahrscheinlichen Gang der Ereignisse betrifft, so ist es früher vom Herrn Reichskanzler und auch von mir ausgesprochen worden, daß im gegenwärtigen Stadium der Entwicklung weitreichende Fortschritte auf dem Wege zum Frieden von öffentlichen Erklärungen, die wir uns gegenseitig von Rednertribünen aus zurufen, kaum mehr zu erwarten sind. (Lebhafte Zustimmung.) Wir können auch unsererseits genau die Worte uns zu eigen machen, die Mr. Asquith am 16. Mai gesprochen hat, wenn wir für „die britische Regierung“ die „Kaiserliche Regierung“ sehen:

„Die Kaiserliche Regierung hat die Ehre nicht für Schritte in der Richtung eines ehrenvollen Friedens geschlossen, und wenn ein Antrag an uns gestellt wird, von welcher Seite er auch kommen möge, wenn er nicht im Ungewissen schwebt, sondern auf festen Grundloggen ruht, dann wird man — dessen bin ich sicher — mit einem solchen Vorschlage bei unserer Regierung nicht an das Ohr eines Lauben klopfen. Möge dies deutlich sein!“

Wir können unsererseits dieselbe Erklärung mit dem Bewußtsein abgeben, daß sie unsere Politik voll und ganz deckt. Wenn einmal der Moment gekommen sein sollte — wann er kommt, darüber möchte ich mir auch nicht einmal eine Prophezeiung erlauben —, daß die Nationen, die heute kämpfen, in einen Gedankenaustausch eintreten, so wird vor allem auch als Vorbedingung nötig sein, daß man ein gewisses Maß des Vertrauens in die gegenseitige Anständigkeit und Ritterlichkeit fasse.

Solange jede Eröffnung von dem andern als Friedensoffensive, als Falle, als falsche Unternehmung, um zwischen den Verbündeten Zwietracht zu säen, aufgefaßt wird, solange jeder Annäherungsversuch von den Gegnern einer Annäherung in den verschiedenen Ländern sofort aufs heftigste denunziert wird, solange ist nicht abzusehen, wie irgendwie ein Gedankenaustausch eingeleitet werden kann, der zum Frieden führen soll. Ohne solchen Gedankenaustausch wird bei der ungeheuren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein absolutes Ende kaum erwartet werden können. (Sehr richtig! links — Hört! Hört!) Unsere Stellung auf den Schlachtfeldern, die ungeheuren Reserven an militärischen Hilfsmitteln, die Lage und die Entschlossenheit im Innern gestatten es uns, eine solche Sprache zu führen. Wir hoffen, daß die Gegner einsehen werden, daß gegen die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, der Gedanke an einen Sieg der Entente Traum und Illusion ist. Sie werden, wie Mr. Asquith es von uns erwartet, seinerzeit den Weg finden, um mit Friedensangeboten an uns heranzutreten, welche der Lage entsprechen und welche den deutschen Lebensnotwendigkeiten genügen. (Lebhaftes Bravo.)

Janitzky und Krißmann

Ich dieser Aufgabe durchaus sachgemäß entledigt hat. Dagegen haben einige seiner Äußerungen, wie ich zu meinem Bedauern feststellen muß, in weiten Kreisen eine mehr oder weniger freie Aufnahme erfahren. (Sehr richtig! rechts u. Natlb.) Der Staatssekretär hat die Schuldfrage am Kriege gespreizt. Ich will darauf nicht weiter eingehen. Diese Schuldfrage können wir getrost der Geschichte überlassen. (Zustimmung.) Schon jetzt liegen die Zeugnisse vor, die beweisen, daß Deutschland nicht schuld an diesem Kriege war, daß Deutschland nicht die Fackel entzündet hat, die diesen Weltbrand entzündete. (Zustimmung.)

Es liegt mir nun daran, einige Mißverständnisse auszuräumen, die, wie mir scheint, bei der Betrachtung des zweiten Teils der Rede des Staatssekretärs obgewaltet haben. Die Leubdeng dieser Ausführungen des Staatssekretärs waren lediglich, die Verantwortung an der Fortsetzung und unaufhörlichen Dauer des europäischen Krieges den feindlichen Mächten zuzuschreiben ganz in dem Sinne, wie ich das hier am 24. Februar getan habe. Denn von einer Erlahnung unseres energischen Willens, von einer Erschlitterung unseres Siegeszuversicht kann ja doch selbstverständlich nicht die Rede sein. (Demonstrativer Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.) Kaiser und Reich, Fürst und Volk arbeiten vertrauensvoll zusammen. (Erneuter Beifall.) Dieses Vertrauen gründet sich auf unsere unvergleichlichen Truppen (Bravo!), auf ihre genialen Führer (erneuter Beifall), auf das einheitlich und unerschütterlich zusammenstehende Volk, das so Großartiges in den hinter uns liegenden vier Jahren geleistet hat. Wir dürfen hoffen, daß der Allmächtige, der uns bisher geholfen, der uns von Sieg zu Sieg geführt hat, diese Treue des deutschen Volkes belohne. (Stürmischer Beifall.)

Ueber Einzelheiten wird nunmehr Staatssekretär v. Kühlmann selbst sprechen, um Mißverständnisse aus dem Wege zu räumen.

Staatssekretär v. Kühlmann:

Graf Westarp hat am Schlusse der gestrigen Verhandlungen, dem ich leider infolge dringender Amtsgeschäfte nicht beiwohnen konnte, verschiedene Kommentare zu meinen Ausführungen gemacht, denen ich zum Teil beitreten kann, zum Teil aber sehr nachdrücklich entgegenzutreten gezwungen bin. Ich habe gestern gesagt: „Wenn einmal der Moment gekommen sein sollte — wann er kommt, darüber möchte ich mir gegenwärtig auch nicht einmal eine Prophezeiung erlauben — daß die Nationen, die heute kämpfen, in einen Gedankenaustausch eintreten, so wird vor allem auch als Vorbedingung nötig sein, daß man ein gewisses Vertrauen in die Aufrichtigkeit und Mitleidlichkeit der Gegenseite faßt. So lange jede Eröffnung eines solchen Gedankenaustausches von dem andern Teil als Friedensoffensive, als Falle, als falsche Unternehmung, um Zwietracht zwischen den Verbündeten zu säen, aufgefaßt wird, so lange jeder Annäherungsversuch von den Gegnern einer Annäherung in den verschiedenen Ländern sofort auf das heftigste bekämpft wird, so lange ist nicht abzusehen, wie irgend ein Gedankenaustausch eingeleitet werden kann, der zum Frieden führt. Ohne einen solchen Gedankenaustausch wird bei der ungeheuren Größe dieses Adiktionskrieges und bei der Zahl der in ihm beteiligten, auch überseeischen Mächte durch rein militärische Entscheidungen allein ohne alle diplomatischen Verhandlungen ein Ende nicht erwartet werden können.“ (Lebhafte Zurufe: Lesen Sie aus dem unkorrigierten Stenogramm?) — Ich habe in meinem Stenogramm nichts vorgetragen, was den Sinn meiner Rede berührt. (Gehäuseneufe, Umrufe.)

Ich führe in der Vorlesung fort: „Unsere Stellung auf den Schlachtfeldern, die ungeheuren Reserven an militärischen Hilfsmitteln, die feste Entschlossenheit im Innern gestatten uns, eine solche Sprache zu führen. Wir hoffen, daß unsere Gegner einsehen werden, daß gegen die Mittel, die uns zur Verfügung stehen, der Gedanke an einen Sieg der Entente Traum und Illusion ist; sie werden, wie Respektlos von uns erwartet hat,

seinerzeit den Weg finden, mit einem Friedensangebot an uns heranzutreten, welches den deutschen Interessen entspricht und den deutschen Lebensnotwendigkeiten genügt.“

Das Mißtrauen der Gegner.

Nun hat Graf Westarp in seiner Rede davon gesprochen, daß ich einen Appell an den guten Willen Englands gerichtet hätte. Das hat mir total ferngelogen. Dieser Appell richtet sich an niemand besonders, und aus dem Zusammenhang meiner Rede geht klar hervor, was die Absicht war: nämlich daß Verhandlungen von Parlament zu Parlament und von Rednerbühne zu Rednerbühne uns — darüber wird wohl ziemlich allgemeine Uebereinstimmung herrschen — auf dem Wege zu einer Lösung kaum mehr wesentlich stehen können. Also bleibt nichts übrig, als der Weg der verroullenen oder diplomatischen Maßnahmen. Dieser Weg wird gleichfalls hoffnungslos verkannt, wenn von den Gegnern jede derartige Anregung von vorn herein als aus mala fides hervorgehend bezeichnet wird. Meine Absicht war dabei zu zeigen, daß die Gegner jeden Weg, der zur Verständigung führen kann, vollständig vorrammeln. Weiter hat Graf Westarp ausgesprochen, die Aufforderung, uns nicht jeden guten Glauben abzusprechen, sei bei den Engländern an die falsche Adresse gerichtet. Ich belege mich auf das eben Gesagte: solange die Gegner nichts, was wir sagen, als geeignete Grundzüge ansehen — wie soll da eine Diskussion zustande kommen? Dann hat Graf Westarp gesagt, aus gutem Willen würden unsere Feinde nicht in Verhandlungen eintreten, sondern sie müßten dazu gezwungen werden. (Sehr richtig! rechts.) Ich unterzeichne jedes Wort, aber wo ist der Appell an den guten Glauben?

Haben wir nicht Siege zu verzeichnen, so groß, wie sie die Geschichte kaum vergesse? Erwarten nicht unsere Feinde, wie ihre Presse zeigt, jede Minute neue große Schlagen? Sind das nicht Momente, die bei ihnen die Ueberzeugung aber Nachdenklichkeit darüber auslösen können, ob es nicht verständiger wäre, jetzt den Weg der Verhandlungen zu beschreiten? Graf Westarp meinte, die Voraussetzung für einen guten Frieden bleibe der Sieg unserer Waffen. (Zustimmung rechts.) Dem stimme ich vollkommen zu. Der Sieg ist auf unserer Seite, und wir hoffen auch in Zukunft zu siegen, solange, bis die Gegner zu Eröffnungen bereit sind, welche der Lage entsprechen und den deutschen Lebensnotwendigkeiten Genüge tun. Ferner hat Graf Westarp ausgesprochen: „Wie unser gutes Schwert den Frieden im Osten gebracht hat“, so wird das Schwert auch den Frieden im Westen bringen müssen.“ Der Verlauf im Osten ist der gewesen, daß die Gegner, als sie einsehen, daß weiterer Widerstand nur noch überflüssige Opfer bedeute, die Russen auf dem Wege des Friedens, die Ukrainer auf dem Wege der Delegation nach Prosl-Bitowsk, die Rumänen auf dem Wege diplomatischer Unterhandlungen uns ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, in Verhandlungen einzutreten. In der Rede des Grafen Westarp blieb es weiter, die Fassung meiner Erklärungen habe es vielleicht zweifelhaft erscheinen lassen können, ob ich auch der Meinung gewesen wäre, die ich soeben ausgesprochen habe. Ich lege den größten Wert darauf, festzustellen, daß ich durchaus dieser Meinung gewesen bin. Uebrigens geht aus den Worten des Grafen Westarp, er könne sich nicht denken, daß ich anderer Meinung gewesen wäre, aus diesen Worten, die Graf Westarp zu seiner Zeit gesprochen hat, als ich bereits den Reichstag verlassen hatte, ohne das Stenogramm meiner Rede vorher gesehen zu haben, hervor, daß ich daran nichts geändert haben kann. Das gebe ich den Herren zu bedenken, die vorhin der Meinung Ausdruck gegeben haben, ich hätte das Stenogramm geändert. (Sehr gut! Links und im Zentrum.)

Schlieflich hat Graf Westarp mir den Gedanken zugeschrieben, ich wollte nicht die Entscheidung durch die Waffen, sondern nur Verhandlungen herbeiführen. Dagegen muß ich auf das entschiedenste protestieren. Graf Westarp hat selbst gesagt, es könne sich nicht denken, daß ich eine solche Meinung gehabt hätte. Der Sinn meiner Rede war direkt und klar, und in dem Sinn des Wortes „nur“ liegt eine direkte (der Staatssekretär zeigt einen Augenblick mit dem Weiterreden) Umkehrung dessen, was ich gesagt habe, daß nämlich durch reine militärische Erfolge allein ohne diplomatische

Verhandlungen das Ende nicht herbeigeführt werden könne. Da lag der Schwerpunkt auf den militärischen Erfolgen, und die diplomatischen Verhandlungen wurden nur als sekundär gekennzeichnet. Hätte ich das gesagt, wovon Graf Westarp sagte, er könne es sich nicht denken, daß ich es hätte zum Ausdruck bringen wollen, dann wäre Ihr Angriff in vollem Maße gerechtfertigt.

Der Verlauf wird immer der sein, wie er von mir kurz gekennzeichnet worden ist; der militärische Erfolg ist die Voraussetzung und die diplomatische Grundlage der Verhandlungen. Meine gestrige Aufgabe als Diplomat (Zuruf h. b. Soq.: Diplomat?) war, von hoher Warte zusammenfassend die Ereignisse zu überblicken. Da mußte auch akademisch und theoretisch die Möglichkeit erörtert werden, wie aus den militärischen Erfolgen seinerzeit auf dem Wege der Verhandlungen der Gewinn ausgemünzt und gesichert werden sollte. Die Einfügung des „nur“, wenn sie berechtigt wäre, würde den Sinn genau ins Gegenteil verkehren.

Graf Westarp fährt fort: „Ich kann es mir nicht denken, daß das der Sinn seiner Ausführungen gewesen sein soll. Es würde ja draußen im Felde eine Wirkung ausüben, die ich nicht näher ausmalen will, und er würde sich auch in scharfen Gegensatz setzen zu Kundgebungen anderer Art, die wir in letzter Zeit oft genug gehört haben, Kundgebungen, die betonen, daß nur der Sieg der deutschen Waffen zum Ziele führen könne.“ Nachdem Graf Westarp selbst mehrfach sagt, er könne sich das nicht denken, und nachdem ich bestimmt versichern kann, daß es mir nicht eingefallen ist, das zu sagen, muß ich die Folgerungen auf das allerentschiedenste zurückweisen. Wir vertrauen auf die Siege der Vergangenheit und hoffen auf die Siege der Zukunft, und an die Siege wird sich die diplomatische Arbeit anschließen müssen. (Lebh. Beifall links und im Zentrum; Stößen rechts.)

Vom Waffen- zum Herzensbund.

Von Lutz Korodi.

Es mag etwas sentimental und unpolitisch klingen, wenn die Ver tiefung des Waffenbundes zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn zum Herzensbund auch der beteiligten Völker verlangt wird, und doch gibt es im Grunde keine festere und realpolitischere Basis für das zum Bund ausgestaltete Bündnis als die innere Annäherung der in Frage kommenden Staatsgemeinschaften. Daß die primitivsten Lebensbedürfnisse der habsburgischen Monarchie auf die unbedingte Notwendigkeit des Rückhaltes am Deutschen Reich hinweisen, hat Graf Tisza in der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom 19. Juni beweisträftig anerkannt durch die Feststellung: „Das einzige Hindernis des Friedens besteht darin, daß unsere Feinde noch jetzt die Zerschlagung unseres Landes (Oesterreich-Ungarn) als Kriegsziel aufstellen.“ Und prompter konnte ihm die Richtigkeit seiner Auffassung nicht bestätigt werden als durch die „Reuter“-Meldung vom 21. Juni, wonach dem Kongreß zu Washington der Antrag zuging, den Rebellen des Donauraumes, die von Rußland aus das Feuer gegen ihr Vaterland schüren, ein Ermutigungstelegramm zu senden, da Oesterreich-Ungarn „keine Daseinsberechtigung mehr habe“, denn es sei „innerlich ebenso versauert wie die Türkei“. Deutschland hinwiederum hat auch sein starkes Interesse an dem Bund mit dem befreundeten Nachbarreich, und dies Interesse wird um so lebhafter sein, je gefestigter dies Staatsgefüge in seinem Innern ist. Nur eben bekundete sich die Freundschaft, die in den Ostkarpathen und in Siebenbürgen ihre Feuerprobe bestanden hat, auch durch die rasche Hilfeleistung in der Getreidenot, die Oesterreich in bitterer Verlegenheit brachte, da dem bedrängten Bruderstaat auch das agrarische Ungarn nicht beizuspringen vermochte.

Mit Recht ist aber gerade Graf Tisza bei verschiedensten Anlässen, zunächst mit Anwendung auf innerungarische Verhältnisse, für den Gedanken eingetreten, daß das Suchen nach der „seelischen Gemeinschaft der Völker“ die wichtigste Voraussetzung sei für ihr ersprißliches Zusammenwirken auf dem Gebiet staatlicher Aufgaben; sie müssen sich erst verstehen lernen, dann gesellt sich zu den Motiven der nüchternen vernünftigen Vernunftstehung ganz von selbst das Band der Liebe, ohne das die papiernen Gesetzes- und Vertragsbestimmungen nur zu sehr abhängig sind vom Wechsel der Zeitereignisse und von der unmerklichen Verschiebung der Interessengrenzen. Empfindlichkeiten müssen hüben und drüben geschont werden. In seinem Bekenntnis zum Waffenbund mit Deutschland gegenüber den leichtfertigen Treibeisern der Karolyisten deutete Tisza an, daß Ungarn eifrig wache über die rückhaltlose Anerkennung seiner wirtschaftlichen und staatsrechtlichen Ansprüche. Mit welcher wahrhaft rührenden Beilassenheit das von deutscher Seite geschieht, lehrt jedes reichsdeutsche Zeitungsblatt, worin — zumal seit diesem Krieg — über Ungarn als besonderes Staatswesen berichtet wird. Das „I. u. d. I.“ als Sinnbild dieser Sonderstellung wird zusehends immer mehr unterstrichen. Die aus Ungarn fleißig gegebenen Anregungen in dieser Richtung finden in Deutschland dankbarsten Boden.

Die Gegenseitigkeit erfordert indes auch die Berücksichtigung deutscher Gefühlsmomente. Wenn Ungarn seine Empfindlichkeit in staatsrechtlichen Dingen geschont wissen will, so darf wohl gelegentlich auch daran erinnert werden, daß der Deutsche, nachdem er in diesem Punkt jahrhundertlang und bis in die jüngste Gegenwart Entfremdung geübt hat, seine nationale Empfindlichkeit mehr berücksichtigt zu sehen wünscht als dies bisher auch von seiten seiner Freunde geschehen ist, weil diese mit einem Schein des Rechtes annehmen zu dürfen glaubten, daß der Deutsche hierauf weniger Gewicht lege. Das soll aber und wird anders werden nach dem Krieg, der den schwächtesten Deutschen darüber belehrt hat, welsch ungeheure Kraftfülle in seiner Nation schlummert, und wie nötig ihr die ungeschmälerte Erhaltung jedes Kräfteatoms in alle Zukunft sein wird. Glückliche Atome des völkischen Gesamtorganismus gibt es da auch in den 13 Millionen Deutschen des Habsburgerreiches zu erhalten, von denen nach mäßiger Schätzung dritthalb Millionen ungarische Staatsbürger sind, nach magyarischem Zeugnis wie nach dem Zeugnis der Kriegsgeschichte nicht die schlechtesten! Die Aengstlichkeit übereifriger magyarischer Patrioten, diese unsere ungarländischen und siebenbürgischen Deutschen „gravitierten nach Deutschland“, dürfte heute überwunden sein, desgleichen kann andererseits auch der kühnste magyarische Politiker jetzt weniger denn je hoffen, daß diese Deutschen sich ihres Volkstumes entäußerten, um in brauchbarem Kulturdünger aufzugehen. Ohne Furcht und

Zeitung

1704

und gelehrten Sachen

der Morgen-Ausgabe aufgeführt

26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

noffensive.

Vieux-Berquin und Ambleny.

Auslandsdienst.

Von

Geheimem Justizrat Dr. Eugen Fuchs.

Eine Neuordnung des Auslandsdienstes wird von der öffentlichen Meinung verlangt und ist von der Regierung in die Wege geleitet. Herr von Oldenburg-Januschau hat sie nach der Richtung hin begehrt, daß künftig an Stelle von Botschaftern und Gesandten verwundete Offiziere treten sollen. Von anderen Seiten wird bald juristische, bald akademische, bald publizistische, bald kaufmännische Schulung der Auslandsbeamten verlangt. Die Frage ist so wichtig und das Problem so schwierig, daß auch einem Ungünstigen ein Wort gestattet sein mag. Die Lösung, die Herr v. Oldenburg vorschlägt, treibt den Teufel durch Weckgebub, der Teufel Obersten, aus. Weil wir unserer Heeresverwaltung unbegrenztes Vertrauen, unserer Diplomatie, ich möchte sagen, ein Uebermaß von Mißtrauen entgegenbringen, weil unsere militärischen Erfolge erhebend, unsere diplomatischen vielfach niederziehend waren, glaubt Herr v. Oldenburg das Problem dadurch lösen zu können, daß er Offiziere zu Botschaftern und Gesandten machen will, und weil ihm die gesunden Offiziere offenbar zur Zeit unabhämlich erscheinen, will er mit verwundeten Offizieren die hohen, diplomatischen Posten besetzen. Das nenne ich den Nagel nicht auf den Kopf, sondern auf die Spitze treffen. Was man unseren Diplomaten zum Vorwurf macht, ist nicht, daß ihnen der militärische Schneid fehlt; gerade das Gegenteil ist der Fall. Sie haben ein Uebermaß von Schneid und eine Eigenschaft, die im Heeresdienst unschädlich, im Auslandsdienst katastrophal ist. Weshalb hat unsere Heeresverwaltung glänzend die Probe bestanden und unsere Diplomatie versagt? Die Antwort liegt in der Eigenart deutschen Wesens, deutscher Regierungsart und in unserer geschichtlichen Entwicklung. Deutschland ist das Land methodisch-systematischer Denkens. Wir haben eine glänzende Wissenschaft, eine vorzügliche Bürokratie, Zucht und Ordnung. Dadurch sind wir den anderen Mächten, namentlich England in unserer Innenpolitik in mancher Beziehung überlegen. Hat doch unser schürstter Nebenbuhler England es bis heute noch kaum zu einem System des Privatrechts, zu einer auf dem Delabensystem aufgebauten Münz-, Maß- und Gewichtsvorfassung gebracht. In der Auslandspolitik aber sind uns die Engländer überlegen. Was ihnen an System und Methode fehlt, gleichen sie durch eine Jahrhunderte lange Tradition, durch Zielbewußtsein aus. Da sie ihre innere Freiheit früher erreicht haben als die anderen europäischen Völker, da sie Weltpolitik trieben, als noch die anderen Nationen um ihre innere Einheit rangen, haben sie einen Vorsprung vor der ganzen Welt bekommen und sich Stütz- und Schlüsselpunkte in der Welt zu einer Zeit geschaffen, als die anderen Völker noch nicht auf dem Plage waren und noch nicht über ihre vier Säue hinaberguckten. Wir haben uns bis in die jüngste Zeit um die Umwelt nicht gekümmert und nicht kümmern können, weil wir erst spät zu einer national geschlossenen Einheit gekommen sind. Als wir mit uns fertig waren, war die Welt so gut wie verteilt, und als wir auch einen Platz an der Sonne haben wollten, waren die Eckplätze bereits vergeben. Man sah mit scheelen Blicken auf den Eindringling, wie die Insassen eines Eisenbahnabteils auf den neuen Gast gucken, dem man durch Beiseitstellen seines Handgepäcks Platz machen muß. Wir haben keine Tradition und kein festes Ziel gehabt, sondern sprunghaft Politik getrieben. Wie lange ist's her, daß man glaubte, der Balkan interessiere uns nicht und verlöhne die Knochen eines pommerischen Grenadiers nicht? Bald umwarben wir eine Großmacht, bald brüskierten wir sie. Impulse und Dilettantismus regierten; so mancher trieb Politik auf eigene Faust. Um die äußere Politik kümmerten sich daheim nicht einmal die Parlamente, geschweige denn unsere nichtparlamentarischen, oder nicht-beamteten Intellektuellen. Sie standen der Politik vornehm und teilnahmslos gegenüber, und so lag der Boden brach, aus dem politische und diplomatische Talente erwachsen. So kam es, daß unsere politischen Erfolge mit den militärischen nicht gleichen Schritt hielten. Was man durch methodisch-systematisches Arbeiten erzielen kann, wurde in der Heeresverwaltung erreicht. An der Vervollkommnung des Landheeres und der Flotte wurde mit allen Kräften gearbeitet, Wissenschaft und Technik wurden in ihren Dienst gestellt, die Heeresmassen durch eiserne Disziplin zusammengehalten, und mit dem Geist von Zucht und Ordnung erfüllt.

Aus der Mark wurde eine Großmacht, aus dem dürren Sande erwuchs ein Herrschergeschlecht. Solange Kontinentalpolitik getrieben wurde, solange konnte eine adlige Kaste die Heeresstellen versorgen, eine pflichtbewußte ehrliche Bürokratie die Geschäfte des Landes mit Erfolg führen. Das mußte anders werden, sobald wir Weltpolitik zu treiben angingen. Da ist es mit Zucht und Ordnung, mit Bürokratie, mit methodisch-systematischer Arbeit allein nicht gemacht. Da muß an Stelle der steifeinernen

Die Sozialdemokratie und der Friede.

Die Erklärung Ellenbogens und Seig' im Haag.

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich hat die Abgeordneten Ellenbogen und Seig' nach Holland geschickt, damit sie mit Troelstra, dem Vorsitzenden des Internationalen Sozialistischen Comités, die Friedensfrage besprechen. Nach eingehender Besprechung mit Troelstra haben unsere Delegierten die Stellung unserer Partei zur Friedensfrage in einer Erklärung dargestellt, die Troelstra übergeben wurde und von ihm an die sozialistischen Parteien der Ententeländer weitergeleitet werden wird. Zum Verständnis dieser Erklärung schicken wir folgendes voraus:

Im Februar 1918 hat in London eine Konferenz der sozialistischen Parteien der Ententeländer getagt. Diese Konferenz hat ihre Auffassung der Ziele, die die Friedensaktion der Internationale anzustreben habe, in einem sehr ausführlichen Memorandum niedergelegt; sie hat beschlossen, dieses Memorandum den sozialistischen Parteien Deutschlands, Oesterreich-Ungarns und Bulgariens zu schicken und ihre Antwort auf das Memorandum zu erbitten. Das Memorandum ist an unseren Parteivorstand zwar abgeschickt worden, aber es ist nicht angekommen. Erst vor kurzem hat der Parteivorstand den Wortlaut dieses Memorandums aus den „Holländischen Nachrichten“ des „Niederlandsche Anti-Oorlog Raad“ kennen gelernt. Der Parteivorstand hat nun den Besuch Ellenbogens und Seig' im Haag benützt, um dieses Memorandum kurz zu beantworten.

Das Memorandum der Ententesozialisten enthält viele Forderungen, die wir für vollkommen berechtigt halten. Aber viele Sozialisten in England, Frankreich und Amerika sind der Ansicht, die Arbeiterklasse müsse solange der Fortsetzung des Krieges zustimmen, bis alle diese von ihr als berechtigt anerkannten Forderungen durchgesetzt werden können. Gegen diese Ansicht haben unsere Delegierten im Haag, der ganzen Haltung unserer Partei entsprechend, die Auffassung vertreten, der Krieg dürfe um keiner nationalen oder territorialen Forderungen willen verlängert werden, auch nicht um solcher Forderungen willen, die an sich vollständig berechtigt sind. Von dieser Auffassung ausgehend, haben unsere Delegierten dem Genossen Troelstra die folgende Erklärung übergeben:

Ein Friede, der den allgemeinen Grundsätzen der internationalen Sozialdemokratie vollkommen entsprechen sollte, müßte folgende Grundsätze verwirklichen:

1. Vereinigung aller Völker zu einer Liga der Nationen, die die internationale Abrüstung durchführt, alle Streitigkeiten zwischen den Staaten der Entscheidung obligatorischer Schiedsgerichte unterwirft und jedem Staate, der das Völkerrecht verletzt, die gemeinsame Kraft des ganzen Völkerbundes gegenüberstellt.
 2. Keinerlei Annexionen, Lösung aller territorialen Streitfragen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.
 3. Keinerlei Kontributionen, gleiche Freiheit der wirtschaftlichen Entwicklung für alle Völker, Vermeidung jedes Wirtschaftskrieges.
- Nur ein solcher Friede könnte als ein wirklich demokratischer Friede bezeichnet werden, nur er eine wirklich demokratische Ordnung in der Welt begründen.
Ein solcher demokratischer Friede kann

imperialistischen Mächtegruppen

erreicht werden. Der Sieg des einen oder des anderen Imperialismus würde das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht verwickeln, sondern vergewaltigen. Wenn zum Beispiel Italien einen vollständigen Sieg über Oesterreich-Ungarn erzielt, so würde der italienische Imperialismus nicht nur die italienischen, sondern auch große slavische Gebiete Oesterreichs zu gewinnen trachten. Wenn umgekehrt Oesterreich-Ungarn einen vollständigen Sieg über Italien erränge, so würden sich die österreichischen Imperialisten für berechtigt halten, nicht nur den Italienern im eigenen Gebiet das Selbstbestimmungsrecht zu verweigern, sondern sie würden auch unter dem Vorwand, die strategischen Grenzen günstiger zu gestalten, italienische Gebiete annectieren wollen, ohne deren Bevölkerung zu befragen. Ebenso zwischen Frankreich und Deutschland. Wenn Frankreich siegte, so würde der französische Imperialismus nicht nur Elsaß-Lothringen, sondern wahrscheinlich auch Teile des kerndeutschen Rheinlandes zu annectieren trachten. Wenn umgekehrt das Deutsche Reich vollständig siegte, so würde es nicht nur Elsaß-Lothringen behalten, sondern die deutschen Imperialisten würden auch die Erzgebirge, Lothringens gegen den Willen ihrer Bevölkerung zu annectieren suchen. In beiden Fällen wäre das Selbstbestimmungsrecht der Völker verletzt.

Würden die Mittelmächte vollständig siegen, so würden sie vielleicht das Selbstbestimmungsrecht Irlands, Ägyptens, Indiens proklamieren, aber die Regelung der Rechte ihrer eigenen Völker als innere Angelegenheit erklären. Siegte umgekehrt die Entente, so würde sie vielleicht das Selbstbestimmungsrecht der Esten, Letten, Polen proklamieren, aber die Ordnung der Rechte der Völker in Irland, Ägypten, Indien einem späteren Zeitpunkt vorbehalten. Der Sieg des Imperialismus der einen wie der anderen Mächtegruppe kann also keinesfalls eine demokratische Ordnung begründen.

Aber auch ein sogenannter

Verständigungsfriede,

von kapitalistischen Gesichtspunkten aus geschlossen, wird keineswegs die Grundsätze der internationalen Sozialdemokratie vollständig verwirklichen können. Denn ein solcher Verständigungsfriede wäre nichts anderes als ein Kompromiß zwischen dem Imperialismus der Mittelmächte und dem Imperialismus der Entente. Sein Inhalt wäre nicht durch die Grundsätze der Demokratie bestimmt, sondern durch die Machtverhältnisse zwischen den kapitalistischen Regierungen. Er würde bestenfalls kein neues Unrecht schaffen, aber altes Unrecht fortbestehen lassen.

Der Krieg ist demnach überhaupt kein Mittel, eine demokratische Ordnung in die Welt zu schaffen. Er kann in keinem Falle die Ideale der internationalen Sozialdemokratie verwirklichen. Die Proletarier aller Völker haben die Pflicht, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß der abzuschließende Friede diesen Idealen, so weit es möglich ist, entspricht und insbesondere die weitere Entwicklung in unserem Sinne ermöglicht. Diese Pflicht liegt ihnen ob, obwohl sie überzeugt sind, daß die wirkliche demokratische Neugestaltung der Welt nicht als Ergebnis des Krieges durch einen Friedensschluß kapitalistischer Regierungen verwirklicht werden kann, sondern das Ergebnis des Klassenkampfes und der sozialen Revolution sein wird.

Die Völker, aus zahllosen Wunden blutend, können den Krieg nicht so lange fortreiben, bis das Proletariat überall die Macht an sich zu reißen vermag. Die Völker brauchen den baldigen Frieden.

Sie können daher nicht auf einem Frieden bestehen, der die Grundsätze der internationalen Sozialdemokratie vollkommen verwirklicht, sondern müssen die Regierungen zu möglichst baldigem Friedensschluß drängen, auch wenn der Inhalt des Friedens, der unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen möglich ist, hinter den Forderungen der internationalen Sozialdemokratie weit zurückbleiben müßte.

Solange das Proletariat in den einzelnen Ländern die politische Macht noch nicht erobert hat, kann der Krieg nur entweder durch einen Siegfrieden beendet werden, den die siegende Partei der unterlegenen diktiert, oder durch einen Verständigungsfrieden, der ein Kompromiß zwischen den Forderungen beider Parteien darstellt. Unseres Erachtens muß die internationale Sozialdemokratie mit aller Kraft für den Frieden des Kompromisses, für den Verständigungsfrieden eintreten, obwohl auch dieser Verständigungsfriede den demokratischen Idealen nicht wird genügen können. Aus folgenden Gründen müssen wir den baldigsten Verständigungsfrieden der Fortführung des Krieges vorziehen.

1. Ein Verständigungsfriede ist heute schon möglich. Soll dagegen der Friede erst durch den Sieg einer der beiden Kriegsparteien erreicht werden, so müßte der Krieg noch jahrelang fortgesetzt werden, die furchtbaren Opfer, die dem Proletariat aller Länder auferlegt sind, würden ungeheuer vergrößert.
2. Ein Siegfriede würde Revanchegelüste bei der besiegten Partei zurücklassen und dadurch zur Ursache neuer Kriege werden. Ein Verständigungsfriede wird die Annäherung der Völker erleichtern und darum die Dürerschaft der Dauer in sich tragen.
3. Ein Siegfriede würde die Autorität des Militarismus und des Imperialismus in der siegenden Ländergruppe befestigen und dadurch die Demokratisierung dieser Länder erschweren. Ein Verständigungsfriede dagegen, der keiner der beiden Parteien einen wesentlichen Machtzuwachs brächte, würde alle Völker überzeugen, daß der Krieg, den die kapitalistischen Regierungen heraufbeschworen haben, den Völkern nur unendliche Opfer, aber keinen Gewinn gebracht hat: er würde daher die demo-

kratischen, pazifistischen und sozialistischen Tendenzen in allen Ländern gewaltig stärken. Diese Wirkung wird besonders dann sehr stark sein, wenn sich die Regierungen unter dem Druck der internationalen Sozialdemokratie zum Verständigungsfrieden entschließen müßten. Wenn es der Sozialdemokratie gelingt, durch ihre Aktion die Regierungen zum Verhandlungstisch zu bringen, so wird sie den Völkern als die Bringerin des Friedens, als die Befreierin von Kriegsnot und Kriegsoffern erscheinen. Millionen werden dadurch für den Sozialismus gewonnen werden. Ein Verständigungsfriede, unter dem Druck der internationalen Sozialdemokratie geschlossen, wird daher in allen Ländern den Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie, des Sozialismus über den Kapitalismus näher rücken.

Aus diesen Gründen glauben wir, daß die Sozialdemokratie an den Frieden keine Forderungen stellen darf, die nur im Falle des vollständigen Sieges der einen oder anderen Kriegspartei durchgesetzt werden könnten, deren Verwirklichung daher mit der Verlängerung des Krieges erkaufte werden müßte und nur im Rahmen eines Siegfriedens möglich wäre. Wir glauben vielmehr, daß es die wichtigste Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie ist, die Regierungen mit aller Kraft zum baldigsten Abschluß eines Friedens zu drängen, der unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen nur ein Verständigungsfriede sein kann.

Wenn nun eingewendet wird, daß gerade die jetzige Kriegslage nicht geeignet sei, solche Verhandlungen einzuleiten, weil der psychologische Moment dafür erst dann gegeben sei, wenn der Krieg stillsteht und beide Parteien erkennen, daß sie einander nicht entscheidend zu besiegen imstande sind, so können wir das verstehen. Aber wir müssen darauf verweisen, daß im ganzen Verlauf des Krieges die Ungunst oder Gunst der Kriegslage von den Regierungen beider Seiten als Vorwand zur Ablehnung von Friedensverhandlungen benützt wurde und daß die deutsche Sozialdemokratie in Oesterreich demgegenüber jederzeit und ohne Rücksicht auf die Kriegslage die Einleitung von Friedensverhandlungen verlangt hat. Je früher sich das Proletariat in allen kriegführenden Ländern zu einem Druck auf ihre Regierungen im Sinne des Friedens entschließt, um so eher wird es seinen Einfluß nicht nur auf die Einleitung von Friedensverhandlungen überhaupt, sondern auch auf deren Inhalt und die künftige Gestaltung der Dinge ausüben können.

Was unsere Stellung zu verschiedenen in der Internationale erhobenen Forderungen betrifft, wollen wir kurz bemerken:

Wir sind einverstanden mit der Forderung der internationalen Konferenz vom Februar 1918 bezüglich der Liga der Nationen, bezüglich der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern und bezüglich der sozialpolitischen Forderungen an den Friedensvertrag. In letzterer Beziehung schließen wir uns insbesondere den Forderungen der internationalen Gewerkschaftskonferenzen von Bern und Leeds an.

Wir fordern die Umgestaltung Oesterreich-Ungarns in eine Föderation autonomer Nationen sowie die Schaffung eines Bundes der freien Balkanvölker. Wir lehnen jede Annexion der von Rußland losgerissenen Randvölker durch die Mittelmächte ab. Wir haben den Frieden von Brest-Litowsk und den von Bukarest parlamentarisch und in der Presse bekämpft und wir werden bei der parlamentarischen Beschlussfassung über diese Friedensverträge jede Bestimmung ablehnen, die eine Annexion oder Vergewaltigung bedeutet.

Wir fordern wie immer die Wiederherstellung und Entschädigung Belgiens. Was die Frage anlangt, wer die Kosten dieser Entschädigung zu tragen hat, so halten wir diese Frage nicht für entscheidend. Angesichts der ungeheuren Opfer des Krieges — Opfer nicht nur an Geld und Gut, sondern vor allem an Menschenleben — lehnen wir jede Verlängerung des Krieges um irgend welcher finanzieller Streitigkeiten willen ab und glauben, daß über den Anteil der einzelnen Staaten an den Kosten des Wiederaufbaues der verwüsteten kleinen Länder ein Kompromiß geschlossen werden muß.

Was die Fragen Elsaß-Lothringens, Italiens, Polens, der Türkei und der tropischen Kolonien anlangt, so sind wir der Ansicht, daß ein vollkommener demokratischer Friede, ein Friede, der den Grundsätzen der internationalen Sozialdemokratie entspräche, auch diese Fragen im Geiste des Selbstbestimmungsrechtes der Völker entscheiden müßte. Aber wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, daß diese Forderung unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen nicht durchgesetzt werden kann. Da wir aus den oben angeführten Gründen den Krieg nicht fortsetzen wollen, bis die vollständige Durchsetzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker möglich wird, da wir vielmehr jetzt schon einen Verständigungsfrieden anstreben, halten wir dafür, daß die internationale Sozialdemokratie einen Verständigungsfrieden auch dann anstreben und annehmen muß, wenn er diese Forderung nicht vollständig verwirklicht. Eine Auffassung, die dahin geht, daß wir den Krieg so lange fortsetzen sollen, bis die volle Erfüllung dieser Forderungen durchgesetzt werden kann, lehnen wir mit der größten Entschiedenheit ab; wir wollen nicht, daß unsere Forderungen zu Hindernissen eines baldigen Friedens, zu Gründen der Verlängerung des Krieges werden. Wohl aber sind wir der Meinung, daß die internationale Sozialdemokratie ihren ganzen Einfluß dafür einsetzen muß, daß der Friedensvertrag auch in diesen nationalen Fragen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker soweit als möglich entgegenkommt, soweit, als dies